



## **Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg**

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

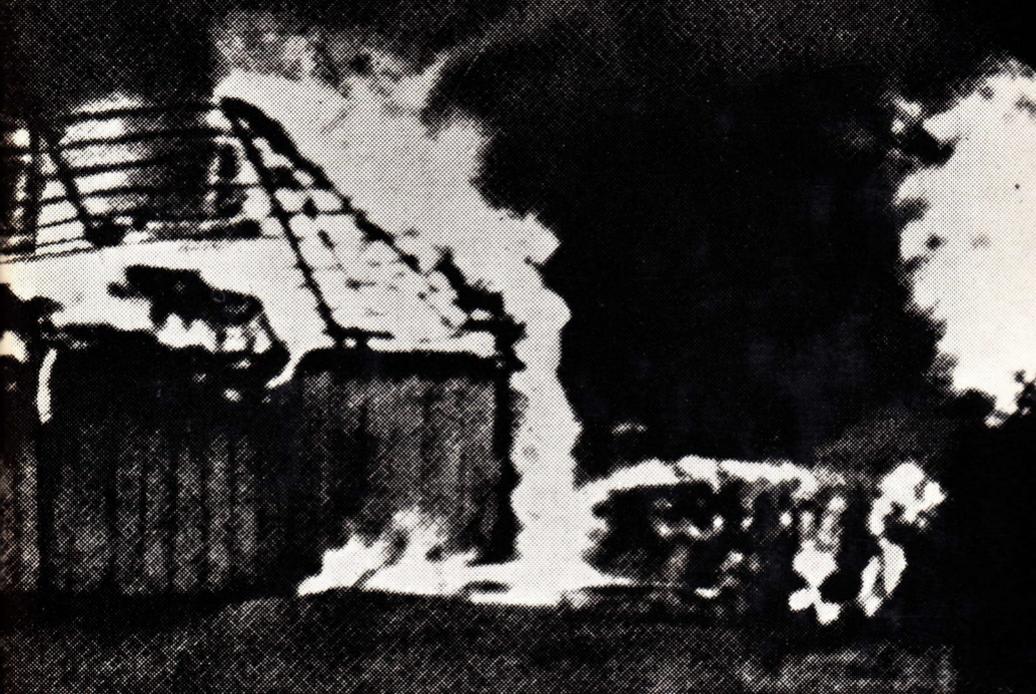
### **Kontakt:**

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
Beim Schlump 83  
20144 Hamburg  
Tel. 040/4313970  
E-mail: [fzh@zeitgeschichte-hamburg.de](mailto:fzh@zeitgeschichte-hamburg.de)  
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

**W. JACOBMEYER**

# **HEIMAT UND EXIL**

**Die Anfänge  
der polnischen  
Untergrund-  
bewegung  
im Zweiten  
Weltkrieg**



**LEIBNIZ**





WOLFGANG JACOBMEYER

# Heimat und Exil

Die Anfänge  
der polnischen Untergrundbewegung  
im Zweiten Weltkrieg

LEIBNIZ-VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE  
ZUR ZEITGESCHICHTE BAND IX  
*Im Auftrag der  
Forschungsstelle für die Geschichte  
des Nationalsozialismus in Hamburg  
herausgegeben von  
Karl-Heinz Janßen,  
Werner Jochmann, Werner Jobe  
und Bernd Nellessen*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1973  
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen  
Nachdrucks und der photomechanischen  
Wiedergabe, vorbehalten  
Ausstattung Alfred Janietz  
Gesamtherstellung Hamburger Druckerei-  
gesellschaft Kurt Weltzien  
Printed in Germany  
ISBN 3 87473 006 9  
Bestell-Nr. 2 8109 2

*Meiner Frau*



# INHALT

Vorwort	9
Einleitung	11
<b>I. Teil: Niederlage und Neubeginn</b>	
1] Polen und der September 1939	19
2] Die spontane Entstehung konspirativer Kleingruppen	23
3] Die Konzentration des Widerstands in den Städten	28
4] Entstehung und Entwicklung der SZP General Tokarzewskis	30
5] Bildung der Exilregierung in Frankreich	49
6] Proklamation des »Verbands für bewaffneten Kampf« (ZWZ)	61
<b>II. Teil: Organisationsversuche</b>	
7] Die organisationsschwachen Gebiete <i>Lemberg (86) Die Situation in Posen und Thorn (101) Die Entwicklung des ZWZ in Wilna (104)</i>	82
8] Der Kampf des ZWZ um militärische Suprematie	114
9] Auseinandersetzungen über die Delegatur der Regierung	133
10] Regelungen auf der Belgrader Konferenz	153
<b>III. Teil: Krisenmomente</b>	
11] Exil und Heimat nach der Niederlage Frankreichs	162
12] Das Scheitern des ZWZ in Lemberg	186
13] Zahlenstärke und Verteilung des ZWZ Ende 1940	197

## IV. Teil: Der politische Streit um den ZWZ

14] Auseinandersetzungen im Exil	200
<i>Der »Fall« Kruk-Strzelecki (201) Konflikt zwischen Kot und Sosnkowski (205) Konflikt zwischen Sosnkowski und Sikorski (208) Innenminister Kots offener Angriff auf den ZWZ (211)</i>	
15] Das Zusammenspiel der Kräfte in der Heimat	220
16] Ausblick und Zusammenfassung	243
Abkürzungen und technische Hinweise	255
Anmerkungen	259
Quellen- und Literaturverzeichnis	351
Personenregister	363

## VORWORT

Die hier redaktionell leicht veränderte Untersuchung wurde im Juli 1971 von der Abteilung für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen.

Aus gutem Grund dankt der Autor zu Beginn einer Untersuchung all denen, die bei der Fertigstellung mitgeholfen haben. Diesem Brauch schließe ich mich gern an.

In den folgenden Instituten habe ich mit großem Gewinn studieren dürfen: Studium Polski Podziemnej (London), The Polish Institute and Sikorski Museum (London), The Bodleian Library (Oxford), Johann-Gottfried-Herder-Institut (Marburg/Lahn), St. Catherine's College (Oxford) und St. Antony's College (Oxford).

Generöse finanzielle Hilfe haben die Studienstiftung des Deutschen Volkes (für die Dauer meines Studiums bis zum Staatsexamen) und die Stiftung Volkswagenwerk (für ein einjähriges Stipendium am St. Antony's College) gewährt. Für persönliche Hilfe, wissenschaftliche Förderung und reichhaltige Auskünfte danke ich folgenden Damen und Herren: Dr. Witold Babiński (Kanada), Prof. Dr. Józef Bujnowski (London), Frau Halina Czarnocka (London), Herrn Günther Elbin (Asperden), Prof. Dr. Aleksander Gieysztor (Warschau), Frau Teresa Halikowska-Smith (Oxford), Dr. Oskar Hartwig (Hannover), Herrn Albert Heise (Marburg), Dr. Christoph Kleßmann (Bochum), Mr. Wilfred F. Knapp (Oxford), General Dr. Marian Kukiel (London), Dr. A. J. Nicholls (Oxford), Dr. Jan Nowak (München), Frau Regina Oppmanowa (London), Botschafter Dr. Kazimierz Papée (Rom), General Tadeusz Pełczyński (London), Dr. Jerzy Piórkowski (Warschau), General Kazimierz S. Rudnicki (England), Ministerialrat Dr. H. Schreihage (Bad Godesberg), Dr. Elias Siberski (Hannover), General Kazimierz Sosnkowski † (Kanada),

Prof. Dr. Richard Walzer (Oxford) und Prof. Dr. J. K. Zawodny (USA).

Dank schulde ich Herrn Prof. Dr. Hans Roos als meinem Doktorvater, ohne dessen Anregungen und Interesse für den Fortgang dieser Arbeit die Untersuchung nicht hätte geschrieben werden können. Den Herausgebern dieser Schriftenreihe bin ich für alle verständnisvolle Sorgfalt verbunden, mit der sie sich der Drucklegung angenommen haben.

Diese Untersuchung ist meiner Frau gewidmet, weil sie in großer Selbstlosigkeit den Freiraum für meine Studien geschaffen hat.

W. J.

## EINLEITUNG

Es ist nicht schwierig, die Grundzüge der Résistance in den von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges besetzten Ländern auszumachen. Deutsche Truppen und Besatzungsorgane galten als Symbole eines fremden Machtanspruchs; sie waren Repräsentanten des vorläufig siegreichen Landesfeindes. Dieser Umstand bot im allgemeinen eine ausreichende Grundlage für das jeweilige Solidaritätsgefühl der geschlagenen Nationen, zumal sie die Besetzung ihres Landes durchweg als kurzfristigen und jedenfalls nicht endgültigen Zustand betrachteten. Eine solche Solidarität weckte nicht nur, sondern nährte auch ein natürliches Nationalgefühl, das angesichts der Vergewaltigung einer Nation durch eine fremde Macht mehr als nur politisch gerechtfertigt war. Der Entschluß, der Résistance beizutreten, bedeutete für den Bürger eines okkupierten Landes grundsätzlich, daß sich sein Verhalten mit der Forderung nach Loyalität deckte, wie jeder Bürger sie seinem Land und Staat schuldig ist. Der Weg in die Résistance war, angesichts der Legitimität des Widerstands gegen die Besetzung des Landes, prinzipiell der »normale« Weg.<sup>1</sup> Deshalb auch konnte der aus der französischen Geschichte des 19. Jahrhunderts entlehnte Begriff der »Résistance« als Synonym für die Widerstandsbewegungen des Zweiten Weltkriegs gelten. Gleichwohl hat die wissenschaftliche Erforschung dieses Phänomens des Widerstands noch nicht zu einer übergreifenden Synthese geführt. Vielmehr werden die besonderen nationalen Bedingungen betont, die der Résistance jeweils ein anderes Gepräge gegeben haben.<sup>2</sup>

Die Entwicklung der polnischen Résistance<sup>3</sup> im Zweiten Weltkrieg, die mit dem Aufbau militärischer und politischer Widerstandsorgane im Untergrund einsetzte, vollzog sich als Antwort auf den deutsch-sowjetischen Überfall im September 1939 und die darauf folgende

Okkupation des polnischen Staatsgebiets. Die eigenartigen Züge dieses Vorgangs werden verständlich, wenn man sich die konspirative Tradition<sup>4</sup> der polnischen Nation vergegenwärtigt, die noch in der Vorkriegsarmee als »konstitutives Element der Ausbildung«<sup>5</sup> gepflegt wurde. Dennoch ist es mehr als nur bemerkenswert, daß sich diese Tradition kaltem Terror und blindwütiger Mordlust zum Trotz erhalten konnte.<sup>6</sup> Eine Erklärung wird hier weiter zurückgreifen und auf ein wesentliches Element der polnischen Verfassungsgeschichte verweisen müssen, das bis in das frühe 15. Jahrhundert zurückreicht. Es handelt sich hierbei um die sogenannte »confoederatio«, um die »reinste und unmittelbarste Organisation der gesamtadeligen Hoheit«,<sup>7</sup> um Zusammenschlüsse des Adels also, die sich bis zur »General-konföderation« ausweiten konnten und die dann die gesamte Adelsnation umfaßten. Im Zeitalter der ständischen Monarchie von 1333 bis 1505 galten solche Konföderationen in staatsrechtlicher Hinsicht als gewöhnliche Aufruhrakte gegen die Krone<sup>8</sup>.

Erst im 1501 formulierten »articulus de non praestanda oboedientia«, der seit 1573 die Geltung eines grundlegenden Satzes der Verfassung beanspruchen konnte, wurden solche Adelskonföderationen als unter bestimmten Bedingungen legitimer Ausdruck des Widerstandsrechts des Adels gegen die Gewalt der Krone anerkannt<sup>9</sup>.

Es entspricht den starken Beharrungskräften der polnischen Nation, daß dieses Ethos des konstitutionellen Widerstands den Übergang von der Adelsnation in die unter den Zeichen der Aufklärung entstandene bürgerliche Gesellschaft zu überdauern vermochte. Was einst als heilsames Korrektiv gegenüber der Krongewalt verstanden wurde, legitimierte nach polnischem Rechtsdenken innerhalb einer spezifischen Tradition im September 1939 den Widerstand gegen die Okkupationsmächte, durch den die Nation ihre Rechte wieder an sich nahm. Daß dieser Widerstand die Form organisierter Konspiration annahm, ist dem Zwang der Umstände anzurechnen und läßt jedenfalls die grundsätzliche Seite dieses Vorgangs unberührt.

Die polnische Untergrundbewegung ist bisher aus mancherlei Gründen — mangelnder Zugang zu den Quellen und Sprachschwierigkeiten dürften als die wichtigsten anzusehen sein — ein Stiefkind auch der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung geblieben. Das von Werner Markert herausgegebene Polenhandbuch<sup>10</sup> enthält lediglich zwei Beiträge von Hans Roos und Gotthold Rhode zur polnischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg. Räumliche Beschränkungen und die Problemfülle des jeweiligen Themenkomplexes haben die Autoren genötigt, von einer detaillierten Beschreibung des polnischen Wider-

standes abzusehen.<sup>11</sup> Bruno Maurach<sup>12</sup> und Georg W. Strobel<sup>13</sup> müssen sich in Ermangelung von Quellen auf z. T. wenig verlässliche Autoritäten berufen; ihre Arbeiten stellen daher nichts anderes dar als Anstöße zu einer auf den Quellen basierenden Untersuchung.<sup>14</sup> Hans von Krannhals gibt als Einleitung zu seiner Studie über den Warschauer Aufstand von 1944<sup>15</sup> einen gedrängten Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Untergrundbewegung. Auch er stützt sich dabei auf sekundäre Literatur<sup>16</sup>.

Noch unbefriedigender steht es mit deutschen Übersetzungen polnischer Literatur. Offenbar ist von der wissenschaftlichen Literatur nichts übersetzt worden, während aus der Gruppe der Memoiren nur der wenig brauchbare Bericht von Stefan Tadeusz Norwid<sup>17</sup> und der von Bernard Goldstein<sup>18</sup> über das Schicksal der polnischen Juden auf Deutsch vorliegen.

Eine Hilfe zur ersten Orientierung geblieben ist das von der »Historischen Kommission des Obersten Polnischen Generalstabs in London« unter Leitung von General Stanisław Kopański herausgegebene dreibändige Sammelwerk »Die polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg« (Polskie Siły Zbrojne w drugiej światowej wojnie).<sup>19</sup>

Der nahezu 1000 Seiten starke Band III handelt ausschließlich von der »Armia Krajowa« (Armee im Lande). Da der in dieser Arbeit untersuchte ZWZ erst 1942 in AK umbenannt wurde, liegt das Schwergewicht der Darstellung auf der späteren Zeit und sagt für den ZWZ relativ wenig aus.<sup>20</sup> Wenn das Werk dennoch eine gewisse Bedeutung hat, dann wegen der (leider nur auszugsweise) abgedruckten Quellen aus Londoner Archivbeständen.<sup>21</sup>

Von volkspolnischer Seite sind gegen das Werk z. T. heftige Vorwürfe erhoben worden,<sup>22</sup> die sich zu dem Urteil zusammenfassen lassen, es handele sich dabei um eine »Apologie des Londoner Lagers«,<sup>23</sup> die ausschließlich dessen positive Seiten darstelle, während mit der Verschleierung seiner Mängel eine Fälschung des Bildes von der polnischen Linken einhergehe. Ebenso negativ ist das Werk auch in Kreisen der polnischen Vorkriegsregierung aufgenommen worden.<sup>24</sup>

Das volkspolnische Gegenstück zu PSZ bildet das von T. Rawski, Zd. Stąpor und J. Zamojski herausgegebene zweibändige Sammelwerk »Der Befreiungskampf des polnischen Volkes in den Jahren 1939—1945« (Wojna wyzwolenicza narodu polskiego w latach 1939—1945).<sup>25</sup> Der erste Band stellt den ausführlich dokumentierten Versuch dar, die Geschichte des polnischen Volkes im II. Weltkrieg unter dem Aspekt des Befreiungskampfes gegen den deutschen Okku-

panten zu beleuchten. Das Werk ist mit großem Fleiß gearbeitet, aber parteiisch und unausgeglichen in der Streuung des Dokumentationsmaterials ebenso wie in der Methode.<sup>26</sup> Daß bei diesem Werk neben dem historischen Erkenntnisinteresse auch politische Absichten vorgegeben waren, erhellt aus der Tatsache, daß die Okkupation Ostpolens durch sowjetische Truppen schlicht geleugnet wird. Folgerichtig wird die Exilregierung beschuldigt, die sogenannte »Theorie der zwei Feinde« (teoria dwóch wrogów) — d. h. Deutschland und die UdSSR — entwickelt zu haben.<sup>27</sup> Es wird dann der dialektische Schluß von den Besitzverhältnissen und der Klassenzugehörigkeit der Exilregierung auf die notwendige Unstimmigkeit dieser angeblichen Theorie nahegelegt.<sup>28</sup> Ebenso kommt WWNP zu der von politischen Rücksichten diktierten Auffassung, der von der Exilregierung gesteuerte Untergrund sei von »bourgeois Gruppen« getragen gewesen.<sup>29</sup> Solche und andere politisch eingefärbte Urteile schmälern den Informationsgehalt des Werkes beträchtlich, zumal die Ausführungen über den von der Exilregierung initiierten Untergrund, den ZWZ und die politische »Delegatur«, von der Darstellung der erst sehr viel später einsetzenden kommunistischen Widerstandsbewegung quantitativ in unangemessener Weise überlagert werden.

Die Memoiren ehemaliger Mitglieder der Untergrundbewegung sind zum größeren Teil im Exil verlegt worden. Für die militärische Seite dürfen als wichtigste Berichte gelten: die Memoiren von Tadeusz »Bór«-Komorowski,<sup>30</sup> der lange Jahre bis zur Verhaftung General Roweckis die stellvertretende Leitung des ZWZ bzw. der AK innehatte und der schließlich den Warschauer Aufstand der AK vom Herbst 1944 befehligte, ferner die leider nur sehr kurze Studie von Janina Karasiówna,<sup>31</sup> die die Stabsabteilung für Sicherheit und Verbindungswesen leitete und die wegen ihrer persönlichen Verbindung mit General Tokarzewski besonderen Einblick in die organisatorische Vorform des ZWZ geben kann, sowie die Erinnerungen von Klemens Rudnicki, die Auskünfte über die Anfänge des Untergrunds in Krakau und über den Versuch geben, den Widerstand in Ostpolen zu organisieren.<sup>32</sup> Von Seiten der politischen Führung der Untergrundbewegung liegen vor die Erinnerungen Stefan Korbońskis<sup>33</sup>, der in der Führungsspitze der Bauernpartei (SL) wirkte und in verschiedenen Stellungen in der späteren »Delegatur« tätig war; der unter Verwendung von Archivmaterial nach dem Kriege bearbeitete Bericht von Stanisław Dołęga-Modrzewski (eigentlich: Kauzik),<sup>34</sup> der als Rechtsanwalt das Department für Presse und Propaganda der Delegatur geleitet hat; die allzu »story«-haften Memoiren Jan Karskis

(eigentlich: Koziellewski), der mit wichtigen Kurier- und Emissärsmissionen betraut war;<sup>35</sup> und die wichtigen, ein Gemisch von eigenen Erinnerungen und Parteigeschichte der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) darstellenden Memoiren Zygmunt Zarembas,<sup>36</sup> der zu den Zentralgestalten der politischen Konspiration gerechnet werden muß.

Die Memoiren von Komorowski, Korboński und Zaremba sind die profiliertesten und inhaltsreichsten Zeugnisse für die schon erwähnte »Theorie der zwei Feinde«.<sup>37</sup>

Unter den in Polen veröffentlichten Schriften finden sich bezeichnenderweise keine Memoiren von Politikern, da diese nahezu ohne Ausnahme emigriert sind – entweder vor oder nach 1945; vielmehr herrschen hier die Erinnerungen der Militärs vor: die Memoiren des Warschauer Stadtkommandanten bei der Verteidigung im September 1939, Juliusz Rómmel,<sup>38</sup> die Erinnerungen des langjährigen Mitglieds des Stabes des ZWZ bzw. der AK, Jan Rzepecki<sup>39</sup>, und die besonders für die Anfangsphase interessanten Erinnerungen von Emil Kumor.<sup>40</sup>

Die Zahl der wissenschaftlich brauchbaren Monographien über die Anfänge der Untergrundbewegung ist unerheblich. Wirkliche Beachtung verdient in diesem Zusammenhang nur die neuere Studie von Eugeniusz Duraczyński.<sup>41</sup> Er hat eine erhebliche Menge von Archivmaterial herangezogen, das westlichen Forschern nicht zugänglich ist.<sup>42</sup> Dagegen hat er freilich die von ihm selbst als grundlegend beurteilten Quellen<sup>43</sup> in den Archiven des Londoner Exils nicht benutzt. Die vorliegende Arbeit berührt sich daher vielfach mit Duraczyńskis Studie, doch sollen durch die Auswertung des Londoner Materials nicht nur die organisatorischen Formen des Untergrunds, sondern auch die Bedingungen seiner Organisation und die Außenlenkung von Seiten der Exilregierung differenzierter gezeichnet werden.

Die Dokumente, auf die sich die vorliegende Darstellung hauptsächlich stützt, sind in zwei exilpolnischen Instituten in London eingesehen worden: im »Studium Polski Podziemnej« (»Polish Underground Study Trust«, SPP)<sup>44</sup> und im »Polish Institute and Sikorski Museum«, das aus einer Fusion des »Polish Research Centre« mit dem »General Sikorski Historical Institute« hervorgegangen ist.<sup>45</sup> Im SPP liegen für den hier behandelten Zeitraum die Dokumente der von General Sosnkowski geleiteten Abteilung, die für die Aktivität des militärischen Untergrunds verantwortlich zeichnete.<sup>46</sup> Die militärischen Akten sind für den Zeitraum von September 1939 bis Juni 1940 leider lückenhaft, da wesentliche Teile der Ablage im Juni 1940 unmittelbar vor der Flucht aus Frankreich nach England ver-

brannt werden mußten.<sup>47</sup> Bei den erhalten gebliebenen Akten handelt es sich zum überwiegenden Teil um verkleinerte Photographien von Originalen, die z. T. in den Vereinigten Staaten deponiert sind.

Im SPP befinden sich auch die Sitzungsprotokolle des »Ministerkomitees für Heimatangelegenheiten« (KSK).<sup>48</sup> Für die Zeit, in der General Sosnkowski dem KSK vorsah, sind sie vollständig.

Eine dritte Gruppe von Akten im SPP ist das sogenannte »Archiv des Innenministeriums« (Archiwum MSW). Es enthält, in Durchschriften und grob nach dem Abfassungsdatum geordnet, den dienstlichen Schriftwechsel zwischen der Abteilung Sosnkowski und dem Innenministerium unter Leitung von Professor Stanisław Kot. Das eigentliche Archiv des Innenministeriums war nicht aufzufinden. Daher müssen leider manche Fragen, vor allem über das Verhältnis zwischen dem Innenministerium und den Parteien im Exil, offenbleiben.

Inzwischen hat ein Redaktionskomitee des SPP unter Vorsitz von General Tadeusz Pełczyński den ersten Band einer Quellenedition über die Geschichte des ZWZ und der AK herausgebracht: *Armia Krajowa w dokumentach 1939—1945*, Bd. I: September 1939 bis Juli 1941. Die Dokumente sind — von gelegentlichen Druckfehlern abgesehen — sorgfältig ediert und geben in ihrer Auswahl ein repräsentatives Bild von der Organisationsgeschichte des militärischen Untergrunds der Exilregierung. Da die vorliegende Untersuchung weit mehr Quellen der gleichen Provenienz heranzieht, wurde zwar das Zitationsschema der Edition verwandt, nicht aber jeweils zusätzlich auf die Edition verwiesen. Die Auffindbarkeit der Quellen in der Edition stellt kein großes Problem dar, während ständige Zweitstellenangaben in der Untersuchung den kritischen Apparat unnötig hätten anschwellen lassen.

Im GSHI wurden vor allem zwei Aktengruppen herangezogen: der Bestand »Sekretariat des Vorsitzenden des Ministerrats« (Sekretariat Prezesa Rady Ministrów, SPRM),<sup>49</sup> der Dokumente aus den verschiedensten Regierungsressorts enthält, soweit diese mit Untergrundangelegenheiten befaßt waren. Hierin finden sich auch, allerdings sehr vereinzelt, Vorgänge, die aus dem vermißten Archiv des Innenministeriums stammen. Die zweite Aktengruppe ist das »Tagebuch über die Tätigkeit des Oberbefehlshabers« (*Dziennik Czynności Naczelnego Wodza*, DCNW). Es ist monatsweise geführt und enthält jeweils drei Hefter, in denen Notizen über den Tagesverlauf, Dokumente ganz unterschiedlicher Provenienz (etwa auch alliierter Stellen)

und schließlich Erinnerungsstücke (zumeist Fotos, aber auch Presseauschnitte) zusammengetragen sind.<sup>50</sup>

Die Schwierigkeiten, aus so heterogenen Restakten ein abgewogenes Bild der Vorgänge zu gewinnen, sind offenkundig. Besonders die Frage nach den jeweiligen Protagonisten der Willensentschlösungen innerhalb der Exilregierung oder im Untergrund der Heimat war oft genug nur dadurch zu beantworten, daß einzelnen Vorgängen längerfristige politische Absichten unterlegt wurden oder indem sehr viel später datierte Dokumente herangezogen wurden.

Die vorliegende Arbeit verfolgt ein doppeltes Ziel. Sie will einmal versuchen, die Entwicklung des militärischen wie auch des von politischen Kräften getragenen Widerstands in den jeweiligen Organisationsformen und deren Zusammenspiel darzustellen; zum anderen sollen diese Vorgänge und Entwicklungen auch auf dem Hintergrund der Beziehungen zwischen der okkupierten Heimat und der polnischen Regierung im Exil reflektiert werden. Diese Aufgabenbestimmung legt von vornherein mehrere Einschränkungen nahe:

1. Das Hauptinteresse der Untersuchung wird sich auf den von der Exilregierung ins Leben gerufenen »Verband für bewaffneten Kampf« (Związek Walki Zbrojnej, ZWZ) konzentrieren.<sup>51</sup> Diese Verengung erscheint um so unbedenklicher, als die kommunistischen Gruppen vor Ende des Jahres 1941 im Untergrund kaum in Erscheinung getreten sind.<sup>52</sup>

2. Es entfallen wichtige Äußerungsformen der Résistance wie etwa die konspirative Presse, über die Lucjan Dobroszycki die Ergebnisse seiner immensen Sammelarbeit schon vorgelegt hat,<sup>53</sup> oder auch das konspirative Schul- und Bildungswesen.<sup>54</sup>

3. Die Untergrundbewegung war zwar untrennbar mit dem Faktum der Okkupation verbunden, besaß aber durchaus ein Eigengewicht gegenüber den spezifischen Formen der jeweiligen Okkupationsherrschaft, die mithin auf weite Strecken als banale »causa movens« betrachtet werden kann. Das Wissen über Formen und Absichten des deutschen und sowjetischen Okkupationssystems kann daher durch diese Arbeit nicht wesentlich vermehrt werden, wenngleich eine Darstellung der Organisation von Widerstand immer auch zugleich die Effizienz der Unterdrückung erhellt.

Der Zeitraum, den diese Untersuchung umfaßt, beginnt mit der »September-Katastrophe« Polens von 1939 und endet mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941. Für diese zeitliche Begrenzung gibt es gute Gründe:

1. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion hob die Teilung Polens auf

und schuf dadurch die Voraussetzungen für einen Zusammenschluß aller Kräfte des Widerstands. Künftig vereinfachte sich nicht nur das Feindbild der Résistance, sondern es war auch die Möglichkeit geboten, die bis dahin unzulänglich gebliebenen Organisationsversuche in Ostpolen wirksamer zu gestalten.<sup>55</sup>

2. Durch die polnisch-sowjetischen Abkommen aus dem Sommer 1941 ergaben sich in der polnischen Exilregierung personelle Veränderungen, die auch für den Untergrund in der Heimat bedeutsam waren: General Sosnkowski, der im Exil lebende Kommandant des ZWZ, trat aus Protest gegen das polnisch-sowjetische Übereinkommen von seinem Ministeramt zurück; sein Gegenspieler Professor Kot, der als Innenminister für die Leitung der politischen Angelegenheiten des Untergrunds zuständig war, wurde zum Botschafter der Exilregierung in der UdSSR ernannt. Nach diesem Révirement lagen die Entscheidungsbefugnisse für militärische und politische Untergrundangelegenheiten, die man bisher sorgsam getrennt hatte, allein in der Hand Premier Sikorskis.

Beide Motivkomplexe rechtfertigen unsere Periodisierung unter dem Aspekt einer intensiven Außenlenkung der Untergrundbewegung, deren Mechanismen und Stellenwert in der Studie dargelegt werden sollen. Beide Motivkomplexe entkräften auch den Einwand gegen die Zäsur von Mitte 1941, daß der ZWZ unter diesem Namen noch weitere acht Monate bestand, ehe er am 14. Februar 1942 in »Armee im Lande« (Armia Krajowa, AK) umbenannt wurde. Zudem handelte es sich bei dieser Umbenennung um einen formalen Verwaltungsakt ohne tiefere inhaltliche Signifikanz.<sup>56</sup>

# I. Niederlage und Neubeginn

## 1. Polen und der September 1939

Als sich in den letzten Augusttagen des Jahres 1939 erkennen ließ, daß die wahren Absichten Hitlers den verzweifelten Friedensbemühungen der europäischen Diplomatie immer entschiedener entgegenstanden, sahen die polnische Regierung und das polnische Volk dem nun mit Gewißheit zu erwartenden Kriege nicht nur mit Entschlossenheit, sondern auch mit Zuversicht entgegen. Überzeugt von der Gerechtigkeit der eigenen Sache, vertrauten sie vielleicht allzu blind auf die Bundesgenossen England und Frankreich. Vom Inhalt des deutsch-sowjetischen Vertrags und dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 hatte selbst die Regierung in Polen nur rudimentäre Vorstellungen; jedenfalls ahnten ihre Mitglieder nicht, welche präzisen Vorstellungen Hitlers Wunsch angenommen hatte, Polen in einem lokalisierten Feldzug zu »zerschlagen«. Solche Einsichten verhinderten nicht zuletzt das polnische Vorkriegskonzept von der Unversöhnlichkeit der Systeme der beiden Nachbarn in West und Ost und der Glaube an deren gegenseitige Neutralisierung. Endlich überschätzten nicht nur das polnische Volk, sondern auch Generalität und Regierung die eigenen militärischen Kräfte angesichts eines technisch hochgerüsteten Feindes ebenso wie die Effektivität der Verteidigungskonzeption in einer Weise, die als geradezu grotesk bezeichnet werden darf.<sup>1</sup>

Da die polnische Mobilmachung wegen einer politisch besonnenen, militärisch jedoch verheerenden Intervention der Westmächte erst am 30. August 1939 ausgelöst worden war, hatte die Armee am Morgen

des 1. September ihren Aufmarsch noch nicht zu einem Drittel vollendet. Das schnelle Vordringen deutscher Verbände in den nächsten Tagen enthüllte dann auch die illusionäre Verteidigungskonzeption, wie sie vom »Generalinspektorat«<sup>2</sup> unter Marschall Edward Rydz-Śmigły nach den überkommenen Plänen Piłsudskis ausgearbeitet worden war.

Während sich die von Norden und Süden vorgedrungenen deutschen Angriffskeile Mitte September schon östlich von Warschau trafen und dadurch die Masse des polnischen Feldheeres einschlossen, stand die Rote Armee an der polnisch-sowjetischen Grenze Gewehr bei Fuß. Erst auf wiederholtes Drängen von deutscher Seite entschloß sich die sowjetische Führung zum Eingreifen. In der Nacht vom 16. zum 17. September kündigte sie der polnischen Regierung an, daß die Sowjetunion sich zum Einmarsch nach Polen entschlossen habe. Als Begründung verlautete in der Note, die Sowjetunion sehe sich gezwungen, weißruthenische und ukrainische Minderheiten in einem Land zu schützen, dessen Staatlichkeit sich so offensichtlich aufgelöst habe<sup>3</sup>. Es ist schwer zu entscheiden, ob die Sowjetunion durch dieses dilatorische Verhalten vermeiden wollte, das Odium des Aggressors auf sich zu nehmen<sup>4</sup>, oder ob die sowjetische Führung durch den schnellen Erfolg der Wehrmacht überrascht worden war. Kriegsentcheidend war der sowjetische Einmarsch nicht; wohl aber gingen von ihm lähmende Wirkungen auf den polnischen Verteidigungswillen aus.

Am 19. September kapitulierten mit den Armeen »Posen« und »Pomerellen« die letzten polnischen Großverbände. Unbeschadet des noch andauernden Widerstands in den festen Plätzen wie auch des Fortbestehens kleinerer Verbände<sup>5</sup> war der Krieg operativ beendet. Die unerwartete Leichtigkeit, mit der der Sieg errungen worden war, spiegelte sich in der triumphierenden zeitgenössischen Formel vom »Feldzug der 18 Tage« wider.<sup>6</sup> Deutsche Einheiten, die über Bug und San vorgedrungen waren, wurden — sehr zum Erstaunen der Sowjets — getreu den Territorialabmachungen im Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 nach Beendigung der Kampfhandlungen unverzüglich zurückgenommen. Bis zum 22. Juni 1941 sollte die Bug-San-Linie nun die Grenze zwischen den von Deutschen und der Sowjetunion okkupierten Teilen der polnischen Republik bilden.<sup>7</sup>

Unter dem Eindruck des deutschen Vormarsches hatte die polnische Regierung bereits am 5. September Warschau verlassen<sup>8</sup> und dann in verschiedenen Etappen ihre Flucht nach Ostgalizien

fortgesetzt. Nach dem Eindringen zweier sowjetischer Heeresgruppen in polnisches Gebiet am 17. September wurde offensichtlich, daß der Zusammenbruch der kaum 20jährigen Republik nicht mehr abzuwenden war. Staatspräsident, Regierung und Oberste Heeresleitung traten daraufhin noch am selben Tage auf das Gebiet des verbündeten Rumäniens über.<sup>9</sup> Dort wurden die obersten polnischen Staatsbehörden jedoch aus Furcht vor einer deutschen oder sowjetischen Intervention interniert.<sup>10</sup> Die rumänische Regierung war von dem geradezu verzweifelten Wunsch erfüllt, in diesem Konflikt eine neutrale Haltung zu bewahren,<sup>11</sup> und sie hatte die polnische Regierung Anfang September vorsorglich wissen lassen, daß dieser Wunsch auch Auswirkungen auf den polnisch-rumänischen Garantievertrag vom 15. Januar 1931 haben könnte.<sup>12</sup> Die eklatante Mißachtung der noch immer zwischen Rumänien und Polen bestehenden Allianzverpflichtungen stellte jedoch einen schwerwiegenden Vertragsbruch dar.<sup>13</sup>

Mit der Internierung der polnischen Regierung war das faktische Erlöschen der polnischen Staatsgewalt auf ihrem Hoheitsgebiet herbeigeführt. Da jedoch die Besatzungsmächte keine formelle Erklärung über das Erlöschen der polnischen Staatlichkeit abgegeben hatten, konnte nach allgemein akzeptierter völkerrechtlicher Auffassung der von auslandspolnischer Seite reklamierte Fortbestand der Republik als gesichert angesehen werden.<sup>14</sup> Laut Artikel XIII Absatz 2b<sup>15</sup> der geltenden polnischen Verfassung von 1935 konnte eine in der Ausübung ihrer Regierungsgewalt behinderte Regierung demissionieren. Unter dem Eindruck der Notwendigkeit, die Kontinuität der polnischen Regierungsgewalt zu bewahren, entschloß sich der internierte Staatspräsident Prof. Ignacy Mościcki zur Demission unter gleichzeitiger Übertragung der Präsidialgewalt auf einen noch zu bestimmenden Nachfolger. Nach einigen Wirren<sup>16</sup> leistete der in Paris weilende Senatsmarschall und Wojewode Władysław Raczkiewicz am 30. September 1939 den Eid auf die Verfassung. Damit war nach polnischer These<sup>17</sup> dann auch tatsächlich der legale Fortbestand der Republik sichergestellt.

Auf das polnische Volk wirkte die militärische Niederlage begreiflicher Weise niederdrückend.<sup>18</sup> Die Demission der Regierung, der nach einhelliger Auffassung die Schuld an der »September-Katastrophe« anzulasten war, wurde in Polen mit erbitterter Genugtuung zur Kenntnis genommen. Ludwik Landau, der bekannte Soziologe und ungewöhnlich zuverlässige Chronist seiner Zeit, notierte das charakteristische Urteil: »Die ganze Ideologie aber des vergangenen Regimes erweckt gegenwärtig den tiefsten Widerwillen: ihre ganze

Schwäche, die ebenso widersprüchliche wie aufgeblasene Phraseologie treten ungeschminkt hervor.«<sup>19</sup>

Offensichtlich beschleunigte die militärische Niederlage jedoch auch ganz andere Prozesse, deren Ursache weniger in der kommenden Okkupation zu erblicken ist als vielmehr in der nun von polnischer Seite vorgenommenen Deutung der nationalen Geschichte in der Zeit der Republik. Auf dem Programm zur politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gesundung der jungen Republik, das von Piłsudski unter der Losung »Sanacja« (Sanierung) in den 20er Jahren propagiert worden war, hatten immer auch die Schatten von außerkonstitutionellen Mitteln und ausgesprochenen Zwangsmaßnahmen gelastet.<sup>20</sup> Nachdrücklicher noch als Piłsudskis Staatsstreich von 1926 waren jene Vorgänge im öffentlichen Bewußtsein geblieben, in deren Verlauf Piłsudski mißliebige Oppositionspolitiker wie Witos, Lieberman und andere im Militärgefängnis der Festung Brest hatte einsperren lassen, wo sie überdies mißhandelt worden waren. Die aus solchen Vorgängen resultierenden schweren Störungen im Dialog zwischen Regierung und Gesellschaft wurden zusätzlich durch die schon von Piłsudski eingebrachten elitären Prinzipien der regierenden Schicht akzentuiert, zu denen schließlich die autoritär verhärteten Nachfolger Piłsudskis ihre alleinige Zuflucht nahmen.<sup>21</sup> Der Machtverlust der »Gruppe der Obersten« war lange vor dem September angelegt; offen verkündet wurde er nach der Niederlage, indem die politische Opposition gegen das Vorkriegsregime die alte Losung »Sanacja« mit den Zügen abwertender Ironie und herber Kritik ausstattete.

Zwar hatte – ähnlich wie wenige Monate zuvor in der Märzkrise von 1939 – die Verteidigung des Landes eine politische Notgemeinschaft zustandegebracht, in der politische Differenzen gleichsam »eingefroren« waren. Jetzt aber, als das lähmende Gefühl der Niederlage von den Schrecken der Okkupation überlagert wurde,<sup>22</sup> brachen solche Dämme; besonders die Mitglieder der beiden großen Oppositionsparteien, der Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe, SL) und der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS), erinnerten sich wieder an die Verfolgungen und Demütigungen, denen sie in den letzten zehn Jahren ausgesetzt gewesen waren.<sup>23</sup> Daß der Sanacja die Schuld an der militärischen Niederlage so einhellig zugeschrieben wurde, resultierte nicht allein aus dem apologetisch motivierten Wunsch, die Vorgänge vom September 1939 begrifflich fassen und überschaubar machen zu können. Vielmehr sahen die Parteien nun auch den Zeitpunkt gekommen, ihre lange entbehrte Handlungsfreiheit wiederzugewinnen. So lag bei der Absage an die Sanacja, aus der

die Parteien sehr bald eine griffige Formel zu entwickeln wußten — trotz aller propagandistischer Monotonie —, der Akzent auf der Werbung für die eigene Sache.

Freilich war der Zeitraum, in dem die Parteien Atem schöpfen zu können glaubten, zu kurz bemessen. Auf deutscher wie auch auf sowjetischer Seite setzten die Okkupationsregime ein, deren Zielsetzungen und Methoden den zunächst vorhandenen euphorischen Visionen ein jähes Ende bereiteten. Hinzu kam, daß durch die Kriegseignisse die Verbindungen innerhalb der Parteien weitgehend zerstört waren<sup>24</sup>, so daß sie auch gewisse Auflösungserscheinungen in der eigenen Organisation zu bekämpfen hatten. Endlich waren die Parteien auf den nun einsetzenden Gang der Dinge weder praktisch noch programmatisch vorbereitet. Ihre Vorkriegsprogramme hatten Maßstab und Ziel aus der Kritik an der Sanacja gewonnen; ohne diese Axiomatik war die Tauglichkeit der Programme beschränkt. Die Okkupationswirklichkeit hüben und drüben tat ein übriges und fetzte Parteiprogramme vorerst auf den Kehrlichthausen unzeitgemäßer Illusionen.<sup>25</sup>

Was uns dennoch berechtigt, von »Parteien« zu reden, ist der Umstand, daß sie in den ersten Wochen nach Ende des Septemberkrieges »the more stable elements in occupied Poland«<sup>26</sup> darstellten. Dieser Eindruck, den es am konkreten Fall noch zu verfolgen gilt, wurde nicht nur vom alten Namen und Ansehen der Parteien geprägt, sondern mehr noch von der Mobilität und Entschlossenheit ihrer Führungsgremien.

## 2. Die spontane Entstehung konspirativer Kleingruppen

Die schnelle und vollständige Niederlage, durch die das polnische Volk aus Illusionen und Wunschräumen<sup>1</sup> aufgeschreckt worden war, führte nicht zur Resignation und Verzweiflung. Vielmehr bildeten sich auf individuelle Initiative militärische und politische Gruppen, die gewillt waren, den Krieg auf eigene Faust im Untergrund fortzusetzen. Diese Gruppenbildung war das Ergebnis spontaner und jedenfalls nicht »von oben« her inspirierter Übereinkünfte.<sup>2</sup> Es scheint, als habe in den ersten Wochen nach der Niederlage jeder mit Initiative, Ehrgeiz und Zivilcourage eine eigene Gruppe aufbauen können. Freilich unterschieden sich die Gruppen in ihren programmatischen Vor-

stellungen und Zielen erheblich.<sup>3</sup> Daneben wird auch über Versuche berichtet, Widerstandsgruppen zu organisieren – etwa durch Flugblätter, in denen Anfang Oktober 1939 das polnische Volk aufgefordert wurde, Untergrundeinheiten zu formieren.<sup>4</sup> Intentionen dieser Art müssen in den ersten Wochen nach der Niederlage im polnischen Volk weit verbreitet gewesen sein. In diesem Vorgang manifestierte sich der ebenso spontane wie selbstverständlich anmutende Wille der Nation, das Kriegsergebnis vom September zu negieren und Polen den Rang eines Subjekts der Geschichte zu bewahren. Später erwachsen dieser Spontaneität aus der repressiven Besatzungspolitik der Okkupationsmächte neue Motive und zusätzliche Stimulantia. Aber zu Beginn war die Bildung konspirativer Gruppen »keine Antwort auf den schrecklichen Terror der Okkupanten, sondern es handelte sich hierbei grundsätzlich um die Fortsetzung der Heimatverteidigung vom September.«<sup>5</sup>

Über die Gesamtzahl dieser spontan entstandenen Gruppen herrscht weder in den Quellen noch in der Literatur Einigkeit. Der Emissär der Exilregierung »Konarski«-Szymański spricht von »ungefähr 15 zersplitterten Geheimorganisationen«;<sup>6</sup> der Kommandant des ZWZ, Stefan Rowecki, nennt im April 1940 die Zahl von »gegen 40 Gruppen«;<sup>7</sup> der Chef der SZP, General Tokarzewski, kommt gegen Ende November 1939 auf eine Zahl von »über 100« Gruppen;<sup>8</sup> Janina Karasiówna zählt für Ende Dezember 1939 »138 kleinere militärische und politische Gruppen«;<sup>9</sup> Oberst Jan Rzepecki, der spätere Informationschef des ZWZ, beschränkt sich mit seiner Zahl von 150 Gruppen<sup>10</sup> auf solche rein militärischen Typs. Die höchste Zahl wird schließlich von Tarnogrodzki und Tryc mit »ca. 350 politischen und militärischen Geheimorganisationen«<sup>11</sup> errechnet.

Diese Divergenzen lassen sich nur zum Teil dadurch erklären, daß einzelne Organisationen aus Tarnungsgründen sehr häufig die Namen wechselten. Der wichtigere Grund dürfte wohl darin liegen, daß die Kleingruppen schnell entstanden und ebenso schnell wieder von der Bühne des Geschehens abtraten, ohne eine nachhaltige Spur zu hinterlassen.

Als die Exilregierung um die Jahreswende 1939/40 in Rumänien und Ungarn sogenannte »Basen« (bazy) einrichtete, erhielten diese vorgeschobenen Auslandsposten u. a. die Aufgabe, Berichte über die Militärgruppen im Lande zu erstellen.<sup>12</sup>

Der früheste Bericht der Budapester Base ROMEK vom 16. Januar 1940<sup>13</sup> gibt einen übergreifenden, in seinen Einzelheiten jedoch vielfach ungenauen Einblick in die Entwicklung von Organisationen in den

Räumen Warschau, Krakau und Lemberg, während über die Situation in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten in diesem Bericht — wie auch in allen folgenden — keine Aussagen gemacht werden. Einleitend registrieren die Verfasser den zu dieser Zeit schon einsetzenden Vorgang, daß innerhalb der Gruppen »die schwächeren von den stärkeren absorbiert« würden. Dennoch müsse mit »Erschwerungen in der Koordinierung der Gruppen gerechnet« werden, da deren Leiter inzwischen persönlichen Ehrgeiz entwickelt hätten. Insgesamt werden in sehr unsystematischer Weise 21 Organisationen aufgezählt.

In der zweiten ROMEK-Meldung vom 22. Januar 1940<sup>14</sup> werden immerhin schon 39 weitere Organisationen genannt, wobei für 31 Gruppen kein Name feststellbar war.

Der dritte ROMEK-Bericht vom 3. Februar 1940<sup>15</sup> verzeichnet nur 6 Gruppen. In seiner Beschränkung auf die Territorien Warschaus und Krakaus (ohne die Städte selbst) ist er ein ausgesprochener Ergänzungsbericht zum Bericht vom 22. Januar 1940.

Der einzige diesbezügliche Bericht der Bukarester Base BOLEK vom 5. April 1940<sup>16</sup> befaßt sich ausschließlich mit Gruppen auf sowjetisch okkupiertem Gebiet und enthält neben Gruppenzahlen auch Angaben über die Waffenbestände einzelner Gruppen.

Eine Zusammenstellung der vorliegenden vier Berichte ergibt folgendes Bild:

BERICHT	DEUTSCHE OKKUPATION			SOWJETISCHE OKKUPATION	
	Warschau	Krakau	Rest	Lemberg	Rest
ROMEK 16. 1. 40	3	3	7	4	4
ROMEK 22. 1. 40	9	6	8	8	8
ROMEK 3. 2. 40	—	—	6	—	—
BOLEK 5. 4. 40	—	—	—	6	40 <sup>17</sup>
insgesamt	12	9	21	18	52

Die Gesamtzahl beläuft sich auf 112 festgestellte Gruppen. Doppelzählungen wie im BOLEK-Bericht waren in der obigen Zusammenstellung nicht zu vermeiden, da in den seltensten Fällen die Organisationen mit ihrem Namen genannt wurden, so daß zwischen Ortskommandos und Oberkommandos einzelner Gruppen nicht unterschieden werden konnte. So gibt die obige Tabelle zunächst einmal nur Auskunft über die Berichtsleistung der Basen; es muß jedoch da-

von ausgegangen werden, daß diese Berichte die Zahl der vorhandenen Gruppen und ihre Verteilung auf dem Territorium der Republik nur ungenau beschreiben.

Ein relativ verlässliches Indiz zur Unterscheidung dieser Gruppen, die zunächst in chaotischer Fülle auftraten, kann aus einer Untersuchung der Gruppennamen gewonnen werden.

Eine kleine Anzahl von Gruppen trug Personennamen, wie etwa die »Sikorszczycy«;<sup>18</sup> bei ihnen stand das Vorbild eines Politikers oder eines Soldaten Pate. Andere Gruppen trugen den Namen des Leiters oder eines Gründers der Organisation.<sup>19</sup> In einigen Fällen trat dabei ein Doppelsinn zutage, wie bei der »Militärorganisation ›der Wölfe« (OWW), die sich nach ihrem Leiter Wilk-Biernacki nannte.<sup>20</sup>

In anderen Gruppen hatten sich Teile der polnischen Armee oder der Veteranenverbände zusammengefunden: »Luftwaffen-Kampfeinheiten« (LOB), »Kommando der Verteidiger Polens« (KOP),<sup>21</sup> »Verband der Aufständischen für Unabhängigkeit« (ZPN),<sup>22</sup> »Gruppe höherer Militärs«, »Verband polnischer Kavalleristen«, »Verband der Reserveunteroffiziere« (ZPR), »Verteidiger der Freiheit ›Warszawa-Praga«.<sup>23</sup>

Die überwiegende Zahl der Gruppen hatte jedoch Namen angenommen, in denen der Charakter einer Militärorganisation deutlich wurde. Hier reicht die Skala von »Dienst am Siege Polens« (SZP) und »Polnische Geheimmarmee« (TAP) über »Polnische Organisation zum Kampf gegen den Feind« und »Verband für bewaffnete Tätigkeit« (ZCZ) bis hin zu Namen mit ausgesprochenem Proklamationscharakter wie »Freiheit« (wolność), »Befreiung« (wyzwolenie), »Unabhängigkeit« (niepodległość) und »Bastion« (szaniec).

Namen mit politischen Programmvorstellungen tauchten seltener auf. Teils lag das wohl daran, daß die militärische Niederlage zunächst einmal einen militärischen Widerstand hervorrief; auf der anderen Seite galt es zu vermeiden, allzusehr in die Nähe der politischen Parteien zu geraten. Es finden sich Namen mit linksradikalen Inhalten wie »Revolutionsverband« in Lemberg und »Barrikaden der Freiheit«. Ein Name wie »Neues Polen« enthielt eine relativ konturlose Absage an das Vorkriegsregime. Das Gleiche trifft auf »Morgen« (jutro) zu.

War eine Gruppe aus dem Zusammenschluß mehrerer kleinerer Verbände entstanden, die jeweils ihren Namen mitbrachten, so empfahl es sich, einen Namen für den Zusammenschluß zu wählen, in dem diese Genesis deutlich wurde: So hieß eine politische Gruppe »National-Konföderation«, die von ihr gebildete Militärzelle »Militärkon-

föderation«. Auch hier liegt ein Doppelsinn vor, denn zweifellos wurde mit dem Begriff »Konföderation« an den alten Gedanken der *confoederatio* erinnert.<sup>24</sup> Einige Namen lassen lokale Bezüge erkennen: »Wawel« und »Pommerscher Adler« (Gryf Pomorski), andere — wie etwa »Grunwald«<sup>25</sup> — beschwören historische Reminiszenzen. Die von Jan Karski erwähnten »phantastischen« Namen sind selten: »Die Mutigen« (*odważni*) und »Muszkieterzy«.<sup>26</sup>

Insgesamt verhilft auch diese gliedernde Aufzählung nur zu einem ungefähren Einblick in traditionelle Elemente, Beharrungskräfte und politisches oder militärisches Gedankengut, wie es nach der September-Niederlage in Polen lebendig war. Angesichts der Vielfalt der Motive, die zur spontanen Entstehung der Résistance-Gruppen führten, nimmt ihre hohe Zahl nicht wunder. Diese Vielfalt erklärt auch das organisatorische Chaos, das sich in der gesonderten Existenz so vieler unabhängiger Gruppen darbot. Hierin machte sich das Fehlen einer polnischen Zentralgewalt in der Heimat am schmerzlichsten bemerkbar. Die Mehrzahl dieser kleinen Gruppen, die aus nationalen Trotzreaktionen gegen die September-Katastrophe entstanden waren oder die nun die Zeit zur Verwirklichung eigenständiger Programme gekommen sahen, hatte eine Organisation von schlechtweg dilettantischem Zuschnitt. Sie wurden daher rasch von der deutschen Sicherheitspolizei aufgespürt.

Diesen sich verschärfenden Bedingungen auf deutschem Okkupationsgebiet fiel etwa der einzige polnische Partisanenverband zum Opfer, der seine Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit von Ende September 1939 bis Anfang Mai 1940 zu wahren vermochte. Es handelte sich hierbei um eine Freischärlertruppe, die unter der Führung von Major Henryk Dobrzański stand, der sich später den Decknamen »Hubal« zulegte.<sup>27</sup> Das Auftreten des Freikorps unter Dobrzański war ein »letztes Echo der Septemberkampagne«,<sup>28</sup> und sein Scheitern Anfang Mai 1940 hat — nicht zuletzt unter dem Eindruck der Massaker unter der polnischen Zivilbevölkerung, mit denen die SS das Auftreten dieser Truppe beantwortete — den Gedanken des Partisanenkrieges in Polen für die nächsten zwei Jahre verschüttet.<sup>29</sup>

Andere Gruppen litten unter erheblichem Geldmangel und zerfielen, als die generelle Verarmung der Bevölkerung und die Hungersnot im Winter 1939/40 ihren Mitgliedern individuelle Probleme stellten, zu deren Lösung die Organisation der Gruppe nicht fähig war. Endlich waren in vielen Gruppen die Beharrungskräfte, die auf eine gesonderte Existenz drängten, schwächer als jene nüchternen und pragmatischen Überlegungen, die den Zusammenschluß mit anderen Klein-

gruppen oder den Beitritt zu einer schon bestehenden größeren Organisation nahelegten.

Solche und ähnliche Gründe bewirkten, daß sich in den 15 Monaten vom September 1939 bis zum Jahresende 1940 die Zahl der Kleinorganisationen ständig verringerte, während zur gleichen Zeit einige wenige Organisationen, die zuverlässiger und geschickter geführt wurden, größeren Fanatismus aufwiesen und vielleicht von vornherein zahlenmäßig stärker gewesen waren, an Gewicht und Einfluß gewannen.

Damit wurde zwar die Struktur des Untergrunds klarer und übersichtlicher, zugleich aber erschwerte dieser Vorgang die gänzliche Einigung der polnischen Résistance wegen des größeren Selbstgefühls, das in diesen Sammelorganisationen herrschte. Eine Einigung der polnischen Untergrundbewegung in dem Sinne, daß alle existierenden Gruppen unter einer einzigen Führung standen, ist während der ganzen Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht erreicht worden.<sup>30</sup>

### 3. Die Konzentration des Widerstands in den Städten

Im Gegensatz zu früheren konspirativen Bewegungen in Polen, die ihren Ausgang vom Lande genommen hatten, stellt sich die Résistance im Zweiten Weltkrieg als ein vornehmlich städtisches Phänomen dar. Die Gründe lagen nicht nur in der allgemeinen Entwicklung der Städte in Polen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,<sup>1</sup> sondern gewiß ebenso in der Nationalitätenproblematik der Republik wie schließlich auch in besonderen Zügen der Okkupationsherrschaft beschlossen.

Auf dem Gebiet des Generalgouvernements hatte die Behandlung der polnischen Bauern dazu geführt, daß diese eher Vorteile in der nach dem September entstandenen Lage erblickten. Die Freistellung der Landbevölkerung von steuerlichen Abgaben, die Beschränkung von Requisitionen größeren Umfangs allein auf Güter und andere Maßnahmen der deutschen Zivilverwaltung führten dazu, daß die Landbevölkerung auch finanzielle Vorteile gegenüber der Stadtbevölkerung genoß. Unter diesen Umständen entwickelte sich in den ersten Monaten eine Situation, die im Prinzip mit der Situation in Deutschland während der ersten Jahre nach 1945 vergleichbar ist. Die Landbevölkerung »kaufte in den Städten wahllos alles in großen Mengen ein, was nur zu haben war. Diese neuen Bedingungen, unter denen es sich die Landbevölkerung gut gehen ließ, brachte mancherorts die Furcht vor den Okkupanten zum Verschwinden, und die Landbevöl-

kerung entwickelte so etwas wie ›Sympathie‹ für die neue Situation und ihre Urheber. Man darf die Masse der Bauern nicht zu optimistisch beurteilen.«<sup>2</sup>

Es stand zwar nicht zu befürchten, daß es zwischen Landbevölkerung und Okkupationsmacht zu ausgesprochener Kollaboration kommen würde; aber die in den Städten angesiedelte Résistance mußte doch versuchen, unter den Bauern Einfluß zu gewinnen, damit sich diese unter dem »Druck der gegenwärtigen Verhältnisse radikalisierten«.<sup>3</sup> Sei dieses erst einmal erreicht, so werde »der Okkupant in wenigen Wochen mit Sicherheit durch sein Auftreten den Rest besorgen«.<sup>4</sup>

Wenn sich auch die Zeitkalkulation als irrig erweisen sollte, so war doch der Vorgang als solcher richtig vorhergesehen. Tatsächlich verschwanden diese Schwierigkeiten, die der städtisch gebundenen Résistance aus der Haltung der bäuerlichen Bevölkerung erwachsen, mit wachsendem Zugriff der sich im Laufe des Jahres 1940 nun auch auf dem Lande konsolidierenden deutschen Gouvernementsverwaltung. Gegen Ende des Jahres 1940 konnte jedenfalls der exilpolnische Innenminister Kot mit dem Unterton der Befriedigung feststellen, daß »die Deutschen ihr Kokettieren mit den Bauern schon längst aufgegeben«<sup>5</sup> hätten. Ein anderer Grund für die durchweg städtisch geprägte Verfestigung des Widerstands lag in der Entwicklung der Städte nach dem September 1939. Die polnische Hauptstadt, die als Prototyp für diese Entwicklung gelten kann, hatte Mitte 1939 insgesamt 1.179.500 Einwohner;<sup>6</sup> dagegen zählte sie im Januar 1940 schon 1.500.000 Einwohner.<sup>7</sup> Es läßt sich im einzelnen nicht belegen, aus welchen Quellen sich dieser Zulauf speiste. Aber es ist eine brauchbare Arbeitshypothese, daß es sich hierbei um Leute handelte, die aus den verschiedensten Gründen in der Unübersichtlichkeit der Großstadt unterzutauchen suchten.<sup>8</sup> In dem Maße nun, in dem die organisatorische Kontrolle der Okkupationsmacht über die Stadt zunahm, mußte das einfache Untertauchen, das weithin nur ein passiver Vorgang war, durch aktive Schutzmaßnahmen ersetzt und ergänzt werden. Zu solchen Maßnahmen gehörte vor allem die Beschaffung falscher Papiere. Das überstieg jedoch fast immer die Möglichkeiten des Individuums, das sich nun verständlicherweise durch den Beitritt zu einer konspirativen Gruppe deren bessere Möglichkeiten nutzbar zu machen suchte.<sup>9</sup> In dieser Entwicklung offenbarte sich, daß die Maßnahmen der deutschen Okkupationsherrschaft nicht zur Befriedung der städtischen Bevölkerung führten, sondern statt dessen eine spezifische Gruppe der Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an der Résistance geradezu zwan-

gen. Wie wenig sich an der Situation in Warschau in der Folgezeit änderte, bezeugte Generalgouverneur Frank selbst in seiner Rede vom Dezember 1943:

»Wir haben in diesem Land einen Punkt, von dem alles Unheil ausgeht: es ist Warschau. Wenn wir Warschau nicht im Generalgouvernement hätten, dann hätten wir vier Fünftel der Schwierigkeiten nicht, mit denen wir zu kämpfen haben. Warschau ist und bleibt [sic!] der Punkt, von dem alle Unruhe in dieses Land hineingetragen wird.«<sup>10</sup>

Im sowjetisch okkupierten Ostpolen läßt sich gleichfalls ein überwiegend städtischer Widerstand erkennen; freilich waren dafür andere Gründe bestimmend als im Generalgouvernement. Der östliche Teil Polens war schon zu Zeiten der Republik wegen der starken Minderheiten ein erhebliches Problem. Von den etwas über 13 Millionen Menschen, die im sowjetischen Okkupationsgebiet lebten, sprachen nur gut 5 Millionen Polnisch als Muttersprache, mehr als 4,5 Millionen dagegen Ukrainisch.<sup>11</sup> Jetzt, nach der September-Niederlage, wirkte sich die verfehlte Nationalitätenpolitik der polnischen Behörden<sup>12</sup> abträglich auf den Gedanken einer national gefärbten Résistance aus. Besonders die nationalbewußten Ukrainer waren durch die Ereignisse des Jahres 1919 in einen schwer überbrückbaren Gegensatz zum polnischen Staatsgedanken geraten. Nach den zusätzlichen Erfahrungen im Minderheitenkampf der Republikzeit verhielten sie sich dem Plan einer betont polnischen Résistance gegenüber reserviert oder ausgesprochen feindlich.<sup>13</sup> Nur in den Städten, wo der polnische Bevölkerungsanteil deutlich dominierte, konnte daher der Gedanke einer Widerstandsbewegung unter polnischem Vorzeichen Wurzeln schlagen.

#### 4. Entstehung und Entwicklung der SZP General Tokarzewskis

In der Nacht vom 20. auf den 21. September 1939<sup>1</sup> erreichte Brigadegeneral Michał Tadeusz Karaszewicz-Tokarzewski die zu dem Zeitpunkt von deutschen Verbänden schon eingeschlossene polnische Hauptstadt. Er hatte zuletzt in der Armee General Kutrzebas die Operationsabteilung geleitet und war nach der Zerschlagung von Kutrzebas Armee geflüchtet.<sup>2</sup> Noch in derselben Nacht hatte Tokarzewski eine Unterredung mit dem Warschauer Bürgermeister Stefan Starzyński, die bis in die frühen Morgenstunden dauerte. Über dieses Gespräch berichtete Tokarzewski später, er sei sich mit Bürgermeister Starzyński darin einig gewesen, »daß Warschau so lange wie möglich

verteidigt werden müsse, und zwar aus Gründen der Ehrenpflicht und des moralischen Rückhalts, welches die beiden Ausgangspunkte für weitere Unternehmungen in diesem uns aufgezwungenen Kriege darstellen würden.«<sup>3</sup>

Um 8.00 Uhr morgens setzten Tokarzewski und Starzyński ihre Unterredung bei General Juliusz Rómmel fort, dem als Befehlshaber des Armeekorps »Warszawa« die Verteidigung der Stadt oblag. Im Verlauf dieses Gesprächs wurde Tokarzewski von Rómmel zu seinem Stellvertreter ernannt, zu dessen Aufgaben es nun gehörte, Rómmel im Gremium des Warschauer Verteidigungsrats zu vertreten. Da Rómmel zu diesem Zeitpunkt schon von der Sinnlosigkeit einer weiteren Verteidigung Warschaus überzeugt war,<sup>4</sup> mochte er den Wunsch gehabt haben, mit der Ernennung Tokarzewskis zu seinem Stellvertreter möglichen Konflikten mit den zur weiteren Verteidigung entschlossenen zivilen Mitgliedern des Verteidigungsrats aus dem Wege zu gehen.

Allerdings wurde auch ihnen schon bald deutlich — nicht zuletzt unter dem Eindruck der an Zahl und Intensität zunehmenden Luftangriffe auf die polnische Zivilbevölkerung —, daß die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt militärisch unmöglich war und jedenfalls nur noch eine Sache von Tagen sein konnte. Als schließlich am 27. September das schon seit Tagen vorliegende deutsche Kapitulationsangebot mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit der Lage akzeptiert wurde, erlosch jedoch mit der Übergabe der Stadt nicht zugleich der Gedanke einer moralischen und stärker noch nationalen Verpflichtung, aus dem heraus die Verteidigung geführt worden war.

Noch in derselben Nacht vom 26. auf den 27. September, als über die Kapitulation entschieden wurde, entschloß sich General Tokarzewski, den verlorenen Krieg durch konspirative Militärtätigkeit fortzusetzen.<sup>5</sup> Er ließ sich bei General Rómmel melden, um von ihm Vollmachten für den Aufbau einer Untergrundgruppe zu erhalten, und er legte Rómmel ein entsprechend vorbereitetes Schreiben zur Unterschrift vor.<sup>6</sup>

General Rómmel zögerte indessen noch, seine Vollmachten auf Tokarzewski zu übertragen, denn er hatte soeben die Nachricht erhalten, daß Major Edmund Galinat vom Führungshauptstab mit wichtigen Instruktionen des Oberbefehlshabers Marschall Rydz-Śmigły nach Warschau einfliegen werde. Er machte daher seine Entscheidung vom Inhalt der durch Galinat zu überbringenden Instruktionen abhängig und hieß Tokarzewski, sich bis dahin zu gedulden.

Major Galinat gelang es, vor den deutschen Linien zu landen;

gegen Mitternacht legte er General Rómmel den Befehl von Rydz-Śmigły vor:

»Ich sende Major Galinat nach Warschau zu dem Zweck, eine polnische Untergrundorganisation für den Kampf gegen die Deutschen ins Leben zu rufen. Das umfaßt die Befehlsgewalt und die Führung. (Oberbefehlshaber Marschall Rydz-Śmigły. 26. 9. 1939).«<sup>7</sup>

Für Rómmels Entscheidung war schließlich ein eigentümliches Gemisch von politischem und strategischem Denken ausschlaggebend. In politischer Hinsicht erinnerte sich Rómmel daran, daß Galinat vor dem Kriege das junge »Lager der Nationalen Sammlung« (Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZN) geführt hatte, dessen stramme Regierungshörigkeit bei Rómmel wenig angenehme Erinnerungen weckte.<sup>8</sup> Auf der anderen Seite war Rómmel jedoch auch der Bevollmächtigte des Oberbefehlshabers und zugleich der dienstälteste Offizier am Ort.<sup>9</sup> Im Hinblick darauf entschied er im Beisein mehrerer Generäle,<sup>10</sup> daß er aufgrund seiner besseren Kenntnis der Situation die Nominierung von Galinat nicht anerkennen werde. Statt dessen übertrug er seine Vollmachten auf Tokarzewski, wobei er diesem jedoch freistellte, Galinat als Stabschef oder in ähnlicher Position in die konspirative Arbeit mit einzubeziehen.<sup>11</sup>

Der Befehl Rómmels, der das eigentliche Bindeglied zwischen der Verteidigung Warschaus und dem Beginn der Untergrundarbeit darstellte, ist im Original nicht erhalten. Er wird jedoch mehrfach überliefert.<sup>12</sup> Da diese Überlieferungen Widersprüche aufweisen, soll hier versucht werden, durch einen Vergleich die ursprüngliche Gestalt des Befehls wenn auch nicht im genauen Wortlaut, so doch dem Sinne nach zu rekonstruieren. Der auffälligste Unterschied zwischen den Hauptüberlieferungen tritt im Zentrum des Befehls zutage. Karasiówna spricht von »konspirativem Widerstand«,<sup>13</sup> während Tokarzewski nur die Aufgabe generell, nicht aber das Mittel zu ihrer Erledigung angibt. Formulierungen wie »Unabhängigkeit aufrecht erhalten« und »Unversehrtheit der Grenzen« (beides bei Tokarzewski) dürften am 27. September reine Illusion gewesen sein. Dagegen kann der Konspirationspassus im Original nicht gefehlt haben, da er den Befehl eigentlich erst sinnvoll macht.

Von den Zufälligkeiten der Überlieferung befreit, dürfte der Befehl folgende Fassung gehabt haben:

»Die mir durch den Oberbefehlshaber im Einverständnis mit der Regierung der Republik Polen erteilte Befehlsgewalt über das ganze Staatsgebiet der Republik Polen übertrage ich auf Brigadegeneral M. T. Tokarzewski-Karaszewicz mit der Verpflichtung, durch die

Organisierung und Führung konspirativen Widerstands und bewaffneten Kampfes gegen die Okkupationsmächte auf dem gesamten Staatsgebiet die Unabhängigkeit Polens wiederzuerlangen.

Juliusz Rómmel, Divisionsgeneral.«<sup>14</sup>

Zusammen mit der Vollmacht händigte Rómmel General Tokarzewski 750.000 Złoty als finanziellen Grundstock für die erste Zeit der konspirativen Arbeit aus.<sup>15</sup> Tokarzewski meldete sich formell bei seinem Vorgesetzten ab und tauchte durch Vermittlung eines befreundeten Arztes im »Wolski-Spital« an der Peripherie Warschaws unter, wo er Sanitätsdienste leistete. Zuvor jedoch leitete er eine Werbekaktion im Stab der Warschauer Verteidigung ein, die seiner zukünftigen Organisation etwa 15 Stabsoffiziere zuführte.<sup>16</sup> Die Gegenwart vieler höherer Offiziere in Warschau, die zudem der deutschen Gefangenschaft gern entgehen wollten, ermöglichte es Tokarzewski, sehr schnell einen Stabsapparat aufzubauen, dessen Arbeitsteilung und personelle Besetzung bis Mitte Oktober offenbar problemlos geregelt wurden. Dazu dienten vor allem die ersten fünf Stabsbesprechungen zwischen dem 28. September und dem 12. Oktober.<sup>17</sup> In dieser fünften Besprechung wurde festgelegt, daß sich der gesamte Stab einmal wöchentlich treffen solle, während für die einzelnen Abteilungen des Stabs zwei Besprechungen in der Woche vorgesehen wurden. Auf derselben Besprechung vom 12. Oktober entschied sich Tokarzewski, nun wohl schon befriedigt von der Arbeit seines mobilen und funktionsfähigen Stabs, die konspirative Tätigkeit in die Breite zu treiben. Folgerichtig wurde eine Werbezentrale eingerichtet, die sich in die Abteilungen für spezielle und für allgemeine Werbung untergliederte.

Die Bestellung eines Stabschefs, der Tokarzewski in den anfallenden Koordinierungsaufgaben hätte entlasten können, stand in den ersten Aufbauwochen merkwürdigerweise nicht zur Diskussion. Möglicherweise hielt Tokarzewski angesichts prinzipieller Organisationsaufgaben eine solche Funktionsgliederung in der Spitze nicht für ratsam, oder es befand sich unter den zu ihm gestoßenen Offizieren niemand, der in seinen Augen ein überzeugender Kandidat für diesen Posten gewesen wäre. Diese Lage veränderte sich, als Tokarzewski etwa am 15. Oktober von dem ihm bekannten Oberst Stefan Rowecki aufgesucht wurde. Der 44jährige Rowecki<sup>18</sup> hatte zuletzt im September eine Panzerbrigade kommandiert,<sup>19</sup> war ein Offizier mit Generalstabs Erfahrung und hatte sich zudem durch eine ganze Anzahl militärwissenschaftlicher Publikationen als ein in Konspirationsdingen bewandelter Mann ausgewiesen.<sup>20</sup> Tokarzewski schätzte an Rowecki

»seine soldatische Haltung, seinen klaren Kopf und seine Gemüts-  
werte, seine ideelle Haltung und seinen Charakter«. <sup>21</sup>

Als Rowecki die Bitte äußerte, Tokarzewski möge ihm bei dem Versuch, sich nach Frankreich durchzuschlagen, behilflich sein, bemühte sich Tokarzewski, ihn zum Bleiben und zur Mitarbeit in seiner Militärorganisation zu überreden. Rowecki fürchtete jedoch, daß er sich in der Konspiration von politischen Angelegenheiten, die ihm »gänzlich fremd und sogar unangenehm seien«, <sup>22</sup> nicht werde distanzieren können. Als alle Überredungskünste Tokarzewskis die Sorge Roweckis vor den politischen Implikationen einer solchen Aufgabe nicht zu beseitigen vermochten, zeigte Tokarzewski ihm den Rómmel-Befehl und befahl ihm kraft dieser verbrieften Autorität, in der Heimat zu bleiben und bei ihm, Tokarzewski, als Stabschef und Stellvertreter zu arbeiten. Roweckis Gehorsam hat freilich seine Aversion gegen die Welt der Politik nicht beseitigen können; aber Tokarzewski nahm in der Folgezeit darauf Rücksicht und bemühte sich, die politischen Kontakte der Organisation selbst zu pflegen, während Rowecki die rein militärischen Aufgaben eines Stabschefs versah.

Während seiner Tätigkeit als Sanitäter im »Wolski-Spital« hatte Tokarzewski Zeit gefunden, die Grundsätze seiner künftigen konspirativen Tätigkeit zu entwerfen: das sogenannte »Statut« <sup>23</sup> seiner Organisation, der er gleichzeitig den Namen »Dienst für den Sieg Polens« (SZP) <sup>24</sup> gab. Das Statut ließ Tokarzewski noch im Oktober 1939 durch den Kurier Waclaw Płoński <sup>25</sup> an den Oberbefehlshaber und Premier abgehen; allerdings traf es erst gegen Ende Dezember 1939 bei der Exilregierung ein. Zu diesem Zeitpunkt waren dort jedoch die anderslautenden Planungen schon so weit gediehen, daß das Statut für die Exilregierung nur noch historischen Wert besaß.

Die Zielsetzungen der künftigen konspirativen Arbeit legte Tokarzewski im einleitenden programmatischen Teil des Statuts nieder. Sie belegen schlüssig, wie eng Tokarzewski sich an den ihm erteilten Befehl Rómmels zu halten gesonnen war. Dort heißt es grundsätzlich, die SZP wolle »einen entschlossenen und unnachgiebigen Kampf gegen den Aggressor führen und auf jedem Gebiet dieser einzigartigen Tätigkeit in Polen alle Mittel zu dem Zweck einsetzen, Polen in seinen Vorkriegsgrenzen zu befreien«. <sup>26</sup> Das Syndrom der Septemberniederlage schlug sich in der Forderung nieder, auf »eine Reorganisation des Gefechtswerts unserer Armee und eine Steigerung ihrer moralischen und physischen Bereitschaft« hinzuwirken. Während schon allein die Verwendung des Begriffs »Armee« die Vorstellung einer fraglosen Rechtsnachfolge und des Alleinvertretungsanspruchs wenigstens auf

militärischem Gebiet implizierte, bezeichnete Tokarzewski an anderer Stelle seine konspirative SZP sogar als »die vorläufige Macht der nationalen Heimat«. Zu diesem Selbstverständnis war Tokarzewski nach Maßgabe des Römmel-Befehls zweifellos berechtigt; immerhin aber hielt er damit die Organisation auch offen für Veränderungen, die deren legitimatorische Basis betreffen könnten.

Zum Dienst in der SZP wurden durch das Statut »alle Soldaten des Stammdienstes und alle Berufssoldaten« aufgerufen; sie sollten »bis zur Rückkehr der eigentlichen Kriegstreitkräfte in die Heimat im Rahmen der Anordnungen des Oberbefehlshabers« arbeiten. Aus diesen Mannschaften sollte sich der aktive Teil der SZP zusammensetzen. Ohne Einschränkung aufgrund politischer oder religiöser Überzeugungen sollte das polnische Volk, wie es vage formuliert wurde, »Anteil haben an den Arbeiten der Organisation und mit ihr zusammenarbeiten«.

Hinter dieser Bestimmung des Statuts verbirgt sich die Vorstellung, daß die SZP sich in eine allgemeine Bewegung und in den aktiven Dienst gliederte,<sup>27</sup> wobei die allgemeine Bewegung unter den Aspekten einer Hilfsorganisation für Dienstleistungen nicht-militärischer Art und geringeren konspiratorischen Gehalts begriffen wurde. Sie diene dann auch als Reserve für die SZP, die ein ständiges Nachströmen von Männern bei Ausfällen in den Mannschaftsdienstgraden gewährleistete.

Weiterhin wird im Statut betont, daß das »Aufbautempo«, also der Rekrutierungsvorgang, sich mit der »Erprobung und Präzisierung der Arbeit«<sup>28</sup> im Gleichgewicht halten müsse. »Strenge und eingehende Kriterien« müßten für die Auswahl von Mitgliedern gelten, um die Gefahr zu vermeiden, daß das System der Organisation, die Führungszentren und die Verbindungen aufgedeckt werden könnten. Nur zuverlässige Leute und solche, die für die SZP von praktischem Wert seien, sollten Aufnahme in die Organisation finden. Mit Nachdruck betont Tokarzewski, daß das Niveau der Organisation »allein von der Qualität der Leute und von ihren Arbeitsmethoden, keinesfalls aber von deren quantitativer Menge« abhängen werde.<sup>29</sup>

Bei der Durchführung dieser Rahmenbestimmungen zur Rekrutierung sollten die Führungszentren auf allen Organisationsstufen zunächst nur solche Leute auswählen und als Kern um sich scharen, die aufgrund persönlicher Bekanntschaft als unbedingt zuverlässig gelten konnten. Erst dann, wenn dieser Kern bestehe, sollte damit begonnen werden, »den eigentlichen Unterbau, d. h. die Kampf- und Schutzzeihen« aufzufüllen und auf den geplanten Gefechtswert zu bringen.

Das Statut, dessen endgültige Redaktion spätestens am 5. Oktober

beendet war, enthält noch keine Hinweise auf das Problem, das sich der SZP und später dem ZWZ in der selbständigen Existenz der vielen kleinen Untergrundgruppen stellen sollte. Ihrem Selbstverständnis und dem Auftrag ihres Leiters nach war die SZP dazu verpflichtet, sich Splittergruppen unterzuordnen, die durch ihre gesonderte Existenz den Auftrag der SZP gefährden konnten. Im Statut wird auf solche zur Zeit der Abfassung noch hypothetischen Fälle nicht mit strikten Weisungen, sondern nur mit der allgemeinen Empfehlung eingegangen, »sich der konspirativen Möglichkeiten dieser Zentren und ihrer Mitarbeit« zu versichern. Der Abschluß dieses Vorgangs war auf den »Ausbruch des Aufstands, auf den Augenblick unseres Hervortretens« terminiert.

Hinter der relativ sorglosen Behandlung dieses Problems verbergen sich nicht organisatorische Mängel der SZP oder Zweifel an der Autorität Tokarzewskis, die jeden Zwang gegenüber Einzelgruppen verwehrt hätten. Vielmehr war zur Abfassungszeit des Status jener zersplitterte Zustand noch nicht erkennbar, den die nationale Résistance innerhalb der nächsten Wochen annehmen sollte.

Die Bestimmungen des Statuts für die territoriale Gliederung der SZP basierten auf der alten Wojewodschaftseinteilung der polnischen Republik. Insgesamt waren drei territoriale »Phasen« vorgesehen:

- I. zentrale Wojewodschaften
- II. östliche Wojewodschaften und Großpolen
- III. westliche Wojewodschaften

Die einzelnen Wojewodschaften waren dabei in Landkreise (powiaty) aufgeteilt.

Dieser Territorialgliederung entsprach der Aufbau des Befehlsapparats, der sich in ebenfalls drei »formale Phasen« unterteilte:

- I. das Oberkommando in Warschau
- II. Wojewodschafts- und Landkreiskommandos
- III. die auf dem Territorium dislozierten Gefechtseinheiten

Die detailliertesten Anweisungen des Status betrafen das Gebiet der konspirativen Praxis. Freie Kontakte gab es nur von oben nach unten; Kontakte von unten zur Führungsspitze mußten »kontrollierte Punkte« durchlaufen. Eine zusätzliche Sicherung der Führung lag in der strikten Anweisung, daß es »immer nur einen einzigen Kontakt zur Spitze« geben dürfe. Auf diese Weise konnte die Führung nicht nur weitgehend vor der Gefahr der Dekonspiration geschützt werden, sondern sie konnte auch sicher sein, daß sie niemals irgendwelchem

Druck von Seiten der Mannschaften ausgesetzt sein würde. Damit war eine der bedrohlichsten Gefahren für die ganz und gar militärisch verstandene Zucht und Ordnung der SZP von vornherein ausgeschaltet.

Schriftliches Material sollte auf ein »unumgängliches Minimum« beschränkt werden, und es mußte außerdem verschlüsselt sein. Spionagematerial, das von den einzelnen »formalen Phasen« beschafft werden sollte,<sup>30</sup> war für die Unterrichtung der polnischen Regierung bestimmt. Arbeitsmaterialien — auch Geld — wurden nur auf Tokarzewskis Weisung ausgegeben; solche Ausgaben wurden monatlich kontrolliert.<sup>31</sup> Militärische Aktivitäten waren von der Spitze abhängig, denn selbst kleinere Diversionsaktionen oder lokal begrenzte Sabotagevorhaben bedurften der persönlichen Genehmigung durch Tokarzewski.

Insgesamt läßt sich aus dem Statut der Eindruck einer konspirativen Organisation gewinnen, die in territorialer Hinsicht Komplikationen dadurch vermied, daß sie sich der sehr weitmaschigen Wojewodschaftseinteilung der polnischen Republik bediente, und deren einfache hierarchische Struktur auf streng militärische Ordnungen abgestellt war. Hierin manifestierte sich das Erbe des militärischen Grundgedankens, dem die SZP verpflichtet war. Daß freilich die zentralistische Anlage für den Fall der Enttarnung ihrer Spitze große Gefahren für den Fortbestand des Ganzen in sich barg, mußte in Kauf genommen werden.

Die einzelnen »Phasen« waren hingegen durch ihre Weiträumigkeit so geschmeidig angelegt, daß das organisatorische Gesamtgefüge denkbare Modifikationen aushalten konnte, ohne dadurch zugleich in seiner Substanz angetastet zu werden.<sup>32</sup>

Tokarzewski verstand die SZP aufgrund des Römmel-Befehls als eine Organisation, in deren Hände der Auftrag gelegt war, die »rechtmäßige Kontinuität der obersten Staatsgewalt«<sup>33</sup> zu sichern. Es lag also nahe, im Sinne dieses Kontinuitätsauftrags die militärische Organisation durch die Einbeziehung des politischen Sektors zu vervollständigen. Im Hinblick darauf, daß der Römmel-Befehl neben den militärischen Vollmachten auch ausdrücklich die der Regierung erwähnte, gehörte eine politische Organisation gewissermaßen als enharmonische Verwechslung zur SZP. Nicht zuletzt auch war ein Organisationsmodell in Gestalt des Warschauer Verteidigungsrates<sup>34</sup> schon vorgegeben, der seine Funktionen erst mit der Kapitulation eingestellt hatte. Während der Zeit der Verteidigung Warschaws hatte dieses Gremium einen geradezu fanatischen Widerstandswillen ent-

wickelt, und es bestand kein Grund zu der Annahme, daß die im Rat vertretenen Parteien ihre alte Einstellung in Zukunft aufgeben würden. Tokarzewski hatte zudem in den wenigen Tagen seiner Zugehörigkeit zum Verteidigungsrat, in dem er die Vertretung General Rómmels wahrnahm, die führenden Männer der Parteien gut kennengelernt.<sup>35</sup> Er selbst rechnete sich politisch zur PPS,<sup>36</sup> und mit Kazimierz Pużak, einem der führenden Männer der PPS, verband ihn seit ihrer ersten Begegnung 1918 in Moskau eine enge Freundschaft.<sup>37</sup>

Im Verlauf des 27. September hatte Tokarzewski eine Besprechung mit Stefan Starzyński, während der er den Warschauer Bürgermeister zum Eintritt in die konspirative Arbeit zu bewegen versuchte.<sup>38</sup> Zweifellos ging es Tokarzewski darum, die »übertreffenden wertvollen Eigenschaften«<sup>39</sup> Starzyńskis, die diesem die Bewunderung und Verehrung der Warschauer Bevölkerung während der Verteidigung der Stadt eingetragen hatten, für die bei der SZP zu bildende politische Vereinigung nutzbar zu machen. Starzyński unterstützte zwar die konspirative Bewegung »mit ganzem Herzen«,<sup>40</sup> aber er glaubte doch, es sei seine Pflicht, weiterhin öffentlich und in seiner alten Stellung für die Warschauer Bevölkerung zu arbeiten, solange die Deutschen ihn auf diesem Posten belassen würden.<sup>41</sup> Damit war Tokarzewskis Absicht gescheitert, durch die Mitarbeit von Starzyński auf dem Gebiet des politischen »Hinterlands« (zaplecze) der SZP einen Mann zu gewinnen, dessen Autorität vielleicht eine organische Fortsetzung der interparteilichen Verständigung des Verteidigungsrats gewährleisten hätte.

Nach der Darstellung von Zygmunt Zaremba<sup>42</sup> hatte Tokarzewski daraufhin am 27. oder 28. September ein Gespräch mit Mieczysław Niedziałkowski und Zaremba von der PPS. Er legte den beiden Politikern seine Absicht dar, einen »Politischen Rat« bei der SZP zu gründen, der sich aus Vertretern der drei großen Parteien zusammensetzen sollte: der Sozialistischen Partei (PPS), der Bauernpartei (SL) und der Nationalpartei (SN).<sup>43</sup> Auch in personeller Hinsicht hatte Tokarzewski schon konkrete Vorstellungen: Leon Nowodworski sollte die SN, Maciej Rataj die SL und Niedziałkowski<sup>44</sup> die PPS im künftigen politischen Gremium repräsentieren. Niedziałkowski und Zaremba stimmten diesem Projekt zu, behielten sich jedoch vor, die offizielle Zustimmung von einer Entscheidung der in Warschau anwesenden Mitglieder der PPS abhängig zu machen.

Nach Tokarzewskis eigener Darstellung<sup>45</sup> konferierte er zunächst mit Niedziałkowski und Rechtsanwalt Nowodworski (SN), danach mit Niedziałkowski und Zaremba, und schließlich, im Beisein von

Niedziałkowski, mit Prof. Michałowski (SD).<sup>46</sup> Sejmarschall Maciej Rataj war zu dieser Zeit noch nicht zu erreichen, und seine Partei sollte der geplanten politischen Organisation erst nach Verständigung zwischen Tokarzewski und Rataj beitreten.

Auch der »Zentrale Landjugendverband« (Siew), der bei der SL organisatorisch Unterschlupf gefunden hatte, die Arbeitspartei (SP)<sup>47</sup> und andere Parteien sollten eine Einladung erhalten. Tokarzewski zielte offenkundig auf eine breit angelegte Sammlung der politischen Kräfte. Er erklärte deshalb gegenüber Niedziałkowski, grundsätzlich müßte jeder politischen Gruppierung, die bis 1939 bestanden habe, der Weg in den geplanten politischen Rat offenstehen. Das versperre der 1938 auf Weisung der von Stalin beherrschten Komintern aufgelösten Kommunistischen Partei Polens, deren Restitution in diesem Rahmen wenigstens denkbar gewesen wäre, ausdrücklich den Beitritt, ermöglichte aber ebenso ausdrücklich die Mitarbeit der Sanacja, wenn auch unter der Bedingung, daß »sie dem zustimmen werde, was der Rat in seiner Zusammensetzung aus SN, PPS, SL und SD ideologisch als Ausgangslage und Zielvorstellung festlegen werde«.<sup>48</sup>

Aus dieser Darstellung, die nicht »etwas anders«<sup>49</sup> als die von Zaremba, sondern nur vollständiger ist, treten die Grundzüge von Tokarzewskis Vorstellungen hinsichtlich des politischen Rats klar zutage. Tokarzewski verstand den politischen Rat bei der SZP als ein Sammelbecken aller aktiven politischen Kräfte, wobei er die Gefahren hinsichtlich der Einheit einer so heterogen zusammengesetzten Körperschaft offenbar so lange für unbedeutend hielt, als der Rat seinen rechtmäßigen und faktischen Rang aus jener Verknüpfung mit der SZP herleitete, die ihm die Aufgabe einer Hilfsorganisation für das »politische Hinterland« (zaplecze polityczne) zuerkannte.

In organisatorischer Hinsicht hatte Tokarzewski die Absicht, die politische Vereinigung nicht nur allein beim Warschauer Zentrum der SZP einzurichten, sondern jeder Kommandostufe der SZP eine solche politische Instanz beizugeben. Sollte jedoch die organisatorische Methode der SZP auf den politischen Sektor übertragen werden, dann tauchten für eine politische Vertretung Schwierigkeiten prinzipieller Natur auf, die sich aus dem strukturellen Unterschied zwischen Parteien und Militär erklären. Die politische Repräsentation mußte sich dann nämlich einen der SZP ähnlichen hierarchischen Aufbau geben; es mußte ein politisches Amt im Untergrund geschaffen werden, das formal der Stellung Tokarzewskis gleichkam.

Zur Lösung dieses Problems bot sich an, das Amt des Zivilkommisars bei der Armee, wie es Bürgermeister Starzyński während der

Warschauer Verteidigung bekleidet hatte, in das Organisationsmodell des Untergrunds einzufügen. Diese Überlegung erklärt auch, weshalb sich Tokarzewski zunächst an Starzyński gewandt hatte: dessen Mitarbeit im Untergrund hätte das Verteidigungsmodell der Septembertage in Warschau en bloc in den Untergrund überführt.

Starzyńskis Entscheidung, bei der er unter selbstloser Mißachtung des eigenen Schicksals ganz auf das Wohl der Warschauer Bevölkerung bedacht war, machte diesen reibungslosen Übergang unmöglich. Tokarzewski war nun gezwungen, mit den Parteien gesondert zu verhandeln, wenn er sein politisches Projekt verwirklichen wollte. Nach den vorausgegangenen Unterredungen, in denen sich Niedziałkowski als politische Zentralgestalt herauskristallisiert hatte, bestand bei Tokarzewski kein Zweifel darüber, wer das zu schaffende Amt des Zivilkommissars ausüben sollte. Schwieriger war es jedoch, mit den Parteien hinsichtlich ihrer aktiven Teilnahme übereinzukommen. So erhielt Tokarzewski von der SD keine definitive Antwort, obgleich sie ihm vom Vorsitzenden Chaciński bis spätestens Ende Dezember zugesagt worden war. Ähnlich verliefen die Verhandlungen mit der Sanacja: die drei Gespräche, die Tokarzewski mit Zygmunt Hempel und Stamirowski führte, brachten keine feste Übereinkunft, und später gingen die Kontakte teils verloren, teils verhinderte sie der wachsende Druck der Exilregierung, die eine Verbindung mit dem ehemaligen Regierungslager ablehnte.<sup>50</sup> Auch mit der SP<sup>51</sup> war ebensowenig eine Übereinkunft zu erzielen wie mit den Splittergruppen »Siew« und »Wici«. Obgleich also die Bilanz hinsichtlich der kleinen politischen Gruppen negativ war, hielt Tokarzewski den politischen Rat dennoch offen für ihren Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt.

Am 10. Oktober 1939<sup>52</sup> fand in der Wohnung von Leon Nowodworski die erste Sitzung des politischen Rats statt. Zeit und Ort des Treffens waren noch in der Nacht vom 28. auf den 29. September vereinbart worden<sup>53</sup> — und zwar gleichfalls auf Drängen Tokarzewskis.<sup>54</sup> Auf dieser Sitzung waren alle vier Parteien repräsentiert: die PPS durch Niedziałkowski, Pużak und Zaremba, die SL durch Rataj und Korboński, die SN durch Nowodworski und die SD durch Michałowski. Das zahlenmäßige Überwiegen der Vertreter von PPS und SL gab der Versammlung den Charakter einer vornehmlich auf Information angelegten ersten Besprechung. Tokarzewski berichtete über den Ausbau der SZP und ihr »Statut«, das die vollständige Billigung der Politiker fand.<sup>55</sup> Es kam allerdings nicht zu irgendeiner formellen Erklärung, durch die sich ein politisches Gremium im Sinne des projektierten Rats gebildet hätte. Auch in der Folgezeit wurden mehr-

fach solche Informationssitzungen abgehalten,<sup>56</sup> ohne daß sich aus ihnen ein Zusammenschluß im Sinne einer ordentlichen politischen Körperschaft entwickelt hätte.<sup>57</sup> Da es keine Quellen für diese Anfangszeit gibt, lassen sich über die Gründe dieses dilatorischen Verhaltens der Politiker nur Vermutungen anstellen.<sup>58</sup>

Immerhin hatte Tokarzewski in der Person Niedziałkowskis praktisch doch einen einflußreichen Mitarbeiter für politische Angelegenheiten gefunden, der seine Bemühungen um die Schaffung einer politischen Körperschaft mit selbstlosem Einsatz unterstützte. Niedziałkowski, »der in der PPS Disziplin hielt«,<sup>59</sup> hatte nach dem Urteil kompetenter Beobachter offenkundig »das Hauptverdienst an der Verständigung der Spitzenrepräsentanten der [politischen] Führungsgruppen und ebenso auch an ihrem positiven Verhältnis zur Militärorganisation«. <sup>60</sup> Auch Rataj von der SL, der sich sehr zögernd oder doch wenigstens abwartend verhielt, erkannte diese Rolle Niedziałkowskis in einem Gespräch mit Korboński an, der die SL auf den politischen Zusammenkünften repräsentierte: »I can see that Niedziałkowski has advanced matters rather far, but I don't blame him, as the situation requires it.«<sup>61</sup>

Die hervorragende Stellung, die Niedziałkowski in den politischen Gesprächen und Verhandlungen einnahm, zeigte sich nicht zuletzt darin, daß Tokarzewski ihn zum Zivilkommissar ernannt hatte.<sup>62</sup> Freilich ging die Arbeit auf politischem Gebiet nur sehr schleppend voran. Rataj charakterisierte die Situation von Anfang November in dem schon erwähnten Gespräch mit Korboński mit deutlicher Reserve: »I gather from what you have told me that you have settled matters in principle only, that in the day-to-day work you are still seeking a common language, and that co-operation has hardly begun.«<sup>63</sup>

Diese Warnungen Ratajs vor einer allzu optimistischen Einschätzung der Situation wurden voll und ganz bestätigt, als Ende November die SN ohne erkennbare Differenzen politischer Art Leon Nowodworskis Vollmachten widerrief, mit denen dieser die Partei im politischen Rat repräsentierte.<sup>64</sup> Wenngleich Nowodworski auf Bitten Tokarzewskis und Niedziałkowskis den Sitzungen künftig als Privatmann beiwohnte, so war doch das Ausscheiden der SN aus dem Rat vorerst einem Scheitern der Bemühungen um die politische Einigung gleichzusetzen.<sup>65</sup> Wie so oft in solchen Situationen verwandelte sich die ausgeschlagene Bereitschaft zur Zusammenarbeit in unversöhnliche Feindschaft. Über diese Lage, wie sie noch Ende Dezember 1939 in Warschau bestand, berichtete der Regierungsemissär Władysław Gieysztor an das Oberkommando in Paris, man habe in Warschau

die Situation vorgefunden, »daß die PPS nicht gemeinsam mit der SN an einem Tisch sitzen wollte, während der SN die Leute von der SL immer fragwürdiger wurden«. <sup>66</sup>

Alle Aussichten auf eine Beilegung der ersten Krise, in die das Projekt eines politischen Rats durch Schuld der SN geraten war, erloschen, als die deutschen Sicherheitsbehörden den Parteiführer der SL, Maciej Rataj, Mitte November<sup>67</sup> und den eigentlichen Protagonisten eines interparteilichen Zusammenschlusses, Mieczysław Niedziałkowski von der PPS, am 23. Dezember 1939 verhafteten.<sup>68</sup> Beide Politiker hatten grundlegende Sicherheitsvorkehrungen außer Acht gelassen, da sie weder aus ihren alten Wohnungen ausgezogen waren noch irgendwelche, durch falsche Papiere abgedeckte Pseudonyme benutzt hatten. Ein solcher »Dilettantismus der stürmischen Verschwörung«<sup>69</sup> blieb nicht ungeahndet. Die Verhaftung Ratajs und Niedziałkowskis löste nicht nur heftige Führungskämpfe in ihren eigenen Parteien aus,<sup>70</sup> sondern sie setzte auch vorerst den Schlußpunkt unter die ohnehin verfahrenere Situation der politischen Parteien und ihrer repräsentativen Körperschaft im Untergrund.

Der politische Rat der Parteien im Untergrund ist also nicht aus der »Sphäre der Projekte und Planungen«<sup>71</sup> herausgetreten. Die grundsätzliche Bindung des geplanten Rats an die SZP hat in der Literatur Kritik gefunden: in dieser Form wäre er der SZP gelegen gekommen, »um ihr eigentliches Antlitz zu maskieren«, <sup>72</sup> und insgesamt sei er ein Ausdruck der Sanacja-Tendenzen in der SZP gewesen.<sup>73</sup> Diese Kritik bezieht ihre Prämissen aus einer vermeintlichen Sanacja-Hörigkeit der SZP und ihres Kommandanten, für die es freilich keine Belege gibt. Man kann Tokarzewski allenfalls politische Naivität vorwerfen, als er im Einklang mit seiner Konzeption der Sammlung aller politischen Kräfte in einem einzigen Gremium auch den Einschluß der Sanacja forderte; aber man sollte gerechterweise die Einschränkungen bedenken, die er der Sanacja als Bedingungen für ihre Teilnahme an diesem Gremium auferlegte.<sup>74</sup>

Mithin erscheint die von den Kritikern vorgenommene Gleichsetzung von SZP und Sanacja als zu unreflektiert, als daß sie den Anspruch einer wissenschaftlichen Analyse ernsthaft erheben könnte. Solche Behauptungen können vor allen Dingen nicht überzeugen, wenn man bedenkt, wieviel Unterstützung der SZP gerade von Seiten der PPS zuteil wurde, an deren prinzipieller und durch die innenpolitischen Erfahrungen der 30er Jahre noch verschärfter Gegnerschaft zur Sanacja keinerlei Zweifel bestehen.

Schwieriger ist schon die Frage nach dem Verhältnis zwischen SZP

und politischem Rat zu beantworten.<sup>75</sup> Niedzialkowskis Titel war der eines »Zivilkommissars beim Kommando der SZP«. <sup>76</sup> Eine noch deutlichere Abhängigkeit des politischen Rats von der SZP zeigt Karasiówna durch ihre Bemerkung, Tokarzewski sei — neben seiner Funktion als Kommandant der Militärorganisation — Vorsitzender des Rats gewesen, während der Zivilkommissar lediglich als sein Stellvertreter fungiert habe.<sup>77</sup> Tokarzewskis Ziel war es jedenfalls, in der Heimat »ein einziges Dispositionszentrum mit dem Militärkommandanten als dem legalen Vertreter der polnischen Republik an der Spitze«<sup>78</sup> zu errichten. Es wäre ein müßiger Versuch, noch tiefer in das Problem der gegenseitigen Kontroll- und Aufsichtsfunktionen zwischen SZP und Politischem Rat einzudringen. Solche Fragen lassen sich nicht beantworten, weil das geplante Zusammenspiel der Kräfte im Untergrund nicht wirksam geworden ist.

Während den Bemühungen Tokarzewskis auf dem politischen Sektor der Erfolg vorerst versagt blieb, ging die Militärarbeit der SZP stetig voran. Zwischen dem 15. und 18. Oktober wurde der überwiegende Teil der Stabsmitglieder auf die SZP vereidigt.<sup>79</sup> Der Eid hatte folgenden Wortlaut:

»Im Namen der heiligsten Mutter des Herrn, Marias, der Königin der polnischen Krone, schwöre ich, daß ich treu über die Ehre Polens wachen werde, daß ich für Polens Freiheit bis zur Hingabe meines eigenen Lebens kämpfen werde, daß ich alle mir anvertrauten Geheimnisse bewahren werde; und ich weiß, daß ich bei Verrat den Tod zu gewärtigen habe.«<sup>80</sup>

Danach wurde die Aufstellung von Arbeitsabteilungen vorgenommen. Teils handelte es sich hierbei um die Besetzung vakanter Stabsressorts, teils wurden Equipen (ekipy) gebildet, die als Führungsgruppen in die einzelnen Wojewodschaftszentren entsandt werden sollten, um die Arbeit der SZP an Ort und Stelle voranzutreiben. Dieses Verfahren, das dem zentralistischen Grundgedanken der SZP verpflichtet war und das später auch vom ZWZ übernommen werden sollte, hatte unmittelbar praktische Vorzüge: Sorgen um die Zuverlässigkeit der einzelnen Gebietskommandanten waren unnötig; und für die erste Zeit konnten solche Equipen auf eigene Faust mit der Tätigkeit beginnen, ohne daß dies sofort eine schwierige und auffällige Verbindung zwischen Zentrale und Gebietskommando erforderlich gemacht hätte.

Noch im Oktober begab sich Oberst Okulicki nach Lodz,<sup>81</sup> während Oberst Józef Spychalski, der Bruder des späteren Staatsratsvorsitzenden Marian Spychalski, nach Lublin entsandt wurde.<sup>82</sup> Bis

spätestens Ende November gingen dann Major Banasiński nach Białystok, Major Niewiarowski mit einer Equipe nach Lemberg und Major Krzyżanowski mit zwei Offizieren nach Wilna.<sup>83</sup> Schließlich gelangten um die Jahreswende Oberst Majewski und sein Adjutant nach Wolhynien.<sup>84</sup>

Tokarzewski kam dieser gezielten Aktion, mit der sich die SZP eine breitere regionale Grundlage schuf, mit einer persönlichen Mission zu Hilfe. Auf einer dreiwöchigen Rundreise von Ende Oktober<sup>85</sup> bis in die zweite Novemberhälfte hinein, deren Weg in den südlichen Teil des Generalgouvernements entlang der Linie Radom–Kielce–Warschau–Krakau–Tarnów–Krakau – Dąbrowa Górnicza – Kielce–Radom–Warschau führte, setzte er sich persönlich für die Ausweitung der SZP über das gesamte Generalgouvernement ein. Dank seiner sehr guten deutschen Sprachkenntnisse und unter dem Deckmantel eines offiziellen Auftrags als Versorgungsbeamter des Warschauer Magistrats<sup>86</sup> konnte er um so unbesorgter reisen, als er die Organisation bei Oberst Rowecki in zuverlässigen Händen wußte. Auf seiner Reise, aus der nicht nur Tokarzewskis Überzeugung vom Charisma seiner Persönlichkeit sprach, sondern die auch seine zentrale Stellung als eigentlicher Protagonist der Untergrundbewegung bezeugte, ging es ihm sowohl um eine Erweiterung der Militärorganisation wie auch darum, die von ihm in Warschau angeregte militärisch-politische Zusammenarbeit im ganzen Land zu propagieren.<sup>87</sup> Gerade dieses Motiv dürfte in Tokarzewskis Überlegungen großes Gewicht gehabt haben, denn er stand mit seinen Organisationsplänen keineswegs unter Zeitdruck, da die Wojewodtschaftskommandos erst zum 1. Dezember errichtet sein sollten.<sup>88</sup> Ein anderes Motiv ist im Informationsbedürfnis Tokarzewskis zu sehen, der seine künftigen Entscheidungen von der Warschauer Zentrale aus durch die eigene Kenntnis der Situation im Lande und der Feindlage abstützen wollte.

Mühen und Gefahren der Reise waren nicht umsonst, wie Tokarzewski selbst urteilte: »Ich selbst kam zu Einsichten in die Wirklichkeit und zu unmittelbar aus dem Leben gewonnenen Erkenntnissen, die uns und unserem Stab von Nutzen waren.«<sup>89</sup> Ein weiteres wertvolles Ergebnis für die Arbeit der SZP resultierte aus Tokarzewskis Besuch beim Krakauer Erzbischof Adam Sapieha, der in Abwesenheit des Primas als Senior des polnischen Klerus fungierte. Sapieha sagte Tokarzewskis Vorhaben jede Unterstützung zu, und, wie Tokarzewski bald erkennen konnte, »wir verspürten seinen Einfluß überall, wo wir uns um die Mitarbeit [der Geistlichen] bemühten.«<sup>90</sup>

In den Eindrücken, die Tokarzewski auf seiner Rundreise gewann,

nahm nun auch ein für die SZP bisher wenig bekanntes Phänomen Gestalt an. Bei seinen Kontaktversuchen bemerkte Tokarzewski, daß es »am schwierigsten war, in die verschiedenen militärisch-politischen Organisationen einzudringen, die auf über 100 Gruppen angewachsen waren«,<sup>91</sup> wobei er lediglich die ihm damals bekannten Gruppen zählte. Er kam dann auch schon bald zu der Überzeugung, daß es »aussichtslos war, sie zu einem Zusammenschluß«<sup>92</sup> mit der SZP zu bewegen.

Zu einer definitiven Übereinkunft mit einer anderen Militärorganisation kam Tokarzewski nur in Krakau. Die Organisation »Orzeł Biały« (OOB, Weißer Adler) konnte zur Mitarbeit in der SZP gewonnen werden; ihre führenden Männer wurden auf die SZP vereidigt. Der vormalige Kommandant der wolhynischen Kavalleriebrigade, Oberst Jan Filipowicz, und Major Jan Cichocki als sein Stabschef wurden auch von der Führung der alten OOB als Gebietskommandanten der SZP akzeptiert.<sup>93</sup>

Freilich zeigte dieser Vorgang auch nur zu deutlich, daß Erstarkung auf der einen Seite mit Zersplitterung auf der anderen erkaufte werden mußte. Die Ausdehnung der SZP auf Krakau war nur auf dem Wege der Bestätigung der OOB möglich; die OOB gehörte jedoch zu jenen wenigen Gruppen, die der Sammelgruppe von Résistancekräften in Krakau unter Oberst Tadeusz Komorowski oppositionell gegenüberstanden. Durch die Eingliederung der OOB in die SZP erreichte Tokarzewski nichts anderes als eine stärkere Opposition gegen die Gruppen Komorowskis.<sup>94</sup> Dabei fühlten sich beide Seiten völlig im Recht: Tokarzewski aufgrund seines Kontinuitätsauftrags und Komorowski, weil er keine andere Autorität als die Exilregierung gelten ließ — was Tokarzewski in seinen Augen zu einem Vertreter der Sanacja abstempelte.

Ende November kehrte Tokarzewski insgesamt befriedigt<sup>95</sup> wieder nach Warschau zurück, wo Rowecki ihm von der inzwischen geleisteten Arbeit einen ermutigenden Bericht geben konnte. Die Entwicklung der SZP in Warschau und Lodz wie auch die mit Wilna, Brest und Lemberg aufgenommenen Kontakte und die von Tokarzewski auf seiner Rundreise eingeholten Informationen ergaben »ein gutes Bild von der Gesamtlage«.<sup>96</sup>

Als am 20. November die Abgrenzung zwischen dem »Generalgouvernement« und den »Eingegliederten Reichsgebieten« in Kraft trat,<sup>97</sup> die u. a. eine neue Grenzziehung der Wojewodschaften Lodz und Krakau zur Folge hatte, zeigte es sich, wie elastisch die weitmaschige Territorialordnung der SZP darauf reagieren konnte. Lodz

entsandte Offiziere nach Posen, während Krakau zusammen mit Tschenstochau für das schlesische Gebiet zuständig war.<sup>98</sup> Freilich unterbanden die brutalen »Eindeutschungsmaßnahmen«, durch die man — wie es Greiser einmal für den »Warthegau« formulierte — einen »Exerzierplatz des Nationalsozialismus« schaffen wollte, vorerst jede Entfaltung der SZP auf diesen Territorien;<sup>99</sup> sie entzogen dem nationalen polnischen Widerstand sogar schon die potentiellen Mitglieder.

Der Stab der SZP begann nun mit systematischer Arbeit. Dazu gehörten die Entwicklung der Technik konspirativer Verbindungen, die Sichtung der vorhandenen Waffen, die Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel und die Zusammenstellung sowohl wie die Auswertung der in der Abteilung II einlaufenden Spionagemeldungen.

Auf dem Sektor der konspirativen Verbindung wurde verständlicherweise mit improvisierten Maßnahmen begonnen. Immerhin waren jedoch schon gegen Ende des Jahres zwei Erkennungslosungen und zwei Chiffrentypen — je eine für den deutsch und für den sowjetisch okkupierten Teil Polens — in Gebrauch.<sup>100</sup> Obleich die Bug-San-Linie gegen Grenzverkehr stark abgeriegelt wurde, versuchte die SZP auch ein allerdings »ziemlich unbeholfenes Organisieren von Grenzübergängen«.<sup>101</sup>

Die Sichtung des vorhandenen Waffenbestands lief »langsam, aber systematisch«<sup>102</sup> an. Auf der Grundlage dieser Inspektion wurden Waffen konserviert und wieder vergraben; geringe Waffenmengen wurden für Alarmzwecke und für den laufenden Bedarf ausgegeben. Freilich machte sich der Mangel an Handfeuerwaffen für den Nahkampf empfindlich bemerkbar. Er konnte während der gesamten hier behandelten Zeit nicht behoben werden.<sup>103</sup>

Die Finanzabteilung des Stabs unter Oberstleutnant Stanisław Thun konnte nicht nur eine Bargeldreserve für den Notfall schaffen, sondern Thun organisierte auch ein damals sehr gefragtes und für die SZP einträgliches Fuhr- und Transportunternehmen innerhalb Warschaus und wenig später auch von Warschau aus in die Provinz hinein. Abgesehen vom finanziellen Gewinn, den dieses Unternehmen für die SZP abwarf, diente es auch zur Beförderung von Post und Kurieren der Organisation, welche dadurch »häufiger und sicherer an ihren Bestimmungsort gelangten.«<sup>104</sup>

Über die Arbeit der Stabsabteilung II (Spionage) liegen keine Nachrichten vor. Tokarzewski behauptet, schon im Dezember habe sich aus den einlaufenden Nachrichten zur Feindlage ein Bild geformt,

das »deutlich auf die ostwärts gerichteten deutschen Interessen hinwies«. <sup>105</sup> Dem ist jedoch wohl entgegenzuhalten, daß entweder die deutschen Befestigungsarbeiten an Bug und San falsch gedeutet worden sind, oder daß — wahrscheinlicher noch — hier eine nachträgliche Konstruktion Tokarzewskis vorliegt, durch die er die erstaunlich genauen Leistungen der Abteilung II in der ersten Januarhälfte 1941 mit den Anfängen der Spionage der SZP in eins setzte.

Für den Dezember 1939, den letzten Monat des Bestehens der SZP, liegen zwei Berichte Tokarzewskis an General Sikorski als den Premier der Exilregierung und Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte vor: der erste vom 7. und der zweite vom 14. Dezember. <sup>106</sup> Beide Berichte, die ausdrücklich den Stand vom 7. bzw. 14. Dezember fixieren, sind nahezu identisch. Sie geben Auskunft über die allgemeinen Arbeitsmöglichkeiten, über die territoriale Ausbreitung der SZP und über vorhandene Mittel für die Untergrundarbeit. So heißt es etwa im zweiten Bericht durchaus hoffnungsvoll, »allgemein vermehren sich die Anzeichen einer gewissen moralischen Entspannung und gesellschaftlichen Aktivität besonders unter der Jugend. Deren Haltung sieht nach Vorgängen, von denen ich Kenntnis habe, am besten aus.« <sup>107</sup>

Freilich war auf der anderen Seite ein deutliches Anwachsen des deutschen Terrors zu verzeichnen, wenngleich er bis zur berüchtigten »AB-Aktion« vom Frühjahr 1940 als durchaus unkoordiniert und mehr oder weniger zufällig angesehen werden kann und jedenfalls keinem durchdachten System folgte. Es waren hauptsächlich zwei Vorgänge, die in dieser Zeit der deutschen Besatzung den Ruf des Terrorrégimes verschafften: am 6. November verhaftete die Gestapo 179 Professoren und Lehrer der Jagiellonischen Universität und der Bergwerksschule in Krakau, <sup>108</sup> und am 9. November nahmen die Deutschen 107 Personen <sup>109</sup> in Wawer und Aniń in der Nähe Warschaws fest, die bald darauf als Geiseln erschossen wurden. <sup>110</sup>

Im sowjetischen Okkupationsbereich »zeigte sich der ökonomische Teil des Lebens am stärksten gefährdet«, <sup>111</sup> — wie denn auch die Hungersnot des Winters 1939 an den Bewohnern des Generalgouvernements nicht vorüberging. Aber es waren im sowjetischen Bereich besonders die Massendeportationen und die großen Säuberungen mit ihrer ersten Welle im Oktober 1939, die alle konspirativen Bemühungen entscheidend gehemmt hatten. <sup>112</sup> Vom Ansatz her war eine prinzipielle Übereinstimmung der sowjetischen Okkupationspolitik mit der deutschen deutlich erkennbar; es ging darum, daß »the politically conscious in Poland were a target for both occupying

powers.«<sup>113</sup> Angesichts dieser Entwicklung konstatierte Tokarzewski, daß sich die Möglichkeiten zu konspirativer Arbeit zusehends verringerten.<sup>114</sup> Dennoch sei es der SZP gelungen, folgende Stufen des im Statut der SZP niedergelegten Organisationsschemas zu realisieren:

- »a) Das Oberkommando ist eingerichtet, zusammengestellt und funktioniert völlig.
- b) Wojewodschaftskommandos: 5 zentrale (Warschau, Lublin, Kielce, Krakau, Lodz) und zwei im Osten (Zentren Wilna und Lemberg) sind organisiert; der Rest ist im Entstehen begriffen; die noch ausstehenden werden bis zum 31. Januar 1940 organisiert; als erstes in Białystok geplant.
- c) In den geplanten Wojewodschaften ist schon eine Anzahl von Bezirkskommandos organisiert. Der Rest wird noch entstehen. Bis Ende Februar sollen sie zusammengefaßt sein.
- d) Der Spionagedienst ist aufgebaut; ich suche Verbindung zum Intelligence Service oder zum französischen Nachrichtendienst. Ich bitte, mir dabei behilflich zu sein.«<sup>115</sup>

Die Organisation des politischen und besonders des militärischen Untergrunds war zunächst nicht mehr als der Versuch, das Bedürfnis nach Widerstand in gleichmäßige und zentralistisch ausgerichtete Verwaltungsformen zu gießen. Dem entsprach auch, daß in beiden Meldungen nur sehr vage und ganz allgemein davon die Rede ist, es seien auf vielen Organisationsstufen »eine Reihe von Kampfgruppen, besonders Pioniertrupps und Miniereinheiten«<sup>116</sup>, zusammengestellt worden. Zahlenangaben werden nicht gemacht, aber es heißt doch, die »unternommene Arbeit ist intensiv«.<sup>117</sup>

Aus allgemeinen Überlegungen heraus kann man jedoch folgern, daß die SZP im Dezember 1939 noch keinen nennenswerten Mannschaftsstand besaß: Die Flucht von mehreren Zehntausend Soldaten, aus denen dann die Exilarmee aufgestellt wurde, hatte das Land von eben jener Schicht der Berufssoldaten entblößt, die aufgrund ihrer Ausbildung und Berufsverbundenheit noch am ehesten zur Teilnahme an der Widerstandsbewegung hätten gewonnen werden können. Das galt besonders für die höheren Offiziere, die ja mit besonders harten Oppressionsmaßnahmen der Besatzungsmacht zu rechnen hatten. So dann war eine solide militärische Ausbildung unter den damals herrschenden Okkupationsverhältnissen geradezu ein Ding der Unmöglichkeit — zumal bei einem offenbar nicht zureichenden Waffen-vorrat.<sup>118</sup>

Unter diesen Voraussetzungen wird man den Passus Tokarzewskis von der »intensiven Arbeit« wohl so verstehen müssen, daß mit der Rekrutierung erst an manchen Orten begonnen worden war; die SZP besaß eben noch keine ansehnliche Mannschaftsstärke — freilich mochte sie sich auf dem Weg dazu befinden. Für Tokarzewski bestand kein einleuchtender Grund, eine etwa vorhandene hohe Mitgliederzahl nicht anzugeben. Attraktive Zahlen wären ein »Köder« für die Exilregierung gewesen — spricht doch aus beiden Meldungen Tokarzewskis der Wunsch nach Anerkennung durch die Exilregierung.

## 5. Bildung der Exilregierung in Frankreich

Während sich in der Heimat die Untergrundorganisationen spontan bildeten, so daß man später diese Vorgänge unter den Begriff des »wilden Untergrunds« subsumieren konnte, bemühten sich die im Exil lebenden politischen Repräsentanten, eine Regierung aufzubauen, um der Kontinuität der polnischen Staatlichkeit gültigen Ausdruck zu verleihen. Es konnte kein Zweifel herrschen, daß es sich hierbei um eine Regierung handeln mußte, die sich aus einer Koalition der vormaligen Oppositionsparteien zusammensetzte. Dafür bürgte schon allein die Person von General Władysław Sikorski, in dessen Händen die Regierungsbildung lag. Auch konnte nur eine Regierung auf echte Autorität in der Heimat hoffen, in deren personeller Zusammensetzung eine Absage an das Sanacja-Régime der Vorkriegszeit manifestiert wurde.

Freilich war das Problem der Sanacja zu vielschichtig, als daß es sich durch so einfache Maßnahmen wie die Heranziehung »unbelasteter« Politiker bei der Regierungsbildung mit einem Schlag hätte lösen lassen. Wie eng der Handlungsspielraum der Exilregierung in Sachen Sanacja tatsächlich war, erhellt aus dem Problem der Verfassung mit geradezu paradigmatischer Deutlichkeit.

Die Kontinuität der polnischen Staatlichkeit, als deren legalen Repräsentanten die Exilregierung sich verstand, war nämlich lediglich durch ausdrücklichen Rekurs auf die Verfassung von 1935 gesichert. Damit hatte die Exilregierung jedoch nolens volens gerade jene Verfassung als Grundlage ihrer Existenz und ihres Rechtsanspruchs akzeptieren müssen, durch die sie sich ungemildert als Rechtsnachfolgerin der späten Sanacja auswies. Wenn in Erklärungen der Exilregierung und der in ihr vertretenen Parteien noch im Jahre 1939 versprochen wurde, auf eine Revision der Verfassung von 1935 hinzuwirken,<sup>1</sup> so

zeigt das schlüssig, wie sehr der Exilregierung selbst dieser Widerspruch zwischen ihrer verfassungsmäßigen Basis und ihren Reformprogrammen bewußt war; andererseits erweist sich an dem Ausbleiben der versprochenen Verfassungsreform die Unfreiheit der Exilregierung in diesem grundlegenden Bereich. Die grundsätzliche Bindung an die Verfassung von 1935 schloß indessen Änderungen der in ihr garantierten Gewaltenteilung nicht aus. In dieser Hinsicht war das Zusammenlegen der Befugnisse des Premiers mit denen des Oberbefehlshabers (Wódz Naczelný) der vielleicht flagranteste Eingriff in die alte Verfassung, die explizit eine Teilung dieser Ämter vorgesehen hatte. Zusätzlich hatte Präsident Raczkiewicz am 30. November 1939 eine Reihe von Prärogativen, die nach der alten Verfassung dem Präsidenten vorbehalten waren, an Premier Sikorski abgeben müssen. Diese Schwächung der konstitutionell verbürgten Präsidialgewalt ließ Premier Sikorski mithin zur zentralen und alle anderen Kräfte überragenden Gestalt der Exilregierung emporsteigen.<sup>2</sup>

Ein zweites, nicht minder wichtiges konstitutionelles Problem erhob sich in der Frage nach dem Sejm, dem polnischen Parlament. Der Verfassung von 1935 zufolge mußten seine Mitglieder aus allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangen sein.<sup>3</sup> Da diese Bedingungen im Exil unerfüllbar waren, und da sich zudem längst nicht alle Sejm-Mitglieder im Exil befanden, wurde der Sejm kurzerhand aufgelöst. Verfassungsrechtlich noch bedenkllicher als diese am 30. November 1939 verfügte Auflösung des Sejms<sup>4</sup> war seine Ersetzung durch eine in der Verfassung nicht vorgesehene »Rada Narodowa« (RN, Nationalrat), die nach einem Parteienschlüssel mit 19 Repräsentanten der im Exil verfügbaren Parteien SL, SN, PPS und SP besetzt wurde. Die Tatsache, daß die greise polnische Vaterfigur des 79jährigen Ignacy Paderewski zum Vorsitzenden der RN gewonnen werden konnte, änderte wenig an der Willkür, mit der hier in die Verfassung eingegriffen worden war. Auch läßt sich nicht übersehen, daß die RN keineswegs in der Lage war, den parlamentarischen Auftrag des alten Sejms zu versehen. Freilich sollte wohl die Zwangslage der Exilregierung in Rechnung gestellt werden. In diesem Zusammenhang darf man die RN eigentlich als »Notstandsparlament« verstehen, wenngleich damit eine schwere Beeinträchtigung des parlamentarisch-demokratischen Idealtypus' einherging. Verfehlt ist jedoch wohl eine Interpretation, die die Einrichtung dieses Notstandsorgans allein auf den Machtwillen Sikorskis zurückführen will; jedenfalls muß der Beweis für die Richtigkeit dieser These erst noch erbracht werden.<sup>5</sup>

Auch wäre es sicherlich ungerecht, der Exilregierung vorzuwerfen, sie hätte bei der Lösung der anstehenden Probleme verfassungsrechtlicher Natur schrankenlose Willkür walten lassen. In vielen Fällen war ihr der Weg einfach durch die Umstände vorgeschrieben. Aber es läßt sich dann doch nicht übersehen, daß das eigentliche Wesen der Präsidialmacht, der Gewaltenteilung und des Sejm als der bestimmenden Merkmale der alten Verfassung in erheblichem Maße ange tastet worden war. Wieweit diese Vorgänge auf spezifische Intentionen Sikorskis und auf seinen Willen zur Machtkonzentration zurückgingen, ist mit letzter Gewißheit nicht zu entscheiden. Gewiß besaß Sikorski ein erhebliches Sendungsbewußtsein, das sich mit selbstsicherer Einschätzung seiner eigenen Person verband; auch ist es offensichtlich, daß die oben dargelegten Eingriffe in die alte Verfassung ausschließlich seine eigene Position stärkten. Aber für den Vorwurf bedenkenloser Machtgier wie auch für die Anklage der Unredlichkeit im politischen Spiel fehlt das Beweismaterial. Viel wahrscheinlicher ist es anzunehmen, daß sich nur auf diesem Wege Sikorskis Konzeption von der »Regierung der nationalen Einheit« verwirklichen ließ.

Das Schwergewicht innerhalb der Exilregierung lag bei den Vertretern der 1939 entstandenen sogenannten »Front Morges«, die ihren Namen nach dem Schweizer Wohnsitz Paderewskis trug. Aus ihr entwickelte sich die Arbeitspartei (Stronniectwo Pracy, SP), deren Mitglieder Premier Sikorski, die Generäle Kukiel und Haller, Oberst Modelski als Stellvertreter Kukiels und Karol Popiel, in unverhältnismäßiger Stärke Führungspositionen innerhalb der Regierung einnahmen. Dem Lager der SP standen Aleksander Ładoś, Galiński und der im Dezember 1939 zum Innenminister ernannte Prof. Stanisław Kot von der Bauernpartei (Stronniectwo Ludowe, SL) nahe. Vom rechten Flügel kamen als Vertreter der Nationalpartei (Stronniectwo Narodowe, SN) Stroński und Marian Seyda hinzu. Der linke Flügel war vornehmlich durch Jan Stańczyk von der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) vertreten. Insgesamt wies Sikorskis Exilregierung eine Bevorzugung der Zentrums- und Rechtsparteien auf, durch die die politische Linke majorisiert wurde.<sup>6</sup>

Das einzige Regierungsmitglied mit einer ausgesprochenen Sanacja-Vergangenheit war Oberst Adam Koc, der Mitbegründer und erste Führer des faschistisch-nationalen, polonistischen und antisemitischen »Lager der nationalen Sammlung« (Obóz Zjednoczonej Narodowej, OZN).<sup>7</sup> Koc hatte das Verdienst, während der Septembertage den

polnischen Staatsschatz in Höhe von 345 mio Złoty<sup>8</sup> aus Polen in den Westen gebracht zu haben.<sup>9</sup> Es zeigte sich jedoch schon bald, daß selbst dieser Mann, der sich um die Regierung so verdient gemacht hatte, wegen seiner Vergangenheit nicht tragbar war. Deshalb schied Koc Anfang Dezember 1939 aus der Regierung wieder aus.

Als Präsident Raczkiewicz am 30. September 1939 mit der Eidesleistung auf die Verfassung von 1935 sein Amt antrat, hatte er ausdrücklich stipuliert, daß er von diesem Amt wieder zurücktreten werde, falls General Kazimierz Sosnkowski noch am Leben sei und ins Exil gelangen würde.<sup>10</sup> Der Schleier über den Verbleib Sosnkowskis hob sich tatsächlich erst mit dessen Ankunft in Paris am 11. Oktober 1939.<sup>11</sup> Am 12. Oktober hatte Sosnkowski eine Unterredung mit Raczkiewicz, der ihm nun sein Amt als Präsident zur Verfügung stellen wollte. Sosnkowski waren jedoch die Schwierigkeiten schon bekannt, die Raczkiewicz bei der Nachfolge Mościckis gehabt hatte, und er lehnte daher das Angebot mit der Begründung ab: »*Quieta non movere*«. <sup>12</sup> Sosnkowski konnte Raczkiewicz erst dadurch zur Beibehaltung seines Amtes bewegen, daß er in seine Nominierung als offizieller Stellvertreter für den Fall des Todes oder der dauernden Amtsunfähigkeit des Präsidenten einwilligte.

Der am 19. November 1885 geborene Sosnkowski war zweifellos ein bemerkenswerter Mann: sehr schlank und hochgewachsen, mit seinen ungewöhnlich durchdringenden blauen Augen und im ganzen Gestus eine soldatische Persönlichkeit. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte er als Piłsudskis Stabschef die »Polnische Militärorganisation« (POW) — also auch eine Untergrundorganisation — aufgebaut, und »his old training had never deserted him and he still had conspiracy in the very marrow of his bones«. <sup>13</sup>

Sosnkowskis enge Bindungen an Piłsudski, mit dem er 1917—18 die Magdeburger Festungshaft geteilt hatte, wichen in den 20er Jahren jedoch einer stetig wachsenden Entfremdung.<sup>14</sup> Piłsudskis coup d'état von 1926 stieß bei Sosnkowski auf ausdrückliche Ablehnung; jedenfalls unternahm Sosnkowski fern vom Zentrum der von Piłsudski in Szene gesetzten Umwälzung einen noch heute nicht ganz aufgeklärten Selbstmordversuch.<sup>15</sup> Seitdem war es um Sosnkowski zwar nicht still geworden,<sup>16</sup> aber er hatte doch keinen Anteil am »Régime der Obersten«, dem er als *persona non grata* galt.

Sikorski und Sosnkowski hatten einander schon kennen- und schätzengelernet in Sikorskis Kabinett in den 20er Jahren, in dem Sosnkowski das Kriegsministerium verwaltet hatte.<sup>17</sup> So konnte für Sikorski nichts näher liegen, als diesen Mann, der wegen seiner Zuge-

hörigkeit zum linken Piłsudski-Flügel (der sogenannten »Bojówka«) und wegen der Behandlung, die ihm von Piłsudskis Nachfolgern zuteil geworden war, von allem politischen Makel frei war und der sich überdies einen Namen als leidenschaftlicher und erbitterter Vorkämpfer für die polnische Unabhängigkeit gemacht hatte,<sup>18</sup> an den Regierungsaufgaben zu beteiligen. Tatsächlich hatte Sikorski sich schon im Oktober 1939 verpflichtet, die Verbindung seiner Ämter als Premier und Oberbefehlshaber unter der gleichen Bedingung wieder aufzulösen, unter der Raczkiewicz das Präsidialamt an Sosnkowski abtreten wollte: Sollte Sosnkowski noch am Leben sein, so sollte er Oberbefehlshaber werden.<sup>19</sup>

Als Sosnkowski dann jedoch in Paris eintraf, wollte sich Sikorski offenbar nicht mehr an dieses Versprechen erinnern. Er erwähnte es in seinem ersten Gespräch mit Sosnkowski mit keinem Wort, und nach Ansicht von Zeitgenossen »war es klar, daß er es nicht einzuhalten gedachte«.<sup>20</sup> Nur der erhebliche Druck, den Präsident Raczkiewicz im Verein mit Botschafter Łukasiewicz auf Sikorski ausübte, konnte diesen und die ihn unterstützenden Politiker wie etwa Prof. Stroński dazu bewegen, Sosnkowski wenigstens als Minister ohne Portefeuille in das Kabinett aufzunehmen und ihn zum offiziellen Stellvertreter des Oberbefehlshabers zu ernennen. In dieser Funktion sollte Sosnkowski mit den militärischen Heimatangelegenheiten betraut werden.

Es ist heute nicht mehr möglich zu entscheiden, ob solche Wirren um die Person Sosnkowskis aus der Konzeptionslosigkeit dieser ad hoc aufgebauten Regierung resultierten oder ob Sosnkowski ahnungslos in das Kreuzfeuer eines intriganten Machtkampfes zwischen Raczkiewicz und Sikorski geraten war. Mit Gewißheit hätte sich jedoch schon zu der Zeit, als Sosnkowski sich noch nicht im Exil befand, vorhersehen lassen, daß sein Auftauchen zu einer ungemein komplizierten Situation führen mußte. Denn Raczkiewicz wollte Sosnkowski als Präsidenten sehen, während Sikorski ihm — offenbar zusätzlich — die Rechte des Oberbefehlshabers übertragen sollte. Am Ende hätte wohl die Verwirklichung dieser wirren Wünsche und Versprechungen den Geist der Verfassung nicht etwa weniger, sondern eher noch schwerer verletzt. Die Zusammenlegung der Gewalten von Premier und Oberbefehlshaber in der Hand Sikorskis erscheint, wie man heute urteilen möchte, dem Wesen der Verfassung von 1935 noch eher angemessen als eine so dubiose und in sich disparate Verbindung wie die von Staatspräsident und Oberbefehlshaber in einer Person.

Alle diese Kämpfe und latenten Spannungen innerhalb der Exilregierung fanden keine befriedigende Lösung, sondern beschworen

neue Auseinandersetzungen zu einem späteren Zeitpunkt geradezu herauf. Bei all dem nimmt freilich die passiv-fatalistische Haltung wunder, mit der Sosnkowski auf das Geschehen um ihn herum reagierte; denn »es unterlag keinem Zweifel, daß Sosnkowski nicht die Absicht hatte, auf die Einlösung der Versprechungen zu dringen«. <sup>21</sup>

Es war Sosnkowskis eigener Satz »quieta non movere«, mit dem er sich als gewiß pflichtbewußter und williger Staatsdiener vorgestellt, mit dem er aber gleichzeitig einen eigentümlichen Mangel an Energie bekundet hatte, der ihm bei der Verfolgung eigener Ziele als letzten Weg künftig nur den Rückzug aus dem politischen Leben offen ließ. Rücktrittsangebote sind jedoch, zumal wenn sie allzu oft ausgesprochen werden, recht ungeeignete politische Kampfmittel. Sosnkowski war ein reifer und weit über das gewöhnliche Maß der Kabinettsmitglieder hinaus intelligenter Mann; aber ihm fehlte jene sachliche Rücksichtslosigkeit, ohne die sich der Kampf gegen harte Politiker nicht erfolgreich bestehen läßt.

Die 16 Jahre, die seit der Auseinandersetzung zwischen Piłsudski und Sosnkowski vergangen waren, hatten ganz offensichtlich nicht vermocht, das gebrochene Selbstbewußtsein des unterlegenen und auf ein Abstellgleis der polnischen Geschichte geschobenen Mannes wieder herzustellen. Die Auswirkungen sollten sich jetzt zeigen, als Sosnkowski mit einem verantwortungsvollen Posten in der Exilregierung betraut wurde, als Polen von den beiden Kardinalfeinden seiner neueren Geschichte okkupiert war und als die Untergrundtätigkeit, die stärker noch als das Bestehen der Exilregierung von der Kontinuität der polnischen Staatlichkeit Zeugnis ablegte, zur Frage des nationalen Überlebens wurde.

General Sosnkowski begann noch im Oktober 1939 mit den Vorarbeiten zum Aufbau einer rein militärischen Untergrundorganisation in der Heimat, die im okkupierten Polen als Protagonistin des Befreiungskampfes den Ausschließlichkeitsanspruch und den Rechtstitel der Exilregierung vertreten sollte. Man war sich in Paris darüber völlig im klaren, daß man »keine normale Staatsregierung war, die durch ihren Exekutivapparat handeln könnte«. <sup>22</sup> Insofern stand die Exilregierung geradezu unter dem Zwang, sich einen solchen Exekutivapparat in der Heimat zu schaffen; denn nur so konnte die Exilregierung auf die Zustände in der Heimat einwirken, um dort die Anerkennung zu finden, mit der sie sich als rechtmäßige Regierung Polens vor den verbündeten Westmächten legitimieren konnte. Durch ähnliche pragmatische Überlegungen war auch die Heimat an die Exilregierung gebunden: Polen benötigte eine anerkannte Exilregie-

rung, die bei den Verbündeten für solche Maßnahmen vorstellig werden konnte, die geeignet waren, der Heimat Unterstützung und Schutz im Rahmen des Möglichen zu gewähren.<sup>23</sup>

Die erste Aktion Sosnkowskis bestand offenbar darin, einen Schwindler aus dem alten Sanacja-Lager abzuwehren. Im Oktober 1939 sprach bei ihm ein gewisser Polakiewicz vor, der erklärte, Sikorski habe ihn mit der Ausarbeitung eines Statuts für die militärische Untergrundorganisation beauftragt. Obgleich Sosnkowski sich nach eigenen Auskünften »noch nicht genügend in den [Pariser] Verhältnissen umgetan hatte«, schenkte er »den Versicherungen von Polakiewicz keinen Glauben«<sup>24</sup> und wies ihm die Tür.

Tatsächlich ließ Sosnkowski den ersten Entwurf für die Statuten der künftigen Militärorganisation von einer Kommission unter Leitung von Oberst Arciszewski ausarbeiten. Eine zweite Version wurde von Sosnkowskis Stabschef, Oberstleutnant Henryk Bagiński, am 27. November 1939 entworfen. Die endgültige Redaktion nahmen Sosnkowski und Sikorski gemeinsam vor.<sup>25</sup>

Gewisse konstitutive Prinzipien für das Aufbauverfahren dieser konspirativen Armee und ihren künftigen taktischen Einsatz müssen jedoch schon im Oktober 1939 festgelegt worden sein. Jedenfalls fertigte Brigadier Gubbins, der spätere Leiter des englischen »Special Operations Executive« (SOE),<sup>26</sup> ein Protokoll über eine anglo-polnische Stabsbesprechung vom 18. Oktober 1939 an, das nicht nur solche Grundzüge für die geplante Untergrundarmee aufzeigt, sondern auch Einblick in die anglo-polnische Zusammenarbeit und Planung in der Anfangsphase des Krieges gibt. In diesem Protokoll heißt es zum Nahprogramm der Untergrundarbeit: »It is clear that at the moment a period of calm is required in order to establish the organisation on a firm basis. Therefore, for the moment, resistance must be passive in character, so that the enemy is unaware that an organisation is being built up, and so can be taken by surprise when the time for action comes. . . . For instance, it is clear that there must be no general attempts at revolution until the enemy is properly weakened. . . . The first objective for active work must be to carry it out in all different parts of the country so that the enemy is forced to disperse his troops, and so can be attacked more easily.«<sup>27</sup>

Diese Forderungen nach einer das ganze polnische Territorium überspannenden, fest gefügten und für die Anfangsphase inaktiven Armee im Untergrund fanden nicht nur ungeschmälert Eingang in die Gründungsverfügung des künftigen »Związek Walki Zbrojnej« (Ver-

band für bewaffneten Kampf, ZWZ), sondern sie behielten ihre prinzipielle Gültigkeit auch für die gesamte hier behandelte Zeit.

Am 8. November hatte Sikorski einen Ministerratsbeschluss herbeigeführt, durch den ein neues Gremium ins Leben gerufen wurde — das »Komitet Ministrów dla Spraw Kraju« (Ministerkomitee für Heimatangelegenheiten, KSK). Welche Rolle dem KSK zgedacht war, erhellt aus der von Sikorski am 13. November unterzeichneten Gründungsverfügung: »Grundsätzliche politische Anweisungen an die Heimat, die das KSK ausarbeitet, werden durch den Premier oder anfangs auch nach [Einholung seiner informellen] Billigung in seinem Namen ausgegeben.«<sup>28</sup>

Mit derselben Verfügung wurde Sosnkowski zum Oberkommandierenden der konspirativen Militärorganisation ernannt<sup>29</sup> und außerdem zum ständigen Vorsitzenden des KSK bestellt. Die übrigen Kabinettsmitglieder, die Sitz und Stimme im KSK erhielten, waren Aleksander Ładoś, Marian Seyda, Jan Stańczyk und General Marian Kukiel.<sup>30</sup> Die Schaffung des KSK, das im Grunde nichts anderes als eine Arbeitsgruppe des Ministerrats mit besonderen Aufgaben war, hatte ihre Gründe vermutlich einmal darin, daß der Kreis der Leute, die über Einzelheiten der Konspirationstätigkeit in Polen informiert sein mußten, möglichst klein gehalten sein sollte;<sup>31</sup> darüber hinaus sollte wohl mit dem KSK ein überwiegend politisches Forum entstehen, vor dem Sosnkowski seine militärische Heimatarbeit zu verantworten hatte. Da das KSK nicht der RN oder dem Ministerrat, sondern Premier Sikorski unmittelbar verantwortlich war,<sup>32</sup> ist es wohl gerechtfertigt, vom KSK als einem persönlichen Instrument Sikorskis zu sprechen; jedenfalls war das KSK ganz und gar auf die Probleme und Aufgaben zugeschnitten, die sich aus der Belebung der konspirativen Verbindung zwischen Heimat und Exil ergeben würden.<sup>33</sup>

Mit der Ernennung Sosnkowskis zum Oberkommandierenden der künftigen Militärorganisation waren wichtige Entscheidungen gefallen: Die zu schaffende Organisation würde ein Instrument der Regierung sein — im Gegensatz zu den vielen auf individueller Initiative beruhenden Unternehmungen, von deren Existenz und Entwicklung im Lande die Regierung allmählich genauere Informationen erhielt; auch würde die neue Organisation zentralistisch vom Exil her kommandiert werden. Zwar stand zu befürchten, daß die Führung vom Exil her schwerfälliger auf Vorgänge in Polen reagieren und höchstwahrscheinlich viel schlechter informiert sein würde als eine Führung, die im Lande saß. Die Exilregierung hatte jedoch dem

Gedanken der Stetigkeit und ungefährdeten Kontinuität in der Leitung dieser Organisation den Vorzug vor solchen Bedenken gegeben — um so bereitwilliger offenbar, als die Organisation ja für einen längeren Zeitraum noch nicht aktiv auftreten sollte. Drittens würde es zu den vordringlichsten Aufgaben der Organisation der Regierung gehören, sich den »Wildwuchs« der vielen Kleinorganisationen im Untergrund zu unterstellen.

Es war selbstverständlich, daß die künftige Organisation eben wegen dieses Führungsmodells über ausgezeichnete Verbindung mit dem Exil verfügen mußte, von denen als entscheidende Qualitäten Schnelligkeit und Zuverlässigkeit zu fordern waren. Nur so ließen sich Verzögerungen in der Befehlsgebung trotz der Entfernung zwischen Zentrale und Untergrund auf ein vertretbares Maß reduzieren, nur so auch konnten dem Untergrund genügend Geld, Waffen und Material zugeführt werden.

Um die Entfernung zwischen dem Sitz des Oberkommandos in Paris und der Heimat zu überbrücken, wurden auf Sosnkowskis Initiative bei den polnischen Konsulaten in Budapest und Bukarest und wenig später auch in der polnischen Militärmission in Stockholm sogenannte »Basen« (bazy) eingerichtet.

Als erste wurde Ende November 1939 die Bukarester Base mit dem Codenamen BOLEK ins Leben gerufen, die unter der Leitung von Oberst Stanislaw Rostworowski stand.<sup>34</sup> Wenig später erfolgte die Gründung der Budapester Base ROMEK unter Leitung des diplomierten Obersten Alfred Krajewski.<sup>35</sup> Zum Leiter der Base ANNA in Stockholm wurde Oberstleutnant Tadeusz Rudnicki bestellt, der im Dezember 1939 mit Nachrichten über General Tokarzewskis Organisation SZP nach Paris gelangt war.<sup>36</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen diesen drei Basen und den jeweiligen polnischen diplomatischen Vertretungen spielte nur in der Anfangsphase eine gewisse Rolle, als es um die Installierung der Basen ging.<sup>37</sup> Später erschöpfte sich der von den Konsulaten gegebene Beistand darin, daß die illegalen Residenturen ihre Post über den diplomatischen Postdienst an die Exilregierung schicken konnten.<sup>38</sup> Allzu enge Verbindungen zwischen den offiziellen diplomatischen Vertretungen und den Basen waren auch nicht wünschenswert, da die Basen »konspirierte Stellen« waren, deren Personal zur militärischen Untergrundorganisation der Regierung gehörte.<sup>39</sup> Insofern hätten häufige Kontakte zwischen diplomatischer Vertretung und Base nicht nur den Kreis der polnischen Geheimnisträger unnötig erweitert, sondern die Basen wären auch allzu früh vom Geheimdienst des jeweiligen Gast-

landes als polnische konspirative Unternehmungen enttarnt worden.

Da Rumänien und Ungarn der polnischen Sache nicht gerade günstig gesonnen waren, obgleich sie bis in den Spätherbst 1940 hinein wenigstens äußerlich neutral blieben, mußte die Konspiration dort mit besonderer Vorsicht betrieben werden. Die diesbezüglichen Anweisungen der Regierung an die Basenkommandanten geben ein Bild von der Sorgfalt, mit der die äußere Sicherstellung bedacht wurde: »Zum Zweck der Verschleierung . . . muß man die Basen an solchen Punkten einrichten, an denen aus Gründen offizieller und öffentlicher Natur ein großer Menschen-, Post- und Materialverkehr herrscht. Am besten eignen sich dazu Häuser, die größere Büros und Firmen beherbergen, Läden, Magazine usw.«<sup>40</sup>

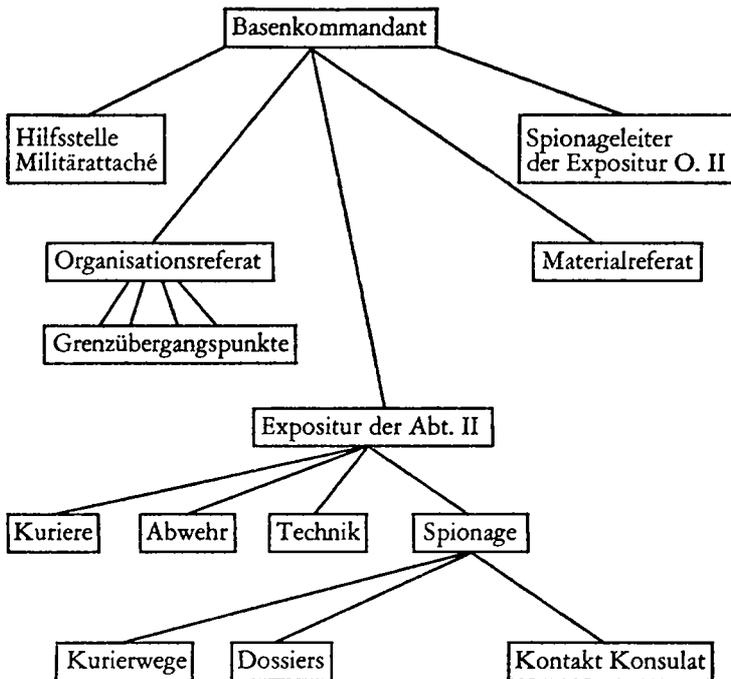
Die Ereignisse vom Sommer 1940 sollten jedoch zeigen, daß alle Vorsichtsmaßregeln die Tätigkeit der Basen nicht verschleiern konnten.<sup>41</sup> Die Aufdeckung der Basen wird man wohl in erster Linie dem Kurierverkehr zuschreiben müssen, der dem gegnerischen Sicherheitsdienst selbst bei sehr nachlässiger Beobachtung nicht hätte verborgen bleiben können.

Im Prinzip war diese Entwicklung voraussehbar, und die Regierung hatte auch aus diesem Grunde jeder Base eine Außenstelle der für Spionage zuständigen Stabsabteilung II (*ekspozitura oddziału II*) beigegeben. Sie hatten nicht nur alle Aufgaben zu versehen, die mit der Rekognoszierung im okkupierten Polen verbunden waren, sondern sie sollten auch ausgesprochene Abwehrfunktionen zum Schutz der Basen erfüllen. Die Niederlage, die die Abteilung II dabei erlitt, war nicht personeller Unzulänglichkeit zuzuschreiben, sondern einfach dem Umstand, daß sie ihre Aufgaben auf einem derart feindlichen Territorium nicht erfüllen konnte.

Das vom Stab Sosnkowskis entworfene organisatorische Modell für die Basen *ROMEK* und *BOLEK* läßt sich an der schematischen Darstellung auf der folgenden Seite erkennen.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit mußten die Basen zunächst gegen Organisationen einschreiten, die zwar zu ähnlichen Zwecken wie die Basen ins Leben gerufen worden waren, die politisch jedoch unter dem Zeichen der *Sanacja* standen. Deshalb erhielten die Basenkommandanten in ihren persönlichen Instruktionen dringliche Anweisungen, diese Dinge in Ordnung zu bringen. Mit aller Schärfe forderte Sosnkowski von den ihm unterstellten Basenkommandanten, daß sie gegen andere konspirative Kräfte und deren Residenturen Front machten. »Man darf nicht länger zulassen, daß im Ausland eine Reihe von — dem Anschein nach gleichberechtigten — Initiativen in dem Bereich

Schematische Darstellung der Organisation der Basen.<sup>42</sup>



der geheimen militärischen Arbeit in den okkupierten Gebieten begonnen werden und bestehen bleiben. Die geheime militärische Vereinigung [= ZWZ], die einen Teil der polnischen Streitkräfte darstellt, . . . muß eine einheitliche Organisation sein, die unabhängig ist und die einer einzigen zentralen Befehlsgebung und politischen Verfügungsgewalt unterstellt ist.«<sup>43</sup>

Die durch ihre Bedeutung auffälligste dieser Sanacja-Organisationen war das sogenannte »Siebenerkomitee« (Komitet siedmiu, K.7.)<sup>44</sup> auf rumänischem Gebiet. Es handelte sich dabei um eine Zelle, die schon

knapp ein Jahr vor Kriegsbeginn aufgebaut worden war.<sup>45</sup> Die Exilregierung wurde auf die Existenz dieser Zelle erst durch einen Brief aufmerksam, den Oberst Józef Beck Anfang Oktober 1939 an seinen Nachfolger in der Leitung des Außenministeriums, August Zaleski, schrieb.<sup>46</sup> Als die Base BOLEK endlich etabliert war, hatte das »K.7.« schon so viel Eigengewicht gewonnen, daß es nur unter sehr großen Schwierigkeiten untergeordnet werden konnte.<sup>47</sup> Allerdings war dem »K.7.« mit dem Aufbau von BOLEK der eigentliche Aufgabenkreis entzogen worden, und die Teile des Netzes, die sich BOLEK nicht unterstellten, spielten schon bald keine Rolle mehr.

Gleichzeitig mit der Einrichtung der Basen waren auch die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche festgelegt worden. Danach waren BOLEK in Bukarest für Lemberg und Białystok, ROMEK in Budapest für Warschau, Krakau, Posen und Thorn und ANNA in Stockholm für Wilna, Kowno und Białystok zuständig.<sup>48</sup>

Die Hauptlast des ständig wachsenden Post- und Materialverkehrs zwischen Heimat und Basen trug bis weit über die Jahresmitte 1940 hinaus ein zum Teil mit britischer Hilfe<sup>49</sup> aufgebauter Kurierdienst, der hauptsächlich auf den von BOLEK und ROMEK ausgearbeiteten kontinentalen Routen lief. Man unterschied zwei Formen: den Kurier (kurier) und den Emissär (emisariusz). Der Kurier war gleichsam eine lebende Schallplatte seines Auftraggebers; mündliche Aufträge mußte er möglichst wortgetreu ausrichten; wenn er Sendungen — Dokumente, Geld, Material — zu befördern hatte, wurde ihm der Inhalt zumeist verschwiegen. Dem Emissär dagegen wurden gewöhnlich sehr verantwortungsvolle Missionen anvertraut; er mußte über die allgemeine militärpolitische Lage gut informiert sein, und nur er besaß »Vollmachten, an Ort und Stelle, wohin er geschickt worden war, eine ganze Reihe von Problemen selbständig zu regeln und zu entscheiden«.<sup>50</sup>

Aus dieser Unterscheidung erhellt, daß den Basen als Verbindungsmittel nur der Kurier zugestanden wurde, während die Exilregierung vornehmlich Emissäre in die Heimat sandte. Für den Weg zwischen Base und Heimat unterstanden die Regierungsemissäre jedoch ebenso der Zuständigkeit der Basenkommandanten wie die gewöhnlichen Kuriere der Base.

## 6. Proklamation des »Verbands für bewaffneten Kampf« (ZWZ)

In all organisation . . ., the problem of government is twofold. From the point of view of the government, the problem is to secure acquiescence from the governed; from the point of view of the governed, the problem is to make the government take account, not only of its own interests, but also of the interests of those over whom it has power. If either of these problems is solved, the other does not arise; if neither is solved, there is revolution. But as a rule a compromise solution is reached.<sup>1</sup>

Am 4. Dezember 1939 unterzeichneten Sikorski als Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte<sup>2</sup> und Sosnkowski als Oberkommandierender der konspirativen Militärorganisation<sup>3</sup> die erste und grundlegende Instruktion für die Heimat. Sie war an den Stabschef von Tokarzewskis SZP, an Oberst Stefan Rowecki, adressiert;<sup>4</sup> durch sie wurde der »Verband für bewaffneten Kampf« (ZWZ)<sup>5</sup> ins Leben gerufen, der hinfort neben der Exilarmee als Teil der polnischen Streitkräfte galt.

Spätestens seit dem 13. November 1939, dem Datum der Ernennung Sosnkowskis zum Oberkommandierenden der erst noch zu schaffenden Militärorganisation in der Heimat, der in dieser Eigenschaft auch dem KSK vorsah, ist der Entschluß der Exilregierung belegt, eine konspirative Widerstandsorganisation aufzubauen. Die präzisen Aufgabstellungen, die man für diese Untergrundarmee schon auf der anglo-polnischen Stabsbesprechung am 18. Oktober entwickelt hatte, zeigen, daß für die Beschlußfassung ein sehr viel früherer Termin angenommen werden muß. Allerdings gibt es dafür keine Belege.

Die dilatorische Art, mit der man die Proklamation behandelte, hatte ihre Ursache offenbar darin, daß die Exilregierung nur sehr unzureichend über die Vorgänge im Lande orientiert war. Diese Informationslücken werden in den Instruktionen an die Basenkommandanten sichtbar. In der BOLEK-Instruktion vom 30. November werden folgende Namen von Kommandanten der neuen Militärorganisation in den einzelnen Städten Polens genannt: Tokarzewski (Warschau), Boruta (Białystok), Januszajtis (Lemberg) und Epler (Krakau). Von diesen vier Soldaten waren jedoch seit geraumer Zeit Januszajtis und Boruta gefangen und Epler nicht mehr in Polen. Noch merkwürdiger nimmt sich der Informationsstand der Exilregierung aus, wenn man die Angaben bezüglich der Kommandanten des ZWZ betrachtet, wie sie wenig später in der Instruktion für ROMEK niedergelegt

wurden.<sup>6</sup> Aus der Gruppe der vier in der BOLEK-Instruktion genannten Kommandanten taucht nur noch der Name von Tokarzewski auf — jetzt für das Kommando in Lemberg vorgesehen. Für Warschau findet sich das Pseudonym »Pejcz« für Major Włodzimierz Brayczewski. Major Brayczewski war jedoch schon am 10. November in Warschau verhaftet worden.<sup>7</sup> Über die Besetzung der Kommandanturen in Białystok, Krakau, Posen und Thorn wurden keinerlei Angaben gemacht.

Die Informationslücken der Exilregierung im Hinblick auf verfügbare höhere Offiziere in der Heimat wie auch der ständige Hinweis auf die Person General Tokarzewskis lassen den Schluß zu, daß Tokarzewskis SZP von der Exilregierung in jener über die anderen Kleingruppen dominierenden Position anerkannt wurde, die sich die SZP schon in den ersten zehn Wochen nach ihrer Gründung errungen hatte. Zudem war die Exilregierung über Tokarzewskis Tätigkeit höchstwahrscheinlich besser informiert als über die anderer Gruppen.<sup>8</sup> Jedenfalls ist unverkennbar, daß die Exilregierung beabsichtigte, Tokarzewskis SZP als organisatorischen Grundstock des von ihr proklamierten ZWZ zu verwenden.

Als Regierungsmessär Rittmeister Feliks »Konarski«-Szymański<sup>9</sup> gegen Ende Dezember 1939<sup>10</sup> mit der Instruktion der Exilregierung in Warschau anlangte, riefen die darin verfügten sachlichen Umstellungen wie auch die personellen Veränderungen, die von diesem ersten Eingreifen der Exilregierung in die »wilde« Résistance ausgingen, bei der SZP erhebliche Verstimmung hervor. Denn einmal betraute die Exilregierung den bisherigen Stabschef der SZP, Oberst Rowecki, mit dem Kommando über die Hauptstadt Warschau, während der eigentliche Gründer und bisherige Kommandant der SZP, General Tokarzewski, nach Lemberg abkommandiert wurde; zum anderen wurde das Führungsmodell der SZP, die ihre Zentrale in Warschau hatte, von der Exilregierung nicht bestätigt, sondern durch die Einrichtung von sechs gleichberechtigten Militärregionen (obszarzy) im Lande ersetzt, die alle direkt unter dem Kommando der Pariser Zentrale stehen sollten.

Von der Wirkung dieser Befehle auf die Stabsoffiziere der SZP vermittelt die Leiterin der Stabsabteilung für Sicherheit und Verbindung, Janina Karasiówna, ein zutreffendes Bild: »Welche Intentionen die Befehlsgeber hatten, weiß ich nicht — und wahrscheinlich werden wir es nie in Erfahrung bringen; es ist ja auch möglich, daß es nach ihrem Verständnis die besten Absichten waren. Auf uns in der Heimat machten jedoch der Text der aus Angers gesandten Befehle wie auch

die Art und Weise, in der der Kurier die Gespräche führte, den Eindruck, daß man die Gesamtheit der bestehenden militärischen und politischen Organisation zerschlagen wollte — wie man ja auch ihren Schöpfer und Leiter so schnell wie möglich auf das sowjetische Okkupationsgebiet abschieben wollte.«<sup>11</sup>

Durch die Redseligkeit des Regierungsemissärs<sup>12</sup> wurde der Inhalt der Instruktion politischen Kreisen in Warschau bekannt, deren häufige Indiskretionen berüchtigt waren.<sup>13</sup> Das verstärkte noch die allgemeine Empörung über die Befehle der Exilregierung. Die Skala der ad hoc vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Instruktion reichte von Angeboten auch der politischen Seite, nach Angers zu gehen, um dort eine Änderung der Entscheidungen auszuhandeln, bis hin zu der Forderung militärischer Kreise, von nun an in der konspirativen Tätigkeit einen separatistischen Kurs gegen die Exilregierung zu steuern. Es wurde nicht nur diskutiert, ob Tokarzewski sich nicht am besten von der Regierung lossagen und seine SZP zur Rivalin des von der Regierung proklamierten ZWZ aufbauen sollte, sondern man überlegte besonders in Parteikreisen, ob sich nicht durch ein Zusammengehen von PPS und SL mit Tokarzewskis SZP eine Art von »Heimatregierung« schaffen ließe, so daß die Exilregierung fortan nur noch als Repräsentantin der Heimat im Ausland gelten würde. Die in den Instruktionen der Exilregierung angeordnete Abkommandierung Tokarzewskis nach Lemberg war der zentrale Punkt, aus dem sich in Warschau der mit revolutionären Untertönen vermischte Widerstand gegen die Instruktion der Regierung ableitete.<sup>14</sup>

Es ist sehr schwierig, sich über die Motive der Exilregierung klarzuwerden, aus denen heraus dieser Befehl entstand. Die vorhandenen Unterlagen lassen jedenfalls den Schluß zu, daß die Entscheidung über Tokarzewskis künftige Verwendung zwischen dem 30. November und dem 4. Dezember 1939 in Gesprächen innerhalb der Exilregierung gefallen sein muß.<sup>15</sup> Folgt man Tokarzewskis eigener Version, die sich auf ein Gespräch mit Premier Sikorski stützt, das im Winter 1941 nach seiner Entlassung aus sowjetischer Haft stattfand, dann ergibt sich folgender Zusammenhang: Die erste Meldung Tokarzewskis an den polnischen Oberbefehlshaber vom 10. Oktober 1939 wurde von ihrem Überbringer, einem ungarischen Militärattaché im Majorsrang, irrtümlich Marschall Rydz-Śmigły übersandt.<sup>16</sup> Dieser Vorgang mußte einen um so fataleren Eindruck bei der Exilregierung erwecken, als diese sich schon auf ihr Anti-Sanacja-Programm festgelegt hatte. Folglich lag es für sie nahe, aus dem postalischen Irrweg der Tokarzewski-

Meldung, den der Verfasser jedoch nicht zu verantworten hatte, auf seine Illoyalität gegenüber der Exilregierung zu schließen.<sup>17</sup>

Als dem Regierungsemissär Szymański verboten worden war, bei seinem ersten Aufenthalt in Polen im November 1939 mit Tokarzewski Kontakt aufzunehmen,<sup>18</sup> mochten in dieser Anweisung der Exilregierung schon die aus der Brief-Episode resultierenden Vorbehalte eine Rolle gespielt haben. Szymański traf sich daraufhin nur mit ausgesprochenen Gegnern Tokarzewskis: mit Vertretern der SN, die soeben Tokarzewskis politisches Konzept torpediert hatte, und mit Ryszard Świętochowski, Sohn des großen polnischen Positivisten Aleksander Świętochowski, der im Glauben an eine Unterstützung seiner Arbeit durch Sikorski eine eigene konspirative Organisation aufgebaut hatte.<sup>19</sup> Der nicht erhaltene Bericht Szymańskis, der sich auf solche Quellen stützte, konnte den negativen Eindruck, den die Exilregierung ohnehin schon von Tokarzewski hatte, nur noch verstärken. So führten — nach Tokarzewskis Vermutung — die Einwände einiger Regierungsmitglieder gegen seine Person,<sup>20</sup> die üble Nachrede des »Linksdralls«, wie sie von Świętochowski kolportiert wurde, und die innenpolitischen Differenzen Tokarzewskis mit der SN zu dem Beschluß der Exilregierung, ihn nach Lemberg zu versetzen.

Wenn schon Tokarzewskis Entfernung aus Warschau allein seinen Mitarbeitern Anlaß zu heftigem Widerspruch bot, so kam erschwerend hinzu, daß die Abkommandierung ausgerechnet nach Lemberg unter konspirativen Gesichtspunkten geradezu sträflicher Leichtsinns war. In Lemberg war Tokarzewski nämlich eine stadtbekannte Persönlichkeit;<sup>21</sup> infolgedessen war es allen höheren Offizieren der SZP — Tokarzewski selbst eingeschlossen — von vornherein klar, daß seine Tätigkeit in Lemberg nur mit seiner Verhaftung durch das NKWD enden konnte.<sup>22</sup>

Sosnkowski als Oberkommandierender des ZWZ ließ sich wenige Wochen später von den Gefahren überzeugen, die Tokarzewski drohten, und befahl ihm deshalb, sein Kommando von Wilna her auszuüben. Sosnkowskis Befehl kam jedoch zu spät in Warschau an, wenige Tage, nachdem Tokarzewski abgereist war.<sup>23</sup>

Abgesehen von diesem für Tokarzewski und das Lemberger Kommando folgeschweren Schritt der Exilregierung rührte seine Abkommandierung auch an einen zentralen Punkt jener sachlichen Veränderungen, die mit der Proklamation des ZWZ verknüpft waren: Die SZP hatte ihr Befehlszentrum in Warschau, während der ZWZ vom Exil aus kommandiert werden sollte. Dieser Wechsel in der Kommandostruktur wurde durch die Versetzung Tokarzewskis besonders

sinnfällig. Wenn es die Absicht der Exilregierung war, die zentralistische Struktur der SZP zu zerstören, damit sich die Organisation dem Führungsmodell des ZWZ besser anglich, dann konnte die Exilregierung dazu freilich kein besseres Mittel finden als eine Versetzung Tokarzewskis; denn Tokarzewski war geradezu die Inkarnation der zentralistischen SZP-Führungsstruktur.

Wenn man Tokarzewskis Versetzung solcherart motiviert, erklärt sich zugleich, weshalb die Exilregierung diesen Mann, der angeblich in politischer Hinsicht so schwer belastet war, überhaupt als einen Kommandanten des ZWZ, eines Instruments der Regierung also, einsetzte. Angesichts der Gleichwertigkeit Lembergs und Warschaws, wie sie im Führungsmodell des ZWZ ausdrücklich vorgesehen war, stellte Tokarzewskis Versetzung nach Lemberg keineswegs eine Degradierung dar, wie in der Kritik an dieser Entscheidung der Exilregierung unerschwellig immer wieder zu hören war. Auch wäre es ja ein merkwürdiger Widerspruch, wenn die Exilregierung einen Mann, dem ein kräftiger »Linksdrall« nachgesagt wurde, ausgerechnet auf ein Kommando im sowjetisch okkupierten Teil Polens berufen hätte. Dieser Widerspruch löst sich nur durch die Annahme, daß die Regierung diesem Vorwurf keinen Glauben schenkte. Am wahrscheinlichsten ist es noch anzunehmen, daß Tokarzewski nach Lemberg abkommandiert wurde, weil die Exilregierung meinte, in Warschau Reibereien vermeiden zu müssen — etwa mit der SN oder Świątochowski —, zugleich aber auf diesen Mann, der seine Fähigkeit schon unter Beweis gestellt hatte, nicht verzichten wollte. Unter diesem Aspekt wäre Tokarzewskis neues Kommando in Lemberg doch wohl eher als ein Vertrauensbeweis der Exilregierung zu werten.<sup>24</sup>

Obleich Tokarzewski offensichtlich den Eindruck hatte, ihm sei von der Exilregierung Unrecht geschehen, beugte er sich nicht nur dem Befehl seiner Vorgesetzten, sondern beschwichtigte darüber hinaus auch alle separatistischen Stimmungen in seiner Umgebung. Damit gab er ein Beispiel für soldatischen Gehorsam, ohne den besonders Untergrundbewegungen der Anarchie preisgegeben sind. Er zeigte staatsmännische Einsicht in die Folgen, die sein eventueller Ungehorsam nach sich ziehen mußte, und er legte die sittliche Begründung seines Berufs als Soldat dar, wenn er erklärte: »Man muß mit dem Regierungszentrum in Angers in Einigkeit leben, oder aber die Trennung von Angers wird zur Quelle zahlloser Kämpfe, Intrigen und Reibereien, die mit der Emigration ausgetragen werden. Statt daß wir in der Heimat zur Einigung gelangten, würden wir uns in viele Lager aufspalten — und das wäre nicht im Sinne der guten Sache. Außerdem

befinden wir uns mitten in einem Kriege. Ich erhielt einen Befehl vom polnischen Oberbefehlshaber, dem ich mich zur Verfügung gestellt hatte. Diesen Befehl muß ich ausführen, gleichgültig, ob ich ihn für billig halte oder nicht. . . . Gehorchte ich diesem Befehl nicht, so hätte ich keine moralische Berechtigung gehabt, selbst Gehorsam zu verlangen.«<sup>25</sup>

Ohne diese imponierende Haltung Tokarzewskis hätte die Regierung ihre erste und vielleicht wichtigste Auseinandersetzung mit der Heimat wahrscheinlich nicht erfolgreich bestanden. Ohne Tokarzewskis Loyalität gegenüber der Regierung wäre es damals vermutlich zum Bruch zwischen Heimat und Exil gekommen. Ganz sicher wäre jedoch die SZP als die am Jahresende 1939 zahlenstärkste und einflußreichste Militärorganisation in einen schroffen Gegensatz zur Regierung geraten. Ob die Regierung dann den von ihr proklamierten ZWZ überhaupt hätte aufbauen können, erscheint im Nachhinein doch sehr zweifelhaft.

Als Oberst Rowecki die Instruktion Nr. 1 genauer studierte, zeigte sich, daß sie viel liberaler abgefaßt war und seiner Entscheidung größeren Spielraum zugestand, als es zunächst den Anschein gehabt hatte. Die Gründe dafür lagen in Sosnkowskis Befürchtungen, daß sich angesichts des fehlenden Kontakts zwischen Heimat und Exil »die Wirklichkeit bereits von den Organisationsgrundlagen der obigen Instruktion entfernt hat. Wenn das der Fall ist, soll Ihnen diese nicht die Arbeit verderben, und ich ermächtige Sie, die Instruktion elastisch und allmählich in das Leben einzuführen. In jedem Fall ist die grundsätzliche Richtung maßgeblich, die Übernahme ihres Geistes. . . . Fassen Sie die Dinge nur ihrem wesentlichen Kern nach auf und streiten Sie sich nicht über geringfügige Kleinigkeiten.«<sup>26</sup> An anderer Stelle hieß es, die in der Instruktion übermittelten Anweisungen stellten nur einen »augenblicklichen Umriss« dar, dem ein detaillierter Organisationsplan »zu gegebener Zeit« folgen werde.

In diesen Bemerkungen, die zweifellos den strikten Instruktionscharakter einschränkten, zeigt sich, daß jedenfalls kein böswilliger Antagonismus von der Exilregierung geschaffen werden sollte. Langwierige Beförderungswege und ein schlechter Informationsstand über die Zustände im Untergrund, von denen die Exilregierung allenfalls vermuten konnte, daß sie sich auch im Dezember 1939 noch in einer lebhaften Entwicklung befanden, nötigten die Regierung zu dem Zugeständnis, die spezifische Ausführung der in der Instruktion enthaltenen Rahmenanweisungen dem Urteil der Kommandanten in der Heimat anheimzustellen.

Der allgemeine Zweck, dem der ZWZ nach Maßgabe der Instruktion zu dienen hatte, war von aller Verschwörer-Romantik weit entfernt. Vielmehr sollte er ein Kräftezentrum darstellen, »das dem Zusammenbruch der moralischen Kräfte der polnischen Bevölkerung wehrt«, »ein Stützmittel, um den Haß gegen die Okkupanten und die Begier, Rache zu nehmen, fühlbar werden zu lassen«. Kollaboration mit den Okkupanten sollte durch den ZWZ verhindert werden, der für diesen Zweck das Recht zur »Bestrafung öffentlichen und offenbaren Verrats« erhielt. Um dem Mangel an zuverlässiger Information der Exilregierung über die Lage in der Heimat abzuhelfen, sollte der ZWZ Situationsberichte anfertigen und ins Exil schaffen lassen, noch ehe die Exilregierung ihren eigenen in der Instruktion angekündigten Spionageapparat im Lande selbst aufgebaut hatte.<sup>27</sup> Denn für die Exilregierung war es in ihrem Verhältnis zu den Alliierten wichtig, daß ihr für politische und militärische Entscheidungen Material über Standort und Stärke von Okkupationstruppen zur Verfügung stand, das im Zuge gegenseitiger Information den Westmächten angeboten werden konnte.

Hinsichtlich der Frage militärischer Aktionen durch den ZWZ war die Instruktion allerdings sehr klar formuliert: »Die polnische Regierung gestattet auf keinen Fall kriegerische Aktionen auf dem Heimatgebiet, weil sich das politische Ziel im gegenwärtigen Zeitraum sehr undeutlich präsentiert, und zweitens, weil zum gegenwärtigen Zeitpunkt der erst einsetzenden Organisierung eine militärische Aktion wahrscheinlich schwach ausfallen würde; der Effekt dieser Aktion stände in keinem Verhältnis zu den Repressalien; man gäbe den Okkupanten lediglich einen Vorwand, die Polen rücksichtslos auszu-rotten.«

Der militärische Einsatz des ZWZ, der durch die Instruktion auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, sollte in Form eines nationalen Aufstands erst beim Rückzug der Okkupationstruppen und dem gleichzeitig damit erfolgenden Einmarsch regulärer polnischer Einheiten erfolgen.<sup>28</sup> Auch Diversionen zur ständigen Beunruhigung der Okkupationsmächte sollten noch aufgeschoben werden, bis entsprechende Direktiven des Premiers und Oberbefehlshabers vorlägen.

Während der Territorialaufbau der SZP mehr oder weniger zufällig um die Zentrale Warschau gewachsen war, machte die Instruktion Nr. 1 einen strikt föderalistischen Zuschnitt in der territorialen Aufgliederung des ZWZ verbindlich. Insgesamt wurde das Land in sechs Militärregionen (obszarzy) eingeteilt, wobei Warschau die Nummer 1 erhielt. Alle anderen Regionen wurden im Uhrzeigersinn gezählt:

Bialystok (2), Lemberg (3), Krakau (4), Posen (5) und Thorn (6). Eine Militärregion erstreckte sich jeweils über mehrere Wojewodschaften der alten Verwaltungsgliederung Polens. Jede Militärregion wurde in Gebiete (okręgi) unterteilt, die entweder den Umfang einer Wojewodschaft besaßen oder das Gebiet einer Großstadt von über 100.000 Einwohnern umfaßten. Diese Gebiete wurden in der Instruktion noch in Landkreise (powiaty) oder Städte von mehr als 10.000 Einwohnern unterteilt.

Unter Berücksichtigung der Teilung Polens in das deutsch und das sowjetisch okkupierte Gebiet ergab sich folgender Aufriß:<sup>29</sup>

#### A. DEUTSCHE OKKUPATION

##### 1. *Warschau*

- Wojewodschaft Warschau (ohne die Gebiete von Ciechanów und Plock)
- Wojewodschaft Lublin
- Wojewodschaft Bialystok (soweit deutsch okkupiert)
- Wojewodschaft Lodz (soweit nicht im »Warthegau«)

##### 4. *Krakau*

- Wojewodschaft Krakau
- Wojewodschaft Kielce (mit Ausnahme der ins Reich eingegliederten Gebiete und mit dem Teil der Lemberger Wojewodschaft unter deutscher Okkupation)

##### 5. *Posen*

- Wojewodschaft Posen (mit dem Gebiet von Kalisz)
- Wojewodschaft Schlesien
- die Teile der Wojewodschaften Lodz, Krakau und Kielce, die ins Reich eingegliedert wurden

##### 6. *Thorn*

- Wojewodschaft Pommerellen
- die ins Reich eingegliederten Teile der Wojewodschaften Warschau und Bialystok

#### B. SOWJETISCHE OKKUPATION

##### 2. *Bialystok*

- Wojewodschaft Bialystok (ohne die ins Reich eingegliederten Gebiete von Myszyniec und Suwalki)
- Wojewodschaft Polesien
- Wojewodschaft Nowogródek
- Wojewodschaft Wilna (ohne das an Litauen abgetretene Gebiet der Wojewodschaft und ohne die Stadt selbst)

##### 3. *Lemberg*

- Wojewodschaft Lemberg (soweit sowjetisch okkupiert)
- Wojewodschaft Wolhynien, Tarnopol und Stanisławów

Dieses systematische Organisationsschema wurde zugunsten der bestehenden Verhältnisse übergangsweise modifiziert. Die Militärregion Nr. 1 (Warschau) war dank der Vorarbeit der SZP schon vollständig durchorganisiert. Der Leitung Roweckis in Warschau wurden daher die Militärregionen Nr. 2 (Białystok), 4 (Krakau), 5 (Posen) und 6 (Thorn) so lange unterstellt, bis diese gleichfalls hinreichend organisiert waren. Über die geplanten Regionen Posen und Thorn besaß die Exilregierung zur Zeit der Abfassung der Instruktion noch keinerlei Nachrichten; dort sollte Rowecki von Warschau aus erst einmal Erkundigungen über den Stand der Dinge im allgemeinen und über die Möglichkeiten für konspirative Arbeit einziehen lassen. Diese organisatorischen Anfangsschwierigkeiten finden ihren deutlichsten Ausdruck in der Stellung Roweckis. Er erhielt den etwas monströsen Titel: »Kommandant der Militärregion Nr. 1, der die Belange der Militärregionen Nr. 5, 4, 6 und 2 regelt«. Neben dem Recht, über die endgültige Festsetzung der Grenzen zwischen den einzelnen Militärregionen zu entscheiden, hatte die Exilregierung Rowecki auch die Befugnis zuerkannt, in ihrem Namen in den zunächst seiner Zuständigkeit unterstellten Militärregionen Kommandanten einzusetzen.

Im Hinblick auf die Rekrutierungspolitik für den neuen ZWZ schloß sich die Instruktion eng an die Vorstellungen Tokarzewskis an, dessen Planung seinerzeit auch eher ein elitäres Modell vorgesehen hatte als eine Massenorganisation. »Nicht mehr als 500 Mitglieder« sollten nach dem Willen Sosnkowskis im Bereich jeder Militärregion geworben werden, denn, so warnte der Oberkommandierende des ZWZ, der »größte Fehler« sei das Streben nach Quantität statt nach Qualität. Freilich war diese Begrenzung der Sollstärke des ZWZ auf insgesamt 3.000 Mann im Hinblick auf die rapide Entwicklung, die die SZP als Grundstock des ZWZ bis gegen Ende Dezember 1939 genommen hatte, recht utopisch. Solche Überlegungen mochte auch Sosnkowski angestellt haben, als er für den Fall, daß diese Sollstärke schon überschritten worden sei, die Empfehlung gab, »aus dieser Masse die sichersten Einheiten auszusuchen und sie im ZWZ zu vereinigen als Gerüst für die breiteren und lockeren organisatorischen Zuflüsse«. Nur dadurch könne man Denunziationen vermeiden und der Gefahr begegnen, daß der Druck der unteren Ränge im ZWZ »die Führung zu baldigen und unmotivierten Aktionen treibt«.

Die kleinste Einheit des ZWZ war die Zelle von fünf Mitgliedern, mehrere Zellen bildeten eine Sektion (sekcja). Aus zwei bis fünf solcher Sektionen formierte sich ein Zug (pluton), an dessen Spitze ein Zugführer stand. Größere Einheiten sollten nicht gebildet werden.

Lediglich zu Übungszwecken war vorgesehen, zeitweilig mehrere Züge zusammenzufassen.

Damit der ZWZ überhaupt die Aufgabe eines Regierungsinstruments erfüllen konnte, legte Sosnkowski in seiner Instruktion größten Nachdruck darauf, daß alle in der Heimat auf eigene Faust agierenden Militärgruppen in den ZWZ eingegliedert würden. So wird Rowecki in der Instruktion ermahnt, für ihn stelle es »eine äußerst dringende Aufgabe dar, sich alles unterzuordnen und alles im organisatorischen Rahmen des ZWZ zusammenzufassen. . . Die Geheimorganisation ZWZ in der Heimat, die einen Teil des polnischen Heeres darstellt, darf nur ein einziger einheitlicher Verband sein; . . keinesfalls darf es sich bei ihm um einen bloßen Zusammenschluß verwandter Organisationen handeln. Ich verweigere Ihnen jedenfalls die Ermächtigung, in organisatorischer Hinsicht nach Belieben Kompromisse einzugehen. . . Die Zellen aller anderen Kampforganisationen müssen rücksichtslos ausgemerzt werden.« — Für die praktische Durchführung dieses Befehls ließ Sosnkowski dem ihm unterstellten Rowecki freie Hand. Es sollte sich freilich schon bald zeigen, daß dieser Befehl so einfach nicht auszuführen war, wie der Verfasser der Instruktion offenbar angenommen hatte.

Obgleich der ZWZ eine »gesamt-nationale, überparteiliche und überständische Organisation« darstellen sollte, die »in ihren Reihen alle ordentlichen Polen ohne Rücksicht auf Unterschiede in den politischen Überzeugungen konzentrierte«, wies die Instruktion Rowecki an, bei der Rekrutierung von Mitgliedern »politische Zentren«, d. h. die politischen Parteien, um Mitarbeit zu bitten. Dabei sollte er jedoch keine Partei bevorzugen, denn »der ZWZ darf kein Ort des Wettlaufs um den politischen Einfluß in der Heimat werden!«.

Jeder polnische Staatsbürger über 17 Jahre konnte Mitglied des ZWZ werden, wenn er unbescholten war und den vorgeschriebenen Eid leistete. Die Instruktion schrieb folgenden Eidestext vor:

»Vor Gott, dem Allmächtigen, vor der Jungfrau Maria, der Königin der polnischen Krone, lege ich meine Hand auf dieses heilige Kreuz, das Symbol von Martyrium und Erlösung, und ich schwöre, daß ich die Ehre Polens mit ganzer Kraft verteidigen werde, um Polen von der Sklaverei zu retten, daß ich mit Waffen in der Hand unter dem Einsatz meines Lebens kämpfen werde, und daß ich meinen Vorgesetzten gegenüber absolut gehorsam sein werde, und daß ich das Geheimnis wahren werde — um welchen Preis auch immer.« Nach der Ablegung des Eides wurde das neue Mitglied von dem Vorgesetzten durch folgende Formel in den Verband aufgenommen: »Ich

nehme dich auf unter die Soldaten der Freiheit. Sieg wird deine Belohnung sein. Verrat wird mit dem Tode bestraft.«<sup>30</sup>

Wenngleich sich dieser Eid vom Eidestext der SZP nur dem Wortlaut nach, nicht aber im Inhalt unterschied,<sup>31</sup> so stellte er doch für rechtsbewußte Berufssoldaten ein erhebliches Problem dar, da sie von ihrem alten Eid nicht entbunden worden waren. Wenn also der ZWZ einen Teil der polnischen Streitkräfte darstellte, dann mußte auch der vormals auf die polnischen Streitkräfte geleistete Eid noch immer gültig sein.<sup>32</sup> Diese Bedenken gewinnen um so mehr Gewicht, als die Soldaten der polnischen Exilarmee keinen neuen Eid zu leisten hatten.<sup>33</sup> Freilich hatte die von Mitgliedern des ZWZ geforderte Eidesleistung dort ihre Berechtigung, wo es sich um ungediente Zivilisten oder um Frauen handelte. So mochte denn auch die Exilregierung, als sie die unterschiedslose Vereidigung der ZWZ-Mitglieder forderte, den Gedanken gehabt haben, den Distriktskommandanten im Lande die ständige Differenzierung zwischen schon vereidigten und noch zu vereidigenden Anwärtern zu ersparen. Zudem hatte ja auch der Geheimhaltungspassus ein zusätzliches Element in die Eidesformel mit eingebracht, das im alten Soldateneid nicht enthalten war. Und endlich stellte der allen Mitgliedern des ZWZ gemeinsame Eid, wie Oberst Komorowski bezeugt, ein wichtiges Moment für den Armee-Charakter des ZWZ dar: »I was very happy to have this wording for the national oath. The many small organisations had sworn in their people with various wordings. Now we had one oath for all and a new bond uniting us — a very important one in a country as religious as Poland.«<sup>34</sup>

Abgesehen von den Modalitäten der Aufnahme in den ZWZ wurde sein militärischer Charakter dadurch besonders herausgehoben, daß nachlässige Pflichterfüllung eine Bestrafung »nach den Normen des Kriegsrechts« nach sich zog; außerdem wurde ein Disziplinarkodex aufgestellt, nach dessen Bestimmungen Verstöße gegen konspirative Grundsätze — z. B. fahrlässiges Reden — streng bestraft wurden.<sup>35</sup> Überhaupt basierte der Dienst im ZWZ auf der »unbedingten Geltung der Vorschriften von Rangordnung, Zucht und Disziplin«.<sup>36</sup>

Die erste Stellungnahme Tokarzewskis zur Instruktion Nr. 1 liegt in seiner Meldung Nr. 5 vom 9./10. Januar 1940 vor.<sup>37</sup> Seine Reaktion war eine Mischung aus Gehorsam gegenüber dem Befehl und Zorn über die, wie er schrieb, »bankerotten Methoden personeller Verschiebung«.<sup>38</sup> Er betrachtete sich angesichts seines hohen Dienstalters und seiner drei Monate langen Erfahrung in der Untergrundarbeit nicht nur »als den besten, sondern auch als den einzigen Kan-

didaten«<sup>39</sup> für die Stellung, die nun Rowecki anvertraut worden war. Auch meinte Tokarzewski, es nicht billigen zu können, daß die Regierung grundsätzliche Entscheidungen fälle, »ohne von der Meinung der Führung und des Stabs, die seit drei Monaten tätig seien und im Lande Ergebnisse erzielten, Notiz zu nehmen«.<sup>40</sup> Aber schließlich gehorchte Tokarzewski doch diesem ihm »schleierhaften Befehl«<sup>41</sup> und willigte ein, sich »vorbehaltslos als Kommandant der Militärregion Nr. 5 (Lemberg) zur Verfügung zu stellen«.<sup>42</sup> Schon vor der Abfassung der Meldung Nr. 5 hatte Tokarzewski Lemberg seine Ernennung zum Kommandanten mitgeteilt, zusammen mit Roweckis Ausführungsverordnungen für die Instruktion Nr. 1. Als Stabschef Tokarzewskis in Lemberg hatte sich inzwischen auch schon Oberst Klemens Rudnicki, der derzeitige Stabschef der Militärregion Nr. 4 (Krakau), zur Verfügung gestellt, den die auf seiner Lemberg-Reise im November 1939 erworbenen Kenntnisse der Zustände in Ostpolen für diese Aufgabe empfahlen.<sup>43</sup>

Indessen beeilte sich Tokarzewski mit der Abreise nicht, obgleich er den mündlichen Ausführungen Emissär Szymański zufolge »innerhalb von drei Tagen«<sup>44</sup> hätte abreisen sollen. »Ich fühlte mich nicht verpflichtet«, erklärte er später, »innerhalb von drei Tagen abzureisen, wie Szymański es mir befohlen hatte. Das war aus praktischen Gründen nicht möglich und hätte sich in jeder Hinsicht schädlich ausgewirkt. Unser Disziplinkodex berechtigte mich dazu, darüber selbst zu entscheiden.«<sup>45</sup>

Als Regierungsemissär Szymański sich am 7. Januar 1940<sup>46</sup> wieder zur Rückreise nach Angers anschickte, hatte er Tokarzewski gegenüber das Eingeständnis gemacht, »daß aus der Nähe alles anders aussähe als von Angers aus und daß er sich bemühen wolle, in Angers eine Revision der Entscheidungen zu erlangen.«<sup>47</sup> Als Zugeständnis an die Bitten seiner Stabsmitglieder, die ihn geradezu anflehten, wenigstens eine Zeitlang auf die Antwort der Exilregierung zu warten, setzte Tokarzewski seine Abreise auf Ende Februar 1940 fest — was im Hinblick auf den Befehl zur Abreise »innerhalb von drei Tagen« recht lange, im Hinblick auf die schwierige Verbindung zwischen Heimat und Exil jedoch eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne war. In der Zwischenzeit wollte Tokarzewski — gemäß seiner alten Arbeitsteilung mit Rowecki — noch so schnell wie möglich die politischen Angelegenheiten ordnen, die sich spätestens zum Zeitpunkt von Niedziałkowskis Verhaftung festgefahren hatten.

Nichts könnte deutlicher bezeugen, wie wenig sich im Grunde durch den Wechsel von SZP zu ZWZ geändert hatte,<sup>48</sup> als die Tatsache, daß

Tokarzewski nach wie vor der Verwirklichung seiner politischen Koalitionsbemühungen nachgehen konnte. Eigentlich war mit diesem Entschluß die Führungssituation jener Wochen von Ende Oktober bis Mitte November 1939 wiederhergestellt, in denen Tokarzewski sich auf der Rundreise durch Südpolen befand, während die militärische Führung der damaligen SZP in Roweckis Händen lag. Auch hatte er nach seiner Rundreise unter dem Eindruck, von der Exilregierung als *persona non grata* abgelehnt zu werden, im November gesprächsweise den Plan erwähnt, sich Rowecki zu unterstellen, damit die SZP der Exilregierung nicht zu große Angriffsflächen böte.<sup>49</sup> Wenn diese Absichten Tokarzewskis auch nicht verwirklicht wurden, so lebte doch der Gedanke als solcher fort und bewirkte, daß sich weder sachlich noch personell irgendwelche bedeutsamen Änderungen durch die Umbenennung der SZP in ZWZ ergaben. So verschaffte Tokarzewskis Weigerung, dem Wortlaut des Befehls entsprechend sofort nach Lemberg zu gehen, dem alten Zusammenspiel zwischen SZP–ZWZ und den politischen Parteien noch eine Frist bis Ende Februar 1940, innerhalb derer man die Dinge endlich in Ordnung bringen konnte.<sup>50</sup>

War die Verwirklichung von Tokarzewskis erstem Modell eines politischen Beirats der SZP hauptsächlich daran gescheitert, daß nicht die Parteiführer, »sondern solche Personen, von denen man glaubte, sie seien die Parteiführer«,<sup>51</sup> mit der SZP verhandelt hatten, so war in den ersten Januartagen 1940 die Frage der ordentlichen Repräsentation der Parteien klar geregelt.

Zaremba, Arciszewski und Pużak von der PPS, Korboński als offizieller Stellvertreter Ratajs von der SL mit Miłkowski von der SL-Jugend »Wici« und Staniszkis von der SN<sup>52</sup> nahmen Verhandlungen über das von Tokarzewski vorgebrachte Projekt eines »Nationalen Verteidigungsrats« (Rada Obrony Narodowej, RON) auf. Über das Projekt selbst wurde man sich verhältnismäßig schnell einig, »denn die ganze Heimat sehnt sich nach einer organisierten Macht, die am Ort sitzt und nicht in der Emigration«. <sup>53</sup> In seinem Bericht vom 6. Januar 1940 stellte Rowecki im Einvernehmen mit Tokarzewski bei der Exilregierung den Antrag auf Errichtung »einer gesellschaftlich-politischen Plattform, die von nun an RON (»Nationaler Verteidigungsrat«) genannt wird.«<sup>54</sup>

Die RON bestand aus den Vertretern der drei Parteien, die ihrerseits jeweils zwei Stellvertreter hatten. Sie wählten aus ihrer Mitte den Generalsekretär des aus konspirativen Rücksichten klein gehaltenen Gremiums. Grundsätzlich tagte die RON unter dem Vorsitz des Zivilkommissars, für den Fall seiner Abwesenheit jedoch unter

dem des Generalsekretärs.<sup>55</sup> Der Zivilkommissar sollte »den Rang eines Ministers der polnischen Regierung in Frankreich«<sup>56</sup> erhalten und die Leitung der projektierten RON übernehmen.

Ein erhebliches Problem warf jedoch die Frage auf, wie das Verhältnis zwischen ZWZ und RON beschaffen sein sollte. Denn es konnte kein Zweifel bestehen, daß das Amt des Zivilkommissars an der Spitze der in der RON zusammengefaßten politischen Repräsentanten von erheblichem Gewicht sein würde. Um den Dualitäten und Rivalitäten, die sich daraus möglicherweise zwischen ZWZ und RON ergeben würden, schon im Ansatz zu begegnen, schlug Rowecki vor, Tokarzewski die Leitung der RON zu übertragen, »der von beinahe allen als Zivilkommissar akzeptiert werden könnte«.<sup>57</sup> Tokarzewski dagegen, der Anfang Januar 1940 noch die Hoffnung hatte, daß die Exilregierung die ihn betreffenden Entscheidungen rückgängig machen werde, schlug Rowecki für den Posten des Zivilkommissars vor. Auch sollte nach seinen Vorstellungen der Zivilkommissar den Rang eines »Innenministers ohne Portefeuille« haben und »vollberechtigtes Mitglied der Regierung sein, deren Verbindung mit der Heimat er darstellt«.<sup>58</sup>

Die Nominierung Roweckis war ein seltsamer Vorschlag von Seiten Tokarzewskis, hatte Rowecki doch seine Mitarbeit in der Konspiration grundsätzlich davon abhängig gemacht, daß er von politischen Verpflichtungen freigestellt bliebe.<sup>59</sup> Der Vorschlag läßt sich entweder so erklären, daß Tokarzewski um jeden Preis mit Rowecki zusammenbleiben wollte, oder, daß er der Regierung für die Besetzung des erst noch zu schaffenden Postens eine für die Annahme des gesamten Projekts der RON attraktive Alternative anbieten wollte. In beiden Fällen hätte die Exilregierung die von der SZP entwickelte Führungssituation in Warschau zementiert, die ohnehin gegen ihren Willen durch Tokarzewskis Bleiben in Warschau prolongiert worden war. Selbst wenn es die Absicht der Exilregierung gewesen wäre, das Projekt einer RON zu verwirklichen, hätte sie wahrscheinlich weder Tokarzewski noch Rowecki als Zivilkommissar akzeptiert, da die Instruktion Nr. 1 offenbar doch das Ziel verfolgte, diese beiden Männer nicht an einem Ort zusammenzulassen.

Für Tokarzewski verband sich mit der Idee der von einem Zivilkommissar geleiteten RON der Gedanke einer »Nebenstelle der Regierung« (ekspositura Rządu) in der Heimat, »wobei aber die Idee einer zentralen Führung in der Heimat verlangen muß, daß das Netz [der RON] an das Netz des ZWZ-Kommandos gebunden bleibt; das ist für eine homogene Organisierung der zentralisierten Führung ein

Minimum.«<sup>60</sup> Diese enge Bindung, die weit mehr als eine bloß organisatorische Deckungsgleichheit des Territoriaufbaus von ZWZ und RON sicherstellen sollte, mußte nach Tokarzewskis Vorstellungen auch bei der Wahl des Zivilkommissars den Maßstab abgeben. Gewarnt durch seine Erfahrungen aus den Verhandlungen mit den Parteien vom Jahresende 1939, die schließlich durch die Verhaftungen von Rataj und Niedziałkowski scheitern mußten, forderte er: »In der Regel sollte nicht ein großer Politiker die Führung innehaben, sondern das Ganze soll eine gesellschaftliche Stütze für die militärische Arbeit des ZWZ sein.«<sup>61</sup>

Substantiell sah er in der RON mit dem Zivilkommissar an der Spitze nichts anderes als eine Vervollständigung des ZWZ durch die straff organisierte Mitarbeit der politischen Parteien. An ein starkes politisches Eigenleben der RON war dabei nicht gedacht, wie Tokarzewskis Vorstellungen über die Person des Zivilkommissars hinlänglich bezeugen. Zweifellos wurde die Exilregierung mit dem Antrag auf Billigung des RON-Projekts aufgefordert, dem Untergrund in der Heimat weit größere Selbständigkeit einzuräumen, als in der Instruktion Nr. 1 vorgesehen war. Der Kern der auf dem Antragsweg vorgebrachten Zielvorstellungen der Heimat war das, was Tokarzewski mit allem Nachdruck forderte: »die zentrale Führung der Heimat von der Heimat aus.«<sup>62</sup>

Zu diesem Plan, politische Rechte an die Heimat zu delegieren, findet sich auf militärischer Seite ein komplementärer Vorgang. Schon am 1. Januar 1940 hatte Tokarzewski bei Sosnkowski den Antrag auf »Errichtung Ihres [= Sosnkowskis] Oberkommandos über den ZWZ in der Heimat« gestellt, »dem die ganze Arbeit hier unterstellt wäre.«<sup>63</sup> Und auch Rowecki drängte auf die Erweiterung seiner Befugnisse, indem er darauf hinwies, daß sich solche Schwierigkeiten »allesamt am besten lösen ließen, wenn das gegenwärtige Oberkommando der SZP [sic!] die Pflichten einer Stellvertretung übernehme, durch die der Oberkommandierende des ZWZ hier repräsentiert wird.«<sup>64</sup> Diese Forderung spiegelt die tatsächlichen Führungsverhältnisse des ZWZ im Januar 1940 sehr getreu wider, denn schon damals bestand eine ausdrückliche Übereinkunft zwischen Tokarzewski und Rowecki darüber, daß »nur einer von beiden die Führung innehaben«<sup>65</sup> konnte. Diese Übereinkunft sollte vor der Abreise Tokarzewskis nach Lemberg dazu führen, daß Tokarzewski sich Rowecki unterstellte und damit unter Hintansetzung seiner eigenen Person die Forderung nach einer klaren Kommandostruktur verwirklichte.

Die Reaktion der Exilregierung auf diesen zweiten Antrag, die in

Sosnkowskis Instruktion Nr. 2 vom 16. Januar 1940 übermittelt wurde, hat Tokarzewski nicht mehr zu Gesicht bekommen, da sie wenige Tage nach seiner Abreise nach Lemberg in Warschau eintraf. Ihr Inhalt wäre für Tokarzewski allerdings auch eine herbe Enttäuschung gewesen, denn Sosnkowski gab zwar vor, »ein größeres Maß an Verantwortung«<sup>66</sup> an Rowecki und Tokarzewski zu delegieren, indem er Rowecki zum Kommandanten über das gesamte deutsch okkupierte Gebiet und Tokarzewski zum Kommandanten über das sowjetisch okkupierte Territorium ernannte; aber es handelte sich eben keineswegs um das Avancement zum Stellvertreter Sosnkowskis, um das Rowecki ersucht hatte. Denn bei näherem Zusehen entpuppte sich das, was Sosnkowski als »Beförderung« deklarierte, als eine rein administrative Maßnahme der Exilregierung, die den Grundgedanken der Führung des ZWZ vom Ausland aus bewahrte und in der Einrichtung von »Okkupationskommandanturen« nur eine Trennung der Kompetenzen zwischen Rowecki und Tokarzewski einführte. Der Titel des »Kommandanten der deutschen Okkupation« beinhaltete für Rowecki sogar eine Schmälerung des ihm von der Instruktion Nr. 1 zuerkannten Befehlsbereichs, da die Militärregion Nr. 2 (Białystok) nun aus seiner Zuständigkeit ausgegliedert und der Tokarzewskis zugeschlagen wurde. Es bedurfte offenbar größerer Umwälzungen, wenn die von der Heimat befürwortete Zentralisierung der Führung des ZWZ in der Heimat verwirklicht werden sollte.

Als Rowecki in seiner zweiten Meldung am 19. Januar 1940 zwei Arbeitspapiere zum Projekt der RON an die Exilregierung übersandte,<sup>67</sup> hatte er offenbar noch Hoffnung, man werde seinen Antrag auf Einrichtung einer Stellvertretung des Oberkommandos in der Heimat akzeptieren; jedenfalls war die Funktion eines solchen »stellvertretenden Oberkommandierenden« schon ausdrücklich in die allgemeine »Ideelle Deklaration« der RON und in die generellen Vorbemerkungen zum Projekt der RON selbst eingebaut.

In den »Vorbemerkungen« wurde das Verhältnis zwischen RON und ZWZ durch die Darlegung der Gesichtspunkte für die Geschäftsordnung der künftigen Institution geklärt. Danach sollte die RON unter dem Vorsitz des Zivilkommissars und des stellvertretenden Oberkommandierenden beraten bzw. unter dem Vorsitz des Generalsekretärs für den Fall, daß die beiden ersteren nicht anwesend sein würden. Sollten sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten einstellen, so verpflichteten sich die Mitglieder der RON, »den Schiedspruch des Stellvertreters des Oberkommandierenden des ZWZ

anzuerkennen«. <sup>68</sup> Diese Klausel, die die RON prinzipiell zu einem Instrument des ZWZ erklärte, wurde durch zwei Bestimmungen gemildert, die nun wieder der RON die Möglichkeit zuerkannten, auf Entschliefungen des ZWZ einzuwirken. Die RON erhielt das Recht, »allgemeine Rahmenanweisungen für den Stellvertreter des Oberkommandierenden des ZWZ im Bereich der Nutzung politischer Organisationen für die Arbeit des ZWZ zu geben wie auch im Bereich der Propaganda solche Anweisungen zu erlassen«; außerdem wurde der RON zugestanden, daß sie die Pflicht habe, »ihr Gutachten bezüglich der genauen Terminierung des Zeitpunkts abzugeben, an dem das Eingreifen des ZWZ in den Kampf erfolgen sollte«. <sup>69</sup>

Auf der Grundlage solcher Gedanken begann Tokarzewski im Januar 1940, Verhandlungen mit den Parteien aufzunehmen. Dabei zeigte sich, daß die SN in dem Projekt immer neue Schwierigkeiten erblickte, wodurch Tokarzewski genötigt war, zunächst in Gesprächen mit Dębski, Prof. Rybarski und Staniszkis, die das Führungskollegium der SN bildeten, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Danach mußte Tokarzewski die führenden Politiker der PPS und SL, die aufgrund der von der SN an den Tag gelegten Haltung wider Willen zur »Zentrumslinken« (centrolew) zusammenrückten, »überreden und bitten«, <sup>70</sup> die mit der SN ausgehandelten Lösungen allgemeiner Art zu akzeptieren. Tokarzewski bemerkte zu seiner Rolle in dieser komplizierten Situation, er habe als ein »Opferpriester der Geduld, der Heiterkeit und der Höflichkeit« <sup>71</sup> Tugenden an den Tag legen müssen, die ihm sonst fremd gewesen seien.

Endlich hatten seine zähen Bemühungen Erfolg, die drei Parteien PPS, SL und SN am 7. Februar 1940 zu einer ersten gemeinsamen Sitzung unter der Schirmherrschaft des ZWZ zusammenzubringen. Diesen Erfolg verdankte er — neben seiner eigenen aufopferungsvollen Tätigkeit — besonders der Unterstützung durch seinen alten Freund Pużak von der PPS, der seinen radikalen und schrofferen Parteigenossen Zaremba während der Dauer der Vorverhandlungen immer wieder zu beschwichtigen wußte. Für diese und die folgenden Konferenzen zwischen Parteien und ZWZ nahmen die Politiker Pseudonyme an — ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit, mit der man jetzt an die Organisierung der konspirativen Arbeit herantrat. <sup>72</sup>

Die Tagesordnung dieser ersten gemeinsamen Sitzung enthielt vier Punkte, von denen das Referat Roweckis über militärische Ziele und Aufgaben und das Referat Tokarzewskis über die Notwendigkeit, die Einstellung der Bevölkerung hinsichtlich der Situation in der Heimat politisch zu vereinheitlichen, besondere Beachtung verdienen.

Zu Beginn der Sitzung schlug Tokarzewski vor, Pużak von der PPS zum Vorsitzenden zu wählen, »da er der älteste Parteivertreter sei«.73 Nach dem Rowecki-Referat, das in allgemeinen Zügen die nationale und die internationale Lage dargelegt hatte, ergriff Tokarzewski das Wort. Er führte aus, daß man das Vertrauen der polnischen Bevölkerung in die Streitkräfte, das durch die Septemberrniederlage schwer enttäuscht worden sei, für den »Endkampf gegen die Okkupanten«74 neu beleben müsse. »Auf dem Hintergrund der Notwendigkeit, die Energien der ganzen Heimat zu mobilisieren, um sich so des Sieges unter den [von Rowecki skizzierten] Umständen zu vergewissern, ... sei es notwendig, die Kräfte und Ansichten der politischen Parteien zu koordinieren, die an der Vorkriegsregierung nicht teilgenommen hätten und die nun die Chance besäßen, sich das Vertrauen der getäuschten Bevölkerung wieder zu erobern.«75 Im Hinblick auf die Sanacja forderte Tokarzewski entgegen der herrschenden Stimmung unter der Bevölkerung und in den Parteien, »die Abrechnung mit den Schuldigen der Septembekatastrophe müsse man dagegen der Zeit überlassen«.76 Da das Ziel der Koordinierung der politischen Kräfte, die den »organisierten Teil des Volkes darstellten«,77 am besten im Rahmen einer gemeinsamen Körperschaft zu erreichen sei, stellte Tokarzewski den Antrag auf Gründung der RON, die die solidarischen Aktivitäten regeln und der Exilregierung die Forderungen und Bedürfnisse der Heimat mitteilen sollte. Damit die Arbeit der RON mit den Vorstellungen der Regierung im Einklang bliebe, sollte die Exilregierung »ein Mitglied der Regierung als Delegaten zur politischen Organisation der Bevölkerung in der Heimat ernennen bzw. ein Kabinettsmitglied in die Heimat abordnen«.78

Dieses von Tokarzewski vorgeschlagene Amt eines »Regierungsdelegaten« (delegat Rządu) stellte ein Novum im Untergrund dar, wengleich in ihm auch einige Funktionen wiederzuerkennen sind, die Tokarzewski noch im Januar für das Amt des Zivilkommissars gefordert hatte. Mit der neuen Formel »Regierungsdelegat« entfiel die Notwendigkeit, das unglückliche Amt des Zivilkommissars präzisieren zu müssen. Es hatte sich ja auch gezeigt, daß dieses Amt nur lebenskräftig war, wenn es seine Autorität von der Person des Amtsträgers ableiten konnte, wie es bei Starzyński und nach ihm bei Niedziałkowski der Fall war.

Außerdem beinhaltete der Terminus »Regierungsdelegat« schon gewisse rechtliche Vorstellungen, die sich besonders deutlich aus der

Forderung ablesen lassen, es solle sich bei dem Amtsträger um ein Mitglied der Exilregierung handeln.<sup>79</sup>

Nach der sich dem Referat und dem Antrag Tokarzewskis anschließenden »ausführlichen«<sup>80</sup> Diskussion gaben Pużak und Korboński von politischer Seite wie auch Rowecki und Kruk-Strzelecki von militärischer Seite ihre volle Zustimmung zum Antrag Tokarzewskis. Nur Dębski von der SN, der dem Projekt schon in den Vorverhandlungen skeptisch gegenübergestanden hatte, war offenbar über das von Tokarzewski vorgelegte Tempo entsetzt. Jedenfalls gab er eine lange und gewundene Erklärung ab, er könne »keine Notwendigkeit sehen, das Projekt schon heute« zu verabschieden, wenngleich die SN »die Einflüsse für gut halte«, die von diesem Vorhaben auf die Zusammenarbeit der Parteien untereinander ausgehen würden. Die SN werde sich zunächst einmal darum bemühen, daß »die eigentliche Atmosphäre für die künftige Konsolidierung der Parteien« entstehen könne. Bis zu diesem Zeitpunkt, der nicht weniger vage blieb als das von Dębski geforderte Ziel günstiger atmosphärischer Bedingungen, sagte er seitens der SN »vollständige loyale Mitarbeit im Bereich der Förderung der Arbeiten und Vorhaben des ZWZ« zu.<sup>81</sup>

Diese Entscheidung Dębskis muß für Tokarzewski überraschend gekommen sein, da die SN in den mit ihr vorher geführten Besprechungen erklärt hatte, sie sei mit dem RON-Projekt einverstanden.<sup>82</sup> Auch hielt die Begründung Dębskis für das dilatorische Verhalten seiner Partei kritischen Überlegungen nicht stand; denn es ließ sich schwerlich erklären, weshalb Dębski zwar die vollständige und loyale Mitarbeit seiner Partei in Angelegenheiten des ZWZ zusichern konnte, zugleich aber dem über diese Zusicherung substantiell nicht hinausgehenden Antrag Tokarzewskis die Zustimmung verweigerte.

Die dritte Zusammenkunft von Militärs und Politikern, die nach einem »geplatzen« Treffen vom 19. Februar<sup>83</sup> am 26. Februar 1940 stattfand,<sup>84</sup> sah folgende Punkte in der Tagesordnung vor:<sup>85</sup>

1. Konstituierung einer beratenden Repräsentation der Parteien beim ZWZ,
2. Eidesleistung der Anwesenden, die sich dem ZWZ gegenüber zur Geheimhaltung verpflichten,<sup>86</sup>
3. Information der Anwesenden über Organisation, Richtlinien, Aktivität und Bedürfnisse des ZWZ,
4. Information der Anwesenden über die Instruktion Nr. 2 an die Vertrauensmänner der Regierung.<sup>87</sup>

Bei der Beschlußfassung über das RON-Projekt wurde plötzlich

deutlich, daß der überwiegende Teil der Anwesenden sich inzwischen die Auffassung der SN zu eigen gemacht hatte, wie Dębski sie am 7. Februar dargelegt hatte. Das Protokoll Nr. 3 verzeichnet nur noch den lapidaren Satz, die »Versammlung plane vorläufig keine politische Körperschaft unter dem Namen RON«. <sup>88</sup> Es kann als sicher gelten, daß für diesen Umschwung in der Haltung von PPS und SL die Kooperations-Unwilligkeit der SN verantwortlich war. Damit war das Projekt der RON endgültig gescheitert.

Der umsichtige Tokarzewski unterbreitete der Versammlung jedoch sofort einen neuen Vorschlag, den er, »um nicht erneut ganz von vorne anfangen zu müssen, für jeden Fall in Reserve gehalten hatte«. <sup>89</sup> Unter dem Namen »Politisches Verständigungskomitee beim ZWZ« (Polityczny Komitet Porozumiewawczy przy ZWZ, PKP) verfolgte dieser Plan, den Tokarzewski mit der Geläufigkeit eines Taschenspielers produziert hatte, den Grundgedanken des RON-Projekts. Allerdings war seine Form nicht so geschlossen »und deshalb auch nicht so effektiv« <sup>90</sup> wie die der gescheiterten RON. Fortgefallen waren vor allem die allzu engen Bindungen an den ZWZ, so daß das PKP nichts anderes darstellte als die Institutionalisierung der bisher in relativ unverbindlicher Form abgehaltenen Sitzungen von Militärs und Politikern. Dagegen hielt Tokarzewski an dem Gedanken des Regierungsdelegaten fest.

Diese Einschränkungen erleichterten nicht nur die Annahme des Projekts PKP, sondern es gelang noch auf derselben Sitzung, sich über gewisse personelle und institutionelle Grundlagen der neuen Körperschaft zu einigen. Sitzungen sollten fortan wöchentlich stattfinden. <sup>91</sup> Es wurde festgelegt, daß der Vorsitz reihum von jedem Mitglied, darunter auch vom Kommandanten des ZWZ, wahrgenommen werden sollte. <sup>92</sup> Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden, wodurch praktisch jedes Mitglied des PKP ein unbeschränktes Vetorecht erhielt. <sup>93</sup> Für den Fall, daß bei einem Problem keine Einigung erzielt werden konnte, sollte jedes PKP-Mitglied eine Erklärung seines Standpunktes in der strittigen Sache in Form eines Minderheitenvotums an die Exilregierung senden. <sup>94</sup> Diese Appellationsklausel, die der Exilregierung einen breiten Raum zum Einfluß auf die Entscheidungen im Untergrund gewährte, sollte jedoch in dem Augenblick ihre Gültigkeit verlieren, in dem der Regierungsdelegat von der Regierung in der Heimat eingesetzt sein würde. Insofern handelte es sich bei dieser Klausel, die der Exilregierung vorerst noch das letzte Wort bei umstrittenen Entscheidungen zugestand, um eine ausgesprochene Übergangslösung. <sup>95</sup>

Zum Sekretär des neuen PKP nominierte Rowecki den Leiter der Propaganda-Abteilung im ZWZ, Major Kruk-Strzelecki. Die Akzeptierung Kruk-Strzeleckis läßt erkennen, daß die Politiker offenbar nicht befürchteten, im Rahmen des PKP vom ZWZ bevormundet oder sogar unterdrückt zu werden.<sup>96</sup>

Die weiteren Entschliefungen auf der Gründungssitzung des PKP zielten darauf ab, die Arbeit des ZWZ zu unterstützen. Besonders die Parteililizen und andere Gruppen militärischen Zuschnitts, die von den Parteien aufgestellt worden waren, sollten nach einem vom ZWZ ausgearbeiteten Organisationsplan bis zum 25. März 1940 dem ZWZ unterstellt werden; dort würden diese Verbände dann teils als Kaderelemente aktiv bleiben oder — je nach Qualität des überstellten Verbands — in die Reserve oder die allgemeine Bewegung abgestellt werden.<sup>97</sup>

Abgesehen von dieser direkten Unterstützung des Versuchs, alle Militärverbände unter das Kommando des ZWZ zu stellen, einigten sich die anwesenden Parteivertreter auch darauf, daß man allen anderen, nicht im PKP vertretenen Organisationen nahelegen wollte, ihre Militärverbände gleichfalls dem ZWZ zu unterstellen, und zwar »sowohl die zentralen Militärorganisationen wie auch die ländlichen Zellen aller Verbände militärischen Charakters, die unter der Ägide dieser Parteien agierten«. <sup>98</sup>

Obleich die am 26. Februar 1940 gefaßten Beschlüsse noch der Zustimmung durch die einzelnen Parteigremien bedurften, hatte Tokarzewski nach der Sitzung allen Grund, mit den Ergebnissen seiner Arbeit, so mühevoll sie auch gewesen war, zufrieden zu sein. Jetzt war der Augenblick gekommen, in dem er voller Zuversicht über die Entwicklung der Dinge in Warschau an seine Abreise nach Lemberg denken konnte. Jedenfalls atmete er tief auf: »Praktisch war die Einigung vollzogen. Am Ende der Sitzung umarmte ich Rowecki herzlich, und ich legte die weitere Leitung unseres ideellen und militärischen Kampfes in seine starken Hände«. <sup>99</sup>

## II. Organisationsversuche

### 7. Die organisationsschwachen Gebiete

Wenn Rowecki schon im Januar 1940 nach Paris melden konnte, daß der ZWZ in Warschau und der Wojewodschaft Warschau, in Lublin, Kielce, Lodz und Krakau festen Fuß gefaßt habe,<sup>1</sup> so muß man diese Erfolge der ausgesprochen soliden Vorarbeit zuschreiben, die Tokarzewskis SZP geleistet hatte. Der bedeutendste Fortschritt freilich, der dem ZWZ im südpolnischen Raum durch den Zusammenschluß der SZP-Nebenstelle unter Oberst Filipowicz mit der Sammelorganisation Oberst Komorowskis gelungen war, konnte nicht dem Wirken der SZP zugerechnet werden, sondern hing mit dem Charakter des ZWZ als eines Regierungsinstruments zusammen.

In Krakau war nach der Septemberriederlage die SN mit dem Fabrikdirektor Tadeusz Surzycki als dem Leiter des Parteidistrikts sofort in den Untergrund gegangen und hatte Oberst Epler die Aufgabe übertragen, eine konspirative Armee zu schaffen, die in ihrer Ablehnung der Sanacja deutlich den Stempel der SN trug.<sup>2</sup> Die deutschen Abwehrstellen kamen Epler bald auf die Spur, und er mußte außer Landes gehen.<sup>3</sup> Der Zufall wollte es, daß Surzycki in dieser kritischen Phase von der Anwesenheit Oberst Tadeusz Komorowskis in Krakau erfuhr, der ursprünglich die Absicht hatte, sich nach Frankreich zu begeben. Surzycki konnte Komorowski spätestens Ende November 1939 dafür gewinnen, die von Epler begonnene Tätigkeit weiterzuführen.<sup>4</sup>

Komorowski, der den Vorzug besaß, der Sanacja nicht angehört zu haben,<sup>5</sup> verblieb auch jetzt angesichts der vor ihm liegenden Aufgabe

in dieser unpolitischen Haltung, als er zur Bedingung machte, daß es sich bei der Konspiration um eine rein militärische Tätigkeit handeln müsse, als deren oberster Befehlshaber General Sikorski in Paris anzuerkennen sei.<sup>6</sup> Als Stellvertreter und Stabschef brachte Komorowski seinen alten Freund, Oberst Klemens Rudnicki, mit.<sup>7</sup>

Komorowski organisierte die von Epler übernommene Gruppe nach bewährtem Muster. Er führte Pseudonyme als verbindlich ein, legte dem Aufbau das alte 5er-Prinzip der PPS aus der Zeit der Revolution von 1905 zugrunde,<sup>8</sup> blieb hinsichtlich der Territorialeinteilung beim Muster der Vorkriegsadministration, richtete eine Abteilung für Spionage ein<sup>9</sup> und begann mit dem Aufbau eines Kuriersystems für die Verbindung zur Exilregierung in Frankreich.<sup>10</sup>

Diese Anordnungen betrafen ausschließlich die Praxis der Konspiration. Darüber hinaus versagten Komorowski und Rudnicki es sich, konkrete Vorstellungen zu entwickeln.<sup>11</sup>

Statt dessen waren sie darauf bedacht, in die heterogene konspirative Aktivität des Krakauer Raumes eine gewisse und für alle Gruppen verbindliche Ordnung zu bringen. Komorowski und Rudnicki erkannten es als notwendig, »in der Heimat zu bleiben und die Führungsspitzen dieser wie Pilze nach dem Regen wachsenden Organisationen in die Hand zu bekommen, ihnen unbedachte Aktionen zu verwehren und sie bis zu der Zeit unter Kontrolle zu halten, in der uns verbindliche Instruktionen Sikorskis erreichen würden.«<sup>12</sup> Unabhängig vom Zeitpunkt und Inhalt dieser Instruktionen sollte zunächst der Versuch unternommen werden, unter Verschmelzung der verschiedenen Gruppen eine homogene Organisation aufzubauen. Daher besaß die Komorowski-Gruppe, die sich als Koordinierungszentrum verstand, noch keinen eigenen Namen, sondern wurde lediglich unter Zugrundelegung der Initialen ihrer Gründer als »Kaerge« bezeichnet: Komorowski – Rudnicki – Godlewski.

Tatsächlich gelang es Komorowski, eine Reihe von größeren Militärorganisationen auf die von ihm entwickelte Linie zu verpflichten.<sup>13</sup> Inzwischen hatte jedoch General Tokarzewski von Warschau aus durch die Entsendung von zwei Offizieren nach Krakau das dortige Distriktskommando der SZP installiert. Die Stabschefs der SZP in Krakau und der Gruppe Komorowskis – Major Cichocki und Oberst Rudnicki – waren von früher her zwar gute Bekannte,<sup>14</sup> aber zu einer Fusion oder auch nur lockeren Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen kam es dennoch nicht. Die Gründe dafür lagen in der engen Verbindung, die Komorowskis Gruppe durch die Vermittlung von Rudnicki und Witkowski (»Tencyński«) mit dem Politischen

Büro (BP) Ryszard Świętochowskis in Warschau aufgenommen hatte.<sup>15</sup> Świętochowskis Einflüsterungen hatten die SZP in den Augen von Rudnicki und Komorowski als Sanacja-Unternehmen diskreditiert,<sup>16</sup> während Świętochowski von der Gruppe Komorowski als derjenige angesehen wurde, »der die Berechtigung für die weitere Ausbreitung der Organisation«<sup>17</sup> besaß. Immerhin kam man auf einer Besprechung zwischen Vertretern des SZP-Distriktskommandos und der Sammelorganisation Komorowskis überein, eine Fusion oder die Modalitäten einer Zusammenarbeit von den aus Paris von der Exilregierung erwarteten Befehlen abhängig zu machen.<sup>18</sup>

Gegen Ende November 1939 wurde Leutnant Włodzimierz Ledóchowski als Kurier mit der ersten Meldung der Gruppe Komorowski nach Budapest geschickt.<sup>19</sup> Stabschef Rudnicki erinnert sich, man habe in dieser Meldung deutlich die Stimmung in Polen und das Chaos von Untergrundorganisationen dargelegt und dementsprechend um »eine schnelle Regelung dieser Dinge und um die offizielle Ernennung einer Person« nachgesucht, die »zur Schaffung einer einheitlichen Organisation für ganz Polen autorisiert«<sup>20</sup> sein sollte.

Während man ungeduldig auf das Eintreffen einer ersten Weisung der Exilregierung wartete, ging Komorowski weiterhin den vorwiegend technischen Geschäften der Konspiration nach. Als der Kurier im Dezember aus Budapest mit Instruktionen zurückkehrte, in denen die Gründung des ZWZ angekündigt und für alle Splittergruppen als einheitliches Untergrundzentrum verbindlich gemacht wurde, endete die Ungewißheit der letzten Monate, und konkrete Planungen zum Aufbau dieser neuen übergreifenden Organisation, wie sie in der Regierungsinstruktion vorgezeichnet war, konnten in Angriff genommen werden. Die in der Schwebe gehaltenen Kontakte zum Distriktskommando der SZP in Krakau verboten sich nun nicht mehr, da die SZP den personellen Grundstock für den neuen ZWZ darstellte. Der Zusammenschluß der beiden Gruppen kam allerdings nicht in Krakau selbst durch Verhandlungen zwischen Komorowski und Filipowicz zustande, sondern Komorowski reiste Anfang Januar 1940 nach Warschau und unterstellte sich Rowecki direkt.<sup>21</sup> Es läßt sich schwer entscheiden, ob bei diesem Schritt Komorowskis die alten Vorbehalte gegen die SZP noch lebendig waren, ob zentralistische Organisationsvorstellungen diesen Schritt nahelegten oder ob Komorowski von der Exilregierung ungenügend informiert worden war, so daß er sich durch ein Gespräch mit seinem alten Freund Rowecki<sup>22</sup> ein genaueres Bild von der Gesamtlage verschaffen wollte.

Jedenfalls beschloß Rowecki, daß Komorowski das Kommando über das Gebiet Warschau antreten sollte. Erst Emissär Szymański mußte Rowecki darauf hinweisen, daß die Exilregierung Komorowski für die Stellung des Kommandanten über die Krakauer Militärregion (Nr. 4) vorgesehen hatte.<sup>23</sup> Daraufhin widerrief Rowecki seine diesbezüglichen Befehle und setzte Komorowski als Regionalkommandanten für den gesamten südpolnischen Raum einschließlich Schlesiens ein, wobei er ihm Oberst Filipowicz von der früheren SZP-Ortsgruppe als Stabschef zuteilte.<sup>24</sup>

Zusätzliche Verwirrung entstand bei der Besetzung der Krakauer Regionalkommandantur dadurch, daß der ZWZ-Kommandant der Region Lemberg (Nr. 3), ein gewisser Oberst Żebrowski, am 2. Januar 1940 Oberst Zajączkowski<sup>25</sup> als Kommandanten nach Krakau geschickt hatte.<sup>26</sup> Sosnkowski als Oberkommandierender des ZWZ mußte eingreifen und seinen Emissär, Oberst Pstrokoński, anweisen, er solle Żebrowski in Lemberg erklären, daß dieser nicht das Recht habe, den Krakauer Kommandanten zu ernennen; im übrigen solle Zajączkowski sich dem vom Exil ernannten Komorowski zur Verfügung stellen.<sup>27</sup>

Diese Episode zeigt deutlich, wie schlecht es um die konspirativen Verbindungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Okkupationsgebiet bestellt war; und sie ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil mit der Zurückweisung dieses von Żebrowski unternommenen Alleingangs der einzige Versuch des ZWZ im sowjetischen Okkupationsgebiet vereitelt worden war, auf die Verhältnisse westlich von Bug und San Einfluß zu nehmen. Insofern handelt es sich hier nicht nur um einen auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Organisationsversuch; vielmehr bestätigte das Scheitern der von Lemberg ausgehenden Initiative in paradigmatischer Weise auch die zentralistische Führung des Untergrunds von Warschau aus.

Es ist schon vorher dargestellt worden, daß dieses zentralistische Führungsmodell entgegen den Vorstellungen der Exilregierung aus der SZP in den ZWZ hinübergerettet worden war, weil Tokarzewski von der festen Überzeugung ausging, daß eine in Regionen zersplitterte Führung des ZWZ dem Ganzen abträglich sei, und weil er sich daher seinem ehemaligen Stabschef Rowecki unterstellt hatte.<sup>28</sup> An dieser Führungssituation änderte sich auch dann nichts, als die Exilregierung Rowecki zum Kommandanten in der deutschen und Tokarzewski zum Kommandanten in der sowjetischen Okkupationszone ernannt hatte.<sup>29</sup> Tokarzewskis eigenmächtige Unterstellung unter Roweckis Kommando suchte der Oberkommandierende des ZWZ, Sosnkowski, in

einem ausdrücklich als nicht-amtlich deklarierten Schreiben in beinahe schüchtern anmutender Weise zu korrigieren, als habe es sich hierbei lediglich um einen Irrtum Tokarzewskis gehandelt: »Lieber Bürger Tokarzewski! Ihr Schreiben habe ich sehr nachdenklich gelesen. Sie sind Rowecki keineswegs unterstellt, sondern Sie sind gleichberechtigter Okkupationskommandant.«<sup>30</sup> Als sich Tokarzewski jedoch Ende Februar 1940 vor seiner Abreise nach Lemberg von Rowecki verabschiedete, unterstellte er sich seinem früheren Stabschef noch einmal ausdrücklich, »damit – wenn auch nicht nach dem Buchstaben des Befehls, so doch im Sinne unseres gegenseitigen Vertrauens – nur einer die militärische Führung innehätte«.<sup>31</sup>

Tokarzewski wurde in der Nacht vom 6. auf den 7. März 1940 nach dem Grenzübertritt in der Nähe von Munina durch das NKWD verhaftet.<sup>32</sup> Damit bestätigte sich ungewollt die von Tokarzewski gewünschte Zusammenlegung der Führungsgewalt in der Hand Roweckis auch faktisch.<sup>33</sup>

Im August 1940 traf Tokarzewski im Gefängnis von Dnepropetrovsk alle Mitglieder seiner Equipe wieder, mit der er den Untergrund in Lemberg und im sowjetischen Okkupationsgebiet überhaupt hatte organisieren wollen: seinen Stabschef Rudnicki,<sup>34</sup> A. Płońska, die als Chefin für das Nachrichtenwesen zuständig sein sollte, und M. Trojanowska, zu deren Aufgaben die Verbindung mit Rowecki in Warschau gehört hätte.<sup>35</sup> Ob man darin nun einen dolus eventualis des NKWD erblicken will, oder ob die überraschende Zusammenführung der Equipe einen gewissen makabren Humor bezeugen sollte, ist nicht wesentlich. Wirklich bedeutsam war nur, daß die Mission Tokarzewskis mit einem katastrophalen Fehlschlag geendet hatte.<sup>36</sup> Seine Verhaftung, die in Warschau gerüchteweise erst Mitte April 1940 bekannt wurde,<sup>37</sup> ließ endgültig alle Reminiszenzen an die alte SZP verblassen. Gleichzeitig wurde mit der Verhaftung des vielleicht fähigsten Konspirateurs die Untergrundbewegung im sowjetisch okkupierten Gebiet Polens eines Mannes beraubt, der mit dem ihm eigenen Verhandlungsgeschick möglicherweise in der Lage gewesen wäre, dort die tiefgreifenden Differenzen zu schlichten und die Arbeit im Untergrund auf eine solide Grundlage zu stellen.

### *Lemberg*

Schon von Anfang an hatte sich die Entwicklung in Lemberg ganz anders vollzogen als im übrigen Polen, und diese Tendenz verstärkte sich im Laufe des Jahres 1940 immer mehr. Erst auf dem Hintergrund

dieser Entwicklung wird deutlich, weshalb die gescheiterte Mission Tokarzewskis über das persönliche Schicksal dieses Mannes hinaus Bedeutung hatte und im Grunde eine Tragödie für die polnische Résistance auf dem sowjetisch okkupierten Staatsgebiet darstellte.

Als Lemberg am 21. September 1939 vor der Roten Armee kapitulierte, vollzog sich der Wechsel von der Verteidigung der Stadt in die konspirative Tätigkeit ähnlich wie in Warschau. Freilich trat dabei kein Spitzenrepräsentant des Kommandos der Stadtverteidigung in Erscheinung, wie es wenige Tage später in Warschau der Fall sein sollte. Vielmehr gab in Lemberg als erster der Reserveleutnant Jan Jaworski (»Kowal«) seiner »besonders kampfstarken Kompanie«<sup>38</sup> den Befehl, die Waffen zu vergraben und sich nach Hause zu begeben, »wobei er verkündete, der Kampf sei noch nicht beendet, sondern werde in anderer Form weitergeführt«.<sup>39</sup> Von der Zeit an hielt Jaworski mit seinen Unteroffizieren und den ortsansässigen Gemeinen engen Kontakt.

Eine zweite Gruppe fand sich Anfang Oktober unter Leitung von General Marian Żegota-Januszajtis zusammen. Januszajtis, der mit der SN in Verbindung stand,<sup>40</sup> sammelte eine locker koordinierte Gruppe<sup>41</sup> um sich, die vornehmlich aus Berufsoffizieren und Soldaten des ständigen Dienstes, der Reserve und der von der Mobilmachung nicht erfaßten Landwehr bestand.<sup>42</sup> Eine feste Organisation bestand nicht; ebenso fehlte – soweit sich erkennen läßt – eine klare Zielvorstellung.

Eine dritte Gruppe, die aus der Vereinigung von drei Pfadfinderorganisationen hervorgegangen war und sich durch Zulauf von jungen Offizieren und Unteroffizieren zu einer relativ straffen militärischen Organisation entwickelte, stand unter der Leitung des Chirurgen Dr. Zbigniew Duma, als dessen Stellvertreter Dr. Leszek Czarnik fungierte.<sup>43</sup> Für diese unter der Leitung zweier Zivilisten stehende Gruppe ist ein Name überliefert: »Polnische Organisation für den Kampf gegen den Feind« (Polska Organizacja Walki z Wrogiem, POWW).<sup>44</sup> Spätestens am Jahresende 1939 war diese zahlenmäßig nicht besonders starke Organisation<sup>45</sup> über den städtischen Bereich Lembergs hinausgewachsen und besaß Kontakte, die nach Białystok, in das östliche Großpolen und teilweise bis nach Wolhynien reichten.<sup>46</sup>

In einer vierten Lemberger Gruppe eindeutig zivil-politischer Provenienz hatten sich vornehmlich Mitglieder der Parteijugend von SL und PPS zusammengeschlossen.<sup>47</sup> Dieser »Revolutionsverband« (Związek Rewolucyjny, ZR) verfolgte, seinem Namen gemäß, hauptsächlich gesellschaftlich-politische Ziele, wengleich er auch eine kleinere Mili-

tärzelle besaß, die für die Erledigung von Spezialaufgaben militärischer Natur geschaffen worden war.<sup>48</sup>

Diese vier Gruppen, die nach Ausweis ihres Fortbestehens als die wichtigsten Widerstandsorganisationen in Lemberg angesehen werden müssen<sup>49</sup>, waren unabhängig voneinander entstanden. Dennoch bahnten sich zwischen ihnen noch im Spätherbst 1939 die ersten lockeren Verbindungen an. Jaworski hatte als erster Kontakte mit der Gruppe von Januszajtis aufgenommen, die sich langsam vertieften und schließlich zur Fusion beider Verbände führten.<sup>50</sup> Dr. Dumas POWW unterhielt wenigstens Informationskontakte, und zwar nach beiden Seiten: mit Januszajtis ebenso wie mit Langs »Syndikalisten«.<sup>51</sup>

Die Entwicklung dieser vorsichtigen Verständigungsversuche, die auch aus Mangel an konkreten Zielvorstellungen nicht besonders energisch betrieben wurden, mußte eine empfindliche Störung hinnehmen, als General Januszajtis Anfang Oktober 1939 vom NKWD verhaftet wurde.<sup>52</sup> Oberst Mieczysław Boruta-Spiechowicz (»Kopa«), der bei Januszajtis als Stellvertreter tätig gewesen war und nun als Nachfolger die Organisation hätte weiterführen sollen, wurde bereits von den sowjetischen Sicherheitsorganen gesucht. Ob er sich bis zu seiner Verhaftung Ende Oktober gar nicht mehr mit der Arbeit befaßt<sup>53</sup> oder ob er die Organisation nur noch von außen und über Kontaktpersonen zu steuern versucht hat,<sup>54</sup> war für die Führungskrise der Gruppe unerheblich. Jedenfalls machten sich in ihr sogleich kräftige separatistische Tendenzen bemerkbar: die Führung eines Teils der Gruppe soll Oberst Zaniewski übernommen haben,<sup>55</sup> den anderen befehligte seither Major Zygmunt Dobrowolski.<sup>56</sup>

Angesichts dieser krisenhaften Situation, in der die Organisation zu zersplittern drohte, bot Leutnant Jaworski dem ehemaligen Kommandeur des Lemberger Kadettenkorps, Oberst Władysław Żebrowski,<sup>57</sup> die Führung der Organisation an.<sup>58</sup> Am 28. November 1939<sup>59</sup> übernahm Żebrowski tatsächlich das Kommando und versuchte, den alten Zusammenhalt der Organisation wieder herzustellen. Zwei Tage zuvor, am 26. November, hatte er sich zudem mit Dobrowolski über die Arbeitsteilung abgesprochen. Dabei trafen beide ein Abkommen, in dem Żebrowski (»Żuk«) der rein militärische Teil der alten Gruppe zugesprochen wurde, während Dobrowolski die Leitung ihrer gesellschaftlich-politischen Abteilung übernehmen sollte.<sup>60</sup>

Diese befremdlich anmutende Gewaltenteilung läßt sich wohl nur so erklären, daß Dobrowolski offenbar nicht mehr gewillt war, auf die in der Zeit der Führungskrise errungene Selbständigkeit zu verzichten. Jedenfalls war die ehemalige Einheit der Gruppe nicht wieder

herzustellen, wie denn auch ihr neuer Name — »Vereinigte Organisationen zur Befreiung des Vaterlands« (Zjednoczone Organizacje Wyzwolenia Ojczyzny, ZOWO) — bereits eine föderalistische Struktur erkennen ließ. Tatsächlich führte die von Żebrowski eingeleitete Sammelbewegung dem ZOWO ca. elf Gruppen und Grüppchen zu.<sup>61</sup> Damit war das ZOWO noch im Dezember 1939 nach Żebrowskis eigenen Angaben auf eine Stärke von etwa 3500 Mann mit einem Offizierskorps von 87 Berufs-, Reserve- und Landwehroffizieren angewachsen.<sup>62</sup> Allerdings geben die Quellen keine Auskunft darüber, wie die neu hinzugetretenen Gruppen im Sinne des Abkommens zwischen Żebrowski und Dobrowolski vom 26. November aufgeteilt wurden, d. h. ob der Mitgliederzuwachs der politischen oder überwiegend der militärischen Formation des Verbands zugutekam. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich die Grenzen auf beiden Seiten zu verwischen begannen.<sup>63</sup> Und Mitte Dezember 1939 sollte die notdürftig wieder hergestellte Einheit der vormaligen Januszajtis-Gruppe unter dem Druck der Ereignisse völlig zerbrechen.

Am 12. Dezember 1939<sup>64</sup> erschien Oberstleutnant Tadeusz Strowski (»Turzyna«) als Emissär der Exilregierung in Lemberg. Er war im November vom Exil aus mit der Instruktion Nr. 1 abgesandt worden,<sup>65</sup> in der die Errichtung des ZWZ als der militärischen Untergrundorganisation der Exilregierung proklamiert wurde. Die Exilregierung war allerdings über die Verhältnisse in Lemberg damals nur unzureichend informiert und hatte daher die Instruktion noch auf den Namen des inzwischen verhafteten Januszajtis ausgestellt.<sup>66</sup> So mußte sich Strowski in mehreren Konferenzen mit den Führungsgremien Lemberger Gruppen zunächst einmal darüber informieren, wem er diese Instruktion nun wohl auszuhändigen hatte.<sup>67</sup> Schließlich entschied er sich, Oberst Żebrowski die Instruktion zu übergeben, dessen ZOWO nun kraft dieser Vollmacht der Exilregierung den rechtmäßigen ZWZ bildete.

Etwa zur gleichen Zeit gelangte ein Emissär — Oberst Stanisław Sosabowski — von Tokarzewskis SZP nach Lemberg.<sup>68</sup> Anders als Strowski irrte Sosabowski offenbar nicht richtungslos in Lemberg umher, sondern fand umgehend zur Gruppe Dobrowolskis. Am 25. Dezember gelangte auch Major »Niewiarowski«, in dem man bald den durch seine Zugehörigkeit zur Sanacja politisch belasteten ehemaligen Starosten Klotz erkannte,<sup>69</sup> zu Dobrowolski. Endlich war — gleichfalls in den Dezembertagen — Oberstleutnant Jan Sokołowski als dritter Emissär Tokarzewskis zu Dobrowolski gestoßen. Er wurde von Dobrowolski umgehend zum Stellvertreter ernannt und als Kom-

mandant für Lemberg-Stadt eingesetzt.<sup>70</sup> Alle drei Emissäre der SZP hatten von Tokarzewski den Auftrag erhalten, in Lemberg eine Distriktskommandantur der von Warschau aus zentral geleiteten SZP aufzubauen.<sup>71</sup>

Für den nun zwischen Żebrowski und Dobrowolski entstehenden Bruch, der bis weit in das Jahr 1941 hinein zu schweren Zerwürfnissen im Lemberger Untergrund führte, machte die Gruppe Żebrowski in ihren Nachrichten an die Exilregierung die Aktionen der drei SZP-Emissäre verantwortlich. Tatsächlich ist ja auch aus der Ernennung Sokolowskis zum Stellvertreter Dobrowolskis unschwer zu erkennen, wie Dobrowolski auf diese Emissäre reagierte. Freilich schweigen die Quellen über seine Motive, die ihn die unbezweifelbare Instruktion der Exilregierung für Żebrowski mißachten ließen, so hartnäckig, daß es ratsam erscheint, die Verbindung zwischen Dobrowolski und der SZP lediglich als ein zusätzliches Motiv zu werten. Auch scheint es abwegig, daß die Zusammenarbeit zwischen Klotz und Dobrowolski den letzteren in die Oppositionsrolle des alten Regierungslagers gegenüber der Exilregierung gedrängt haben sollte. Viel wahrscheinlicher ist die Annahme, daß Dobrowolski sich für den einzig rechtmäßigen Nachfolger Borutas hielt. Dafür spricht ein undurchsichtiger Vorgang, der auch von Seiten der Żebrowski-Gruppe nicht dementiert worden ist.

Im Dezember 1939 erschien in Lemberg eine nicht näher bezeichnete Frau unter dem Pseudonym »Włada«, die behauptete, sie sei von Boruta ermächtigt worden, Dobrowolski zum Kommandanten der ehemaligen Januszajtis-Organisation zu ernennen.<sup>72</sup> Für Dobrowolskis subjektives Rechtsempfinden war es gleichgültig, ob diese geheimnisvolle Frau tatsächlich die Vollmachten von Boruta besaß oder nicht. Er fühlte sich jedenfalls als rechtmäßiger Nachfolger von Januszajtis und Boruta; und aus dieser seiner Sicht hatte Strowski folglich einen perfiden Betrug begangen, als er die auf den Namen von Januszajtis ausgestellte Instruktion nicht ihm, sondern Żebrowski aushändigte.

Anfang 1940 hatte Dobrowolski nicht nur einen amerikanischen Journalisten polnischer Abstammung zu einer seinen Führungsanspruch bestätigenden Darstellung inspirieren können,<sup>73</sup> sondern auch General Sosnkowski als Oberkommandierendem des ZWZ durch die Bukarester Base BOLEK die Nachricht zukommen lassen, daß Strowski »über dem Schnapsglas mit seinen Vollmachten übermäßig geprahlt«<sup>74</sup> habe. Sosnkowski erklärte Premier Sikorski auf dessen besorgte Anfrage, Strowski sei nur als gewöhnlicher Kurier »ohne irgendwelche Ermächtigungen oder persönliche Vollmachten«<sup>75</sup> am

28. November 1939 nach Lemberg geschickt worden; die Rolle eines Emissärs der Exilregierung habe er sich zweifellos angemäßt — »was freilich bei Kurieren eine ziemlich häufige Krankheit«<sup>76</sup> sei.

Trotz der Einsicht in diese bedenklichen Zusammenhänge war Sosnkowski nicht bereit, die auf Anmaßung eines einfachen Kuriers zurückgehende Ernennung Żebrowskis rückgängig zu machen. Statt dessen sollte Żebrowski für eine Übergangszeit »nolens volens als Stellvertretender Kommandant bis zu der Zeit behandelt werden, in der der rechtmäßige, legitimierte Kommandant auf dem Gebiet anlangen werde.«<sup>77</sup>

Im Januar 1940 wurde die Position Dobrowolskis, die zunächst nur durch verletztes Legalitätsdenken motiviert gewesen war, zusätzlich durch zwei undurchsichtige und wahrscheinlich auf Irrtümern beruhende Vorgänge gestärkt: Ein Kurier des ZWZ gelangte nämlich zu ihm und nicht zu Żebrowski, und die Base ROMEK wies ihm und nicht Żebrowski 640.000 Złoty an, die für die konspirative Arbeit des ZWZ bestimmt waren.<sup>78</sup> Angesichts des fortdauernden Konflikts zwischen Dobrowolski und Żebrowski teilte der Basenkommandant von ROMEK resigniert mit, der organisatorische Zustand auf Lemberger Gebiet sehe »weiterhin sehr trübe«<sup>79</sup> aus.

Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten in der Organisationsspitze und dem Problem der Einigung der Widerstandsgruppen hatte sich in Lemberg eine finanzielle Notlage ergeben, die besonders in den ersten beiden Monaten des Jahres 1940 die Arbeit zu lähmen drohte.<sup>80</sup> Bis zum 12. Februar 1940 hatte der ZWZ in Lemberg knapp 50.000 Złoty erhalten.<sup>81</sup> Bis Ende April 1940 flossen 30.000 Rubel, 200.000 Złoty und 300 Dollar in die ZWZ-Kassen.<sup>82</sup> Die Aktiva betragen zu diesem Zeitpunkt noch 100 Dollar und etwa 200.000 Złoty. Bei einer angenäherten Parität von 1 Rubel = 40 Złoty und 1 Dollar = 25–30 Rubel (oder 1000–1.200 Złoty) standen dem ZWZ Ende April 1940 also günstigenfalls 320.000 Złoty zur Verfügung.<sup>83</sup> Das war jedoch nicht mehr als ca. 37 % des von der Exilregierung zugesagten Monatsbudgets in Höhe von 850.000 Złoty und nur 12,3 % der bis Ende April 1940 fälligen Gesamtsumme des Budgets. Daher forderte die Lemberger Führung von der Exilregierung eine klare Entscheidung über die Mittelbewilligung für konspirative Zwecke: »Die Organisation steht vor der Notwendigkeit, die Arbeiten militärischer Natur wie auch die materielle Hilfe für Mitglieder weiterhin leisten zu müssen, obwohl ihr doch dafür überhaupt keine Mittel zur Verfügung stehen.«<sup>84</sup> Wenn man weiterhin bedenkt, daß das März-Budget Lemberg zu höchstens 80 % erreichte,<sup>85</sup> dann bleibt nur der

Schluß übrig, daß der ZWZ bei förderungswilligen Bürgern oder bei den eigenen Leuten bis mindestens Ende April 1940 Anleihen aufnehmen mußte, um überhaupt die laufenden Kosten decken zu können. Insofern stellt das oben von Żebrowskis Stabsoffizier Roman Luda gezeichnete Bild alles andere als Zweckpessimismus dar.

Żebrowski benötigte jedoch das Lemberger Budget in der vollen Höhe, denn er hatte seine Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt eines für das Frühjahr 1940 geplanten Aufstands gegen das sowjetische Okkupationsrégime begonnen. Seine Entscheidung zugunsten bewußter Aufstandsplanung unter Mißachtung der Weisungen der Exilregierung meinte Żebrowski mit der sowjetischen Okkupationspolitik begründen zu können, die mit Massenverhaftungen und umfangreichen Aussiedlungen potentieller Gegner, mit der Unterbindung des freien Handels und der Aushebung mehrerer polnischer Rekrutenjahrgänge zum Dienst in der Roten Armee unerhörten Druck auf die polnische Bevölkerung ausübte.<sup>86</sup>

Diesen Planungen entsprach das Rekrutierungstempo, mit dem Żebrowski den ZWZ unbedenklich schnell anschwellen ließ. Während er am 1. Februar 1940 für Lemberg-Stadt 6.000 Mann meldete,<sup>87</sup> hatte sich die Mannschaftsstärke des gleichen Gebiets im April 1940 schon verdoppelt, wobei allerdings von diesen 12.000 Mann nur gut 50 % bewaffnet waren.<sup>88</sup> Die gesamte Militärregion Lemberg mit allen Distrikten hatte am 11. April 1940 einen Stand von 35.000 Mann vorzuweisen, von denen jedoch nur durchschnittlich 25 % bewaffnet waren.<sup>89</sup> Dennoch glaubte man in Żebrowskis Stab auf Grund der Berichte über Personalstand, Bewaffnung, Dislozierung und wegen der Ende März vollendeten Vorbereitungen, daß »konkrete Chancen bestehen, Lemberg im Verlauf von drei Tagen in der Hand zu haben«.<sup>90</sup>

Zweifellos liefen solche Offensivplanungen dem Verbot jeglicher bewaffneter Tätigkeit zuwider, wie es die Exilregierung zum ersten Mal in der Instruktion Nr. 1 und dann in regelmäßiger Folge in den weiteren Instruktionen ausgesprochen hatte. Auch hatte Żebrowski die Weisung Sosnkowskis, die Mannschaftsstärke pro Militärregion auf 500 Mann zu begrenzen, gröblich verletzt.<sup>91</sup> Zwar gab die Instruktion Nr. 1 etwas Spielraum an der oberen Grenze der Mannschaftsstärke; doch Żebrowski setzte sich ganz bewußt über den wesentlichen Grundsatz hinweg, daß man nicht in die Breite, sondern in die Tiefe arbeiten müsse. Zur Rechtfertigung seines Verhaltens schützte er das Argument vor, daß nur eine zahlenmäßig starke Organisation unter den

in Ostpolen herrschenden Okkupationsverhältnissen eine Überlebenschance haben könnte.<sup>92</sup>

Dieses »subtrahierende« Denkmodell Żebrowskis erleichterte nicht nur dem NKWD die Aufdeckung eines übermäßig aufgeblähten Apparats, sondern hatte auch automatische Folgen für die Art der konspirativen Tätigkeit überhaupt. Denn als der ZWZ in Lemberg erst einmal in den Sog einer ausgesprochenen Massenarbeit hineingeraten war, setzte genau das ein, was Sosnkowski unter allen Umständen vermeiden wissen wollte: Die Führungsspitzen sahen sich in zunehmendem Maße dem »Druck von unten« ausgesetzt. Allerdings beugten sie sich diesem auf Aktion abzielenden Druck wohl auch um so bereitwilliger, als sie von vornherein einem offensiven Denken gehuldigt hatten. Der grundsätzliche Entschluß zum Aufstand erforderte darüber hinaus eine Stärke der Organisation, die einen erfolgreichen Ausgang des Aufstands gewährleisten konnte.<sup>93</sup>

Unter diesen Voraussetzungen stellte Oberst Żebrowski am 14. Februar 1940 bei der Exilregierung den Antrag auf Genehmigung eines Aufstands, der als Akt des Protests gegen die sowjetischen Unterdrückungsmaßnahmen auf Ende März 1940 terminiert war.<sup>94</sup> Im Exil fand dieser Antrag bei General Sosnkowski bemerkenswert bereitwillige Unterstützung: Sosnkowski erklärte sich bereit, »zusammen mit seinem Stab für die Leitung des Aufstands« nach Lemberg zu gehen, »falls man das als sinnvoll ansehen werde«.<sup>95</sup> Die Entscheidung Sosnkowskis, sich an die Spitze des Aufstands auf dem sowjetischen Okkupationsgebiet zu stellen, fiel in eine Zeit, in der er wegen mancherlei Anfeindungen seiner Person aus politischen Kreisen der Heimat wie auch des Exils<sup>96</sup> entschlossen war, von seinen Funktionen in der Exilregierung zurückzutreten.<sup>97</sup>

Die Reaktion Sikorskis auf den Aufstandsplan und auf Sosnkowskis Angebot, zur Leitung dieses Aufstands in die Heimat zu gehen, war jedoch denkbar kühl. Er betrachtete Sosnkowskis Angebot »nur als eine Demonstration«,<sup>98</sup> weil ihm der Aufstand weder durchführbar noch überhaupt sinnvoll erschien. Der ZWZ hatte zu der Zeit schon Weisung erhalten, weder Sabotage noch Diversion zu betreiben, und Sikorski stand jeglichem Offensivdenken daher ablehnend gegenüber.

Als am 23. März 1940 in Lemberg eine Depesche der Exilregierung ankam, die den Aufstand strikt untersagte, machte sich dort große Verbitterung breit. Żebrowski gab diese Weisung aus dem Exil zwar pflichtgemäß an die Distriktskommandeure weiter, betonte aber in einem Zusatzschreiben, daß »die Verantwortung für die Folgen, die sich aus der Tolerierung der Fortdauer des gegenwärtigen Zustands

ergäben, auf die Regierung fallen würde.«<sup>99</sup> Dieses Dolchstoß-Ressentiment entbehrte freilich der Grundlage, denn der Aufstand hätte kaum stattfinden können, während an eine erfolgreiche Erhebung überhaupt nicht zu denken war. Inzwischen hatte sich nämlich das NKWD eingeschaltet, dem die Vorbereitungen zu einer Erhebung nicht verborgen geblieben waren. So jedenfalls erklärt sich die Anfang März 1940 speziell gegen den ZWZ einsetzende Verhaftungswelle, die Żebrowski zu dem präventiven Schritt zwang, einen Großteil seiner Stabsmitglieder außer Landes zu schicken.<sup>100</sup>

Wie genau das NKWD über den ZWZ informiert war – und darin offenbarten sich die konspirativen Unterlassungssünden –, zeigte die großangelegte Razzia auf das Adjutantenquartier in der Ulica Murarska, das am 23. März nach einem wilden Feuergefecht, bei dem auch zwei NKWD-Agenten ihr Leben verloren, ausgehoben wurde. Am selben Tage wurde auch der Schatzmeister des ZWZ, Chmielowski (»Ostrowski«), verhaftet. Bald danach wurden mehr als zehn Führungsmitglieder des ZWZ und anderer Gruppen arretiert, als das NKWD das Hauptquartier des ZWZ in der Ulica Unia Lubelska besetzt hatte. Żebrowski sah sich nach diesen Vorgängen gezwungen, für die nächsten zwei Wochen jegliche Kontakte innerhalb des ZWZ zu untersagen.<sup>101</sup> Als der ZWZ Mitte April 1940 seine Arbeit langsam wieder anlaufen ließ, zeigte sich, daß der gezielte Schlag des NKWD weit über den Ausfall wichtiger Mitglieder hinaus wirkte. Die tiefe Depression, die auf die Verhaftungswelle gefolgt war, stellte nicht nur die Arbeit des ZWZ vor erhöhte Schwierigkeiten, sondern beeinträchtigte auch die Werbung neuer Mitglieder (sofern man überhaupt an eine zahlenmäßige Expansion dachte) und das Ersetzen der verhafteten Personen. An eine doppelte Besetzung der Führungsstellen, wie sie aus konspirativen Gründen und für die Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit ratsam schien, war jedenfalls nicht zu denken.

Die anderen Widerstandsgruppen Lembergs hatten die offensiven Vorbereitungen des ZWZ wohl schon seit geraumer Zeit mit Reserve und Mißtrauen beobachtet. Nun, nach der Verhaftungswelle, erweckten die Folgeerscheinungen der unverantwortlichen Offensivpolitik Żebrowskis bei ihnen die Befürchtung, gleichfalls entdeckt zu werden.<sup>102</sup> Charakteristisch für diese Einstellung war das Verhalten einer kleinen Militärgruppe unter Leitung von Ingenieur Antoni Holender (»Zubra«), die sich Anfang Januar 1940 dem ZWZ angeschlossen hatte, so daß ihre reguläre Unterstellung nur noch eine Frage der Zeit schien. Ende Februar 1940, als sich die Aufstandsplanungen des ZWZ immer deutlicher abzeichneten, kündigte Hollenders Gruppe die Zu-

sammenarbeit wieder auf und nahm intensive Kontakte mit der Opposition gegen den ZWZ auf — mit Dobrowolski und mit der POWW Dr. Dumas.<sup>103</sup> So trug das Aufstandsvorhaben des ZWZ unter der Ägide Żebrowskis — und nicht etwa das Veto Sikorskis — die Schuld daran, daß weite Kreise des ZWZ vom NKWD entdeckt wurden; zusätzlich übte es einen ausgesprochen negativen Einfluß auf die Einigungsversuche des Lemberger Untergrunds aus.

Das Veto Sikorskis gegen das Aufstandsvorhaben in Lemberg führte schließlich erneut zu einer heftigen Führungskrise im ZWZ.<sup>104</sup> Hatten die Urteile über Żebrowski im Februar 1940 noch günstig gelaute,<sup>105</sup> so gab seine fehlgeschlagene Offensivplanung den düsteren Hintergrund für ein außerordentlich negatives Urteil ab.

Wenn Żebrowski plötzlich als »schlechter Konspirateur«<sup>106</sup> bezeichnet wurde, als »unkluger Mann«, der »übermäßig viel trank«, so ist das als ein apologetischer Versuch zu werten, nicht nur die fehlgeschlagene Aufstandsplanung, sondern auch die objektiven Widerstände und Probleme der konspirativen Bewegung in Ostpolen überhaupt durch personalisiertes Verschulden zu erklären. Schließlich gab Żebrowski den offenbar aus den eigenen Reihen kommenden Forderungen auf seinen Rücktritt nach.<sup>107</sup> Diese Forderungen ließen sich um so eher stellen, als die Exilregierung Żebrowski wegen der wirren Vorgeschichte seiner Ernennung nur den Rang eines Kommandanten »ohne Prokura« zugestanden hatte;<sup>108</sup> Żebrowski ließ sich auch wohl leicht zum Rücktritt drängen, zumal er solchem »Druck von unten« schon immer nachgegeben hatte, ganz abgesehen von den Wirkungen psychologischer Art, die Sikorskis Veto auf ihn gehabt haben mußte. Nach seinem Rücktritt Anfang April 1940 wollte Żebrowski sich ins Ausland begeben; beim Grenzübertritt wurde er getötet.<sup>109</sup>

Die Nachfolge Żebrowskis in der Leitung des Lemberger ZWZ übernahm zunächst Oberstleutnant Kotarski (»Druh«), der zuvor den Stadtbezirk I (Lemberg-Ost) befehligt hatte.<sup>110</sup> Über den Modus seiner Amtsübernahme ist nichts bekannt; die Exilregierung hat von diesem Wechsel im Kommando wohl überhaupt nichts erfahren, jedenfalls gibt es keinen Beleg dafür, daß die Regierung den neuen Kommandeur Lembergs, der diesen Posten offenbar aufgrund von internen Abmachungen innerhalb des Lemberger ZWZ übernommen hatte, anerkannt hätte. Dieses offizielle Schweigen zur Person Kotarskis findet eine gewisse Erklärung darin, daß er bis zu seiner Verhaftung gegen Ende April 1940 das Kommando kaum einen Monat lang wahrnehmen konnte.<sup>111</sup>

Seine Nachfolge trat der Kommandeur des Lemberger Stadtbezirks

II (Lemberg-West) an: Major Emil Macieliński.<sup>112</sup> Von Mai 1940 bis Dezember 1941 sollte nun dieser Mann an der Spitze des Lemberger ZWZ stehen, obgleich sich schon im Herbst des Jahres 1940 der Verdacht zu rühren begann, daß Macieliński mit dem NKWD kollaborierte.<sup>113</sup> Mögliche Rivalen bei der Nachfolge Kotarskis waren für Macieliński der Kommandeur des Lemberger Landkreises, Oberst Berek, und der in Stanisławów kommandierende Oberst Serwaczyński. Die Tatsache, daß Macieliński als Major das Kommando an sich bringen konnte, während die beiden ranghöheren Obersten übergangen wurden, muß wohl so gedeutet werden, daß Macieliński von einer starken Gruppe ihm ergebener Leute auf den Schild gehoben wurde, und daß die Übernahme des Kommandos durch ihn zu schnell erfolgte, als daß Berek oder Serwaczyński Zeit gehabt hätten, ihre Ansprüche anzumelden. Insgesamt ist man geneigt, an einen geschickten coup de main Macielińskis zu glauben, als die Frage der Nachfolge, die seit Żebrowskis Weggang immer noch schwelte,<sup>114</sup> durch die plötzliche Verhaftung Kotarskis wieder akut wurde.

Die Exilregierung, die von der Base ROMEK über den neuen Kommandanten in Lemberg informiert worden war,<sup>115</sup> sandte unverzüglich eine Instruktion nach Lemberg, um die Dinge dort wieder in die Hand zu bekommen.<sup>116</sup> Mit gleicher Post wurde Major Macieliński als Kommandant »ohne Prokura« der Militärregion Nr. 3 bestätigt,<sup>117</sup> wobei Sosnkowski ihm seine baldige Beförderung zum Oberstleutnant in Aussicht stellte.<sup>118</sup>

Mit dem Ausfall Tokarzewskis, von dessen Verhaftung die Exilregierung im Mai 1940 endlich zuverlässige Nachrichten besaß, sah sich das Pariser Oberkommando des ZWZ vor ein neues Problem gestellt. Wie aus der Instruktion an Macieliński hervorgeht, wollte es an der Gewaltenteilung zwischen Ober- und Heimatkommando, wie sie sich in der Schaffung von Okkupationskommandanturen ausdrückte, im Prinzip festhalten. Es war Sosnkowski jedoch unmöglich, einen Kandidaten für die Besetzung der ZWZ-Kommandantur für Ostpolen namhaft zu machen. Aus diesem Dilemma half sich Sosnkowski, indem er bis zur Einsetzung eines neuen Okkupationskommandanten in Ostpolen die Verwaltung auch des sowjetisch okkupierten Gebiets auf Rowecki in Warschau übertrug.<sup>119</sup> Damit war Rowecki vom Mai 1940 an faktisch für ganz Polen zuständig.<sup>120</sup>

Zuvor schon hatte das Pariser Oberkommando den Kommandanten in den beiden Okkupationszonen gewisse Weisungsrechte gegenüber den Basen eingeräumt, die nun insgesamt an Rowecki fielen.<sup>121</sup> Das gewichtigste dieser Weisungsrechte bestand darin, daß von nun an

»die Versorgung des ZWZ in der Heimat grundsätzlich über Rowecki«<sup>122</sup> erfolgen sollte. Damit war das Oberkommando im Exil einen weiteren Schritt von der ursprünglichen Führungskonzeption abgewichen. Zwar hatte Sosnkowski dem Kommandanten des deutschen Okkupationsgebiets nicht ausdrücklich den Titel eines »Stellvertreters des Oberkommandierenden des ZWZ in der Heimat« verliehen, wie Rowecki ihn für sich in seiner ersten Reaktion auf die Instruktion Nr. 1 im Januar 1940 gefordert hatte,<sup>123</sup> wohl aber hatte Rowecki inzwischen alle Vollmachten eines Stellvertreters des Oberkommandierenden erhalten.

Diese allmähliche, gleitende Zerstörung des Führungsmodells aus der Instruktion Nr. 1 stellte keineswegs einen Triumph der weit voraussehenden Heimat über das kurzsichtige Exil dar. Vielmehr resultierte die neue Führungswirklichkeit vom Mai 1940 aus solchen Zufällen wie der Verhaftung Tokarzewskis und aus allgemeinen Situationszwängen, denen sich die Leitung der konspirativen Tätigkeit sowohl in der Heimat wie auch im Exil anpassen mußte. Diese Entwicklungen ließen sich im Dezember 1939 noch nicht voraussehen. Wenn darüber auch das alte Modell zerbrechen mußte, so zeugt die Reaktion der Exilregierung von der Elastizität und der vitalen Gesundheit des ZWZ.

Im März 1940 hatten sich zwischen dem Oberkommando und dem Lemberger Regionalkommando so viele Fragen und Probleme angestaut — sie hingen zum größeren Teil mit Żebrowskis Aufstandsvorhaben zusammen<sup>124</sup> —, daß Sosnkowski sich entschloß, einen Emissär nach Lemberg zu senden.<sup>125</sup> Am 11. März 1940 unterschrieb Oberst Pstrokoński seine persönliche Instruktion, nach deren Wortlaut er Tokarzewski eventuell als Stabschef zur Hand gehen<sup>126</sup> oder Żebrowski bei der Unterstellung von Einzelgruppen behilflich sein sollte. Für die Zeit danach hatte Pstrokoński den Auftrag, den ZWZ in der Militärregion Białystok (Nr. 2) aufzubauen und zu leiten, denn Żebrowski hatte seinerzeit die gesamte von Lemberg aus organisierte Arbeit in diesem Gebiet abgebrochen, als er von Tokarzewskis Kommen verständigt worden war.<sup>127</sup>

Als Pstrokoński nach ausführlichen Gesprächen mit Rowecki in Warschau am 14. April 1940 die Demarkationslinie überschritt, hatte der nun auch für die Lemberger Belange zuständige Rowecki Pstrokońskis Auftrag dahingehend erweitert, daß er »in Abwesenheit Tokarzewskis als stellvertretender Okkupationskommandant«<sup>128</sup> wirken sollte. Nach der Ankunft in Lemberg am 8. Mai 1940<sup>129</sup> entfaltete Pstrokoński eine Tätigkeit, die den während der Führungskrise im

ZWZ wieder wach gewordenen Zwist zwischen ZWZ und rivalisierenden Einzelgruppen zu äußerster Schärfe brachte.

Seit den undurchsichtigen Vorgängen vom Dezember 1939, in deren Verlauf Żebrowskis Gruppe auf fragwürdige Weise Auftrag und Namen des ZWZ erhalten und damit die Gruppe Dobrowolskis in die Opposition gedrängt hatte, waren die Einzelgruppen in Lemberg besonders im Zusammenhang mit Żebrowskis Planungen zum Aufstand wieder in Bewegung geraten. Im Januar 1940 war Oberstleutnant Sokołowski, dem Dobrowolski wenige Wochen zuvor schon die Stellung eines Stellvertreters und Kommandeurs für Lemberg-Stadt eingeräumt hatte, zum eigentlichen Leiter von Dobrowolskis Gruppe avanciert, während ihr Gründer für eine Zeitlang zu Organisationszwecken in die Provinz ging.<sup>130</sup> Sokołowski arbeitete eng mit dem ehemaligen Starosten Klotz zusammen, dessen Tätigkeit der ganzen Gruppe in den Augen von Żebrowskis ZWZ den Stempel der Sanacja aufprägte – wenigstens bis zum Weggang von Klotz Ende März oder Anfang April.<sup>131</sup> Als Dobrowolski Anfang April 1940 nach Erledigung seiner Vorhaben in der Provinz wieder in Lemberg auftauchte, kam es zwischen ihm und Sokołowski zum Bruch.<sup>132</sup> Offenbar wollte Sokołowski die ihm nur befristet übertragene Befehlsgewalt nicht wieder abgeben. Das hatte zur Folge, daß in Lemberg nun drei Organisationen mit dem Anspruch auftraten, »der ZWZ« zu sein: Żebrowskis Gruppe aufgrund der Strowski-Affäre, Dobrowolski mit Hilfe des Rückgriffs auf die Frage der rechtmäßigen Nachfolge von Januszajtis und Boruta, und schließlich auch der ehemalige Emissär Tokarzewskis, Sokołowski, dem die Nachricht von der Lemberger Aufgabe seines einstigen Vorgesetzten in der SZP noch zusätzlich den Rücken gestärkt haben mochte.<sup>133</sup>

Im Februar 1940 hatten Czarnik und Duma, die Leiter der POWW, mit Sokołowski Fusionsgespräche aufgenommen. Nach wenigen Sitzungen wurden jedoch diese beiden Männer in einem konspirativen Lokal, wo sie mit Sokołowski erneut verhandeln wollten, vom NKWD verhaftet. Der Verratsverdacht in der POWW gegen Sokołowski, wie er in der ohnehin gereizten und mit Verdächtigungen und Denunziationen aufgeladenen Atmosphäre Lembergs schnell aufkam, ließ die POWW daraufhin enge Verbindungen mit Dobrowolski eingehen.<sup>134</sup> Auch Holenders Gruppe, die sich aus Lemberger Schützenverbänden gebildet hatte, schloß sich im März 1940 nach ihrem Austritt aus Żebrowskis ZWZ der Organisation Dobrowolskis und damit gleichzeitig der POWW an.

Im Mai 1940 begann die POWW, Dobrowolski zum Zusammen-

schluß mit dem ZWZ zu drängen, wobei sie den ZWZ wissen ließ, daß die POWW nur im Falle einer Übereinkunft zwischen beiden Gruppen dem ZWZ beitreten würde. Die Verhandlungen, die Dobrowolski daraufhin mit Macieliński, dem neuen Kommandanten des ZWZ, führte, verliefen allerdings ebenso ergebnislos wie vordem die zwischen Dobrowolski und Żebrowski von Ende Dezember 1939.<sup>135</sup> Dieser Fehlschlag zementierte nicht nur die Gegensätze zwischen beiden Gruppen, sondern band die POWW auch enger an Dobrowolski.

Am 8. Mai — also etwa zum Zeitpunkt des Scheiterns der Gespräche zwischen Dobrowolski und Macieliński — kam Oberst Pstrokoński (»Łoziński«) in Lemberg an. Dort wandte er sich jedoch nicht an Macielińskis ZWZ, sondern an die Gruppe von Dobrowolski. Dieser Vorgang, der die Differenzen noch verschärfen mußte, erklärt sich aus verwirrten Verbindungsverhältnissen.

Die beiden Basen ROMEK (Budapest) und BOLEK (Bukarest) hatten im Rahmen des Verbindungssystems<sup>136</sup> sogenannte Kann- und Muß-Aufträge erhalten. Im Hinblick auf die Versorgung von Warschau und Lemberg überschnitten sich die beiden Auftragsstypen: ROMEK mußte Warschau und konnte Lemberg, BOLEK mußte Lemberg und konnte Warschau versorgen. Beide Basen hatten neben dem primären Auftrag auch den sekundären wahrgenommen. Dabei waren die Kann-Verbindungen mit weit weniger Sorgfalt — eben als Nebenaufträge — behandelt worden, so daß es dabei zu Fehlleitungen und Mißverständnissen kam.

Dobrowolskis Rechtsanspruch war durch Geldüberweisungen und Kuriere gestärkt worden, die von ROMEK ausgegangen waren,<sup>137</sup> ohne daß ROMEK die Schwesterbase davon verständigt und ohne daß das Pariser Oberkommando einen Versuch unternommen hätte, dieser Verwirrung stiftenden Verfahrensweise ROMEKs Einhalt zu gebieten. BOLEK hatte dagegen bei der Wahrnehmung ihres primären Verbindungsauftrags stets Kontakt mit dem ZWZ Żebrowskis und später Macielińskis gehalten. Hinsichtlich der Verbindung mit Warschau lagen die Dinge wenig besser. BOLEK beklagte sich noch im Juli 1940, daß sie von ROMEK noch immer nicht den ROMEK-Code für die Verbindung mit Rowecki erhalten hätte.<sup>138</sup> Infolgedessen empfing wohl BOLEK Berichte vom Lemberger ZWZ, nicht aber Rowecki, der doch seit März 1940 der direkte Vorgesetzte Macielińskis war. Auch hier ist dem Pariser Oberkommando der Vorwurf einer schweren Unterlassungssünde zu machen. Das Oberkommando teilte Rowecki zwar mit, daß inzwischen Macieliński als Regionalkommandant Lembergs bestätigt worden sei,<sup>139</sup> aber für Rowecki mußte dieser

Hinweis auf Macieliński schemenhaft und blaß bleiben, solange er keine Berichte direkt von Macieliński oder deren Abschriften vom Oberkommando erhielt. BOLEK, die ja als erste die Berichte Macielińskis erhielt, konnte sie aus den angeführten Gründen nicht an Rowecki senden.

Diese unnötigen Komplikationen wirkten entsprechend auch in umgekehrter Richtung: Macieliński mußte mehrfach darauf hingewiesen werden, daß Rowecki in Warschau als Kommandant der deutschen Okkupationszone sein direkter Vorgesetzter war.<sup>140</sup> Und Macielińskis Beteuerungen, daß er sich Rowecki unterstellt wisse, hatten den Charakter von Formalbekenntnissen, die unverbindlich ins Leere gesprochen wurden. Im Mangel direkter Kontakte zwischen ROMEK und BOLEK und im Fehlen einer Stelle des Oberkommandos in Paris, die die Verbindungstätigkeit beider Basen koordiniert hätte, zeigte sich, daß die Mittlerinstitute zwischen Exil und Heimat bei den Veränderungen in der Kommandostruktur des ZWZ ausgespart worden waren. Die Folgen dieses Versäumnisses sollten sich bei der Tätigkeit Pstrokońskis in Lemberg zeigen.

Pstrokońskis Kontakte zur Dobrowolski-Gruppe hatten Sokolowski und Klotz hergestellt. Dort führte Pstrokoński eingehende Gespräche mit den Führungsgremien, die damit endeten, daß Dobrowolski auf Pstrokońskis Forderung hin »die Arbeit einstellte, weil man ständig nach ihm fahndete«.<sup>141</sup> Damit löste sich freilich nicht die Gruppe und mit ihr die föderierten POWW und das POW Holenders auf, sondern die Leitung der alten Dobrowolski-Gruppe ging einfach in Pstrokońskis Hände über.<sup>142</sup> Zunächst erfolgte gegen diesen Schritt weder von Seiten führender Leute in Dobrowolskis Gruppe noch von Seiten der föderierten POWW und POW irgendein Einspruch. Die stillschweigende Billigung des Führungswechsels schlug erst in dem Augenblick in offene Ablehnung um, als Pstrokoński auch Kontakte zu Macielińskis ZWZ suchte.<sup>143</sup> Offenbar hatte die Gruppe Dobrowolskis mit dem Wechsel in der Führung die Hoffnung gehabt, daß nun endlich die alte Rivalität mit Macielińskis ZWZ zu dessen Ungunsten entschieden würde. So hatte etwa der Stabschef der Dobrowolskigruppe, Kazimierz Broszyner aus Krakau,<sup>144</sup> nicht versäumt, Pstrokoński auf die gegen Macieliński sprechenden Verdachtsmomente hinzuweisen, die wenig später durch Äußerungen von Macielińskis eigenen Leuten so viel Bestätigung erhielten, wie unter den verwirrten Umständen nur möglich war.<sup>145</sup>

Wenn Pstrokoński sich dessen ungeachtet Macieliński näherte, wobei er freilich auch die nötige Vorsicht walten ließ, so geschah das

einmal aufgrund des Auftrags, den er von Rowecki erhalten hatte. Zum anderen verfolgte Pstrokoński offensichtlich den Plan, die rivalisierenden Gruppen, die bislang allen Einigungsversuchen getrotzt hatten, auf »kaltem« Wege zusammenzuführen. Wahrscheinlich hoffte er dabei, nach der von Antoni Zielicki besorgten Kontaktaufnahme mit Macieliński und mit der Entkräftung der gegen diesen umlaufenden Anwürfe der Kollaboration alle drei Gruppen der Dobrowolski-Föderation ohne viel Umstände dem ZWZ unterstellen zu können. Dieses Manöver, das auch die Austrittsbewegung aus dem Kreis der Führungsspitzen der Gegnergruppen des ZWZ erklären kann, scheiterte indessen an der Verhaftung Pstrokońskis am 21. Juni 1940.<sup>146</sup>

Macieliński schrieb die Verhaftung Pstrokońskis dessen Umgang mit Dobrowolskis Leuten zu.<sup>147</sup> Wieweit es sich hierbei um eine Schutzbehauptung Macielińskis handelte, kann wegen des lückenhaften Materials nicht schlüssig beantwortet werden. Mit Sicherheit läßt sich dagegen sagen, daß die Entfernung Pstrokońskis, den Rowecki zum ranghöchsten Kommandanten auf sowjetischem Okkupationsgebiet bestellt hatte, Macieliński äußerst gelegen kam.

Ein zunächst verwirrendes, aber doch bedeutungsloses Nachspiel war die Anmaßung des Spionagechefs von Dobrowolski, Jerzy Kaden (»Florian«),<sup>148</sup> sich als Stellvertreter Pstrokońskis auszugeben.<sup>149</sup> Kaden war ein dunkler Ehrenmann,<sup>150</sup> und er konnte mit seinen Behauptungen weder Eindruck auf Macieliński machen, noch wurde sein Anspruch durch irgendwelche Direktiven Roweckis aus Warschau gestützt.<sup>151</sup>

Mit diesem Ende der Mission Pstrokońskis hatte sich auf Lemberger Gebiet nur insofern etwas geändert, als die Gegengruppen des ZWZ durch den temporären Führungswechsel zwischen Dobrowolski und Pstrokoński und durch die plötzliche Verhaftung des Letzteren etwas aus dem Tritt geraten waren. Mit Dobrowolskis Rückkehr im Juni 1940 stellten sich die alten Fronten wieder her, so daß an ein Ende des Unfriedens, der gegenseitigen Verdächtigungen und der tiefgreifenden organisatorischen Zersplitterung nicht zu denken war.<sup>152</sup>

### *Die Situation in Posen und Thorn*

Weitaus schwieriger noch als in Lemberg ließ sich die Tätigkeit des ZWZ in den Regionen Nr. 5 (Posen) und Nr. 6 (Thorn) an. Die Gründe dafür lagen in der zielbewußten Germanisierungspolitik der deutschen Okkupanten, die den nationalbewußten polnischen Bevöl-

kerungsteil entweder liquidierten oder in das Generalgouvernement abschoben.<sup>153</sup> Diese Behandlung hatte schon in relativ kurzer Zeit so viel Zündstoff in der polnischen Bevölkerung angehäuft, daß Rowecki Anfang Februar 1940 über die Haltung der Landbevölkerung optimistisch berichten konnte, dort sei die »Stimmung ganz einmütig, voller Entschlossenheit reif geworden für den Ausbruch, und zwar teils unter dem Eindruck des geradezu unmenschlichen Terrors, den die Deutschen gegen jedes Zeichen von Ungehorsam anwenden, teils unter dem Eindruck der Massenaussiedlungen aus Posen und Pommerellen, so daß diese Bauern, denen das Schicksal gestattet, noch in der Heimat zu bleiben, bereit sind, auf die leiseste Einflüsterung von außen her mit dem aktiven Kampf gegen die Deutschen zu beginnen«.<sup>154</sup>

In diesem Bild von der Stimmung der polnischen Bevölkerung in den »eingegliederten Reichsgebieten« ist deutlich eine aus Verzweiflung geborene Gleichgültigkeit der Menschen gegen ihr weiteres Schicksal erkennbar. Rowecki faßte diese Stimmung in der Beobachtung zusammen, die Bevölkerung sei der Überzeugung, es sei »besser, alles zu beenden, als in Ungewißheit weiterzuleben«.<sup>155</sup> Und entsprechend dieser Haltung, die zum nationalen Selbstbewußtsein der polnischen Bevölkerung im Generalgouvernement deutlich kontrastierte, waren in diesen rechtswidrig eingegliederten Gebieten<sup>156</sup> die organisatorischen Ansatzmöglichkeiten der Résistance äußerst gering. Dafür war bezeichnend, daß die für Posen und Thorn zuständige Base ROMEK in ihren Berichten aus dem Januar und Februar 1940 keinerlei Auskünfte über den dortigen Organisationsstand liefern konnte.<sup>157</sup> Die Schwierigkeiten zeigen sich auch in Roweckis Überlegungen zur territorialen Struktur des ZWZ, denen zufolge eine Unterteilung der »eingegliederten Reichsgebiete« in zwei selbständige Militärregionen nicht ratsam sei, weil man inzwischen den Eindruck gewonnen habe, »daß die Regionen von Posen und Thorn hinsichtlich der Administration, der Bevölkerung, der Kommunikation usw. eine homogene Einheit darstellen«.<sup>158</sup>

Dem Unvermögen des ZWZ, in den »eingegliederten Reichsgebieten« Fuß zu fassen, das durch Roweckis etwas zögernde Versuche nicht gerade gebessert wurde,<sup>159</sup> entsprach auch die sehr mäßige Aktivität einiger weniger Einzelgruppen, die auf dem Gebiet anzutreffen waren. Als die bedeutsamste ragte die aus dem »Verband der Reserveunteroffiziere« (ZPR) gespeiste Gruppe »Grunwald« hervor.<sup>160</sup> Wie schon der ressentimentgeladene Name vermuten läßt, betrieb »Grunwald« vor allem ideell-erzieherische und propagandistische Arbeit durch die Schrift »Freies Polen«.<sup>161</sup> Erst als Rechtsanwalt Aleksander

Wroński von der Gruppe »Grunwald« im März 1940 Kontakte mit dem »Todesbataillon« (Batalion Śmierci) in Thorn aufgenommen hatte, in deren Verlauf das »Todesbataillon« sich der Gruppe unterstellte, setzte auch auf militärischem Gebiet eine gewisse Vertiefung und Schwerpunktbildung der Arbeit ein, die allerdings nie so weit gediehen ist, daß man »Grunwald« als militärische Gruppe bezeichnen konnte.<sup>162</sup>

Die Beziehungen zwischen »Grunwald« und ZWZ, die erst Mitte 1940 begannen, waren durch den Umstand getrübt, daß der Chef der Militärabteilung von Grunwald, der sich in Warschau aufhaltende Major Cyrkiewicz, in engem Einvernehmen mit der Einzelgruppe KOP stand, die auf dem Gebiet des Generalgouvernements ihrer Unterstellung unter den ZWZ heftigen Widerstand entgegengesetzte. So war es denn für die Situation bezeichnend, daß sich die Militärgruppe von Grunwald Mitte 1940 dem KOP in Warschau unterstellte — genau zur gleichen Zeit, als der ZWZ in den »eingegliederten Reichsgebieten« mit der dortigen Gruppe Grunwald Fühlung aufnahm.<sup>163</sup>

Die Verbindung zwischen KOP und »Grunwald« wirkte jedoch so stark auf den Kern der Gruppe in den »eingegliederten Reichsgebieten«, daß der Weg zur Übereinkunft und Zusammenarbeit mit dem ZWZ vorerst verstellt war. Das Problem wurde nicht gelöst, bis die Gestapo am 18. November 1940 in einer Großaktion, der offenbar sorgfältige Beobachtungen vorausgegangen waren, die Zellen von »Grunwald« in Bromberg, Graudenz, Karthaus, Konitz, Berent und Chelm vernichtete.<sup>164</sup> Der wesentliche Grund für die den Verhaftungen vorausgegangene Enttarnung der Gruppe war deren »irreales strategisches Konzept«,<sup>165</sup> das mit dem deutschen Angriff auf Frankreich den Zeitpunkt zur Offensive gegen die Okkupationsmacht für gekommen gehalten und dadurch die Konspiration zu weit geöffnet hatte.

Wie im Generalgouvernement, so hatten die Pfadfinder, die nach der Farbe ihrer Uniform den Namen »Graue Reihen« (Szare Szeregi) trugen, auch in den »eingegliederten Reichsgebieten« Vereinigungen gegründet.<sup>166</sup> Es handelte sich bei ihnen jedoch nicht um Militärgruppen, denn die Szare Szeregi widmeten sich vornehmlich der Erziehung der Jugend. Darin gingen sie mit den Wünschen und Vorstellungen der Exilregierung konform, denen zufolge diese Gruppen im Aufstandsfall allerhöchstens zur Verbindungsarbeit herangezogen werden durften.<sup>167</sup>

Auch in den Monaten bis zum Jahresende 1940 blieb es bei dieser

relativen Hilflosigkeit des ZWZ gegenüber den Okkupationsmethoden in den »eingegliederten Reichsgebieten«. Zum Teil lag das daran, daß mühsam aufgebaute Organisationsteile durch Verhaftungen oder mehr noch durch Aussiedlung der Mitglieder wieder zerschlagen wurden;<sup>168</sup> stärker noch fiel ins Gewicht, daß diese Gebiete durch die brutalen Eindeutschungsmaßnahmen in relativ kurzer Zeit von der Schicht widerstandswilliger polnischer Staatsbürger entblößt wurden und daß es dadurch dem ZWZ dort an militärischen Führern wie auch an Leuten für die Mannschaftsränge fehlte.<sup>169</sup> Angaben wie die im Bericht von ANNA-Kurier »Wańkiewicz«, wo eine ZWZ-Stärke von 30 000 Mann gemeldet wurde, waren groteske Übertreibungen.<sup>170</sup> Präzise Zahlenangaben für die »eingegliederten Reichsgebiete« fehlen<sup>171</sup> — auch das ein Indiz für die Erfolglosigkeit des ZWZ. Mit 3000 Mann dürfte der dortige Stand des ZWZ eher noch zu hoch angegeben sein.

### *Die Entwicklung des ZWZ in Wilna*

Mit völlig anders begründeten Schwierigkeiten kämpfte der ZWZ in Wilna. Er stand hier nicht vor dem Widerstand der Einzelgruppen gegen ihre Eingliederung wie etwa im Generalgouvernement, nicht vor den Problemen, wie sie die Isolierung der sowjetisch okkupierten Gebiete aufgab, und auch nicht vor der Brutalität eines Eindeutschungsverfahrens, das in den »eingegliederten Reichsgebieten« die Arbeit lähmte. Vielmehr war der ZWZ in Wilna durch einen grundlegenden Beschluß der Exilregierung behindert, in dem es hieß, unter den gegenwärtigen Umständen dürfe im Kownoer und Wilnaer Gebiet keine Untergrundorganisation geschaffen werden, »weil auf diesen Gebieten gegenwärtig eine direkte militärische Aktion ausgeschlossen ist«. Aufgebaut werden sollten statt dessen politische Untergrundverbände und »eine Orientierungsbase für Verbindungszwecke, die auf dem Gebiet der deutschen und der sowjetischen Okkupation Verbindungen zur dort betriebenen Militärarbeit schafft«.<sup>172</sup>

Die Gründe für diese Beschränkung sind nicht klar auszumachen.<sup>173</sup> Daß die Exilregierung sich gegenüber den verbündeten Westmächten vom Makel des Irredentismus befreien wollte, mit dem die Aneignung Wilnas durch Polen noch immer belastet war,<sup>174</sup> erscheint deshalb wenig wahrscheinlich, weil Sikorski drei Tage vor dem Ausstellungsdatum der obigen Instruktion in einer Rundfunkansprache als pol-

nisches Kriegsziel eine nicht unerhebliche territoriale Expansion verkündet hatte.<sup>175</sup> Ob Sikorski sich bei seinem Veto gegen den Aufbau des ZWZ auf dem Wilnaer Gebiet von vagen Gedanken einer polnisch-litauischen Verständigung leiten ließ, ist ebenso ungewiß wie zweifelhaft. Jedenfalls treffen die im obigen Zitat angedeuteten Schwierigkeiten auf das ganze polnische Gebiet unter deutscher wie auch unter sowjetischer Okkupation zu, so daß die Begründung für die Forderung nach relativer Passivität in Wilna nicht einleuchten kann.

Entscheidend für den Weg, den die polnische Konspiration in Wilna nehmen sollte, waren jedoch zwei andere Umstände: daß einmal die Instruktion Sikorskis den ZWZ in Warschau erst gegen Ende Februar und damit — wie noch zu zeigen sein wird — viel zu spät erreichte, und daß zum anderen die seit dem 26. Februar 1940 im PKP zusammengeschlossenen politischen Parteien auf die Instruktion Sikorskis mit einmütiger Ablehnung reagierten.<sup>176</sup> Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich die konspirative Arbeit in Wilna nicht nur unabhängig von der Exilregierung, sondern bis zum April 1940, als die Exilregierung endlich Weisung zum Aufbau des ZWZ auch auf diesem Gebiet gab, sogar gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung.<sup>177</sup>

Die kampflose Übergabe Wilnas an die Rote Armee, die vom polnischen Bevölkerungsteil der Stadt als »schmerzlicher Verrat«<sup>178</sup> empfunden wurde, löste ein Gebiet von ca. 37 000 km<sup>2</sup> mit etwa einer Million Einwohnern aus dem territorialen Bestand der polnischen Republik. Am 10. Oktober 1939 fiel das Wilnagebiet aufgrund von sowjetisch-litauischen Verhandlungen an Litauen, das die Rückgewinnung der alten Hauptstadt enthusiastisch begrüßte. Freilich dauerte dieser Zustand nur neun Monate; dann wurde die Stadt erneut von der Roten Armee besetzt, und Litauen geriet gemäß einem unter Druck zustande gekommenen Beschluß des litauischen Sejm vom 14. Juli 1940 als neue Sowjet-Republik endgültig unter sowjetische Herrschaft.<sup>179</sup> Im Hinblick auf diese Entwicklung gliederte sich auch die Tätigkeit der polnischen Résistance in die Phase der litauischen Selbständigkeit, in der das Wilnagebiet polnischem Denken zufolge unter litauischer Okkupation stand, und in die zweite Phase vom Juli 1940 bis zu der in dieser Untersuchung gesetzten Zäsur vom Juni 1941.

Als sich die polnische Bevölkerung Wilnas vom ersten Schrecken der Niederlage und der Okkupation erholt hatte, reagierte sie — wie überall im Lande — auf die neue Situation mit der spontanen Bildung

von Widerstandsgruppen äußerst heterogenen Charakters. Zwischen dem Oktober 1939 und dem Februar 1940 entstanden dort mehr als 40 solcher Gruppen, in denen alte politische Vereinigungen, Soldatenbünde und sogar Schüler- und Studentenverbindungen den organisatorischen Grundstock bildeten.<sup>180</sup> Das dichte Spitzelnetz des NKWD, das im Wilnagebiet auch unter der litauischen Autonomie weiterhin tätig blieb, und die sorgfältige Beobachtung der Résistance durch die litauische Sicherheitspolizei räumten relativ schnell mit der Mehrzahl dieser Gruppen auf, zumal das Denunziantenwesen entsprechend den Nationalitätenspannungen florierte. Dennoch hatte diese spontane Gruppenbildung, so ineffektiv sie letztlich auch war, in der Besinnung des Polentums auf seinen eigenen Wert doch ihr Gutes. »Sie stärkte die polnische Bevölkerung in geistiger Hinsicht und gab ihr das Gefühl, daß sich sogar unter den Älteren die Bereitschaft zu Opfern für die Sache zu zeigen begann. Diese Bewegung hat die geistige Haltung in Wilna in einem hohen Maße beeinflußt und hat auf die öffentliche Haltung stark eingewirkt.«<sup>181</sup>

So urteilte Pater Kucharski S. J.,<sup>182</sup> dessen Ansehen und Achtung bei der Bevölkerung und bei den führenden Mitgliedern der konspirativen Gruppen Wilnas ihn zur zweifellos einflußreichsten Figur des dortigen Untergrunds aufsteigen ließen. Besonders der ZWZ verdankte ihm viel, da Kucharski die wesentlichen inneren Konflikte beseitigen half, ohne überhaupt vereidigtes Mitglied des ZWZ gewesen zu sein.

Die Wertschätzung Kucharskis lag wohl auch darin begründet, daß die Gruppen des Wilnaer Untergrunds keineswegs so weit entfernte Ziele anstrebten wie die Veränderung der bestehenden Situation mit militärischen Mitteln, sondern daß sie vielmehr ganz naheliegende und praktische Zwecke verfolgten — wie etwa Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung, Fluchthilfe für polnische Offiziere in Internierungslagern, Beschaffung falscher Papiere, Hilfe beim »Untertauchen«, usw.<sup>183</sup>

Schon im Oktober 1939, als immer noch neue ephemere Gruppen entstanden, schälten sich aus dem allgemeinen Wust der Kleingruppen zwei bedeutendere Organisationen heraus. Die eine von ihnen stand unter Leitung von Senator Władysław Kamiński, die andere wurde von Świątnicki geleitet.

Kamińskis Gruppe hatte sich besonders unter der älteren Generation Einfluß verschaffen können, und sie setzte sich dementsprechend aus Legionären und aus Leuten der Sanacja zusammen. Der Sanacja-Charakter dieser Gruppe trat so deutlich hervor, daß sie sogar auf

andere von der Sanacja getragene Gruppen wie ein rotes Tuch wirkte.<sup>184</sup> Andererseits verfügte diese Gruppe über so viel Geld und Material, daß man sie nicht gut übergehen konnte. Sie bildete sowohl aufgrund der politischen Herkunft als auch durch die unauffällige Weise, mit der sie sich bemerkbar machte, einen deutlichen Gegensatz zur politisch-militärischen Gruppe von Świątnicki, die seit dem Oktober sehr lautstark und mit manchen Übertreibungen auf sich aufmerksam machte.<sup>185</sup> So verbreitete sie beispielsweise das für ihre Aspirationen typische Gerücht, sie stehe mit der Exilregierung in Verbindung und »sei auf Wilnaer Boden die einzige legale Unabhängigkeitsorganisation, der sich alle anderen Organisationen dieses Charakters zu unterstellen hätten.«<sup>186</sup>

Zur programmatischen Bekräftigung dieses Anspruchs trat Świątnickis Gruppe unter dem Namen »Regierungskommissariat« (Komisariat Rządu, KR) auf. Wenn auch die parteiliche Bindung des KR nicht recht zu erkennen war, so bestand doch kein Zweifel an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Sanacja. Im Hinblick auf diese grundsätzliche Einstellung war es freilich eine befremdliche Tatsache, daß die Militärorganisation des KR von dem ehemaligen Legionär Oberst Adam Obtułowicz geleitet wurde. Vielleicht hatte bei dieser Wahl die fachliche Tüchtigkeit von Obtułowicz alle Bedenken hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit verstummen lassen; vielleicht auch erschien Obtułowicz deshalb tragbar, weil das Übergewicht der politischen Seite im KR die Abkehr von der Sanacja gewährleistete.

Ebensowenig, wie eine dieser beiden Organisationen die Oberhand über die andere gewinnen konnte, schien ein Ausgleich zwischen ihnen im Sinne eines friedlichen Kompromisses möglich. Dieses Patt löste sich erst, als im November 1939 die SZP Tokarzewskis von Warschau aus Kontakte mit Wilna aufnahm. Im Laufe des Oktober 1939 war von Tokarzewski eine komplette Führungsequipe nach Wilna geschickt worden: Oberst Gaładyk als Kommandant des Wilnaer Distriks, Oberst Sulik als sein Stellvertreter und Major Krzyżanowski als Adjutant.<sup>187</sup> Als die Equipe die litauische Grenze überschritt, geriet sie unter Beschuß von Seiten litauischer Grenz-wachen und wurde zerstreut.

Erst Anfang Dezember 1939 tauchte Major Krzyżanowski (»Andrzej Wesołowski«), der Adjutant der zerstreuten Equipe, in Wilna auf. Er kannte sich in Wilna gut aus<sup>188</sup> und nahm mit Kucharskis Hilfe sofort Kontakt zu verschiedenen Widerstandsorganisationen auf. Mitte Januar 1940 gelangte auch der als stellvertretender Kommandant vorgesehene Oberst Sulik nach Wilna; er befand sich in

Begleitung der Kurierin »Ola«, der Rowecki das Organisationsstatut des ZWZ und die Ernennung von Oberst Obtulowicz zum Kommandanten des Wilnaer ZWZ-Distrikts mitgegeben hatte. Als Vertreter von Obtulowicz hatte Rowecki Oberst Sulik vorgesehen.<sup>189</sup>

Die Kurierin gelangte mühelos zum KR Świątnickis, bei dem Obtulowicz die Militärabteilung leitete. Dort händigte sie Obtulowicz im Beisein von Świątnicki und anderen Mitgliedern des KR die Ernennung und das Statut aus und begab sich zu Kucharski, dem sie davon Bericht erstattete. Kucharski nahm die Ernennung von Obtulowicz mit allen Anzeichen des Entsetzens auf – und zwar aus zwei Gründen: einmal war durch die Art der Nominierung<sup>190</sup> der neue ZWZ-Kommandant schon weitgehend enttarnt, zum anderen wurden schon zu diesem Zeitpunkt in der Bevölkerung Stimmen laut, die sich mit der Vergangenheit von Obtulowicz kritisch auseinandersetzten. Dabei ging es um seine Legionszugehörigkeit, um die Tatsache, daß er im September 1939 aus Wilna kampflos geflüchtet war, und um sein Verhalten im Internierungslager von Połoga.<sup>191</sup> Als Kucharski Obtulowicz dieser Dinge wegen zur Rede stellte, konnte dieser sich offenbar dem Gewicht der Vorwürfe nicht entziehen; jedenfalls händigte er Kucharski seine Ernennungsurkunde und das ZWZ-Statut aus und stimmte der von Kucharski vorgeschlagenen Nominierung von Oberst Sulik zum neuen ZWZ-Kommandanten von Wilna zu.

Der Rücktritt von Obtulowicz, der den ZWZ in den Augen der Parteien und Militärgruppen vom Sanacja-Verdacht reinigte, machte den Weg für die von Kucharski wohl schon lange geplante Einigung des Wilnaer Untergrunds frei. Kucharski berief nun im Kolleg des Jesuitenordens eine Sitzung ein, an der auch Obtulowicz trotz der persönlich bitteren Zurücksetzung teilnahm. Die eigentliche Bedeutung dieser Sitzung lag jedoch in der Teilnahme von Oberst Sulik als dem neuen ZWZ-Kommandanten, von Major Krzyżanowski, Dr. Jan Dobrzański als Vertreter der PPS, Senator Kamiński als Sanacja-Vertreter und Karol Zieliński als Vertreter der Jugendorganisationen.<sup>192</sup>

Kucharski betonte die Notwendigkeit einer organisatorischen Einigung und Koordinierung der Unabhängigkeitsbewegung in Wilna, wobei er alle Gruppen um Loyalität gegenüber der Exilregierung und, in streng militärischer Hinsicht, gegenüber dem – wie Kucharski sich fälschlich ausdrückte – »Hauptquartier« des ZWZ in Warschau ersuchte. Dabei sollten folgende Grundgedanken für alle Wilnaer Gruppen verpflichtend sein:

- »1. Wir alle dienen der einen wichtigsten Sache: der Erlangung der Unabhängigkeit, und zwar ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit der jeweiligen Gruppe.
2. Für diesen Dienst akzeptieren wir niemanden, der sich in den Vorgängen vom September nicht als guter Pole bewiesen hat.
3. Die Vergangenen rufen wir auf keinerlei Weise wieder wach, und ihretwegen werden wir mit niemandem abrechnen.
4. Zukunftspläne vertagen wir auf den Zeitpunkt, an dem die Unabhängigkeit errungen ist, damit nicht politische Differenzen unseren Geist der Einigkeit zerschlagen.«<sup>193</sup>

Diesen Grundsätzen, die die Notwendigkeit organisatorischer Einigung in Form eines »Burgfriedens« propagierten, stimmten alle Konferenzteilnehmer zu; auch der Kommandowechsel von Oberst Obtulowicz auf Oberst Sulik wurde allgemein gebilligt.

Daraufhin entwickelte Kucharski ein festes Organisationsprogramm: Sulik sollte sowohl einen festen Stab für die militärischen als auch einen »Wojewodschaftsrat« für die politischen Belange ins Leben rufen. In den ZWZ-Stab sollten Führungsmitglieder aus den auf dieser Sitzung repräsentierten Gruppen berufen werden, während sich die Tätigkeit der Gruppen selbst an den vier Punkten der Grundsatzserklärung orientieren sollte. Kucharski erwartete von dieser Absprache, deren Kompromiß-Charakter unverkennbar war, daß sie auch längerfristige Wirkungen für die angestrebte Konsolidierung haben würde. Wenn er auch mit seinem Organisationsschema vorerst noch den ausgeprägten Autonomie-Wünschen der einzelnen Gruppen Rechnung trug, so strebte er doch eine Zentralinstanz an, »die allen Gruppen vorgesetzt sei und die sich künftig zu einer zentralen Organisation entwickeln würde«.<sup>194</sup>

Wenngleich Kucharski damit unter dem Namen des ZWZ eine Föderation von Gruppen heterogenen Charakters erreicht hatte, die ihrem Charakter nach im Widerspruch zu Sosnkowskis Instruktion Nr. 1 stand,<sup>195</sup> so war doch wenigstens überhaupt erst einmal ein Ansatz zu organisatorischer Einheit und Ordnung geschaffen. Darüber hinaus schien die Stellung des Distriktskommandanten Sulik, dem man im Gegensatz zu der nur beratenden Kompetenz des »Wojewodschaftsrats« »beinahe diktatorische Gewalt«<sup>196</sup> zuerkannt hatte, ein sehr förderliches Element für das schnelle Zusammenwachsen des ZWZ zu einer einheitlichen und homogenen Organisation zu sein. Tatsächlich bewirkten die Absprachen, daß Oberst Sulik seine Tätigkeit in einer relativ harmonischen Atmosphäre entfalten konnte. Die ihm zuerkannte Kompetenz war »ein Element der Ordnung, des

Gleichgewichts und der organisatorischen Harmonie, dem er mit seinem pädagogischen Gespür ein breites Feld öffnete«. <sup>197</sup>

Dennoch gab es auch jetzt noch leise Mißklänge, etwa durch die Tatsache, daß Oberst Sulik von Warschau aus zur Sanacjagruppe von Kamiński gekommen war, den er nun zu seinem Stellvertreter ernannte — »was später den Prozeß der Koordinierung anderer Gruppen von unterschiedlichem politischem Gesicht erschweren sollte.« <sup>198</sup>

Das Stadtkommando erhielt der von Kucharski überspielte Oberst Obtulowicz, der seinerseits Leutnant Herk zu seinem Adjutanten berief. Major Krzyżanowski wurde zum Adjutanten von Sulik ernannt, und auf ihm lastete die gesamte organisatorische Arbeit, da man Sulik nicht der Entdeckung aussetzen wollte.

Auch der Wojewodschaftsrat, der als beratendes politisches Organ dem ZWZ zur Seite stehen sollte, wies in seiner Besetzung zunächst ein Übergewicht der Sanacja auf: Senator Kamiński, Galiński (der frühere Sicherheitschef Wilnas) und Madeyski (der vordem den gleichen Posten in Warschau ausgefüllt hatte) vertraten die Sanacja-Gruppen; ihnen standen nur zwei Vertreter der anderen Parteien gegenüber: Dr. Dobrzański von der PPS und Pfarrer Swirkowski, der zwar Mitglied der SN war, jedoch nicht seine Partei vertrat, sondern von Erzbischof Jalbrzykowski in den Wojewodschaftsrat delegiert worden war. <sup>199</sup>

Aus der Frage der Vertretung der SN im Wojewodschaftsrat und aus der alten Gegnerschaft der Gruppe von Świątnicki gegen die Sanacja ergaben sich jedoch schon bald erhebliche Schwierigkeiten. Als nämlich die führenden Männer der SN <sup>200</sup> im Februar 1940 aus der litauischen Internierung entlassen wurden und nach Wilna zurückkehrten, verweigerten sie ihre Mitarbeit im Wojewodschaftsrat und die Überstellung ihrer Militärgruppen an den ZWZ. Diese Haltung, die die soeben mühsam geschaffene Einheit im Untergrund zu sprengen drohte, wurde von der SN mit der Doppelfunktion Kamińskis als Stellvertreter Suliks und als Repräsentant der Sanacja im Wojewodschaftsrat begründet.

Auf der Suche nach Bundesgenossen kam die SN mit Dr. Dobrzański von der PPS überein, die Aufnahme Świątnickis in den Wojewodschaftsrat zu fordern, um den Einfluß der Sanacja zurückzudrängen. Allerdings hatte der ZWZ gleichzeitig schon hinter dem Rücken von Świątnicki Verhandlungen mit dessen Militärgruppe geführt, die seit der Ernennung von Obtulowicz zum Wilnaer Stadtkommandanten des ZWZ von den Hauptleuten Olechnowicz und Pietraszewski geleitet wurde. Nach deren Zustimmung zur Eingliede-

rung der Militärabteilung des KR in den ZWZ war Świątnicki weitgehend entmachtet, »denn ohne die Militärgruppe stellte er in den Augen der Wilnaer Bevölkerung nichts dar.«<sup>201</sup>

Freilich mußte der ZWZ als Preis für die Unterstellung der Militärabteilung Świątnickis KR weitgehende Autonomie zugestehen. Die Erfüllung dieser Zusicherung konnte der ZWZ jedoch leicht hintertreiben, indem er Świątnicki mit den eigenen Mitteln ausbootete: Dieser erhob nämlich den Anspruch, im Wojewodschaftsrat die SN zu vertreten — übrigens ohne jede Berechtigung. Der ZWZ dagegen setzte die Aufnahme von Świeżewski als Vertreter der SN in den Wojewodschaftsrat durch und hatte damit nicht nur den bisherigen Widerstand der SN besänftigt, sondern auch Świątnicki vollends entmachtet.

Auf diese Weise hatte sich das Kräfteverhältnis im Wojewodschaftsrat im Verhältnis 2 : 3 zu ungunsten der Sanacja verschoben,<sup>202</sup> und eine Gefährdung der Einigungsbemühungen war nach der erfolgreichen Kaltstellung Świątnickis nun nicht mehr zu befürchten.

In der Zwischenzeit waren die Besetzung des Kommandos des ZWZ durch Oberst Sulik und die Bildung des Wojewodschaftsrats nach Warschau gemeldet worden. Rowecki reagierte auf diese Meldung mit einer erneuten Vollmacht für Oberst Obtułowicz als Kommandant des Wilnaer Distrikts; er ermächtigte ihn gleichzeitig, die Zusammensetzung des Wojewodschaftsrats als rechtmäßig zu bestätigen. Kucharski führte darauf wiederum Gespräche mit Obtułowicz, in denen er ihm die in der Bevölkerung umlaufenden Vorwürfe gegen seine Person in ihrer ganzen Schwere darlegte.<sup>203</sup> Gleichzeitig wies er darauf hin, daß es zwangsläufig zu einer Zersplitterung des ZWZ führen müsse, wenn ein ehemaliger Legionär das Kommando übernehme. Obtułowicz verschloß sich auch diesmal nicht den eindringlichen Vorstellungen Kucharskis und willigte ein, Oberst Sulik in seinem Kommando zu belassen. »Aber im Herzen von Sulik blieb ein Stachel zurück, weil er in diesem Verhalten des Hauptquartiers einen Mangel an Vertrauen in ihn sehen mußte oder im besten Falle ein abgekartetes Spiel, weil die Leitung des ZWZ offenbar nach wie vor in den Händen ehemaliger Legionäre bleiben sollte.«<sup>204</sup>

Roweckis Insistieren auf der Gültigkeit der Nominierung von Obtułowicz geschah weder wegen irgendeines Mißtrauens gegenüber Sulik noch etwa, weil Rowecki die Sanacja am Ruder halten wollte. Vielmehr war Rowecki über die komplizierten Vorgänge in Wilna nicht genau im Bilde, und er wollte sich vermutlich den — in seinen Augen — selbstherrlich beschlossenen Kommandowechsel nicht auf-

zwingen lassen. Als er aus Wilna jedoch erneut die Nachricht erhielt, daß allein Sulik eine kontinuierliche Fortführung der Arbeit des ZWZ gewährleiste, stimmte er dann auch der Ernennung von Sulik zu<sup>205</sup> und gab Obtulowicz den von verständnisvollen Überlegungen zeugenden Befehl, Wilna zu verlassen und als einstweiliger Kommandant den Bezirk Nowogródek in der sowjetischen Okkupationszone zu leiten.<sup>206</sup>

In Nowogródek wurde Obtulowicz verraten und vom NKWD zu Verhören nach Moskau gebracht. Auf dem Rückweg konnte er zwar in Sukna fliehen und sich dort verbergen, aber in der Konspiration spielte er danach keine Rolle mehr.<sup>207</sup>

Der von Warschau aus als Nachfolger von Obtulowicz nominierte »Powala« wandte sich völlig anderen Dingen zu als der Arbeit für den ZWZ. Schließlich sah Oberst Sulik sich gezwungen, ihn des Kommandos zu entheben und ihn aus dem ZWZ auszustoßen.<sup>208</sup> Damit war die Arbeit des ZWZ im sogenannten westlichen Weißrußland auf einem toten Punkt angelangt.

Eine besondere Schwierigkeit für den Wilnaer ZWZ lag in der Misere der Verbindungen zu Rowecki in Warschau und zur Exilregierung auf dem Wege über die Base ANNA, die ursprünglich in Kowno stationiert war, dann aber aus konspirativen Erwägungen heraus Ende Januar 1940 nach Stockholm verlegt wurde, wo sie als legale Residentur im Dienstsitz des polnischen Militärattachés eingerichtet wurde. Zum Kommandanten von ANNA hatte die Exilregierung Oberstleutnant Tadeusz Rudnicki ernannt, der im Dezember 1939 mit einem Bericht über Tokarzewskis SZP nach Angers gelangt war.<sup>209</sup> Da das litauische Okkupationsgebiet gemäß den Beschlüssen der Exilregierung, denen zufolge dort die Arbeit des ZWZ untersagt war, keinem Okkupationskommandanten unterstellt war, war ANNA für dieses Gebiet direkt zuständig.<sup>210</sup>

Die anfangs freudige Reaktion des Wilnaer ZWZ auf die Einrichtung von ANNA<sup>211</sup> zeigt, daß man sich von ihr eine erhebliche Verbesserung wenigstens der Verbindung zur Exilregierung versprach. Gegenüber der Person von Rudnicki bestanden jedoch »von Anfang an Einwände«. <sup>212</sup> Diese nicht spezifizierten Vorbehalte gegen Rudnicki bestätigten sich in den Augen Wilnas, als er im Sinne seiner Weisungen keinerlei Kontakt mit dem ZWZ aufnahm.

In Wilna beklagten führende Mitglieder des ZWZ, daß Rudnicki »die Angelegenheiten des ZWZ fast überhaupt nicht interessierten«, daß er die Privatangelegenheiten einiger Personen verfolgte und sein Hauptaugenmerk auf die Spionage richtete. »Kontakte mit uns erhielt

er nur ganz zufällig, und er sorgte sich nicht um ihre Pflege.«<sup>213</sup> Es besteht kein Zweifel, daß Rudnicki diese Vorwürfe nicht verdient hat; denn er hat sich im Konflikt zwischen dem faktischen Bestehen des ZWZ in Wilna und den Weisungen der Exilregierung kompromißlos für die Achtung des Organisationsverbots entschieden. Das Pendant zum Verhalten der Base ANNA findet sich in der Warschauer Reaktion auf die Weisungen der Exilregierung, in Wilna keinen ZWZ aufzubauen. Im März 1940, als Rowecki die Entscheidung der Exilregierung in dieser Sache erhalten hatte, brachen die bis dahin relativ lebhaften Kurierkontakte zwischen Warschau und Wilna ab. Bis zum Januar 1941 gab es dann nur noch ganz zufällige und sehr seltene Kontakte zwischen beiden Städten.<sup>214</sup>

Daraufhin suchte der Wilnaer ZWZ seine organisatorische Vereinigung auf abenteuerlichen und gewundenen Wegen zu vermindern. Teils unterhielt Major Krzyżanowski als stellvertretender Kommandant Kontakte über den Sekretär Preston mit der englischen Botschaft in Kowno, teils gingen Kontakte über die dortige japanische Botschaft. Freilich waren die Engländer alles andere als antisowjetisch eingestellt, und das Verbindungssystem des ZWZ zur englischen Botschaft war zudem noch mit zwielichtigen Leuten durchsetzt.<sup>215</sup> Auch die von der japanischen Botschaft in Kowno gezeigte Bereitschaft, Berichte des ZWZ an die Exilregierung zu befördern, war erwiesenermaßen ein Danaer-Geschenk, da die Japaner stets in Berlin Station machten, wo der deutsche Sicherheitsdienst die Dokumente ohne Schwierigkeiten ablichten konnte.<sup>216</sup>

Unter dem Eindruck dieser aufgezwungenen Isolierung begann der Wilnaer ZWZ, sich hauptsächlich den inneren Problemen dieses Gebiets zuzuwenden. Grundsätzlich stand dabei der Anspruch Polens auf Wilna im Vordergrund, der von der Gruppe der sogenannten »Einheimischen« (krajowcy) um Józef Mackiewicz, Prof. Zygmunt Jundziłł und Witold Staniewicz (Redakteur des »Kurier Wileński«) lebhaft bestritten wurde. Pfarrer Kucharski wurde vom Wojewodschaftsrat beauftragt, dagegen einzuschreiten, und er erklärte besonders Staniewicz, daß seine diesbezüglichen Artikel »vom polnischen Standpunkt aus verbrecherisch«<sup>217</sup> seien. Auch zur Frage der Staatsbürgerschaft nahm der ZWZ in vielen Flugblättern Stellung, als sich die Fälle zu mehren begannen, daß polnische Bürger aus Gründen der Opportunität und der Angst für die litauische Staatsbürgerschaft optierten.<sup>218</sup>

Mit der Betonung dieser Interessenlage war der ZWZ auf das Gebiet ephemerer Propaganda abgedrängt worden. Das entsprach frei-

lich genau »der Politisierung in der Militärarbeit, die ihre ganze Schwäche darstellte«<sup>219</sup> und die ihre Wurzeln in der Verflechtung des ZWZ mit der Tätigkeit des Wojewodschaftsrates hatte. Dagegen mußte die bisher geleistete Aufbau- und Vereinigungsarbeit des ZWZ als außerordentlich positiv und erfolgreich angesehen werden. Man hatte in Wilna keine Massenwerbung eingeleitet, sondern die Untergrundbewegung hatte sich auf die sogenannte »Kader«-Arbeit verlegt. Angesichts dieses durchaus vorsichtigen Verhaltens ist der für Wilna-Stadt zahlenmäßig mit »ca. 250 Mitgliedern: Offiziere und nationale Jugend«<sup>220</sup> belegte Stand des ZWZ in etwa ein Anhaltspunkt für seine Bedeutung. Zusätzlich sollte man wohl bedenken, wie dünn die Trennungslinie zwischen ordentlichen ZWZ-Mitgliedern und nicht vereidigten Sympathisanten und Helfern war,<sup>221</sup> so daß man den ZWZ vielleicht weniger als ein militärisches denn vielmehr als ein gesellschaftliches Element von erheblichem Rang und Einfluß bezeichnen kann.

## 8. Der Kampf des ZWZ um militärische Suprematie

In der Instruktion Nr. 1 hatte der ZWZ in lakonischer Form den Auftrag erhalten, sich alle militärischen Untergrundorganisationen und Kleingruppen auf polnischem Boden zu unterstellen. Dabei hatte Sosnkowski als Oberkommandierender des ZWZ ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der ZWZ »kein Sammelverband verwandter Organisationen« sein dürfe; vielmehr müsse er seine homogene Struktur als Instrument der Exilregierung bewahren und zu diesem Zweck notfalls »die Zellen aller anderen Kampforganisationen rücksichtslos ausmerzen«.<sup>1</sup>

Rowecki, dem die Exilregierung über diesen generellen Befehl hinaus keine spezifischen Auflagen für die praktische Ausführung gemacht hatte, war mit dem Problem schon aus seiner Zeit als Stabschef der SZP vertraut. So erklärt es sich, daß er schon eine Woche nach Empfang der Instruktion Nr. 1 einen bis in Einzelheiten durchdachten Plan zur Lösung dieses Problems vorlegen konnte. In seiner Instruktion an die Wojewodschaftskommandanten<sup>2</sup> der Militärregionen 1 bis 5 gab Rowecki genaue Anweisungen, wie die Eingliederung der Einzelgruppen ins Werk gesetzt werden sollte.<sup>3</sup> Er teilte dieses — an der Situation des Untergrunds gemessen — sehr dringliche Organisationsvorhaben in drei zeitlich aufeinanderfolgende Phasen ein.

In der ersten Phase bis zum 15. März 1940 sollten sehr vorsichtige

Kontakte zu den Kampforganisationen angeknüpft, ihr organisatorischer Zustand durchleuchtet und dabei folgende Momente beurteilt werden: »personelle Zusammensetzung (Führung, Stab und Truppe), Wirkungsbereich und Waffenbesitz«.4 Über das Ergebnis sollten Berichte für Rowecki verfaßt werden, in denen die Gruppen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit in drei Grade einzustufen waren: hervorragend geeignet, ordentlich, ohne Bedeutung. Während der zweiten Phase vom 15. März bis zum 31. Mai 1940 sollten die auf diese Weise klassifizierten Gruppen entweder in den ZWZ eingegliedert oder aufgelöst werden. In Erwartung der darin liegenden Schwierigkeiten forderte Rowecki, daß ihm die Namen solcher Organisationen angegeben würden, die »zwar einen Befehl zur Auflösung erhalten haben, die aber dem Befehl nicht gehorchen«.5 Die dritte Phase war zeitlich nicht fixiert. In ihr sollte der allgemeine Aufstand des ZWZ gegen die Okkupationsmächte erfolgen.6

An diesem Drei-Phasen-Plan kommt dem mittleren Teil das größte Interesse zu, da an seinen Einzelheiten die Vorstellungen Roweckis von der strukturellen Beschaffenheit des ZWZ implizit deutlich werden. Die als »hervorragend geeignet« klassifizierten Organisationen sollten partiell dem ZWZ eingegliedert werden, und zwar so, daß aus ihren niedrigen Chargen Spezialeinheiten entstehen sollten, »die den Kern für die diversionistische Aktivität während der Dauer der Okkupation bilden würden, wie auch Kampfeinheiten, die sich auf den Kampf gegen den Okkupanten7 im Augenblick des Alarms [d. h. im Augenblick des Ausbruchs des nationalen Aufstands] vorbereiten«.8 Aus dem Überschuß an Staboffizieren und anderen Führungskräften im Offiziersrang sollten Personalreserven aufgebaut werden.9

Die unter dem Rubrum »ordentlich« eingeordneten Organisationen waren dagegen der Reserve des ZWZ zuzuführen. Nur die Kommandanten dieser Organisationen und ihre Stellvertreter sollten als einfache Mitglieder des aktiven Dienstes auf den ZWZ vereidigt werden.10 Die als »bedeutungslos« klassifizierten Organisationen sollten jedoch bis zum 31. Mai 1940 aufgelöst werden, ganz im Sinne von Sosnkowskis Anweisung, diese Gruppen »rücksichtslos auszumerzen«.

Dieses Programm hatte zunächst eine Zweiteilung des ZWZ zur Folge. Die »Mitglieder des ZWZ« bildeten den aktiven Kern. Zu ihnen gehörten die Kommandanten und Stäbe der Militärregionen, der Gebiete, der Bezirke (obwody) und der örtlichen Zellen (placówki); hinzu traten die Mitglieder von Spezialeinheiten für diversionistische Aktionen während der Dauer der Okkupation und die Mannschaften der »nach operativen Bedingungen und taktischen Gründen«11

dislozierten Alarminheiten. Die »Reserve« des ZWZ stellte ein Reservoir für den Ersatz ausgefallener Mitglieder des ZWZ dar. Geschlossen sollte sie erst im Augenblick des Aufstandsbeginns in Aktion treten. Während der Okkupationszeit bildete sie »gleichsam eine Art von Schirm für den ZWZ«. <sup>12</sup> Aus den in der Reserve vorhandenen Berufs- und Reserveoffizieren sollten beim Ausbruch des Aufstands Spezialeinheiten formiert werden. <sup>13</sup> Diese waren die Kader der Reserve, die die gewöhnlichen Reservisten »aufsaugen« sollten. Der aktive Dienst und seine Reserve bauten theoretisch auf der Masse der aufstandswilligen Bevölkerung auf, die Rowecki als »das Allgemeine Aufgebot des ZWZ« <sup>14</sup> bezeichnete. Die Konturen dieser aufstandswilligen Bevölkerung waren allerdings recht vage. Im Grunde verstand Rowecki darunter die gesamte Bevölkerung, soweit sie nicht in das Schema von aktivem Dienst oder Reserve hineinpaßte und soweit sie nicht von den politischen Parteien erfaßt wurde. Der Terminus »Allgemeines Aufgebot« (*pospolite ruszenie*) verweist auf die Wehrverfassung der alten Republik, in der wegen des auf ein Minimum beschränkten stehenden Heeres die Verpflichtung des Adels zur Heeresfolge die eigentliche Wehrkraft Polens garantierte.

Zwar nahmen sich diese Pläne Roweckis hinsichtlich der Masse der polnischen Bevölkerung im Januar 1940 wohl wie ein zu großer Schuh aus, in den der ZWZ erst noch würde hineinwachsen müssen; die allgemeine Entwicklung in Polen nahm jedoch schon bald einen Verlauf, der Roweckis Zukunftsvisionen nachdrücklich bestätigte. So berichtete der Kommandant von ROMEK, Oberst Alfred Krajewski, auf der Belgrader Konferenz von Ende Mai 1940: »Was die sogenannte Masse angeht, so muß man konstatieren, daß keine der etablierten Parteien über sie verfügt. Die Masse beginnt, den Politikern davonzulaufen, weil sie nicht in Erfahrung bringen kann, welchen Platz sie im künftigen Polen einnehmen wird. Das schuf die günstige Konjunktur für die Militärorganisation, und das erklärt [auch] die große Anzahl von Militärorganisationen.« <sup>15</sup>

Damit der ZWZ diesen Zustrom ohne Schaden für seine Struktur auffangen konnte, plante Rowecki, die Verbindung mit der breiten Bevölkerung durch Vertrauensleute herzustellen; durch sie sollte die Bevölkerung dann auch das »Signal zum allgemeinen Vorgehen gegen den Okkupanten« <sup>16</sup> erhalten. Man wird urteilen müssen, daß diese Nähe und zugleich Ferne, in der die Masse der Gesellschaft zum ZWZ stehen sollte, ein ungemein zweckmäßiges Balance-Instrument war; denn während die Ferne der Bevölkerung den ZWZ von allem aus Verzweiflung herrührenden Druck frei hielt, <sup>17</sup> konnte seine Führung

durch die Vertrauensleute auf ein breites Menschenpotential zurückgreifen und dadurch eine geregelte Werbung von Mitgliedern für den aktiven Dienst sichern. Die Gebietskommandanten wurden von Rowecki angewiesen, bis zum 31. Mai 1940 »das Skelett der Organisation und der Verbindungen wie auch die Methoden der konspirativen Arbeit zu vervollkommen«. <sup>18</sup> Erst nach der Sicherung dieses organisatorischen Rahmens sollte offenbar mit der konkreten Arbeit unter der aufstandsbereiten Bevölkerung begonnen werden.

Ein Vergleich dieser Anweisungen Roweckis mit Sosnkowskis Instruktion Nr. 1 macht vollends deutlich, daß Rowecki die rigorosen Vorstellungen zur Liquidierung der anderen Militärorganisationen, wie sie der Instruktion Nr. 1 zugrunde lagen, durch ein sorgfältig ausgearbeitetes Projekt modifizieren wollte. Damit schätzte er Lebenswillen und Beharrungskräfte dieser Einzelorganisationen gewiß realistischer ein als das Oberkommando in Paris. Denn als Rowecki sich an die Aufgabe der Eingliederung von Einzelgruppen in den ZWZ machte, hatten diese schon drei Monate lang den Gefahren der Aufdeckung durch die Okkupationsmächte getrotzt. Sie hatten sich innerlich konsolidiert, und die größeren unter ihnen verfügten bereits über einen breiten territorialen Einflußbereich. Darüber hinaus hatten sie Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die den Zugang zu ihnen außerordentlich erschwerten. Der hartnäckige Widerstand, den die Einzelgruppen ihrer Einordnung in den ZWZ entgegensetzen sollten, resultierte nicht zuletzt daraus, daß eine solche Eingliederung ihrer Auflösung gleichkam. Zum einen waren ihre Einflußbereiche durchweg von anderem territorialem Zuschnitt als die Gliederung des ZWZ in Militärregionen. Das bedeutete von vornherein ein Zerschlagen der Arbeitsform, die sich die Gruppen in monatelanger Arbeit aufgebaut hatten. Zum anderen zielte Roweckis Programm nicht nur auf die Eingliederung, sondern auch auf die personelle Zerstückelung der mühsam erarbeiteten Struktur der Gruppen: »Sind sie erst einmal eingliedert, so kennen sie von ihrer früheren Organisation nur noch den Namen.« <sup>19</sup>

Ein zweites Problem, das in der Folgezeit noch erheblich an Gewicht gewinnen sollte, lag in der Frage der Autorität Roweckis gegenüber den kleineren Gruppen. Offenbar hatte Rowecki keine ordentliche Ernennungsurkunde erhalten, durch die er sich als der Beauftragte der Exilregierung hätte ausweisen können. Jedenfalls bat Rowecki die Exilregierung am 19. Januar 1940 in sehr dringlichem Ton, dieses Versäumnis nachzuholen: »Ich bitte um die schnellstmögliche Übersendung meiner schriftlichen Ernennungsurkunde, die vom Ober-

kommandierenden und vom Regierungschef unterzeichnet sein und das Staatssiegel tragen muß . . . , weil bei der Unterstellung von Gruppen eine Reihe von Schwierigkeiten auftreten. Es gibt Organisationen, die zwar für die Konspiration gut geeignet sind, sich aber nicht unterstellen wollen, weil deren Führungsspitzen sämtlich behaupten, sie handelten aufgrund einer Ermächtigung durch den Regierungschef. . . . Die Liquidierung oder Unterstellung einer Reihe von Organisationen auf dem Heimatgebiet dauert noch Wochen oder möglicherweise sogar Monate, und der Ehrgeiz dieser Leute . . . wird besonders unter solchen Umständen die Konspiration behindern.«<sup>20</sup>

Ein wesentliches Zentrum des Widerstands gegen die Bemühungen Roweckis hatte sich um den Redakteur Ryszard Świątochowski gebildet, dessen Vater Aleksander Świątochowski den polnischen Positivismus begründet hatte. Ehe Sikorski am 8. September 1939 Warschau verließ, hatte er noch eine Besprechung mit Świątochowski unter vier Augen gehabt.<sup>21</sup> Über die Gesprächsthemen fehlen alle quellenmäßigen Bezeugungen. Aufgrund dieser Konferenz dürfte Świątochowski das Bewußtsein gehabt haben, der Vertrauensmann Sikorskis in Warschau zu sein. Sikorski, dessen militärisch erfahrenem Gespür sich der katastrophale Verlauf des Krieges nach der ersten Septemberwoche schon andeutete, wollte verständlicherweise einen Gewährsmann in Warschau haben, der ihn über die zu erwartenden Umwälzungen ins Bild setzen würde. Keinesfalls können dagegen zu diesem Zeitpunkt schon Überlegungen eine Rolle gespielt haben, die das künftige Avancement Sikorskis zum Premier der Exilregierung voraussahen und die daher dem Kontakt zwischen Sikorski und Świątochowski einen semi-offiziellen Charakter gegeben hätten.<sup>22</sup>

Als Sikorski jedoch Anfang Oktober 1939 begann, die Geschäfte des Premiers und Oberbefehlshaber zu führen, erhielt die Beziehung Świątochowskis zu Sikorski automatisch einen offiziöseren Charakter. Das stieg Świątochowski zu Kopf und veranlaßte ihn, daraus politisches Kapital zu schlagen. Hatte es sich vordem nur um eine reine Gefälligkeit Świątochowskis gehandelt, die ihn ehrte und Sikorskis Nutzen eintrug, so apostrophierte Świątochowski sich nun als »Vertrauensmann des Premiers« und münzte die unter ganz anderen Voraussetzungen zustande gekommene Verbindung mit Sikorski in entsprechende Autorität um.<sup>23</sup> Außerdem konnte Świątochowski seine Behauptung, er arbeite im Auftrag der Exilregierung, um so leichter glaubhaft machen, als ihm zeitweise von der Exilregierung offenbar erhebliche Geldsummen zur Verfügung gestellt wurden.<sup>24</sup> In einer apologetisch motivierten Schrift Innenminister Kots von Mitte 1941

heißt es, Świętochowski habe diese Gelder »mit allgemeinen Direktiven für die Weiterleitung«<sup>25</sup> erhalten. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß diese Gelder »auf wunderliche Weise«<sup>26</sup> verwendet wurden. Insgesamt sind mehrere Millionen Złoty durch die Hände Świętochowskis geflossen.<sup>27</sup>

Die erste Organisation, die Świętochowski mit diesen Geldern der Exilregierung aufgebaut hatte, war das sogenannte »Politische Büro« (Biuro Polityczne, BP), eine kleine Beobachtungsgruppe, die Informationsmaterial »für die Bedürfnisse der Regierung sammelte und registrierte; dadurch war das BP anfangs . . . ein Bindeglied zwischen Heimat und Regierung«.<sup>28</sup> Die Gründung des BP war in der gleichen Zeit erfolgt, in der Tokarzewski sich bemühte, den politischen Rat bei der SZP aufzubauen.<sup>29</sup> Da das BP mit dem Anspruch auftrat, eine »Nebenstelle oder politische Delegatur von Premier und Oberbefehlshaber Sikorski«<sup>30</sup> zu sein, mußte es zwangsläufig in einen schroffen Gegensatz zu Tokarzewskis Arbeit geraten, der sich mit seiner Ermächtigung durch den Rómmel-Befehl auf die Autorität eines Vertreters der Vorkriegsregierung stützte. Folgerichtig behauptete Świętochowski von der SZP, sie sei »die Ankündigung für die Wiederkehr eines neuen POW«.<sup>31</sup>

Während Tokarzewski in mehr oder weniger enge Bindungen zu den drei Hauptparteien PPS, SL und SN eingetreten war, bemühte sich Świętochowski, der sich als Mitglied der SL ausgab,<sup>32</sup> um die Sammlung von Splittergruppen, die aus Unzufriedenheit von den Mutterparteien abgefallen waren. So boten die Hauptmitarbeiter des BP schließlich ein buntes Bild hinsichtlich ihrer politischen Herkunft: es waren dies der aus der SN ausgetretene ehemalige Vizebürgermeister Marian Borzęcki, Norbert Barlicki vom linken Flügel der PPS, der Ingenieur und Rektor des Warschauer Politechnikums Kazimierz Drewnowski, der Haller-Anhänger Orzechowski und Franciszek Kwieciński von der SP. Das BP war also ein ungemein heterogenes Gebilde, dessen Bindekraft hauptsächlich aus der Gegnerschaft zu den etablierten Parteien gewonnen wurde.

Eine Ausnahme machte nur die SP, die dem BP en bloc beigetreten war. Die Mitarbeit der SP konnte Świętochowski als einen beträchtlichen Erfolg ansehen, wenngleich die 1937 aus der Fusion von Christlichen Demokraten (ChD) und Nationaler Arbeitspartei (NPR) hervorgegangene SP mit ihrem katholisch gefärbten Gesellschaftsprogramm »keine bedeutende politische Kraft«<sup>33</sup> darstellte. Noch im September 1939 hatte sich Msgr. Zygmunt Kaczyński, einer der leitenden Männer der SP, nach Rumänien begeben und dort An-

fang Oktober von der Bildung der Exilregierung unter dem SP-Mitglied Sikorski erfahren.<sup>34</sup> Aufgrund dieser neuen Situation bemühte sich die SP dann nicht um Mitarbeit im Politischen Rat der SZP, obgleich sie eine entsprechende Einladung von Tokarzewski erhalten hatte, sondern schlug sich lieber auf die Seite Świątchowskis, dessen Beziehungen zu Sikorski offenbar hinlängliche Gewähr dafür boten, daß die Zusammenarbeit mit dem BP einer Unterstützung der Exilregierung gleichkam. Diese Bindung der SP an das BP wurde erst im Juni 1940 auf ausdrücklichen Wunsch der Exilregierung gelöst.

Freilich befriedigte das relativ kleine BP den Ehrgeiz Świątchowskis nicht. So begann er, nach Militärgruppen Ausschau zu halten, die für seine hochfliegenden Pläne geeignet waren; und schon im Januar 1940 gelang es ihm, eine Körperschaft ins Leben zu rufen, die den Namen »Zentralkomitee der Unabhängigkeitsorganisation« (Centralny Komitet Organizacji Niepodległościowych, CKON) trug. Es handelte sich dabei, wie der Name schon zum Ausdruck bringt, um eine Föderation lockeren Charakters, in der sich mehrere Militärorganisationen zusammengeschlossen hatten, ohne damit ihre organisatorische Selbständigkeit aufzugeben. Der Umstand, daß die Mitarbeit im CKON die organisatorische Selbständigkeit der jeweiligen Gruppe nicht ausschloß, war zweifellos die attraktivste Qualität des CKON. Darüber hinaus hatten diese Gruppen jeweils noch spezifische Gründe zum Beitritt, die im Folgenden dargestellt werden sollen. Dabei wird sich zeigen, daß der Fächer der Motivationen weit gespannt war.

Zu den wichtigsten Gruppen im CKON zählten die »Muszkietrzy« Stefan Witkowskis (»Tenczyński«).<sup>35</sup> Der Grundstock dieser Gruppe hatte sich schon in der Zeit der Septemberkampagne in Form einer selbständigen Abteilung bei der Division »Kobryń« zusammengefunden, die dem von General Kleeberg kommandierten Armeekorps unterstand.<sup>36</sup> Aus Teilen dieser selbständigen Abteilung gründete Anfang Oktober 1939 Oberst Epler zusammen mit seinem Unterkommandanten Witkowski eine konspirative Militärorganisation in Warschau. Als Epler wenig später nach Krakau reiste, um dort den militärischen Widerstand zu organisieren,<sup>37</sup> überließ er Witkowski das Kommando über die Organisation in Warschau. Im Dezember 1939 brach der Kontakt zwischen Epler und Witkowski vollends ab, da jener vor der Gestapo nach Ungarn flüchten mußte. »Witkowski wurde Kommandant — er nannte sich »Kapitän« — der Organisation, die von ihm »Regiment der Musketiere« (Regiment Muszkietarów) genannt wurde.«<sup>38</sup>

Witkowski, im Zivilberuf ein begabter Flugzeugingenieur, hatte sich

schon vor dem Kriege mit phantastischen Plänen an das GISZ und die für Spionage zuständige Abteilung II gewandt. Einer seiner Förderer war Präsident Mościcki gewesen, dessen Fürsprache Witkowski auch gewisse Gelder der Abteilung II verdankte.<sup>39</sup> Nach der Bildung der Exilregierung bemühte er sich alsbald um Kontakte mit der neuen Abteilung II in Angers, wo man allerdings geringschätzig meinte, er sei ein mit ungewöhnlicher Dreistigkeit und Suggestivität begabter Bluffer. Der Leiter der Abteilung II, Oberst Mayer, sagte ihm sogar »skrupelloses Verhalten und Vorgehen«<sup>40</sup> nach. Sosnkowskis Urteil vom Dezember 1940, das größeren Wert auf die konspirative Eignung Witkowskis legte, lautete dahin, daß dieser sich »bei der Arbeit chaotisch und sehr unvernünftig« aufführe. Seine Organisation könnte »nur unter vernünftiger Leitung und bei entsprechender Kontrolle positive Resultate erzielen«.<sup>41</sup>

Die ablehnenden Stimmen aus der Abteilung II erklären sich nicht allein durch das zweifellos vorhandene Mißtrauen der Professionellen gegenüber den Leistungen des Amateurs. Denn während Witkowski bis Mitte Dezember noch das Ziel bloßer Militärtätigkeit hatte,<sup>42</sup> deuteten sich schon bald seine »höheren« Ziele an, die einzig im Rahmen des CKON Erfüllung finden konnten. Witkowski wollte seine Organisation nun nämlich in der Hauptsache zu Spionage- und Verbindungszwecken verwenden.<sup>43</sup> Schon im Januar 1940 war diese neue Zielsetzung so vorherrschend geworden, daß er an Sikorski mit dem Unterton der Werbung berichtete: »Unsere derzeitige Arbeit läuft auf dem Gleis einer normalen Arbeit der Abteilung II. Dabei lassen wir uns allerdings von Gedanken leiten, die umfassender sind als die, denen die Abteilung II zu dienen hatte; wir befinden uns in der Phase der Organisierung von Gegenspionage.«<sup>44</sup>

Solche Ziele, die die Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit der »Muszkieterzy« voraussetzten, mußten allerdings mit den durch die Autorität der Exilregierung gedeckten Forderungen des ZWZ nach Unterstellung der Witkowski-Gruppe kollidieren, und das um so nachdrücklicher, als dem ZWZ das ausschließliche Recht auf Spionage zuerkannt worden war. Die daraus folgende offene Konfrontation mit dem ZWZ ließ sich durch die Zugehörigkeit der »Muszkieterzy« zum CKON verwischen, solange sich Świętochowski als Bevollmächtigter der Exilregierung ausgeben konnte. Nach Świętochowskis Gefangennahme ging freilich die legitimierende Wirkung der Mitgliedschaft im CKON verloren, und Witkowski begann folgerichtig, auf beiden Schultern zu tragen, indem er sich vom ZWZ subventionieren ließ, ohne dem CKON abzuschwören.<sup>45</sup> Darin mochte

auch das Interesse des CKON zum Ausdruck kommen. Denn Witkowskis »Muszkietrzy« erwiesen sich wegen der erstaunlichen Wendigkeit und Leistungsfähigkeit ihres ausgebauten Netzes für Auslandsverbindungen als schlechthin unentbehrlich.<sup>46</sup>

Eine zweite größere Militärgruppe, die sich unter das organisatorische Dach des CKON begab, war die »Polnische Geheimmarmee« (Tajna Armia Polska, TAP), die unter Leitung des Kavalleriemajors Jan Włodarkiewicz entstanden war.<sup>47</sup> In der letzten Phase des Septemberfeldzuges hatte Włodarkiewicz sich geweigert, eine ihm übertragene militärische Aufgabe auszuführen; statt dessen organisierte er eine eigene Abteilung, mit der er noch bis Mitte Oktober die Kampfhandlungen auf polnischem Boden fortsetzte. Unter dem Eindruck der Vergeblichkeit, den Krieg nach der Niederlage auf eigene Faust weiterzuführen, löste er zwar seinen Verband auf, begann aber umgehend »mit ausgesuchten Offizieren, Oberfeldwebeln und teilweise auch Unteroffizieren eine organisatorische Tätigkeit auf Warschauer Gebiet. Zu dieser Arbeit stießen auch andere Offiziere (unter denen es nicht an höheren Rängen fehlte) wie auch wichtige Zivilisten«.<sup>48</sup>

Im Hinblick auf Einzelheiten der Organisation ähnelte die TAP dem ZWZ außerordentlich. Sie hatte das 5er-Prinzip bei der Gruppenkonspiration angenommen, betrieb keine Massen-, sondern Kaderarbeit, und die Mitglieder der TAP mußten einen Eid leisten, der sie zur Wahrung von Zucht, Ordnung und Verschwiegenheit verpflichtete; weiterhin waren Pseudonyme eingeführt, und »die Gruppenleiter kommunizierten mit den höheren Organisationsführern nur durch Vermittlung von Adjutanten«.<sup>49</sup> Die Mitgliederzahl der TAP betrug im Mai 1940 ca. 8.000 Mann.<sup>50</sup>

Ihr Arbeitsgebiet beschränkte die TAP auf das Generalgouvernement, wobei die Werbung von Warschau aus konzentrisch in das Land getragen wurde. Die Ausbreitung des TAP-Netzes scheint besonders nach Süden in Richtung Krakau auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein; jedenfalls ist die Existenz einer Krakauer Abteilung der TAP erstmalig für den Spätherbst 1940 belegt.<sup>51</sup>

Włodarkiewicz hatte im Januar 1940 zwar Loyalitätserklärungen an die Adresse des ZWZ abgegeben,<sup>52</sup> war dann aber — hauptsächlich unter dem Einfluß von Witkowski — zum CKON gestoßen, das einen akzeptablen Ausweg aus der Alternative Unterstellung unter den ZWZ oder Absage an eine sich zur Exilregierung loyal verhaltende Existenz bot. Für die TAP wie auch für Witkowskis »Muszkietrzy« gewährte das CKON unter dem angeblichen Bevollmächtigten und künftigen Delegaten der Regierung die Chance, daß beide Organi-

sationen sich nicht mit dem ZWZ als dem militärischen Exekutivapparat der Exilregierung arrangieren mußten, sondern daß sie diese vorgeschaltete Stufe durch direkte Kontakte überspringen konnten, ohne die von ihnen vielfach bekundete Loyalität gegenüber der Regierung pro forma aufzukündigen. Im Hinblick darauf, daß sowohl Witkowski als auch Włodarkiewicz spätestens im März 1940 eindeutige Befehle erhielten, sich dem ZWZ zu unterstellen, enthüllt sich freilich ihr eigennütziges Wechselspiel zwischen ZWZ und CKON als eine Posse.<sup>53</sup> Der eigentliche Grund, aus dem heraus sich TAP und »Muszkieterzy« weigerten, sich dem ZWZ zu unterstellen, lag in ihrem unbedingten Willen, entgegen den deutlichen Befehlen der Exilregierung selbständig zu bleiben.

Eine dritte Gruppe, die sich dem CKON anschloß, war die »Polnische Militärorganisation« (Polska Organizacja Zbrojna, POZ)<sup>54</sup> und deren politische Dachorganisation, das »Raclawice«. Die POZ war aus Offizieren des 10. Infanterieregiments von Łowicz aufgestellt worden<sup>55</sup> und wurde wenig später durch den Zuzug einer Gruppe des ZOR noch verstärkt.<sup>56</sup> Im Frühsommer 1940 hatte die POZ außerdem die in Warschau, Lublin und Kielce<sup>57</sup> dislozierten Teile des »Verbands für bewaffnete Tat« (Związek Czynu Zbrojnego, ZCZ)<sup>58</sup> aufgenommen, der nach Verratsfällen und einer daraufhin erfolgten Verhaftungswelle aufgeteilt wurde. Dabei fiel die ZCZ-Zentrale an die TAP.<sup>59</sup>

Das »Raclawice« — schon der Name rief die Erinnerung an die alten bäuerlichen »Sensenmänner« hervor — war vom CZMW<sup>60</sup> aufgebaut worden und war eine Splittergruppe der SL. Wenn damit auch eine überwiegend politische Tätigkeit gewährleistet war, so besaß das »Raclawice« doch auch Militäreinheiten, die im Frühherbst 1940 teils dem ZWZ unterstellt wurden, teils jedoch — wie etwa der Krakauer Zweig — bei der POZ verblieben.<sup>61</sup>

Durch diese verwickelte und im einzelnen nicht durchschaubare Beziehung zwischen POZ und »Raclawice« hatte die POZ einige Abstriche an ihrem ursprünglich rein militärischen Programm vornehmen müssen. Die POZ, die unter der Leitung von Fabian Urbaniaś als Oberkommandierendem und Roman Tylko als Stabs- und Informationschef stand,<sup>62</sup> hatte sich ursprünglich mit einer damals ebenso beliebten wie aufschneiderischen Phrase als »militärischer Arm« der Exilregierung bezeichnet. Auch waren im Statut grundsätzlich nur militärische Aufgaben für die POZ vorgesehen: »Es ist Aufgabe der POZ, die polnische Nation für den bewaffneten Aufstand zu organisieren und vorzubereiten, und auch die Mittel zur Erkämpfung des

Endsieg bereitzustellen.«<sup>63</sup> Ganz allgemeine politische Ziele waren allerdings auch im Punkt 8 des Statuts beschrieben, wo es hieß, man wolle »der Anarchie, dem Bruderkampf und einer kommunistischen Verfassung wehren.«<sup>64</sup> Als jedoch das »Raclawice« die POZ immer stärker mit seinen Leuten zu durchsetzen begann, empfand die POZ ihre Beschränkung auf militärische Aktivität wohl als unnötigen Purismus. Außerdem legte der Beitritt der POZ zum CKON Świętochowskis, der den deutlichsten Beleg für den Einfluß von »Raclawice« in der POZ lieferte, einen solchen Umschwung nahe.

Das CKON hatte mit dem Beitritt der POZ nicht nur eine weitere Militärgruppe gewonnen, die ihm gegenüber dem ZWZ Ansehen und Gewicht verleihen konnte, sondern es hatte sich auch mit dem »Raclawice« eine politische Splittergruppe verpflichtet, die ihm gegenüber den etablierten Parteien – in diesem Fall gegenüber der SL – den Rücken stärkte.<sup>65</sup>

Neben diesen Hauptgruppen fanden noch mehrere Kleingruppen den Weg zum CKON, ohne daß sich eruieren ließe, aus welchen Motiven sie jeweils beitraten. Da es sich hierbei um zahlenmäßig unbedeutende und, soweit sie politischer Herkunft waren, um recht unprofilierte Gruppen handelte, deren Beitritt zudem erst im März und April 1940 erfolgte, als sich im CKON schon gewisse Ermüdungserscheinungen und separatistische Tendenzen zu zeigen begannen,<sup>66</sup> sollen diese Gruppen hier nicht behandelt werden.

Hinter Świętochowskis Bemühungen, durch die Schaffung des BP als einer politischen und des CKON als einer militärischen Gruppe seinen Einfluß geltend zu machen, stand ein klares politisches Programm. Im Zusammenhang mit dem Projekt der Delegatur der Exilregierung im Lande machte Świętochowski folgende Ausführungen, die zwar nicht programmatisch gemeint waren, die aber dessen ungeachtet die Strukturen im politischen Denken dieses Mannes klar genug herausheben: »Den Parteien ist entgegenzuhalten, daß unsere Regierung, die durch ihr bloßes Dasein Polen gerettet hat, so daß es Subjekt der gegenwärtigen historischen Vorgänge geblieben ist, und die von den Alliierten als rechtmäßige verbündete Regierung angesehen wird, das Recht hat, von den Bürgern in der Heimat Gehorsam zu verlangen und gegen parteilichen Separatismus einzuschreiten. Falls sie bei den Parteien oder anderswo auf Unruhestifter stößt, hat sie das Recht, mit der Bevölkerung unmittelbar in Kontakt zu treten. . . . Es handelt sich um die Nation, nicht um Parteigruppen. Diese hat ein unendlich größeres Gewicht.«<sup>67</sup>

Schon im November 1939 hatte Świętochowski bei der Exilregierung den Antrag gestellt, eine Delegatur im Lande einzurichten,<sup>68</sup> durch die sie ihre Macht, wie Świętochowski sie verstand, in der Heimat wirksam werden lassen sollte. In seiner heftigen Kritik an der Entscheidung, zuerst eine Militärorganisation ins Leben zu rufen und sich erst danach um die politische Delegatur in der Heimat zu kümmern, berief er sich darauf, daß »die Erfahrungen der vorigen Generation eine umgekehrte Reihenfolge gefordert hätten.«<sup>69</sup> Die Regierung hat seine Forderungen mit Stillschweigen übergangen.<sup>70</sup>

Wenn Świętochowski die Forderung nach einem offenbar unbeschränkten Primat der Exilregierung mit der Vorstellung verband, die politischen Parteien sollten sich auf die Funktion von bloßen Exekutivorganen der Regierung beschränken,<sup>71</sup> so zeigte er damit, daß er als Advokat autoritärer Herrschaftsnormen das Problem der Sanacja nur sehr mangelhaft verarbeitet hatte. Alle Versuche, zwischen dem Régime der Sanacja und dem von Świętochowski konzipierten Regierungsstil unterscheiden zu wollen, müssen auf gewaltsame Konstruktionen hinauslaufen. Die Sanacja war jedenfalls unter Piłsudski mit den Oppositionsparteien nicht weniger selbstherrlich verfahren, als Świętochowski es nun der Exilregierung anriet. Auch Emissär Szymański mußte der Exilregierung recht dubiose Eindrücke von einem Gespräch mit Świętochowski berichten, das Anfang Januar 1940 stattgefunden hatte. Zur Verwunderung Szymańskis benutzte Świętochowski im allgemeinen Teil des Gesprächs »Klischees, wie sie letztlich häufig von der deutschen Propaganda verwandt worden waren; z. B. mühte er sich zu beweisen, daß die Armee in der Zeit des Septemberkrieges ihre Unfähigkeit nachgewiesen habe.«<sup>72</sup>

Es ist leicht zu sehen, wie diese Elemente im Gedankengut Świętochowskis a priori zum Konflikt mit dem ZWZ führen mußten. Da der ZWZ proklamiert worden war, noch ehe die Regierung ihre Delegatur ins Leben gerufen hatte, witterte Świętochowski sogleich Parallelen zwischen dem ZWZ und der Sanacja, die hauptsächlich auf der völlig abwegigen Gleichsetzung von Tokarzewskis SZP mit Piłsudskis POW beruhten. Dabei sah Świętochowski geflissentlich darüber hinweg, daß der ZWZ als Instrument der Regierung gegründet worden war und einen Teil der polnischen Streitkräfte darstellte. Zum anderen nahm der ZWZ die politischen Parteien ernst in ihrer Aufgabe der politischen Willensbildung im polnischen Volk — wie unvollständig diese unter den herrschenden Verhältnissen auch immer erfolgen mochte —, während nach Świętochowskis Vorstellungen die Parteien überhaupt nur so lange ein Daseinsrecht besaßen, wie sie die

Wünsche und Absichten der Exilregierung ohne alle Abstriche zu verwirklichen halfen.

Ein weiterer Umstand, der Świątochowski selbstherrliche Erwartungen empfindlich verletzt haben dürfte, war die Tatsache, daß ausgerechnet das Militär, das doch angeblich im September 1939 versagt hatte, mit der offiziellen Anerkennung durch die Exilregierung ausgezeichnet wurde. Aus dieser Abneigung gegen den ZWZ hatte Świątochowski das CKON ins Leben gerufen.<sup>73</sup> Der ZWZ seinerseits mußte erhebliche Einwände gegen die Art und Weise haben, mit der BP wie auch CKON sich in geradezu dilettantischem Hochmut über einfache konspirative Grundregeln hinwegsetzten. So berichtet z. B. General Tokarzewski von seinen Schwierigkeiten mit dem CKON: »Ungeachtet der Tatsache, daß ihre Versammlungs- und Arbeitsmethoden den elementarsten Grundsätzen konspirativer Tätigkeit zuwiderliefen, daß sie bei ihren Versammlungen nicht überprüften Personen gegenüber von allem sprachen, worüber sie glaubwürdig oder gerücheweise erfahren hatten, daß auf diese Weise mehrere unserer Mitarbeiter dekonspiriert wurden – abgesehen davon erhoben sie auch noch ständig den Anspruch, sie seien die ausschließliche Vertretung General Sikorskis in der Heimat.«<sup>74</sup>

Dieser Konflikt zwischen Świątochowski und dem ZWZ hätte sich durch eine klare Entscheidung der Exilregierung wirksam schlichten lassen. Eben das aber unterblieb. Sikorski hüllte sich Świątochowski gegenüber in Schweigen und gab auch dem ZWZ keinerlei Weisungen, wie sich diese zwei Opponenten in der Konspiration, die sich beide auf Vollmachten der Exilregierung beriefen, miteinander arrangieren sollten. Świątochowskis Bemerkung vom 23. Dezember 1940, er habe »Geld, aber keine Anweisungen erhalten«,<sup>75</sup> gibt von seiner Situation auch für die Folgezeit ein charakteristisches Bild.

Innenminister Kot behauptete in einer Mitte 1941 angefertigten Schrift, die das Verhalten der Regierung gegenüber Świątochowski erklären sollte, man habe im Februar 1940 »Nachrichten über die undurchschaubare Tätigkeit Świątochowskis erhalten und Weisung zur Einstellung der Zahlungen gegeben.«<sup>76</sup> Kot räumte jedoch ein, daß gleichwohl weiterhin Gelder aus Versehen an Świątochowski gelangt sein könnten.

Diese Ausführungen Kots stehen in krassem Widerspruch zu einer Weisung Sikorskis, die Sosnkowski im April 1940 an seinen Untergebenen Rowewski weiterleitete: »[Der Oberbefehlshaber] hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, daß Sie als Kommandant des deutschen Okkupationsgebiets mit Świątochowski, der sich des Vertrauens des

Oberbefehlshabers erfreut, zu einer harmonischen Zusammenarbeit kommen müssen. Ich würde mich freuen, wenn das nun bald verwirklicht werden könnte.«<sup>77</sup> Es kann also kein Zweifel bestehen, daß Sikorski gar nicht daran dachte, seinen Mann in Warschau fallen zu lassen. Freilich wäre zu fordern gewesen, daß Sikorski sich dann nicht nur persönlich an Rowecki gewandt hätte, sondern daß er dem ZWZ auch detaillierte Anweisungen gegeben hätte, in welcher Form sich die geforderte »harmonische Zusammenarbeit« denn vollziehen sollte.

Sikorski zog es jedoch vor, vage und allgemein in seinen Wünschen zu bleiben — nicht zuletzt deshalb, weil er im Falle spezifischer Befehle endlich die Frage der Vollmachten Świątochowskis hätte klären müssen. Die Gründe für Sikorskis dilatorisches Verhalten in einer Situation, in der er sich im Zugzwang befand, liegen sehr wahrscheinlich in der damals weit verbreiteten Annahme, der Krieg werde im Sommer 1940 ohnehin enden. Unter der Voraussetzung einer kurzen Kriegsdauer aber war eine Schlichtung der Querelen in der Widerstandsbewegung der Heimat nicht vordringlich. Abgesehen davon bot die von der Exilregierung entwickelte Konzeption, die Untergrundbewegung in die politische Delegatur und den militärischen ZWZ aufzuteilen, keine Lücke, in die sich das politisch-militärische Mischgebilde des CKON hätte einpassen lassen. Insofern war Sikorski konsequent in der Behandlung des CKON und seiner Aspirationen, denn er hoffte, das Problem werde sich von selbst aus der Welt schaffen.<sup>78</sup>

Endlich, im April 1940, reifte bei Świątochowski der Plan, die aufgelaufenen Probleme durch eine persönliche Aussprache mit Sikorski ins Reine zu bringen. Am 23. April 1940 verließen er und sein Sekretär die polnische Hauptstadt in Richtung Paris.<sup>79</sup> Beim Versuch, die slowakisch-ungarische Grenze zu überschreiten, wurden beide Männer von Tiso-Grenzwachen gestellt. Während der Sekretär zum nahegelegenen Grenzübergangspunkt der Base ROMEK in der Nähe von Koszyc entkommen konnte, wurde Świątochowski verwundet und geriet in Gefangenschaft.<sup>80</sup> Er wurde dann an Deutschland ausgeliefert und starb in deutscher Haft.<sup>81</sup>

Damit war Świątochowskis verzweifelter Versuch, bei Sikorski die offizielle Ernennung zum Delegaten der Exilregierung zu erlangen,<sup>82</sup> auf tragische Weise gescheitert. Für die Situation in der Heimat änderte das allerdings nur wenig. Denn Świątochowski hatte vor seiner Abreise Tadeusz Szpotański, dessen politische Vergangenheit bei der Fraktion »Rewolucyjny« der PPS lag,<sup>83</sup> zu seinem ordentlichen Vertreter in der Leitung des BP bestellt.<sup>84</sup> Freilich mußte bei BP und

CKON unter der Leitung von Szpotański nun das inzwischen gewonnene Eigengewicht dort herhalten, wo Świętochowski sich noch auf vorgebliche persönliche Vollmachten Sikorskis berufen hatte. Von diesem Wechsel war jedoch die prinzipielle Feindschaft gegen den ZWZ nicht berührt, die nach wie vor das konstitutive Element des BP auf der politischen und des CKON auf der militärischen Seite darstellte.

Hatte schon die Tätigkeit der von Świętochowski inspirierten Gruppen »in der Heimat Verwirrung gestiftet«,<sup>85</sup> so hatte sich unter den Gruppen des »wilden« Untergrunds »das Bewußtsein gebildet, daß die Aktion des ZWZ nicht das Zeichen des Monopols trug, und daß deshalb das Bestehen anderer Gruppen neben ihm gestattet war.«<sup>86</sup> Die Motive, aus denen heraus sich Einzelgruppen zu dieser Einstellung veranlaßt sahen, lagen in der ganz und gar regellosen Finanzierungspolitik, die die Exilregierung betrieb.

Getreu ihrer Konzeption, die Untergrundbewegung nicht als ein Ganzes zu behandeln, dessen Zentrum sich in der Heimat befand, sondern sie auf parallelen Wegen vom Exil her zu leiten, war die Exilregierung schon im Dezember 1939 daran gegangen, einzelne wichtigere Gruppen direkt zu finanzieren. Wenngleich diese Methode prinzipiell mit dem Führungsmodell für den Untergrund übereinstimmte, wie es die Exilregierung entwickelt hatte, so verhinderte sie doch auf der anderen Seite, daß sich der ZWZ dort Autorität erwarb, wo er sie aufgrund seiner Aufgabe und seines Selbstverständnisses dringend benötigt hätte. Die von der Exilregierung finanzierten Gruppen geizten denn auch nicht mit Loyalitätsadressen an die Exilregierung; aber dem ZWZ gingen sie geschickt aus dem Wege.

Roweckis Ausführungen über die Folgen der direkten Finanzierung von Einzelgruppen zeigen mit kaum verhaltener Mißbilligung, daß sie folglich »die Identifizierung [dieser Gruppen] erschwerte, daß sie spezielle Aufträge nicht akzeptieren und sich nicht unterstellen wollten. Andere Gruppen nahmen das Geld ganz einfach an und wollen heute, da sie im Besitz des Geldes sind, nicht mehr mit sich reden lassen.«<sup>87</sup> Wie nicht anders zu erwarten war, sahen die Einzelgruppen mit ihrem ohnehin stark ausgeprägten Hang zu organisatorischer Autonomie in den Geldern der Regierung eine willkommene Bestätigung ihrer Auffassung, daß ihre gesonderte Existenz neben dem ZWZ voll und ganz dem Willen der Exilregierung entsprach. Zu dieser Auffassung waren sie um so mehr berechtigt, als sie sich bei der Entgegennahme der durch Kuriere oder Emissäre direkt zugestellten

Gelder<sup>88</sup> offenbar nicht ausdrücklich zur Unterstellung unter den ZWZ verpflichten mußten.<sup>89</sup>

Zwar hatte die Regierung dem ZWZ angekündigt, daß diese unsystematische und unnötig Verwirrung stiftende Finanzierung mit dem 1. Februar 1940 auslaufen sollte;<sup>90</sup> von diesem Tage an sollten finanzielle Zuwendungen nur noch mittelbar, d. h. über den ZWZ erfolgen. Auch hatte die Exilregierung zugesagt, sie werde nach dem 1. Februar 1940 »keine anderen Kuriere und Abgesandten mehr empfangen als die vom ZWZ abgeschickten«<sup>91</sup> — indessen blieb es auf Seiten der Exilregierung bei bloßen Versprechungen, obgleich Rowecki die Einhaltung dieser Zusagen mehrfach anmahnte.<sup>92</sup>

Das Ausmaß, in dem dieses unreflektierte Fehlverhalten in der Sache der Gruppenfinanzierung die Gesamtkonzeption der Exilregierung schädigte, war durch Roweckis Berichte und Mahnungen evident geworden. Die eigentümliche Zähigkeit jedoch, mit der die Exilregierung an ihrem »Gießkannenprinzip«<sup>93</sup> der gesonderten Finanzierung von Einzelgruppen auch weiterhin festhielt, läßt sich nur mit einem Hinweis auf ungenügend abgegrenzte Kompetenzen und mangelhafte Koordination in der Arbeit der einzelnen Ressorts innerhalb der Exilregierung erklären. Aus diesem Grunde muß im folgenden auch genauer differenziert werden, wenn von »der Exilregierung« die Rede ist.

General Sosnkowski war mit der Leitung der militärischen Angelegenheiten im Untergrund, d. h. mit dem Oberkommando über den ZWZ betraut, während alle politischen Belange der okkupierten Heimat in das Ressort des Innenministers fielen.<sup>94</sup> Seit dem 7. Dezember 1939<sup>95</sup> leitete Professor Stanisław Kot unter dem ausdrücklichen Titel eines »Ministers für Heimatangelegenheiten« das Innenministerium. Kot und Sikorski waren seit den Tagen ihrer gemeinsamen Studienzeit miteinander befreundet,<sup>96</sup> und es besteht kein Zweifel, daß diese freundschaftlichen Bindungen Kot den Weg in das Ministeramt ebnet haben. Die Art und Weise, wie Kot in dieses Amt berufen wurde, läßt jedenfalls starke Pression von Seiten Sikorskis vermuten: Das Innenministerium hatte vor Kots Amtsantritt keineswegs vakant gestanden, sondern Kots Vorgänger Aleksander Ładoś mußte als polnischer Botschafter in die Schweiz abgeschoben werden, ehe Kot das Innenministerium übernehmen konnte.<sup>97</sup> Bald darauf verlor Professor Stroński seine Stellung als Vizepremier an seinen alten Universitätskollegen Kot; Stroński wurde mit dem verhältnismäßig unbedeutenden Posten eines Ministers für Information abgespeist; selbst

danach behandelte Kot ihn noch immer mit »wachsamen und zudringlichem Widerwillen«.98

Kot war mit guter Arbeitskraft begabt und zu erstaunlichen Willensleistungen fähig. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen — besonders zur Kulturgeschichte der polnischen Reformationszeit — hatten ihn in die erste Reihe der polnischen Historiker gerückt, wenngleich es die Fachkollegen an zünftiger Kritik nicht fehlen ließen.99 Als Politiker war Kot ein eminent tüchtiger Intrigant, der diese seine Fähigkeiten in der Exilregierung, in der er nur zu bald die Rolle einer »grauen Eminenz« spielte,100 nicht zum ersten Mal unter Beweis stellte.

In der Leitung der konspirativen Arbeit in der Heimat sollten Kot und Sosnkowski sich begegnen. Größere Gegensätze, als von vornherein zwischen diesen beiden Männern bestanden, waren freilich schlecht denkbar: Sosnkowski als Soldat, Kot als romantischer Verschwörer nach allen Seiten; das konsequente Geltungsbedürfnis Kots gegen Sosnkowskis nüchternes Pflichtbewußtsein; Sosnkowski als Vizepräsident, Kot als Vizepremier; Kot als der Vertraute Sikorskis,101 Sosnkowski dagegen im Lager von Raczkiewicz; als Oberkommandierender des ZWZ verfügte Sosnkowski über eine verlässliche Organisation in der Heimat, während Kot sich vorerst auf Vertrauensleute verlassen mußte, weil die Einrichtung der Regierungsdelegatur aus vielen Gründen nicht von der Stelle ging. Zu allem Überfluß kamen noch tiefgreifende Divergenzen politischer Natur hinzu: Sosnkowski besaß für Kot, der aus seinem pubertär anmutenden Haß gegen die Sanacja nie hinauswachsen sollte, das vielleicht alles entscheidende Stigma des ehemals engsten Mitarbeiters und Vertrauten Pilsudskis.

Anfang Februar 1940 drängte Sosnkowski darauf, seinem militärischen Verbindungsapparat nur noch rein militärische Aufgaben zu stellen.102 »Der Apparat der militärischen Verbindung«, forderte er von Kot, »darf nicht länger mehr die Überweisung von Geld für solche Zwecke [wie allgemeine Bevölkerungshilfe] zum Ziel haben, und zwar sowohl konspiratorischer Regeln wegen wie auch mit Rücksicht darauf, daß der militärische Apparat durch Dienstleistungen, die seine Kompetenz bei weitem überschreiten, so stark belastet wird, daß er seine eigenen Aufgaben, die mit jedem Tag an Umfang zunehmen, nicht mehr gebührend erfüllen kann.«103

Zu dieser Zeit hatte Kot auch schon die ersten Schritte zur Einrichtung eines eigenen politischen Verbindungssystems unternommen, das von Ungarn und Rumänien aus Kontakte mit der Heimat her-

stellen und pflegen sollte. Diese Verbindungspunkte Kots standen offenbar zu den jeweiligen polnischen Botschaften in wesentlich engerer Beziehung als die entsprechenden Militärbasen ROMEK und BOLEK.<sup>104</sup> Freilich handelte es sich bei den Verbindungspunkten Kots nicht um sorgfältig ausgearbeitete und diffizile Organisationen wie bei den Basen, sondern sie glichen eher ausgesprochenen Ein-Mann-Betrieben.

Für Budapest hatte Kot als seinen Vertrauensmann den Konsul Józef-Edmund Fitz-Fietowicz als Leiter des Verbindungspunkts gewinnen können.<sup>105</sup> Fietowicz zeichnete sich in Kots Augen durch den Eifer aus, mit dem er die Exklusivität der SL betonte, während er gleichzeitig den ZWZ und seinen Oberkommandierenden, General Sosnkowski, aus politischen Gründen ablehnte.<sup>106</sup> In Bukarest war anfangs K. Aleksandrowicz die rechte Hand Kots.<sup>107</sup> Mitte 1940 ging Aleksandrowicz in den Nahen Osten und wurde durch den redlichen Vizekonsul Władysław Kański ersetzt.<sup>108</sup>

Der mit Fietowicz besetzte Verbindungspunkt in Budapest besaß im Netz des Innenministeriums die größere Bedeutung — vielleicht schon allein deshalb, weil Fietowicz in Mentalität und Überzeugung mit seinem Herrn und Meister so vieles gemeinsam hatte.<sup>109</sup> Wenn man Pobóg-Malinowskis Urteil über Kots Vertrauensleute Glauben schenken will, dann handelte es sich bei ihnen durchweg um »servile Typen, Schlauköpfe und gewöhnliche Kanailen«;<sup>110</sup> jedenfalls findet diese Anklage im Hinblick auf Fietowicz manche Bestätigung.<sup>111</sup> Praktisch gingen alle wichtigeren Vorgänge und Aufträge Kots durch die Hände von Fietowicz, und insofern ist man berechtigt, Kots ungarischen Verbindungspunkt als den Flaschenhals der Verbindung zwischen Regierung und Heimat zu bezeichnen, soweit keine militärischen Belange dabei berührt wurden.<sup>112</sup>

Unter den Voraussetzungen unbeschränkter und unkontrollierter Handlungsfreiheit, die Innenminister Kot in allen politischen und allgemeinen Heimatangelegenheiten besaß, war die Zusage, daß die Exilregierung mit dem 1. Februar 1940 ihre direkte Finanzierung von Einzelgruppen in der Heimat aufgeben werde, nicht mehr als ein Fetzen Papier, der im Grunde lediglich das Oberkommando des ZWZ im Exil band. Kot dagegen besaß die Möglichkeit, auch weiterhin nach Gutdünken Regierungsgelder in die Heimat fließen zu lassen, und er nutzte diese Chance zur Verwirklichung seiner Vorstellungen von Form und Funktion der Résistance. Bei dieser »Konspiration« handelte Kot jedoch durchaus nicht völlig eigenmächtig, sondern er wurde

teils von Sikorski gedeckt, teils ahmte er auch nur die Verfahrensweise Sikorskis nach.<sup>113</sup>

Diese Divergenzen zwischen militärischer und politischer Leitung der Untergrundbewegung, die zunehmend in intrigante Machtkämpfe innerhalb der Exilregierung ausarten sollten, unterminierten in ihren Folgen die Stellung des ZWZ und vereitelten größtenteils die Bemühungen Roweckis, sich die einzelnen Gruppen weisungsgemäß zu unterstellen. Mit der Zunahme des Einflusses, den Kot unter Mitwirkung so bedenkenloser Leute wie Fietowicz auf die Heimatangelegenheiten ausübte, wurde den zur Unterstellung unter den ZWZ nicht bereiten Gruppen eine weitere Ausflucht eröffnet. Sie konnten nun nämlich vorgeben, im Grunde politische Gruppen zu sein, die sich dem ZWZ gar nicht unterstellen dürften, weil dieser nach dem Willen der Exilregierung eine rein militärische Arbeit betreiben müsse.<sup>114</sup> Diese Argumentation hatte um so größere Glaubwürdigkeit, als bei den meisten Gruppen die Grenze zwischen militärischer und politischer Arbeit tatsächlich fließend war. Auch konnten sich die Gruppen so lange unangefochten als »politisch« charakterisieren, wie die Regierung noch kein politisches Gremium im Untergrund mit dem Auftrag geschaffen hatte, solche Gruppen ähnlich zu behandeln, wie der ZWZ den militärischen gegenüber verfahren sollte.

Mitte April 1940<sup>115</sup> hatte der ZWZ mit etwa 50 Organisationen — darunter 14 bedeutenderen — Kontakt aufgenommen. Von diesen Gruppen konnte er sich insgesamt nur zehn unterstellen. Hinsichtlich der Unterstellung der übrigen Gruppen, die am 31. Mai 1940 beendet sein sollte,<sup>116</sup> hatte Rowecki nur noch vage Chancen. Er war davon überzeugt, daß ihre Eingliederung nur unter der Voraussetzung durchgeführt werden könnte, daß sie weder Geld noch Instruktionen aus Paris erhielten und daß die Gruppen, »die Geld und Instruktionen schon erhalten haben, von ihren bisherigen Vollmachtgebern angewiesen werden, sich uns zu unterstellen«.<sup>117</sup>

Bei diesen Forderungen verkannte Rowecki allerdings, daß die Gelder der Exilregierung den Einzelgruppen inzwischen so viel Starthilfe gegeben hatten, daß diese nun konsolidiert waren und ihren Autonomie-Forderungen gegenüber dem ZWZ unter ganz anderen Voraussetzungen Gehör verschaffen konnten. Der ZWZ mußte folglich im Frühjahr 1940 ohnmächtig mit ansehen, daß die Exilregierung verständnislos, wenn auch wohl mit den besten Intentionen, die Chance einer militärischen Einigung des Untergrunds vergeben hatte.

## 9. Auseinandersetzungen über die Delegation der Regierung

Die politische Repräsentation der Exilregierung in der Heimat war eine alte Forderung Tokarzewskis aus den ersten Januartagen 1940.<sup>1</sup> Damals war sie aus dem Projekt der RON erwachsen, an deren Spitze ein »Regierungsdelegat« (Delegat Rządu) stehen sollte, nachdem die unglücklichen Erfahrungen vom Herbst und Winter 1939 nahegelegt hatten, auf den älteren Titel eines »Zivilkommissars« zu verzichten, mit dem die SZP versucht hatte, das Modell des Warschauer Verteidigungsrats in den Untergrund hinüberzuretten. Unbeschadet dieser terminologischen Wandlung, die auch aus einer gewissen rechtlichen Fixierung auf die neue Regierung im Exil erwachsen war, hatte sich in der Sache nichts am Grundgedanken Tokarzewskis geändert, der einen Zusammenschluß der politischen Parteien geplant hatte, an dessen Spitze ein von der Exilregierung mit gewissen Vollmachten ausgestatteter Mann stehen sollte. So hatte man beim Zusammengehen von PPS, SL und SN im interparteilichen PKP am 26. Februar 1940 für einen solchen Vertreter der Regierung vorsorglich diese Spitzenposition offengehalten. Allerdings gab es für Tokarzewski, den eigentlichen Protagonisten und Organisator einer interparteilichen Körperschaft, keinen Zweifel daran, daß dieses politische Gremium dem ZWZ als beratendes Organ beigeordnet sein müsse. Folglich sprach man am 26. Februar 1940 vom »PKP beim ZWZ«; und die Parteivertreter hatten ihren Eid, der aus der Eidesformel des ZWZ erwachsen war, in die Hand Roweckis geleistet.<sup>2</sup> In diesem Erfolg Tokarzewskis erwies sich, wie unverbraucht die Modellvorstellungen des Warschauer Verteidigungsrats vom September 1939 noch im Frühjahr 1940 waren.

Die Exilregierung, die zu den eindringlichen Forderungen der Heimat erst nach unverhältnismäßig langer Zeit Stellung zu nehmen suchte,<sup>3</sup> hielt diese Anlehnung an den Warschauer Verteidigungsrat für wenig geeignet. Das zeigte sich auf der entscheidenden Sitzung des KSK vom 28. Februar 1940,<sup>4</sup> also zwei Tage nach der Gründung des PKP in der Heimat, auf der die Grundlinien für die Repräsentation der Exilregierung in der Heimat abgesteckt wurden.<sup>5</sup>

Das Übereinkommen im KSK vom 28. Februar 1940 bekräftigte, daß alle allgemeinen und politischen Angelegenheiten in die Zuständigkeit Innenminister Kots fielen. Kot war es dann auch, der das KSK im Hinblick auf die Entschlüsse über die Repräsentation der Regierung in der Heimat zur Eile antrieb. Dabei zeigte sich in der

Diskussion sehr bald, daß die Mitglieder des KSK — sein Vorsitzender Sosnkowski eingeschlossen — keineswegs die Absicht hatten, irgendein überparteiliches Gremium, für das unter dem Namen RON ein Antrag Tokarzewskis vorlag,<sup>6</sup> für die Zwecke einer Delegatur der Regierung zu sanktionieren. Vielmehr war das KSK entschlossen, solchen überparteilichen Gremien die Haltung eines *laissez-faire* entgegenzubringen. Für die Frage der Delegatur jedenfalls schien dem KSK sowohl die Existenz eines Parteienzusammenschlusses wie auch dessen Einstellung zur Delegaturfrage unerheblich zu sein.

Größeres Gewicht maß man schon der Einstellung der einzelnen Parteien bei, wengleich selbst Sozialminister Stańczyk von der PPS freimütig bekannte, er sei kein Freund eines »überflüssigen Liberalismus im Hinblick auf die Parteien«.<sup>7</sup> Mit diesem Stichwort brachte Stańczyk in gewissen Grenzen die allgemeine Ansicht im KSK zum Ausdruck. Jedenfalls betrachteten die Mitglieder des KSK den Entschluß, den Parteien in der Heimat bei der Nominierung von Kandidaten für die Leitung der Regierungsdelegatur ein gewisses Mitspracherecht einzuräumen, schon als ein großzügiges Zugeständnis der Regierung. Für den Fall, daß die Heimat aus irgendwelchen Gründen keine personellen Vorschläge einbringen würde oder daß solche Vorschläge den Weg zur Exilregierung nicht finden sollten, war man einhellig der Ansicht, daß zur Ernennung eines Regierungsdelegaten »die Verständigung mit den im Exil lebenden Parteirepräsentanten genügen würde«.<sup>8</sup> Das reduzierte im Grunde die Entscheidung über die Person des Regierungsdelegaten auf eine regierungsinterne Angelegenheit.

Unter diesen Umständen blieb nur noch das Verhältnis zu regeln, das die Delegatur als politisches Exekutivinstrument gegenüber dem ZWZ als der Militärorganisation einnehmen sollte. General Sosnkowski drang darauf, daß ZWZ und Delegatur mit gleichen Rechten ausgestattet sein sollten, so daß sie sich in ihrer Bedeutung die Waage halten würden.<sup>9</sup> Von Seiten der Politiker kam jedoch die Forderung, den Grundsatz der Gleichberechtigung beider Organisationszweige zu modifizieren. Minister Stańczyk schlug statt dessen vor, »man solle sich so festlegen, daß die Militärorganisation in technischen Dingen unabhängig sei, daß sie aber in politischen Dingen den Empfehlungen des Regierungsdelegaten unterstellt sei«.<sup>10</sup> Professor Kot sekundierte mit der Forderung nach Normierung der Zusammenarbeit zwischen ZWZ und Delegatur, die sich zwar auf den Grundsatz der Gleichberechtigung stützen sollte, ohne daß damit jedoch den zu fordernden Prioritäten des Regierungsdelegaten »in gewissen Ausnahmefällen«

vorgegriffen würde. General Sosnkowski erklärte sich mit dieser wenig präzisen Formulierung Kots einverstanden.

Diese Prärogativen, die das KSK dem Regierungsdelegaten gegenüber dem ZWZ-Kommandanten einzuräumen entschlossen war, wären auf dem Hintergrund von Überlegungen verständlich, die in der Heimat eine Art von Staatlichkeit befürworteten, die in Analogie zur Exilregierung konzipiert war. Die Politiker im KSK argumentierten jedoch anders; sie bezogen sich auf die Sanacja in einer Weise, die gleichzeitig den ZWZ in ein trübes Licht rücken mußte. So erklärte Mikolajczyk von der SL, »er teile im großen und ganzen die Ansicht von Minister Stańczyk, denn die Heimat habe nun einmal all ihr Vertrauen gegenüber denen eingebüßt, die im Septemberkrieg versagt hätten«. <sup>11</sup>

Darin deutete sich der Argwohn an, mit dem die Mitglieder der Exilregierung den ZWZ zu betrachten sich gewöhnten. Hierin offenbarten sich nicht nur die Verständnisschwierigkeiten der Politiker gegenüber dem ZWZ, so daß man Sosnkowski den Vorwurf nicht ersparen kann, die Konspiration des ZWZ im Exil zu weit getrieben oder doch wenigstens für seine Sache nicht genügend geworben zu haben; hier nahm auch die fast primitiv anmutende *idée fixe* Gestalt an, die Sanacja habe insgeheim im ZWZ die Führung übernommen. Eine offene Proklamation der Regierungsdelegatur als eines verkleinerten Abbildes der Exilregierung verbot sich dann aber auch wieder wegen der Unsicherheit, die in der erst fünf Monate amtierenden Exilregierung immer noch herrschte.

Der Gedanke der Delegatur wurde zwischen dem 9. und dem 11. März 1940 durch den Emissär Szymański in Warschau verbreitet. <sup>12</sup> Hier rief die Absicht der Regierung, sich in dieser Form in der Heimat repräsentieren zu lassen, in politischen wie auch in militärischen Kreisen einhelligen Widerspruch hervor. Als erster äußerte sich Rowecki zu dem »mündlichen und äußerst allgemein gehaltenen Abriß« des Projekts, den Szymański ihm vorgetragen hatte. Seine Kritik berührte demzufolge »einzig und allein Momente prinzipiellen Charakters«. Roweckis erster kritischer Einwand richtete sich gegen die geplante Territoriaufteilung der Delegatur, die sich nach Szymańskis Bericht in fünf Gebiete gliedern sollte. <sup>13</sup> Rowecki wies darauf hin, daß der Aufbau von der Gliederung des ZWZ in sechs Militärregionen deutlich abweichen würde, so daß die für Kontrollfunktionen der Delegatur gegenüber dem ZWZ erforderliche Deckungsgleichheit im territorialen Zuschnitt nicht gewährleistet wäre.

Nach diesem formalen Moment führte Rowecki die Bedenken an,

die nach seiner Auffassung gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Regierungsdelegat und ZWZ-Kommandant zu sprechen schienen. »Zweifellos« werde diese Regelung zu Reibungen und Schwierigkeiten führen, »wie sie sogar in der normalen friedlichen täglichen Arbeit einer unversehrten Staatsmacht aufträten. Was soll man dann erst über die Arbeit in der Konspiration sagen, über die Arbeit im Zuge der Vorbereitung zum Kampf, oder über die Tätigkeit im Verlauf des Kampfes selbst?« Rowecki sicherte zwar zu, daß er sich keinesfalls in Angelegenheiten mischen werde, die außerhalb seiner Kompetenz lägen, erklärte gleichzeitig aber definitiv, er könnte sich nicht dazu verstehen, irgendwelche Kompetenzen an den Regierungsdelegaten abzutreten. Denn nach seiner Auffassung stand die Heimat in »unmittelbaren Vorbereitungen für den Kampf; und meine Abteilungen vom ZWZ stehen an der Front«. Von diesem Gedanken ausgehend entwickelte Rowecki sein Konzept für das Verhältnis zwischen ZWZ-Kommandant und Regierungsdelegat, das seine Wurzeln in der Überzeugung von der vorrangigen Stellung des ZWZ gegenüber den Parteien und der politischen Welt im allgemeinen hatte — eine Auffassung, wie sie wenige Wochen zuvor bei der Gründung des PKP ausdrücklich bekräftigt worden war. Da nach Roweckis Auffassung die gesamte Verantwortung für »die Vorbereitung des Kampfes wie auch für den Kampf selbst dem Militärkommandanten anheimfällt«, müßte der Regierungsdelegat diesem Militärkommandanten »in der Position eines Zivilkommissars« beigegeben und unterstellt werden. Dessen Aufgaben müßten sich dann »auf die Schaffung von politischen, moralischen, gesellschaftlichen usw. Bedingungen konzentrieren, die dem militärischen Kampf gegen die Okkupationsmächte maximale Wirksamkeit sichern«.

Danach brachte Rowecki das wohl stärkste Argument vor, das die ganze Bedenklichkeit dieses Grundsatzes der Gleichberechtigung zwischen ZWZ-Kommandant und Regierungsdelegat enthüllte: »Die Angelegenheit des Regierungsdelegaten für ganz Polen liegt auf der gleichen Ebene wie das Problem der Stellvertretung des Oberkommandierenden.« Rowecki spielte damit auf seine von der Exilregierung abschlägig beschiedenen Bemühungen an, zum Stellvertreter Sosnkowskis in der Heimat zu avancieren.<sup>14</sup> Denn hier, im Postulat der Gleichberechtigung, enthielt die gedankliche Konstruktion der Exilregierung einen logischen Bruch: Die Kommandanten der jeweiligen Okkupationsteile konnten mit dem Regierungsdelegaten für ganz Polen — dem sogenannten »Obersten Regierungsdelegat« (Główny Delegat Rządu) — per definitionem nicht gleichberechtigt sein.

Von Emissär Szymański erfuhr Rowecki, daß dieser schon bei seiner Rückkehr ins Exil personelle Vorschläge der politischen Parteien für die Nominierung eines Regierungsdelegaten mitnehmen sollte. Dieser Plan der Exilregierung war wegen der Langsamkeit, mit der solche Übereinkünfte unter den Parteien erzielt werden konnten – zumal unter konspirativen Bedingungen – ganz und gar illusorisch. Rowecki warnte daher mit gutem Grund vor der Nominierung eines Kandidaten, der den Vorstellungen der Parteien nicht voll entspräche und der überdies nicht vollständig mit dem ZWZ zusammenarbeite; eine solche Nominierung »müsse sich als verfehlt erweisen«. Diese Warnung verband er mit einem Alternativvorschlag hinsichtlich der Delegatur: »Man sollte dem »PKP beim ZWZ« im Aufbau einer RON<sup>15</sup> – der Name ist nicht wichtig – freie Hand geben, noch andere politische Gruppen aufzusaugen – mit dem Ergebnis, daß für eine Übergangszeit dem Vorsitzenden dieses Gremiums das Mandat eines Obersten Regierungsdelegaten anvertraut wird.« Der andere Teil dieses Alternativvorschlags beinhaltete, daß ein von den Parteien bestellter Kandidat als interimistischer Regierungsdelegat von der Regierung offiziell bestätigt würde.<sup>16</sup>

Mißt man diese Vorschläge Roweckis und die dahinter stehenden Vorstellungen an den Konzeptionen, wie sie das KSK auf seiner Sitzung vom 28. Februar 1940 entwickelt und gebilligt hatte, so erscheinen sie gewiß schon insofern ein wenig hausbacken, als Rowecki offenkundig der Auffassung war, die Dinge befänden sich noch im Verhandlungsstadium. Jedenfalls übersah er den definitiven Entschlußcharakter der von Szymański überbrachten Konzeption der Exilregierung. Folgerichtig glaubte er auch, in dieser Sache ganz andere Wege einschlagen zu können, als sie dem KSK gangbar und richtig erschienen waren. Allerdings sollte man sich wohl fragen, ob Rowecki die Diskussion ernsthaft offenhalten wollte oder ob er darauf baute, daß der Zeitfaktor, der bei den bestehenden Verbindungsbedingungen in Rechnung gestellt werden mußte, wie auch das Eigengewicht einer erst einmal geschaffenen Institution nicht doch seine Vorstellungen stärker begünstigen würde, falls die Exilregierung sich auf diese Alternative einließ.

Das PKP trat einen Tag später zusammen und faßte an diesem 13. März 1940 eine Resolution, die das Regierungsprojekt mit ungleich schärferer Sprache ablehnte, als Rowecki sie verwendet hatte.<sup>17</sup> Dem PKP war bewußt, daß die Errichtung der Delegatur, wie sie von der Regierung konzipiert worden war, das interparteiliche PKP auf den Rang einer »ausschließlich meinungsbildenden Institution« herab-

drücken mußte, »die keine politische Bedeutung mehr besitzen würde, und das um so weniger, als in militärischen Fragen der ZWZ die Ansichten des PKP nicht benötigen würde, während in politischen Angelegenheiten der Standpunkt des Delegaten ausschlaggebend wäre«.

Das PKP argwöhnte zu Recht, daß alle politische Macht und Einflußnahme in den Händen des Delegaten ruhen sollte, der sich auch bei grundsätzlichen Entscheidungen lediglich nach Gutdünken mit dem PKP abstimmen würde. Diese Einsicht veranlaßte die Vertreter der drei großen Parteien, im Rahmen einer sehr präzisen Argumentation das Hauptgewicht ihres Protests endlich auf das eigentlich politische Problem in den Plänen der Exilregierung zu legen, nämlich auf die Frage, wie die Tätigkeit des Regierungsdelegaten kontrolliert werden könnte. Wenn die Exilregierung die Hoffnung hatte, sich die Loyalität der Résistance durch die Einrichtung einer Delegatur in der von ihr geplanten Weise sichern zu können, so wurde sie durch die Ausführungen der PKP-Vertreter gründlich zerstört. Eben die Selbständigkeit des Delegaten wurde durch Konfrontation mit praktischen Problemen der konspirativen Tätigkeit als unangemessene Entscheidungsfreiheit gewertet. Wenn Entscheidungen schnell gefällt werden müßten, habe der Delegat keine Zeit, sich vorher mit der Regierung abzusprechen. »Sollte der Delegat imstande sein, alle diese Probleme selbständig und fehlerlos zu entscheiden, so müßte er mit einer Natur von geradezu genialen Eigenschaften ausgestattet sein. Seine Tätigkeit könnte der Lage der Sache nach von der Regierung nicht hinreichend kontrolliert werden, denn diese ist ja weit entfernt. Die Entscheidungen des Regierungsdelegaten könnten im Sinne der Regierungsinstruktion von den Parteien ebenfalls nicht kontrolliert werden, obwohl in ihnen sich die öffentliche Meinung repräsentiert.«

Außerdem verfüge der Delegat über keinen eigenen Apparat zur Exekutive und Durchführungskontrolle seiner Maßnahmen. Der militärische Apparat stehe ihm nicht zur Verfügung wegen der Trennung von militärischer und politischer Tätigkeit im Untergrund. Die Parteien dagegen würden die Mitarbeit verweigern, da ihnen keine Einflußnahme eingeräumt wäre. Wenn der Delegat die ihm von der Exilregierung zuerkannte »quasi-diktatorische Rolle« spielen wollte, so müßte er sich »eine neue starke Organisation aufbauen, was aber nur zur Zerschlagung und Auflösung der bestehenden politischen und militärischen Arbeit führen könnte«.

Während Rowecki es mit seinem Alternativvorschlag lediglich darauf angelegt hatte, Zeit zu gewinnen, brachte die Resolution der

PKP-Politiker eine ganz neue Konzeption für die Delegatur in Vorschlag, die »die Zusammenarbeit zwischen Heimat und Regierung sichern« sollte. Das PKP wollte sich, der vorgeschlagenen Konzeption folgend, verpflichten, der Regierung Informationen und Empfehlungen zu liefern. Entsprechend sollte es als ausschließlicher Empfänger von politischen Direktiven der Regierung behandelt werden. Schließlich wollte das PKP, »vervollständigt durch einen in die Heimat entsandten Regierungsdelegaten, ein Bindeglied zwischen Regierung und Heimat darstellen«, so daß dem PKP das ausschließliche Entscheidungsrecht über alle Angelegenheiten zustände, die nach dem Regierungsmodell »in die Kompetenz des Delegaten gehörten«.

Dieser Vorschlag des PKP schmälerte den von der Exilregierung geplanten Einfluß der Delegatur zugunsten eines sinnvollen Weiterbestehens des PKP. Dafür aber bewahrte er den Kerngedanken der Regierung: die zwischen Heimat und Exil verbindende Stellung des Regierungsdelegaten. Außerdem bot dieser Vorschlag der Regierung anstelle eines erst noch aufzubauenden Exekutivorgans der Delegatur einen fertigen politischen Apparat in Gestalt des PKP für die Beratung der Vorstellungen der Regierung und für die Ausführung ihrer Anweisungen im Untergrund.

Ob der Regierungsdelegat als Vorsitzender des PKP fungieren sollte, oder ob ihm eine Art von Präsidialgewalt über die anderen Parteien im PKP zugestanden werden sollte, blieb in der vom PKP entwickelten Konzeption wohl bewußt unklar. Auf jeden Fall lag der Vorteil, den die Existenz eines loyal mit der Regierung zusammenarbeitenden Gremiums der drei größten Parteien im Lande bot, klar auf der Hand.

Wenn sich hinter der Entschlossenheit der Regierung zum Aufbau ihrer Delegatur insgeheim die Befürchtung verbarg, der ZWZ könnte sich zu einer übermächtigen Organisation auswachsen, die eines Tages die Heimatangelegenheiten aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden werde, so war auch in diesem Punkt die vom PKP vorgelegte Konzeption ein durchaus bedenkenswerter Vorschlag. Denn sie lief auf eine Trennung von ZWZ und PKP hinaus und beinhaltete in nuce eine Scheidung zwischen militärischer und politischer Gewalt. Freilich wurde dieser Gedanke nicht offen proklamiert. Das verbot sich schon durch die Tatsache, daß die Auseinandersetzung um das Delegaturprojekt noch nicht beendet war und daß man deshalb in der Heimat zunächst noch die alte Geschlossenheit bewahren wollte. Aber die Trennung zwischen ZWZ und PKP lag in der Delegaturkonzeption des PKP doch latent verborgen, und ihre Vertreter hatten allen

Grund zu der Annahme, daß das PKP mit Einschluß des Regierungsdelegaten mündig werden würde und ein Gegengewicht zum ZWZ darstellen könnte.

Am 30. März 1940 ging Rowecki in einem erneuten Schreiben wieder auf sein als Interimslösung gedachtes Projekt ein, wobei er seine Vorstellungen von der Rolle des Zivilkommissars präziser darlegte.<sup>18</sup> Dabei zeigt sich, daß der Plan des PKP, den Regierungsdelegaten an das politische Gremium zu binden, inzwischen Einfluß auf Roweckis Vorstellungen gewonnen hatte. Denn Rowecki versuchte nichts Geringeres, als den von ihm »Zivilkommissar« genannten Repräsentanten der Regierung, dessen künftig überragende Bedeutung für die Machtverhältnisse im Untergrund nicht zu übersehen war, in Abhängigkeit vom ZWZ zu bringen. Als Motiv hinter diesem Gedanken, der im Begriff des »Zivilkommissars« seine deutliche Ausprägung findet, mochte Roweckis Absicht gestanden haben, durch die Bindung des Zivilkommissars an den ZWZ die Loslösung des PKP zu vereiteln, die dann allerdings tatsächlich unmöglich geworden wäre. In Roweckis Schreiben, das sich auffälligerweise schon in der Form einer Verordnung gab, die gleichsam nur noch unterzeichnet werden mußte, hieß es, die Regierung berufe — unabhängig von ihren künftigen Plänen einer Repräsentation in der Heimat — »schon jetzt einen Zivilkommissar beim Kommandanten des ZWZ«. Dessen Aufgaben bestünden darin, »die militärische Führung zu entlasten und Kontakte politischer Natur herzustellen, . . . einen kontinuierlichen Zustrom von Leuten in den ZWZ« unter Rückgriff auf weite Bevölkerungskreise und die politischen Organisationen zu sichern; in allen nicht-militärischen Problemen sollte er »das Arbeitsorgan des ZWZ-Kommandanten« sein; darüber hinaus hatte er »die Aufgabe, in Stellvertretung des ZWZ-Kommandanten bei der Erweiterung der Plattform des PKP und ihrer Vorbereitung auf die RON mitzuwirken«. Als Kandidaten für diesen Posten schlug Rowecki an erster Stelle Leon Nowodworski von der SN und an zweiter Stelle den Anwaltskollegen Nowodworskis, Stefan Korboński von der SL, vor.<sup>19</sup>

Dieser zweite Plan Roweckis war ein Kompromiß zwischen den Wünschen der Exilregierung, den Intentionen des PKP und Roweckis eigenen Vorstellungen. Für eine Übergangsperiode, die zeitlich nicht terminiert war, sollte die Exilregierung einen Zivilkommissar als politisches Arbeitsorgan Roweckis anerkennen, dem auch die Aufgabe zudedacht war, als Spitzenrepräsentant im PKP an einer Verbreiterung von dessen parteilicher Grundlage mitzuwirken, die — ganz im

Sinne von Tokarzewskis alten Plänen — das PKP in die von Rowewki noch immer geforderte RON überführen würde.

Mit diesem Vorschlag erhielt das PKP in abgeschwächter Form den Delegaten, um den es ersucht hatte, wobei diese Lösung für die Exilregierung keine Präjudizierung ihres späteren Delegaturprojekts darstellte. Allerdings hätte die Verwirklichung von Rowewkis Plan einen gewissen Trägheitseffekt hinsichtlich der Einführung der Delegatur wirksam werden lassen. Dadurch lag für die Exilregierung die Befürchtung nahe, daß Rowewki mit dem Zivilkommissar eine Institution gewinnen könnte, die ihm bei einem Versuch, die Verwirklichung der Delegatur zu hintertreiben, schon allein durch ihre bloße Existenz hilfreich sein würde.

Alle diese Vorschläge und Einwände aus der Heimat fanden bei der Exilregierung kein Gehör. Sie hatte sich in der Frage der Delegatur eine autokratische Haltung zu eigen gemacht und zeigte keine Bereitschaft, ihre Delegaturkonzeption — von trivialen Änderungen abgesehen — den Vorstellungen der Heimatorganisationen anzupassen. Am 16. April 1940 beschloß das KSK folgende »Grundsätze für die Zusammenarbeit des Regierungsdelegaten mit dem ZWZ«,<sup>20</sup> die am 23. April 1940 von Premier Sikorski bestätigt wurden<sup>21</sup> und damit Rechtsverbindlichkeit erlangten:

»1. Die Militärorganisation betreibt keine politische Arbeit; sie beschränkt sich auf die ideell-erzieherische Tätigkeit in den eigenen Reihen.

2. Das PKP bzw. der Regierungsdelegat, in Zusammenarbeit mit den politischen Parteien, die der Militärorganisation Unterstützung zusichern, tun das auf dem Wege der entsprechenden Vorbereitung der Zentren — einbegriffen die Einflußbereiche einzelner Parteien und politischer Gruppen und die Einflußbereiche von Bevölkerungsgruppen und ständischen Berufsorganisationen.

3. Zu den Pflichten des Regierungsdelegaten gehört, darüber zu wachen, daß alle auf dem Heimatgebiet agierenden Gruppen militärischen Charakters . . . dem alleinberechtigten Dispositionszentrum des ZWZ unterstellt werden, daß alle militärischen Aktionen vom ZWZ geleitet werden.

4. In allen Dingen, die dringende Entscheidung erfordern, erteilt der Regierungsdelegat dem Militärkommandanten auf der jeweiligen Organisationsstufe verbindliche politische Direktiven. In allen wichtigen politischen Angelegenheiten erteilt der Regierungsdelegat diese Direktiven im Einvernehmen mit dem PKP, bzw. mit dessen poli-

tischen Parteien. Beim Beginn des militärischen Aufstands – partiell oder allumfassend – holt er die Entscheidungen der Regierung ein.

5. Angelegenheiten der militärischen Organisation und Technik gehören ausschließlich in die Kompetenz des Militärkommandanten.

5 a. Der Oberste Regierungsdelegat kontrolliert das Budget des ZWZ in der Heimat.

6. Die Regierungsdelegaten bestätigen Todesurteile, die durch militärische Gerichtshöfe gefällt werden.«

Einen Tag später, am 17. April 1940, beschloß das KSK die »Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Regierungsdelegaten und politischen Parteien in der Heimat«,<sup>22</sup> deren zentraler Satz lautete: »Der Regierungsdelegat stellt im Bereich der politischen Angelegenheiten das Verbindungsglied zwischen Heimat und Exil dar; er arbeitet mit den politischen Parteien zusammen und herrscht nicht über sie.«

Schließlich erging am 8. Mai 1940 ein Ministerratsbeschuß, der den Höhepunkt dieser mit einer gewissen Strenge und Verständnislosigkeit in die Entwicklung des Untergrunds eingreifenden Maßnahmen der Exilregierung darstellte. In diesem Beschuß wurde die Aufnahme der SP in das PKP angeordnet.<sup>23</sup> Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß diese Entscheidung aus persönlichen Motiven Sikorskis erwachsen war, der den Ausschluß seiner Partei aus dem PKP, so sehr dieser auch aus den Entscheidungen der SP selbst resultierte, wohl als unangemessene Zurücksetzung empfunden haben mochte. Ob in diesem Beschuß auch der Gedanke mitgespielt hat, den Einfluß von Świątochowskis BP, in dem die SP bislang mitgearbeitet hatte,<sup>24</sup> zu schwächen, muß wegen der ungenügenden Quellenlage dahingestellt bleiben. Die Mitgliedsparteien des PKP mußten freilich die befohlene Aufnahme der SP als weitere Demütigung empfinden.<sup>25</sup>

Aus diesen Beschlüssen der Exilregierung erhellt, wie wenig die Proteste aus der Heimat ausgerichtet hatten. Sahen die beiden Modellvorschläge Roweckis vor, daß der Regierungsdelegat dem ZWZ beigeordnet werden sollte, so entschied die Regierung, daß ihr Delegat in bestimmten – und zwar ausnahmslos in wichtigen – Angelegenheiten dem ZWZ übergeordnet sein sollte; hatte das PKP den Regierungsdelegaten auf den Vorsitz im interparteilichen Komitee verpflichten wollen, was im Grunde eine starke Abhängigkeit des Delegaten von den politischen Parteien implizierte, so machte die Exilregierung die Parteien in dem wichtigen Punkt der Verbindung zur Exilregierung vom Delegaten abhängig. Wenn die Regierung den Parteien das Recht auf eigene Entwicklung zugestand, dann war das wenig mehr

als der Versuch einer Beschönigung, denn damit wurde den Parteien nur gewährt, was ihnen ohnehin nicht genommen werden konnte. Zusammenfassend gesagt, hatte sich die Exilregierung gegen gut begründete Einwände von ZWZ und PKP dafür entschieden, neben diesen beiden Organisationen noch eine dritte aufzubauen: die Delegatur der Regierung, die gegebenenfalls dem ZWZ ihre Entscheidung aufzwingen konnte, und von der zu erwarten war, daß sie das PKP bedeutungslos machen und die Parteien in ihre Abhängigkeit bringen würde.

Jedenfalls ist nicht erkennbar, daß die Regierung auch nur ein einziges Zugeständnis an die Heimatorganisationen gemacht hätte. Denn die Verfügung, daß die Territorialgliederung von ZWZ und Delegatur sich decken sollte, verfolgte nicht den Zweck, Roweckis Forderung zu berücksichtigen, sondern den, die Einflußnahme der Delegatur bis hinunter auf die Distriktsebene zu sichern; und die Einwilligung der Regierung, bei der Ernennung des jeweiligen Obersten Regierungsdelegaten eines Okkupationsteils die Wünsche und Empfehlungen der politischen Parteien zu berücksichtigen, war vage und konnte umgangen werden. Das sollte dann auch gegen Ende des Jahres 1940 geschehen, als der Oberste Regierungsdelegat für das Okkupationsgebiet des Generalgouvernements ernannt wurde.

Mithin blieb vorerst die Nominierung eines Kandidaten für die Delegatenposition die einzige Möglichkeit für die Heimat, wenigstens in personeller Hinsicht die Beschlüsse der Regierung wenn nicht zu modifizieren, so doch wenigstens für die Heimat tragbar zu machen. Mitte Mai 1940 fand eine Sitzung des PKP statt, an der nach hergebrachtem Muster neben den Parteirepräsentanten auch Okkupationskommandant Rowecki und Major Kruk-Strzelecki als Ressortchef für Öffentlichkeitsarbeit des ZWZ teilnahmen.<sup>26</sup> Auf dieser Sitzung wurde Stefan Korboński (SL) von ZWZ, SL und PPS gegen die Stimme der SN zum Kandidaten für die Delegatenposition ausgewählt.<sup>27</sup> Es gelang jedoch nicht, diesen Beschluß der Exilregierung mitzuteilen, da der mit der Überbringung beauftragte Emissär Jan Kozielski (»Karski«) vor Erreichen der ungarischen Grenze von deutschen Grenzposten abgefangen wurde.<sup>28</sup>

Ohne von diesem PKP-Beschluß Kenntnis zu haben, ergriff die Exilregierung ihrerseits im Mai 1940 die Initiative und ernannte Oberst Jan Skorobohaty-Jakubowski zum »Interimistischen Regierungsdelegaten« (Tymczasowy Delegat Rządu).<sup>29</sup> Skorobohaty-Jakubowski nahm in dieser Funktion auch an der Belgrader Konferenz von Ende Mai 1940 teil<sup>30</sup> und begab sich unmittelbar nach Ende der

Konferenz von Belgrad aus zunächst nach Krakau, das er am 11. Juni 1940 erreichte,<sup>31</sup> und von da aus nach Warschau.

Zu den spezifischen Aufgaben Skorobohaty-Jakubowskis zählt die Literatur gemeinhin, daß er eine Einigung der Heimatparteien in der Delegaturfrage zuwebringen sollte, und daß er den durch Ministerratsbeschluß verfügten Eintritt der SP in das PKP zu beaufsichtigen hatte.<sup>32</sup> Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß sich seine Vollmachten auch auf so wesentliche Dinge erstreckten wie eine Kassenprüfung beim ZWZ, mit der die vorgeordnete Stellung des Delegaten präjudiziert wurde, und die Sicherstellung oder doch wenigstens die Abrechnung der Gelder, die von der Exilregierung an Świątochowskis Organisationen überwiesen worden waren.<sup>33</sup> Die Exilregierung rechnete offenbar damit, daß Skorobohaty-Jakubowski die ihm übertragenen Aufgaben relativ schnell würde erfüllen können; sie hatte ihm deshalb weder einen Etat noch irgendwelche Nachrichtenmittel zur Verfügung gestellt.<sup>34</sup>

In diesem Augenblick beeinflusste die Zuspitzung der internationalen Lage die Entwicklung des polnischen Untergrunds und zeitigte Ergebnisse, die der Exilregierung vorübergehend auf politischem wie auf militärischem Gebiet das Heft wieder aus der Hand nahmen. Als Hitler am 10. Mai 1940 die deutsche Offensive im Westen auslöste, boten die militärischen Ereignisse nahezu das gleiche Bild wie der Septemberfeldzug in Polen: Unaufhaltsam und mit unerhörter Schnelligkeit drangen die Truppen in die angegriffenen Staaten ein und nahmen in schneller Folge die wichtigsten Zentren. Schon am 14. Juni 1940 wurde Paris kampflos besetzt, und am 22. Juni 1940 sah Frankreich sich gezwungen, den Waffenstillstand zu unterzeichnen.

Als die ersten Nachrichten vom deutschen Angriff im Westen nach Polen gelangten, ging eine Welle freudiger Erregung durch das Land. Die alte hoffnungsvolle These von einem kurzen Krieg erwachte zu neuem Leben in der Annahme, der deutsche Angriff im Westen werde den Sieg der Alliierten beschleunigen.<sup>35</sup> Angesichts dieser von verständlichem Wunsdenken beschworenen deutschen Niederlage war »optimism the dominant note«<sup>36</sup> in der Stimmung der Bevölkerung: »Were it not for the great hopes which we put into France, our stagnation would perforce turn into the deepest despair.«<sup>37</sup>

Dieser, wie uns heute scheinen will, Überschätzung der anglo-französischen Kräfte, die sich im übrigen keineswegs auf Polen beschränkte, lag ein ganzer Komplex von Motiven zugrunde. Zum einen war Frankreich das klassische Exilland für Polen, und es hatte sich damit das Ansehen eines letzten und unerschütterlichen Refugiums

erworben. Zum anderen war die polnische Bevölkerung zutiefst davon überzeugt, daß nicht die militärische Stärke Deutschlands, sondern die Mißstände des Sanacja-Régimes für die eigene Niederlage im September 1939 verantwortlich gemacht werden mußten. Deshalb auch hatte das polnische Volk seine militärische Niederlage nicht akzeptiert und klammerte sich hoffnungsvoll an die Fiktion des starken anglo-französischen Bündnisses, das ein baldiges Ende des Krieges zu versprechen schien.

Die Zuversicht, daß der deutsche Angriff im Westen die Niederlage Deutschlands herbeiführen werde, teilte auch die Exilregierung. Besonders Sikorski scheint seit Oktober 1939 völlig darauf vertraut zu haben, daß es sich bei dem militärischen Ausgreifen der Deutschen ohnehin nur um einen Krieg von kurzer Dauer handeln würde.<sup>38</sup>

Zu Beginn der Kampfhandlungen im Westen stellte Sosnkowski den Antrag, den ZWZ in der Heimat nun zu »massenhafter Sabotage- und Diversionstätigkeit«<sup>39</sup> übergehen zu lassen. Nach Auffassung Sosnkowskis, der die alliierten Siegeshoffnungen zu diesem Zeitpunkt wohl ebenso übertrieben einschätzte wie die Heimat, ging es darum, die Alliierten »in dieser entscheidenden Zeit in ihren Kampfhandlungen zu entlasten«.<sup>40</sup> Sikorski gab in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber dem Antrag statt, so daß die Heimatdelegierten auf der Geheimsitzung der Belgrader Konferenz vom Mai 1940 detaillierte Instruktionen für Sabotage und Diversion erhielten.<sup>41</sup>

Es ist nicht zu bezweifeln, daß diesem Plan Sosnkowskis viel Dilettantisches anhaftete, besonders deshalb, weil der ZWZ aus Mangel an Waffen und Material wie auch wegen seiner noch nicht abgeschlossenen organisatorischen Vorbereitung kaum von heute auf morgen für solche Aufgaben mobilisiert werden konnte.<sup>42</sup> Mitte Juni 1940 waren allerdings die Voraussetzungen für die Mobilisierung des ZWZ aufgrund des deutschen Sieges in Frankreich hinfällig geworden, so daß Sosnkowski, der sich damals mit der Exilregierung schon auf der Flucht nach Südfrankreich befand, die Belgrader Instruktionen widerrufen mußte.<sup>43</sup> Großen Schaden hatte dieses für die Heimat wohl nicht ganz durchsichtige Hin und Her von strategischer Euphorie und resignierter Anpassung an die Realitäten sicherlich nicht angerichtet;<sup>44</sup> aber innerhalb der Exilregierung bauten sich in der Frage der Mobilisierung des ZWZ ernstliche Spannungen auf, die im Herbst 1940 zwischen Sosnkowski und Sikorski zum Austrag kommen sollten.

Der Vorwurf, den in diesem Zusammenhang der Emissär Jan Kozielewski (»Karski«) gegen die Regierung erhob,<sup>45</sup> ihre Planungen auf einen Krieg von kurzer Dauer abgestellt zu haben, erscheint insofern

unberechtigt, als bis Mitte 1940 von einem »Konzept« oder von einer »Strategie« der Exilregierung gar nicht die Rede sein kann. Sosnkowskis Befürwortung von breit angelegter Sabotage und Diversion, die einen deutlichen Bruch mit seinen alten Vorstellungen und Befehlen darstellte, war keine sorgfältig ausgearbeitete »Konzeption«, sondern — wie schon seine Reaktion auf das Lemberger Aufstandsvorhaben von Ende März 1940<sup>46</sup> — eine spontane Entscheidung von erheblicher Unbedenklichkeit im Hinblick auf technische Bedingungen und eben auch konzeptionelle Voraussetzungen.<sup>47</sup>

Die französische Niederlage, die die Exilregierung zur Flucht nach Südfrankreich zwang, wo man zuletzt in der Kleinstadt Libourne die Absetzaktion nach England in die Wege leitete, setzte auch den Schlußstrich unter die graduellen Modifikationen, die während des ersten Halbjahres 1940 an der Kommandostruktur des ZWZ vorgenommen worden waren. Nach Rücksprache sowohl mit Sikorski wie auch mit Kot sandte Sosnkowski am 18. Juni 1940 eine Depesche nach Warschau, die die Ernennung Roweckis zum Stellvertreter des Oberkommandierenden des ZWZ enthielt, der damit den seit mehr als sechs Monaten beantragten Titel erhielt, der seiner faktischen Stellung entsprach.<sup>48</sup> Als Stellvertreter Sosnkowskis war Rowecki von nun an »berechtigt, selbständige Entscheidungen zu treffen, falls die Verbindung mit der Regierung verlorengeht«. In grundsätzlichen Entscheidungen mußte er freilich »im Einvernehmen mit dem PKP handeln«. Hinsichtlich der weiteren konspirativen Arbeit wurde ihm ein längerfristiges Programm befohlen: »Sie müssen vorerst bis auf Widerruf alle militärischen Aktionen unterlassen, mit Ausnahme der für die Sicherheit der Organisation notwendigen Unternehmungen. Sie müssen auf lange Sicht arbeiten, die Organisation hinsichtlich ihrer Zahlenstärke reduzieren. Sie müssen der Organisation den Charakter von Eliteeinheiten (Kadern) geben, das Prinzip der Selektion und Konspiration bis zum Äußersten treiben, sich auf finanziellem Gebiet auf das Überdauern der schlimmen Zeiten . . . einrichten und die Ausgaben auf das Notwendigste beschränken.«<sup>49</sup>

Zwei Wochen später teilte Sosnkowski seinem Stellvertreter in der Heimat mit, er habe bei Sikorski erreicht, daß Rowecki in Hinblick auf die bevorstehende Evakuierung der Exilregierung nach England zum vollberechtigten Oberkommandierenden des ZWZ ernannt worden sei.<sup>50</sup> Sosnkowski hatte seinen Rat, »das Oberkommando auf diese Weise in die Heimat zu verlegen«,<sup>51</sup> gegenüber dem Oberbefehlshaber und Premier damit begründet, daß es von England aus schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein werde, die zur Leitung des ZWZ

nötige Verbindung mit der Heimat aufrechtzuerhalten. Sosnkowski löste folglich seine bisher selbständige Abteilung, das alte Oberkommando des ZWZ (Komenda Główna ZWZ), auf.<sup>52</sup>

Unbeschadet solcher einschneidenden Entscheidungen blieb Sosnkowski immer noch der Stellvertreter des Oberbefehlshabers, dem ausdrücklich »die allgemeine Leitung der militärischen Arbeit«<sup>53</sup> in der Heimat übertragen blieb. Damit war er noch immer in gewisser Hinsicht Roweckis Vorgesetzter. Zu irgendwelchen Illusionen Roweckis, die sich an seine Ernennung zum Oberkommandierenden des ZWZ hätten knüpfen können, bestand folglich kein Anlaß. Vielmehr hatte die Exilregierung diesen Titel bewußt ausgehöhlt, ehe sie ihn Rowecki verlieh. Für Rowecki mochten solche Fragen nach Rang und Titel inzwischen auch schon gleichgültig geworden sein, denn für ihn bedeutete der Titel des Oberkommandierenden zu diesem Zeitpunkt nichts anderes als das Einrücken in eine Rechtsstellung, deren Pflichten er schon seit langem versah. Dennoch muß es als bezeichnend für die Einstellung der Exilregierung zum ZWZ gelten, daß Sikorski sich nur unter dem massiven Druck politisch und militärisch chaotischer Zustände, die vorübergehend sogar die Existenz der Exilregierung in Frage stellten, zu dem lange ausstehenden Schritt entschließen konnte, die faktische Stellung Roweckis auch titularisch anzuerkennen.

Mit der Übertragung der Vollmachten des Oberkommandierenden des ZWZ auf Rowecki war Sosnkowski in eine schwierige Lage geraten. Gewiß war er nach außen hin noch immer der Stellvertreter des Oberbefehlshabers; aber seine wirkliche Stellung war die des Leiters der Stabsabteilung VI. Das bedeutete einmal, daß der ZWZ nun dort verwaltet wurde, wo er als offizieller Teil der polnischen Streitkräfte von Anfang an hätte verwaltet werden müssen: nämlich im Generalstab des Oberbefehlshabers. Zum anderen hatte Sosnkowski aber durch diesen scheinbar banalen Verwaltungsakt deutlich an Macht eingebüßt. Dieses Faktum wurde durch den Titel eines Stellvertreters des Oberbefehlshabers und durch die Betonung der Selbständigkeit der neuen Abteilung VI nur mühsam kaschiert.<sup>54</sup>

Während Sosnkowski Positionen preisgab, deren Verlust ihm in der folgenden Zeit seine Selbstbehauptung innerhalb der Exilregierung erheblich erschweren sollte, trieb der ZWZ in der Heimat die Entwicklung in einer Weise voran, in der sich ein erstarkendes Selbstbewußtsein gegenüber der Exilregierung bemerkbar machte.

In der Depesche, die Sikorski und Sosnkowski am 18. Juni 1940 an Rowecki geschickt hatten, befand sich ein Passus, der die Auseinandersetzungen um die Regierungsdelegatur zugunsten der von der Heimat

entwickelten Vorstellungen entschied. Dort heißt es, Rowecki müsse »in grundsätzlichen Dingen im Einvernehmen mit dem PKP handeln«.55

Das bedeutete, daß die Regierung vorerst ihre Delegaturpläne zurückgesteckt hatte oder sie durch eine Anerkennung des PKP zu verwirklichen suchte. Im August 1940 bot dieser Passus Anlaß zu so heftigen Angriffen auf Sosnkowski, daß dieser sich entschloß, die redaktionelle Genesis der Depesche zu rekonstruieren.<sup>56</sup> Aus den Erklärungen, die drei der vier Mitglieder des Redaktionskomitees — General Gustaw Paszkiewicz, Oberst Józef Smoleński und Oberst Tadeusz Demel — abgaben, erhellte, daß der PKP-Passus im Einvernehmen mit Innenminister Kot in den allgemeinen Befehl aufgenommen worden war.<sup>57</sup> Die Motive, die Kot zur Zustimmung bewogen hatten, sind nicht zu belegen; aber man wird annehmen dürfen, daß auch Kot im Angesicht der französischen Niederlage von der allgemeinen Panikstimmung der Exilregierung erfaßt worden war und daß er bereit war, das PKP für die Zwecke einer Kontrolle über den ZWZ aufzuwerten, zumal sich die Delegatur im Sinne der Regierungspläne vorerst nicht verwirklichen ließ. Dieser Interpretation liegt die Annahme zugrunde, daß Kot um jeden Preis eine Kontrolle über den ZWZ erreichen wollte<sup>58</sup> — auch um den Preis einer offiziellen Anerkennung der Parteienkörperschaft PKP. Als jedoch die Exilregierung im August 1940 sicher nach England gelangt war, wollte Kot von einer so hinderlichen Anerkennung des PKP nichts mehr wissen, weil dadurch wesentliche Voraussetzungen des Delegaturprojekts der Regierung außer Kraft gesetzt worden wären.

Das PKP, das sich seit der Ankunft des Interimistischen Regierungsdelegaten Skorobohaty-Jakubowski in mancher Hinsicht emanzipiert fühlte, trat am 28. Juni 1940 zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, an der neben den Parteivertretern und Skorobohaty-Jakubowski auch Rowecki und Kruk-Strzelecki teilnahmen. Auf dieser Sitzung faßte das PKP Beschlüsse, durch die man hoffte, das Regierungsprojekt der Delegatur aus den Angeln heben zu können. In einer breit angelegten Erklärung, die um des Begründungszusammenhangs willen ausführlich zitiert werden soll, heißt es:

»Angesichts dessen, daß es der Wunsch der Regierung ist, für die Stellung des Delegaten in der Heimat eine Person zu ernennen, die im Einvernehmen mit den Parteien ausgesucht ist, angesichts dessen, daß diese beabsichtigte Verständigung über jene Person noch nicht erfolgt ist und daß infolge der erschwerten Verbindung mit der Regierung . . . noch kein Termin näher bestimmt werden kann, hat man

sich darauf geeinigt, daß die Depesche des Premiers vom 18. Juni 1940 aus Libourne das Fortbestehen des PKP sanktioniert. Infolgedessen ist das PKP in »Politisches Hauptkomitee« (Główny Komitet Polityczny, GKP) unbenannt worden. Es wird vom heutigen Tage an in Anwesenheit des Regierungsdelegaten Skorobohaty-Jakubowski beraten, und es ersucht um die Akzeptierung folgender Punkte: 1) Das GKP als Einführung der Delegatur der Regierung unter der Voraussetzung zu akzeptieren, daß künftig eine Verbreiterung der Delegatur im Sinne der Weisungen der Regierung erfolgt; 2) Die Delegatur wird ihre Tätigkeit auf dem Staatsgebiet im Namen der Regierung beginnen, wobei in ihr neben den Parteivertretern als weitere Seite auch der Kommandant des ZWZ wirkt.«<sup>59</sup>

Es ist deutlich zu sehen, wie die Mitglieder des PKP jetzt, in einem Augenblick der Schwäche der Exilregierung, vollendete Tatsachen schaffen wollten, denen sich die Regierung später würde fügen müssen. In diesem Sinne wurde das den Parteien lediglich zugestandene Mitspracherecht bei der Nominierung eines Delegaten in den »Wunsch der Regierung« umgedeutet, wurde Skorobohaty-Jakubowski durch Auslassung der Einschränkung seines offiziellen Titels zum »Regierungsdelegaten«, wurde die verdächtige Eile des PKP in Sachen Delegatur als Interpretation der Depesche vom 18. Juni 1940 ausgegeben und wurde der Exilregierung in der Verklammerung von GKP und ZWZ eben jenes Modell aufgenötigt, das diese mit der Einführung der Delegatur hatte verhindern wollen.

Auf der nächsten Sitzung des neuen GKP zeigte sich, daß die bloße Umbenennung des alten PKP den Anspruch der neuen Körperschaft nur unzureichend zum Ausdruck brachte, wenn man in dieser Sache auf die Regierung Pressionen ausüben wollte.<sup>60</sup> Folglich nahm das GKP auf Roweckis Antrag hin erneut einen anderen Namen an und nannte sich nun »Sammeldelegatur« (Zbiorowa Delegatura). Durch diesen Namen wollten die Parteien darlegen, daß ihr Zusammenschluß von Rechts wegen die Delegatur der Exilregierung darstellte.<sup>61</sup> Die Initiative zur Proklamation der Sammeldelegatur war wohl von Rowiecki ausgegangen; aber auch Skorobohaty-Jakubowski unterstützte diesen Antrag und war sogar bereit, in der Sammeldelegatur den Vorsitz einzunehmen. Das hatte den rückwirkenden Effekt, daß nun alle Beteiligten von der Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens überzeugt waren. Skorobohaty-Jakubowski führte später als Beweggründe für seine Zustimmung ins Feld, er habe »die Berechtigung der Motive, von denen sich die Mitglieder des PKP leiten ließen«, anerkannt; auch hätten sich ja die Parteien mit diesem Schritt »der Regierung

vorbehaltlos zur Verfügung gestellt«, indem sie »die Verantwortung für die Arbeit in der Heimat« übernahmen; ebenfalls habe die Errichtung der Sammeldelegatur »Befürchtungen hinsichtlich der Suprematie einer Partei über die anderen« ausgeräumt — Befürchtungen, die verhindert hätten, daß die Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Regierungsdelegaten einigten; und endlich habe die Sammeldelegatur verhindert, »daß irgendeine Art von ›Regierung‹ in der Heimat entstehen und Einfluß auf die Bevölkerung nehmen konnte.«<sup>62</sup>

Dem letzten Punkt in der Erklärung Skorobohaty-Jakubowskis lag ein sehr konkreter Vorfall zugrunde. Am 26. Juni 1940 tauchten in Warschau ganz unerwartet Ausgaben des ehemaligen Regierungs- und Verordnungsblattes, des »Monitor Polski i Dziennik Ustaw«, in der alten typographischen Aufmachung auf, obgleich der Monitor seit dem September 1939 nicht mehr erschienen war.<sup>63</sup> In dieser Fälschung des alten Regierungsorgans wurde die Bildung einer »Geheimen polnischen Regierung in der Heimat« (Tajny Rząd Polski w Kraju) dekretiert, die sich aus Premier, sechs Ministern und einem Vizeminister für Kriegsangelegenheiten zusammensetzte.<sup>64</sup> Gleichzeitig übte die dem Dekret beigefügte Erklärung scharfe Kritik an der Exilregierung, weil es dieser »im Laufe eines halben Jahres nicht gelungen war, in der Heimat ein Dispositionszentrum zu schaffen.«<sup>65</sup>

Alle Parteien der Sammeldelegatur<sup>66</sup> reagierten in äußerst scharfer Form auf diese Versuche, die Exilregierung aus dem Sattel zu heben. Noch am selben Tage konferierte die Sammeldelegatur und verabschiedete auf Roweckis Antrag als Gegenmaßnahme die sogenannten »Befehle für den Augenblick«, die von einer über den Vorfall hinausreichenden prinzipiellen Bedeutung waren, indem sie Einblick in das inzwischen erworbene Selbstverständnis der Widerstandsbewegung in ihrem nationalen Kontext geben: »Der Kampf gegen die Feinde für Freiheit und Unabhängigkeit geht weiter. — Die Nation muß im Widerstand aushalten und ihre Ehre und Würde verteidigen; und sie muß sich für den Aufruf zum bewaffneten Aufstand bereithalten. — Es kann keine Rede sein von irgendwelchen Kompromissen oder von einer Zusammenarbeit mit den Okkupanten hinsichtlich des Gedankens, einen fiktiven polnischen Staat zu schaffen. — Auf allen Lebensbereichen muß man im Gedanken an das große Polen eine intensive Aktion für die Unabhängigkeit durchführen. — Den Okkupationsmächten gegenüber muß sich die Bevölkerung weitestgehender Reserve befleißigen.«<sup>67</sup>

Begleitet wurde dieser Aufruf, der eine Kampfansage an die Hin-

termänner in der Affäre der »Regierung im Lande« darstellte,<sup>68</sup> von erbitterten Stellungnahmen und Kommentaren in der Untergrundpresse, wo es im Tenor hieß, dieser Versuch der Bildung einer Gegenregierung zur Exilregierung sei ein »Verrat an den polnischen Interessen«.<sup>69</sup> Tatsächlich erschien daraufhin nur noch eine einzige Ausgabe des gefälschten Monitor unter dem Datum des 20. August 1940, in der ein Dekret über die Einberufung des Nationalrats veröffentlicht wurde.<sup>70</sup> Mit Befriedigung konstatierten die Führungsspitzen des Untergrunds daher, daß »die Proteste und Warnungen aller wichtigen Untergrundorganisationen bewirkten, daß die Diversionsaktion dieser exzentrischen Untergrundgruppen völlig zum Erliegen kam«.<sup>71</sup>

Die Formierung der Sammeldelegation unter Einschluß der SP hatte die Machtverhältnisse im Untergrund bedeutend umstrukturiert. Davon war besonders das von Świętochowski gegründete CKON betroffen, denn die Lücke, die die SP im CKON hinterließ, bedeutete zum einen zweifellos eine wesentliche numerische Schwächung; gewichtiger noch mochten sich jene Überlegungen bemerkbar machen, die Sikorskis besonderes Wohlwollen für die SP im Auge hatten. Der ohnehin als traditionell zu bezeichnende Gegensatz zwischen dem vormaligen PKP und dem geschwächten CKON erhielt dadurch einen zusätzlichen Akzent. Denn Świętochowski hatte sich verschiedentlich als Regierungsdelegat ausgegeben — in der stillschweigenden Überzeugung, daß das CKON dann auch die Delegation der Regierung werden würde. Sein Stellvertreter, Tadeusz Szpotański, der nach Świętochowskis tragischem Ende die Leitung des CKON übernommen hatte, bemühte sich nun in Anerkennung der neuen Lage, von Skorobohaty-Jakubowski eine Zusage zu erreichen, daß »ein Vertreter des CKON die Pflichten eines ständigen Delegaten auf sich nehmen sollte, bis der Kontakt zur Exilregierung wieder hergestellt sein würde«.<sup>72</sup> Skorobohaty-Jakubowski erblickte in diesem Ansinnen jedoch zu Recht eine Gefährdung der soeben zustande gekommenen Sammeldelegation und wies Szpotański ab. Es ist keine Frage, daß Skorobohaty-Jakubowski damit nicht nur dem inzwischen geschaffenen faktischen Zustand Rechnung trug, an dem er ja selbst interessiert war, sondern daß er auch unter dem Eindruck jener ablehnenden Haltung stand, die bei den politischen Hauptparteien und beim ZWZ als zwangsläufige Folge der Anmaßungen Świętochowskis entstanden war.<sup>73</sup>

Nach dieser Absage suchte Szpotański einen anderen Weg zur Durchsetzung seiner Absichten, und er erhielt — was nicht überraschen konnte — bei Konsul Fietowicz, der als Kots »rechte Hand« die

Verbindungsstelle des Innenministeriums in Budapest leitete, die nötige Rückendeckung.<sup>74</sup> Allerdings hatte man Fietowicz von Seiten des CKON nichts über die Anwesenheit von Skorobohaty-Jakubowski mitgeteilt.<sup>75</sup> Vielmehr wurde Fietowicz einzig der Wunsch vorgetragen, er möge die Einrichtung eines Dispositionszentrums der Exilregierung in der Heimat offiziell fördern. Dabei galt als ausgemacht, daß dieses Zentrum sich – unter völliger Umgehung des PKP<sup>76</sup> – aus Mitgliedern des CKON zusammensetzen sollte, wobei ausdrücklich die Unterstellung des PKP unter dieses Delegaturzentrum stipuliert wurde.<sup>77</sup> In Unkenntnis der Vorgänge in Warschau gab Fietowicz diesem Begehren offenbar ohne Zögern statt; so konnte das CKON Ende Juli 1940 mit einem von Fietowicz unterzeichneten Papier aufwarten, in dem das CKON zum Dispositionszentrum der Regierung erklärt und das PKP gleichzeitig angewiesen wurde, sich dem CKON zu unterstellen.<sup>78</sup>

Skorobohaty-Jakubowski reagierte auf diese Herausforderung mit der entschlossenen Erklärung, es handele sich bei diesem Papier um eine Fälschung, deren Verbreitung er kurzerhand verbot.<sup>79</sup> Anfang August 1940 erklärte Szpotański im Gegenzug, er sei im Besitz eines erneuten Schreibens von Fietowicz, in dem dieser scharfen Protest gegen die Maßnahmen Skorobohaty-Jakubowskis einlegte.<sup>80</sup> Auf dieses Manöver antwortete Rowewki mit einem Protest bei der Exilregierung. Unter Hinweis darauf, daß dieser Vorgang »ein Chaos bewirkt und eine Diversion gegen die Konsolidierungsarbeit von Skorobohaty-Jakubowski darstellt« und daß diese Maßnahmen Fietowicz' sich überdies »im Widerspruch zu den Befehlen des Regierungschefs vom 18. Juni 1940 befinden«, forderte Rowewki: »Verlangen Sie von Fietowicz die Aufklärung dieser Verlautbarungen und veranlassen Sie außerdem, daß die gesamte Korrespondenz über Skorobohaty-Jakubowski abgewickelt wird.«<sup>81</sup>

Freilich erhielt die Exilregierung diesen Einspruch Rowewkis erst im November 1940, als die Vorgänge ohnehin schon einer fernen und unglücklichen Vergangenheit angehörten. Fietowicz hingegen gab sich mit der verbalen Entschlossenheit seiner schriftlichen Verlautbarungen nicht zufrieden, sondern versuchte, in der Delegaturfrage vollendete Tatsachen zu schaffen. Noch im August 1940 schickte er fünf mit dem Titel eines Regierungsdelegaten ausgestattete Männer eigener Wahl in die Heimat, die sich offenbar auf das CKON als das maßgebliche Exekutivorgan der Delegatur stützen sollten, wie es in den Verhandlungen zwischen Szpotański und Fietowicz vereinbart worden war. Aber die Reaktion aus den Kreisen der Gegner des CKON war ein-

mütig und setzte diesen Versuchen, die durch keinerlei Ermächtigung seitens der Exilregierung gedeckt waren, entschlossen ein Ende. Die Kandidaten von Fietowicz wurden einfach nicht ernst genommen, und »das machte es möglich, diesen politischen Irrsinn schnellstens zu liquidieren«. <sup>82</sup>

## 10. Regelungen auf der Belgrader Konferenz

Für die Zeit vom 29.—31. Mai 1940 hatte das Oberkommando des ZWZ eine Konferenz in Belgrad zwischen Vertretern aus Heimat und Exil anberaumt, auf der inzwischen entstandene Probleme ausgeräumt werden sollten und auf der sich das Oberkommando durch mündliche Berichte ein Bild von der Lage des ZWZ im Lande machen wollte.<sup>1</sup>

Die Vertreter des Oberkommandos konnten den Heimatvertretern auf dieser Konferenz verbindliche Beschlüsse der Exilregierung in der Angelegenheit der sogenannten »Kapturgerichte« (Sądy Kapturowe) vorlegen,<sup>2</sup> die der ZWZ in der Heimat seit dem Januar 1940 für die innere Ordnung der Untergrundbewegung und deren Verhältnis zur Bevölkerung gefordert hatte. Anfang Februar 1940 hatte die Exilregierung diesen wohlbegründeten Forderungen in relativ allgemeiner und rechtlich wenig verbindlicher Form nachgegeben.<sup>3</sup> Aber seit das KSK am 16. April 1940 eine Gerichtsordnung für die Kapturgerichte verabschiedet hatte, lag endlich ein Normenkatalog vor, der alle Unklarheiten in dieser Angelegenheit ausräumen würde.<sup>4</sup>

Diese Gerichtsordnung war im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Beschlüssen des KSK über die Delegatur der Regierung, die am selben Tage zustande gekommen waren, rechtsverbindlich geworden, so daß in die Gerichtsordnung eine Kompetenzteilung zwischen dem ZWZ und der Delegatur eingegangen war. Damit waren grundsätzlich zwei Typen von Gerichtshöfen konzipiert: der des Regierungsdelegaten als des politischen Repräsentanten der Exilregierung, und der Typ des Gerichtshofes beim ZWZ, der über Verfehlungen gegenwärtiger und ehemaliger Mitglieder des ZWZ zu befinden hatte. Für eine Verklammerung beider Typen sorgte die Vorschrift, daß die Urteile der Kapturgerichte des ZWZ erst durch die Unterschrift des jeweiligen Regierungsdelegaten Rechtskraft erlangten.<sup>5</sup> Hatte der zuständige Regierungsdelegat erst einmal ein Urteil auf diese Weise bestätigt, das übrigens nur über Schuld oder Unschuld des Angeklagten befinden konnte, so besaßen weder Kläger noch Angeklagter die Möglichkeit, gegen dieses Urteil zu appellieren.

Insgesamt wurden fünf Delikt-Gruppen unterschieden: Verrat, Spionage für den Feind, Provokation, Denunziation und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. In den »Materialvorschriften zur Gerichtsordnung« heißt es dazu näher, Verrat liege vor, wenn ein polnischer Bürger gegenüber einer zweiten Person »über den ZWZ oder die bewaffneten Streitkräfte spricht«; der Spionage machte sich nach diesen Vorschriften schuldig, wer den Regierungen von Feindstaaten Informationen, Nachrichten oder Dokumente über das »Bestehen des ZWZ oder seine Tätigkeit« mitteilte, die »gegen den ZWZ zum Ziel seiner Vernichtung benutzt werden könnten«; Provokation beging, wer »im Einvernehmen mit den Organen von Feindstaaten oder auf eigene Initiative und ohne Befehl seitens der polnischen Organisation zu Taten oder zu einer Tätigkeit aufhetzt, die gegen das eigene Vaterland gerichtet sind«. Eine letzte Norm, »das Verbrechen unmenschlicher Verfolgung und Quälerei der polnischen Bevölkerung«, bezog auch die deutsche Zivilverwaltung mit ein; schuldig im Sinne dieser Norm war, »wer auf unmenschliche Art, dem natürlichen Gerechtigkeitssinn zuwider, die polnische Bevölkerung durch Taten oder Befehle verfolgt oder martert«. <sup>6</sup> Für das Begehen eines oder mehrerer dieser Delikte war ausnahmslos die Todesstrafe vorgesehen.

So wie die Delikttypen eine Unterscheidung zwischen militärischer und politischer Kompetenz erforderten, differenzierten sie auch von vornherein zwischen ZWZ-Mitgliedern, polnischen Kollaborateuren und Angehörigen der Okkupationsmächte. <sup>7</sup> Aus der Natur konspirativer Gerichtshöfe folgte zwangsläufig, daß Urteile auch in absentia gefällt werden konnten, wobei freilich der Angeklagte einen Verteidiger seiner Wahl entsenden konnte oder wenigstens durch den Pflichtverteidiger vertreten sein mußte. Nach Maßgabe der Umstände des zur Aburteilung gekommenen Falles sollten Urteil und Vollzugsmeldung der Exekution teils für die breite Öffentlichkeit publiziert, teils auch nur den Mitgliedern von Delegatur und ZWZ bekanntgegeben werden.

Die Kapturgerichte setzten sich aus jeweils einem Vorsitzenden — in der Regel handelte es sich dabei um den zuständigen ZWZ-Kommandanten oder den Regierungsdelegaten <sup>8</sup> —, zwei von ihm bestimmten Untersuchungsrichtern, zwei ständigen Richtern, <sup>9</sup> Staatsanwalt und Verteidiger zusammen. Ihr Verfahren war zeitlich so kurz wie möglich gehalten. Die Untersuchung einer eingelaufenen Anzeige mußte innerhalb von sieben Tagen abgeschlossen sein. Danach reichte der Untersuchungsrichter Ergebnis und Beweismaterial an den Staatsanwalt weiter, der die Anklageschrift aufsetzte und diese mit den

Untersuchungsakten an den Vorsitzenden des Gerichts weitergab. Der Vorsitzende legte unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen den Verhandlungstermin fest. Zur Verhandlung konnte der Vorsitzende in Ausnahmefällen ein schriftliches Fachgutachten einholen.<sup>10</sup>

Die Verhandlung selbst sollte nach Möglichkeit an einem Vormittag stattfinden und mußte innerhalb von drei Stunden abgeschlossen sein. Sie enthielt Verlesung der Anklageschrift, Verlesung eventueller Fachgutachten, Plädoyer von Staatsanwalt und Verteidiger und das Schlußwort des Angeklagten. Nach der Verhandlung fällte der Gerichtshof in einer unprotokollierten Beratung mit absoluter Mehrheit das Urteil. Hatte der Regierungsdelegat das Urteil durch seine Unterschrift bestätigt, so gingen Urteil und Sachakten wieder an den Vorsitzenden zurück, der die Vollstreckung des Urteils mündlich anordnete.<sup>11</sup>

Neben der Gerichtsordnung für die Kapturgerichte wurden die Heimatvertreter auf der Belgrader Konferenz mit drei weiteren Papieren vertraut gemacht, die die innere Ordnung des ZWZ betrafen und dem ZWZ einen autonomen Rechtsbereich eröffneten, der der Zuständigkeit der Regierungsdelegaten entzogen war. Es handelte sich im einzelnen um die »Instruktion für Aufnahme und Entlassung von ZWZ-Mitgliedern«,<sup>12</sup> um den Katalog von »Pflichten und Rechten der Mitglieder des ZWZ«<sup>13</sup> und den »Disziplinarkodex des ZWZ«.<sup>14</sup>

Der Disziplinarkodex unterschied zwischen geringfügigen Verstößen gegen das angemessene Verhalten von ZWZ-Mitgliedern wie Insubordination, Fahrlässigkeit, Säumigkeit und fahrlässiges Reden, die äußerstenfalls mit Arreststrafen an dienstfreien Tagen geahndet wurden, und schwerwiegenden Verletzungen der Dienstpflicht, die in vier Abstufungen — vom Tadel bis zum Ausstoß aus dem ZWZ — bestraft wurden.<sup>15</sup>

Die »Instruktion für die Aufnahme und Entlassung von ZWZ-Mitgliedern« vom 30. April 1940 brachte mit der Entlassung ein Novum, das sich jedoch aus der im Disziplinarkodex niedergelegten Strafandrohung der Ausstoßung nur folgerichtig ergab. Hinsichtlich der Aufnahme möchte man zunächst meinen, daß diese neue Instruktion nur ergänzend und präzisierend neben die alten Bestimmungen getreten sei.<sup>16</sup> Tatsächlich erscheinen alle Forderungen, die man an Kandidaten für die Mitgliedschaft im ZWZ der alten Instruktion zufolge stellen mußte, auch in der neuen Instruktion wieder. Auf Idealismus und Unbescholtenheit wurde das gleiche Gewicht gelegt wie auf einen lauterer Charakter. Gleichfalls forderte die neue

Instruktion eine strenge Auswahl unter den zur Aufnahme anstehenden Kandidaten. Nach wie vor sollte der Grundsatz gelten, »lieber weniger Mitglieder, dafür aber zuverlässige« aufzunehmen und sich insbesondere vor »unsicheren Kantonisten«<sup>17</sup> zu hüten.

Sosnkowskis vormalige Forderung, daß es pro Militärregion nur 500 Mitglieder geben sollte, erscheint in der neuen Instruktion nicht mehr. Dafür aber hatte der nun vorgeschriebene Aufnahmevergang geradezu bürokratische Formen angenommen. Zunächst mußte der Kandidat Bürgschaften vorlegen: entweder die Bürgschaft eines ZWZ-Mitglieds, dessen Rang im ZWZ gleichgültig war, oder die von »wenigstens zwei bekannten, wichtigen und glaubwürdigen Personen«.<sup>18</sup> Dabei mußten die Bürgen die vollständige Eignung des Kandidaten in sittlicher und intellektueller Hinsicht bezeugen und angeben, wie lange sie den Kandidaten schon kannten. Waren die erforderlichen Bürgschaften beigebracht, so empfahl die neue Instruktion, den Kandidaten auf die Probe zu stellen, indem man ihm eine Aufgabe zuwies, deren Ausführung den ZWZ nicht enttarnen konnte. Ehe dann endlich die Vereidigung als der eigentliche Aufnahmekt erfolgen konnte, mußten die Kandidaten noch eine Probezeit durchlaufen, in der sie mit den Grundsätzen des ZWZ vertraut gemacht wurden. Über die Vereidigung, die in Gegenwart von zwei ZWZ-Mitgliedern durch den direkten Vorgesetzten des Kandidaten erfolgte, wurde ein Protokoll geführt, das durch die Unterschriften des Aufgenommenen und der Zeugen die rechtsgültige Aufnahme nachwies.<sup>19</sup>

Dieser Bürokratismus, der nicht nur dem ZWZ eine vorher unbekannte Verwaltungslast aufbürdete, sondern durch das anfallende schriftliche Material auch gewisse konspirative Risiken barg, mochte sich aus der Tatsache erklären, daß der ZWZ als Teil der polnischen Streitkräfte den Charakter einer ordentlichen Armee hatte. Zum anderen dürfte der umständliche Formalismus des Aufnahmeverfahrens, der die Hürden zur Mitgliedschaft im ZWZ bewußt höher steckte, aber auch wohl unter dem Gesichtspunkt eingeführt worden sein, die Zahlenstärke des ZWZ nicht allzu schnell wachsen zu lassen.<sup>20</sup>

Das dritte, undatierte Papier über »Pflichten und Rechte der Mitglieder des ZWZ«, von dem freilich nicht ausdrücklich bezeugt ist, ob es der Belgrader Konferenz vorgelegen hat oder ob es lediglich als ein Denkmodell Sosnkowskis zu betrachten ist,<sup>21</sup> sagt über die Pflichten der Mitglieder nur wenig Originelles oder Aufschlußreiches aus. Der Bogen reicht hier von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit über die »Pfleger der Reinheit der ideellen Richtung des ZWZ« bis hin zur Pflicht, »die Idee der Befreiung des Staates und der polnischen

Nation durch Flüsterpropaganda zu verbreiten«. Aufschlußreicher hingegen ist die Aufzählung der Rechte, in deren Genuß die ZWZ-Mitglieder kommen sollten. Sosnkowski versprach nicht nur, daß der polnische Staat invalide und kranke ZWZ-Mitglieder unterstützen und im Falle ihres Todes bei der Ausübung dienstlicher Pflichten die Angehörigen versorgen werde,<sup>22</sup> sondern er gestand den ZWZ-Mitgliedern auch die Avancements und Auszeichnungen ordentlicher Soldaten zu. Der wesentliche Punkt jedoch, der die Gedanken dieses Papiers in bedenkliche Nähe zum Nepotismus des Sanacja-Régimes rückte, enthielt die verbindliche Zusage auf ein Recht des ZWZ-Mitglieds, »im befreiten Polen Beschäftigung zu erhalten: in staatlichen, kommunalen und privaten Institutionen unter Berücksichtigung der beruflichen, wissenschaftlichen und anderen Qualifikationen wie auch des Alters«. <sup>23</sup> Damit war Sosnkowski ohne Not von der alten Bestimmung im »Statut des ZWZ« abgewichen, derzufolge die Mitgliedschaft im ZWZ »grundsätzlich ein ideeller Dienst«<sup>24</sup> sein sollte, und er hatte statt dessen handfeste Versprechen gegeben.<sup>25</sup>

Wären solche Gedanken an künftige Belohnung für den Dienst im ZWZ wenig zeitgemäß — zumal von Seiten der Heimat in dieser Richtung keine Forderungen erhoben worden waren! —, so lag in der Frage der Beförderungen und Auszeichnungen dagegen ein ernsthaftes Problem vor, dessen Lösung schon seit Monaten überfällig war.

Die Instruktion Nr. 2 vom 16. Januar 1940 hatte den Dienst im ZWZ mit dem »Dienst an der Front« gleichgesetzt. Anfang März 1940 schlug Rowedki vor, daß alle Ansprüche aus diesem Titel erst nach dem Kriege rechtswirksam werden sollten — ausgenommen das Recht auf Beförderungen und Auszeichnungen.

Hinter diesem Vorschlag standen ganz konkrete Probleme des ZWZ. Rowedki hatte eine Reihe von erstklassigen Mitarbeitern in Positionen einrücken lassen, die sie ihrem militärischen Rang nach noch nicht bekleiden konnten. Die Folge war, daß diese ZWZ-Offiziere oftmals Untergebene hatten, »die ihnen natürlich die Arbeit erschwerten«, weil sie in einem höheren Rang als der Vorgesetzte standen. Ebenso kommandierten im ZWZ nicht nur Zivilisten, sondern auch Frauen; für beide Gruppen erbat sich Rowedki »ein gewisses Recht, Beförderungen auszusprechen«. Darüber hinaus hielt Rowedki die Möglichkeit, seine Untergebenen für hervorragende Dienstleistungen auszeichnen zu können, zu Recht wohl für »ein Element des Ansporns«. <sup>26</sup>

Auf diese Anträge antwortete Sosnkowski einen Monat später, Rowedkis Anregungen würden von der Exilregierung »in Erwägung

gezogen«, könnten aber vorerst nicht definitiv geregelt werden. Prinzipiell gelte »die im hierarchischen Gefüge des ZWZ eingenommene Stellung und nicht der Besitz eines militärischen Dienstgrads«. <sup>27</sup>

Im Laufe des April 1940 bereitete Sosnkowski, der den Forderungen Roweckis grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstand, <sup>28</sup> zwei Varianten für einen KSK-Beschluß in der Sache von Beförderungen und Auszeichnungen vor. <sup>29</sup>

Dabei arbeitete er drei Probleme der Angelegenheit heraus. Die Kommandanten des ZWZ auf den jeweiligen Okkupationsteilen mußten einmal gewisse Rahmenvollmachten für Ernennungen und Auszeichnungen erhalten, da sich deren Übermittlung aus dem Exil aus konspirativen Gründen verbot. Zum anderen mußte das Überspringen mehrerer Dienstgrade ermöglicht werden, um unnötigen Konfliktstoff in der Führungssituation zu beseitigen, obgleich die im ZWZ eingenommene faktische Stellung nach wie vor den Vorrang vor dem Schema hergebrachter Dienstgrade haben sollte. Und schließlich mußte es möglich sein, ungediente Zivilisten, die in Kommandostellungen tätig waren, zu Offizieren zu ernennen, wobei jedoch nach Sosnkowskis Vorstellungen diese Ernennungen nach Kriegsende ihre Gültigkeit wieder verlieren sollten. <sup>30</sup> Bei Zweifelsfällen hinsichtlich der Fortdauer dieser Rechtsakte sollte eine »Verifikations-Kommission« entscheiden, die ihre Tätigkeit nach dem Kriege aufnehmen würde.

Im Hinblick auf den Rechtstitel, daß der Dienst im ZWZ dem »Dienst an der Front« gleichkam, sollten Reserveoffiziere zu Offizieren des aktiven Dienstes ernannt werden; den Mannschaftsdienstgraden wurde das Avancement zum Offiziersrang eröffnet. <sup>31</sup> Für Auszeichnungen war das »Krzyż Waleczny«, das etwa dem »Eisernen Kreuz« entsprach, vorgesehen. Um zu verhindern, daß die Beförderungen im ZWZ, also in einem Teil der polnischen Streitkräfte, inflationistische Ausmaße annahmen, sah Sosnkowskis »Wariant I« vor, daß den Okkupationskommandanten jeweils nur ein bestimmtes Kontingent an Beförderungen und Auszeichnungen zugeteilt würde.

Am 30. Mai 1940, dem zweiten Tag der Belgrader Konferenz, gab Oberst Demel vom Oberkommando des ZWZ die Regierungsbeschlüsse hinsichtlich der Avancements im ZWZ bekannt. <sup>32</sup> Sikorski als Oberbefehlshaber hatte sich offenbar dem Argument nicht verschließen können, »daß Avancements und Auszeichnungen die Arbeit der Heimatorganisation positiv beeinflussen«. Er gab daher zehn Beförderungen für Warschau, Bialystok und Wilna frei, fünf für Krakau und fünf für Lemberg. <sup>33</sup> Darüber hinaus avancierten Rowecki und

sein Stellvertreter Bór-Komorowski zu Generälen, und Major Macieliński in Lemberg wurde zum Oberstleutnant befördert. Ferner erhielt Rowecki das Recht, 30 Anträge auf Auszeichnungen beim Oberkommando des ZWZ einzureichen, davon zehn für »*Virtuti Militari*« und 20 für das »*Krzyż Waleczny*«. Allerdings sollte deren Verleihung an ZWZ-Mitglieder mit Auszeichnungen der Exilarmee synchronisiert werden, so daß diese 30 Orden nicht jederzeit abruf-fähig waren.

Ein weiterer wichtiger Besprechungsgegenstand auf der Konferenz war der Plan für Sabotage und Diversion des ZWZ gegen die Okkupationsmächte.<sup>34</sup> Seit spätestens Ende März hatte Rowecki ein zeitliches Rahmenprogramm für die Vorbereitung und den Beginn dieser Tätigkeit entwickelt.<sup>35</sup> In den Weisungen an die Regional- und Distriktskommandanten des ZWZ konzipierte Rowecki vier Aktionsarten:

1. Repressalien gegen Angehörige der Okkupationsmächte, um ihnen das Gefühl der Sicherheit auf polnischem Boden und der Straffreiheit ihrer Handlungen zu nehmen;

2. Vollstreckung von Todesurteilen an notorischen Provokateuren und Verrätern;<sup>36</sup>

3. Sabotage gegen den Eisenbahntransport kriegswichtiger Transitgüter wie Rohöl, Kohlen und Getreide, sowie Sabotage in der Versorgungs- und Kriegsindustrie;

4. Diversion, die zunächst nicht mehr als »verstärkte Sabotage« darstellen, später jedoch durchaus Formen annehmen sollte, die dem Partisanenkrieg verwandt sind.<sup>37</sup>

Diese Aktivierung des ZWZ verfolgte nach Roweckis Auffassung nicht zuletzt den Zweck, »die Geschlossenheit in der patriotischen Haltung der Nation zu unterstützen«.<sup>38</sup> Freilich war diese Tätigkeit noch ganz im Vorfeld der direkten Auseinandersetzung mit den Okkupanten angesiedelt. Rowecki legte daher großen Wert darauf, die Sabotage- und Diversionsakte so auszuführen, daß der ZWZ dadurch nicht enttarnt wurde.

Er hielt es für wünschenswert, zur Ausführung von Spionage, Sabotage und Diversion die verschiedenen polnischen Berufsorganisationen — Eisenbahner, Arbeiter in Rüstungs- und anderen Betrieben unter deutscher Leitung — heranzuziehen. Im konkreten Falle sollten »diese Dinge den Charakter von Zufällen tragen, damit die Bevölkerung keinen Repressalien ausgesetzt wird; statt dessen müssen diese Vorfälle die Deutschen selbst belasten und bei ihnen Zweifel . . . ge-

genüber den eigenen Leuten aufgrund der Vermutung hervorrufen, daß die Sabotage aus den eigenen Reihen kam«.39

Bis zum 1. Juni 1940 hatten die Kommandeure Operationspläne für ihr jeweiliges Gebiet bei Rowecki vorzulegen. Die Zeit bis dahin war für rein organisatorische Arbeiten vorgesehen: für die Eingliederung von Berufsverbänden in den ZWZ<sup>40</sup> und für den Ausbau einer Spezialtruppe, die unter dem Namen »Verband für Vergeltung« (Związek Odwetu, ZO) für die anstehenden Aufgaben vorbereitet wurde. Als charakteristisch für das vorsichtige Verfahren Roweckis darf der Umstand gelten, daß der ZO zwar auch ZWZ-Mitglieder einschloß,<sup>41</sup> daß er aber aus Sicherheitsgründen beträchtlichen Abstand vom ZWZ wahren mußte.<sup>42</sup>

Rowecki hoffte, den Aufbau des ZO so rasch vorantreiben zu können, daß dieser schon im Mai 1940 einsatzbereit sein würde.<sup>43</sup> Allerdings fehlte es dem ZWZ für die vom Juni 1940 an vorgesehene Aktivität an ausgebildeten Fachleuten, zumal eine Schulung aus konspirativen Gründen vorerst nicht in Betracht kam;<sup>44</sup> außerdem mußte Rowecki beim Londoner Oberkommando erst einmal typische Diversionmaterialien anfordern — größere Mengen an TNT, Zeitzündler, usw. —, die in der Heimat überhaupt nicht oder nur in verschwindend geringem Umfang verfügbar waren.<sup>45</sup>

Alle Pläne Roweckis in dieser Richtung waren vollständig in das Ermessen der Exilregierung gestellt. Damit hoben sie sich entscheidend vom eigenmächtig beschlossenen und erst in letzter Minute verweherten Aufstandsvorhaben Żebrowskis in Lemberg ab. Im Bereich von Roweckis Okkupationskommando herrschte keinerlei »Druck von unten« auf die Führungsspitze, sondern die Regional- und Distriktskommandanten, die die »Sabotage- und Diversionsanweisungen« ohnehin als Verschlussache behandeln mußten, waren nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß man zu dieser vorerst im Stadium der Planung befindlichen Tätigkeit nur »kraft Befehl des Oberkommandierenden des ZWZ übergehen«<sup>46</sup> durfte.

Auch im Hinblick auf rein organisatorische Belange zeigte Rowecki überlegen kühlen Pragmatismus. Improvisierte Aktionen lehnte er kategorisch ab, denn ihm war bewußt, daß der ZWZ »hinterher noch längere Zeit in der Konspiration leben« mußte. »Daher«, folgerte er, »muß man stets Gebiet und Objekt der Aktion genau eingrenzen; und man muß mit Hilfe von darin bewanderten Leuten die genauen Ausführungsmöglichkeiten erforschen (ob das Objekt bewacht ist oder nicht!), die notwendigen Mittel berechnen, den Zeitpunkt der Aktion festlegen, Methoden zur Durchführung überdenken und schließlich

verschiedene Varianten für den Rückzug bzw. die Verschleierung nach der Aktion bereithalten.«<sup>47</sup>

Aus solchen Planungen, die von jeglichem Aufstandsdenken weit entfernt waren, sprach die Stimme militärischer Vernunft und nicht die heroischer Verblendung. Die Exilregierung konnte beruhigt sein, daß ihr die Entwicklung im deutschen Okkupationsgebiet nicht entgleiten würde, solange der gehorsame und besonnene Rowecki dort kommandierte.

### III. Krisenmomente

#### 11. Exil und Heimat nach der Niederlage Frankreichs

Mitte Juni 1940, als sich die französische Niederlage immer deutlicher abzuzeichnen begann, geriet die Exilregierung in die heftigste Krise ihres bisherigen Bestehens. Die Umstände, unter denen sich die Übersiedlung nach England vollzog,<sup>1</sup> gaben einen ersten Anlaß für das Mißtrauen, das der Sikorski-Gruppe von dem politischen Kreis um Präsident Raczkiewicz — dazu gehörten Außenminister Zaleski, der in Paris akkreditierte Botschafter Łukasiewicz und der Chef der Zivilkanzlei Łepkowski — entgegengebracht wurde. Während Sikorski nämlich durch ein vorsorglich von Churchill bereitgestelltes Flugzeug schon am 17. Juni 1940 nach England geholt wurde,<sup>2</sup> mußten Raczkiewicz und sein Anhang mit dem langsameren Seeweg vorlieb nehmen. Ihre Abreise auf dem britischen Kreuzer »Arethusa« erfolgte, nach 24stündiger Wartezeit an Bord, ohnehin erst in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1940.<sup>3</sup> Es spricht für die tiefe Verstimmung zwischen Raczkiewicz und Sikorski, daß diese Verzögerung von Seiten des Präsidenten als ein Versuch Sikorskis gedeutet wurde, ihn, Raczkiewicz, zu überspielen. Auf dem Hintergrund dieses mit vielleicht allzu großer Animosität bewerteten Vorgangs vertraute Raczkiewicz einige Tage nach dem 20. Juni Sosnkowski an, seine Beziehungen zu Sikorski seien in ein kritisches Stadium getreten. Łepkowski, der als Chef der Zivilkanzlei dem Gespräch beiwohnte, konkretisierte die vorsichtigen Ausführungen des Präsidenten und erklärte bündig, jetzt sei Gelegenheit, Sikorski loszuwerden.

Zweifellos hatten sich die Beziehungen zwischen Raczkiewicz und Sikorski seit dem Oktober 1939, als Raczkiewicz den von Sikorski

geforderten Eingriffen in die Verfassung und der Vereinigung der Ämter des Premiers und des Oberbefehlshabers in der Hand Sikorskis hatte zustimmen müssen, nicht wieder auf ein gesundes Arbeitsklima einspielen wollen. Besonders die Berufung Kots zum Innenminister, von dem von vornherein gewiß war, daß er Sikorski bedingungslos den Rücken stärken würde, war von Racziewicz mit einem Mißtrauen beobachtet worden, das im Juni 1940 in heftige Ablehnung der Person Kots umschlug.<sup>4</sup>

Dieser latente Konflikt entzündete sich, als Sikorski am 19. Juni 1940 nach seiner ersten Besprechung mit Churchill eine Art Memorandum<sup>5</sup> für den englischen Premier verfaßte, das in vagen und ungeschickten Wendungen die Möglichkeit andeutete, die Exilregierung könnte sich mit der UdSSR verständigen.<sup>6</sup> Am schwersten wogen in den Augen des Präsidenten allerdings gewisse Formulierungen, die gegen den polnischen Anspruch auf Wiederherstellung des status quo ante verwendet werden konnten. Bezeichnenderweise vermochte sich der am Hofe von St. James akkreditierte Botschafter Raczyński mit so schwerwiegenden Bedenken gegen das Memorandum Gehör zu verschaffen, daß er von Sikorski kurzfristig mit einer Überarbeitung des Papiers beauftragt wurde.<sup>7</sup> Trotz dieser Revision hatte Lord Halifax das Memorandum in Form eines aide-mémoire schon am 20. Juni 1940 in Händen.

Aber auch in der revidierten Form erschien das aide-mémoire dem Präsidenten so bedenklich, daß er eine »Umbildung der Regierung«<sup>8</sup> oder, weniger euphemistisch, die Entfernung Sikorskis aus dem Amt des Premiers ins Auge faßte. Die beschwichtigenden Worte Sosnkowskis, der eine so drastische Reaktion für wenig ratsam hielt, nahm Racziewicz nicht zur Kenntnis. Folglich ging es auf den nächsten beiden Besprechungen zwischen Racziewicz und Sosnkowski, die in der Zeit vom 8. bis 10. Juli 1940 stattfanden, schon nicht mehr um die Frage, ob man Sikorski zur Demission zwingen sollte, sondern nur noch um die Person seines Nachfolgers. Wiederum stand Sosnkowski dem Drängen von Racziewicz bei aller Loyalität mit unverhohlener Reserve gegenüber und lehnte das ihm angetragene Amt des Premiers ab. Bezeichnenderweise bat er statt dessen um ein Truppenkommando.<sup>9</sup>

Am 12. Juli 1940 forderte Racziewicz in einem Schreiben an Sikorski zunächst die Entfernung von Innenminister Kot,<sup>10</sup> und am 18. Juli 1940 verfügte Racziewicz die Entlassung Sikorskis aus dem Amt des Premiers. Mit der Regierungsbildung beauftragte er den bisherigen Außenminister August Zaleski.<sup>11</sup> Die Rechtsgrundlage für diesen Akt war durch Artikel XIII, 2 c und d der Mai-Verfassung

unbezweifelbar gegeben, wie denn überhaupt in der ganzen Zeit der Juli-Krise von 1940 für das Verhalten beider Seiten das Bewußtsein konstitutiv war, Sachwalter der polnischen Interessen zu sein und die Auseinandersetzung mit verfassungskonformen Mitteln zu betreiben. Dadurch blieb der Konflikt, so sehr er englische Regierungskreise aufhorchen ließ, ein inneres Problem der rechtmäßigen polnischen Regierung. Daß diese Voraussetzungen der Legitimität auch von Seiten des Gastlandes honoriert wurden, ließe sich am treffendsten durch das konträr gelagerte Beispiel de Gaulles zeigen, der von den Engländern während der Dauer seines Exils als ein im Grunde nicht vertrauenswürdiger Usurpator des Rechts, für Frankreich zu sprechen, betrachtet worden ist. Wenn auch die westlichen Alliierten daraus keine Konsequenzen zogen, so haben die in solchen Dingen pedantischen Engländer de Gaulle doch immer wieder zu verstehen gegeben, daß er ein politischer Parvenu sei, der seine Tolerierung nur der Gunst der Umstände verdanke.<sup>12</sup>

Die Gegenmaßnahmen Sikorskis ließen freilich nicht auf sich warten. Noch am selben Tage wurde eine Gruppe von Offizieren aus dem Stabe Sikorskis bei Zaleski im Gebäude der polnischen Botschaft vorgestellt.<sup>13</sup> Ihr Wortführer, Stabschef Klimecki, appellierte an Zaleski, dahingehend zu wirken, daß die Entlassung rückgängig gemacht würde. Er führte für seine Forderung gute Gründe ins Feld. Eine solche Veränderung setze das polnische Ansehen bei den Alliierten herab; Sikorski genieße in militärischen Kreisen von Heimat und Exil Ansehen und Vertrauen, so daß seine Entfernung unter Umständen zu einer Quisling-Regierung in Polen führen könne; die Entlassung Sikorskis geschähe gegen den Willen der Kabinettsmehrheit; die Frage der Nachfolge auf dem Posten des Oberbefehlshabers sei offen, und man befürchte einen Mann wie Dąb-Biernacki als Nachfolger; überhaupt dürfe Raczkiewicz sich als Vertreter der »Majestät der Republik« (majestat Rzeczypospolitej) in derlei Dinge nicht einmischen.<sup>14</sup> Vielleicht waren diese rechtlich und taktisch begründeten Motive nur vorgeschoben; denn Klimecki drohte dem designierten Premier Zaleski, »kein Mittel, auch das äußerste nicht, unversucht zu lassen«,<sup>15</sup> um die von Raczkiewicz eingeleiteten Veränderungen zu verhindern. Als Zaleski sich gegen diese Drohungen des — wie er sich mit historischer Zuspitzung ausdrückte — »Militäraufstandes« (bunt wojskowy)<sup>16</sup> verwahrte, zögerte Klimecki nicht, die Androhung des Staatsstreiches zu wiederholen.<sup>17</sup>

Währenddessen hatte die Regierung Sikorski im Rahmen des Ministerrats in Permanenz getagt. Zaleski als der designierte Nachfolger

Sikorskis hatte auf die Teilnahme an diesen Sitzungen verzichtet, so daß die vier Parteien ohne einen Einspruch von seiner Seite übereinkommen konnten, die von Raczkiewicz ausgesprochene Entlassung Sikorskis nicht zu akzeptieren. Entsprechend dieser Übereinkunft wiesen PPS und SN Zaleski die kalte Schulter, als dieser sie um Mitarbeit in seiner zu bildenden Regierung anging. SP und SL, die von dieser Krise am stärksten betroffen waren,<sup>18</sup> formulierten ihre Absage an Zaleski geradezu kategorisch.

Angesichts dessen wurde die Situation Zaleskis mit jedem Tage hoffnungsloser. Eigentlich konnte er bei der geplanten Regierungsbildung nur noch auf Leute der Verwaltung, also auf Beamte, zurückgreifen, die aus der Vorkriegszeit mehr oder minder mit dem Makel »Sanacja« behaftet waren. Die entschiedene Gegnerschaft der vier politischen Parteien ließ daher bei eingeweihten Leuten mit so gutem Überblick wie Sosnkowski gewiß nicht zu Unrecht die Vermutung aufkommen, daß in diesem Fall eine Gegenregierung zu der von Zaleski gebildeten entstehen würde, die Zaleski zu völliger Hilflosigkeit verurteilen würde.<sup>19</sup> Das aber hätte die ohnehin delikate Situation der polnischen Regierung im Exil zweifellos gefährdet. Auch stand zu befürchten, daß die nach wie vor lebendigen Splittertendenzen in der Heimat durch solche Vorgänge einen neuen Aufschwung nehmen würden; das hätte wiederum die Position des ZWZ unterminiert, der sich als alleinberechtigte Militärorganisation um die Unterstellung der Einzelorganisationen bemühte.<sup>20</sup>

In dieser Situation, als die Aussichtslosigkeit einer Regierungsbildung unter Zaleski sich klar abzeichnete, griff Sosnkowski ein. Damit erwies er sich als ein wahrhaft »friedfertiger und umsichtiger Unterhändler und Vermittler«. <sup>21</sup> Er suchte den Präsidenten auf, und in einem Gespräch, das im Beisein von Zaleski stattfand, gab er seiner »entschiedenen Ansicht Ausdruck, daß die Krise im Interesse unserer Sache aus der Welt geschafft werden müßte, und zwar auf eine Art, durch die die Pariser Abmachungen beseitigt, bzw. eigentlich erst einmal genau interpretiert werden müßten«. <sup>22</sup>

Raczkiewicz und Zaleski sahen in dieser Intervention Sosnkowskis eine Chance, die Krise, die schon zu ihren Ungunsten entschieden war, zu beenden, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Sosnkowski, dem auf diese Weise die Rolle des Vermittlers zugefallen war, setzt dann auch eine Punktation für ein Übereinkommen zwischen dem Präsidenten und der Regierung in statu demissionis auf. <sup>23</sup> Am 29. Juli 1940 beauftragte Raczkiewicz General Sikorski mit der Bildung einer neuen Regierung. Das war freilich eine reine Formsache, denn als der status

quo ante wieder hergestellt war, gehörte sogar August Zaleski dieser »neuen« Regierung wieder in seiner alten Funktion als Außenminister an.

Allerdings täuscht das oberflächliche Bild von der Rückkehr zu den alten institutionellen und personellen Formen. Für die Präsidialgewalt, die schon im Oktober 1939 erheblich beschnitten worden war,<sup>24</sup> war mit dem Ausgang der Juli-Krise ein Präzedenzfall geschaffen, an dem sich die Grenzen ihres Einflusses ablesen ließen. Es hatte sich gezeigt, daß in allen grundsätzlichen Angelegenheiten die Entscheidungsgewalt auch in solchen Fällen bei den Parteien und beim Premier lag, wo die alte Verfassung entscheidende Prärogativen für den Präsidenten vorgesehen hatte. Gleichzeitig beleuchtete das aktive Vorgehen der Stabsoffiziere gegen Zaleski und damit auch gegen eine Entscheidung des Präsidenten Raczkiewicz' entscheidende Schwäche: er verfügte im Exil über keinen nennenswerten Anhang. Diese Entwicklung hätte sich freilich schon im Oktober 1939 vorhersehen lassen, als Sikorski die beiden Ämter von Premier und Oberbefehlshaber hatte vereinigen können.

Das gravierendste Moment der Juli-Krise lag allerdings darin, daß die Diskussion um die »Sanacja« mit größerer Schärfe als zuvor wieder auflebte. Zweifellos hatte es zu Raczkiewicz' Zielen in der Juli-Krise gehört, die Sanacja-Frage, mit der die personellen Entscheidungen und das innenpolitische Denken der Exilregierung in geradezu blindwütigem Maße verquickt waren, von der allgemeinen Freund-Feind-Sicht zu befreien. Nicht zufällig hatte Łepkowski, der Chef der Zivilkanzlei, Ende Juni 1940 gesprächsweise die Bemerkung fallen gelassen, Sikorski habe in der Behandlung des Sanacja-Problems »das Kind mit dem Bade ausgeschüttet«.<sup>25</sup> Nach dem Ende der Krise erinnerte man sich im Kreise Sikorskis daran, daß Raczkiewicz und seine Anhänger und nicht zuletzt Sosnkowski, dessen völlig uneigennützigere Vermittlertätigkeit geflissentlich übersehen wurde, mit etwas bösem Willen der Sanacja zuzuordnen waren. Folglich galt die Juli-Krise in der Umgebung Sikorskis hinfort als ein Werk der Sanacja, wie sich die Verlierer denn ja auch immer ungerechte Urteile gefallen lassen müssen.<sup>26</sup> Sieht man jedoch die Sanacja als das politische Scheidewasser an, so wird man billigerweise einräumen müssen, daß die von Sikorski wenigstens tolerierte, wenn nicht gar inspirierte Staatsstreichdrohung der Offiziere am 18. Juli ein geradezu klassisches Beispiel für die Methoden der Sanacja darstellte.<sup>27</sup>

Es mag verständlich sein, daß die Heimat auch angesichts der französischen Niederlage vom bequemen Schuldspruch über die Sanacja

nicht Abstand nehmen wollte, obgleich die Schnelligkeit des deutschen Sieges im Westen doch die Augen über die militärische Stärke Deutschlands hätte öffnen müssen. Für die Haltung der Exilregierung, bei der sich das Sanacja-Problem zu einer wahren Psychose ausgewachsen hatte, muß man die Ursache dafür wohl in der Juli-Krise suchen.<sup>28</sup>

Die stürmischen Wellen dieser Auseinandersetzungen gelangten nur noch mit gebrochener Kraft in die Heimat. Das lag überwiegend an dem Umstand, daß erst nach dem Ende der Krise glaubwürdige Nachrichten über die Vorgänge im Exil Polen erreichten.<sup>29</sup> Zudem wurde die Heimat von Kämpfen gegen die sogenannte »Polnische Geheimregierung im Lande« so stark in Atem gehalten, daß eine Einflußnahme auf die Vorgänge im Exil ganz einfach die Möglichkeiten der Parteien und des ZWZ überstiegen hätte. Am schwersten dürfte jedoch Roweckis unbedingte Loyalität gegenüber der Exilregierung — ganz gleich, in welcher personellen Zusammensetzung — gewogen haben. Diese Haltung Roweckis unterlag auch auf Seiten der Gegner des ZWZ keinem Zweifel, so daß bei den kommenden Angriffen gegen den ZWZ die Person seines Oberkommandierenden von vornherein ausgenommen wurde.<sup>30</sup>

Die Niederlage Frankreichs, die dadurch bewirkte Flucht der Exilregierung nach England und die erst Ende Juli 1940 beigelegte Krise im Exil hatten verhindert, daß die Regierung in eindeutig klärender Weise zu den Entwicklungen und Vorgängen Stellung nehmen konnte, die sich im Juni und Juli 1940 in der Heimat ergeben hatten. Nun aber schien Eile geboten. Vier Tage, nachdem Raczkiewicz nolens volens Sikorski mit der erneuten Regierungsbildung beauftragt hatte, trat am 2. August 1940 das KSK zu seiner ersten Sitzung auf britischem Boden zusammen, um über die Heimatangelegenheiten zu beraten.<sup>31</sup>

Hauptbesprechungspunkt war die Sammeldelegatur, die sich inzwischen in der Heimat konstituiert hatte. Sikorski hatte in einer schriftlichen Anweisung das Komitee ersucht, »zu der neu entstandenen Situation Stellung zu nehmen, die sich aus der Einrichtung der Regierungsdelegatur in der Heimat ergeben hat«.<sup>32</sup> Sosnkowski erklärte einleitend, hiermit sei das Problem der Rechtmäßigkeit der Sammeldelegatur in den Mittelpunkt gerückt. Er gab zu bedenken, daß die ungeheuren Schwierigkeiten einer Verbindung zwischen Heimat und Exil »auf die Notwendigkeit hinwies, die bisherige Einstellung der Regierung in Angelegenheiten der politischen Heimatorganisation zu revidieren«. Allerdings sah Sosnkowski auch in völliger Klarheit, daß die Sammeldelegatur eine »offensichtlich den Instruktionen und Be-

schlüssen der Regierung völlig entgegengesetzte Lösung« war. Dennoch votierte er dafür, das Problem der Rechtmäßigkeit dadurch zu entschärfen, daß die Regierung die Beschlüsse der Heimat für rechtens erklärte und den bisher verfolgten politischen Weg aufgab.

Dieser Vorschlag stieß bei den Parteivertretern im KSK auf taube Ohren. Karol Popiel von der SP verknüpfte seine Ablehnung der Sammeldelegatur mit massiven Vorwürfen gegen den ZWZ. Das PKP, aus dem die Sammeldelegatur erwachsen sei, sei nicht durch eine Verständigung der Parteien entstanden, sondern der ZWZ habe ihm zu Diensten stehende Vertreter aus den Parteien ausgewählt und deren gemeinsame Sitzungen mit dem ZWZ durch den Namen »PKP« aufgewertet. Die Heftigkeit dieses Vorwurfs erklärt sich aus der im Exil seit jeher mit Argwohn beobachteten Tatsache, daß die im Exil so außerordentlich einflußreiche SP im PKP nicht vertreten war.<sup>33</sup>

Als Mikołajczyk (SL) ebenfalls daran festhalten wollte, das PKP setze sich nur aus Parteirepräsentanten zusammen und beruhe nicht auf einer Übereinkunft der Parteien, versuchte Sosnkowski, die Dinge ins rechte Lot zu bringen, indem er erklärte, diese Arbeitsform sei »lediglich aus technischen Gründen« gewählt worden; in Wahrheit handele es sich um ein »Gremium breiter Verständigung zwischen den Parteien«. Außerdem sei der ZWZ »gar nicht dazu imstande gewesen, die Mitglieder des PKP zielbewußt auszusuchen«.

Nach diesem Vorgeplänkel tastete sich die Diskussion langsam an das Problem der Rechtmäßigkeit der Sammeldelegatur heran. Prof. Folkierski (SN) betonte, im Augenblick bestünde zweifellos »ein Zustand ex lex«. Er riet grundsätzlich zur Vorsicht und schlug vor, man solle der Heimat klar zu verstehen geben, daß der augenblickliche Zustand »nur ein Provisorium sei, das sich in dem Maße verändern werde, in dem sich die Bedingungen [des Kontakts zwischen Heimat und Exil] normalisieren würden«.

Das wäre ein Kompromiß gewesen, der auch Sosnkowskis Absichten unterstützt hätte; daraus erklärt sich, weshalb Innenminister Kot nicht bereit war, so viel Rücksicht auf das »Erdbeben« (Folkierski) zu nehmen, das die Kommunikation zwischen Heimat und Exil so empfindlich gestört hatte. Jedenfalls folgerte Kot streng formallogisch, eine von der Regierung nicht bestätigte Delegatur könne nicht legal handeln. Auch seien durch die Einrichtung der Delegatur in der Form, in der die Heimat dabei zu Werke gegangen sei, die »Grundsätze für die politische Organisation in der Heimat« verletzt worden, die das KSK als das verantwortliche Gremium der Exilregierung festgelegt hatte. Für Kot konnte daraus nur folgen, »daß die Regierung diese

neue Körperschaft nicht als ihre Delegatur anerkennen kann, wenn sie auf der Gültigkeit der früheren Regierungsinstruktionen bestehen will«.

Mit dieser Stellungnahme Kots waren die Würfel gefallen. Minister Stańczyk beharrte im Namen der PPS auf der alten Konzeption der Regierung,<sup>34</sup> und ihm wurde dabei sekundiert von Karol Popiel (SP), Mikołajczyk (SL) und Professor Folkierski (SN). Die Sitzung endete mit dem Beschluß, daß man »auf den alten Regierungsbeschlüssen beharren wollte, daß man abwarten wollte, wie sich die Verbindungsbedingungen mit der Heimat gestalten würden, und daß man von diesen Bedingungen die [endgültige] Stellungnahme abhängig machen wollte«.

Am 11. und 12. August 1940 kamen Telegramme von Rowecki und Skorobohaty-Jakubowski bei der Exilregierung an,<sup>35</sup> in denen Rowecki um die öffentliche Bestätigung der Sammeldelegatur ersuchte, während Skorobohaty-Jakubowski darum bat, »alle politische Verfügungsgewalt in seine Hand« zu legen. Als Begründung wurde in beiden Telegrammen auf die am 26. Juli 1940 im gefälschten »Monitor« proklamierte »Polnische Geheimregierung im Land« verwiesen.

General Sikorski, dem die Telegramme am 16. August 1940 vorlagen, wußte nicht, was von dieser Sache zu halten war. In seiner Marginalie drückte er den Verdacht aus, »daß es hier vielleicht darum geht, eine schnellere Bestätigung für die [Sammel-]Delegatur zu erhalten«.<sup>36</sup> Er sandte daraufhin beide Telegramme an Kot, den er »um Aufhellung und Präzisierung dieser Angelegenheit«<sup>37</sup> ersuchte. In Kots längerer Marginalie auf der Rückseite des Rowecki-Telegramms wird deutlich, daß der Innenminister die Sammeldelegatur inzwischen viel radikaler ablehnte, als er es auf der KSK-Sitzung vom 2. August ausgesprochen hatte. Die Marginalie macht evident, daß er die Gültigkeit der Regierungsbeschlüsse vom April 1940 durch ein energisches Vorgehen gegen die Sammeldelegatur aufrechtzuerhalten gedachte. Er war »völlig der gleichen Ansicht« wie Sikorski und beschwor den Premier, »daß man dem Druck solcher fiktiven »Regierungen« nicht nachgeben darf, selbst wenn es einen solchen »Monitor« geben sollte«. Seiner Ansicht nach brauchte die Heimat »ihre Zuflucht nicht zu solchen Kunstgriffen zu nehmen«. Im übrigen empfahl Kot: »Je eher die Nominierung von Regierungsdelegaten erfolgt, desto schneller wird man diesen Betrugsversuchen Einhalt gebieten können. Zunächst muß man jedoch diese sogenannte Regierungsdelegatur auflösen, die sich gegen die ausdrückliche Instruktion der Regierung selbst proklamiert hat.«<sup>38</sup>

In diesem Sinne beschied Sikorski dann auch die Wünsche der Hei-

mat. Daß er sich dabei eng an die Formulierungen Kots hielt, bezeugt einmal mehr den Einfluß des Innenministers auf den Premier. In Sikorskis Weisung an Sosnkowski heißt es, »in der Heimat sollten dagegen die Regierungsdelegaten so schnell wie möglich eingesetzt werden, um auf diese Weise allen betrügerischen Versuchen entgegenzutreten. Die Angelegenheit der Warschauer [Sammel]-Delegatur erfordert gleichfalls Aufhellung«.39

Als Sosnkowski diesen Bescheid Sikorskis an Rowecki übermittelte, begründete er ihn im wesentlichen mit den KSK-Übereinkünften vom 2. August 1940.40 Er gab dem Willen der Regierung Ausdruck, die alten Beschlüsse über die Form der Delegatur ungeschmälert aufrecht erhalten zu wollen. Der Interimistische Regierungsdelegat Skorobohaty-Jakubowski habe »keineswegs die Vollmachten besessen, . . . die Regierungsdelegatur in der Heimat in einer Form aufzubauen, die den Instruktionen und Beschlüssen der Regierung zuwiderliefe«;41 er ließ auch die in Warschau verbreitete Interpretation nicht gelten, daß die Depesche der Regierung an Rowecki vom 18. Juni 1940 eine Vollmacht für die Proklamation der Delegatur gewesen sei.42

Damit war der Sammeldelegatur in der Heimat die rechtliche Grundlage entzogen – sofern eine solche überhaupt jemals bestanden hat.43 Gleichzeitig hatte die negative Stellungnahme der Regierung zur Sammeldelegatur endgültig jenen Gedanken zu Grabe getragen, in der Heimat ein einheitliches militärisch-politisches Widerstandszentrum zu schaffen, wie es Tokarzewski seit Ende September 1939 unablässig gefordert und zu verwirklichen gesucht hatte.44 Rowecki hatte diese Konzeption nach der Verhaftung Tokarzewskis grundsätzlich befürwortet, wengleich er den alten Gedanken Tokarzewskis aufgegeben hatte, daß dieses politische Gremium der Militärorganisation bei- und untergeordnet sein sollte. Jedenfalls hatte er eine weitgehende Selbständigkeit der politischen Kräfte im Sinn, als er am 3. Juli 1940 den erfolgreichen Antrag zur Bildung der Sammeldelegatur stellte. Dabei war Rowecki gänzlich frei von allen Intentionen, die eine Majorisierung der Delegatur durch den ZWZ verfolgten.45 Der Vorwurf einer »Einmischung in politische Angelegenheiten«, wie er in den Anklagen gegen den ZWZ schon bald zu einer Standardformel erstarren sollte, verkannte nicht zuletzt die Wirklichkeit des konspirativen Lebens, wo sich militärische und politische Arbeit schon allein wegen der gemeinsamen Interessenlage von Militärs und Politikern nicht so säuberlich voneinander scheiden ließen, wie es die situationsfremden Exilpolitiker forderten.

Hinter diesen Forderungen des Exils stand letztlich eine völlige

Fehldeutung des Okkupationsrégimes in Ost und West, die auf der Annahme basierte, einen militärischen und einen politischen Bereich unterscheiden zu können. Die politisch-militärische Komplexität, die die Okkupation Polens im Zweiten Weltkrieg als ein Phänomen sui generis auswies, war der Exilregierung verborgen. Sie hatte vielmehr unter dem Eindruck der eigenen Geschichte im Spätherbst 1940 ad hoc solche Konzeptionen entworfen, in denen die historischen Erfahrungen aus der Vorkriegszeit schwerer wogen als sachgemessene Erfordernisse der integrierten Okkupation. Für den Untergrund mußten sich die Starrheit und die mangelnde Elastizität, mit der die Heimat auf diese situationsfremde Konzeption der Exilregierung verpflichtet wurde, zu einer schweren Hypothek auswachsen.

Als die Weisungen der Exilregierung in die Heimat gelangten,<sup>46</sup> stellten sie ironischerweise nichts anderes mehr dar als einen »Nekrolog auf den Tod der Sammeldelegatur«. <sup>47</sup> Denn nach der letzten Sitzung der Sammeldelegatur vom 13. September 1940 war dieses Gremium durch den Rückzug des SN-Vertreters auseinandergefallen.<sup>48</sup>

Im alten PKP und in der Sammeldelegatur wurde die SN durch Aleksander Dębski vertreten, der als der Nachfolger Professor Rybarskis den mehr links orientierten Flügel der Partei repräsentierte. Innerhalb der SN herrschten jedoch große Spannungen: Dębskis Gruppe wurde während des ersten Halbjahres 1940 zunehmend heftiger von der Gruppe 'Trajdos' angegriffen, der sich für diese Auseinandersetzung um die Parteiführung bei der radikalnationalen Gruppe der Jugend rückversichert hatte.<sup>49</sup> Bei diesen Machtkämpfen innerhalb der SN spielte die Stellung der Partei zum ZWZ die Rolle eines Indiz', das über die Fernziele der Partei wie auch über ihr Verhältnis zur Exilregierung Aufschluß gab. Denn während die frondierenden Gruppen in der SN die Mitarbeit in der Sammeldelegatur ablehnten, weil sie ihnen die Bewegungsfreiheit der Partei einzuengen schien, stand Dębski, der die »vernünftigste Gruppe der SN«<sup>50</sup> leitete, der Frage einer Zusammenarbeit mit PKP und ZWZ durchaus positiv gegenüber; allerdings nötigten ihn die Oppositionsgruppen in der eigenen Partei zu einem überaus vorsichtigen Verhalten. Dieser Zwang zum taktischen Kompromiß, der auch vor vitalen Angelegenheiten des Untergrunds nicht haltmachen konnte, drückte sich in der von Dębski verkündeten Auffassung aus, die SN nehme an den Sitzungen der politischen Verständigung nur in der Rolle eines Beobachters teil — eine Auffassung, die bei den anderen Parteien, besonders aber bei PPS und SL, heftige Kritik hervorrufen mußte.<sup>51</sup>

An der Frage der Sammeldelegatur sollten sich diese innerparteil-

chen Differenzen entscheiden. Dębski zeigte sich anfangs als ein »glühendes Mitglied der Sammeldelegatur«. <sup>52</sup> Offenbar hoffte er, im Rahmen dieser Körperschaft genug politisches Ansehen zu gewinnen, um die oppositionellen Gruppen der eigenen Partei in Schach halten zu können. Nur so jedenfalls läßt sich überzeugend erklären, weshalb Dębski die Sammeldelegatur »mit den Attributen einer ordentlichen Regierung ausgestattet« <sup>53</sup> sehen wollte, in der es für die Beziehungen mit der Exilregierung sogar ein Außenministerium geben sollte, für dessen Leitung Dębski seinen Parteifreund Knoll vorgesehen hatte.

Allerdings schlugen diese vornehmlich auf innerparteiliche Wirkung berechneten Schachzüge gründlich fehl. Das lag vielleicht weniger an den etwas absurden und der Situation der Heimat wenig angemessenen Zielvorstellungen Dębskis als vielmehr an der politischen Haltung der anderen Parteien in der Sammeldelegatur, die zu gemeinsamen Deklarationen Dębskis Zustimmung auch dann verlangten, wenn diese ihn bei seiner eigenen Partei diskreditieren mußte. So berichteten am 14. Januar 1941 die Vertreter der PPS dem Emissär der Exilregierung, Oberst Iranek-Osmecki, mit welchen Ausreden Dębski zwei im Grunde schon beschlossene Deklarationen der Sammeldelegatur zu Fall gebracht hatte. Einmal wollte Dębski im Namen seiner Partei dem Passus vom »Kampf gegen Hitlerismus, Faschismus und Kommunismus« nur dann zustimmen, wenn »Faschismus« gestrichen würde; ein andermal verwarf Dębski die Formel »Das künftige Polen muß demokratisch sein« und forderte die Formulierung »Polen muß national sein«. <sup>54</sup>

Gemessen an dem innerparteilichen Zwang, unter dem Dębski stand, kann man die Empörung der PPS über dieses Verhalten nur als unrechtmäßig und kurzsichtig bezeichnen. Doch Dębski, der seiner Partei zu wenig und den anderen Parteien allzu national war, setzte sich mit solchen Entscheidungen zwischen die Stühle. Schon im August 1940 nahm er an einigen Sitzungen der Sammeldelegatur nicht mehr teil, um die innerparteilichen Gegensätze, die sich vehement zugespitzt hatten, nicht noch unnötig zu schüren. <sup>55</sup>

Die Niederlage Dębskis in den Machtkämpfen innerhalb der SN deutete sich an, als das offizielle Untergrundorgan der Partei, die Schrift »Walka« (Kampf), <sup>56</sup> am 1. September 1940 eine Verlautbarung der Sammeldelegatur nicht publizierte. Statt dessen erschien in der nächsten Nummer von »Walka« ein heftiger Angriff auf die Sammeldelegatur, der im Vorwurf der »Selbstherrlichkeit« gipfelte. Etwa gleichzeitig hatten Trajdos und Roźniecki die Führung in der SN an sich gerissen und die ersatzlose Abberufung Dębskis aus der Sammel-

delegatur erreicht.<sup>57</sup> Damit hatte sich der in der SN schon immer wirksame »orthodox-radikale, unbezweifelbar faschistische Kurs«<sup>58</sup> durchgesetzt. Den Schaden trug in erster Linie die Sammeldelegatur, die über diesem Machtwechsel in der SN zerbrechen mußte, aber auch das politische Leben im Untergrund allgemein, das nun durch Parteiengenzük vergiftet und von konstruktiver Arbeit abgehalten wurde.

Gleichzeitig mit dem Zerbrechen der Sammeldelegatur aus internen Differenzen traf die Entscheidung der Regierung ein, die ihr lediglich einen privatrechtlichen Charakter zuerkannte, von dem keinerlei Verbindlichkeit ausging. Dadurch waren die Parteien von den »Verpflichtungen wieder entbunden, die sie bei der Schaffung der Sammeldelegatur eingegangen waren«,<sup>59</sup> die nun wieder den alten Namen PKP annahm. Dies warf den politischen Untergrund nicht nur auf den Organisationsstand der Monate März bis Juni 1940 zurück, sondern ließ die Parteien auch ihre Tätigkeit im PKP »ohne Enthusiasmus«<sup>60</sup> aufnehmen, da sie sich im Hinblick auf die Sammeldelegatur von der Exilregierung desavouiert fühlten.

Im Grund hatte jetzt die politische Initiative in der Heimat vor den Zielsetzungen der Regierung kapituliert. Das PKP, dessen politische Zukunft angesichts der nun mit Gewißheit zu erwartenden Regierungsdelegatur völlig im Dunkel lag, verstand sich als eine Organisation des Übergangs und enthielt sich daher aller ordnenden und propagandistischen Tätigkeit in politischen Dingen. Als einzige konkrete Aufgabe blieb ihm nach dem Willen der Exilregierung nur noch die Nominierung von Kandidaten für die Leitung der Regierungsdelegatur.

Am 24. September 1940 berichtete Skorobohaty-Jakubowski, die vier Parteien hätten schon Kandidaten in Aussicht genommen; aber er gab keine Namen an.<sup>61</sup> Mehrere Wochen danach depeschierte das PKP an die Regierung, es werde von seinem Vorschlagsrecht »bis spätestens November«<sup>62</sup> Gebrauch gemacht haben. Bis zu diesem Zeitpunkt werde Skorobohaty-Jakubowski »die Funktion eines Delegaten versehen«.<sup>63</sup> Die eminenten Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch der Parteien ergaben, zu einer Einigung in der Kandidaturfrage zu gelangen, waren der Exilregierung weitgehend verborgen. Diese interparteilichen Differenzen werden später dargestellt.

Unter dem Eindruck der französischen Niederlage hatte Rowecki eine tiefgreifende Reorganisation des ZWZ im Sinne seiner Anweisungen vorgenommen, nach denen er den ZWZ zu einer Kader-Organisation reduzieren sollte.<sup>64</sup> Die Gesamtlage der Résistance und die geplante Reorganisation des ZWZ besprachen Rowecki und sein Stell-

vertreter Komorowski in der Zeit vom 18. bis 21. Juni 1940 in Warschau.<sup>65</sup> Beide Männer waren sich darin einig, daß sie den ZWZ nun für eine Arbeit umrüsten mußten, die auf längere Dauer angelegt war. Der Zusammenbruch des Kuriersystems zwischen Polen und dem Exil bedeutete, daß man vermutlich lange ohne die Finanzhilfe der Regierung würde auskommen müssen.<sup>66</sup> Über die künftige Arbeitsform des ZWZ entschieden Rowecki und Komorowski, »our main task now would be intelligence work and press and propaganda action«. Besonders die Propaganda erschien ihnen als »most important«. »We proposed to strengthen it by the Underground Press, with a view of maintaining the morale of the people through this critical stage. The new situation necessitated going deeper underground. One of its consequences was a restriction of new members and a decrease in existing groups.«<sup>67</sup>

Mit diesen Entschlüssen war der ZWZ von sich aus wieder zu dem Kadersystem zurückgekehrt, das ihm seit der Instruktion Nr. 1 vom 4. Dezember 1939 von der Exilregierung als Organisationsmodell befohlen worden war. Offenbar konnte Rowecki diese Reorganisation ohne große Schwierigkeiten durchführen — jedenfalls sind Klagen nicht überliefert. Als sehr günstig dürfte sich dabei die von Rowecki ohne ausdrückliche Weisungen aus dem Exil eingeführte Klassifizierung des ZWZ in Stammdienst, Reserve I und II erwiesen haben. Innerhalb dieses Systems konnte er Mannschaftsdienstgrade, die im Rahmen des Kadersystems einstweilen überflüssig waren, relativ einfach an die Reserve überstellen. Das neue Kadersystem hatte darüber hinaus auch den Vorteil, daß der ZWZ zwar tiefer in die Konspiration ging, daß er aber dennoch keine Einbußen hinsichtlich seines territorialen Einflußbereiches hinnehmen mußte. Unter dieser Voraussetzung blieb die Kontinuität der konspiratorischen Tätigkeit ungeschmälert, zumal die Rückgliederung ausgeschiedener und an die Reserve überstellter Einheiten in den aktiven Stammdienst innerhalb kurzer Zeit zu bewältigen war.

Mit der französischen Niederlage wurde auch die separatistische Haltung der vom ZWZ unabhängigen Klein- und Splittergruppen fragwürdig. Diese Haltung hatte sich ja weitgehend auf die Überzeugung gestützt, es werde sich um einen kurzen Krieg handeln. Als indessen die deutsche Westoffensive eröffnet wurde, die zunächst den Kleingruppen den Eindruck suggerierte, jetzt sei der Augenblick zur Erringung der polnischen Unabhängigkeit gekommen,<sup>68</sup> wurde diese Hoffnung durch den schnellen deutschen Vormarsch völlig zerstört. Die in der deutschen Okkupationszone sporadisch aufflackernden Er-

hebungen wurden ohne erkennbare Mühe von der Okkupationsmacht niedergeschlagen. Wie schon im September 1939 war auch an der Jahresmitte 1940 die hochgespannte Erwartung des polnischen Volkes, sein Glaube an die militärische Stärke der westlichen Verbündeten, zum zweiten Mal tief enttäuscht worden.

Während der ZWZ auf die Umwälzungen im Westen mit relativ geringfügigen vorbeugenden Maßnahmen antwortete, die die organisatorische Gestalt der Militärorganisation aus Überlegungen konspirativer Klugheit lediglich strafften, griff unter den politisch rechtsstehenden Kleingruppen die Überzeugung um sich, daß man sich zusammenschließen müsse. Diese betont nationalistischen Gruppen, die allesamt mehr oder weniger faschistische Tendenzen aufwiesen, forderten »die Besinnung auf die eigene Kraft, ohne auf die Verbündeten — nicht einmal auf England — zu bauen«. <sup>69</sup>

Für die grundlegende politische Überzeugung, die hinter diesen Forderungen auf Zusammenschluß der rechtsradikalen Gruppen stand, konnte deren Protagonist Boleslaw Piasecki als typisch gelten. <sup>70</sup> Seit 1933 Leiter des rechtsradikalen Jugendverbandes der SN, hatte Piasecki 1935 innerhalb des rechts von der SN stehenden ONR die Schlägerbanden der »Falanga« ins Leben gerufen, die nach SA-Vorbild für »ein großpolnisches Reich ohne Juden, Bolschewiken und Plutokraten« <sup>71</sup> marschierten.

Schon im August und Anfang September 1940 bemühten sich die Gruppen KOP, TAP, NOW und ZCZ, die Rowecki als »die wichtigsten Organisationen« <sup>72</sup> unter den Splittergruppen charakterisiert hatte, um eine konkrete Verständigung, die sich in einer Gesamtorganisation föderativen Charakters manifestieren sollte. Indessen scheiterten diese Pläne vorerst am Ehrgeiz der Führer und Oberkommandierenden, die sich in der Frage der obersten Führung dieser Föderation allzu scharfe Konkurrenz machten.

Daraufhin schwenkten TAP, NOW und ZCZ um und versuchten, zu einem Übereinkommen mit dem ZWZ zu gelangen. Dabei stand das Motiv finanzieller Schwierigkeiten, unter denen diese Gruppen litten, stark im Vordergrund. <sup>73</sup> So erwarteten sie vom ZWZ als einem »Regierungsinstrument« Ersatz für die inzwischen ausgefallenen individuellen Subventionen aus dem Exil, und ihre Annäherungsversuche an den ZWZ hatten einen ausschließlich zweckrationalen Charakter, den man mit der Bereitschaft zur Unterstellung nicht gleichsetzen konnte. Der ZWZ durfte — in Übereinstimmung mit seinem Auftrag, alle militärischen Gruppen unter seinem Kommando zu einigen — sol-

che finanziellen Förderungen nur gewähren, wenn die zu subventionierenden Gruppen sich ihm auch wirklich unterstellten.

Die Erfahrungen aus den ersten sechs Monaten seines Bestehens hatten den ZWZ gelehrt, daß Subventionen ohne vorher erfolgte Unterstellung die eigenbrötlerischen und separatistischen Tendenzen nur stärkten. TAP, NOW und ZCZ akzeptierten diese strikten ZWZ-Forderungen zum Schein, stellten aber ihrerseits geradezu exorbitante Forderungen für eine Unterordnung unter den ZWZ. Sie gipfelten darin, daß sie als Vorleistung von Seiten des ZWZ für den Fall ihrer Mitarbeit »organisatorische Autonomie, das Recht zur Durchführung einer eigenen politischen Tätigkeit, usw.«<sup>74</sup> verlangten. Dem konnte und durfte der ZWZ nicht stattgeben, da die ausdrückliche Bekräftigung der Autonomie dieser Gruppen bei ihrer gleichzeitigen Subventionierung durch den ZWZ nach dem Urteil Roweckis »nur zu ungesunden inneren Verhältnissen führen«<sup>75</sup> konnte. Auf diese Weise blieb von der Fühlungnahme der Einzelgruppen mit dem ZWZ, die aller Wahrscheinlichkeit nach ohnehin nur ein Versuchsballon ohne ernsthaften Willen zur Bindung und Unterstellung gewesen war, nicht viel mehr übrig als ein lockerer Kontakt. Zwar betrachtete der ZWZ diese Organisationen hinfort als »Reservoir an Menschenmaterial für die Aufstandsaktion«;<sup>76</sup> aber das waren in die Zukunft projizierte Wunschträume des ZWZ, denn von einer brauchbaren Grundlage für die gemeinsame Arbeit konnte keine Rede sein.

Spätestens Ende September 1940, als sich der Flirt mit dem ZWZ als aussichtslos erwiesen hatte, besann sich die von Major Włodarkiewicz kommandierte TAP wieder auf die im August gescheiterte Konzeption einer Föderation der rechtsstehenden Gruppen. Jetzt machte keine andere Organisation mehr der TAP die Führung streitig,<sup>77</sup> da die NOW solchen Plänen inzwischen abgeschworen hatte und ihre Sonderrolle unter stärkerer Anlehnung an die SN verfolgte.<sup>78</sup> Zudem hatte die TAP nicht nur schon praktische Erfahrungen in der Durchführung einer Föderation gesammelt,<sup>79</sup> sie empfahl sich auch durch ihre relative Stärke, den finanziellen und organisatorischen Rückhalt bei BP und CKON<sup>80</sup> und nicht zuletzt durch eine von Rowecki geradeheraus als »katholischer Faschismus«<sup>81</sup> charakterisierte politische Gesinnung, für die Tiso in der Slowakei entweder Modell gestanden hatte oder doch wenigstens den Parallellfall darstellte. Bis spätestens Mitte Oktober 1940 konnte daher die TAP noch fünf weitere paramilitärische und politische Gruppen für den Gedanken einer Föderation unter dem Namen »Konföderation der Nation« (Konfederacja Narodu, KN)<sup>82</sup> gewinnen: noch im September den Stab des schon seit

längerem zersplitterten ZCZ,<sup>83</sup> im Oktober die aus Restbeständen der »Falanga« gebildete GON und die »Pobudka« des ehemaligen ONR;<sup>84</sup> zu diesen eigentlichen Kernelementen traten mit »Wawel« und »Znak« noch zwei weitere, im wesentlichen politische Gruppen nationalistischer Färbung hinzu.<sup>85</sup>

Wie Rowecki mit dem Unterton der Sorglosigkeit an die Exilregierung meldete, stellte die KN »in militärischer Hinsicht nicht viel dar«,<sup>86</sup> wenn auch ihr territorialer Einflußbereich das gesamte südöstliche Generalgouvernement umfaßte. Sorgen dagegen mußte dem ZWZ die Tatsache bereiten, daß sein Auftrag, die einzelnen Militärgruppen zusammenzufassen, mit der augenzwinkernden Behauptung unterlaufen werden konnte, es handele sich hier um eine politische Gruppe, die der Zuständigkeit des ZWZ per definitionem entzogen sei. Es stand zu befürchten, daß solche Ausflüchte Schule machen könnten. Jedenfalls zeigte sich hier exemplarisch, daß die im Exil entwickelte Forderung, die militärische Résistance in der Heimat säuberlich von der politischen zu trennen, den wirklichen Verhältnissen in der Heimat ganz unangemessen war und daß eine deutliche Informationskluft zwischen Heimat und Exil bestand.

Während der ZWZ das etwas hochgegriffene Vorhaben der KN, eine »Armee des Nationalen Polen« zu gründen,<sup>87</sup> mit Gelassenheit zur Kenntnis nehmen konnte, mußte die Gründung der KN bei den politischen Parteien der Mitte und der Linken doch schwere Bedenken hervorrufen. In der Grundsatzerklärung der KN,<sup>88</sup> die ihre gedanklichen Anleihen beim ONR, bei der SN und teilweise bei der antiparteilichen Einstellung des OZN gemacht hatte, kam ein Elitarismus faschistischer Prägung zum Ausdruck, wie denn auch die proklamierte Bestrebung zur Einheitspartei allgemeine faschistoide Züge deutlich hervortreten ließ. Die Deklaration der KN kündigte folgerichtig jeder »Bewegung für eine internationale Klassengrundlage entschiedenen Kampf an. Sie äußerte sich kritisch und negativ über die Mafia-Macht der SN«. <sup>89</sup>

Diese Konsolidierung extrem nationalistischer Kräfte im Untergrund konnte nicht ohne Wirkung auf die etablierten Parteien bleiben. Besonders PPS und SL, die sich im PKP, zumal nach dem von der SN herbeigeführten Scheitern der Sammeldelegatur, nähergekommen waren, sahen jetzt die Notwendigkeit zu engerem Zusammengehen. Die Impulse zur Neuformierung einer Parteienkonstellation, wie sie in größerem Rahmen unter dem Eindruck des Indemnitätskonflikts zwischen Piłsudski und der PPS am 31. Oktober 1929 unter dem Namen »Zentrumslinke« (Centrolew) entstanden war,<sup>90</sup> gingen auch im Okto-

ber 1940 eindeutig wieder von der PPS aus.<sup>91</sup> Denn diese Partei stand aufgrund ihrer politischen Überzeugung der Formierung rechtsextremer Gruppen, wie sie im Entstehen der KN paradigmatisch vorgeführt worden war, »mit vermehrter Wachsamkeit«<sup>92</sup> gegenüber. Das Zusammengehen von PPS und SL, das allerdings einen ausgesprochenen Block-Charakter in der hier behandelten Zeit niemals erreichte,<sup>93</sup> wurde schon in den folgenden Monaten bis über die Jahreswende 1940/41 hinaus vielfachen Belastungen ausgesetzt. Dennoch war es vorerst innerhalb der Heimat ein einflußreiches politisches Element, das durch die Konsolidierung von Mitte und Links manche extreme Erscheinungen auf dem rechten Flügel kompensieren konnte.

Die allgemeine Lage auf dem Sektor der kleineren selbständigen Militärorganisationen hatte sich nach der französischen Niederlage ein wenig beruhigt, jedenfalls was die Hektik betraf, mit der diese Gruppen noch während des ersten Halbjahres 1940 entstanden waren und mit der sie ihre Ansprüche in übertriebener und vergrößerter Form publik gemacht hatten. Während so das Schweigen der Quellen über das Entstehen neuer Militärorganisationen vermuten läßt, daß hier offenbar ein gewisser Sättigungsgrad erreicht war, der die Résistance davor bewahrte, sich im Aufbau einer bloßen Formenwelt zu erschöpfen, nahm gleichzeitig die Zahl der schon bestehenden Gruppen »durch Zerschlagungen und Fusionen«<sup>94</sup> deutlich ab. Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei diesem Schrumpfungsprozeß spielte das »Austrocknen der Geldquellen«,<sup>95</sup> durch die diese Gruppen lange am Leben erhalten worden waren. Nicht zuletzt machte sich auch das zentrierende Gewicht des ZWZ als der einzigen Großorganisation in diesem Sinne bemerkbar. Selbst eher kritischen Beobachtern war über jeden Zweifel deutlich, »daß der ZWZ die stärkste Organisation ist: am besten organisiert, mit der höchsten Mitgliederzahl, am vollständigsten mit Geld und technischen Mitteln versorgt. So besitzt also diese eine Organisation auch die mächtigste Stimme in der Heimat.«<sup>96</sup>

Diesen Rang hatte sich der ZWZ durch seine unablässige Werbetätigkeit errungen, mit der er besonders die kleineren Militärorganisationen zur Unterstellung hatte bewegen können. Freilich mußte Rowecki im Spätherbst 1940 der Exilregierung berichten, daß die vom ZWZ dabei aufgewandte Mühe und Energie in einem gewissen Mißverhältnis zum Erfolg standen; denn bei den von eingegliederten und unterstellten Kleingruppen gemeldeten Mannschaftsstärken »handelte es sich in den meisten Fällen um Aufschneiderei«.<sup>97</sup>

Die Erfahrung, daß separate Gruppen sich bei näherem Zusehen in Grüppchen verwandelten, rief bei Rowecki eine gewisse Reserve bei

der Veranschlagung der Stärke hervor, mit der sich die größeren Einzelgruppen jeweils zu brüsten pflegten. In einer Zeit, in der die Exilregierung alle bewaffneten Aktionen verboten hatte und in der an einen Aufstand einfach nicht zu denken war, kam hohen Zahlen der Rang eines propagandistischen Mittels bei der Werbung neuer Mitglieder zu, und wohl aus diesem Grunde wurde kräftig übertrieben.<sup>98</sup> Hinzu kam, daß die Exilregierung der ZWZ-Führung die Auflage gemacht hatte, nicht eine hohe Mitgliederzahl zu erreichen, sondern eine qualitativ hochwertige Truppe aufzubauen, und Rowecki hatte wohl Recht mit seinen Zweifeln, ob die Mitglieder der größeren Einzelgruppen den Anforderungen und konspirativen Normen würden genügen können, die der ZWZ inzwischen entwickelt hatte.<sup>99</sup>

Wenn man diese insgesamt elf Organisationen, die Rowecki als die wichtigsten namentlich aufzählte und charakterisierte,<sup>100</sup> durchmustert, so läßt sich diese noch immer recht hohe Zahl auf eine relativ einfache Struktur reduzieren. Von diesen Gruppen hatten »Unia«<sup>101</sup> und ZWiL ihre Militärabteilungen an den ZWZ überstellt; der PZW<sup>102</sup> war sogar vollständig unterstellt worden. Die Organisationen KOP<sup>103</sup> und OWW<sup>104</sup> hatten auf der Stufe des Oberkommandos dem ZWZ schon gewisse Prärogativen eingeräumt, während die einzelnen Zweige dieser Organisation auf dem Territorium noch immer die alten Differenzen kultivierten. ZOR, Raclawice, POZ wie auch die Muszkietrzy gehörten im Rahmen des CKON zur alten Gegnergruppe des ZWZ, die vom BP finanziell unterstützt wurde.<sup>105</sup> Die TAP und gewisse Teile des ZCZ dagegen bildeten die Führungsgruppen der im Oktober 1940 entstandenen KN.<sup>106</sup>

Damit zeichnete sich auf militärischem Sektor folgendes Bild ab: Der geschlossene ZWZ, der durch die Unterstellung zahlreicher Kleingruppen noch erheblich an Kraft und Einfluß gewonnen hatte, stand dem CKON und der KN gegenüber, die mehr oder weniger stark föderierte Sammelorganisationen waren. CKON und KN waren ebenso durch ihre nationalistischen Überzeugungen miteinander verbunden wie durch den unbedingten Willen, sich dem ZWZ nicht zu unterstellen.<sup>107</sup> Die politische Radikalität neben der Entschlossenheit zur Bewahrung der organisatorischen Selbständigkeit machten eine Zusammenarbeit mit dem ZWZ – und sei sie auch noch so unverbindlich – im Grunde unmöglich.

Als paradigmatisch für die Probleme und Schwierigkeiten bei der Eingliederung größerer Militärgruppen können die Versuche gelten, dem ZWZ die »Muszkietrzy« Stefan Witkowskis zu unterstellen.<sup>108</sup> Diese Organisation mit ihrem romantische und abenteuerliche Vorstel-

lungen assoziierenden Namen hatte an der Jahreswende 1939/40 ihr hauptsächliches Betätigungsfeld in Krakau gehabt, wo sie sich der Sammelorganisation Tadeusz Komorowskis in lockerer Form angeschlossen hatte.<sup>109</sup> Als Komorowski sich im Januar 1940 der Warschauer Leitung des ZWZ unterstellte, zerbrachen diese ohnehin nicht starken Bindungen, und die Muszkieterzy handelten wieder als eigenständige Gruppe.<sup>110</sup> Diese Entscheidung war dadurch erleichtert worden, daß Witkowski offenbar schon frühzeitig über separate Kontakte mit Sikorski in Paris verfügte.<sup>111</sup>

Der Art und Weise, mit der Witkowski seine semi-legalen Kontakte mit der Führungsspitze im Exil hinter dem Rücken des ZWZ pflegte, entsprach auch der Beitritt der Muszkieterzy zum CKON Świętochowskis. Denn damit waren die Muszkieterzy wiederum eine lockere und jederzeit aufkündbare Föderation eingegangen, die höchste Bewegungsfreiheit bei gleichzeitiger Absicherung der finanziellen Belange versprach — und zwar um so mehr, als Świętochowski offenbar ein erhebliches Interesse an der kontinuierlichen Mitarbeit Witkowskis im CKON hatte.<sup>112</sup>

Unter diesen Voraussetzungen konnte Witkowski immer stärker auf dem Gebiet der Spionage und Gegenspionage tätig werden — ein Arbeitsfeld, das dem romantischen Grundgefühl Witkowskis völlig angemessen war.<sup>113</sup> Im Februar 1940 kam ein zufälliger Kontakt mit dem NKWD zustande, der allerdings schon im Juli 1940 von Seiten des NKWD wieder abgebrochen wurde.<sup>114</sup> Die Vorteile dieser Zusammenarbeit lagen für Witkowski in der Möglichkeit, die Bug-San-Linie relativ mühelos überschreiten zu können, und nicht minder in der Bezahlung von Spionageaufträgen.<sup>115</sup> Über diese sowjetischen Spionageaufträge, die sich auf die Rekognoszierung der deutschen Okkupationszone in politischer, administrativer und militärischer Hinsicht richteten, kamen die Muszkieterzy beinahe zwangsläufig auch mit den deutschen Abwehrstellen ins Gespräch, denen natürlich daran gelegen war, den Spieß umzudrehen.<sup>116</sup> Die Zusammenarbeit mit den deutschen Abwehrstellen konnte der Exilregierung — anders als die Kontakte mit der sowjetischen Seite — nicht gleichgültig sein. Jedenfalls dürfte sich die Tatsache, daß Witkowski im Laufe des Jahres 1941 wiederholt in deutscher Uniform und in einem Kraftwagen mit einer Zulassungsnummer der SS auftrat, nicht mit der Übermittlung belanglosen Spielmaterials erklären lassen.<sup>117</sup>

Eine weitere Möglichkeit für Witkowskis dubiose Kontakte mit nicht-polnischen Nachrichtendiensten tat sich in Budapest auf, weil Świętochowski die Muszkieterzy beauftragt hatte, alle Verbindungs-

aufgaben zwischen dem CKON und Innenminister Kots Bevollmächtigtem in Budapest, Edmund Fietowicz, wahrzunehmen.<sup>118</sup> In Budapest überbrachten Muszkieterzy-Kuriere nicht nur Berichte an Fietowicz, sondern verkauften auch Durchschriften dieser Berichte an Mitglieder des französischen »II. Bureau« und des englischen »Intelligence Service«.<sup>119</sup> Offenbar hatten einige Mitglieder der Muszkieterzy aus verarmten Adelskreisen Warschaws schon vor dem Kriege für die Engländer gearbeitet, so daß der Kontakt zum Intelligence Service ohne Mühe herzustellen war.<sup>120</sup>

Es darf als ausgeschlossen gelten, daß Witkowskis Organisation über genügend geschulte Nachrichtenspezialisten verfügte noch überhaupt in der Lage war, bei diesen vielfältigen Kontakten nach allen Seiten nennenswerte solide Arbeit zu leisten.<sup>121</sup> Insofern ist es gerechtfertigt, in der Vielzahl der Verbindungen einen Versuch Witkowskis zu sehen, sich für jeden möglichen Fall die Hände frei zu halten. So, wie er mit der deutschen und der sowjetischen Seite sich eingelassen hatte, so bot er auch dem CKON seine Dienste an, um gleichzeitig den ZWZ unter Druck setzen zu können; und für die Nachrichtendienste der Westmächte war er tätig, um notfalls auf das Wohlwollen der Exilregierung verzichten zu können.

Dieser Zustand mußte unausweichlich zu Schwierigkeiten führen, als der ZWZ mit dem Anspruch hervortrat, die alleinige Militärorganisation der Regierung darzustellen, zumal er dabei auf das ihm von der Exilregierung übertragene nachrichtendienstliche Monopol hinweisen konnte.<sup>122</sup> Der zähe und hinhaltende Widerstand, den Witkowski der Unterstellung der Muszkieterzy unter den ZWZ entgegensetzte, nötigte Sosnkowski, dieser Forderung durch einen besonderen Befehl an Witkowski Nachdruck zu verleihen.<sup>123</sup> Als auch dieser Befehl vom 16. März 1940 ohne jede Wirkung blieb, befahl Sosnkowski Witkowski zu sich nach Paris. Witkowski schickte jedoch nur seinen Stellvertreter, Oberst Jan Jastrzębski, nachdem er sich vorher mit Świętochowski darüber abgesprochen hatte, wie man den an sich unmißverständlichen Befehl Sosnkowskis umgehen könnte.<sup>124</sup> Auf sanften Druck des Oberkommandos hin blieb Oberst Jastrzębski im Exil und schrieb darüber hinaus auch noch einen vom Oberkommando inspirierten Begleitbrief zu Sosnkowskis erneutem Unterstellungsbefehl an Witkowski vom 4. Juni 1940.<sup>125</sup>

In diesem Befehl schien Sosnkowski den Wünschen Witkowskis insofern entgegenzukommen, als er den Muszkieterzy die »Beibehaltung der eigenen organisatorischen Struktur und ihres bisherigen territorialen Einflußbereichs« konzedierte. Fragen der materiellen und finan-

ziellen Versorgung der Muszkietery sollte Rowecki regeln, so daß damit ein zweites Kardinalproblem Witkowskis aus der Welt geschafft schien.<sup>126</sup> Als Gegenleistung forderte Sosnkowski allerdings den Abbruch aller Kontakte mit dem sowjetischen Nachrichtendienst, »weil der materielle Nutzen offenbar gering ist und die Fortdauer [der Kontakte] nur Risiken für die Kontaktpersonen in sich birgt«; darüber hinaus sollten Sosnkowskis Zusagen an Witkowski nur dann gelten, wenn alle Meldungen der Muszkietery an das Exil »grundsätzlich über Rowecki zugestellt, stets aber nach seiner Kenntnisnahme« abgesandt würden.<sup>127</sup>

Freilich nahm sich diese vermeintlich konzessionsbereite Haltung Sosnkowskis in dessen Begleitschreiben an Rowecki doch anders aus; denn er empfahl Rowecki, die weitere Entwicklung der Organisation von »Ihrem Gutdünken, vom Nutzen der Arbeitsergebnisse und von der vollständigen Loyalität gegenüber dem ZWZ«<sup>128</sup> abhängig zu machen. Besonders der letzte Punkt sollte wohl nichts anderes darstellen als eine geschickte Umschreibung der Instruktion Nr. 1, nach der die Einzelorganisationen dem ZWZ zu unterstellen oder aufzulösen waren. Wenn Sosnkowski damit nicht nur Rowecki in der Frage der Muszkietery freie Hand ließ, sondern zugleich seine sehr summarischen Zusagen an Witkowski hinter dessen Rücken konditionierte, so trug er dem Umstand Rechnung, daß es unmöglich war, den Untergrund vom Exil her zu führen.<sup>129</sup> Es muß freilich auch als ein Zeichen für Sosnkowskis persönlichen Widerwillen gegen offene Konflikte gelten, daß er fast allen Forderungen Witkowskis – wenn auch in modifizierter Form – nachgab,<sup>130</sup> obgleich diese Zusagen geeignet waren, das alte Konzept für die Unterstellung von Gruppen unter den ZWZ in seiner Substanz anzutasten.

Die Zusage organisatorischer Selbständigkeit im Kontext der Unterstellung unter den ZWZ war jedoch so widersprüchlich nicht, wie sie es aus grundsätzlichen Erwägungen scheinen mußte. So lag etwa in der Vergeltungsorganisation ZO des ZWZ ein Präzedenzfall vor; denn der ZO bestand ursprünglich aus der Einzelgruppe »Brochwicz«, die sich im Frühjahr 1940 dem ZWZ unterstellte und dann vom ZWZ einen Spezialauftrag erhielt. Nach dem Muster von »Brochwicz« wäre es auch für die Muszkietery durchaus möglich gewesen, selbständige Aufgaben auf dem Gebiet der Spionage zu übernehmen und damit den eigenen organisatorischen Zusammenhalt in relativer Ferne vom ZWZ zu bewahren,<sup>131</sup> während die Gruppe im Gesamtzusammenhang der militärischen Konspiration – etwa durch Zuweisung, Kontrolle und

Auswertung der jeweiligen Aufträge — doch in direkter Abhängigkeit vom ZWZ gestanden hätte.

Die Unterstellung der Muszkietery unter den ZWZ scheiterte schließlich doch an der starren Haltung Witkowskis, der sich der Einsicht verschloß, daß auch von ihm ein gewisses Entgegenkommen gefordert werden konnte. Nach wie vor beharrte er auf seiner Bedingung, daß eine solche Übereinkunft zwischen ihm und Rowecki persönlich ausgehandelt werden mußte. Rowecki versagte sich dieser Forderung, weil Probleme der Unterstellung von Einzelgruppen in die Kompetenz der Stabsabteilung I (Organisation) gehörten,<sup>132</sup> weil solche direkten Kontakte die Verhandlungsposition Witkowskis unnötig gestärkt hätten und weil Rowecki vermutlich die Gefahr einer Enttarnung seiner eigenen Person befürchten mußte. Es ist zudem sehr fraglich, ob direkte Verhandlungen Roweckis mit Witkowski die Unterstellung der Muszkietery tatsächlich »bedeutend vereinfacht hätten«,<sup>133</sup> wie Witkowskis Stellvertreter im Exil erklärte. Vielmehr stand zu befürchten, daß ein Scheitern der direkten Verhandlungen den Weg zur Unterstellung der Muszkietery endgültig versperrt hätte.

Ein weiteres Problem lag in der finanziellen Subventionierung der Muszkietery durch den ZWZ, zu der Rowecki von Sosnkowski ermächtigt worden war. Im Hinblick auf die beschränkten Geldmittel des ZWZ hatte Sosnkowski die Festsetzung der Höhe ganz in das Belieben Roweckis gestellt. Witkowski besaß sehr präzise Vorstellungen von der Höhe dieser auszuhandelnden Subventionen,<sup>134</sup> und in den Verhandlungen mit Roweckis Stabsabteilung I zeigte sich, daß Witkowski diese Summen als Mindestbeträge ansah. Für den ZWZ war es ein Ding der Unmöglichkeit, solche gewaltigen Summen aufzubringen, zumal vorerst nichts anderes erkauf werden konnte als die Loyalität einer Einzelgruppe, während nicht sicher war, ob die Arbeitsergebnisse der Muszkietery einen auch nur angenäherten Gegenwert haben würden. So mußte sich auf Seiten des ZWZ der Verdacht verhärteten, daß Witkowskis Forderungen »deutlich den Charakter von Erpressungsversuchen«<sup>135</sup> hatten, denen der ZWZ aus prinzipiellen Erwägungen nicht nachgeben durfte.

Damit war der letzte Versuch, die Muszkietery zur Unterstellung zu bewegen, trotz des Entgegenkommens Sosnkowskis gescheitert. Witkowski setzte wieder sein altes Doppelspiel fort, indem er Loyalitätsadressen an den ZWZ richtete, aber sich jeder konkreten Zusammenarbeit entzog.<sup>136</sup> Nichts ist verständlicher als die Empörung und Verbitterung, mit denen der ZWZ auf die Haltung der Muszkietery rea-

gierte, und auch im Exil drängte man darauf, den »Fall Witkowski« jetzt auf Biegen und Brechen zu lösen. Sikorski legte am 4. November 1940 zunächst einen Gesamtplan für die Klärung des Unterordnungsproblems vor. Er erklärte Sosnkowski, die Muszkietery sollten dem Regierungsdelegaten unterstellt werden, und führte weiter aus: »Von dem Augenblick an . . . werde ich Empfehlungen an alle bisher in der Heimat separat vom ZWZ agierenden Militärorganisationen geben, sich bedingungslos dem Kommando des ZWZ zu unterstellen. Der ZWZ muß die einzige Militärorganisation sein, die von der Regierung Polens zu militärisch-konspirativen Unternehmungen in der Heimat ermächtigt ist.«<sup>137</sup>

Freilich war dieser Plan durch mehrere Illusionen Sikorskis belastet. Denn am 4. November 1940 gab es noch keine Regierungsdelegatur in Warschau; auch war die Ernennung eines bestimmten Politikers nach wie vor so umstritten, daß die Einrichtung der Delegatur noch gar nicht abzusehen war. Zum anderen hatten die Schwierigkeiten, denen der ZWZ bei seinen Versuchen in der Frage der Unterordnung begegnet war, deutlich erkennen lassen, daß es mit bloßen »Empfehlungen« Sikorskis nicht getan war.<sup>138</sup>

Inzwischen hatte Sosnkowski, dessen Ratlosigkeit in Sachen Witkowski sich immer deutlicher abzeichnete, in seinem Memorandum an Sikorski vom 28. November 1940 vorgeschlagen, Witkowski seines Postens zu entheben und die Muszkietery »unter vernünftiger Führung und entsprechender Kontrolle«<sup>139</sup> weiterarbeiten zu lassen. Unter dem Eindruck solcher Schwierigkeiten verkehrte Sikorskis Einstellung zu den Muszkietery sich in das genaue Gegenteil des Plans vom 4. November 1940, der den Versuch dargestellt hatte, das Problem der Unterstellung unter den ZWZ zu umgehen, ohne in der Sache allzu große Konzessionen zu machen. In leicht gereiztem Ton erklärte Sikorski, er halte — im Gegensatz zu Sosnkowskis einlenkendem Vorschlag — »eine vollständige Abkehr des ZWZ von den Muszkietery für die einzig angemessene Lösung«. Zudem versuchte er, seiner eigenen Haltung gegenüber den Muszkietery eine höchst zweifelhafte Kontinuität und Geradlinigkeit zu unterlegen, als er weiter ausführte, er habe »den Separatismus der Organisation Muszkietery von Anfang an für schädlich gehalten. Diese Einstellung habe ich stets beibehalten.« Daher sehe er sich auch außerstande, den Optimismus Sosnkowskis zu teilen, daß die Organisation unter der vorgeschlagenen Kontrolle positive Ergebnisse erzielen werde. »Denn ihre Kontakte mit der sowjetischen Abwehr wie auch letzthin mit den Engländern machen ganz deutlich, daß diese Organisation eine anti-ideelle Einstel-

lung hat, die unter unseren Arbeitsbedingungen unzulässig und runderaus schädlich ist.«<sup>140</sup>

Zur gleichen Zeit versuchte Rowecki, das Problem Muszkieteryz dadurch zu lösen, daß er Sikorski um eine ausdrückliche Bestätigung des Monopols auf dem Gebiet der Spionage ersuchte, wie es dem ZWZ seit seiner Gründung zugesprochen worden war.<sup>141</sup> Diese Bestätigung, von Sosnkowski ausgefertigt und von Sikorski unterschrieben, ging am 4. Januar 1941 an den ZWZ ab und setzte den Schlußpunkt unter Roweckis Bemühungen, den Muszkieteryz ihr eigentliches Arbeitsfeld zu nehmen und sie auf diese Weise wenigstens in die Illegalität zu drängen, wenn denn schon die Unterstellung der Organisation nicht erreicht werden konnte.<sup>142</sup> An dieser Entscheidung änderte auch ein wichtigtuerisches Memorandum Witkowskis nichts mehr, in dem er Sikorski seine besonderen Qualitäten und den weitgespannten Apparat der Muszkieteryz anpries.<sup>143</sup>

Freilich war das Problem des Separatismus, wie Witkowski ihn weiterhin hartnäckig verfolgte, durch kategorische Vorkehrungen nicht zu lösen. Vielmehr stand nun zu befürchten, daß Witkowski unter dem Eindruck solcher Entscheidungen der Exilregierung erst recht auf Bahnen gedrängt würde, die dem polnischen Interesse wenig dienlich sein konnten.<sup>144</sup>

In diesen Vorgängen offenbarte sich die Zwangslage, in die die Exilregierung und der ZWZ als Exekutivorgan in militärischen Angelegenheiten der Heimat geraten mußten, wenn separatistische Gruppen dem Befehl zur Unterstellung unter den ZWZ einfach nicht nachkamen. Dann nämlich konnte die Exilregierung nichts anderes tun, als die Dinge resigniert laufen zu lassen, weil sie kein Alternativmodell für die Einordnung, Beruhigung oder Neutralisierung solcher Gruppen anzubieten hatte. Die einzig wirksame Lösung wäre vermutlich gewesen, dem ZWZ das Recht zu verleihen, gegen solche Gruppen mit Zwangsmaßnahmen einzuschreiten. Im Dezember 1939, bei der endgültigen Redaktion der Instruktion Nr. 1, waren Sosnkowski und Sikorski von solchen Gedanken nicht weit entfernt; damals hieß es in der Instruktion, separatistische Gruppen müßten notfalls »rücksichtslos ausgemerzt«<sup>145</sup> werden. Freilich mochten der Exilregierung aus gutem Grund die Gefahren einer solchen dem ZWZ übertragenen ultima ratio inzwischen größer erscheinen als der Nutzen, den sie stiften konnte — ganz abgesehen von dem wahrscheinlich nicht zu lösenden Problem der praktischen Durchführung. Auch mochte das politische Mißtrauen, mit dem einflußreiche Kreise der Exilregierung dem ZWZ begegneten, entscheidend dazu beigetragen haben, daß eine rechtliche

Kodifizierung dieser vorsichtigen und bei aller verbalen Entschlossenheit doch sehr vagen Weisung vom Dezember 1939 nicht erfolgte. Sosnkowski hat diesen Punkt bezeichnenderweise später nie mehr zur Sprache gebracht; und man darf wohl annehmen, daß der zweithöchste Vorgesetzte des ZWZ auf die Macht und den Einfluß seiner Organisation vertraute, die in zunehmendem Maße die Separationstendenzen und die Eigenwilligkeiten sozusagen von selbst zum Erliegen bringen würden.

## 12. Das Scheitern des ZWZ in Lemberg

Die konspirative Tätigkeit des ZWZ war in Ostpolen weitaus größeren Schwierigkeiten ausgesetzt als im Generalgouvernement. Diese Schwierigkeiten resultierten aus äußeren und inneren Umständen.

Die sowjetische Okkupationsmacht konnte sich bei ihrer Politik auf »große Hilfe von den ansässigen [nationalen] Minderheiten«<sup>1</sup> stützen, während sie außerdem zur Befriedung der polnischen Bevölkerung einen »ungewöhnlich zahlenstarken Polizeiapparat«<sup>2</sup> unterhielt, dessen eminentester Vorteil — wenn man die deutschen Sicherheitsorgane zum Vergleich heranzieht — darin lag, daß seine Mitglieder die polnische Sprache beherrschten. Roman Luda, ein ehemaliger Stabsoffizier Oberst Żebrowskis, der seit Mitte des Jahres 1940 in der Base BOLEK für Lemberger Angelegenheiten zuständig war, gibt ein düsteres Bild von den Bedingungen für die Widerstandstätigkeit unter der sowjetischen Okkupationsverwaltung: »Die Verstaatlichung von fast 80 % der Wohngebäude, das Administrationssystem dieser Wohnungen, das auf die Kontrolle ihrer Bewohner abzielt, Pflichtversammlungen, tiefgehende und breit angelegte »Durchleuchtung« der Bevölkerung durch das NKWD — das alles läßt illegaler Arbeit in den Häusern keine große Bewegungsfreiheit. Arbeitspflicht und die damit verbundene (zwangsweise) Zugehörigkeit zu Berufsverbänden, Paßzwang und Paßkontrolle, wie sie seit drei Monaten durchgeführt wird, vereiteln einen illegalen Aufenthalt auf dem Gebiet. Paßkontrollen machen auch Kurrierbewegungen, innerhalb und nach außen, nahezu unmöglich.«<sup>3</sup>

Zu diesen äußeren Restriktionen gesellten sich die inneren Schwierigkeiten des Lemberger ZWZ. Sie bestanden einmal im Antagonismus zwischen der Gruppe Dobrowolski, die sich als rechtmäßiger ZWZ ausgab, und dem von Oberstleutnant Macieliński geführten ZWZ, der die offizielle Anerkennung der Exilregierung für sich ins Feld führen konnte; als dritte auf ihre Eigenständigkeit eifersüchtig bedachte

Gruppe hatte die von Oberstleutnant Sokołowski einiges Gewicht. Erschwerend kam hinzu, daß es in Ostpolen keinen Okkupationskommandanten gab, der durch seine Entscheidungen ausgleichend oder doch wenigstens klärend auf diese Differenzen hätte einwirken können, nachdem sowohl Tokarzewski wie auch Oberst Pstrokoński arretiert worden waren. Weiterhin war es um die Versorgung Lembergs mit Nachrichten und Geld katastrophal schlecht bestellt, so daß Ostpolen als nahezu hermetisch abgeriegelt zu betrachten war. Und nicht zuletzt verdichtete sich in Warschau im Laufe des Jahres 1940 die Vermutung zur Gewißheit, daß der einstweilige Kommandant des Militärdistrikts Lemberg, Oberstleutnant Emil Macieliński, im Dienst des NKWD stand. So zeugt es von sehr klarer Einsicht in die Verhältnisse, daß Rowecki im Herbst 1940 an die Exilregierung meldete, das sowjetische Okkupationsgebiet stelle derzeit seine »Hauptsorge«<sup>4</sup> dar.

Bei aller Schwierigkeit, die eigentliche Ursache dieser Zerfahrenheit des ZWZ in Lemberg zu bestimmen, läßt sich freilich auch nicht verkennen, einen wie bedeutsamen Beitrag das mangelhafte Informationssystem zwischen Lemberg und der Außenwelt zu dem ausgesprochenen Wirrwarr an Mißverständnissen, Fehlentscheidungen und Antagonismen leistete.

Macieliński verfügte für Verbindungszwecke über ein Sende- und Empfangsgerät mit der beträchtlichen Leistung von 35 Watt,<sup>5</sup> mit dessen Hilfe er eine leidlich korrekt arbeitende Verbindung zur Bukarester Base BOLEK unterhielt.<sup>6</sup> Sehr viel schlechter dagegen stand es mit der Radioverbindung zwischen Lemberg und Warschau. Bis zum 23. August 1940 hatte es überhaupt keinen Kontakt dieser Art zwischen den beiden Zentren des ZWZ gegeben,<sup>7</sup> und auch in der zweiten Jahreshälfte 1940 blieb die Verbindung trotz mancher Bemühungen besonders von Roweckis Seite äußerst schwierig.<sup>8</sup> Die Hoffnungen, die man in BOLEK bezüglich einer Verbesserung dieser Verbindung hegte,<sup>9</sup> erwiesen sich im Laufe der Zeit als völlig unberechtigt.<sup>10</sup> Vom Ausmaß dieser Verbindungsschwäche zeugt die von Rowecki für Sosnkowski verfertigte Zusammenstellung der zwischen Warschau und Lemberg ausgetauschten Radionachrichten über den Zeitraum von Ende August bis Mitte Dezember 1940.<sup>11</sup> Es handelte sich um insgesamt 14 Depeschen Roweckis und sechs Depeschen Macielińskis, wobei sich erkennen läßt, daß Macieliński mit zwei Ausnahmen keinen Bezug auf Roweckis Weisungen, Erklärungen, Anfragen und Befehle nahm. Die Depeschen Macielińskis besaßen zudem so gut wie gar keinen Informationswert, enthielten dagegen stereotype Klagen über finanzielle Engpässe, die Rowecki zu dem bitteren Kommentar veranlaßten, »daß

seine Tätigkeit — wenigstens in dem, was ich von ihm erhalte und beobachten kann — sich darauf beschränkt, ständig nichts als Geldforderungen vorzubringen«. <sup>12</sup>

Dieses zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen Macieliński und Roweckis Depeschen läßt sich nicht durch die Annahme erklären, die karge Informationspolitik Macieliński resultiere aus übergroßer Sorge vor einer Enttarnung. Einmal waren Geldforderungen nicht weniger verdächtig als Organisationsberichte, und zum anderen bewiesen die Depeschen Roweckis, daß sich diese Gefahr ja doch vermeiden ließ. Jedenfalls stand Rowecki hinsichtlich konkreter Berichte über den Organisationsstand in Lemberg mit völlig leeren Händen da. <sup>13</sup> Er führte diesen Umstand darauf zurück, daß Macieliński weder planmäßig arbeitete noch genau berichtete, daß er statt dessen eine »unwesentliche oder nur historisierende Arbeit« <sup>14</sup> betrieb. Als die ärgsten Sünden Macieliński hob Rowecki hervor, daß dieser weder einen Kurierdienst von Lemberg bis zur Grenze eingerichtet noch auch nur einen einzigen Spionagebericht zusammengestellt hatte.

Es ist bemerkenswert, daß Rowecki daraus lediglich folgerte, Macieliński sei der Arbeit als Kommandant des Lemberger Militärdistrikts nicht gewachsen, und daß Rowecki jedenfalls der in seiner Umgebung schon unüberhörbar gewordenen Anschuldigung, Macieliński arbeite für das NKWD, vorerst noch keinen Glauben schenken mochte, obgleich dieser Verdacht doch die Misere im Verbindungswesen hinlänglich hätte erklären können. Neue Nahrung und konkrete Ausformungen erhielt der Verdacht durch den Bericht des Offiziers Kordecki, den Rowecki Anfang September 1940 als Kurier nach Lemberg geschickt hatte. Als Kordecki nämlich am 21. Oktober wieder zurückkehrte, sprach er Rowecki gegenüber mit Emphase vom »offenen Verdacht gegen Macieliński und den ganzen ZWZ Lembergs«. <sup>15</sup> Aber Rowecki blieb ungläubig.

Nach der Ende Juni 1940 erfolgten Verhaftung von Pstrokoński, der nach dem Willen Roweckis und Sosnkowskis die Lemberger Zustände hatte ordnen sollen, hatte die Arbeit des ZWZ zum wiederholten Male einen schweren Rückschlag erlitten. Im Oktober 1940 entschloß sich Rowecki, den diplomierten Oberst Leopold Okulicki auf die vakante Position des Okkupationskommandanten abzuordnen, um diese Rückschläge wieder wettzumachen. In seiner Mitteilung an Sosnkowski rühmte Rowecki den Kandidaten als seinen »besten Gebietskommandanten, erfahren in der Aufbauarbeit des ZWZ, der die Funktion des Stabschefs beim Oberkommando übernehmen sollte. Obgleich er hier unentbehrlich ist, wurde er auf das sowjetische Gebiet abkom-

mandiert, damit dieses endlich in Ordnung kommt. Er besitzt alle Voraussetzungen an Charakter, Intelligenz und Fähigkeiten, um diese Aufgabe zu meistern. Ich bitte, mir zu glauben, daß ich ihn nur schweren Herzens auf einen derart exponierten Posten abkommandiere, der von Anfang an auf unerklärliche Weise solche Opfer gefordert hat.«<sup>16</sup>

Der Aufgabenkatalog, den Rowecki mit dem künftigen Okkupationskommandanten Okulicki absprach, zeigt deutlich, daß es darum ging, grundsätzliche organisatorische Forderungen für das Wachstum und die Konsolidierung des Lemberger ZWZ wie auch für die Überwindung seiner Isolierung von der Warschauer Zentrale zu verwirklichen. Diese Schwerpunkte ergaben sich organisch aus den bisherigen Fehlleistungen der ZWZ-Arbeit in Lemberg: Aufbau einer Verbindung mit Warschau durch Einrichtung von zuverlässigen Kuriertrassen und mit Hilfe eines von Okulicki selbst mitgeführten Sendegeräts, Einrichtung eines internen Nachrichtennetzes, Aufbau des Führungsapparats in Ostpolen und Unterstellung der Splitterorganisationen unter den ZWZ.<sup>17</sup>

Der grundlegende Charakter dieser Aufgaben macht deutlich, daß Rowecki sich nicht der Illusion hingab, der neue Okkupationskommandant könnte eine schon begonnene Arbeit einfach fortführen; vielmehr ging es darum, die gesamte Organisation des ZWZ neu aufzubauen,<sup>18</sup> wobei es wünschenswert war, Vorhandenes sinnvoll in dieses neue Gefüge einzugliedern. In diesem Sinne sollte Okulicki auch das Problem der separaten Organisationen dadurch lösen, daß er deren zuverlässige Gliederungen in den ZWZ überführte, um so die Splittergruppen — wie Rowecki hoffte — auszuhöhlen und bedeutungslos werden zu lassen.

Zwei Tage vor Okulickis Abreise kam der Kurier Kordecki mit seinem verheerenden Bericht aus Lemberg zurück. Wenngleich Rowecki — im Gegensatz zu Okulicki<sup>19</sup> — den Anschuldigungen gegen Macieliński keinen Glauben schenken mochte, sondern beschwichtigend meinte, daß sich nur »gewisse Arbeitsgebiete Macielińskis in der Hand des NKWD«<sup>20</sup> befänden, mußte er Okulicki dennoch aus grundsätzlichen Sicherheitsüberlegungen heraus raten, »sehr vorsichtig vorzugehen«.<sup>21</sup> Zusätzlich hatte Rowecki bei seinen Versuchen, die Mission Okulickis abzuschirmen, darauf gedrungen, daß die Verbindungen zwischen Lemberg und den Basen unterbunden würden,<sup>22</sup> was Sosnkowski befürwortete und in einem energischen Befehl an BOLEK und ROMEK bekräftigte, der alle vorangegangenen Weisungen für die Handlungsfreiheit der Basen im Verkehr mit Lemberg außer Kraft setzte.<sup>23</sup> Wie vorsichtig Rowecki zu Werke ging, wird vollends daran deutlich, daß

er trotz aller organisatorischen Schwierigkeiten die vorgesehene Reiseroute für Okulicki und seine Equipe änderte, als am 16. Oktober 1940 in Warschau die Nachricht eintraf, Oberst Majewski, der Kommandant des Wolhynien-Gebiets, sei verhaftet worden.<sup>24</sup>

Die Vorsichtsmaßnahmen richteten sich besonders gegen Macieliński. Folglich wurde er weder von der Nominierung Okulickis zum neuen Okkupationskommandanten noch von dessen bevorstehender Ankunft in Lemberg verständigt.<sup>25</sup> Auch hatte Okulicki Anweisungen erhalten, wie er mit Macieliński verfahren sollte. Zwar respektierte Rowecki die von der Regierung ausgesprochene Ernennung Macielińskis zum einstweiligen Gebietskommandanten von Lemberg, aber Okulicki hatte Vollmachten, Macieliński nach sorgfältiger Beobachtung von seinem Kommando zu entbinden, »wenn sich seine völlige Unfähigkeit für diese Aufgabe herausstellt«. <sup>26</sup> In diesem Fall sollte Okulicki die Gebietskommandantur selbst übernehmen und Macieliński als seinen Stellvertreter in Lemberg belassen oder ihn auf einen anderen Posten abkommandieren.<sup>27</sup>

Okulicki, der in Begleitung zweier Offiziere am 23. Oktober 1940 in Warschau aufbrach, kam am 2. November 1940 ohne Zwischenfälle in Lemberg an. Dort nahm er zunächst erste Kontakte mit verschiedenen Politikern und dann mit einzelnen Führungsmitgliedern der Gruppe Dobrowolski auf. Bei diesen Kontakten verstärkte sich der Verdacht gegen Macieliński immer mehr. Denn obgleich Okulicki sich bewußt war, daß diese belastenden Angaben von den Gegnern Macielińskis stammten, erschienen sie ihm doch so schlüssig, daß er schon am 10. November 1940 eine diesbezügliche Depesche schrieb, mit deren Beförderung an Rowecki er Dr. Zych beauftragte.<sup>28</sup> Ohne es auch nur im entferntesten zu ahnen, hatte Okulicki damit den Bock zum Gärtner gemacht.

Auf der Konferenz von Czernowitz im August 1940 kamen zwischen einem Abgesandten Macielińskis und Roman Luda, dem Lemberg-Referenten von BOLEK, auch die Probleme zur Sprache, die mit der Regierungsdelegatur und der politischen Organisation neben dem ZWZ verbunden waren. Macielińskis Vertreter berichtete, bei Oberst Żebrowski habe es seit dem April 1940 eine »gesellschaftlich-politische Abteilung« im ZWZ gegeben, die unter Leitung des ehemaligen Starosten von Łuck, Norwid-Neugebauer, gestanden habe. Als die Regierungsbeschlüsse vom 16. April 1940 über die Trennung von politischer und militärischer Arbeit in Lemberg eingetroffen seien, habe Macieliński, der inzwischen die Nachfolge Żebrowskis angetreten hatte, von einer Fortführung dieser politischen Arbeit im ZWZ Abstand ge-

nommen, obwohl er die Beschlüsse der Regierung für undurchführbar hielt. Als Begründung führte er an, »daß die aktivsten Mitarbeiter aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich zum ZWZ gehörten, und daß daher eine Scheidung zwischen militärischer und politischer Organisation in der Praxis eine personelle Schwächung des ZWZ bewirken würde, so daß die wortwörtliche Ausführung des Regierungsbeschlusses zur Entfernung der wertvollsten Leute aus den Kadern des ZWZ führen müsse.«<sup>29</sup>

Roman Luda blieb in der Sache unnachgiebig, räumte Macieliński jedoch bei der Festlegung von Verfahrensfragen für die Nominierung eines Regierungsdelegaten in Lemberg ein ungewöhnlich großes Mitspracherecht ein.<sup>30</sup> Diese Entscheidung Ludas wurde von Sosnkowski gebilligt, der darauf hinwies, daß die Bildung der politischen Organisation nicht zur Schwächung des ZWZ führen dürfe. »In keinem Befehl«, so erklärte er, »steht die Vorschrift, daß etwa der Regierungsdelegat kein Mitglied des ZWZ sein darf. Das stünde übrigens auch im Widerspruch zum Statut des ZWZ.«<sup>31</sup> Da allerdings die Regierungsbeschlüsse auf eine Trennung zwischen militärischer und politischer Untergrundtätigkeit abgestellt waren, kann Sosnkowskis Argumentation allenfalls formallogische Stimmigkeit für sich beanspruchen; in der Sache war er zweifellos im Unrecht.

Kaum 20 Tage nach dem Ende der Konferenz in Czernowitz lag bei BOLEK schon der Name des von Macieliński nominierten Kandidaten für das Amt des Regierungsdelegaten in Lemberg vor: Dr. Zych.<sup>32</sup> Bei diesem Vorgang mußte nicht nur das Tempo auffallen, mit dem Macieliński Gespräche mit den Vertretern der Parteien durchgeführt zu haben vorgab, sondern auch ein deutlicher Widerspruch in der Meldung Macielińskis, in der einmal vom Scheitern der Gespräche mit Parteivertretern berichtet wird, während auf der anderen Seite die lapidare Behauptung steht, das politische Leben in Lemberg sei »tot«.<sup>33</sup> Eine Betrachtung der Datierung<sup>34</sup> hätte auch schon im Herbst 1940 keinen Zweifel daran lassen können, daß Macieliński bei der Nominierung eines Kandidaten den einfachsten Weg gegangen war, der sich anbot, — um so mehr, als der frühere Universitätslehrer Zych vor seiner Nominierung zum Regierungsdelegaten als Stellvertreter Macielińskis fungiert hatte.<sup>35</sup> Auch blieb der politische Hintergrund, der ja gerade bei einer Kandidatur für den Posten des Regierungsdelegaten von ausschlaggebender Bedeutung war, völlig undurchsichtig: Zych wurde zunächst als gemäßigter Politiker hingestellt, der vor dem Kriege jedenfalls »keiner der radikalen Parteien angehört«<sup>36</sup> habe, während er im Dezember 1940 als politisches Neutrum empfohlen wurde,

da er »vor dem Kriege keine Stellung in irgendeiner politischen Organisation innegehabt«<sup>37</sup> habe.

Angesichts dieser Zusammenhänge muß man Zych wohl als ein Geschöpf Macielińskis bezeichnen. Demzufolge nimmt es auch nicht wunder, daß die Depesche Okulickis vom 10. November 1940 über Macieliński und seine Rolle als Kollaborateur, die Zych an Rowecki senden sollte, ihr Ziel niemals erreichte. Okulicki gegenüber bekräftigte Zych die Verdachtsmomente gegen Macieliński, und er beugte sich sogar der Forderung des neuen Okkupationskommandanten, »alle Kontakte mit Macieliński abubrechen«.<sup>38</sup> Hinter dem Rücken Okulickis begann Zych jedoch ein Doppelspiel, das darauf angelegt war, die Position Macielińskis unangetastet zu lassen und Okulicki über kurz oder lang auszuschalten. Zych besaß freilich noch ein anderes Motiv für sein Doppelspiel, das auf eine Denunzierung Okulickis im Exil hinauslief. Von Anfang an nämlich hatten BOLEK und später BEY von Macieliński erfahren, Zych »arbeite intensiv«.<sup>39</sup> Demgegenüber mußte sich Okulicki in seinen Gesprächen mit Lemberger Politikern davon überzeugen, daß Zych »mit der Arbeit eines Regierungskommissars überhaupt noch nicht begonnen«<sup>40</sup> hatte. So fürchtete Zych wohl zu Recht, daß die finanzielle Unterstützung BOLEKs an ihn<sup>41</sup> gestoppt und die Exilregierung sich zu einer genaueren Prüfung seiner Person veranlaßt sehen würde, wenn seine Untätigkeit an den Tag käme. Darüber hinaus hatte Zychs Intrigenspiel gegen Okulicki im Ansatz so viel mit Macielińskis Vorgehen gemein, daß man sich des Eindrucks einer zwischen den beiden Männern abgesprochenen Aktion nicht erwehren kann.

Erst am 19. November 1940 bemühte sich Macieliński bei Rowecki um Auskunft über Okulicki. Mit einer vielleicht vom Telegrammstil begünstigten Schroffheit forderte er, Rowecki solle ihm »umgehend mitteilen, ob Sie Okulicki mit Vollmachten für die Arbeit auf dem hiesigen Gebiet entsandt haben. Bei uns hält sich ein solcher Mann auf. Uns fehlen aber jegliche Informationen über ihn. Antworten Sie so schnell wie möglich!«<sup>42</sup> Zwei Tage später erteilte Rowecki die lakonische Auskunft: »Okulicki hat Vollmachten von mir.«<sup>43</sup>

Mit dieser Auskunft, durch die Rowecki freilich die Art der Vollmachten Okulickis in keiner Weise preisgegeben hatte, war Macieliński klar geworden, wie gefährlich sich die Situation für ihn zugespitzt hatte. Er versuchte daher ein kaltblütiges Ablenkungsmanöver, das darauf baute, daß der Nachrichtenaustausch zwischen BOLEK und Rowecki noch immer mit den alten Unzulänglichkeiten behaftet war. Seine Erklärung für die Anwesenheit Okulickis in Lemberg läßt sich

sehr genau aus dem nur paraphrasierenden Wortlaut der BOLEK-Meldung an Sosnkowski herauslesen. BOLEK meldete nämlich, in Lemberg glaube man, die Entsendung Okulickis sei »mit Vorsatz geschehen, weil irgendein Kerl aus dem Lager Dobrowolskis nach Warschau gelangt ist und dort das Sagen hat«.44

Damit hatte Macieliński eine geschickte Verteidigungslinie aufgebaut. Denn während er die Anschuldigungen gegen seine Person auf Machinationen Lemberger Gegner zurückführte, stellte er gleichzeitig Rowecki als einen Mann dar, der das Ränkespiel in Lemberg nicht durchschaute und der folglich den »Lügen« Dobrowolskis auf den Leim ging. Diese Erklärung hielt sowohl eine bequeme Apologie für Rowecki bereit, wie sie auch nur allzu gut in das Bild paßte, das BOLEK von den angeblichen Beziehungen zwischen Rowecki und Dobrowolski besaß.45 Unter dem Eindruck dieser Meldung, die in ihren Grundzügen zudem noch von BOLEK bestätigt wurde, despeschierte Sosnkowski vorwurfsvoll an Rowecki: »Macielińskis Meldung bezeugt, daß mein Befehl nicht ausgeführt worden ist und daß statt dessen in Lemberg weiterhin Streitigkeiten, Intrigen und gegenseitiger Kampf unter den Militärorganisationen herrschen. Ich will nicht in Ihre Kompetenzen eingreifen, betone aber noch einmal, daß Macieliński von der Zentrale ernannt worden ist und daß sich seine Arbeit auf dem Territorium auf die von ihm kommandierte Organisation ZWZ stützt, die schon gewisse Resultate erbracht hat. Diese Fakten müssen Sie berücksichtigen.«46

Rowecki zögerte indessen nicht, sich mit der Entschlossenheit eines Mannes zur Wehr zu setzen, der sich zu Unrecht angegriffen weiß. In seinem Antwortschreiben an Sosnkowski zählte er alle Gründe auf, um derentwillen er Okulicki als Macielińskis Vorgesetzten nach Lemberg abkommandiert hatte. Er sah Macielińskis Fehlverhalten darin, daß dieser sich »gegen die Anerkennung jedes für ihn von der Zentrale oder von mir ernannten Vorgesetzten sträubt (Pstrokoński, Okulicki); daß er systematisch den guten Ruf und die Redlichkeit jedes vermeintlichen Konkurrenten auf Lemberger Gebiet untergräbt; daß seine Berichte keine der von mir geforderten grundlegenden Angaben enthalten; daß er sich in seiner Tätigkeit darauf beschränkt, ständig nichts als Geldforderungen vorzubringen; daß meine Beobachtungen den Eindruck einer unwesentlichen oder lediglich historisierenden Arbeit vermitteln; daß es ihm nicht gelungen ist, einen Verbindungsweg zur Grenze zu organisieren, so daß ich die Arbeit für Lemberg tun muß; und daß er sich ständig um Befehle drückt und dadurch ein organisa-

torisches Chaos schafft, das der Kommandant für das sowjetische Okkupationsgebiet auszubaden hat.«<sup>47</sup>

Mit dieser Anklageschrift gegen Macieliński hatte die Sache für Rowecki freilich noch nicht ihr Bewenden. Im Januar 1941 ließ er über BEY einen Rundbefehl an die Basen ergehen, in dem er nachdrücklich darauf hinwies, daß Macieliński dem Kommando Okulickis unterstellt sei und mit den Basen einzig und allein auf dem Dienstweg über den Okkupationskommandanten korrespondieren dürfe. Rowecki befahl den Basen, »keine Meldungen von Macieliński entgegenzunehmen«.<sup>48</sup> In seiner Erbitterung über Macielińskis Manöver hatte Rowecki freilich seine Befugnisse überschritten, wie er sich von Sosnkowski entgegenhalten lassen mußte.<sup>49</sup> Gleichwohl scheint Roweckis energische Gegenwehr auf Sosnkowski einen gewissen Eindruck gemacht zu haben, denn dieser bestätigte den Rundbefehl Roweckis an die Basen, noch ehe er Rowecki auf die ungebührliche Kompetenzüberschreitung hinwies.<sup>50</sup>

Außerdem despcierte Rowecki an Macieliński und wies mit Entschiedenheit und Schärfe die Unterstellung zurück, er sei einer Intrige aufgesessen. Macieliński mußte sich die beziehungsreiche Replik gefallen lassen, in Warschau gebe es »keine Intrigen, sondern nur militärische Befehlsgebung unter konspirativen Bedingungen.«<sup>51</sup> Gleichzeitig wurde er angewiesen, sich »mit Okulicki, dem Kommandanten der sowjetisch okkupierten Zone, der Ihr Vorgesetzter ist«, zu besprechen.

Damit waren Macieliński in Sachen Okulicki alle Fluchtwege und Schlupflöcher verstellt. Offen blieb ihm nur noch der Weg über das Eingreifen des NKWD — eine ultima ratio, die sich ja schon mehrfach bewährt hatte. Folglich wurde Okulicki in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar 1941 in seiner Unterkunft in der Zadwórzański-Straße 117 vom NKWD festgenommen.<sup>52</sup> Der Vorgang trug den Anstrich einer routinemäßigen Paßkontrolle, bei der zwangsläufig die schlecht gefälschten Papiere auffielen, mit denen Okulicki in Warschau ausgerüstet worden war. Aber mehr noch als durch die Parallele zur Festnahme Pstrokońskis<sup>53</sup> wurde der gezielte Charakter der Verhaftungsaktion dadurch deutlich, daß Okulicki noch in derselben Nacht von Serov, dem späteren Chef des NKWD und damaligen Gebietsleiter der Ukraine, verhört wurde, der ihm auf den Kopf zusagte, wer er sei und welche Arbeit er in Lemberg betrieben habe.<sup>54</sup> Nachdem Okulicki verschiedene Offerten abgelehnt hatte, den ZWZ unter die Kontrolle des NKWD zu bringen, blieb er insgesamt 197 Tage inhaftiert, ehe er am 12. August 1941 entlassen wurde.<sup>55</sup>

Was Okulicki in den nicht ganz drei Monaten seiner Lemberger Tätigkeit erreicht hatte, war sehr wenig. Eine klare Lösung des Problems der mit dem ZWZ rivalisierenden Gruppen war ihm verwehrt geblieben. Besonders deutlich zeigt das die Auseinandersetzung Okulickis mit Sokołowski, der nach einer spitzfindigen Interpretation des Unterstellungsbefehls erklärte, Roweckis Anordnungen träfen auf ihn nicht zu, da er kein Berufsoffizier sei; er werde also weiterhin selbständig arbeiten, ohne jedoch Okulicki zu behindern. Tatsächlich aber mußte Okulicki feststellen, daß Sokołowski sich ständig auf die Exilregierung berief, die ihm angeblich Vollmachten für seine Tätigkeit erteilt hatte — ja, daß Sokołowski sich in betrügerischer Absicht gelegentlich auch als Offizier unter Okulickis Befehl ausgab.<sup>56</sup>

Okulickis Erneuerung des Kommandonetzes in Lemberg war vor seiner Verhaftung schon so weit gediehen, daß er an die Reorganisation der Bezirkskommandos herangehen wollte. Am 15. Januar 1941 schickte er zum ersten Mal Kuriere auf einer neuen Kuriertasse an Rowecki, die freilich, wie so oft schon, vom NKWD abgefangen wurden.<sup>57</sup>

Die Zusammenarbeit mit Dr. Zych, der Okulicki zugesagt hatte, seine alten Bindungen zu Macieliński zu lösen, endete gleichfalls in einer Sackgasse, da Zych hinter dem Rücken Okulickis weiterhin mit Macieliński konferierte. Da die Lemberger Radiostation Zych unterstand, mußte Okulicki ihm seine Depeschen an Rowecki anvertrauen. Zych forderte, die Depeschen sollten mit Macielińskis Chiffre verschlüsselt werden; als Okulicki sich dieser Forderung nicht beugte, gingen die Depeschen »verloren«, so daß Rowecki völlig ohne Nachricht von Okulicki blieb.<sup>58</sup>

Zwei Monate nach Okulickis Verhaftung despeschierte Zych einen Bericht an die Base BEY in Istanbul, in dem er gegen Okulicki den Vorwurf erhob, trotz ausdrücklicher Befehle nicht mit Macieliński gesprochen und somit »den vierten ZWZ in Lemberg«<sup>59</sup> gegründet zu haben. Die Infamie dieses Berichts lag in dem Versuch, Okulicki mit Leuten wie Dobrowolski und Sokołowski auf eine Stufe zu stellen, von denen Zych wissen konnte, daß sie auf Sosnkowski im Exil wie ein rotes Tuch wirken mußten. Gleichwohl besteht kein Zweifel, daß Okulicki sich tatsächlich mit Macieliński niemals persönlich getroffen hat.<sup>60</sup> Daher ist anzunehmen, daß Okulicki bei der Reorganisation des Lemberger Militärdistrikts versucht hat, Macieliński völlig zu umgehen und auf diese Weise kaltzustellen.

Durch Okulickis Verhaftung war der Versuch, die Arbeit des ZWZ in Lemberg endlich auf gesunde organisatorische Grundlagen zu stellen,

erneut gescheitert, zumal Rowecki bis frühestens Mitte April 1941 keinerlei Nachrichten über die Verhaftung erhielt. Diese Verzögerung von fast drei Monaten ging zum größten Teil zu Lasten Lembergs, das die Festnahme erst Anfang März an BEY meldete; aber auch Sosnkowski hatte einen gewissen Anteil an der Verzögerung, denn er ließ erst bei BEY rückfragen, ob es mit der Hiobsbotschaft seine Richtigkeit habe,<sup>61</sup> statt Rowecki umgehend zu verständigen. Auf die zusätzliche Auskunft BEYs hin, daß Okulicki keinen Kontakt mit Macieliński aufgenommen habe,<sup>62</sup> und wegen einer kühnen Beschwerde Macielińskis in derselben Sache,<sup>63</sup> deponierte Sosnkowski eine schroffe Weisung an Rowecki, die dem von BEY ausgesprochenen Verlangen nach »definitiver Regelung der Lemberger Angelegenheiten«<sup>64</sup> entsprach. Dort hieß es, Rowecki müsse »alle Bemühungen auf das Ziel abstellen, die organisatorischen Angelegenheiten auf dem dortigen Gebiet endgültig zu regeln«.<sup>65</sup> Rowecki besaß jedoch noch immer keine Kenntnis von Okulickis Verhaftung und reagierte entsprechend abweisend, diese Dinge habe er »doch erst einmal geregelt«. Gleichzeitig meldete er zum ersten Mal seinen Verdacht gegen Macieliński und Dr. Zych an das Exil: »Die Person Macielińskis wird immer verdächtiger. Auf keinen Fall die Adressen von Okulicki an Macieliński oder Dr. Zych weitergeben!«.<sup>66</sup>

Erst zwischen dem 15. und dem 22. April 1941 wurde Rowecki über Okulickis Schicksal informiert. Daraufhin legte er Sosnkowski den Plan vor, selbst nach Lemberg zu gehen und das dortige Okkupationskommando zu übernehmen.<sup>67</sup> Dieses Vorhaben, das ein schönes Zeugnis für Roweckis persönlichen Mut und selbstlose Opferbereitschaft ist, das aber in seiner ganzen Unwirklichkeit auch die verfahrenere Situation und Roweckis entsprechende Verzweiflung spiegelt,<sup>68</sup> war als Möglichkeit von Rowecki schon im Dezember 1940 angedeutet worden. Damals gab er zu verstehen, daß für ihn die Mission Okulickis der letzte Versuch zur Ordnung der Lemberger Probleme sei – »es sei denn, ich begäbe mich selbst dorthin und übernehme die Arbeit«.<sup>69</sup> In den dazwischen liegenden vier Monaten hatte der Plan Roweckis freilich nichts an Realistik hinzugewonnen, wie denn auch die Bitte Roweckis, bis zu seinem Eintreffen in Lemberg einen Offizier aus dem Exil per Flugzeug dorthin zu senden, illusorisch war und im Grunde verdeutlicht, daß Rowecki seine Kompetenzen für Lemberg an die Exilregierung zurückgeben wollte.<sup>70</sup> Infolgedessen wurden beide Pläne von Sosnkowski ohne Diskussion abgelehnt.<sup>71</sup>

Weder Rowecki noch Sosnkowski haben bis zum Juni 1941 den Versuch unternommen, das Lemberger Okkupationskommando erneut

zu besetzen. Hilflosigkeit und Schwäche der Exilregierung wie auch die tiefe Resignation des aller Mittel beraubten Rowecki führten in Lemberg einen Zustand herbei, der das Organisationsmodell des ZWZ zu einer ehrbaren Illusion herabwürdigte, der dem Fortbestehen der alten Rivalitäten zwischen Dobrowolski, Sokołowski und Macieliński Vorschub leistete und der an der Spitze des ZWZ den Kollaborateur Macieliński schalten und walten ließ, wie das NKWD es wünschte. In diesem Sinne hatte das Urteil Roman Ludas über die Situation in Lemberg den Wert einer bitteren Prophetie: »Seit der Konferenz von Czernowitz [Ende August 1940] haben sich keine grundlegenden Änderungen ergeben.«<sup>72</sup>

### 13. Zahlenstärke und Verteilung des ZWZ Ende 1940

Es gehört wohl zum Wesen konspirativer Bewegungen, daß Zahlen über die Mitgliederstärke nur schwer zu ermitteln sind und selbst dann noch den Anstrich des Vagen haben. Das trifft auch auf den ZWZ besonders in seiner Aufbauphase zu. Die Vertreterin Roweckis auf der Belgrader Konferenz im Mai 1940, Janina Karasiówna, erklärte sich außerstande, zu diesem Zeitpunkt schon verbindliche Angaben über die Stärke des ZWZ zu machen; sie konnte jedoch einen ersten Bericht darüber für Mitte Juni 1940 versprechen.<sup>1</sup> Da dieses Versprechen aus unbekanntem Gründen nicht eingelöst wurde, müssen für die erste Jahreshälfte 1940 alle Angaben bruchstückhaft und ungesichert bleiben.<sup>2</sup> Erst im November 1940, als auf Seiten des Exils die ersten Aufstandsplanungen anliefen, verlangte Sosnkowski von Rowecki nachdrücklich genaue Zahlen.<sup>3</sup> Rowecki kam diesem Drängen in seiner ersten großen Zusammenstellung nach, die im Rahmen der umfangreichen Organisationsmeldung Nr. 37<sup>4</sup> den Stand des ZWZ vom 1. September 1940 fixierte. Die Zeit von fast drei Monaten, die zwischen Stichtag und Abfassung des Berichts lag, läßt etwas von den Schwierigkeiten ahnen, die einer solchen zahlenmäßigen Erfassung einer Untergrundbewegung entgegenstanden. Vom November 1940 an berichtete Rowecki dann in regelmäßigen Abständen von 7–8 Monaten über die Entwicklung des ZWZ.<sup>5</sup>

In der folgenden Zusammenstellung von belegbaren Zahlen wird nicht interpoliert; gleichfalls müssen sehr unterschiedliche Zahlen für die erste Jahreshälfte 1940 unvermittelt nebeneinander stehen bleiben, weil es keine Quellen zur Entscheidungshilfe gibt.<sup>6</sup> Der gesamte ZWZ wird dabei in die drei territorialen Bereiche geteilt, die sich aus dem

faktischen Zustand der Okkupation ergeben: Generalgouvernement (Militärregionen I und IV), »eingegliederte Reichsgebiete« (V und VI) und Ostpolen (III, II und, ab Mitte 1940, Wilna).

### I. *Generalgouvernement*

Für die erste Jahreshälfte läßt sich überhaupt kein konkretes Bild gewinnen. Einzig zwei Zahlen für das ZWZ-Gebiet Schlesien, das zweite Gebiet der Region Krakau, sind bekannt: 30 000 Mitglieder im April 1940<sup>7</sup> und nur noch 19 000 etwa Ende August 1940.<sup>8</sup> Ob sich in dieser Zahlendifferenz die Rezession des ZWZ von Mitte 1940 ausdrückt oder ob die erste Zahl auf die notorisch schlechte Berichterstattung von ANNA zurückgeht, bleibt ungewiß.

### II. *»Eingegliederte Reichsgebiete«*

Für das ganze Jahr 1940 sind keinerlei Zahlen zu ermitteln.<sup>9</sup> Dieser Umstand korrespondiert mit den Schwierigkeiten des ZWZ in diesem Gebiet und kennzeichnet die strukturelle Organisationsschwäche des ZWZ in Posen und Thorn.

### III. *Ostpolen mit Wilna*

Der Stand des ZWZ in Lemberg wuchs unter Żebrowskis bedenkenlos extensiver Arbeit auf 60 000 Mitglieder an, sank nach dem Scheitern des Aufstandsplans auf 35 000 (davon nur 8000 vereidigte Mitglieder) und erreichte im Juni 1940 mit 5–6000 (bei nur 400 vereidigten) Mitgliedern einen Tiefstand.<sup>10</sup> Für Białystok gab Rowecki den Stand vom 1. September 1940 mit sechs aktiven Offizieren, 22 Reserveoffizieren und einer aktiven Mannschaftszahl von 3000 an.<sup>11</sup>

Für Wilna gibt es insgesamt drei Zahlen: 250 vereidigte Mitglieder Ende Juli 1940,<sup>12</sup> 3000 Mann im September<sup>13</sup> und 1000 Mann in Wilna-Stadt Anfang 1941.<sup>14</sup>

### IV. *Eingegliederte Kleinorganisationen*

Diese Organisationen wurden – wenigstens für die Dauer einer gewissen Beobachtungszeit – generell in die Reserve des ZWZ eingegliedert. Rowecki zählte am 1. September 1940:<sup>15</sup>

Offiziere	37	} = 9137
Unteroffiziere	2800	
Mannschaften	6300	

Zusammenfassend gibt es folgenden nachweisbaren Mitgliederstand für den ZWZ am 1. September 1940:<sup>16</sup>

	aktiv	Reserve	insgesamt
Offiziere	4047	308	4355
Unteroffiziere	10014	5967	15981
Mannschaften	44237	75444	119681
SUMME	58298	81719	140017

Ein Überblick über die vom ZWZ im Laufe des Jahres 1940 erreichte räumliche Verteilung, die neben der Mannschaftsstärke ein zweites wichtiges Indiz für die Bedeutung der Organisation liefern kann, läßt den Schwerpunkt der Arbeit und die Wirkungen der jeweiligen Okkupationsbedingungen erkennen.<sup>17</sup>

Region	Okkupationskommando	Kommandeur	Gebiete	Landkreise
I	Rowecki	Rowecki	5	56
IV		Komorowski	2	53
V		Rudolf	1	9
VI		Ratajczak	1	12
III	(vakant)	Macieliński	1 (4)	?
II		— — — <sup>18</sup>	0 (3)	11 (?)
Wilna		Sulik	1	—

Aus dieser Zusammenstellung erhellt der enorme Fortschritt, den die Entwicklung des ZWZ auf dem Boden des Generalgouvernements und — weit schwächer — in den »eingliederten Reichsgebieten« genommen hatte; sie zeigt andererseits auch das krasse Mißlingen aller Versuche, den ZWZ in Ostpolen zu verwurzeln. Es war bis zum Jahresende 1941 nicht mehr möglich, diese einseitige Orientierung des ZWZ auf das Generalgouvernement zugunsten einer gleichmäßigeren Streuung auszugleichen.<sup>19</sup>

## IV. Der politische Streit um den ZWZ

### 14. Auseinandersetzungen im Exil

Die polnische Exilregierung konnte weder auf eine verfassungsmäßig unkomplizierte Genesis zurückblicken noch war sie von ihrer personellen Zusammensetzung her politisch homogen. Die politischen Auseinandersetzungen kreisten 1940 immer wieder um das Problem der Sanacja. Dabei standen sich Innenminister Kot und General Sosnkowski auf ministerieller Ebene, General Sikorski und Präsident Raczkiewicz in der Regierungsspitze diametral gegenüber. Nach dem mißglückten Versuch des Präsidenten im Juli 1940, Innenminister Kot aus der Regierung zu entfernen und die Regierung Sikorski überhaupt zu stürzen, hatten sich die Gegensätze immer mehr verschärft. Raczkiewicz war es nicht gelungen, der Sanacja-Frage jene Bedeutung zu nehmen, die die Regierungsmitglieder in eine Freund-Feind-Stellung rücken ließ.

Das Problem der Sanacja löste sich im Grunde auf, sofern man den Begriff nur in seinem historischen Zusammenhang verstand. Dann nämlich war ein »Sanacja-Mann«, wer vor der Katastrophe vom September 1939 im autoritär verhärteten Régime der Obersten eine verantwortliche Stellung bekleidet, maßgeblichen Einfluß ausgeübt und dadurch — nach der generalisierenden Anschauungsweise in politischen Kreisen des Exils — zur polnischen Niederlage beigetragen hatte. Zu dieser summarischen Verurteilung gab Sosnkowski zu bedenken, daß »es ein höchst ungerechtes und für die polnische Sache höchst abträgliches Vorgehen [wäre], diesen Begriff in Bausch und Bogen auf jeden Legionärsoffizier anzuwenden, dessen einzige Ver-

fehlung darin besteht, sich unter Piłsudski für Polen geschlagen zu haben oder unter dessen Befehlen in einer Armee gedient zu haben, deren Soldaten eine Schwäche für ihren Befehlshaber hatten.«<sup>1</sup>

Auch Innenminister Kot, der aus persönlichen Gründen den brennendsten Haß gegen die Sanacja empfand, räumte ein, die Katastrophe vom September 1939 lösche keineswegs die Legionstradition, die Legenden um den Freiheitskampf und seinen Führer, Marschall Piłsudski, aus<sup>2</sup> — hatte Kot doch selbst als politisch-wissenschaftlicher Publizist im Rahmen des Propagandakomitees vom Herbst 1914 an zur Popularisierung dieser Legenden beigetragen. Damit zeigte sich, daß die historisierende Auffassung des Begriffs »Sanacja« keine zureichende Urteilkategorie für die politischen Auseinandersetzungen in der exilpolnischen Gegenwart abgeben konnte. Deshalb wurde der starre und durch seine historische Prägnanz, an der man nicht rütteln mochte, einengende Begriff niemals eindeutig geklärt. Die eindringlichste Vorstellung von der daraus resultierenden vielseitigen Verwendbarkeit des Vorwurfs »Sanacja« lieferte bezeichnenderweise Kot selbst. Er definierte: »Jeder also, der sich nicht loyal zur Regierung verhält, der sie zu Fehlern verleitet, ihre Arbeit erschwert, Reibereien der Heimat heraufbeschwört, mit aktiven Sanacjaleuten zusammenarbeitet, den rechne ich zur Sanacja. Wenn jemand mit Sanacjamedethoden arbeitet, fremden Organisationen beitrifft, um sie zu zerschlagen, Gerüchte und Falschmeldungen austreut, Polen schädigt — der qualifiziert sich als Sanacjamann.«<sup>3</sup>

Von allen logischen Unzulänglichkeiten dieser Definition abgesehen, wird man sich schwerlich eine Formel vorstellen können, mit deren Hilfe über tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner das Verdikt leichter gesprochen werden konnte als mit diesem Begriff Kots von der Sanacja. Wie unbedenklich mit diesem amorphen Begriff gegen Recht, Wahrheit und gesunden Menschenverstand vorgegangen wurde, enthüllt der »Fall« Kruk-Strzelecki.

### *Der »Fall« Kruk-Strzelecki*

Schon vor dem Krieg war Major Tadeusz Kruk-Strzelecki vom Truppendienst in das polnische Kriegsministerium übergewechselt, wo er vorwiegend »public relations«-Aufgaben versah.<sup>4</sup> Darüber hinaus hatte er sich im rechtsstehenden OZN engagiert, das mit der Vorkriegsregierung eng zusammenarbeitete.<sup>5</sup> Zunächst war er in der OZN-Spitze tätig, bis er die Funktion des OZN-Sekretärs im Distrikt Warschau übernahm. Bei der Verteidigung Warschaws im September

1939 leitete Kruk-Strzelecki das Pressereferat des »Bürgerkomitees« (Komitet Obywatelski)<sup>6</sup> und stellte sich am 28. September 1939 General Tokarzewski zur Verfügung, als dieser in den militärischen und zivilen Stellen des Warschauer Verteidigungsrats um Führungsmitglieder für die künftige SZP warb. Im Januar 1940 wurde Kruk-Strzelecki ohne erkennbare Diskussion in den ZWZ übernommen, wo er das »Büro für Information und Propaganda« (BIP) des Okkupationskommandanten leitete, das neben reinen Informationsaufgaben auch die Pflicht zur »Zusammenarbeit und Benutzung von Verbindungen mit politischen und gesellschaftlichen Organisationen«<sup>7</sup> hatte. Nach der Gründung des PKP Ende Februar 1940 mußte Kruk-Strzelecki nicht nur »wichtigere Besprechungen und Konferenzen mit den Politikern gemäß den Weisungen abhalten, die er von Rowecki erhielt«,<sup>8</sup> sondern er versah auch zusätzlich die Funktion des Sekretärs im PKP.

An diesem Punkt setzten für Kruk-Strzelecki die Schwierigkeiten ein. Denn die Vertreter der SN, die zunächst das Zustandekommen des PKP hinausgezögert hatten und ihm dann nur widerwillig beigetreten waren, um den Anschluß an die Entwicklung nicht zu verpassen, beklagten sich gegenüber dem Regierungsemissär Szymański, Kruk-Strzelecki sei die »graue Eminenz« im Stabe Roweckis; wegen seiner politischen Vergangenheit sei er den führenden Leuten der SN höchst unsympathisch; außerdem versuche er, die SN zu »unterjochen«. Als Beweis führten die Vertreter der SN an, Kruk-Strzelecki habe die Vereidigung der Mitglieder des PKP auf den ZWZ veranlaßt.<sup>9</sup>

Diese Ausführungen wirkten auf die Exilregierung fraglos alarmierend, zumal man sich in Paris zum gleichen Zeitpunkt zur grundsätzlichen Scheidung zwischen militärischer und politischer Organisation entschlossen hatte. Daß PPS und SL überhaupt keine Klagen über Kruk-Strzelecki vorzubringen hatten, sondern ihm gegenüber sogar »Gleichgültigkeit und Geringschätzung zeigten«,<sup>10</sup> fiel offenbar bei den Entscheidungen der Exilregierung nicht ins Gewicht. Kruk-Strzeleckis Position verschlechterte sich, als im April 1940 ein politischer Emissär mit dem Pseudonym »Leon«<sup>11</sup> ins Exil gelangte. »Leon« war in Warschau von Kruk-Strzelecki mit verletzender Herablassung behandelt worden, so daß er der Regierung daraufhin im ungünstigsten Sinne über den Leiter des BIP und Sekretär des PKP berichtete.<sup>12</sup>

Angesichts der politischen Grundhaltung der Exilregierung — so ungereimt sie in ihren Komponenten auch war — kann es nicht verwundern, daß Sikorski auf diese Berichte hin im Mai 1940 von

Roweckis die Entfernung Kruk-Strzeleckis aus der Leitung des BIP forderte, weil »wegen der Vorwürfe politischer Natur seine weitere Arbeit in Ihrem Stab nicht ratsam erscheint«. <sup>13</sup> Auf der Belgrader Konferenz überreichte der erste Stellvertreter Sosnkowskis, General Gustaw Paszkiewicz, die Instruktion und wies mündlich noch einmal ausdrücklich auf die Forderung der Exilregierung hin. Janina Karasiówna als Vertreterin Roweckis war von dieser Forderung überrascht und stellte Kruk-Strzelecki ein durchaus positives Zeugnis aus: Roweckis anfängliche Skepsis gegen Kruk-Strzelecki habe sich inzwischen ins Positive gewendet, da der Leiter des BIP »aus dem politischen Bereich eine Fülle an wahren und zutreffenden Informationen« <sup>14</sup> liefere; wenn Roweckis überhaupt etwas gegen Kruk-Strzelecki einzuwenden habe, dann sei es höchstens dessen langsame und bedächtige Arbeitsweise. Darin aber sah Roweckis keinen Anlaß, Kruk-Strzelecki von seiner Tätigkeit im Stab des Okkupationskommandos zu entbinden. <sup>15</sup>

Wichtigere Dinge als die Personalstruktur des ZWZ ließen den Fall Kruk-Strzelecki zeitweilig in den Hintergrund treten, bis am 17. Oktober 1940 der Bericht von Świętochowskis Nachfolger in der Leitung des CKON, Tadeusz Szpotański, in Budapest eintraf. In diesem Bericht führte ein entschiedener Gegner des ZWZ die Feder, der auch vor dem Mittel der bewußten Falschmeldung nicht zurückscheute, indem er mitteilte, der ZWZ trage sich »mit dem Gedanken an eine politische Zelle unter der Leitung von Kruk-Strzelecki, der im übrigen auch diktatorische Neigungen verrät«. <sup>16</sup>

Diese Falschmeldung, die sehr feinfühlig auf die politische Interessenlage der Exilregierung abgestimmt war, brachte die Wende. Sikorski forderte nun nicht mehr nur die Entbindung Kruk-Strzeleckis von seiner Tätigkeit im Stab Roweckis, sondern die radikale Ausstoßung dieses Mannes aus dem ZWZ überhaupt. Gemeinsam mit Kruk-Strzelecki sollten »alle seine Gesinnungsgenossen aus dem ZWZ entfernt« <sup>17</sup> werden. Sosnkowski leitete diesen Befehl Sikorskis nicht nur unverzüglich nach Warschau weiter, sondern verlangte auch von Roweckis, ihm »unverzüglich das Datum des Ausschlusses von Major Kruk-Strzelecki« <sup>18</sup> zu melden. Offenbar beabsichtigte Sikorski, mit der Erledigung des Falls Kruk-Strzelecki die Neuordnung der Heimatangelegenheiten einzuleiten; denn er wollte nicht nur Innenminister Kot »zur definitiven Nominierung der Regierungsdelegaten« drängen, er stellte auch dem ZWZ die Lösung des Problems der separaten Organisationen in Aussicht, als er Sosnkowski versprach: »Nach Ausführung dieser Anweisungen werde ich allen in der Heimat bisher auf

eigene Faust agierenden Militärorganisationen den Befehl geben, sich bedingungslos dem ZWZ zu unterstellen.«<sup>19</sup>

Sosnkowski faßte dieses Versprechen — und zwar sicher nicht zu Unrecht! — so auf, daß der Fall Kruk-Strzelecki im letzten Grunde auf der *do-ut-des*-Basis bereinigt werden sollte. Ein solches Verständnis läßt sich aus der kritischen Replik Sosnkowskis an Sikorski herauslesen, daß diese Organisationen neben dem ZWZ angesichts Sikorskis früherer Anweisungen schon nicht mehr bestehen dürften; mit ätzender, aber letztlich doch ganz wirkungsloser Ironie fügte Sosnkowski hinzu, nach seinem Verständnis dieser früheren Befehle könnte sich das Versprechen Sikorskis nur auf das CKON beziehen.<sup>20</sup> Gleichfalls gab er den rechtlichen Bedenken Ausdruck, die Sikorskis Weisungen entgegenstanden: der Befehl sei nicht nur so »sorglos und ungenau abgefaßt«,<sup>21</sup> daß man bezweifeln müsse, ob er überhaupt genau ausgeführt werden könne, sondern sein Inhalt verletze auch eine Reihe von Bestimmungen aus dem »Statut ZWZ« und der Instruktion Nr. 1 vom 4. Dezember 1939.<sup>22</sup>

Während Sosnkowskis juristische und formale Anmerkungen die ganze Impulsivität des Vorgehens gegen Kruk-Strzelecki enthüllen, lassen die Anschuldigungen, die Kot am 5. November im Gespräch mit Oberst Iranek-Osmecki von der Abteilung VI gegen Kruk-Strzelecki erhob, ein geradezu beschämend niedriges Niveau im politischen Denken erkennen. Kot denunzierte Kruk-Strzelecki nicht nur als »aktives [sic!] Sanacjamitglied« mit »großem Ehrgeiz«, sondern er spezifizierte auch die Verfehlungen seines Opfers, das sich angeblich bemühte, »die Autorität des Oberbefehlshabers zu kopieren«. Oberst Iranek-Osmecki aus Sosnkowskis Stabsabteilung berichtete mit fassungsloser Ungläubigkeit, Kot habe ausgeführt, »daß in den konspirativen Druckschriften<sup>23</sup> immer dann, wenn vom Oberbefehlshaber die Rede ist, sein Name nicht genannt werde; das verfolge den Zweck, Sikorski bei der Bevölkerung nicht herauszustellen, weil sich Sanacjamänner davon verärgert fühlen könnten.«<sup>24</sup> Flacher ließ sich schlechterdings nicht argumentieren und deutlicher nicht darlegen, daß nicht die Person Kruk-Strzeleckis zur Debatte stand, sondern der ZWZ in seiner Gesamtheit.

Der eigentliche und letzten Endes auch entscheidende Widerstand gegen die Ausführung von Sikorskis Befehl kam nicht von Sosnkowski, der sich mit der Rüge von Verfahrensmängeln begnügte, sondern von Rowecki. Am 24. November 1940 deponierte er an Sosnkowski, Kruk-Strzelecki sei von seinen Stabsaufgaben entbunden worden.<sup>25</sup> Sechs Tage später schickte Rowecki dann ein Memorandum,

in dem er scharfen Einspruch gegen den Befehl einlegte, Kruk-Strzelecki aus dem ZWZ völlig auszustoßen. Rowecki verlangte »Spezifizierung der Verfehlungen«, die man Kruk-Strzelecki zur Last legte; er wies darauf hin, daß »weder Kruk-Strzelecki noch irgendein anderes ZWZ-Mitglied Gesinnungsgenossen« habe; auch sei es undenkbar, daß irgendein Mitglied des ZWZ seine »Gesinnungsgenossen in einen anderen Posten hineinlancieren könnte als den eines dienstbereiten und gehorsamen Soldaten«.<sup>26</sup>

Mit dieser Entscheidung gab Sosnkowski sich zufrieden.<sup>27</sup> Weshalb sich jedoch Sikorski und Kot der selbstbewußten und eigensinnigen Entscheidung Roweckis beugten, ist nicht zu belegen.<sup>28</sup> Rowecki hatte bei seinem Entschluß, Kruk-Strzelecki nicht aus dem ZWZ zu entlassen, sondern ihn an anderer Stelle wieder zu verwenden, Recht und Vernunft auf seiner Seite. Vielleicht hat das letztlich den Ausschlag gegeben. Die Exilregierung war allerdings durch ihr Vorgehen gegen Kruk-Strzelecki ohne Not in das Zwielficht rechtswidriger Handlungsweise geraten. Hier war das Mitspracherecht der Exilregierung bei Personalentscheidungen des ZWZ unvermittelt in politische Hetze gegen einen verdienstvollen Mann abgeglitten.

### *Konflikt zwischen Kot und Sosnkowski*

Eine weitere heftige, wenn auch kurze Krise verschärfte die latenten Spannungen zwischen Sosnkowski als dem Vertreter des ZWZ und Kot als dem Sachwalter politischer Interessen.

Die ZWZ-Base ROMEK in Budapest hatte seit Monaten hinnehmen müssen, daß Fietowicz, der Leiter von Kots politischer Verbindungsstelle (»placówka«) am Ort, versuchte, sich auf dem Gebiet des Kurierwesens von ROMEK unabhängig zu machen. Prinzipiell war das Kurierproblem zwischen Base und politischer »Placówka« so geregelt, daß Fietowicz für seine Vorhaben keine eigenen Kuriere besaß, sondern Kuriere von ROMEK anfordern mußte. Diese Regelung hatte sich daraus ergeben, daß die Base zu einem früheren Zeitpunkt installiert worden war als die Placówka; und das daraus resultierende Verfahren konnte so lange keinen Anlaß zu grundsätzlichen Einwänden bieten, wie keine Seite versuchte, in der Heimat Dinge zu betreiben, von denen die andere Seite möglichst nichts wissen sollte.

Fietowicz hatte in diesem Junktum von Sachlichem und Organisatorischem schon früh eine unzumutbare Einengung seines Spielraumes gesehen, und er beschwerte sich bei Kot, die von ROMEK anzufordernde Hilfeleistung auf dem Kuriersektor sei »auf eine völlige

Abhängigkeit der Placówka-Arbeiten von der Base abgestellt«. <sup>29</sup> Daher bemühte sich Fietowicz, die Base dadurch auszuschalten, daß er deren Kuriere einfach abwarb und hinter dem Rücken des Basenkommandanten in die Heimat schickte. <sup>30</sup>

Allerdings regte sich in der Base bald Widerstand gegen die Eigenmächtigkeiten von Fietowicz, so daß dieser sich veranlaßt sah, sein Vorgehen durch eine massive »Vorwärts-Verteidigung« abzudecken. Folglich deponierte er am 24. Oktober 1940 an Kot, es herrsche »eine starke Hetze aus Sanacjakreisen gegen mich, die sich des Vertrauens einiger Regierungsleute erfreuen — wie z. B. die stellvertretenden Basenkommandanten Bilewicz und Jasiewicz, die als die Hauptkolporteure von Sanacjaschrifttum anzusehen sind«. Diese Tendenzen hätten nunmehr einen Kulminationspunkt erreicht, berichtete Fietowicz weiter und führte zum Sachverhalt aus, Basenkommandant Czyżewski habe vor einigen Wochen Roweckis Bitte publik gemacht, »man möge es Fietowicz unmöglich machen, eigene Kuriere in die Heimat zu senden; statt dessen solle er sich der Basenkuriere bedienen. Gleichzeitig drohte der stellvertretende Basenkommandant Bilewicz an, er werde die Verhaftung meiner Kuriere durch die Ungarn oder durch die Deutschen veranlassen«. Dabei habe Bilewicz außerdem erklärt, jeder, der für Fietowicz arbeite, »begehe Hochverrat«. Nach der Auffassung von Fietowicz »haben sich diese Drohungen heute in schmutzige Aktionen verwandelt: zwei meiner Kuriere wurden von den Ungarn verhaftet«. <sup>31</sup>

Dieser Vorwurf, die Base hätte die Kuriere von Fietowicz bewußt verraten und an die ungarischen Sicherheitsbehörden ausgeliefert, ist nach Ausweis aller Quellen unhaltbar. In Wirklichkeit wird es sich so verhalten haben, daß Fietowicz in seinem Bemühen, die Entsendung dieser Kuriere vor der Base zu verschleiern, wesentliche Sicherheitsmaßnahmen gegenüber den Ungarn außer Acht gelassen hat. Hinzu kam, daß die ungarischen Stellen schon längst auf die Tätigkeit von Base und Placówka aufmerksam geworden waren und es daher an Beobachtung ohnehin nicht fehlen ließen.

Die eigentliche Brisanz dieser Depesche von Fietowicz lag jedoch in dem Vorwurf, ROMEK — und damit der ZWZ — sei ein Instrument der Sanacja. Gegen diese Unterstellung protestierte Sosnkowski mit ungewohnter Heftigkeit, nachdem Kot ihm die Fietowicz-Depesche vorgelegt hatte: »Die Basen mit der Tätigkeit der Sanacja in Verbindung zu bringen, ist ein beliebter Kniff. Ich sehe mich genötigt, gegen ähnlich leere Vorwürfe kategorisch zu protestieren, und bitte Sie [= Kot], Weisungen an die Leiter der politischen Placówka heraus-

gehen zu lassen, die Angelegenheit technischer Differenzen nicht in die Soße von Vorwürfen und Invektiven einer angeblichen Zusammenarbeit mit der Sanacja einzutunken; das entspricht ja keineswegs der Wahrheit, und es schafft in der Tragik des Augenblicks eine vergiftete Atmosphäre.«<sup>32</sup>

Gleichzeitig schickte Sosnkowski Depeschen an ROMEK und Rowecki, in denen er den Text der Meldung von Fietowicz zitierte und eine Stellungnahme zu den Vorwürfen forderte. ROMEK-Kommandant Czyżewski bot Sosnkowski zunächst an, Kots eigener Emissär Sikora sollte die erhobenen Vorwürfe auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen;<sup>33</sup> wenige Tage später wies Czyżewski mit aller Entschiedenheit den Vorwurf gegen seine Stellvertreter zurück, diese hätten Schriften der Sanacja verbreitet; gleichzeitig forderte er nicht nur Genugtuung, sondern er klärte Sosnkowski auch über den Ursprung der Anweisung Roweckis auf.<sup>34</sup> Die Vorwürfe stritt er als »erlogen« ab und gab zusätzlich Aufschluß über den Gesamtzusammenhang der Streitigkeiten zwischen Base und Placówka: »Ich melde, daß Fietowicz jegliche Zusammenarbeit mit der Base meidet; nicht nur gewährt er mir keinen Einblick in politische Meldungen aus der Heimat, sondern er überstellt mir nicht einmal militärische Nachrichten. Kürzlich kam mir zu Ohren, daß er sein eigenes Sendegerät bei sich installieren will, um sich völlig von der Base zu lösen.«<sup>35</sup>

Mit dieser Klärung der Tatsachen hätte es für Sosnkowski sein Bewenden haben können, wenn nicht auch noch Sikorski – höchstwahrscheinlich auf Drängen Kots – in die Sache eingegriffen hätte. Dieser sandte ein Telegramm mit der bedeutungsschweren Unterschrift »General Sikorski, Regierungschef, Oberbefehlshaber« an Fietowicz und Czyżewski, in dem es hieß: »Mir kommen Nachrichten über unglaubliche Intrigen und Reibereien zwischen Militärbase und Placówka zu Ohren. Ich befehle Ihnen unverzügliche Beendigung und Wiederaufnahme einer harmonischen Zusammenarbeit. Insbesondere befehle ich, daß die militärischen Elemente die Unterstützung der Arbeit von Fietowicz nicht unterlassen und ihr nicht ihre Fürsorge entziehen. Für die präzise und schnelle Ausführung dieses Befehls ist der Leiter der Militärbase in Budapest persönlich verantwortlich.«<sup>36</sup>

Wortlaut und Inhalt des Befehls zeigen, daß der Premier und Oberbefehlshaber unter Kots Einfluß Stellung bezogen hatte, ohne von der Sache mehr zu kennen als die Depesche von Fietowicz. Denn Sikorskis Weisung setzte die Auffassung voraus, daß eine unparteiische Untersuchung der Budapester Vorgänge offenbar nicht nötig war. Der Sinn des Befehls insgesamt und die Tatsache, daß für die Ausführung des

Befehls allein Czyżewski verantwortlich gemacht wurde, unterstellten, daß die Schuld an den Differenzen ausschließlich bei ROMEK lag. Aufschlußreicher noch für die Position Sosnkowskis, der hier von Kot völlig an die Wand gespielt wurde, war der Umstand, daß Sikorski diesen Befehl nicht auf dem Wege über Sosnkowskis Abteilung VI nach Budapest sandte, sondern daß er den Schuldspruch unter Umgehung des Dienstweges und ohne Anhörung Sosnkowskis verhängte. Dieses Verfahren mußte Sosnkowski zu Recht als einen Beweis für das mangelhafte Vertrauen deuten, das Sikorski seiner Tätigkeit entgegenbrachte.<sup>37</sup>

Da eine genaue Untersuchung der Vorgänge nicht mehr erfolgte — sie wäre ja auch wohl nicht im Sinne der politischen Seite gewesen —, verlief die ganze Angelegenheit im Sande.<sup>38</sup> Sie hinterließ bei Sosnkowski freilich den bitteren Nachgeschmack einer Niederlage, die Kot ihm heimtückisch zugefügt hatte, und sie bot sich Kot als Material an, um weitergehende Vorwürfe gegen den ZWZ zu formulieren.

#### *Konflikt zwischen Sosnkowski und Sikorski*

Während die Affären um Kruk-Strzelecki und ROMEK zu einer spürbaren Entfremdung zwischen Sosnkowski und Sikorski geführt hatten, die sich im Austausch gereizter Memoranden ausdrückte, führte die Diskussion über die Frage, ob sich der ZWZ schon im Spätherbst 1940 auf eine aktive Auseinandersetzung mit den Okkupationsmächten einlassen sollte, zu einem offenen Konflikt zwischen beiden Männern, der erst durch das Einlenken Sikorskis entschärft wurde.

Am 4. Oktober 1940 fragte Rowewki in einer Depesche bei Sosnkowski an, ob die Sabotage- und Diversionsbefehle authentisch wären, die Fietowicz am 17. September 1940 an Skorobohaty-Jakubowski geschickt hatte.<sup>39</sup> Rowewkis Depesche war allerdings fehlerhaft verschlüsselt und konnte daher in der Abteilung VI erst am 21. Oktober entziffert werden.<sup>40</sup> Tags darauf beantwortete Sosnkowski die Anfrage Rowewkis zwar ausweichend, aber im Grunde doch negativ. Er könnte wegen mehrtägiger Abwesenheit von London die Dinge nicht sofort klären, versicherte Rowewki jedoch, ihm seien »keine Veränderungen der Instruktion Nr. 5 bekannt«.<sup>41</sup>

Als Sosnkowski sich in dieser ihm rätselhaften Sache an den Chef der Abteilung II für Spionage wandte, mit dem ihn gute persönliche und dienstliche Beziehungen verbanden, war er »geradezu verblüfft«,<sup>42</sup> als er von diesem die Hintergründe der von Rowewki beschriebenen Diversions- und Sabotageanweisungen erfuhr. Nach der Darstellung

von Oberst Mayer »wurde die ganze Angelegenheit zwischen Minister Kot und dem englischen Minister of War Economy, Dalton, besprochen. Es sei darum gegangen, daß zu dieser Aktion nicht der Apparat der Militärorganisation in der Heimat herangezogen werden sollte, sondern nur Arbeiter- und Bevölkerungsgruppen, Eisenbahner usw., die von den politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden könnten. Minister Kot hat die Anweisungen in dieser Sache von sich aus gegeben«. <sup>43</sup>

Diese Befehle Kots setzten sich nicht nur leichtfertig über all jene Bedenken hinweg, aus denen heraus dem ZWZ alle Aktivität außer sporadischer Sabotage untersagt worden war, <sup>44</sup> sie waren auch im Hinblick auf die Kräfte, von denen sie ausgeführt werden sollten, völlig unrealistisch. Die Parteien hatten ihre Milizen wenn nicht völlig, so doch zum überwiegenden Teil dem ZWZ unterstellt. Eine Ausnahme machten nur die SN, die aber aus innenpolitischen Gründen die NOW dem Innenminister nicht zur Verfügung gestellt hätte, und die im CKON locker zusammengeschlossenen Militärgruppen. Aus diesen Gründen wollte Kot die Ausführung seiner Aktion Arbeitergruppen übertragen. Freilich zeigt diese Vorstellung nur Kots Unkenntnis von den Verhältnissen in der Heimat: Zum einen gab es solche Gruppen als aktionsbereite Gebilde von einiger organisatorischer Geschlossenheit gar nicht, zum anderen waren diese Arbeiter-»Gruppen« höchstens von der PPS zu beeinflussen und jedenfalls nicht vom Innenminister, und schließlich hätten Sabotage und Diversion den militärischen Sachverstand einer zentralen Leitung erfordert. Gerade darauf jedoch verzichtete Kot, als er den ZWZ ausdrücklich umging. Insofern darf man mit Recht urteilen, daß Kot versuchte, Sosnkowski auszustechen und sich gleichzeitig vor den Engländern in Szene zu setzen.

Sosnkowski protestierte sofort gegen Kots Vorgehen, dem er mangelnden Sachverstand und dilettantischen Rausch vorwarf. Gleichzeitig wies er auf die Gefahren hin, die bei der Verwirklichung von Kots Anweisungen drohten: Zwist zwischen dem ZWZ und der neuen Organisation, völlige Verwirrung der Bevölkerung, ein viel zu hoher Blutzoll durch die zu erwartenden repressiven Maßnahmen der Okkupationsmächte und nicht zuletzt die absehbare Ergebnislosigkeit dieser Aktion. Unter diesen Umständen erschien es Sosnkowski »ganz und gar unzulässig«, daß »parallel zu den Sabotage- und Diversionsakten«, wie sie der ZWZ plane bzw. durchführe, »eine zweite gleichberechtigte und überflüssige Organisation zur Aktion schreitet«. <sup>45</sup> Deshalb stellte Sosnkowski den Antrag, der Regierungschef solle seine alten Anweisungen in dieser Sache bekräftigen und Kots Befehle annullieren.

Für den Fall, daß Sikorski sich dazu nicht entschließen könnte, bat Sosnkowski um Entbindung von seinen Pflichten. »In diesem Fall wäre es meiner Meinung nach die beste Lösung, wenn die Leitung der Militärorganisation in der Heimat dem Innenminister übertragen würde; das würde wenigstens Einheitlichkeit in den Entscheidungen sichern, ohne die auf einem so gefährlichen und riskanten Gebiet wie dem einer militärischen Konspiration mit ganz unberechenbaren Wirkungen gerechnet werden muß. Jedermann muß schließlich auf diesem Gebiet seine Erfahrungen machen. Eine andere Frage ist es freilich, mit welchen Kosten das verbunden ist.«<sup>46</sup>

Erst Wochen später fiel die Entscheidung durch Weisungen an Rowecki und Skorobohaty-Jakubowski, keinerlei Sabotage oder Diverston zu betreiben.<sup>47</sup> Der Befehl an den Interimistischen Regierungsdelegaten ist freilich von Kot nicht gegengezeichnet worden. Offenbar hatte der Widerruf Sikorski in die prekäre Situation gebracht, sich Sosnkowskis überlegenen Einwänden beugen und damit seinen engsten Mitarbeiter unter den Kabinettsmitgliedern desavouieren zu müssen. Darüber hinaus – und das mag Kots Initiative auf dem fraglichen Sektor erklären – sah sich Sikorski im Problem des aktiven Widerstands offenbar auch einem gelinden Druck von englischer Seite ausgesetzt, wo man wohl nicht immer nur vom Bestehen einer konspirativen Organisation hören mochte, sondern sie endlich auch einmal in Aktion sehen wollte. Deshalb wohl auch sandte Sikorski am 19. November 1940 eine im Wortlaut ungeschickte Notiz an Sosnkowski, in der er das alte Problem wieder anschnitt: »Als direkter Leiter der Heimatorganisation haben Sie ständig eine negative Einstellung zu diesen [Sabotage- und Diversions-]Unternehmungen an den Tag gelegt. Diese Einstellung ist den englischen Regierungskreisen bekannt. Daraus kann leicht der Eindruck entstehen, daß wir Divergenzen mit der Heimat haben und ohne Einfluß auf ihre Tätigkeit sind. Ich bitte um eine Äußerung zu diesen wichtigen und, wie ich den gestrigen Gesprächen mit den Engländern entnommen habe, dringenden Angelegenheiten.«<sup>48</sup>

Sosnkowski sah in »Inhalt und Ton« dieser Notiz einen weiteren Anhalt dafür, daß seine Arbeit und seine Person Sikorski mißliebig waren.<sup>49</sup> Dennoch überwand er seine Gereiztheit, als es um die Diskussion sachlicher Belange ging, und machte folgende Vorschläge für die künftige Aktivierung des ZWZ: »Im Einvernehmen zwischen Militärorganisation und politischen Elementen, und zwar unabhängig von deren Auffassungen, werden Sabotageakte in der Form passiver Sabotage durchgeführt, nämlich durch bewußt unpräzise Arbeit in der Rüstungsfabrikation; werden Sabotageakte gegen Treibstofftransporte

durchgeführt; werden Sabotageakte unter solchen Bedingungen durchgeführt, daß sichergestellt ist, daß die Okkupationsmächte die Urheber-schaft dieser Akte nichtpolnischen Elementen bzw. der Unachtsamkeit der eigenen Beamten zuschreiben.«<sup>50</sup>

Damit hatte Sosnkowski eigentlich einen leichten Sieg davongetragen. Denn was er Sikorski als Ausweg aus dem Dilemma vorgeschlagen hatte, stellte substantiell keine Erweiterung jenes Programms dar, das schon auf der Belgrader Konferenz als erste Phase der ZWZ-Aktivitäten abgesprochen worden war.<sup>51</sup> Die Anweisungen umfaßten auch nur solche Arten von Sabotage, die den ZWZ kaum gefährden konnten und ihn doch vor jeder Konkurrenz sicherten. Insofern war es Sosnkowski gelungen, zwei Gefahren gleichzeitig zu bannen: die einer verfrühten und damit verfehlten Aktivität und die einer mit dem ZWZ konkurrierenden Organisation auf dem Heimatterritorium, die in erster Linie dem Innenminister, in zweiter dem künftigen Delegaten der Regierung unterstellt gewesen wäre.

### *Innenminister Kots offener Angriff auf den ZWZ*

Im Hinblick auf die Gesamtsituation, in der sich der ZWZ in den Augen der Exilregierung befand, sollte sich Sosnkowskis Erfolg gegen Kot in der Frage von Sabotage und Diversion schon bald als ein Pyrrhussieg erweisen. Denn sechs Tage, nachdem Sikorski die Sabotage- und Diversionsbefehle Kots annulliert hatte, legte Kot ein augenscheinlich hastig zusammengeschriebenes und dementsprechend auf übermäßigen Umfang gediehenes Memorandum vor, das eine einzige umfassende Anklageschrift gegen den ZWZ darstellte.<sup>52</sup> Sikorski geriet offenbar sogleich in den Bann dieses Memorandums; denn als er es abschriftlich an Sosnkowski weiterleitete, bemerkte er im Begleitschreiben, Sosnkowski möge hierin »eine Begründung für die von Ihnen kritisierten Entscheidungen«<sup>53</sup> in Sachen ZWZ sehen.

Das Memorandum machte allerdings weder dem Historiker noch dem Innenminister Kot Ehre, denn bei näherem Zusehen war die Argumentation von massiven Vorurteilen gegen den ZWZ geprägt, die sich bei gründlicherer Analyse der herangezogenen und im Anhang beigegebenen Quellen durchaus hätten ausschalten lassen; außerdem zeigten die Quellen insgesamt, wie zerfahren und hilflos das Innenministerium arbeitete, wenn es galt, zuverlässige Informationen zu beschaffen. Zusätzlich zu den Mängeln im Informationssystem, die das Memorandum mit falschen Daten belasteten, hatte sich Kot ganz offensichtlich des Drucks von Seiten exilierter Parteivertreter — besonders der SN —

nicht erwehren können, darauf den Vorwurf politischer Verfehlungen aufzubauen.<sup>54</sup> Es wäre jedoch falsch, in Kot einen hilflosen Mann zu sehen, der dem Druck der Parteien wohl oder übel nachgeben mußte; in diesem Fall hätte er ja die Vorwürfe gegen den ZWZ im internen Rahmen des KSK abhandeln können — also dort, wohin diese Dinge ihrer Natur nach gehörten. Statt dessen setzte Kot sich an die Spitze dieser Angriffe auf den ZWZ und machte sich zum Protagonisten der Gegner des ZWZ.

Die Vorwürfe des Memorandums lassen sich unter sieben Anklagepunkte subsumieren:

1. Statt Konspiration zu betreiben, versuche der ZWZ, das ganze Leben in der Heimat zu kontrollieren, denn sein Ziel ist die »Bewahrung des Vor-Mai-Systems in Polen nach dem Kriege«.

2. Der ZWZ fälscht Informationen und verursacht Reibereien zwischen der Regierung und den politischen Parteien, um desto leichter die Herrschaft im Lande an sich reißen zu können.

3. Der ZWZ hintertreibt die Instruktionen der Regierung in der Delegaturfrage. Auf die Regierung übte er mittels Einrichtung der Sammeldelegatur Druck aus, weil in ihr der ZWZ tun und lassen konnte, was er wollte. Zum Zweck einer Bestätigung der Sammeldelegatur schreckte der ZWZ nicht davor zurück, Gerüchte in die Welt zu setzen,<sup>55</sup> Depeschen Skorobohaty-Jakubowskis zu fälschen und sich seines Namens zu irreführenden Zwecken zu bedienen.<sup>56</sup>

4. Der ZWZ verhält sich illoyal zur Regierung. In der Heimat wie auch in den Basen betreibt er die Rehabilitierung der Sanacja. Er schürt Unwillen gegen die Regierung oder gegen einzelne ihrer Mitglieder. Bezeichnend ist das Verschweigen des Namens von Sikorski in den konspirativen Druckschriften des ZWZ.<sup>57</sup>

5. Der ZWZ beruft alte Parteigänger der Sanacja in führende Stellungen: Kruk-Strzelecki, Józewski usw.<sup>58</sup>

6. Infolge dieser Anlehnung an die Sanacja genießt der ZWZ kein Vertrauen bei der Bevölkerung. Trotz des Widerspruchs der Parteien begann der ZWZ mit dem Aufbau einer zivilen Administration.

7. In der Heimat meint man, der ZWZ sei eine fiktive Organisation; seine Effektivität sei minimal, da die eigentliche Arbeit nicht von Militärs, sondern von den Zivilisten geleistet werde. Es besteht der Verdacht unsauberer Geldgeschäfte.<sup>59</sup>

Zur »Gesundung der in der Heimat herrschenden Verhältnisse« stellte Kot der Beschreibung des »krankhaften« Zustands insgesamt fünf Anträge entgegen, die eine Umbildung des ZWZ zu einem »apolitischen, treuen und loyalen Regierungsinstrument« zum Ziel hatten,

wobei »dem Regierungsdelegaten die Kontrolle über die Gesamtheit der Arbeiten des ZWZ« zugestanden werden sollte.

Sosnkowski, der von diesem Angriff ganz unerwartet und zudem mit erheblicher Verspätung erfuhr,<sup>60</sup> war von der Vielfalt der Vorwürfe und ihrer durch Massivität suggerierten systematischen Geschlossenheit verwirrt. Deshalb leitete er zunächst den kurzgefaßten Inhalt des Memorandums an Rowecki weiter, nicht ohne dem Oberkommandierenden des ZWZ in Warschau den Vorwurf zu machen, dieser habe ihn nicht gründlich genug informiert. Wie ernst Sosnkowski die Gefahr für den ZWZ einschätzte, die diesem aus der von Kot beantragten politischen Kontrolle drohte, spiegelt sich in seinem Schreiben an Rowecki, in dem er ausführte, es sei nicht auszuschließen, daß »für die Rettung der Militärarbeit gewisse Zugeständnisse gemacht werden müssen, die den bisherigen Rahmen überschreiten. Ich möchte Ihre Meinung dazu wissen, bis zu welcher Grenze man diese Kontrolle ausdehnen sollte, ohne daß sie der Arbeit schadet. Die Antwort darauf ist am wichtigsten und vordringlichsten.«<sup>61</sup>

Sosnkowski fühlte zu Recht, daß er in dieser Sache von Kot überspielt worden war; und wenn er auch sein Möglichstes tun wollte, die erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, so zweifelte er doch schon an der Wirkung seines Einspruches. Deshalb delegierte er die Aufgabe, den ZWZ zu verteidigen, an Rowecki, dessen wirksame Unbeirrbarkeit in grundsätzlichen Angelegenheiten sich jüngst in Sachen Kruk-Strzelecki gezeigt hatte. Entsprechend schrieb er nur acht Tage später erneut an Rowecki, er sei in großer Sorge über die Situation. »Die Dinge sind so weit gediehen, daß deren künftiges Schicksal von Ihnen und nicht von mir abhängt.«<sup>62</sup> Damit war Rowecki die Aufgabe zugefallen, die Gegendarstellung des ZWZ zu Papier zu bringen. In seiner Erwiderung hielten sich kühle Sachlichkeit und temperamentvolle Empörung, Kenntnisse der noch immer bestehenden Schwächen des ZWZ, aber auch selbstbewußter Stolz über die Fortschritte seiner »Armee in der Konspiration« und ihre Integrität gegenüber allen von Kot formulierten Vorwürfen die Waage.

1. *Vorwurf der diktatorischen Bestrebungen.* Rowecki führte aus, das Fehlen einer politischen Zentralgewalt in der Heimat habe den ZWZ wider Willen in die Rolle des »Koordinationszentrums der Unabhängigkeitsbestrebungen«<sup>63</sup> gezwungen. Dadurch legte Rowecki den Vorwurf gegen den ZWZ als einen Versuch des Innenministers bloß, sein Scheitern in der Delegaturfrage zu kaschieren und dem ZWZ anzulasten.<sup>64</sup> Denn die einzigen arbeitsfähigen Gremien überparteilicher Art waren vom ZWZ ins Leben gerufen worden: PKP und GKP;

ihnen hatte die Exilregierung jedoch die offizielle Anerkennung versagt, ohne die Einrichtung der Delegatur ernsthaft voranzutreiben.

2. *Vorwurf der Informationsfälschung.* Diese, wie Rowecki mit aller Heftigkeit ausführte, »grundlosen, engstirnigen und ärgerlichen Vorwürfe, Verleumdungen und glatten Lügen«,<sup>65</sup> die in Kots Behauptung gipfelten, Rowecki habe die Unterschrift Skorobohaty-Jakubowskis in der entscheidenden Nachricht über die Gründung des GKP gefälscht, erledigten sich durch ein Telegramm des Interimistischen Regierungsdelegaten selbst, in dem dieser die Möglichkeit einer Fälschung seiner Unterschrift ausschloß.<sup>66</sup>

Diese Widerlegung des Vorwurfs konnte allerdings nur unter gewisser Gefährdung des ZWZ erfolgen, da die entsprechenden Akten inzwischen schon längst vergraben worden waren und eine Nachprüfung das Aufgraben der Erde nötig machte — ein riskantes Unternehmen, da die Grabungsstelle sich noch längere Zeit von der schneebedeckten Umgebung abhob. Der Vorwurf einer Fälschung war indessen »so ungemein kränkend für die Ehre eines Soldaten«, <sup>67</sup> daß Rowecki sich veranlaßt sah, konspirative Bedenken hintanzustellen.<sup>68</sup>

3. *Vorwurf, Gerüchte in die Welt zu setzen.* Hier ging es um die Meldung über das Erscheinen des mysteriösen »Monitor« einer angeblichen »Geheimen Regierung im Lande«, aus der Kot und Sikorski nur den Versuch herausgelesen hatten, der ZWZ wolle mit solchen »Gerüchten« die Bestätigung der GKP als Regierungsdelegatur erzwingen.<sup>69</sup> Rowecki stellte lapidar fest, den »Monitor« habe es gegeben. Er setzte mit deutlicher Spitze hinzu, Dębski von der SN habe ihm zwei Exemplare dieses »Monitor« ausgehändigt.<sup>70</sup>

4. *Herabsetzung Sikorskis durch Verschweigen des Namens.* Dieser von Rowecki als »belanglos« klassifizierte Vorwurf stützte sich seiner Ansicht nach »auf loses Gerücht statt auf Kenntnis« der ZWZ-Veröffentlichungen. »Jeder aufmerksame Leser müßte sowohl den Namen Sikorskis gelesen wie auch unser [loyales] Verhältnis zur Regierung erkannt haben. Er könnte dagegen weder ›Persilscheine‹ noch Anschwärzungen gegenüber irgendeiner Person bemerkt haben.«<sup>71</sup>

5. *Sanacja-Leute in Schlüsselpositionen.* Diesen Vorwurf gab Rowecki mit der trockenen Angabe zurück, die »Legende um den Wojewoden Józewski« gehe zwar noch immer um, gewinne aber durch Wiederholung nicht an Wahrheitsgehalt; Józewski sei nur zeitweilig Mitglied der SZP gewesen und sei niemals in den ZWZ aufgenommen worden. Die Angelegenheit Kruk-Strzelecki sei seit »einem halben Jahr nicht mehr aktuell.«<sup>72</sup>

6. *ZWZ ohne Vertrauen. Problem der Ziviladministration.* Den ersten Vorwurf konnte Rowecki mit dem Hinweis widerlegen, daß die Parteien dem ZWZ ihre Milizverbände zur Verfügung gestellt hätten und daß die Veröffentlichungen des ZWZ in konspirativen Druckereien der Parteien, besonders der SL, hergestellt würden. Die Ankläger sah Rowecki in den Gruppen, die für ihren Separatismus Ausflüchte benötigten.<sup>73</sup>

Der zweite Vorwurf — der ZWZ baue eine zivile Administration auf, um seine Herrschaft auf den politischen und administrativen Sektor auszuweiten — schien auf den ersten Blick nicht ohne Gewicht. Tatsächlich hatte nämlich schon Tokarzewski im Dezember 1939 mit diesem Gedanken gespielt,<sup>74</sup> der ja auch seinen Vorstellungen von einer der Militärorganisation unterstellten politischen Aktionsgemeinschaft nur allzu getreu entsprach. Als die im Modell Tokarzewskis vorausgesetzte Abstufung von Militärorganisation und Parteien durch die Exilbeschlüsse über deren Gleichwertigkeit zu Fall gebracht worden war, modifizierte Rowecki das Projekt Tokarzewskis. Ihm ging es nicht mehr um eine Zivilverwaltung, sondern um sogenannte »Etappen« (tyły) für die rückwärtige Organisation und Versorgung des Aufstands.<sup>75</sup> Die Sicherheit im Rücken der kämpfenden Armee und die sich aus Gründen der Ökonomie ergebende Forderung, daß zur Bewältigung dieser Aufgabe keine Armeeverbände abgestellt werden dürften, waren für Rowecki »so sonnenklare Dinge, daß jede weitere Begründung unnötig ist«.<sup>76</sup>

Es handelte sich folglich um ein genuin militärisches Arbeitsgebiet und nicht um eine Verletzung von Rechten, die der noch nicht bestehenden Delegatur und den Parteien zugesprochen worden waren.<sup>77</sup> Das Projekt wurde im übrigen mit Billigung seitens des PKP in Angriff genommen,<sup>78</sup> war jedoch gegen Ende 1940 noch nicht sehr weit gediehen. Insofern handelte es sich bei den Vorwürfen, der ZWZ habe »Minister und Starosten ernannt«, um »blanken Unsinn«.<sup>79</sup> Zum einen besaß nicht einmal der Regierungsdelegat die Vollmacht zu solchen Ernennungen; zweitens waren die organisatorischen und rein planerischen Arbeiten noch nicht weit genug gediehen; und letztlich gaben die Titel »Minister« und »Staroste« ein völlig falsches Bild. Wie schlecht es um die äußeren Bedingungen bei der Verwirklichung dieses Projekts bestellt war, erläuterte Rowecki im Rückblick auf die Organisationsversuche in der ersten Jahreshälfte 1940. Damals seien zum Teil von besonders impulsiven Landkreiskommandanten auch schon Kandidaten als künftige Wojewoden oder Staroste bestellt worden. »Es handelte sich dabei geradezu um eine Humoreske: z. B. in Puławy waren

damals auf solche Weise sieben Kandidaten für die Wojewodschaft Lublin ernannt worden.«<sup>80</sup>

Als die Exilregierung endlich den Regierungsdelegaten für das Generalgouvernement ernannt hatte, legte Rowecki umgehend die Durchführung aller »Etappen«-Pläne in dessen Hand.<sup>81</sup> Der Vorwurf Kots beruhte also auf Fehlinformationen, die Rowecki vielleicht schon vorher hätte korrigieren müssen. Von der Anklage blieb freilich nichts übrig.

7. *Der ZWZ ist eine fiktive Organisation.* Bei diesem Vorwurf handelte es sich um die größte Ungereimtheit des ganzen Kot-Memorandums, zu deren Verständnis der Verfasser keine Hilfen gab. Rowecki nahm diesen Vorwurf als ein Kompliment für die gute Tarnung des ZWZ und bemerkte mit unüberhörbarem Sarkasmus, ein Beobachter von außen, der sich zudem nur auf Gerüchte stütze, könne gar nichts anderes feststellen, »als daß der ZWZ nicht existiert und wir allesamt überhaupt nicht vorhanden sind«.<sup>82</sup>

Während Roweckis von Anklagepunkt zu Anklagepunkt voranschreitende Widerlegung der Vorwürfe Kots hauptsächlich informativ Charakter besaß, mußte er in seinen Ausführungen zu Kots Anträgen am Schluß des Memorandums grundsätzlich Stellung nehmen.

Kot forderte die vollständige Kontrolle des ZWZ durch die Regierungsdelegatur — eine Forderung, die in politischen Kreisen der Exilregierung en vogue war und schließlich limitierten Erfolg haben sollte; Rowecki wies dagegen zunächst einmal darauf hin, daß diese Forderung im Grunde ein Mißtrauensvotum gegen den Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte, General Sikorski, war, dem auch der ZWZ mit allen seinen Gliederungen unterstand. Nach dieser gewiß mehr formalistischen Spielerei führte Rowecki aus, »wir denken gar nicht daran zu versuchen, unter den drakonischen Bedingungen der Konspiration ›Kathedern-Ideen‹ auszuführen«. Es sei ausgeschlossen, daß die Armee eine breite Kontrolle ihrer Mitglieder auf allen Stufen der Organisation dulden werde. Zusammenfassend räumte Rowecki ein, »die Kontrolle durch ein politisches Element ist nur der Spitze gegenüber zulässig — gegenüber der Person des Oberkommandierenden und seines Stellvertreters«.<sup>83</sup>

Diese entschieden abweisende Stellungnahme zu den Anträgen Kots begründete Rowecki damit, daß einerseits der politische Bereich im Untergrund den bescheidensten Sicherheitsanforderungen der Konspiration nicht genüge,<sup>84</sup> und daß andererseits das eigentliche politische Leben sich auf Warschau, Krakau und zum Teil auch Posen beschränk-

te, während der ZWZ sein Netz über das ganze Land spannte. Roweckis Weigerung, den ZWZ einer politischen Kontrolle zu unterstellen, war eben auch hinsichtlich der Durchführbarkeit dieser Forderung begründet. Denn da der ZWZ viel tiefer in das Land eingedrungen war als die Parteien, konnte er einfach nicht in der geforderten Weise kontrolliert werden.

Dieser Sachverhalt wirft die Frage auf, weshalb Rowecki so ausdrücklich verweigerte, was sich ohnehin nicht durchführen ließ. Wahrscheinlich fürchtete Rowecki, daß die Politiker den ZWZ als Schrittmacher für die Erweiterung des politischen Netzes mißbrauchen wollten. In diesem Falle hätte der ZWZ seine Territorialstruktur und die entsprechende personelle Besetzung weiten Kreisen bis ins einzelne preisgeben müssen; er hätte nicht sicher sein können, daß diese Kenntnisse letztlich so gegen feindlichen Einblick abgeschirmt werden würden, wie das aus Sicherheitsgründen erforderlich war.<sup>85</sup> Abgesehen von diesen Bedenken mußte Rowecki befürchten, daß die Erweiterung des politischen Netzes durch ein bequemes »Huckepack«-Verfahren so eilig geschehen würde, daß alle Vorteile einer organisch gewachsenen Untergrundorganisation ungenutzt bleiben und leichtfertig zerschlagen würden. Im Vordergrund seiner Erwägungen stand für Rowecki also die Sicherheit des ZWZ. Damit hatte er sich auf das »multum, non multa« zurückgezogen, in dessen Geist er die Arbeit des ZWZ verstand und betrieb.

Weder diese wohlbegründeten Ausführungen noch die positiven und ganz und gar glaubwürdigen Auskünfte der Emissäre Ziege und Iranek-Osmedki über den ZWZ trafen rechtzeitig genug im Exil ein, um die Situation zu klären und die Entscheidungen über den ZWZ beeinflussen zu können.<sup>86</sup> Sosnkowskis Memorandum, in dem er die Thesen Kots prüfte und im Zusammenhang dieser neuen Auskünfte widerlegte, trug nicht zuletzt deshalb erst das Datum des 21. Juli 1941.<sup>87</sup> Zu diesem Zeitpunkt aber stellte das Memorandum Sosnkowskis schon nichts anderes mehr dar als eine verspätete Ehrenrettung für den ZWZ. Denn die Anklagen, wie Kot sie formuliert hatte, waren schon in politische Entscheidungen umgemünzt worden.

Diese Entscheidungen in Sachen ZWZ resultierten nicht zuletzt aus der Isolierung, in die Sosnkowski im Kabinett Sikorski geraten war und die ihn in Heimatangelegenheiten einen substantiellen Machtverlust erleiden ließ. Auf der Ministerratssitzung vom 20. Dezember 1940 beklagte Sosnkowski zu Recht, daß 90 % der im KSK verhandelten Dinge politische und allgemeine Angelegenheiten betrafen, die in das Ressort des Innenministers fielen. Er sei einerseits der Vorsitzende des

KSK, habe aber andererseits keine gründliche Kenntnis dieser Dinge und könne sich auch aus Gründen der Zuständigkeit nicht eigentlich mit ihnen befassen. »Er müsse sich, obgleich er doch Vorsitzender des KSK sei, dem Innenminister unterstellen.«<sup>88</sup> Kot entgegnete, dann müsse Sosnkowski sich eben mit den Parteien absprechen; und Seyda von der SN schlug vor, Sosnkowski solle den Vorsitz im KSK an Kot abgeben. Sosnkowski, dem man nicht erst jetzt seine tiefe Resignation über den offenbar unaufhaltsamen Gang der Dinge anmerken konnte, pflichtete diesem Vorschlag bei.<sup>89</sup>

Zweifellos ging es Sosnkowski »nicht um Ansehen, Stellung und Ehre«,<sup>90</sup> wie er Sikorski gegenüber beteuerte; aber er verfügte auch nicht über die Energie, sich gegen die Versuche zu stemmen, die auf seine Entmachtung abzielten. Wenn Sosnkowski von sich sagte, sein »ganzes moralisches Wesen widerstrebe allen persönlichen Streitigkeiten«,<sup>91</sup> so zeigt das hinlänglich, daß er ständig schlecht disponiert war für politische Auseinandersetzungen. Im Dezember 1940, als ihm die Informationen von Rowecki noch nicht zur Verfügung standen und er daher den Anfeindungen Kots allein entgegentreten mußte, fühlte er sich dem zielstrebigem Vorgehen des Innenministers geradezu hilflos ausgeliefert.

Die Lobrede, die Kot vor dem KSK auf den scheidenden Vorsitzenden Sosnkowski hielt,<sup>92</sup> konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß nun eine neue Periode in der Geschichte dieses Gremiums einsetzte. In drei Sitzungen — 7. Januar, 19. Februar und 21. Februar 1941 — wurden unter dem Tagesordnungspunkt »Rechte des Regierungsdelegaten« die auf Aufwertung der Delegatenposition gerichteten Wünsche Kots und der Parteivertreter im wesentlichen so verwirklicht, wie Kot es in seinem Memorandum gefordert hatte.

Der Beschluß, der vom KSK auf der Sitzung vom 21. Februar 1941 endgültig verabschiedet wurde, betraf die Zusammenarbeit zwischen ZWZ und Regierungsdelegatur, und zwar bezeichnenderweise eine »Zusammenarbeit auf der Grundlage von Kontrollrechten des Delegaten gegenüber der Militärorganisation«, wie der offizielle Titel lautete.<sup>93</sup>

Nach der Sitzung vom 19. Februar 1941, auf der nur einige Probleme dieses Beschlusses hatten diskutiert werden können, weil die verfügbare Zeit nicht ausreichte, hatten Prof. Folkierski (SN), Popiel (SP) und Ciołkosz (PPS) Anträge bezüglich der Kontrollrechte für die nächste Sitzung eingereicht, die bei der endgültigen Redaktion des Beschlusses in Form und Inhalt nahezu unverändert übernommen wurden.<sup>94</sup> Der KSK-Beschluß vom 16. April 1940 hatte dem künftigen

Delegaten das Budgetrecht für den ZWZ und gewisse Aufsichtsrechte bezüglich des apolitischen Charakters der Militärorganisation zuerkannt, während organisatorische und andere militärische Angelegenheiten in die alleinige Kompetenz des Militärkommandanten fielen. Am 21. Februar 1941 dagegen wurden diese geringfügigen Kontrollrechte bedeutend erweitert. Der Delegat erhielt nun die Kontrolle über den apolitischen Charakter des ZWZ,<sup>95</sup> ferner das Recht zur Kontrolle der personellen Besetzung der ZWZ-Kommandanturen bis einschließlich der Kommandos über Militärregionen, wobei im Falle von Differenzen zwischen ZWZ und Delegat eine Appellationsklausel die endgültige Entscheidung in die Hand des Oberbefehlshabers legte, weiterhin das Recht zur Kontrolle des ZWZ-Budgets und endlich das Recht, umfangreiche Informationen über Organisationsstand und Aktivität des ZWZ bei dessen Oberkommandierenden einzuholen.<sup>96</sup>

Angesichts dieser Bindungen des ZWZ an den Delegaten der Regierung war es nur folgerichtig, den Eid des ZWZ auf diese Änderung in den Gewichtsverhältnissen der Heimatkräfte abzustimmen. Hieß es im bislang gültigen Eidestext, daß das ZWZ-Mitglied allen »Befehlen der Vorgesetzten unbedingt Gehorsam leisten«<sup>97</sup> werde, so besagte die am 21. Februar 1941 von Mikołajczyk beantragte und schließlich auch beschlossene Neufassung der Eidesformel: »Allen Befehlen des Oberbefehlshabers, der polnischen Regierung und der durch sie ernannten Autoritäten (władz) werde ich bedingungslosen Gehorsam leisten.«<sup>98</sup>

Die Frage der Eidesänderung war schon seit Ende Oktober 1940 im Gespräch.<sup>99</sup> Sosnkowski hatte sich damals mit Entschiedenheit gegen ein »so drastisches Mittel wie die Änderung des von der Regierung bestätigten Eidestextes«<sup>100</sup> gewandt. Nach Sosnkowskis Argumentation, die unter dem Terminus des »Vorgesetzten« im alten Eid nur die militärischen Vorgesetzten — also letztlich den Oberbefehlshaber Sikorski — verstand, war eine Änderung der Eidesformel tatsächlich unnötig. Gerade diese enge Auslegung war jedoch nach den KSK-Beschlüssen vom 21. Februar 1941 unangemessen, als man dem Delegaten der Regierung derartig vielfältige Kontrollrechte über den ZWZ zugestanden hatte. In diesem Sinne waren die Erweiterung und Präzisierung der Eidesformel der Versuch, die inzwischen beschlossene Verlagerung der Gewichte in der Heimat sinnfällig zu machen. Denn auf diese Weise wollten die Politiker im KSK zweifelsohne den ZWZ zur Anerkennung der neuen Situation zwingen.<sup>101</sup>

In diesen Beschlüssen, die von Sikorski am 13. März 1941 ohne Änderung bestätigt wurden,<sup>102</sup> blieb lediglich das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und der Delegatur der Regierung ungeklärt.

Theoretisch stellten die Parteien — genauer: das Gremium ihrer gemeinsamen Verständigung — die höchste Macht in der Heimat dar.<sup>103</sup> Diese generelle Ansicht im KSK ist jedoch niemals explizit dargelegt und als auch für die Delegatur verbindlich erklärt worden.

Wie diese drei Kräfte in der Heimat — vornehmlich in Warschau als dem eigentlichen Zentrum der Begegnung und Auseinandersetzung — sich arrangierten und welche Friktionen es dabei mit der Exilregierung gab, ist Gegenstand des letzten Kapitels.

## 15. Das Zusammenspiel der Kräfte in der Heimat

Hatten im Frühjahr 1940 die Heimatparteien ständig auf die Ernennung eines politischen Bevollmächtigten der Exilregierung gedrungen, so lagen die Dinge seit der Ankunft Skorobohaty-Jakubowskis im Juni 1940 genau umgekehrt: Nun ersuchte die Exilregierung die Heimatparteien mit steigender Dringlichkeit um die Nominierung eines Kandidaten, den die Regierung als Leiter der Delegatur offiziell ernennen konnte. Seit der Auflösung der Sammeldelegatur durch den Rückzug des SN-Vertreters wie auch durch die Desavouierung dieser Körperschaft von Seiten der Exilregierung hatte sich die politische Atmosphäre so stark aufgeladen, daß Rowecki von einem »dauernden Chaos auf dem politischen Abschnitt«<sup>1</sup> berichten mußte. Jedenfalls war die Chance verspielt, daß eine interparteiliche Körperschaft in der Heimat die von der Regierung gewünschte Nominierung vornahm. Zwar bestand das alte PKP pro forma noch;<sup>2</sup> es verstand seine Tätigkeit jedoch nur im Sinne eines notdürftig zusammenhaltenden Übergangs; in Wirklichkeit berieten die Parteien einzeln für sich: die SN auf dem rechten Flügel, die beiden »Centrolew«-Parteien SL und PPS miteinander, und in lockerer Anlehnung an sie die SP.<sup>3</sup>

Obleich das PKP im Oktober 1940 der Regierung in Aussicht gestellt hatte, die Benennung eines oder mehrerer Kandidaten werde »bis spätestens November«<sup>4</sup> erfolgen, mußte es Mitte November die Regierung um Aufschub bitten: PPS, SL und SP hielten im Augenblick Gespräche über die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten ab, und das erfordere »eine gewisse Zeit«.<sup>5</sup> Gleichzeitig gestand das PKP ein, daß die SN die Einigung aller vier Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten für illusorisch hielt und deshalb nach wie vor an ihren Kandidaten Jerzy Gościcki oder dem ehemaligen Direktor der »Bank Polski«, Sieczkowski, festhielt.

Die PPS hatte öffentlich erklärt, sie werde keinen eigenen Kandi-

daten aufstellen, sondern den Kandidaten der SL unterstützen. Die SP hatte Cyryl Ratajski aufgestellt, den das PKP vorher schon zum Stellvertreter Skorobohaty-Jakubowskis gewählt hatte<sup>6</sup> und der deshalb ein gewissermaßen »historisches« Gewicht gegenüber möglichen anderen Kandidaten besaß, so daß man ihn nicht gut übergehen konnte. Mit dieser Konstellation war die Führungsrolle an die SL gefallen. Gerade sie litt jedoch daran, daß sie keinen akzeptablen Kandidaten in den eigenen Reihen finden konnte. Die beiden ersten Anfragen gingen an Osiedki und Słomka, die beide mit der Erklärung ablehnten, sie fühlten sich den Anforderungen des Amtes nicht gewachsen; der dritte Vorschlag, durch den Stefan Korboński ins Gespräch kam, erledigte sich insofern, als SL und PPS zur Überzeugung gelangen mußten, daß sich die Exilregierung gegen diesen Kandidaten sperren werde. Schließlich nominierte die SL Professor Piekalkiewicz als ihren Kandidaten, einen redlichen, wenn auch vielleicht nicht übermäßig gewandten Mann.<sup>7</sup>

Die SP machte sogleich gegenüber Piekalkiewicz geltend, er sei sachlich nicht genügend qualifiziert für die Aufgaben eines Regierungsdelegaten; jedenfalls habe er sein Organisationstalent — offenbar die Kardinalforderung an einen akzeptablen Kandidaten — noch nie unter Beweis gestellt.

Es ist schwer zu entscheiden, ob diese Einwände der SP berechtigt waren, oder ob sie damit nur die Position ihres eigenen Kandidaten stärken wollte. Immerhin handelte daraufhin die SL einen Kompromiß mit der SP aus, der darin bestand, daß Piekalkiewicz als Regierungsdelegat und Ratajski von der SP als dessen Stellvertreter nominiert werden sollte. Im Kern beinhaltete dieser Kompromiß auch gewisse Weiterungen für die Struktur der Delegatur, wo von einem Stellvertreter bislang nicht die Rede gewesen war. Die SP beantragte nämlich, es solle eine »sachliche« Delegatur dadurch geschaffen werden, »daß Ratajski als Stellvertreter des Delegaten nominiert würde und daß er den Auftrag haben sollte, beim Aufbau eines Exekutivapparats zu beraten«.<sup>8</sup>

Diese begriffliche Unterscheidung von »sachlicher« und offenbar doch »personeller« Delegatur war freilich entschieden künstlich — auch schon zu der Zeit, als es noch galt, Übereinkünfte hinsichtlich der Kandidaturen auszuhandeln. Das zeigte sich ganz deutlich an der Reaktion der PPS auf den Vorschlag der SP. Die PPS, die gegen Ratajski schwere politische Bedenken wegen seiner Amtsführung als Minister in den 20er Jahren hatte, erklärte nämlich plötzlich, die Zusage, den SL-Kandidaten unterstützen zu wollen, habe sich nur auf den Dele-

gaten, nicht dagegen auf seinen Stellvertreter bezogen. Gleichsam als Versicherung, daß man keine formalistische Spiegelfechtereie betreibe, stellte nun die PPS einen eigenen Stellvertreter-Kandidaten in der Person von Józef Cyrankiewicz auf.

Zur Beseitigung dieser unerwarteten Komplikation, die bei der SP als der eigentlich betroffenen Partei deutliche Verstimmung auslöste,<sup>9</sup> bahnte sich gegen Ende November 1940 ein weiterer Kompromiß an, als man sich entschloß, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter zu nominieren. Die SL, offensichtlich noch ganz unter dem Eindruck der starren Haltung der PPS in Sachen Ratajski, suchte folglich die SP zu bewegen, Ratajski als zweiten Stellvertreter zu nominieren. Indessen betrachtete die SP die Kandidaturen von Piekalkiewicz als Delegat und von Ratajski als dessen erster Stellvertreter ganz im Sinne eines Junktims und als den »wesentlichen Inhalt der vorigen Übereinkunft«. <sup>10</sup> So drohte die Kandidatur von Piekalkiewicz überhaupt an den Differenzen über die an sich sekundäre Stellvertreter-Frage zu scheitern. Denn was vorher eine Frage sachlicher Übereinkünfte und Absprachen gewesen war, »war nun auf die Ebene personellen Prestiges gehoben«. <sup>11</sup>

Dieser Antagonismus, den kein weiterer Kompromiß mehr zu lösen imstande war, wurde auf geradezu stupende Weise gegenstandslos, als Anfang Dezember 1940 gänzlich unerwartet in Warschau eine Depesche der Exilregierung anlangte, durch die Cyryl Ratajski zum Regierungsdelegaten ernannt wurde. <sup>12</sup> In Warschau war man wie vor den Kopf geschlagen, denn mit dieser Ernennung, glaubte man, habe die Exilregierung wieder einmal über die Köpfe der Politiker hinwegverfügt. Ratajski hatte jedenfalls in Parteikreisen der Heimat niemals als Kandidat für die Delegatur zur Debatte gestanden. Die Verwirrung wurde noch vermehrt durch Kots Zusatz im Telegramm, Ratajski sei der Mann, den das »PKP zum Stellvertreter des Regierungsdelegaten vorgeschlagen« <sup>13</sup> habe.

Es erschien den Parteien unmöglich, daß das PKP an eine solche Nominierung gedacht haben sollte, solange die Frage des Stellvertreters noch ein prinzipieller Streitfall zwischen SP und PPS war. Folglich protestierten PPS und SL in einer gemeinsamen Erklärung vom 18. Dezember 1940 in scharfem Ton gegen Ratajskis Ernennung, indem sie nicht nur der Regierung vorwarfen, sie habe ihre Zusage gebrochen, die Nominierung des Regierungsdelegaten nach den Wünschen der Heimatparteien vorzunehmen, sondern aus der Ernennung Ratajskis auch einen Rechts-Ruck der Regierung folgerten, dem die beiden »Centrolew«-Parteien sich entgegenstemmen wollten. PPS und SL hielten an

der Nominierung von Piekalkiewicz als Delegat und Cyrankiewicz als erstem Stellvertreter fest und drohten, nur noch im PKP, in Angelegenheiten des ZWZ und des allgemeinen Kampfes gegen die Okkupanten – also nicht in der Delegatur! – mitarbeiten zu wollen, falls die Regierung keine »Stellungnahme« abgeben werde.<sup>14</sup> Die SP hatte verständlicherweise an der Ernennung ihres Kandidaten nichts auszusetzen und ließ die Frage geschickt offen, indem sie erklärte, sie werde »jeden von der Regierung eingesetzten Kandidaten anerkennen«<sup>15</sup> und rückhaltlos unterstützen. Nur die SN stärkte der Exilregierung den Rücken durch ihre Erklärung, sie »verhalte sich positiv zu der jüngsten Nominierung«.<sup>16</sup>

Die Antwort auf die Frage, wie es möglich war, daß die Exilregierung offenbar guten Glaubens den von den Heimatparteien nicht aufgestellten Mann zum Regierungsdelegaten ernannte, ergibt sich aus Kots umfangreicher Darlegung des Sachverhalts gegenüber Ratajski.<sup>17</sup>

Am 12. November 1940 hatte das PKP in einem Telegramm an Sikorski um die »Bestätigung Skorobohaty-Jakubowskis als Interimistischen Regierungsdelegaten bis zur Zeit der Nominierung«<sup>18</sup> des eigentlichen Delegaten gebeten. Die Parteien sahen in Skorobohaty-Jakubowski sehr wahrscheinlich die Schlüsselfigur für den Vorgang der Nominierung; und da man für den Fall seiner Verhaftung wenigstens diese seine Funktion gewahrt wissen wollte, depechierte das PKP am 15. November 1940 nach London: »Zur Vervollständigung der Depesche Nr. 1a vom 12. November 1940 bittet das PKP im Einvernehmen mit Skorobohaty-Jakubowski um die Bestätigung von Ratajski als Stellvertreter des Regierungsdelegaten.«<sup>19</sup> Der ausdrückliche Hinweis auf die Depesche 1a hätte also jeden Zweifel beseitigen müssen, der an den zugegebenermaßen unpräzisen Wortlaut »Stellvertreter des Regierungsdelegaten« sich hätte knüpfen können. Aber unglücklicherweise lag darin die eigentliche Quelle des Mißverständnisses, wie Kot später erklärte. Im Exil habe der Ausdruck »Stellvertreter« irritieren müssen, weil dieses Amt nicht vorgesehen war und jedenfalls so lange irrelevant erscheinen mußte, wie der eigentliche Delegat noch nicht ernannt war. »Wir vermuteten einen Irrtum oder ein Versehen, so daß wir schließlich annahmen, sein Name sei der des Kandidaten [für die Delegatur], auf den man sich geeinigt hatte. Da wir nun so zu der Überzeugung gekommen waren, daß dieser wichtige Kandidat wenigstens von drei Parteien gemeinsam aufgestellt worden war, sprachen wir am 2. Dezember 1940 die Ernennung aus, wobei wir keinen Augenblick daran dachten, daß das auf irgendwelche Kritik stoßen könnte.«<sup>20</sup>

Die versehentliche Ernennung Ratajskis zum Regierungsdelegaten

für das Generalgouvernement hatte folglich zwei Gründe: die erhebliche Sorglosigkeit und Flüchtigkeit bei der Auswertung von Heimatdepeschen und das unbekümmerte Raten und Interpolieren an im Grunde unverstandenen Dokumenten, auf das man die eigenen Entscheidungen stützte. Denn Unklarheiten hätten in jedem Falle — besonders aber in dieser eminent wichtigen Sache — dazu führen müssen, sich zuerst um die deutliche Klarstellung des Sachverhalts zu bemühen und dann erst Entscheidungen zu fällen. Die Bitte um eine telegraphische Klarstellung durch das PKP hätte die Ernennung des Delegaten um höchstens einen Monat verzögert — jedenfalls soweit die Regierung die Frage der Nominierung überblickte.

Weshalb Kot und Sikorski diesen Weg nicht wählten, sondern sich ihre Meinung aufgrund von Informationen bildeten, die sie falsch verstanden hatten und die sie erst gröblich verändern mußten, ehe sie überhaupt Sinn ergaben — dieses Rätsel wird sich nicht lösen lassen. Der in der Heimat umgehende Verdacht eines politischen »coup« läßt sich zwar nicht bestätigen, aber der Vorwurf grober Fahrlässigkeit muß ganz und gar aufrechterhalten bleiben.

Noch Anfang Januar 1941, als die Proteste von PPS und SL gegen die Ernennung Ratajskis in London einliefen, war man sich dort über den der Ernennung des Delegaten zugrundeliegenden Irrtum nicht im klaren. Deshalb antwortete Sikorski auf die Proteste mit einer Mischung aus Festigkeit in der Sache und mahnendem Appell: »Ihre [= Ratajskis] Ernennung erfordert absolut keine neue Interpretation. Die Regierung bedauert, daß unter dem Eindruck einer schwierigen Situation die gleichen Parteien, von denen Sie [damals] vorgeschlagen wurden, heute Schwierigkeiten machen. Das ist der Regierung unverständlich. Ich erwarte augenblicklich, daß der Patriotismus höher steht als persönliche oder parteiliche Interessen.«<sup>21</sup>

Selbst einen Monat später, als der Regierung die irrigen Voraussetzungen klargeworden waren, unter denen sie Ratajski ernannt hatte, zeigte sie sich entschlossen, an dem einmal ernannten Delegaten nun auch auf Gedeih und Verderb festzuhalten. Kot erklärte in einem Schreiben an Ratajski, er wäre nicht ernannt worden, wenn man gewußt hätte, daß er den Parteien als Regierungsdelegat unwillkommen sei. Kot argumentierte dann, daß ein Mann, dem man die Fähigkeiten zum stellvertretenden Regierungsdelegaten zuerkannt hätte, in den Augen der Parteien doch auch genügend Qualifikationen besitzen müsse, um den Posten des Delegaten zu bekleiden. »Und daher halten wir seine Person für eine glückliche Wahl. Keinesfalls können wir jetzt

noch eine Ablösung Ratajskis erwägen. Wir bitten also um Zusammenarbeit und Loyalität.«<sup>22</sup>

Diese apologetisch motivierten Ausführungen, mit denen Kot das Mitbestimmungsrecht der Parteien bei der Besetzung des Delegaturpostens mit der Dialektik eines Winkeladvokaten beiseite schob und eine in den Augen der Heimat krasse Fehlentscheidung mit dem Anspruch von Gültigkeit und normativer Kraft ausstattete, zeigten, daß die Exilregierung willens war, auf den ersten Fehler mit einem zweiten zu antworten. Es war allerdings unsinnig zu hoffen, der von Sikorski beschworene Patriotismus und die von Kot geforderte Loyalität könnten die Heimatparteien veranlassen, die Ernennung Ratajskis mit wohlwollender Gleichgültigkeit hinzunehmen. Denn während die Ernennung Ratajskis lediglich ein Irrtum war, bedeutete das Festhalten an seiner Person nach Aufhellung der wahren Umstände einen Rechtsbruch gegenüber dem Mitspracherecht, das die Exilregierung den Heimatparteien vorher zugesichert hatte. Es muß auch unverständlich bleiben, weshalb die Regierung sich den rechtlichen Bedenken verschloß, die sowohl eine Verletzung von Zuständigkeitsnormen wie auch vereinbarter Formvorschriften beklagten. Selbst unter der Annahme, daß eine rechtliche Fixierung nicht ausdrücklich erfolgt war, hätte die Regierung nach dem Grundsatz der Billigkeit und des positiven Abspracheinhalts verfahren müssen.

Mit ihrer Weigerung, die Ernennung Ratajskis zurückzunehmen, lud die Exilregierung sowohl sich in ihrem Verhältnis zur Heimat wie auch der Delegatur als ihrem Exekutivorgan im Untergrund eine schwere Hypothek auf. Die Folgen zeigten sich schon Ende Januar 1941 in der Erklärung von PPS und SL, sie würden nur in allgemeinen Angelegenheiten mit dem Regierungsdelegaten zusammenarbeiten — also ausschließlich dort, wo es sich ohnehin nicht vermeiden ließ.<sup>23</sup> Als Auswirkungen dieser Haltung auf die Praxis des konspirativen Lebens und des Aufbaus der Delegatur erkannte Ratajski richtig, daß die beiden Parteien die Zusammenarbeit verweigerten, indem sie keine Leute für die Administration, für die laufenden Geschäfte und für die Besetzung der Gebietsdelegaturen zur Verfügung stellten. Ratajski bekannte offen, er habe »große Schwierigkeiten, Kandidaten für die Provinz zu finden«.<sup>24</sup>

In dieser Ablehnung Ratajskis zeigte sich die SL im Laufe des Frühjahrs 1941 allerdings zunehmend nachgiebiger als die ohnehin kompromißlosere PPS. Die SL gab nämlich zu erkennen, sie sei bereit, ihren Widerstand gegen Ratajski aufzugeben, falls ihr ursprünglicher Delegaturkandidat Piekalkiewicz als Stellvertreter Ratajskis nomi-

niert würde, was schließlich auch auf der Sitzung des PKP vom 9. März 1941 geschah. Dagegen forderte die PPS nach wie vor die Bestätigung für Piekalkiewicz als Regierungsdelegat und für Cyraniewicz als seinen Vertreter.<sup>25</sup> Die negative Haltung der Regierung zu diesen Forderungen veranlaßte die PPS zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. In seinem Schreiben an Sikorski führte Kazimierz Pużak aus, die Ideale der PPS seien Freiheit, gesellschaftlicher Fortschritt und Demokratie — »Ideale, denen sich die Totalitarismen faschistischer und kommunistischer Prägung entgegenstellen«.<sup>26</sup> Aus dieser Besinnung auf die politische Grundlage der PPS, die er auch der Exilregierung zuerkannte, folgte er mit aller Schärfe: »In unserer internationalen Situation sollte man diese Ideale nicht nur mit Worten feiern, sondern man sollte sie auch in der Tatsache Ausdruck finden lassen, daß solche Kandidaten berufen werden, die als Kandidaten dieser Parteien (PPS und SL) ausgewählt worden sind. Nur eine solche Ordnung wird diese Probe der polnischen Geschichte bestehen — und nicht eine schlaue aufgebaute Bürokratie und eine gesellschaftspolitische Neutralität, die von allen zwar unterstützt werden, für die sich im Grunde jedoch niemand erwärmt.«<sup>27</sup>

Um die Wirkung dieser offenen Worte auf Sikorski beurteilen zu können, muß man die Aufzeichnungen des mündlichen Berichts hinzuziehen, den Emissär Iranek-Osmecki am 21. Juni 1941 bei Sikorski erstattete — übrigens wenige Minuten bevor der Premier von dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion erfuhr. Als Sikorski den Emissär eindringlich über »Wert und Stärke der PPS«<sup>28</sup> befragte, mußte er erfahren, daß »sie zweifellos die geschlossenste«<sup>29</sup> unter den Heimatparteien sei. Da brach der offenbar schon lange angestaute Unmut aus Sikorski heraus, und er redete mit ärgerlicher Emphase davon, »daß ihm die Einstellung der PPS mißfalle, daß Pużak sich allzu scharfe Depeschen erlaube, und daß darauf eine scharfe Antwort nötig sei. Die Heimat solle nicht vergessen, daß die Regierung in London nicht irgendeine Außenstelle oder Botschaft sei, sondern die vollberechtigte Regierung; und so müsse man sich ihr gegenüber auch verhalten. Herr Pużak brauche die Regierung nicht darüber zu belehren, was Demokratie sei.«<sup>30</sup>

Die Erbitterung, die sich aus den solcherart erstarrten Fronten ergeben mußte, wirkte letztlich auf den Regierungsdelegaten in der Heimat zurück. Nicht zuletzt deshalb ist es so mühevoll, ein von Vorurteilen freies Bild von Cyryl Ratajski zu gewinnen. Er hatte sein Jurastudium in Berlin noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs abgeschlossen. In der SP stand er an der Spitze der Posener Parteiorga-

nisation, und der Stadt diente er in den Jahren 1921—1924 als Bürgermeister. Im Kabinett von Władysław Grabski, wo er das Ressort des Innenministers verwaltete, saß er für die kurze Dauer dieser Regierung neben Sikorski auf der Ministerbank. In dieser Stellung als »Polizei-Minister« war er wütenden Angriffen durch Sejm-Abgeordnete der SL-»Wyzwolenie« und der PPS ausgesetzt.<sup>31</sup> Nach Piłsudskis Staatsstreich trat er kaum mehr in der Öffentlichkeit auf; erst im Herbst 1940 wies Ratajski sich neben Kwieciński als einer der führenden Köpfe in der SP aus. Als er zum Regierungsdelegaten ernannt worden war, stellten sich die alten politischen Differenzen — besonders mit der PPS — wieder ein, die nun durch die Umstände seiner Ernennung noch beträchtlich akzentuiert wurden. Während die PPS ihm eine gewisse politische Nähe zum rechten Flügel der SN nachsagte,<sup>32</sup> kamen noch andere wirkliche oder nur vorgeschobene Mängel hinzu, über die Sikorskis politischer Emissär Martyniuk zusammenfassend berichtete, Ratajski sei für diese Stellung schon zu alt, als daß er noch genügend Energie für die anfallenden Aufgaben besäße; er zeige »mangelnden politischen Orientierungssinn, ist steif und eigensinnig dort, wo er es nicht sein sollte, und besitzt für konspirative Arbeiten weder die Fähigkeiten noch die Gesundheit«.<sup>33</sup>

Von anderer Seite wird Ratajski jedoch als tüchtiger Organisator geschildert, dem es gelang, »eine starke politische Repräsentation und einen eigenen Delegaturapparat aufzubauen«;<sup>34</sup> auch der ihm nachgesagten Eigensinnigkeit, so gut sie auch zum Bild eines alten Mannes paßt, wird von Karol Popiel widersprochen, der Ratajski als freundlichen und bedächtigen Politiker charakterisiert.<sup>35</sup> Zudem vermitteln die Depeschen Ratajskis an die Exilregierung den Eindruck eines ungewöhnlich sachlichen und kompetenten Mannes, der mit treffsicherer Urteilskraft die Situation in der Heimat wiedergab und seine einmal als richtig erkannten Ziele auch mit der nötigen Unbeirrbarkeit zu verfolgen entschlossen war.

Als Ratajski zwischen dem 8. und dem 14. Dezember 1940 sein Amt antrat,<sup>36</sup> hatte er schon sehr genaue Vorstellungen von seinen Aufgaben, die er unter die von Sikorski ausgegebene Losung der »Nationalen Einheit« stellte. Er wollte sich »um die Konsolidierung des politischen Lebens bemühen und um seine Ordnung, um vorteilhafte Bedingungen für den ersehnten Zusammenprall mit dem Okkupanten zu schaffen. Da ich diesen für unausweichlich halte, erachte ich es als notwendig, daß auf dem Heimatterritorium eine möglichst starke Armee steht, die in der Konspiration bleibt, die apolitischen Charakter aufweist, die alle Zellen militärischer Unternehmungen in sich vereinigt,

die einsatzfähig ist und die die Erfüllung der Hoffnungen und Bemühungen von Heimat und Exil garantiert.«<sup>37</sup> Als Programm der Konsolidierung des politischen Lebens kündigte Ratajski an, er werde »alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Sektoren ohne Unterschied behandeln«<sup>38</sup> und sich »voll guten Willens um die Aussöhnung der Differenzen bemühen«,<sup>39</sup> die zwischen den einzelnen Lagern bestanden.

Diesen Willen zu politischer Unparteilichkeit stützte er mit der Erklärung, daß er sich keiner der gegenwärtigen politischen Parteien besonders verbunden wisse — auch nicht der SP.<sup>40</sup> Das bedeutete, daß Ratajski im Grunde die Heimatparteien gewähren lassen wollte, solange die Loyalität gegenüber der Exilregierung gewahrt blieb und die Tätigkeit der Parteien nicht interparteiliche Konflikte heraufbeschwor; seine Aufgabe sah er darin, eine Atmosphäre zu schaffen, in der solche Konflikte auf vertrauensvollere Weise als bisher ausgetragen und dadurch auch effektiver beigelegt werden könnten. Seine Vorstellungen bewegten sich eng im Rahmen des Burgfriedens, der Zusammenfassung aller Kräfte in der Heimat, damit sie frei würden für das Ziel des bewaffneten Aufstands. »Die hieraus rührenden Probleme seien für ihn die wichtigsten; alle anderen lägen auf einer tieferen Ebene.«<sup>41</sup>

Im Hinblick auf den ZWZ überraschen die positiven Urteile, mit denen Ratajski eigentlich alle jene Bedenken ad absurdum führte, die von Exilpolitikern und von der SN in der Heimat gegen die Militärorganisation vorgebracht worden waren. So urteilte er nicht nur, Rowecki sei »der richtige Mann am rechten Ort«, sondern er charakterisierte den ZWZ auch als »gut vorbereiteten Apparat«. Gleichfalls schien ihm der von der Regierung geforderte apolitische Charakter des ZWZ in einem »recht ordentlichen Zustand« zu sein. Die Vorwürfe politischer Machenschaften des ZWZ führte Ratajski auf den Wunsch der SN zurück, die Existenz und den weiteren Ausbau ihrer NOW zu rechtfertigen; und er fügte die Warnung an die Adresse der Exilregierung hinzu, man müsse sich vor »Angstgeschrei hüten«. Es entsprach nicht nur der zweckrationalen Denkweise Ratajskis, sondern auch seinem ausgesprochenen Gerechtigkeitssinn, daß er dem Vorwurf, der ZWZ sei wegen der Vergangenheit führender Kommandeure ein Instrument der Sanacja, mit schöner Offenheit entgegenhielt, Sikorski, Sosnkowski, Haller, Kukiel und Modelski, die in der Exilregierung führende Posten bekleideten, hätten gleichfalls ihre Sanacja-Vergangenheit. Darüber hinaus hielt es Ratajski als Gegner »innerer Abrechnungen« für völlig verfehlt, »daß man die Rechtfertigung der eigenen Position aus den Fehlern der Vergangenheit ableitet.«<sup>42</sup>

Es war nur folgerichtig, daß Ratajski der Exilregierung erklärte, er

wolle den ZWZ »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen«.43 Für den Augenblick war das freilich noch Zukunftsmusik; denn vorerst war es der ZWZ, der nach dem Wunsch der Exilregierung dem Delegaten in praktischen Dingen die nötige Starthilfe gewährte.44 Freilich hätte es einer ausdrücklichen Anweisung zur Unterstützung Ratajskis nicht bedurft. Denn Rowecki begrüßte den Amtsantritt des neuen Regierungsdelegaten als den »glücklichsten Augenblick in meiner bisherigen Arbeit. Denn ich war nun doch endlich davon befreit, mich in ein Gebiet einmischen zu müssen, von dem ich nichts verstehe und das mir nichts als Verdruß eingetragen hat. Das hat möglicherweise auch die Legende von der Diktatur [des ZWZ] genährt — ein eingebildetes Schreckgespenst, das sich nun in ein anderes, freundlicheres Gewand kleiden kann«.45

Der ZWZ stellte Ratajski — wie zuvor schon Skorobohaty-Jakubowski — die eigene Zahlenschiffre und das eigene Sendegerät zur Verfügung und versprach überdies, der Delegatur eine eigene Radiostation einzurichten.46 Mit finanziellen Mitteln mußte der ZWZ sogar monatelang aushelfen, da das BP sich weigerte, Ratajski das von der Exilregierung laufend überwiesene Geld auszuhändigen. Diese Handlungsweise, unter der schon Skorobohaty-Jakubowski zu leiden hatte, wirft ein Licht auf den »Mafia-Charakter«, den man dem BP allgemein nachsagte, und zeigt die unerhörte Autarkie, mit der sich das BP gegen die Befehle der Exilregierung taub stellen konnte, und die Schwierigkeiten, mit denen Ratajski auf diesem Gebiet zu kämpfen hatte. Als Skorobohaty-Jakubowski im Spätherbst 1940 von Szpotański die Aushändigung der einlaufenden Regierungsgelder verlangte, weigerte Szpotański sich mit dem Hinweis auf »mangelhafte Vollmachten«47 des Interimistischen Regierungsdelegaten. Mit dem Amtsantritt Ratajskis wurde die Frage des Verfügungsrechts über die BP-Gelder, die sich bis Ende Dezember auf eine Gesamtsumme von mehr als 8,5 Millionen Złoty beliefen,48 eindeutig zugunsten des Delegaten entschieden.49 Als Ratajski auf Auslieferung dieser Summe drängte, gab das BP scheinbar nach, überwies jedoch nicht mehr als knapp 100.000 Złoty und behauptete, dieses sei der Rest des Geldes.50 Ratajski war aber dank der Recherchen Skorobohaty-Jakubowskis, der im Augenblick als stellvertretender Delegat fungierte, zu gut über die Finanzlage des BP informiert, als daß er sich mit dieser lächerlichen Abfindung begnügt hätte. Deshalb bohrte er weiter, bis Szpotański im Februar 1941 ärgerlich und mit spitzfindiger Dialektik erklärte, das BP sei keine Regierungsstelle und habe auch nicht die Funktion einer Kasse gehabt, die Gelder für den Regierungsdelegaten aufbewahren sollte.

»Nichts von alledem war uns im dienstlichen Verhältnis zur Regierung aufgetragen. Unsere Beziehungen [zu ihr] basierten ausschließlich auf ideellen Grundlagen.«<sup>51</sup>

Immerhin kündigte Szpotański an, das BP werde Ratajski nun den Rest des Geldes überweisen. Nach vielen zusätzlichen Konferenzen und Erklärungen rückte das BP im März 1941 endlich weitere 300.000 Złoty, 300 Dollar und 30 Pfund Sterling heraus und behauptete, das stelle das Gesamtvermögen des BP dar; über die Sachwerte — die Druckerei und die Filmentwicklungsstelle — wurde dabei nicht diskutiert, da diese angeblich Eigentum von Privatpersonen waren.<sup>52</sup> So mußte sich Ratajski mit einer Abfindung zufriedengeben, die nicht mehr als ca. 6 % aller vom BP jemals empfangenen Gelder betrug. Die Geschichte des BP endete folglich mit dem gewaltigsten Unterschleif, den die gesamte Geschichte des polnischen Untergrunds im II. Weltkrieg zu verzeichnen hat. Wenn man dann noch bedenkt, wie sehr das BP zuvor von Sikorski und darauf von Kot favorisiert worden war — und zwar als ein Regierungsinstrument! —, dann nehmen sich Kots Anklagen gegen den ZWZ auf diesem Hintergrund doch äußerst befremdlich aus. Wie soll man über einen Mann denken, der aufgrund windiger Zeugnisse bereit war, den um die Erfüllung seines Auftrags redlich bemühten ZWZ zu verdammen, während er die vom BP durch Unterschlagung begangene Sabotage an der polnischen Résistance mit Stillschweigen überging? Was ist von den politischen Parteien im Exil zu halten, die den Innenminister in seiner abstrusen Heimmattätigkeit gewähren ließen und in seinem Kampf gegen den ZWZ sogar noch bestärkten, statt ihrem Verfassungsauftrag gemäß die Regierung zu kontrollieren? Diese Fragen rühren an den Kern der Probleme, aus denen die Verbitterung des ZWZ und der Heimatparteien gegenüber der Exilregierung resultierte; die mangelhafte Koordination der von der Exilregierung gelenkten Konspiration und die Zersplitterung des Untergrunds in der Heimat dagegen erhalten aus diesen Fragen eine geradezu erschreckende Begründung.

Die Aufgabe einer Konsolidierung des politischen Lebens, wie Ratajski sie sich gestellt hatte, erwies sich vorerst als undurchführbar. Besonders tief war die Kluft zu den beiden Flügelparteien: zur PPS auf dem linken und zur SN auf dem rechten Flügel. Während für die Abwehrhaltung der PPS die fragwürdige Einstellung der Regierung zur Ernennung Ratajskis verantwortlich war, setzte die SN ihre unter Trajdos mit aller Entschiedenheit eingeleitete separatistische Politik fort. Ziel und Aufgabe dieser Politik war es, »im entscheidenden Moment die Macht zu ergreifen.«<sup>53</sup> Diesem Ziel dienten auch die Schaf-

fung der Parteimiliz NOW und der Aufbau eines eigenen zivilen Administrationsapparats. Auch die Anerkennung der Exilregierung durch die SN geschah lediglich »aus taktischen Motiven«. <sup>54</sup> Besonders deutlich wurden die Ziele der SN in der Diskussion der Heimatparteien über die Struktur der Regierungsdelegatur. Während sich nämlich SL, SP und PPS bei der Exilregierung um die Ausstattung des Regierungsdelegaten im Generalgouvernement mit dem Titel eines »Obersten Regierungsdelegaten« in Analogie zum Oberkommandierenden des ZWZ verwandten, <sup>55</sup> erklärte die SN, die Gliederung der Delegatur in drei gleichberechtigte Abschnitte – Warschau, Posen und Lemberg – sei »vollständig gerechtfertigt«. <sup>56</sup> Das Interesse der SN, die Entstehung einer politischen Zentralgewalt in der Heimat zu verhindern, paßte zu gut zur gegenwärtigen taktischen Einstellung wie auch zu den ausgesprochenen Fernzielen der Partei, als daß an der Wahrheit der gegen sie erhobenen Vorwürfe zu zweifeln wäre. Die Exilregierung verschloß sich bezeichnenderweise den wohlfundierten Argumenten der anderen Parteien und beließ es bei der Regelung, die durch die Okkupationsverhältnisse in der Heimat vorgegeben war. <sup>57</sup>

Diese erfolgreiche politische Absetzbewegung der SN von den anderen Parteien vereitelte auch alle Versuche Ratajskis, die NOW zur Unterstellung unter den ZWZ zu bewegen. <sup>58</sup> Denn im Hinblick auf das politische Fernziel der Machtergreifung in der Heimat war die Existenz der NOW für die SN ein unverzichtbarer Faktor; eine Unterstellung unter den ZWZ verbot sich sozusagen von selbst. Folglich gab Trajdos gegenüber Emissär Iranek-Osmecki am 17. Januar 1941 die Erklärung ab, daß »seine Partei in dieser Frage so entschieden Stellung bezogen habe, daß man auf eine Zusammenarbeit mit dem ZWZ in der augenblicklichen Situation nicht rechnen könne«. <sup>59</sup>

Erst im März 1941 erkannte auch der anfangs noch hoffnungsvolle Ratajski, der inzwischen mit den politischen Spitzengremien der SN viele vergebliche Gespräche geführt hatte, daß die Partei »vom Standpunkt einer eigenen Parteimiliz nicht abzubringen« <sup>60</sup> war. Im Zusammenhang mit Ratajskis Eingeständnis, daß »die Taktik der Parteien SL und PPS unverändert« <sup>61</sup> war, zeichnete sich im März 1941 eigentlich das Scheitern der Politik des Regierungsdelegaten ab, die ja gerade in der politischen und militärischen Konsolidierung ihren eigentlichen Auftrag gesehen hatte. Damit war Ratajski auf den Aufbau der Delegatur zurückverwiesen; die Gegnerschaft der beiden größten Parteien nötigte Ratajski nun zu einem Schritt, den sein liberales Anfangsprogramm ausdrücklich hatte umgehen wollen: Er war zur Schaffung einer dritten Kraft im Untergrund genötigt und mußte damit um sei-

ner Selbstbehauptung willen die Zersplitterung der Résistance mehren. Nachträglich mochte diese Entwicklung die Sicherheit rechtfertigen, mit der das PKP schon am 13. März 1940 den Effekt einer Regierungsdelegatur in der vermehrten Zersplitterung der Kräfte in der Heimat prophezeit hatte.<sup>62</sup> Freilich war die Situation im März 1941 von ganz anderen Bedingungen abhängig, und nur dem von den eigenen Trotzreaktionen getrüben Blick der Parteien PPS und SL konnte die Entwicklung vom Frühjahr 1941 als Bestätigung der Prognose vom März 1940 erscheinen.

Geradezu programmatischen Ausdruck fand dieser Konflikt in einer vom Emissär Martyniuk wiedergegebenen Äußerung des Regierungsdelegaten. Mit deutlichem Verweis auf die widerstrebenden Parteien hatte Ratajski ihm bedeutet, die Parteien »seien Relikte aus alter Zeit«, und sein Auftrag bestehe im »Aufbau eines ›Skeletts polnischer Staatlichkeit‹.«<sup>63</sup>

Bei diesem Aufbau eines »Skeletts polnischer Staatlichkeit« konnte Ratajski allerdings sowohl auf die unter Skorobohaty-Jakubowski gelegten Grundlagen wie auch auf das bescheidene und nur keimhaft angelegte »Etappen«-Projekt Roweckis zurückgreifen.<sup>64</sup> Unter den damaligen politischen Verhältnissen setzte Ratajski sich damit einer gewissen Kritik aus, obschon diese sich in erster Linie gegen den ZWZ richtete, der sich nun angeblich auch in der Delegatur einnistete.<sup>65</sup> Dennoch gelang es Ratajski, diese Klippe zu umschiffen und den Aufbau des Delegaturapparats langsam aber stetig voranzutreiben. Für die Langsamkeit war nicht nur der Widerstand der Parteien verantwortlich, sondern mehr noch der große Nachdruck, den Ratajski von Anfang an auf die fachliche Qualifikation seiner künftigen Mitarbeiter legte.<sup>66</sup> Immerhin hatte Ratajski bis spätestens März 1941 schon die Direktoren von fünf Departements ernennen können.<sup>67</sup> Das Departement für Information und Propaganda (oder: Öffentlichkeitsarbeit) wurde als erste Abteilung der Delegatur konzipiert und schon im Januar 1941 mit Mitarbeitern besetzt, die nahezu ausnahmslos aus der SP kamen.<sup>68</sup>

Es war verständlich, daß die Delegatur wegen dieser politischen Herkunft ihrer Mitglieder von SL und PPS als ein Unternehmen angesehen wurde, mit dem die bisher nahezu bedeutungslose SP sich in den Vordergrund spielen wollte; auch konnte ein oberflächlicher Blick den Verdacht der PPS bestätigen, daß Ratajski gewisse Inklinationen nach rechts hatte. Dies waren dann auch die zusätzlichen Beweggründe, aus denen heraus die beiden großen Heimatparteien monatelang jede Mitarbeit in der Delegatur verweigerten und deren Tätigkeit attackierten.

Die Front der Delegatur-Gegner wurde erst entscheidend geschwächt, als Ratajski die Nominierung von Prof. Piekalkiewicz (SL) zu seinem offiziellen Stellvertreter akzeptierte.<sup>69</sup> Auf die PPS hatte dieser Vorgang freilich nur unbedeutende Auswirkungen, so daß Ratajski weiterhin die Hilfe gerade der größten, geschlossensten und im Untergrundkampf erfahrensten Partei entbehren mußte.<sup>70</sup>

Ganz unberechtigt kann diese Haltung der PPS, die sich ja primär gegen die Exilregierung richtete, nicht erscheinen, wenn man sich die personelle Besetzung der Delegatur in Posen vor Augen hält. Dort nämlich hatte die Exilregierung Anfang Dezember 1940 das SN-Mitglied Adolf Bniński zum Regierungsdelegaten für die »eingegliederten Reichsgebiete« ernannt.<sup>71</sup> War die Parteizugehörigkeit Bnińskis schon Grund genug für die PPS, den Rechtskurs der Regierung bestätigt zu sehen, so mußte ein anderer Umstand schlechthin unverständlich bleiben: Bniński war nämlich der frühere Wojewode von Posen.<sup>72</sup> Selbst wenn man voraussetzt, daß die Ernennung Bnińskis auf Vorschlag des politischen Komitees der vier Parteien in Posen erfolgt war, wo PPS und SL durch das Zusammengehen der SP mit der dort sehr starken SN majorisiert wurden, so hätte sich dennoch im Hinblick auf die Einstellung der Regierung zum Problem der Sanacja ein staatsrechtlicher Akt verboten, durch den ein ehemaliger Wojewode zum Regierungsdelegaten ernannt wurde.<sup>73</sup> Diese grundsätzliche Frage wird weder durch den Hinweis auf Bnińskis Verhaftung Mitte Juli 1941 beantwortet, noch durch die Tatsache, daß Bniński bei Ratajski in Warschau »ein Büro zur Koordinierung der Arbeiten [in Posen] mit den dortigen [= Warschauer] Unternehmungen«<sup>74</sup> unterhielt, was im Grunde dem Willen der Exilregierung entsprach, daß Ratajski »im Bedarfsfalle über Angelegenheiten des ganzen polnischen Territoriums entscheiden«<sup>75</sup> konnte.

Diese Ausweitung der Entscheidungsgewalt Ratajskis, die ganz überraschende Parallelen zur Entwicklung auf dem militärischen Sektor aufwies – nach der Proklamation des ZWZ vom 4. Dezember 1939 wurden am 16. Januar 1940 die Okkupationskommandanturen eingerichtet –, präjudizierte die Entwicklung zur Zentralisierung der Delegatur.<sup>76</sup> Neben der zwar vagen, aber faktisch vorhandenen Bestätigung Ratajskis als Oberster Regierungsdelegat, deren Anerkennung indessen das ganze Jahr 1941 hindurch auf heftigen Widerspruch stieß,<sup>77</sup> wurde die Entwicklung zur Zentralisierung der Delegatur in Warschau auch dadurch verstärkt, daß die Regierung keinen Delegaten für Lemberg ernannte. Maßgebend für das Abwarten der Regierung

war der Umstand, daß man über die politischen Verhältnisse in Lemberg so gut wie gar nicht informiert war.<sup>78</sup>

Zusammenfassend muß man urteilen, daß die Installierung der Regierungsdelegatur in der Heimat zunächst sehr unvollkommene Ergebnisse brachte. Weder gelang es, alle drei Okkupationsteile Polens mit jeweils einer Delegatur zu versehen, noch wurde die Frage nach der hierarchischen Struktur entschieden, in die diese lokalen Delegaturen eingebunden sein sollten. Zudem blieb die Zusammenarbeit des Warschauer Regierungsdelegaten, der sich noch am ehesten als Oberster Delegat verstehen konnte, mit den Heimatparteien zahlreichen Differenzen ausgesetzt, die nur durch das Einlenken der Regierung hätten beigelegt werden können. Dies waren Schwächen, die auch der selbstlose Einsatz Ratajskis nur übertünchte, nicht aber wettmachte. Deshalb bestand die Gefahr, daß sich im Verhältnis zwischen Delegatur und ZWZ Mißklänge einschleichen würden, da die eingespielte Organisation des ZWZ mit ihrer homogenen Struktur solche Probleme schon gar nicht mehr kannte, zu deren Bewältigung im Rahmen der Delegatur für Ratajski vorerst noch keine Aussicht bestand.

Die erste Krise zwischen ZWZ und Delegatur bahnte sich im Mai 1941 an, als Ratajski im Rahmen seiner Kontrollrechte ein Veto gegen eine Publikation des ZWZ einlegte. Aus Anlaß des 19. März, des Namenstags von Józef Piłsudski, wollte der ZWZ in seiner Monatsschrift »Insurrektion« (Insurekcja)<sup>79</sup> einen Artikel veröffentlichen, der dem Gedenken an den großen Marschall Polens gewidmet sein sollte. Als Rowecki Ratajski davon unterrichtete, verweigerte dieser seine Zustimmung mit der Begründung, »es sei nicht Sitte, nach dem Tode noch den Namenstag zu feiern«.<sup>80</sup> Im Mai 1941 wurde Rowecki in der gleichen Sache erneut bei Ratajski vorstellig, wobei er als »Aufhänger« des Artikels den Todestag Piłsudskis (12. Mai 1935) angab; gleichzeitig führte Rowecki aus, man müsse den ZWZ-Mitgliedern »Beispiele für tapferes Verhalten aus der eigenen Geschichte« vor Augen führen, und ein Artikel über Piłsudski eigne sich dazu besser als eine historische Notiz zum Leben Bolesław Chrobrys. Wiederum beschied Ratajski den Antrag abschlägig mit der Bemerkung, derlei Reminiszenzen seien »gegenwärtig unangemessen«. Rowecki stellte sich jedoch taub gegen den Hinweis auf mögliche politische Implikationen, und so erschien der Artikel am 12. Mai 1941 gegen den Einspruch Ratajskis.<sup>81</sup>

Dadurch war er jedoch schon zu einem Politikum geworden, und es hätte ungeschickter, wenn auch zutreffender Passagen gegen die Politiker nicht mehr bedurft,<sup>82</sup> um Ratajski und die Parteien zu erbittern. Ratajski versuchte nun, durch einen Antrag der SP im PKP die öffent-

liche Verdammung des Artikels zu erreichen, wenn schon sein Veto das Erscheinen nicht hatte verhindern können. Die beantragte Resolution sprach davon, es sei »schädlich für die Bevölkerung, unter den heutigen Umständen Schriften über heikle Angelegenheiten zu verbreiten. Als eine solche sehen wir es an, in diesem Augenblick über Piłsudski zu schreiben«. <sup>83</sup>

Diesem Antrag stimmten außer der antragstellenden SP auch SN und SL zu; er scheiterte indessen am Veto der PPS, das sich auf den zweiten Teil der Resolution bezog. <sup>84</sup> Damit hatte sich eine Formierung der politischen Kräfte im Untergrund bestätigt, wie sie schon im Dezember 1940 angelegt war. Das Bemerkenswerte lag in dem offenkundigen Bruch des »Centrolew«-Bündnisses zwischen SL und PPS und in der gleichzeitigen Hinwendung der PPS zum ZWZ. Außerdem waren mit diesem Ausgang der Affäre im Kräftespiel zwischen ZWZ und Delegatur die Kontrollrechte des Delegaten präjudiziert worden. Denn offensichtlich glaubte Rowecki, diese Rechte des Delegaten müßten ausgesetzt werden, sobald sich ihre Ausübung als ein »Eingriff der Politiker in streng militärische Angelegenheiten« <sup>85</sup> interpretieren ließ.

Mit dieser Einlassung befand sich Rowecki freilich formal im Unrecht, da die Entscheidung darüber, ob eine Angelegenheit militärischer Natur war und mithin der Kontrolle des Delegaten unterstand, zwischen Rowecki und Ratajski ausgehandelt werden mußte. Daher überrascht es, daß Sikorski das eigenwillige Vorgehen Roweckis nicht verurteilte und damit die Kontrollrechte des Delegaten in ihrem vollen Umfang wieder herstellte, sondern daß er sich offenbar von Roweckis Entschlossenheit in dieser Sache ebenso beeindruckt ließ wie schon im Fall Kruk-Strzelecki. Zwar teilte Sikorski Sosnkowski mit, eine »Herausstellung des militärisch-erzieherischen Elements [sei] nicht am Platze«, <sup>86</sup> verzichtete aber auf die ausdrückliche Wiederherstellung des von Rowecki verletzten Rechtszustands, als er lediglich ausführte, er sei der Ansicht, »daß gegenwärtig sowohl eine Unternehmung gegen die Tätigkeit Piłsudskis wie auch solche Bemühungen, die auf die Begründung einer ›Legende‹ abzielen, sich nicht mit dem von uns gemeinsam geführten Kampf vertragen und nicht recht an der Zeit sind«. <sup>87</sup>

Damit hatte sich das Grundmuster der Entscheidungsunwilligkeit im Wesen Sikorskis wieder einmal bestätigt. Es war abzusehen, daß Sikorski, wenn er vom Lauf der Dinge zu einer Entscheidung genötigt werden würde, ebenso unwillig und ärgerlich, in der Sache aber unzureichend und radikal reagieren würde wie in der Frage der »Muszkie-terzy«. <sup>88</sup> Zur Klarstellung und Befriedigung der Verhältnisse in der

Heimat war dieser aus Schwäche resultierende Wunsch, es jeder Seite recht zu machen, nicht angetan.

Eindrücklicher noch als die Artikel-Affäre zeigte die Erschießung Igo Syms das wachsende Selbstbewußtsein des ZWZ. Igo Sym, Pole von Geburt, war ein bekannter Warschauer Schauspieler, der aufgrund seiner Option als »Volksdeutscher« unter dem deutschen Okkupationsrégime zum Leiter des Warschauer Theaters avanciert war. Nach dem Verständnis des Untergrunds hatte er damit Kollaboration begangen.<sup>89</sup> Am 7. März 1941 wurde er in seiner Wohnung erschossen aufgefunden.<sup>90</sup> Seine Exekution, die in direktem Zusammenhang mit der vom Exil verfügten Aktivierung des ZWZ stand, ging auf ein Urteil eines Warschauer Distriktskommandos zurück<sup>91</sup> und markierte den Wendepunkt im Verhalten des ZWZ gegenüber notorischen Provokateuren, Spionen, Kollaborateuren und Unterdrückern.

Als jedoch deutscherseits »ca. 200 Wissenschaftler, Schriftsteller, Ärzte, Künstler und Jugendliche«<sup>92</sup> als Geiseln inhaftiert und 21 von ihnen am Morgen des 11. März 1941 erschossen worden waren,<sup>93</sup> setzte im Exil eine heftige Reaktion gegen solche Aktivitäten des ZWZ ein, noch ehe man seiner Urheberchaft gewiß war. Am entschiedensten sprach sich Unterstaatssekretär Karol Popiel gegen solche Akte des Gegenterrors aus, weil sie seiner Meinung nach »der gegenwärtigen Kriegsphase nicht angemessen seien«.<sup>94</sup> Sikorski entschied unter dem Druck solcher Proteste, daß Sosnkowski und Kot »Instruktionen in die Heimat senden sollten, in denen solche Akte wegen der Opfer, die sie nach sich ziehen, untersagt werden«.<sup>95</sup> Folglich wurden die sehr weitgefaßten Anweisungen der Regierung, die dieses Vorgehen des ZWZ erst ermöglicht hatten, darauf beschränkt, daß »terroristische Aktionen . . . nur im Rahmen der Selbstverteidigung unternommen werden sollten«.<sup>96</sup>

Damit war den Befürchtungen Sosnkowskis, daß die Bevölkerung die Rache der Okkupanten für solche Akte gezielten Gegenterrors schmerzlich würde zu spüren bekommen, Rechnung getragen. Andererseits muß man sehen, daß es das Bedürfnis einer Militärorganisation ist, gegen den Gegner offensiv zu werden. Daß der ZWZ sich über ein Jahr lang still verhalten hatte, stellte eine hervorragende Leistung der Führung der Heimat dar.<sup>97</sup> Es war jedoch durchaus fraglich, wie lange sich diese aufgezwungene Passivität vom ZWZ noch aufrechterhalten ließ. So entwarf Emissär Martyniuk ein durchaus zutreffendes Situationsbild vom ZWZ, dem es »an konkreter Arbeit fehlt. Denn außer dem Aufrechterhalten von Kadern, die allein mobilisierbar sind, tut

sich fast nichts; es werden lediglich die verschiedensten Konzeptionen [für die aktive Phase] entworfen«.98

Sabotage und Diversion in gewissen Grenzen waren die beiden einzigen Bereiche, auf denen die Exilregierung dem ZWZ Aktivität zugestanden hatte. Der ZWZ hatte aus Sicherheitsgründen für die Ausführung von Sabotage und Diversion die Spezialorganisation ZO gegründet, die nur lose mit dem ZWZ verbunden war und Roweckis Stab direkt unterstand.99

Sabotage des ZWZ in der 1. Jahreshälfte 1941<sup>100</sup>

Sabotagearten		Januar-Mai 1941	Mai-August 1941
EISENBAHN	angezündete Transporte	24 + 15 (im Reich)	78 + 18
	Loks: Totalschäden	257	?
	Loks: Teilschäden	452	876
			+ 641 Waggons
	Loks: in Repar. Entgleisungen	712 37	91 39
FABRIKEN	Fabriksabotage: Fälle insgesamt	2180 (ca.)	2699
	geschätzte Effektivität	?	Produktions- verzögerung von 2-6 Monaten
VORRÄTE	Magazinbrände	32	93
	angezündete Kfz	389	2134
VERSEUCHUNG	Krankheitsfälle: insgesamt	1784	?
	Typhus (Blutruhr)	?	178
	Staupe (Rotz)	680	143

Diese zunehmende Aktivität des ZWZ auf dem Gebiet von Sabotage und Diversion hatte ihr Äquivalent im Stärkewachstum des ZWZ in der gleichen Periode:<sup>101</sup>

	Warschau-Stadt		Warschau-Wojew.		Lublin		Kielce		Krakau	
	I. 9. 40	I. 4. 41	I. 9. 40	I. 4. 41	40	41	40	41	40	40
OFFIZIERE	106	210	1074	567	388	?	713	980	701	1364
UNTER-OFFIZIERE	131	921	1575	3617	1505	?	1554	2850	2760	4965
ZÜGE	59	69	162	238	260	272	278	268	362	367
LANDKREIS-KOMMANDOS	6	6	12	15	15	15	12	12	32	28

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich zunächst einmal, daß die Zahl der kampfbereiten Züge nur in bescheidenen Grenzen angewachsen war, während die Landkreiskommandos sogar eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen hatten.<sup>102</sup> Dagegen stieg die Zahl der Offiziere um 18 %, die der Unteroffiziere sogar um 84 %. Daraus folgt, daß der ZWZ in den sieben Monaten nicht nur zahlenmäßig gewachsen war, sondern daß er auch seine innere Struktur verändert hatte; denn während die Zahl der Offiziere pro Gefechtszug nur unwesentlich stieg (2,6/2,9), nahm die Zahl der Unteroffiziere pro Zug ganz erheblich zu (6,7/11,4). Dadurch hatte der ZWZ zweifellos an militärischer Leistungsfähigkeit gewonnen, denn es ist anzunehmen, daß es sich bei diesen neu eingetretenen Unteroffizieren zu einem hohen Prozentsatz um Berufssoldaten handelte, die von den deutschen Besatzungsbehörden nicht erfaßt worden waren. Das Anwachsen des Unterführerkorps bei einer in Kleinkampfgruppen gegliederten Truppe, die nicht massiert, sondern disloziert in Erscheinung treten sollte,<sup>103</sup> bedeutete, daß ihre Mobilität wuchs. Somit rüstete sich der ZWZ immer besser für die vor ihm liegende Aufgabe des Kampfes gegen die Okkupationsmacht.

Im Gegensatz zu den Zahlen für das Gebiet des Generalgouvernements konnte Rowecki zum Stand des ZWZ in den »eingegliederten Reichsgebieten« und in der sowjetischen Okkupationszone keinerlei konkrete Zahlen vorlegen. Nur für Wilna-Stadt meldete er, daß der dortige Stadtkommandant Oberst Sulik über »1000 organisierte Soldaten sowie über 1060 Bauern aus nationalen Kampforganisationen verfügte«. <sup>104</sup> Den Organisationsstand in den »eingegliederten Reichsgebieten« betrachtete er wegen der dortigen Massenverhaftungen und Aussiedlungen in das Generalgouvernement als durchaus hoffnungslos, während er über die Stärke des ZWZ auf dem sowjetisch okkupierten Territorium — wahrscheinlich aus den gleichen Gründen — überhaupt nicht informiert war.<sup>105</sup>

Auf diese Weise hatten die unterschiedlichen Okkupationsbedingungen und — im Falle Lembergs — die innere Schwäche der Führungsstruktur dazu geführt, daß der ZWZ im Generalgouvernement in seiner Entwicklung am weitesten vorangeschritten war.<sup>106</sup> Es war nur angemessen, daß diese Konzentration des ZWZ im mittelpolnischen Raum auch in der seit dem Winter 1940 anlaufenden Offensiv- und Aufstandsplanung berücksichtigt wurde.<sup>107</sup>

Roweckis eigener Aufstandsplan trug das Datum des 5. Februar 1941.<sup>108</sup> Es handelte sich um eine mehr als 30 Seiten lange Studie, in der die Bedingungen des Aufstands, seine Nah- und Fernziele, seine grundsätzlichen strategischen, technischen und politischen Aspekte dar-

gelegt und diskutiert wurden – um eine ausgereifte Studie also, hinter der sich sorgfältige Stabsarbeit verbarg.

Da solche Planungen einen hohen Korrelationswert zum geleisteten Aufbau und dem erworbenen Selbstverständnis einerseits wie andererseits zu den von einer Militärorganisation angesteuerten Zielen besitzen, ist es der Mühe wert, Roweckis Operationsbericht eingehend darzulegen. Darüber hinaus kann der Bericht auf eindrucksvolle Weise den Grad von Professionalismus dartun, mit dem die Aufstandsplanungen unter Leitung Roweckis angegangen wurden.

Nach der festen Überzeugung Roweckis durfte der Aufstand gegen den deutschen Okkupanten – und der wird in der vorliegenden Aufstandsstudie als der wahre Gegner angesehen – »einzig und allein« dann erfolgen, wenn die deutsche Nation unter dem Eindruck der drohenden Niederlage demoralisiert und die Wehrmacht ohne Aussicht auf militärischen Erfolg disziplinos geworden sei und kein anderes Ziel mehr habe, als wieder deutschen Boden zu erreichen. Allerdings unterscheidet die Studie bei ihrer Einschätzung des Gegners die Wehrmacht von Polizei, Parteiorganen und der Administration, die »nur mit Gewalt zu vernichten seien«,<sup>109</sup> da sie verbissen um ihren Kopf kämpfen würden. Die Wehrmacht dagegen sollte entwaffnet und so schnell wie möglich zum Verlassen des polnischen Territoriums gezwungen werden; nur eine gewisse Anzahl von Soldaten sei als Geiseln zurückzubehalten, um sie später gegen die ins Reich verschleppten Polen austauschen zu können.<sup>110</sup>

Da der ZWZ einen regulären Krieg gegen deutsche Verbände mit der Hoffnung auf Sieg nicht allein führen konnte, sah Rowecki ein koordiniertes Zusammenwirken von ZWZ und Exilstreitkräften vor, die ihre motorisierten Verbände in der Anfangsphase des Aufstands einfliegen sollten. Dafür waren zwei Räume vorgesehen: das nordöstliche Viereck, das durch die Eckpunkte Posen-Bromberg-Graudenz-Thorn markiert war, und das umfangmäßig viel größere Gebiet Krakau-Lodz-Warschau-Radom. Zwischen diesen beiden Inseln, in denen das Zusammengehen von Verbänden des ZWZ und der Exilarmee die Lage sehr bald zugunsten der Aufständischen entscheiden würde, sollten Störverbände und Diversionseinheiten auf der Linie Mława-Włocławek-Konin-Kalisz-Kępno die deutschen Rückzugswege unterbrechen, um die deutsche Wehrmacht vollends zu desorganisieren und sie leichter entwaffnen zu können. Dabei diene der Riegel zwischen Posen und Graudenz als rückwärtige Sicherungs- und Pufferzone.

Der Aufstand sollte in drei Phasen ausgelöst werden: die erste, die zeitlich nicht begrenzt war und jederzeit widerrufen werden konnte,

war die der »Wachsamkeit« und sollte der konspirativen Vorbereitung dienen; die nächste Phase der »Bereitschaft« war auf die Dauer von sieben Tagen terminiert und konnte nicht mehr zurückgenommen werden, da nach Ablauf dieser Frist der Aufstand automatisch ausbrechen sollte; die Phase der »Bereitschaft« diente der endgültigen Mobilisierung, der Verteilung von Waffen und der Konzentration des ZWZ in seinen Ausgangsstellungen. Die Vorteile dieses Automatismus sah Rowewki darin, daß die einzelnen ZWZ-Verbände sich rechtzeitig über ihre Kampfobjekte informieren konnten, daß die Funkverbindung der Aufständischen nicht durch vorzeitige Entdeckung der Radiostationen gefährdet werden konnte und daß innerhalb der dem Aufstand vorhergehenden Phase eine Absprache über den Einsatz der Exilarmee erfolgen konnte.

Diese Planungen, durch die die polnischen Kräfte einseitig nach Westen verlagert werden sollten, hatten die mögliche Haltung der Sowjetunion noch nicht einbezogen, von der aber zu erwarten war, daß sie »ganz bestimmt« in der Endphase der Kriegshandlungen aktiv teilnehmen würde, um daraus so weit wie möglich reichende Vorteile zu gewinnen. Zur Haltung der Sowjetunion entwickelte die Studie zwei alternativ angelegte Hypothesen. Entweder bleibe die Sowjetunion bis fast zum letzten Moment neutral, unterhalte jedoch an ihrer Westgrenze eine starke Armee, die bereit sei, in das im Chaos befindliche Europa einzumarschieren, oder sie befinde sich mit Deutschland und Japan im Kriegszustand. Die erstere Annahme zwang Rowewki zu komplizierteren taktischen und strategischen Überlegungen. Er ging davon aus, daß in diesem Fall drei mögliche Situationen berücksichtigt werden müßten. Entweder überließe Deutschland das Generalgouvernement mehr oder weniger freiwillig der Sowjetunion, so daß die Rote Armee der zurückweichenden Wehrmacht auf dem Fuße folgen werde; oder die Sowjetunion lasse bei den ersten Anzeichen eines deutschen Zusammenbruchs ihre Armee bis tief nach Westeuropa einmarschieren, um diese Gebiete dem sowjetischen Einfluß zu sichern; oder aber die Rote Armee bleibe beim deutschen Abzug aus dem Generalgouvernement passiv an der Demarkationslinie stehen und fördere lediglich kommunistische Diversionsversuche westlich von Bug und San. Für den Fall dieser »höchst unwahrscheinlichen Entscheidung« rechnete Rowewki damit, daß das sowjetische Verhalten rechtzeitig bekannt sein werde.

Viel wahrscheinlicher als die erste Hypothese erschien Rowewki ein deutscher Angriff auf die Sowjetunion. Für diesen Fall räumte Rowewki der Wehrmacht zunächst hervorragende Anfangserfolge ein, die

das »sowjetische System erschüttern und in der Sowjetunion eine Welle von Bürgerkriegen auslösen könnten. Würde sich die Wehrmacht dann aufgrund der alliierten Westoffensive zurückziehen müssen, so sollte der ZWZ den Aufstand auslösen, noch ehe die Sowjetunion Zeit hätte, ihre Kräfte für den Gegenstoß nach Westen zu konsolidieren. Für den Fall, daß in dem angenommenen deutsch-sowjetischen Konflikt die Erfolge auf Seiten der Sowjetunion liegen sollten, würde nach Auffassung Roweckis die Rolle des ZWZ darin bestehen, in der Konspiration zu bleiben und den eigenen Apparat zu konservieren; ein Aufstand erschien in diesem Falle sinnlos.

Aus diesen Überlegungen ergab sich die Konzeption, daß der ZWZ nach Osten nur eine defensive und inhaltende Tätigkeit entfalten konnte. Darüber hinaus würde der ZWZ zur gleichen Zeit die eigentlichen Aufstandsaufgaben zu erfüllen haben, so daß es galt, mit den ohnehin begrenzten Kräften sparsam hauszuhalten. Daher stützte Rowecki seine Verteidigungskonzeption gegen Osten auf »die einzige Territorialbarriere, die Verteidigungschancen einräumt: die Weichsel«, durch deren Mittellauf das polnische Kerngebiet und damit die polnischen Hauptstreitkräfte umschlossen würden.

In einem zweiten Ansatz seiner Überlegungen zu möglichst rationalen Verteidigungsmethoden gegen Osten kam Rowecki zu der Ansicht, daß eine Verteidigung der Verkehrsknotenpunkte den sowjetischen Vormarsch »ebenso lähmen wird wie etwa eine ausdauernde Verteidigung«. In diesem Sinne erkannte er den halbkreisförmig am westlichen Weichselufer gelegenen Städten Thorn, Warschau, Dęblin, Sandomierz und Krakau »einschneidende Bedeutung« zu, da ein Übergang über die Weichsel ohne Sicherung der Kommunikationslinien so schwere logistische Probleme aufwerfen mußte, daß ein rascher sowjetischer Vormarsch nach Westen unter mangelnder Bewegungsfreiheit leiden würde und damit letztlich fragwürdig bleiben müßte. Die schwächste Stelle in dieser Konzeption war Krakau, denn mit dem Fall dieser Stadt würde der Gegner die Handlungsfreiheit auf beiden Weichselufern gewinnen und könnte von Krakau aus nach Norden in die schwache Stelle der polnischen Verteidigung hineinstoßen. Analoges würde auch für den Verlust Warschaus gelten, das nach dem Fall Modlins einem Umgehungsangriff preisgegeben wäre.

Angesichts dieser Probleme entwickelte Rowecki den Plan, daß die Weichsellinie durch Schließung der Verbindungspunkte Warschau-Dęblin und Sandomierz-Krakau verteidigt werden müßte, wobei sich das Krakauer Vorfeld bis an die deutschen Befestigungen am San erstrecken sollte, und daß Krakau wie auch Warschau (mit Modlin als

Hilfszentrum) »zu starken Bastionen« ausgebaut und somit in die Lage gesetzt werden sollten, jeden Angriff lange genug abzuwehren. Nach den ersten zehn Tagen des Aufstands würden die bei Danzig durch die Marine gelandeten motorisierten Abteilungen der Exilarmee die Sperre im Osten stützen können; außerdem hätte zu dieser Zeit der großräumige Riegel Warschau-Lodz-Krakau-Radom seine primären Funktionen erfüllt und könnte dann – in Analogie zur Aufgabe des zweiten Riegels westlich Thorn – die Defensivbemühungen der Aufständischen gegen Osten unterstützen.

Die Fernziele nach der Erringung der Kontrolle über Mitteleuropa lagen für Rowecki in einem entschlossenen Ausgreifen nach Westen: Ostpreußen und das gesamte Opperländer Schlesien bis zur Neiße und Oder sollten als Sicherung gegen künftige deutsche Angriffe auf Polen annektiert werden.<sup>111</sup> Von dieser Sicherheit im Westen erwartete Rowecki »eine freie Hand im Osten«, so daß im Hinblick auf polnische Territorialansprüche im Osten wenigstens eine Rückkehr zum status quo erreichbar würde.

Es ist schwer, an der Aufstandskonzeption Roweckis Kritik zu üben, ohne zugleich in ein ahistorisches Denken zu verfallen, das die für die zeitgenössische Beurteilung des Aufstandsplans unangemessenen Kategorien dem zeitlichen Abstand von mehr als 30 Jahren entnimmt. Dennoch wird man den von Rowecki angenommenen »völlig regellosen Rückzug deutscher Truppen« als eine Hypothese ansehen müssen, deren Wahrscheinlichkeit nicht sehr hoch war, um so mehr, als dieser Rückzug ja als unter dem Eindruck alliierter Siege an der Westfront und einer daraus folgenden Zerrüttung des Reiches erfolgend angenommen wurde.

Ein zweiter bedenklicher Punkt ist die selbstverständliche Einbeziehung exilpolnischer Luftlandverbände. Gerade diesen Verbänden wurde die über den Aufstandserfolg entscheidende Doppelfunktion zugewiesen, den rückwärtigen Riegel zu bilden und feindfreie Räume zu schaffen, so daß also nicht so sehr der ZWZ als vielmehr die Verbände der Exilarmee über den Ausgang des Aufstands entscheiden würden. Hierin hatte sich Rowecki, der diese Dinge aus seiner Perspektive nicht genau überschaut, zweifellos zu stark von Sosnkowskis Zusicherungen aus dem Dezember 1940 leiten lassen.<sup>112</sup>

Ein letzter gewichtiger Einwand muß sich darauf richten, daß nur 50 % der Mitglieder des ZWZ bewaffnet waren. Zudem bestand diese Bewaffnung nur aus leichten Infanteriewaffen, wobei schon MP und MG zu den Ausnahmeerscheinungen zählten.<sup>113</sup> Von panzerbrechenden Waffen und Sturmgeschützen konnte überhaupt keine Rede sein,

und es war fraglich, ob diese Waffen der Heimat zu Beginn des Aufstands überhaupt zur Verfügung stehen würden.<sup>114</sup>

Unbeschadet dieser Bedenken zeigte sich, daß der ZWZ nicht allein gezielte Vorbereitungen für den Aufstand betrieb, der vorerst freilich noch außerhalb seiner Möglichkeiten lag, sondern daß in diesen Vorbereitungen für die Niederkämpfung der Okkupationsherrschaft auch das alleinige Kriterium lag, nach dem man den ZWZ auf Seiten des Exils hätte beurteilen müssen. Die Zähigkeit, mit der der ZWZ der Vollendung seines eigentlichen Zweckes entgegenstrebte, hob sich positiv von den gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen politischer Natur ab, die den ZWZ auf ein Gebiet abgedrängt hatten, wo er immer schneller treten mußte, um wenigstens auf der Stelle zu bleiben. Erst das Urteil über die militärisch relevante Entwicklung des ZWZ macht den Blick frei für die Erkenntnis der eindrucksvollen Leistungen, mit denen sich die Militärorganisation ihre hervorragende Position in der Heimat erobert hatte.

Der Charakter einer konspirativen Organisation, zumal einer Militärorganisation, läßt sich nicht zuletzt an der Opferbereitschaft der Mitglieder ermesen — kommt doch darin die ethische Grundsubstanz zum Vorschein, ohne deren Präsenz und Wirkung die Tätigkeit im Untergrund ephemer bleiben muß. Die Verlustbilanz des ZWZ sah nach zweijähriger Tätigkeit folgendermaßen aus:<sup>115</sup>

	Insgesamt	davon Offiziere
erschossen	153	129
verhaftet	583	293
Gefängnis	689	440
Versteck	405	345
Summe	1830	1207

Die hohe Zahl der Offiziere unter den Verlusten läßt deutlich werden, wie eng am Feind der ZWZ operierte. Auch erlaubt sie ein Urteil über die Einsatzbereitschaft und Hingabefreudigkeit eben der Männer, die auf verantwortungsvollem Posten für den intensiven Ausbau des ZWZ wirkten.

## 16. Ausblick und Zusammenfassung

Die Umwälzung der Koalitionsverhältnisse des Zweiten Weltkriegs, die sich aus Hitlers Angriff auf den ehemaligen Bündnispartner, die Sowjetunion, ergab, ging auch an Polen nicht spurlos vorüber. Unter

erheblichem Druck der Engländer wurde am 30. Juli 1941 ein polnisch-sowjetisches Abkommen »zur Annullierung der deutsch-sowjetischen Verträge von 1939«<sup>1</sup> unterzeichnet, dem am 14. August 1941 ein polnisch-sowjetisches Militärabkommen folgte.<sup>2</sup> Das polnische Kernproblem — eine ausdrückliche sowjetische Garantie für die Wiederherstellung des territorialen status quo ante Polens — blieb in diesen Verträgen völlig offen; und auch England wich dem polnischen Drängen nach einer solchen Garantie aus. Als sich diese Sachlage während der Ministerratssitzung vom 25. Juli 1941 klar herausstellte,<sup>3</sup> demissionierten sowohl Außenminister Zaleski wie auch General Sosnkowski noch vor Abschluß des Abkommens.

Zuvor hatte sich erneut ein Konflikt zwischen Sikorski und Sosnkowski angebahnt, als der letztere heftig dagegen protestierte,<sup>4</sup> daß Sikorski Anweisungen an die Heimat ohne Sosnkowskis Gegenzeichnung geschickt hatte und daß — in einem anderen Fall — eine Instruktion, die auch dem ZWZ galt, nicht von Sosnkowski, sondern von Kot gegenzeichnet war.<sup>5</sup>

Im Zusammenhang damit drang Sosnkowski darauf, daß seine Abteilung VI aus dem Stab Sikorskis wieder herausgelöst und unter der Bezeichnung »Büro Sosnkowski« verselbständigt würde. Sikorski bestand jedoch auf seinem Recht, als Oberbefehlshaber »dem Heimatkommando des ZWZ direkte Befehle zu geben, von denen ich Sie [Sosnkowski] dann nur verständige«.<sup>6</sup> Zusätzlich kündigte Sikorski an, er halte künftig eine Gegenzeichnung seiner Befehle für unnötig, und lehnte den Wunsch Sosnkowskis nach Verselbständigung der Abteilung VI ab.<sup>7</sup>

Dies war der Hintergrund, vor dem Sosnkowski am 25. Juli 1941 schriftlich erklärte, er habe das polnisch-sowjetische Abkommen noch einmal unter Abwägung aller Aspekte analysiert. Dabei sei er »vor meinem Gewissen zu der Überzeugung gekommen, daß ich die Einstellung des Ministerrats auf der heutigen Sitzung nicht teilen kann. Ich ziehe daraus die Konsequenzen und stelle mein Portefeuille als Minister zu Ihrer Verfügung«.<sup>8</sup>

Ogleich Sosnkowski damit keineswegs als Oberbefehlshaber des ZWZ hatte zurücktreten wollen, sondern nur sein Ministeramt zur Verfügung gestellt hatte, wurde er am selben Tage noch seiner Funktionen bezüglich des ZWZ enthoben,<sup>9</sup> und zwar, wie er beklagte, in »unnötig strikter und lakonischer Form«.<sup>10</sup>

Offensichtlich gab es eine Möglichkeit, die Ämter Sosnkowskis im Sinne eines Junktims zu verstehen, oder Sikorski hatte die ministerielle Demission Sosnkowskis bewußt weiter gefaßt, als sie gemeint

war — jedenfalls nutzte Sikorski die Möglichkeit, auf diese Weise einen allzu unbequemen Mann aus der Arbeit der Exilregierung vollständig zu entfernen. Zur Zurücknahme der Entlassung als Oberbefehlshaber des ZWZ, wie sie Sosnkowski forderte, sah Sikorski keinen Anlaß.

Das Schweigen des polnisch-sowjetischen Abkommens zur Frage der polnischen Ostgrenze hatte nicht nur Sosnkowski und Zaleski zum Rücktritt bewogen, sondern es löste im Zusammenhang mit der dadurch entstandenen Ministerkrise auch so heftige Konflikte im Nationalrat aus, daß Präsident Raczkiewicz sich am 3. September 1941 genötigt sah, den exilpolnischen Ersatz-Sejm aufzulösen.<sup>11</sup>

Der Heimat gegenüber hatte Sikorski sich allen kritischen Stimmen zum Trotz zu einer Politik der Beschwichtigung verstanden, indem er vom ersten Tage des Kriegsausbruchs an den »deutsch-sowjetischen Konflikt als für die polnische Sache äußerst nützlich«<sup>12</sup> darstellte. Zur Gesamtsituation und ihren Folgerungen für die Heimat führte Sikorski am 23. Juni 1941 aus, man könne nicht ausschließen, daß die sowjetische Regierung bei einer schnellen Niederlage zum Vergleich mit Deutschland gezwungen sein werde. Daher sei seine Regierung der Ansicht, »daß alle bewaffneten Eingriffe polnischer politischer und militärischer Elemente in den gegenwärtigen Konflikt unzulässig sind. Die politischen wie auch die militärischen Heimatorganisationen müssen sich so schnell wie möglich auf die neuen Möglichkeiten einstellen und ihren Organisationsbereich auf das neue, von den Deutschen beherrschte Territorium ausweiten.«<sup>13</sup>

War die Reaktion der Heimat auf die von Sikorski dargelegten Folgerungen aus dem deutsch-sowjetischen Konflikt zustimmend,<sup>14</sup> so wurde auch das polnisch-sowjetische Abkommen als »Beginn einer endgültigen Regelung der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion«<sup>15</sup> begrüßt. Das differenzierteste Bild von den Emotionen, die der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und das polnisch-sowjetische Abkommen in der Heimat freisetzten, gab Rowecki in seinem Bericht an die Exilregierung. Er führte aus, der deutsche Angriff sei anfangs mit erheblicher Schadenfreude aufgenommen worden, werde aber jetzt als Rückkehr zum Gleichgewicht betrachtet. »Es setzte sich das Urteil durch, daß beide Feinde sich gegenseitig vernichten werden.« Der Abschluß des polnisch-sowjetischen Abkommens wurde »im allgemeinen günstig aufgenommen und vor allem als eine Kriegsnorwendigkeit verstanden«. Enttäuschung herrschte hinsichtlich des nicht geregelten Grenzproblems. Grundsätzlich werde der politische Inhalt des Abkommens mit Geringschätzung betrachtet, und es herrsche der Glaube vor, »daß über die polnisch-russischen Beziehungen

am Ende doch nur die reale Verteilung der Macht entscheiden wird.«<sup>16</sup>

Da die Heimatparteien das polnisch-sowjetische Abkommen billigten und damit Sikorskis Politik den Rücken stärkten, mußte ihnen zwangsläufig das Verständnis für die Gegner dieses Abkommens fehlen, zumal sie deren Bedenken nicht einmal andeutungsweise erfuhren. Die Nachrichten vom Rücktritt Sosnkowskis und Zaleskis gelangten viel schneller in die Heimat als im Vorjahr die Informationen über die Juli-Krise der Exilregierung, und diesmal erzeugten sie allgemeine Empörung in den politischen Kreisen der Heimat. Die SL, die sich gewöhnlich durch ein wohlthuendes Maß an Besonnenheit in ihren politischen Stellungnahmen auszeichnete, sah die Ministerkrise in strenger Parallele zur vorjährigen Juli-Krise und deeschierte an ihren Repräsentanten im Exil, Mikołajczyk, man habe »mit Empörung von den neuen Ränken der Piłsudskisten mit Sosnkowski an der Spitze vernommen. Diese Tendenzen halten wir für Versuche, die polnische Sache an die Feinde zu verraten. Die Piłsudskisten haben in der Heimat keinerlei Autorität. Wir ermahnen Euch, die Unruhstifter energisch zu bekämpfen. Die Partei steht hinter Euch!«<sup>17</sup>

Diese Verurteilung Sosnkowskis als des Mannes, der unter der Flagge der Sanacja eine Regierungskrise herbeigeführt haben sollte, war jedoch ungerecht und voreilig: Ungerecht deshalb, weil außer Sosnkowski und Zaleski, die man in der falschen Parallele zur Juli-Krise von 1940 notfalls noch unter den Begriff der Sanacja subsumieren mochte, zusätzlich noch die Minister Seyda (SN) und Kot (SL) aus dem Amt schieden;<sup>18</sup> und als voreilig muß man dieses Urteil der SL in der Heimat bezeichnen, weil es gutgläubig von der Versicherung Sikorskis ausging, daß das Abkommen mit den Sowjets eine klare territoriale Regelung der polnischen Ostgrenze enthalten werde<sup>19</sup> — ein polnischer Wunsch, dem jedoch die unverrückbare Haltung der sowjetischen Seite die Erfüllung vorenthielt.<sup>20</sup>

Die Gründe für diese Attacke gegen Sosnkowski, mit der man im Grunde den ZWZ treffen wollte, lagen in der Verstimmung der SL über den unbefriedigenden Ausgang der »Insurekcja«-Affäre. Aus dem gestörten Verhältnis zur PPS — das »Centrolew«-Bündnis aus der zweiten Hälfte von 1940 war über der Delegaturfrage in Trümmer zerfallen — kam ein zusätzliches Motiv: die SL versuchte, sich nunmehr mit der Delegatur zu arrangieren — schon allein, um der SP den von ihr beanspruchten Rang einer »Regierungspartei« streitig zu machen.<sup>21</sup> Denn die SL konnte die Rolle einer Oppositionspartei im Untergrund nur im Bunde mit der PPS durchstehen. Insofern markierte diese übereifrige Loyalitätsadresse der SL an die Exilregierung

einen Wendepunkt im politischen Leben der Heimat: Ratajski konnte sich in den Delegaturangelegenheiten nun auf SL und SP stützen; zudem »demonstrierte die SN im Augenblick nicht ihre anti-demokratische Einstellung«. <sup>22</sup> Die PPS dagegen ging in dem Maße mit dem ZWZ zusammen, in dem sie die Politik der Regierung glaubte ablehnen zu müssen. <sup>23</sup>

So bewirkte der Juli 1941 in Heimat und Exil, daß sich die einzelnen politischen und personellen Elemente zu einer neuen Struktur zusammenzufügen begannen. Die Regierungsdelegatur in der Heimat gewann – in gewissen Grenzen freilich – aufgrund des Anschlusses der SL die ersehnte größere Autorität, der gegenüber dem Einfluß des ZWZ eine gewisse Schwächung anzumerken war. <sup>24</sup> Die PPS war mit dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges in eine »große Krise« <sup>25</sup> geraten, da ihr die ständig anwachsende Tätigkeit kommunistischer Gruppen die Alleinherrschaft auf dem linken Flügel des Untergrunds streitig zu machen begann.

Diese Stärkung der Regierungsdelegatur, die sich in der Heimat abzeichnete, galt mutatis mutandis auch für die Exilregierung selbst. In ihr war der starre Antagonismus zwischen Kot und Sosnkowski, dessen Lösung längst überfällig war, durch die Demission Sosnkowskis und die Ernennung Kots zum polnischen Botschafter in der Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes aus der Welt geschafft worden. Mit Sosnkowskis Rücktritt war gleichzeitig den Selbständigkeitsbestrebungen der Abteilung VI (ZWZ) ein Ende gesetzt worden, da Sikorski die Führung des ZWZ selbst zu übernehmen gedachte. <sup>26</sup> Freilich zeigten die Reaktionen innerhalb des Nationalrats, daß es nach wie vor echte Sachprobleme gab, denen mit dem Mittel eines personellen Revirements nicht beizukommen war. Das Revirement hatte zwar neue Strukturen, aber doch keine Schlichtung der Konflikte innerhalb der Exilregierung herbeiführen können – wie denn auch angesichts der Stärkung der Regierungsdelegatur in der Heimat von einer Konsolidierung der politischen Szenerie keineswegs die Rede sein konnte.

Der Rückblick auf die polnische Résistance in den ersten 20 Monaten ihres Bestehens wird als die wesentlichen Ergebnisse festhalten müssen: den Aufbau des ZWZ, der sich als ein gut getarntes, leistungsfähiges und verlässliches Instrument unter dem Kommando der Exilregierung erwiesen hatte, <sup>27</sup> und die Einrichtung der Regierungsdelegatur im Lande, die unter Ratajski mit Zielsicherheit und wachsender Effektivität begann, die Basis einer von der Exilregierung legitimierten Staatlichkeit im Untergrund aufzubauen. Dennoch läßt sich nicht übersehen, daß es sich hierbei noch immer um bloße Anfänge handelte.

Daher war Mitte 1941 ganz deutlich, daß sich die volle Wirksamkeit der beiden konspirativen Organe, gemessen an ihrem Selbstverständnis und ihren Zielvorstellungen, künftig nur durch zähe Selbstbehauptung gegen den Zugriff der feindlichen Okkupationsherrschaft und durch kontinuierliche Expansion bei innerer Konsolidierung würde erreichen lassen.

Daß die polnische Résistance Mitte des Jahres 1941 noch ein Torso war, kann nicht als ein Mißerfolg gedeutet werden, der durch mangelhaften Einsatz selbst verschuldet gewesen wäre. Vielmehr war dies eine Folge der objektiven Umstände — der politisch hoffnungslos erscheinenden Situation der polnischen Nation und der territorialen Zerstückelung des Landes. So war denn auch der Widerstand gegen die Okkupationsmächte notwendig uneinheitlich und auf Improvisation angewiesen. Die Verhaftungen führender Männer des Widerstands und die zunächst auf Zufälligkeiten angewiesenen konspirativen Kontakte führten dazu, daß sich eine geschlossenere Form der Organisation nur langsam aufbauen ließ. Der Konflikt zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Organisation und dem Prinzip organisatorischer Geschlossenheit, zu dessen Verwirklichung die Gefahren häufiger und damit auffälliger Kontakte mißachtet werden mußten, war für die Résistance nur eine Antinomie von vielen. Am deutlichsten offenbarten sich die objektiven Widerstände in den unterschiedlichen Erfolgen, mit denen der ZWZ in den verschiedenen Okkupationsbereichen des polnischen Territoriums aufwarten konnte. Wo sich ihm ein ausgeklügeltes und in der Niederhaltung von Gegnergruppen erfahrenes Okkupationssystem entgegenstellte, wie es im sowjetischen Okkupationsbereich und seit der zweiten Jahreshälfte 1940 auch in Wilna der Fall war, kam er nur zu vergleichsweise bescheidenen Organisationserfolgen. Das gilt mutatis mutandis auch für die »eingegliederten Reichsgebiete«, wo eine massive Politik der Entpolonisierung betrieben wurde, die dem ZWZ die potentiellen Mitglieder entzog. Lediglich im Generalgouvernement, das vom deutschen Okkupanten als ein zur Ausbeutung bestimmtes Gebiet behandelt wurde, wo man deutscherseits unter Sicherheitsmaßnahmen ein primitives und letztlich ineffektives Prinzip der Massenvergeltung verstand, wo die national homogenste polnische Bevölkerungsgruppe wohnte, konnte der ZWZ eine kräftige und verlässliche Organisation aufbauen.

War der Charakter der jeweiligen Okkupationsherrschaft für Formen wie für Umfang und Erfolg der Konspiration bestimmend, so gründete der primäre Entschluß der polnischen Nation, gegen das ihr von außen aufgezwungene politische und physische Schicksal aufzu-

begehren, allein im Charakter der polnischen Nation und in den durch vielfältige und tief eingewurzelte Erfahrungen erworbenen Traditionen der eigenen Geschichte. Die Gültigkeit des Grundsatzes, daß eine nationale Widerstandsbewegung ihre Motivation aus dem politischen, geistigen und sozialen Besitzstand der Nation erhält, ohne diesen wesentlich zu verändern, zeigt sich am ausgeprägtesten in den chaotischen und beinahe atomistisch zu nennenden Formen der Résistance im September und Oktober 1939. Damals traten auf eine Weise, die heute nur noch unzulänglich rekonstruiert werden kann, überall im Lande Gruppen und Zirkel entschlossener polnischer Bürger als Widerstandsorganisationen zusammen, die Lebensrecht und Aktionsraum aus den alten politischen und militärischen Traditionen der Nation schöpften. Wie weitgehend diese einzelnen Organisationen einem letztlich unantastbaren Traditionsbereich und Normenfundus des nationalen Selbstverständnisses verpflichtet waren, wird daran offenbar, daß auch die Gründung des ZWZ die Einzelgruppen nicht ausnahmslos zur Eingliederung in dieses militärische Organ der Exilregierung veranlassen konnte. Offenbar waren in Polen die alten Wurzeln des Gedankens der »konfederacja« noch immer stärker als der etatistische Grundsatz.

Um ihrer Selbstbehauptung willen mußte die Exilregierung entweder anerkennen und für rechtens erklären, was sich in der Heimat ohne ihr Zutun konstituiert hatte, oder aber Organe ihres Willens ins Leben rufen, die gegenüber den spontanen Bewegungen den Ausschließlichkeitsanspruch der fernen Regierung nicht nur vertreten, sondern auch durchsetzen konnten. Die Untersuchung hat gezeigt, daß und wie die Exilregierung sich, schon allein um ihres Fortbestandes willen, für den zweiten Weg entschieden hat. Es ist hier nicht der Ort abzuwägen, ob sie dabei im einzelnen eine richtige oder eine falsche Politik verfolgte. Festgehalten werden muß jedoch, daß sie in der Wahl der Mittel, mit denen sie die Entwicklung im Untergrund zu steuern beabsichtigte, eine unglückliche Hand bewiesen hat. Ein wesentlicher Grund dafür lag in dem Umstand, daß die Regierung mit der Konstituierung eigener Organe zeitlich stets im Hintertreffen war, daß sie den Anschluß an die Entwicklung im Lande immer wieder versäumte und daß der Aufbau von Regierungsorganen daher zwangsläufig zerstören oder in seiner Bedeutung herabmindern mußte, was die Heimat an eigenständigem Aufbau bereits geleistet hatte. Beispielhaft für dieses Fehlverhalten der Exilregierung war etwa das dilatorisch behandelte Problem der Delegatur. Als die Regierung schließlich ihr stärker etatistisches Delegaturmodell den Organisationen der Heimat aufzwang, mußte diese Entscheidung mit der Ächtung des in der Heimat orga-

nisch gewachsenen Instruments der Sammeldelegatur bezahlt werden. Daraus ergaben sich politische Auseinandersetzungen im Untergrund und zwischen Heimat und Exilregierung, die zeitweilig sogar das Regierungsorgan der Delegatur in Frage stellten und beträchtliche Energien vom Kampf gegen die Okkupationsmächte abzogen.

Diese Starrheit, die sich aus der Unsicherheit einer im Exil wirkenden Regierung ergeben haben mochte, hatte ihr Pendant in der ausgesprochenen Schwäche der Regierung, an ihren prinzipiellen Entschlüssen festzuhalten. Daß sie das Amt des Oberkommandierenden des ZWZ sukzessive in die Heimat verlegte, ist dafür ebenso kennzeichnend wie ihr Verhalten in der Frage des »Obersten Regierungsdelegaten«. Prinzipiell weigerte sich die Regierung, ein solches Amt zu schaffen; praktisch aber unterminierte sie ihre eigene Position, als sie Ratajski in Warschau zubilligte, in kritischen Fällen für das ganze polnische Territorium zu entscheiden. Prinzipiell hielt die Regierung fest an ihrer Forderung, alle freien militärischen Widerstandsgruppen müßten sich dem ZWZ unterstellen; aber mehr als nachgiebig zeigte sie sich gegenüber dem CKON, das sehr zum Schaden der Widerstandsbewegung insgesamt eine gewisse Narrenfreiheit erhielt. Die Untersuchung hat ausführlich dargelegt, wie diese Protektion durch Sikorski mit einer ausgesprochen kriminellen Entartung des CKON beantwortet wurde.<sup>28</sup> Um so merkwürdiger muß es erscheinen, daß Sikorski in dieser Angelegenheit kein klares Wort gesprochen, sondern schweigend darauf vertraut hat, daß diese ernststen Störfaktoren im Laufe der Zeit von selbst verschwinden würden. Die Undurchsichtigkeit der Verhältnisse im Untergrund ist jedenfalls auch durch die Unentschlossenheit hervorgerufen worden, die man ein Grundmuster im Verhalten der Regierungsspitze nennen muß.

Das analoge Mißverhältnis von Dirigismus und dilatorischem Verhalten angesichts von Entscheidungen ist innerhalb der Exilregierung selbst erkennbar. Sikorski hatte für die Arbeit seiner Regierung das Programm der »nationalen Einheit« ausgegeben. Blickt man jedoch auf den niemals ausdiskutierten Konflikt um das Problem der Sanacja, so hatte die Losung von der »nationalen Einheit« lediglich deklamatorischen Wert. Der durchaus irrationale, abwertende Gebrauch des Schlagworts »Sanacja«, der auch auf Seiten dezidiertter Sanacja-Gegner wie Sikorski und Kot weitgehend ein reines Lippenbekenntnis ohne Konsequenz war,<sup>29</sup> hatte keineswegs zu einer »Regierung der nationalen Einheit« geführt, sondern er hatte im Exil ebenso wie in der Heimat einen Graben aufgeworfen, den — besonders nach der Julikrise von 1940 — niemand mehr zu überbrücken vermochte.

Die Verzerrung, die aus diesem unausgeräumten Problem resultierte, führte bei der Exilregierung zudem zu einer enormen »Informationsverschmutzung«<sup>30</sup> hinsichtlich der Heimatangelegenheiten, d. h. zu einer Vermischung von zentralen und peripheren Daten, deren jeweiliges Gewicht mangels entwickelter Trennschärfe nicht zu bestimmen war, so daß ein einziger, willkürlich herausgegriffener Faktor zum eigentlichen Aspekt der Sache aufbereitet werden konnte. Bezeichnend dafür ist der übermäßige Einfluß, den die SN auf Heimatangelegenheiten ausüben konnte. Aber auch die Tatsache, daß die eigentlichen Konflikte innerhalb der Exilregierung, die sich in der Gegnerschaft von Kot und Sosnkowski manifestierten, nicht auf dem Wege einer sachlichen Übereinkunft, sondern nur mit dem Mittel eines personellen Revisionsverfahrens gelöst werden konnten, kennzeichnet die Situation zur Genüge.

Die auffällige, weil überwiegend mit irrationalen Mitteln geführte Agitation der Exilregierung gegen die Sanacja als vorgebliche Wurzel allen Übels nahm ihren Ausgang zweifellos von den Störungen des innergesellschaftlichen Dialogs der polnischen Nation in den 30er Jahren. In der Tradition Piłsudskis war damals die regierende »Gruppe der Obersten« vor den Schwierigkeiten einer parlamentarischen Demokratie in die autoritäre Verfassungsstruktur der Zweiten Republik ausgewichen. Die damit verlorene »moralische Verbundenheit zwischen Regierenden und Regierten«, in der die Dichterin Maria Dąbrowska die Voraussetzung einer störungsarmen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung hatte sehen wollen, führte während der Kriegsjahre zu der ausgesprochenen Sanacja-Phobie des neuen »Regierungslagers« unter Sikorski. Wo sich indessen eine Regierung von ihrer Vorgängerin konzeptionell lediglich durch den Rekurs auf die gradlinige Negation der Vergangenheit unterscheidet, bleibt der Konflikt zwischen den innergesellschaftlichen Leitbildern ungelöst. Dafür besitzen die parteipolitischen Auseinandersetzungen im Untergrund ebenso ausreichenden Indiz-Charakter wie die Zerfaserung der militärischen Résistance in Gruppen ganz heterogener Herkunft und Richtung.

Gerade diese Feststellungen zwingen jedoch zu der Frage, ob es nicht doch übergreifende und der relativen Labilität des Einzelgeschehens vorgeordnete Aktionsprinzipien gegeben hat. Auf die Stabilität des Traditionsrahmens, innerhalb dessen das Phänomen des polnischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg zu sehen ist, wurde bereits hingewiesen. Das Bezugsmodell muß freilich noch zwingender abgesichert werden, als das durch den Hinweis auf wieder aufgelebte Verhaltensnormen und Institutionsanalogien geschehen ist – zumindest, solange

nur in Ausnahmefällen eine ungebrochene Derivation der modernen polnischen Intelligenz vom alten Adelsstand zu konstatieren ist. Hier wird zudem das Problem aufgeworfen, ob es eine sozial determinierte Affinität zwischen Intelligenz und Widerstandsbewegung gegeben hat, mithin, ob soziale Perspektiven mit der Einstellung zum Untergrund korreliert haben.

Die Feststellung, daß die moderne polnische Intelligenz nicht oder doch nur in Ausnahmefällen mit dem Adel der alten Republik in Verbindung gebracht werden kann, ist richtig. Doch beruft sie sich lediglich auf die Herkunft, nicht auf die fortdauernde Vermittlung von Inhalten. Für unsere These ist es daher wichtig festzuhalten, daß das alte Adelsideal von politischer Erziehung und Berufung, und demzufolge auch ein deutlich markiertes Sozialverhalten, im 20. Jahrhundert noch in hohem Ansehen stand. Zusätzlich hat der krisenhafte Demokratisierungsprozeß in der polnischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit die politischen und sozialen Verhaltensweisen aus dem Erbe des Adels nicht etwa beseitigt, sondern eher noch gestärkt.<sup>31</sup> Erklärtes Ziel der Anhänger dieser alten Traditionen war es nicht, nach bürgerlichem Verständnis den Lebensunterhalt zu erwerben, sondern zur »Verbesserung der Republik« (*naprawa Rzeczypospolitej*) beizutragen. Nur auf diesem Hintergrund ist der Reichtum politischen Lebens in Polen verständlich.

Die Abkömmlinge der alten Adelsgesellschaft hatten sich im 20. Jahrhundert längst mit allen gesellschaftlichen Schichten vermischt. Aber ihr Erbe wirkte als Ferment und prägte die Verhaltensformen besonders der Intelligenz. So entstand in Polen eine Sozialstruktur, als deren eigentümlichsten Zug der Soziologe Józef Chafasiński das »Intelligenz-Ghetto« hervorgehoben hat — ein Begriff, der mit aller Schärfe den Mangel an gesellschaftlicher Balance und die für die Intelligenz aus eigenem Verschulden ausgebliebene Befriedigung ihrer Rollenerwartung beleuchtet.<sup>32</sup>

Die Prädisposition besonders der jungen Intelligenz für die Teilnahme am Widerstand ist durch die Auswertung von Demobilisationsakten der AK so weit nachgewiesen, daß sie als konstitutives Sozialmuster des Untergrunds bezeichnet werden darf.<sup>33</sup> In der Erklärung dieses Grundzugs werden freilich sehr unterschiedliche Wege beschritten. Georg W. Strobel weist beiläufig darauf hin, daß »junge, radikal denkende Menschen eine bessere Ausgangslage«<sup>34</sup> für Untergrundarbeit besitzen. Dieser Erklärungsversuch, in dem sich entwicklungspsychologische Einsichten in den Vordergrund schieben, trägt zwar den physischen und psychischen Strapazen konspirativer Tätigkeit Rech-

nung. Aber er ist angesichts des hier geforderten sozialen Akzents als eine Beschränkung auf zweitrangige Faktoren zu werten.

Ein wesentlich gewichtigerer Faktor liegt im grundsätzlichen Konzept der Okkupationspolitik auf deutscher wie auf sowjetischer Seite vor. Beide Besatzungsmächte hatten die polnische Intelligenz als eigentliche Gegnergruppe erkannt und entsprechend verfolgt.<sup>35</sup> Dieses Faktum weitet die von militär- und parteigeschichtlichen Sachverhalten bestimmte Analyse des Widerstands zu einem auch unter sozialgeschichtlichen Prämissen stehenden Vorgang. Zur militär- und parteigeschichtlichen Seite gehört, daß die Bandbreite nationaler Artikulationsmöglichkeiten grundsätzlich auf die Teilnahme am Widerstand verengt war. Der sozialgeschichtliche Zug des Widerstands kommt darin zum Ausdruck, daß in ihm Lebensfragen der Nation gelöst werden mußten, die ihr weniger durch die Besetzung und Zerstückelung des Territoriums als vielmehr durch die »Untermensch«-Konzeption des Nationalsozialismus und durch den sowjetischen Anpassungsdruck ideologischer, politischer und wirtschaftlicher Art gestellt waren. Die Teilnehmer der Widerstandsbewegung formulierten die Antworten im Rahmen einer Selbstbehauptung der Nation, und sie sahen sich insofern geradezu zwangsläufig in elitäre Funktionen gerückt. Auch aus dieser gesellschaftlichen Funktion resultierten die fraktionellen Kämpfe im Untergrund, besonders dann, wenn sich diese Rollenerwartung — wie bei der SN — mit einem handfesten und zielstrebig verfolgten Nachkriegsprogramm verband.

Insgesamt aber kann festgestellt werden, daß das bei der jungen Intelligenz ohnehin vorhandene elitäre Bewußtsein<sup>36</sup> gerade in der Teilnahme am Widerstand endlich eine echte und legitime Funktion fand. Darin wurden die gesellschaftlichen Konfliktstoffe und selbst verschuldeten Fehlanpassungen der Intelligenz aus der Zwischenkriegszeit ausgeräumt oder doch wenigstens für die Dauer der Besetzung Polens neutralisiert.

Die sich aus diesem Bewußtsein ergebenden Konflikte mit der fern- und ideologisch erstarrten Exilregierung waren, wie die Untersuchung gezeigt hat, schon im Ansatz unlösbar. Erreichen ließen sich allenfalls konditionierte Übereinkünfte, die aber zumeist eine gewisse Unabhängigkeit des Untergrunds gegenüber der Exilregierung voraussetzten. Daß diese Voraussetzungen nicht ausdrücklich formuliert, sondern schlicht praktiziert wurden, ist als vielleicht unbewusste Verschleierungstechnik beider Seiten unter Umständen zu werten, die einen offenen Austrag prinzipieller Konflikte verboten. Von dort her gesehen, besaß die Selbstbehauptung der polnischen Nation durch den

von ihr getragenen Widerstand gegen die Besatzungsmächte auch die Qualität eines gesellschaftspolitischen Emanzipierungseffekts. Dieser Effekt wurde zwar durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs schwer in Mitleidenschaft gezogen, gehört aber in Ansätzen auch heute noch zum Bild der gesellschaftlichen Konstitution in der Volksrepublik Polen.

Betrachtet man den Stand des gegen vermeidbare wie auch objektive Erschwernisse Erreichten, so enthüllt sich in der Mitte des Jahres 1941 das Bild einer konspirativen Organisation, die in anderen europäischen Ländern unter Okkupationsherrschaft ihresgleichen suchen konnte. Hinter dieser imponierenden Leistung verbirgt sich der hingebungs-volle Einsatz solcher Menschen wie Rowecki, der trotz tuberkulöser Hinfälligkeit die Pflichten des ZWZ-Kommandanten mit Hingabe, Treue und solider Nüchternheit versah, wie Tokarzewski, der bei aller konspirativen Qualität den Gehorsam über persönliche Rücksichten stellte, wie Niedziałkowski, dessen politische Vorurteilslosigkeit dem parteipolitischen Widerstand die entscheidenden Starhilfen gab, oder wie Starzyński, dessen Verbundenheit mit der Warschauer Bevölkerung jeden anderen Weg als den des eigenen Untergangs ausscheiden ließ. In dem Maße, in dem hier nicht nur Umstände, sondern auch Männer Geschichte machten, trägt die polnische Résistance die Züge eines archaischen Geschichtsmodells.

Im Hinblick auf die persönlichen Motive, aus denen sich der generelle Zulauf zur Widerstandsbewegung speiste, ist keine Vereinfachung möglich. Das Geltungsbedürfnis von Individuen und Gruppen steht gleichberechtigt neben dem Element des Zufalls bei der Rekrutierung und Werbung neuer Mitglieder. Nicht nur die Applizierung eines professionalen Codes wie bei den Militärs oder das traditionelle Gewicht der etablierten politischen Parteien förderten die Ausweitung des Untergrunds,<sup>37</sup> sondern auch Patriotismus, konspirative Traditionen des polnischen Volkes und die Greuel der Okkupationsmächte hüben und drüben, die den Wunsch nach Rache als den letzten und verzweifelten Rekurs auf die Wiederherstellung einer unter Sittlichkeit und Recht geordneten Welt nahelegten.

## Abkürzungen und technische Hinweise

ANNA:	Versorgungsbase in Stockholm
AK:	Armia Krajowa (Armee im Lande)
BBWR:	Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem (Parteiloser Block für Zusammenarbeit mit der Regierung)
BCH:	Bataliony Chłopskie (Bauernbataillone)
BIP:	Biuro Informacji i Propagandy (Informations- und Propagandadepartement)
BOLEK:	Versorgungsbase in Bukarest
BON:	Bojowa Organizacja Narodowa (Nationale Kampforganisation)
BP:	Biuro Polityczne (Politisches Büro)
CKON:	Centralny Komitet Organizacji Niepodległościowych (Zentralkomitee der Unabhängigkeitsorganisationen)
CKW:	Centralny Komitet Wykonawczy PPS (Zentrales Exekutivkomitee der PPS)
CZMW:	Centralny Związek Młodej Wsi (Zentralverband der Landjugend)
DCNW:	Dziennik Czynności Naczelnego Wodza (Tagebuch über die Tätigkeit des Oberbefehlshabers)
GISZ:	Generalny Inspektorat Sił Zbrojnych (Generalinspektorat der Streitkräfte)
GKP:	Główny Komitet Polityczny (Politisches Hauptkomitee)
GPU:	Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie (Staatliche Politische Verwaltung)
GSHI:	General Sikorski Historical Institute
ID:	Infanteriedivision
KN:	Konfederacja Narodu (Konföderation der Nation)
KON:	Konwent Organizacji Niepodległościowych (Konvent der Unabhängigkeitsorganisationen)
KOP:	Korpus Ochrony Pogranicza (Grenzschutzkorps: vor September 1939) Komenda Obrońców Polski (Kommando der Verteidiger Polens)
KPN:	Kadra Powstańców Niepodległościowych (Kader der Aufständischen für Unabhängigkeit)
KSK:	Komitet Ministrów dla Spraw Kraju (Ministerkomitee für Heimatangelegenheiten)
KWC:	Komenda Walki Cywilny (Kommando für zivilen Kampf)
KZ:	Konfederacja Zbrojna (Waffenkonföderation)
L. dz.:	Liczba dziennika (Tagebuch-Nr.)

LOB:	Lotne Oddziały Bojowe (Luftwaffen-Kampfeinheiten)
MARIA:	Versorgungsbase in Moskau (ab Herbst 1941)
MSW:	Minister Spraw Wewnętrznych (Innenminister) Ministerstwo Spr. Wewn. (Innenministerium)
MSZ:	Minister Spraw Zagranicznych (Außenminister) Ministerstwo Spr. Zagr. (Außenministerium)
MUŁ:	Versorgungsbase in Kairo
NKWD:	Narodni Komissariat Wnutrennich Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NOW:	Narodowa Organizacja Wojskowa (Nationale Militärorganisation)
OKW:	Oberkommando der Wehrmacht
OOB:	Organizacja »Orzeł Biały« (Organisation »Weißer Adler«)
OWW:	Organizacja Wojskowa Wilków (Militärorganisation der »Wölfe«)
OZN:	Obóz Zjednoczenia Narodowego (Lager der nationalen Sammlung)
O. VI.:	Oddział VI. (Abteilung VI des Stabs)
PKP:	Polityczny Komitet Porozumiewawczy (Politisches Verständigungskomitee)
PLAN:	Polska Ludowa Akcja Niepodległościowa (Volkspolnische Unabhängigkeitsaktion)
POB:	Polska Organizacja Bojowa (Polnische Kampforganisation)
POW:	Polska Organizacja Wojskowa (Polnische Militärorganisation)
POWW:	Polska Organizacja Walki z Wrogiem (Polnische Organisation zum Kampf gegen den Feind)
POZ:	Polska Organizacja Zbrojna (Polnische Waffenorganisation)
PPS:	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PSZ:	Polskie Siły Zbrojne w drugiej światowej wojnie (Die polnischen Streitkräfte im II. Weltkrieg) Londyń 1950, T. III: Armia Krajowa
PZW:	Polski Związek Wolności (Polnischer Verband für Freiheit)
ROMEK:	Versorgungsbase in Budapest
RM:	Rada Ministrów (Ministerrat)
RN:	Rada Narodowa (Nationalrat)
RON:	Rada Obrony Narodowej (Nationaler Verteidigungsrat)
SD:	Stronnictwo Demokratyczne (Demokratische Partei)
SL:	Stronnictwo Ludowe (Bauernpartei)
SN:	Stronnictwo Narodowe (Nationalpartei)

- SOE: Special Operations Executive  
SP: Stronnictwo Pracy  
(Arbeitspartei)  
SPP: Studium Polski Podziemnej  
(Studium des polnischen Untergrunds)  
SPRM: Sekretariat Prezesa Rady Ministrów  
(Sekretariat des Vorsitzenden des Ministerrats)  
SZP: Służba Zwycięstwu Polski  
(Dienst für den Sieg Polens)  
TAP: Tajna Armia Polska  
(polnische Geheimarmee)  
WTK: Warszawski Tygodnik Katolików  
(Warschauer Wochenblatt für Katholiken)  
WWNP: Wojna Wyzwolenicza narodu polskiego  
(Der Befreiungskampf der polnischen Nation)  
hg. v. Rawski/Stąpor/Zamojski. 2 Bde., Warszawa 1966  
zał.: załącznik (Anhang)  
ZCZ: Związek Czynu Zbrojnego  
(Verband für bewaffnete Tätigkeit)  
ZOR: Związek Oficerów Rezerwy  
(Verband der Reserveoffiziere, vor Sept. 1939)  
Związek Obrony Rzplitey  
(Verband für die Verteidigung der Republik)  
Związek Odbudowy Rzplitej  
(Verband für den Aufbau der Republik)  
ZOWO: Zjednoczone Organizacje Wyzwolenia Ojczyzny  
(Vereinigte Organisationen zur Befreiung des Vaterlands)  
ZPK: Związek Polskich Kawalerzystów  
(Verband polnischer Kavalleristen)  
ZPN: Związek Powstańców Niepodległościowych  
(Aufständischenverband für Unabhängigkeit)  
ZPS: Związek Powstańców Śląskich  
(Verband der schlesischen Aufständischen)  
ZR: Związek Rewolucyjny  
(Revolutionsverband)  
ZSP: Związek Syndykalistów Polskich  
(Verband der polnischen Syndikalisten)  
ZWIL: Związek »Wolności i Lud«  
(Verband »für Freiheit und Volk«)  
ZWZ: Związek Walki Zbrojnej  
(Verband für bewaffneten Kampf)

Entsprechend den üblichen Gepflogenheiten wird ein Titel beim ersten Erscheinen mit allen Angaben zitiert, später nur noch in sinnvollen Kurzformen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die beiden Handbücher PSZ und WWNP. Polnische Orts- und Personennamen werden im Original gegeben — abgesehen von den bekannteren Ortsnamen (Warschau, Krakau, Lemberg, Wilna usw.), wo eine polnische Schreibung unnötig pedantisch gewesen wäre. Ausnahmen finden sich in den Angaben zum Druckort.

Alle polnischen Organisationen tragen im Deutschen ihr polnisches Genus: *die* AK, *der* ZWZ. Ausnahmen bilden die Parteien, deren unterschiedliche Genera zu dem im Deutschen gewohnteren Femininum vereinheitlicht sind. Statt *das* Stronictwo Ludowe (n.) heißt es stets: *die* SL.

Termini technici wurden folgendermaßen ins Deutsche übertragen:

Naczelný Wódz	— Oberbefehlshaber (= Sikorski)
Komendant Główny	— Oberkommandierender
obszar	— Militärregion
okręg	— Gebiet (der Militäradministration)
obwód	— Bezirk
powiat	— Landkreis
miasteczko	— Flecken
województwo	— Wojewodschaft

Militärische Ränge wurden folgendermaßen übersetzt:

porucznik	— Leutnant
kapitan	— Hauptmann
major	— Major
podpułkownik	— Oberstleutnant
pułkownik	— Oberst

Schwieriger noch war, das deutsche Äquivalent für die Bezeichnungen militärischer Einheiten zu finden:

drużyna	— Zelle
sekcja	— Sektion
pluton	— Zug
pułk	— Regiment

Polnische Zitate erscheinen in einer eigenen Übersetzung.

## ANMERKUNGEN

### *Einleitung*

- <sup>1</sup> Vgl. H. Krausnick/H. Graml, Der deutsche Widerstand und die Alliierten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/61 (19. Juli 1961). Beilage zu »Das Parlament«.
- <sup>2</sup> Vgl. Freie Tribüne: Definition und Natur der Widerstandsbewegung. In: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung (1960), S. 114—131, wo Sprecher verschiedener nationaler Widerstandsbewegungen auf der Konferenz von Florenz (20.—23. 11. 1959) am Versuch einer gemeinsamen Definition scheiterten. Ein weiterer erfolgloser Versuch liegt vor von A. Przygoński: Polityczno-społeczny charakter ruchów narodo-wyzwoleń-czych okupowanych krajów Europy w drugiej wojnie światowej. In: Wiadomości Historyczne (1965).
- <sup>3</sup> »Résistance« wird hier als Synonym für »Widerstandsbewegung« benutzt. Der Begriff »Untergrundbewegung« beschreibt eine Sonderform der Widerstandsbewegung, die sich insgeheim, konspirativ vollzieht. Das polnische »pod ziemią« hat die Bedeutung von »unter der Erde«, während das Kompositum »podziemie« eigentlich ein »Kellergeschoß« meint.
- <sup>4</sup> M. Valet, The Polish Underground Army, London 1944, S. 28 rechnet aus, daß sich dieses Phänomen im September 1939 zum 7. Mal in der polnischen Geschichte seit 1793 wiederholte. Vgl. auch Zagończyk, Polskie doświadczenie powstańcze. Warszawa 1944.
- <sup>5</sup> H. Roos, Deutschland, Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. In: Probleme des Zweiten Weltkriegs (ed. A. Hillgruber). Köln-Berlin 1967, S. 240.
- <sup>6</sup> Für die deutsche Besatzungspolitik vgl. M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik. Fischer-TB 692. München 1965. Eine weitausgreifende Studie liegt von polnischer Seite vor: C. Madajczyk, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce. 2 Bde., Warszawa 1970. Gleichfalls verwiesen werden muß auf die im Manuskript vorliegende Dissertation von W. Präg, Deutsche Besatzungsverwaltung im GG Polen 1939—1945. München (Institut für Zeitgeschichte). — Die sowjetische Besatzungspolitik ist wesentlich geringer erforscht; jedenfalls steht eine zusammenfassende Darstellung

- noch aus. Für ein Teilproblem vgl. T. Skrzypek, *The Soviet Elections in Eastern Poland, October 1939*. New York 1955. Wichtiges Material zur Erhellung der sowjetischen Politik gegenüber Ostpolen in der Zeit von 1939 bis 1948 enthält die Studie von B. Kusnierz, *Stalin and the Poles. An Indictment of the Soviet Leaders*. London 1949.
- 7 H. Roos, Ständische und parlamentarische Verfassung in Polen (1505–1772). In: D. Gerhard (Hg.), *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert*, S. 365. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 27). Göttingen 1970.
- 8 Vgl. die ältere, aber immer noch wichtige Studie von A. Rembowski, *Konfederacya i rokosz. Porównanie stanowych konstitucyj państw Europejskich z ustrojem Rzeczypospolitej Polskiej*. Warszawa 1896 (2. Auflage).
- 9 Für die rechtlichen Voraussetzungen (Bruch der Wahlkapitulationen des Königs gegenüber dem Adel) vgl. H. Roos, *Ständische Verfassung*, S. 366 Anm. 140. — Am häufigsten rekurrierte der Adel auf dieses Verfassungsinstitut im 18. Jahrhundert. Als die wichtigsten Konföderationen müssen gelten die von Sandomierz (1702–1716), Sroda (1703 f.), Warschau (1704–1709), Tarnogród (1715–1717), Dzików (1734 f.), Radom (1767), Bar (1768–1772) und Targowica (1792 f.).
- 10 Köln-Graz 1959.
- 11 Das gilt auch für das Problem des Warschauer Aufstands.
- 12 Die polnische Untergrundbewegung 1939–1945. In: *Wehrkunde* Nr. 10 (1957), S. 550 ff.
- 13 Die polnische Widerstandsbewegung seit 1939. In: *Osteuropa*, 2. Jg. (1952), S. 188–196.
- 14 So will Strobel sich auch verstanden wissen.
- 15 Der Warschauer Aufstand 1944. Frankfurt/M. 1962.
- 16 Quellenzitate entnimmt er dem exilpolnischen Sammelwerk über die AK (im folgenden besprochen).
- 17 *Martyrium eines Volkes. Das okkupierte Polen*. Stockholm 1945. Der polnische Text wurde nach einer schwedischen Übersetzung ins Deutsche übertragen.
- 18 *Die Sterne sind Zeugen. Der Untergang der polnischen Juden*. DTV 262. München 1965. — Der nicht-jüdische Widerstand kommt darin nur in Anklängen zu Wort.
- 19 Londyń 1950. — Im folgenden zitiert als »PSZ«.
- 20 U. a. hat das dem Werk in der Besprechung durch den namhaften Warschauer Militärhistoriker Jerzy Kirchmayer das schroffe Urteil »historischer Kitsch« eingetragen: Na marginesie londyńskiego wydania »PSZ w drugiej światowej wojnie«. Uwagi i polemiki. Warszawa 1958, S. 77.
- 21 Aus diesem Grunde wurde vereinzelt eine Übersetzung des Gesamtwerks ins Deutsche gefordert. Vgl. die allerdings recht unkritische Besprechung von R. Neumann, Ein polnisches Generalstabswerk zum Zweiten Weltkrieg. In: *Zs. für Ostforschung* 1. Jg. (1952), S. 129–133.
- 22 Vgl. J. Kirchmayer, Na marginesie. Ebenfalls vom selben Autor: 1939 i 1940. Kilka zagadnień polskich. Warszawa 1957. — Kirchmeyers militärhistorische Kritik wurde ins Politische übersetzt von M. Turlejska, Podziemie londyńskie a lewica. O insynuacji jako metodzie walki politycznej.

- In: *Polityka* 11 und 27 (1968). Im gleichen Sinne: M. Turlejska, *O wojnie i podziemiu. Dyskusje i polemiki*. Warszawa 1959.
- 23 W. Poterański, Die polnische Widerstandsbewegung und ihre Darstellung in der Emigranteliteratur. In: *Probleme der Geschichte des II. Weltkriegs*. Leipzig 1958, Bd. II, S. 414.
- 24 Etwa von Wl. Pobóg-Malinowski, *W niezgodzie z prawdą*. In: *Kultura* H. 4 (1960), S. 128—149. — Pobóg-Malinowski hat vor dem Kriege die Historische Abteilung des polnischen Außenministeriums geleitet. Seine Kritik bezieht sich u. a. auf die angebliche »Verketzerung« des polnischen Vorkriegsregimes und ist auch sonst der von volkspolnischer Seite geübten Kritik diametral entgegengesetzt.
- 25 Warszawa 1966 (Wojskowy Instytut Historyczny). — Im folgenden zitiert als »WWNP«. Bd. II enthält Karten, Skizzen und Aufrisse.
- 26 Vgl. die Rezension von H. v. Krannhals in: *Jbb. f. Gesch. Osteuropas* NF Bd. 16 (1968), S. 597—599.
- 27 WWNP, S. 211 und anderswo.
- 28 Ebenda, S. 211—216. Ebenfalls: W. Poterański, *Widerstandsbewegung*, S. 410 f.
- 29 WWNP, S. 216 und anderswo.
- 30 Hier wird aus verständlichen Gründen die englische Ausgabe benutzt: *The Secret Army*. London 1950. Das Pseudonym »Bór« gehört zu den frühen Tarnnamen Komorowskis.
- 31 *Pierwsze Półroczce Armii Podziemnej (SZP—ZWZ)*. In: *Niepodległość* (hrsg. v. Londoner Piłsudski-Institut). Londyń 10. Jg. NF (1948), S. 19—31.
- 32 Na polskim szlaku. *Wspomnienia z lat 1939—1947*. Londyń 1952. — Als Stabschef von General Tokarzewski wurde Rudnicki Anfang März 1940 nach Lemberg beordert, um vorbereitende Arbeiten zur Organisierung des ostpolnischen Untergrunds einzuleiten. Er wurde beim Grenzübertritt vom NKWD verhaftet und schied damit aus dem Untergrund aus.
- 33 *Fighting Warsaw*. London 1956 (Übersetzung von: *W imieniu Rzeczypospolitej*. Paris 1954). Ein erster, mehr impressionistischer Erinnerungsbericht Korbońskis wurde veröffentlicht in: *Kultura* H. 7 (1949), S. 85—120; *Pierwsze władze Polski Podziemnej (Wspomnienia osobiste)*.
- 34 *Polskie państwo podziemne*. Londyń 1959. — Der Autor ist vor Fertigstellung des geplanten zweiten Bandes 1959 in London gestorben.
- 35 *Story of a Secret State*. London 1945. (Die aus »copyright«-Gründen parallele amerikanische Ausgabe bleibt unbeachtet.) Der Wert seiner Memoiren wird durch den Mangel an exakten Informationen und Daten schwer beeinträchtigt. Außerdem sagen sie über die Frühzeit des Untergrunds relativ wenig aus. Stefan Korboński rühmt Kozielski, der heute als Professor für politische Wissenschaft an der Georgetown University (USA) lehrt, ein glänzendes Gedächtnis nach. Rolf Hochhuth hat in seinem theatralisch und inhaltlich wenig überzeugenden Drama »Soldaten« die Person Kozielskis als »Kocjan« verwendet. Weder wurde »Kocjan« am 13. 8. 1944 in Warschau hingerichtet, noch ist sein stümperhaftes Englisch authentisch: Kozielski hatte Anglistik studiert und war ein brillanter Linguist.
- 36 *Wojna i konspiracja*. Londyń 1957.

- 37 Vgl. W. Poterański, *Widerstandsbewegung*, S. 412. Ebenso: E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 11.
- 38 *Za honor i ojczyznę. Wspomnienia dowódcy armii*. Warszawa 1958. Aufschlußreich für die Verteidigung Warschaws im September 1939. — Rómmels Memoiren stießen im Exil auf heftige Ablehnung: Wł. Pobóg-Malinowski, *Gen. Rómmel gardzi prawdą historyczną*. In: *Tydzień Polski* (11. Juli 1959). Die Rezension von W. Stachiewicz, *Książka gen. Rómmla* (In: *Kultura*, H. 10 1959, S. 114—131) spricht von einem »tendenziösen Buch« mit »schwülstigem Titel«, einem »publizistischen Machwerk«, das nur der Warschauer Regierung genehm sei. — Eine leichte Korrektur an diesem schroffen Urteil hat A. K. Kędzior vorgenommen: *Leserbrief* in: *Kultura*, H. 11 (1959), S. 153—155.
- 39 *Wspomnienia i przyczynki historyczne*. Warszawa 1956.
- 40 *Wycinek z historii jednego życia*. Warszawa 1967. Vgl. den Vorabdruck: *Początek konspiracji*. In: *Kierunki* Nr. 39 (29. September 1957).
- 41 E. Duraczyński, *Stosunki w kierownictwie podziemia Londyńskiego 1939—1943*. Warszawa 1966.
- 42 Vgl. ebenda, S. 293—297.
- 43 Vgl. ebenda, S. 11.
- 44 Über das SPP vgl. A. Milker, *Świadectwa prawdy o polsce podziemnej*. In: *Dziennik Polski* (13. April 1963).
- 45 Hier wird die Abkürzung GSHI beibehalten.
- 46 Bis zum 29. Juni 1940: »Oberkommando des ZWZ«, danach: »Selbständige Heimatabteilung« (Abt. VI) im Generalstab. Vgl. Sosnkowski, *Hausbefehl* (29. Juni 1940). SPP: L. dz. 24/A/tj. 40.
- 47 Vgl. Protokoll über die Verbrennung der Akten des Oberkommandos des ZWZ vom 18. 6. 40 in Libourne. SPP: L. dz. 20/A. — Verbrannt wurden: Akten des Oberkommandos, Akten des Sekretariats Sosnkowski und Depositorien aus den Basen.
- 48 *Komitet Ministrów dla Spraw Kraju*.
- 49 Vorsitzender war Premier General Władysław Sikorski. Die Aktengruppe heißt daher manchmal »Persönliches Archiv Sikorskis«. Einzelne Bände mit Tätigkeitsberichten Sosnkowskis an Sikorski heißen auch »Tätigkeit Sosnkowskis«. — In der Zitierung wird vereinheitlicht.
- 50 Im folgenden wird es »DCNŹ« mit Angabe des Datums zitiert.
- 51 Für diesen Abschnitt hat E. Duraczyński — schon im Titel seiner Studie — den Begriff »Londoner Untergrund« geprägt.
- 52 Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 8: Erst der Einschnitt im Jahre 1943 beende »die monopolistische Position von PKP, ZWZ-AK und Delegatur«.
- 53 *Centralny katalog polskiej prasy konspiracyjnej 1939—1945r*. Warszawa 1962.
- 54 Vgl. hierzu die Bochumer Dissertation von Chr. Kleßmann: *Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939—1945*. (Studien zur modernen Geschichte Bd. 5). Düsseldorf 1971.
- 55 Die Sowjetunion entließ nach den Londoner Abkommen eine Reihe von bedeutenden Untergrundorganisatoren, die ihr in die Hände gefallen waren.
- 56 Das Aktenstudium hat ergeben, daß sich »AK« gegenüber dem herkömmlichen »ZWZ« noch Ende 1942 nicht vollständig durchgesetzt hatte. Viel-

mehr wurden auch in regierungsamtlichen Schreiben beide Bezeichnungen ohne erkennbare inhaltliche Unterschiede nebeneinander benutzt. Der Wechsel von »Związek« (Verband) zu »Armia« (Armee) darf als belanglos gelten, da der ZWZ von Anfang an die Rechtsstellung eines Teils der ordentlichen polnischen Streitkräfte genoß. — Die militärischen Argumente zur Unterstützung der Zäsur finden sich bei T. Pelczyński, *Zagadnienia sowieckie w Polsce w latach 1939—1945*. In: *Bellona*, H. II (1957), S. 24. Edward Graf Raczynski pflichtet dem bei aus »not purely technical considerations, but rather political reasons«: *Proceedings of a Conference on Britain and European Resistance, 1939—1945*. Organized by St. Antony's College, Oxford, December 10—16, 1962. (hektographiert): Raczynski, Pol. 7.

### 1. Kapitel

- 1 Vgl. H. Roos, Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939. In: *Wehrwissensch. Rundschau* 7. Jg. (1957), S. 181 ff.
- 2 Generalny Inspektorat Sił Zbrojnych (GISZ).
- 3 Vgl. Text der Note in: *Documents on Polish-Soviet Relations Vol. I (1939—1943)*, Nr. 43. (Hg. GSHI) London 1961.
- 4 Für diese Annahme spräche, daß die Note wenigstens formal noch diplomatischen usus wahrte.
- 5 Die letzten polnischen Einheiten wurden zwischen dem 2. und 7. Oktober bei Kock-Adamów zerschlagen.
- 6 Vgl. Hitlers biblisch stilisierten Siegesjubil in seiner Danziger Rede vom 19. September: »Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen«. In: *Deutschland im Kampf*, 2. Septemberlieferung, S. 31. Hg. v. A. J. Berndt (Reichspropagandaministerium) und Oberst von Wedel (OKW).
- 7 Zum Gesamtkomplex der polnischen Niederlage im September vgl. H. Roos, Der Feldzug in Polen vom September 1939. In: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 9. Jg. (1959), S. 491 ff. Als neuere exilpolnische Darstellung vgl. J. Rudnicki, *Słowa a czyny. Tło, geneza i przyczynki klęski Polski w 1939r.* Toronto 1965.
- 8 Vgl. die Aufzeichnungen des französischen Botschafters in Warschau: L. Noël, *Der deutsche Angriff auf Polen*. Berlin-Wilmersdorf 1948, S. 461. Noël verließ Warschau am selben Tag.
- 9 Vgl. E. Raczynski, In *Allied London. Diaries*. London 1958, S. 39. — Ebenso: F. Sławoj-Składkowski, *Prace i czynności Rządu Polskiego we wrześniu 1939r.* In: *Kultura* H. 6 (1948), S. 107—127.
- 10 WWP, S. 209 erklärt das rumänische Verhalten mit deutscher und französischer Pression. L. Noël, *Angriff*, S. 464 (Anm. 1) verweist lediglich auf Deutschland.
- 11 Das zeigt A. Cretzianu, *Rumunia a Wrzesień 1939*. In: *Kultura* H. 3 (1954), S. 106—115.
- 12 Bezeugt durch den polnischen Botschafter in Rumänien, R. Raczynski: *Zapiski dotyczące przejścia Naczelnych Władz Polskich do Rumunii i*

- rezygnacji b. Prezydenta R. P. prof. I. Mościckiego. In: *Kultura* H. 9 (1948), S. 116—129.
- <sup>13</sup> Der Garantievertrag war nicht aufgekündigt worden.
- <sup>14</sup> Vgl. H. Roos, Polen in der Besatzungszeit. In: *Osteuropahandbuch Polen*, S. 170. Ebenfalls die Diskussion bei K. H. Mattern, *Die Exilregierung. Eine historische Betrachtung der internationalen Praxis seit Beginn des 1. Weltkriegs und deren völkerrechtliche Wertung*. Tübingen 1953, S. 21.
- <sup>15</sup> So H. Roos, ebenda. — Dagegen: J. H. Retinger, *All about Poland*. London 1941 (2. Auflage), und E. Raczyński, In *Allied London*, berufen sich auf Artikel 24. — T. Katelbach endlich zitiert in seinem Leserbrief an *Kultura* (H. 6, 1965, S. 156) das Protokoll der Vereidigung von Raczkiwicz in Paris am 30. September. In diesem Protokoll wird gleichfalls ausdrücklich auf Art. 24 rekurriert.
- <sup>16</sup> Über die wegen des französischen Einspruchs zurückgenommene Nominierung von General Winiawa-Długoszowski und die danach von den Botschaftern Łukasiewicz (Paris) und Raczyński (London) vorgenommene Nominierung von Raczkiwicz unterrichtet: E. Raczyński, In *Allied London*, S. 40 ff. Die verfassungsrechtlichen Probleme der Nominierung scheinen noch immer ungeklärt zu sein.
- <sup>17</sup> Die Diskussion der deutschen und der polnischen These findet sich bei H. Roos, *Polen in der Besatzungszeit*, S. 170 (Anm. 7).
- <sup>18</sup> Vgl. Frau Sikorski, *Bemerkungen zur Situation in der Heimat unter der Okkupation* (23. Februar 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, 547/XVIII, hs.: »Die Schnelligkeit, mit der die Nation besiegt wurde, betäubte sie.« Frau Sikorski kam erst am 5. Februar 1940 im Pariser Exil an.
- <sup>19</sup> L. Landau, *Kronika lat wojny i okupacji*. 2 Bde. Warszawa 1962. Eintrag vom 21. 11. 1939 (Bd. I, S. 91).
- <sup>20</sup> Vgl. dazu die ausgezeichnete, Warschauer Archivmaterial heranziehende Untersuchung von A. B. Polonsky, *Pilsudski and Parliament: The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922—1931*. Oxford 1967.
- <sup>21</sup> Vgl. A. Micewski, *Z geografii politycznej II-ej Rzeczypospolitej*. Szkice. Warszawa 1966.
- <sup>22</sup> Vgl. W. Słedziński, *Governor Frank's Dark Harvest*. London, 1946 S. 22: »We are all stunned. We have not yet regained consciousness after all the experiences, impressions and dreadful results of this so short war. But we are beginning to feel the weight of the occupation every day more painfully.«
- <sup>23</sup> Besonders der von M. Niedzialkowski redigierte »Robotnik«, das Hauptorgan der PPS, griff in den letzten Septemberrummern mit schneidender Schärfe auf die Brester Vorgänge zurück.
- <sup>24</sup> Vgl. Rowecki, *Meldung Nr. 4* (8. Februar 1940). SPP: L. dz. 1991/tj. 40 — Anhang VIII: *Tätigkeit der Parteien und Organisationen*.
- <sup>25</sup> Vgl. etwa die Vorstellungen von SL und PPS zur Bodenreform, die für die nächsten 18 Monate programmatisch nicht mehr auftauchten. Für frühe Parteiprogramme der Okkupationszeit vgl. Z. Pola Walki, *Cele i drogi podziemnego ruchu robotniczego w Polsce (1939—1942)*. Londyn 1943 (Bücherei »Nowa Polska«).
- <sup>26</sup> J. Karski, *Story of a Secret State*, S. 84.

## 2. Kapitel

- <sup>1</sup> Vgl. Frau Sikorski, Bemerkungen (23. Februar 1940): »Zu Beginn glaubte jedermann, Ostpreußen würde okkupiert werden, die polnische Armee werde bis Berlin durchmarschieren, und die deutsche Niederlage sei unvermeidlich.«
- <sup>2</sup> T. Bór-Komorowski, *The Secret Army*, S. 22: »No dictator, no leader, no party and no class had inspired this decision. The nation had made it spontaneously and unanimously.«
- <sup>3</sup> J. Karski, *Story of a Secret State*, S. 83: »The names as well as the characters of some of these heterogeneous and short-lived undertakings were often utterly fantastic. There were ›The Avengers‹, ›The Gory Hand‹, ›God's Judgement‹. Their programs ranged from a kind of black-hand terrorism through political programs to a revival of all-embracing religion.« — Die aufgeführten Gruppennamen sind tatsächlich »phantastisch«, da überlieferte Namen selten ähnlich lauteten.
- <sup>4</sup> W. Sledziński, *Frank's Harvest*, S. 25. — Freilich ist dem Autor mehr an der Dramatik der Darstellung als an einem getreuen Situationsbericht gelegen.
- <sup>5</sup> M. Malinowski: Diskussionsbeitrag (S. 422) in: 20 lat Ludowego Wojska Polskiego. II. sesja naukowa poświęcona wojnie wyzwolenczej narodu polskiego 1939—1945 (23.—26. Oktober 1963). Warszawa 1967.
- <sup>6</sup> Szymański (Ps. »Konarski«), *Allgemeine Situationsskizze* (23. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40. — Szymański hatte vermutlich in der kurzen Zeit seines Aufenthalts in Polen nur von wenigen Gruppen gehört.
- <sup>7</sup> Rowdecki, *Meldung Nr. 17* (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40. — Offenbar war die Gruppenbildung schon wieder in einer rückläufigen Bewegung begriffen.
- <sup>8</sup> M. Tokarzewski-Karaszewicz, *U podstaw tworzenia Armii Krajowej*. Rede, zuletzt gehalten in London (1953), S. 12.
- <sup>9</sup> J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 26.
- <sup>10</sup> J. Rzepecki, *Wspomnienia i przyczynki historyczne*, S. 191.
- <sup>11</sup> T. Tarnogrodzki/Tryc, R., *Polskie organizacje konspiracyjne w kraju w latach 1939—1945*. Krótki informator encyklopedyczny. In: *Wojskowy Przegląd Historyczny* 11. Jg. (1966), S. 250.
- <sup>12</sup> Dieser spezifische Arbeitsauftrag an die Basen dürfte sich wohl schon gegen Mitte des Jahres 1940 erübrigt haben, da zu diesem Zeitpunkt Rowdecki über die Gruppen berichtete. Ein Großteil der Basenberichte ist sicher bei der Flucht der Exilregierung im Juni 1940 verbrannt worden.
- <sup>13</sup> *Stand der Rache-Organisationen in der Heimat* (16. Januar 1940). SPP: L. dz. 910/tj. 40 (L. dz. ROMEK 40/tj. 40).
- <sup>14</sup> *Auskunft über Rache-Organisationen* (22. Januar 1940). SPP: L. dz. 77/tj. 40 (offenbar nur die L. dz. von ROMEK).
- <sup>15</sup> *Auskunft über Rache-Organisationen* (3. Februar 1940). SPP: L. dz. 87/tj. 40 (offenbar nur die L. dz. von ROMEK).
- <sup>16</sup> *Zusammenstellung der Nachrichten über die Organisation ZWZ und andere Organisationen auf dem Gebiet der sowjetischen Okkupation*. Stand vom 1. IV. 1930 (verschrieben für 1940) — (5. April 1940). SPP: L. dz. 2641/tj. 40.

- 17 Von diesen 40 Gruppen sind 8 Gruppen ausdrücklich als Ortskommandos des ZWZ gekennzeichnet.
- 18 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40.
- 19 Zum Beispiel die 3 Lemberger Gruppen, die sich nach den Gründern Holender, Żebrowski und Dobrowolski nannten.
- 20 Die politische Abteilung des OWW stand unter Leitung von Norbert Barlicki. Vgl. J. Ryłski, *W 18 rocznicę śmierci N. Barlickiego*. In: *Głos Pracy* (26./27. September 1959).
- 21 Hervorgegangen aus dem Grenzschutzkorps (KOP). Die gleichen Initia- len sollen offenbar eine bestimmte Schicht potentieller Mitglieder an- sprechen. Ein häufiger Vorgang!
- 22 Hervorgegangen aus dem alten »Verband Schlesischer Aufständischer« (ZPS).
- 23 Hervorgegangen aus Teilnehmern der Verteidigung Warschaus im Sep- tember 1939.
- 24 Vgl. S. 11 f. — Zu KN und KZ vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 79 (1. September 1941). SPP: L. dz. 471/tj. 42.
- 25 Der polnische Name für Tannenberg (1410).
- 26 In Anlehnung an den 7bändigen Roman über die drei Musketiere (1844) des älteren Alexandre Dumas. — Der Name taucht auch in der Schreibweise »Trzy Muszkietrzy« (drei Musketiere) auf.
- 27 Die gelegentlich auftauchende falsche Schreibweise »Hubala« verwechselt Nominativ und Genitiv. »Hubal« ist im Adelsbrief der von Dobrzański belegt.
- 28 M. Turlejska, *O wojnie i podziemiu*, S. 83 (Anm. 7).
- 29 Zur Geschichte des Freikorps und seines Führers Dobrzański vgl. W. Jacobmeyer, Henryk Dobrzański (»Hubal«). Ein biographischer Bei- trag zu den Anfängen der polnischen Résistance im Zweiten Weltkrieg. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20. Jg. (1972), S. 63–74.
- 30 Die Gründe sollen hier nicht ausführlich diskutiert werden; sie ergeben sich implizit bei der Betrachtung der Einigungsversuche, die vom ZWZ ausgingen.

### 3. Kapitel

- 1 Vgl. G. Rhode, *Kleine Geschichte Polens*. Darmstadt 1965, S. 405.
- 2 Rowecki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang VII: Stimmung auf dem Lande, unter den Arbeitern und der Intelligenz. SPP: L. dz. 1991/ tj. 40.
- 3 Ebenda.
- 4 Ebenda.
- 5 Protokoll der Ministerratssitzung vom 19. Dezember 1940. GSHI: SPRM Nr. 207/41. Freilich war Kot als einem prominenten Mitglied der Bauern- partei (SL) auch viel an einer Apologie des Verhaltens jener Schicht ge- legen, aus der sich der eigentliche Wählerstamm der SL rekrutierte. Vgl. aber auch: J. Borkowski, *Ruch ludowy i procesy radykalizacji na wsi w okresie okupacji (1939–1944)*. In: *Z najnowszych dziejów Polski 1939– 1947*, Bd. I (1961), S. 186–210.

- <sup>6</sup> Vgl. Mały Rocznik Statystyczny 1939. Rok X. Warszawa 1939. — Das Jahrbuch hält mit seinen Zahlen den Stand vom 1. April 1939 fest. Es besteht allerdings kein Anlaß, für die Zeit vom 1. April bis 1. September 1939 ein wesentliches Anschwellen der Einwohnerzahlen anzunehmen.
- <sup>7</sup> Vgl. den Artikel »Starvation in Warsaw«. In: The London Times (15. Januar 1940). — Der spätere Delegat der polnischen Exilregierung, Cyryl Ratajski, zählte für den 1. Januar 1940 allerdings nur 1 294 541 Einwohner mit steigender Tendenz. Vgl. Ratajski, Bericht (10. Januar 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, ohne L. dz.
- <sup>8</sup> St. T. Norwid, Martyrium, S. 239 schätzt die Zahl dieser Leute auf etwa 100 000 — allerdings ohne Zeitangabe. Vgl. auch die Äußerung von SS-Obergruppenführer Krüger vom 23. April 1940: »Die Hauptschwierigkeit liege darin, daß man die städtische Bevölkerung so schwer erfassen könne«. Abgedruckt in: Documenta Occupationis. Bd. VI, Poznań 1958, S. 331.
- <sup>9</sup> Vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 39: »He had the protection of his organisation's intelligence service, which was often in a position to warn him of approaching danger, and, with his false documents, he was much safer.«
- <sup>10</sup> Rede vor Luftwaffenoffizieren (14. Dezember 1943). Tagebuch des GG, Bd. 30, S. 1341 — Vgl. W. Sledziński, Frank's Harvest, S. 54: »But Warsaw will continue to be the chief source.«
- <sup>11</sup> Für die Stärke der Minderheiten vgl. H. Roos, Geschichte der Polnischen Nation 1916—1960. Stuttgart 1961, S. 173 f. — Vgl. ebenfalls die Sprachenstatistik in der anonymen Schrift: The Situation in Soviet Occupied Poland. London 1941, S. 5: 39,9% Polnisch, 34,5% Ukrainisch, 8,7% Jiddisch und 8,3% Russisch.
- <sup>12</sup> Nach G. Rhode, Kleine Geschichte Polens, S. 482 belief sich die Stärke der Minderheiten auf 31—40% der gesamten Staatsbevölkerung. Dennoch hat es in der gesamten Zeit der Republik niemals einen nichtpolnischen Minister, Wojewoden (»Oberpräsident«) oder Starosten (»Landrat«) gegeben.
- <sup>13</sup> Zur ukrainischen Haltung vgl. die mehr summarische Bestandsaufnahme in PSZ III, S. 49 f.

#### 4. Kapitel

- <sup>1</sup> Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 2. — Zwei Wochen vor Tokarzewskis Tod am 22. 5. 1964 wurde die Rede bei der Pariser »Kultura« eingereicht, wo sie nach redaktioneller Glättung gedruckt wurde: Jak powstała Armia Krajowa. In: Zeszyty Historyczne Bd. VI (1964), S. 17—44. — Hier wurde der älteren Fassung der Vorzug gegeben, da ihre Ursprünglichkeit den größeren Quellenwert besitzt.
- <sup>2</sup> Zur Biographie Tokarzewskis vgl. den Nachruf in Biuletyn Informacyjny 41 (August 1964). Ferner die redaktionelle Notiz zu Tokarzewskis Rede in Zeszyty Historyczne Bd. VI, wie auch den Artikel von J. Baranowska in Wiadomości Polskie Nr. 40 (4. Oktober 1964).
- <sup>3</sup> Tokarzewski-Rede, S. 2.

- 4 Vgl. ebenda.
- 5 Tokarzewski erklärte Oberst Emil Kumor, ihm ständen nur zwei Wege offen: entweder sich zu erschießen, wie es einige Offiziere im damaligen Offiziershotel in der Galeria Luksemburg getan hatten, oder weiterhin gegen den künftigen Okkupanten zu kämpfen. — Vgl. E. Kumor, Początek konspiracji. In: Kierunki Nr. 39 (29. September 1957).
- 6 Vgl. ebenda.
- 7 Zitiert bei J. Rómmel, *Za honor i ojczyznę*. Ebenso: M. Turlejska, *Sukcesja po Mościckim*. In: *Polityka* Nr. 41 (10. Oktober 1964). — Eine entgegengesetzte Darstellung gibt Wł. Pobóg-Malinowski, *Gen. Rómmel gardzi prawdą historyczną*. In: *Tydzień Polski* (11. Juli 1959). Dort wird die Datierung des Befehls auf den 26. 9. 1939 als eine »Erfindung« Rómmels bezeichnet, da Rydz-Śmigły zu dieser Zeit schon interniert gewesen sei, wodurch jeder Kontakt mit der Außenwelt unterbunden worden sei. Galinat habe vielmehr am 17. September in Kołomy den Auftrag erhalten, so schnell wie möglich einen Befehl Rydz-Śmigłys nach Warschau zu bringen, der die »Gründung einer Untergrundarmee« nach dem Muster von Piłsudskis POW vorsah. Mit der Leitung sollte Galinat den ältesten Legionsoffizier in Warschau beauftragen. — Tatsächlich dürfte Rómmel die Datierung des Befehls zu sehr in die zeitliche Nähe der Ankunft Galinats gerückt haben. — Zur Entstehungsgeschichte des Befehls vgl. R. Dalecki, *Leserbrief* in: *WTK Tygodnik Katolików* H. 5 (1965).
- 8 Vgl. M. Turlejska, *Początek konspiracji*. In: *Polityka* Nr. 45 (7. November 1964).
- 9 Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 22.
- 10 E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 16, zählt auf: die Generäle Czuma, Kutrzeba und Tokarzewski und Oberst Pragłowski. Tokarzewski (Rede, S. 4) behauptet dagegen, Rómmel habe ihm die Entscheidung unter vier Augen mitgeteilt.
- 11 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 4 — Tokarzewski gab Galinat den Befehl zu erkunden, ob es Anzeichen für das Funktionieren der vom GISZ für den Fall der Niederlage vorbereiteten konspirativen Organisation gäbe. Er hat dann von Galinat nie wieder etwas gehört. — Nach Rowecki, *Meldung* Nr. 4 (8. Februar 1940), *Anhang d* (17. Februar 1940). *SPP: L. dz.* 1991/tj. 40, hatte Galinat die Aufgabe, »sich nach Czernowitz und Bukarest zu begeben, um sich Zugang zu Geldern zu verschaffen, die damals für die SZP in Rumänien deponiert waren«. Sikorskis DCNW (16. Dezember 1939) verzeichnet ein Gespräch des Premier mit einem »Major Romer«. Es könnte sich um Galinat gehandelt haben. — Ein undatiertes Bericht von Skorobohaty-Jakubowski nennt Galinat als Mitglied einer Sanacjagruppe unter Hempel: *GSHI: SPRM, Akte 94a, 3725/II/43*, *Eingangsdatum SPRM: 9. Juli 1943*. Galinats »relacja«, die er am 6. Mai 1953 für Pobóg-Malinowski geschrieben hat, war unzugänglich. Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia polityczna Polski. 1864—1945*. Bd. III. London 1960, S. 119 (Anm. 68).
- 12 Tokarzewski-Rede, S. 4 — J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 22 — E. Kumor, *Początek konspiracji* — J. Wasilewski, *Urzekająca postać*. In: *Dziennik Polski* (6. März 1965). Die Überlieferung bei Kumor ist unvollständig, die bei Wasilewski stimmt mit der Tokarzewskis überein.

- J. Rómmel, Za honor, gibt keinen Wortlaut. Verglichen werden daher die Fassungen Tokarzewskis und Karasiównas.
- <sup>13</sup> Karasiównas Formel wird durch Kumor gestützt, der von der »Schaffung einer Untergrundarmee« spricht. E. Kumor, Początek konspiracji.
  - <sup>14</sup> Die Interpolation »gegen die Okkupationsmächte« ist notwendig wegen des übereinstimmenden »auf dem gesamten polnischen Staatsgebiet«. »Die Unabhängigkeit Polens zu erlangen« ist eine realistischere Zielformel.
  - <sup>15</sup> Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 4. Ebenso M. Turlejska, Początek konspiracji.
  - <sup>16</sup> Zahlenangaben nur in Tokarzewski-Rede, S. 5. — E. Kumor, Początek konspiracji, zählt 6 Namen auf, J. Karasiówna, Pierwsze półroczce, S. 23, gibt 9 Namen an — allerdings wohl schon zum Zeitpunkt von Mitte Oktober.
  - <sup>17</sup> Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 9.
  - <sup>18</sup> Er wurde am 15. Dezember 1895 in Piotrkowie geboren. Vgl. St. Płoski, Rowecki. Artikel in Encyklopedia Współczesna 1957 (Pariztwowe Wydawnictwo Naukowe). Warszawa 1957. Bd. VII, Sp. 325—327.
  - <sup>19</sup> Vgl. E. Kumor, Wycinek z historii jednego życia, S. 51. Für Roweckis Erlebnisse während des Septemberfeldzugs vgl. St. Rowecki, Wspomnienia i notatki. Czerwiec, wrzesień 1939. Warszawa 1957.
  - <sup>20</sup> Veröffentlichungen: Walki uliczne (Warszawa 1928); Walki opóźniające (Przegląd Wojskowy 1932); Piechota w walkach ulicznych (Przegląd Piechoty 1933); u.a.m.
  - <sup>21</sup> Tokarzewski-Rede, S. 9.
  - <sup>22</sup> Ebenda, S. 10. — In seiner späteren Meldung Nr. 10 (12. März 1940), SPP: L. dz. 1247/tj. 40, schreibt Rowecki freimütig: »Ich war und bin kein Politiker.«
  - <sup>23</sup> Text in: Meldung Nr. 5 (9. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang 4 (gesondert datiert: 6. Januar 1940). Tokarzewski hat diesen Text auf Anfragen des SPP als authentisch erklärt: Tokarzewski an SPP (11. Oktober 1957).
  - <sup>24</sup> Służba Zwycięstwu Polski. — Eine interessante Deutung der Namensgebung SZP steuert Oberstleutnant Tadeusz Rudnicki (nicht zu verwechseln mit Klemens Rudnicki) bei: »... dafür, daß sich die Organisation nicht mit dem alten Régime verbindet, spricht, daß man sich entschieden hat, die Organisation weder »POW« noch so zu benennen, daß es den Anschein haben könnte, man habe sich mit der in der Bevölkerung unpopulären Sanacja und der abgelebten Zeit ihrer Regierungen eingelassen.« T. Rudnicki, Die Organisation Tokarzewskis (Paris, 19. Dezember 1939). SPP: L. dz. 480/Fr./I. Der Bericht Rudnickis ist der älteste erhaltene Bericht über die SZP, da Rudnicki schon Mitte November über Wilna—Schweden nach Paris reiste. — Vgl. J. Karasiówna, Pierwsze półroczce, S. 25.
  - <sup>25</sup> Zur Mission Płoński vgl. Tokarzewski, Meldung (14. Dezember 1939). SPP: ohne L. dz. Vgl. auch Tabela ruchu kurierów i emisariuszy. SPP: Akte KSK, tj. 40.
  - <sup>26</sup> Statut, Tl. I. (SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang 4) — auch für die folgenden nicht gesondert belegten Zitate.
  - <sup>27</sup> Obgleich diese Unterscheidung nicht ausdrücklich gemacht wird, ergibt sie sich doch aus dem Zusammenhang.

- 28 Tl. V, Anweisungen an die Wojewodschaftskommandos. SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang 4.
- 29 Ebenda.
- 30 Diese Aufgabe fiel in den Bereich der Stabsabteilung II, denn die polnische Armee zählte nach dem französischen System.
- 31 Das betraf auch das Auswechseln von Büchern, die die Textgrundlage für die Chiffrierung abgaben.
- 32 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 8: »Ich behandelte alles ... als vorläufige Maßnahmen, die sich nach praktischer Erprobung ändern könnten oder ergänzt werden müßten.«
- 33 St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 10.
- 34 Vgl. Tokarzewskis Darstellung seines konspirativen Vorhabens in einem Gespräch mit Bürgermeister Starzyński unmittelbar nach der Kapitulation Warschaus: »Unser Kampf wird ebenso sein wie bei der Verteidigung Warschaus — nur auf ganz Polen ausgedehnt«. In: E. Kumor, *Początek konspiracji*.
- 35 Vgl. St. Korboński, *W imieniu Rzeczypospolitej*. Paris 1954, S. 26: »Tokarzewski zeigte große Vertrautheit mit den Problemen und den politischen Verhältnissen.« Das Gespräch, in dem Korboński (SL) diesen Eindruck gewann, ist nicht datiert.
- 36 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 10: »... eine Richtung, zu der ich mich ideell übrigens bis heute bekenne.«
- 37 Vgl. ebenda, S. 21. — Nicht nur hatte Pużak ihm damals »dreimal das Leben gerettet«, sondern sie fühlten sich auch in ihrer Ablehnung der Sowjetunion verbunden.
- 38 Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 20. Ebenfalls: T. Tomaszewski, *Leserbrief in Kultura* H. 7/8 (1962), S. 254.
- 39 E. Kumor, *Początek konspiracji*: »ogromne wartości«.
- 40 J. Karasiówna, ebenda, S. 20. — Starzyński überreichte Tokarzewski damals 350 000 Złoty für die Arbeit der SZP.
- 41 Vgl. ebenda. — Tokarzewskis Vorschlag, Starzyński solle sich einer kosmetischen Operation unterziehen, wurde von diesem gleichfalls abgelehnt. Vgl. E. Kumor, *Początek konspiracji*. Kumor wirkte dann bis zu Starzyńskis Verhaftung am 26. Oktober als Verbindungsmann zwischen SZP und Starzyński. Vgl. E. Kumor, *Wycinek*, S. 76.
- 42 Vgl. Z. Zaremba, *Wojna i konspiracja*, S. 8.
- 43 *Polska Partia Socjalistyczna* (Polnische Sozialistische Partei), *Stronictwo Ludowe* (Bauernpartei), *Stronictwo Narodowe* (Nationalpartei).
- 44 E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 16, nennt Niedziałkowskis Namen nicht. Nach Zarembas Konferenzbericht (vgl. Anm. 42) hatte Tokarzewski die Nominierung eines PPS-Vertreters freigestellt. Es darf aber wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß Tokarzewski dabei an Niedziałkowski dachte, ungeachtet aller späteren Pläne. Vgl. auch St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 11.
- 45 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 7.
- 46 *Stronictwo Demokratyczne* (Demokratische Partei).
- 47 Zum CZMW-»Siew« vgl. *Słownik organizacji młodzieżowych w Polsce 1918—1970*. Warszawa 1971, S. 19 f.
- 48 Tokarzewski-Rede, S. 7.

- 49 So E. Duraczyński, Stosunki, S. 17, wobei er freilich keine Hinweise gibt, worin er die Unterschiede der beiden Darstellungen erblickt.
- 50 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 10 f.
- 51 Trotz der Gespräche mit Pfarrer Zygmunt Kaczyński (SP). Vgl. M. Turlejska, Początek konspiracji.
- 52 K. Zentner, Illustrierte Geschichte des Widerstands in Deutschland und Europa 1933—1945. München 1966, S. 377 gibt fälschlich den 3. Oktober an. Auch hinsichtlich des Orts der Versammlung sind seine Angaben irrig: die Versammlung fand nicht im »Keller der Stadtparkasse«, sondern im Nachbarhaus der »Bank Gospodarstwa Krajowego« statt.— Vgl. J. Karasiówna, Pierwsze półrocze, S. 22.
- 53 Vgl. ebenda.
- 54 J. Niećko, M. Rataj — organizator polskiego ruchu oporu. In: Wici Nr. 25 (1946) billigt Tokarzewski gegenüber Rataj nur eine Nebenrolle zu. Diesem Urteil hat schon E. Duraczyński, Stosunki, S. 17 (Anm. 13) zu Recht widersprochen.
- 55 Vgl. Tokarzewski, Brief an das SPP (11. Oktober 1957): »Der Rat ... nahm es zustimmend zur Kenntnis.«
- 56 Vgl. St. Korboński, Pierwsze władze Polski Podziemnej (Wspomnienia osobiste). In: Kultura H. 7 (1949), S. 85—120.
- 57 Das drückt sich auch im Fehlen eines festen Namens für den politischen Rat aus. M. Turlejska, Początek konspiracji, gibt verschiedene Namen an. Sie verwechselt jedoch den frühen politischen Rat mit dem »Projekt RON« aus den ersten Januartagen 1940.
- 58 In PSZ, S. 51 wird behauptet, der Rat habe im Dezember 1939 mit der Arbeit begonnen. Dafür gibt es jedoch keinerlei Belege.
- 59 F. Szymański, Kurierbericht: Allgemeine Situationsskizze (Paris, 23. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang.
- 60 Ebenda. — Szymański war als Kurier schon im November 1940 in der Heimat gewesen, ohne sich allerdings — seinen Weisungen gemäß — mit Tokarzewski zu treffen.
- 61 St. Korboński, Warsaw in Chains. London 1959, S. 42. — Das Gespräch ist undatiert. Andeutungen lassen auf Anfang November schließen. Rataj hatte Korboński zu seinem Vertreter bestellt, da er sich selbst unter Beobachtung glaubte. Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 10.
- 62 Über die Datierung dieses Vorgangs und über den Modus der Entschließung fehlen Quellen. Erst nach Niedzialkowskis Verhaftung am 23. Dezember 1939 heißt es, er sei der Zivilkommissar gewesen. Vgl. J. Karasiówna, Pierwsze półrocze, S. 22.
- 63 St. Korboński, Warsaw in Chains, S. 42.
- 64 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 14 — Datierung ist erschlossen.
- 65 Das Interesse Tokarzewskis und Niedzialkowskis erklärt sich wohl daraus, daß Nowodworski, Dekan der Warschauer Anwaltskammer und altes Mitglied des Bürgerkomitees, ein vorzüglicher Mann war, den man unter allen Umständen halten wollte. Wł. Gieysztor, Kurierbericht (Budapest, 27. Januar 1940). SPP: L. dz. 1136/tj. 40, bezeichnet Nowodworskis Rolle als die eines »Kiebitz'«.
- 66 Ebenda.
- 67 Vgl. St. Korboński, Warsaw in Chains, S. 16.
- 68 Vgl. J. Mulak, Wojsko podziemne 1939—1945. Warszawa 1946, S. 10. —

- Vgl. auch den ausgezeichneten biographischen Versuch von M. Drozdowski/Tymieniecka, A., Mieczysław Niedziałkowski. In: *Najnowsze Dzieje Polski*. Bd. IX (1965), S. 39–85.
- 69 Z. Zaremba, *Wojna i konspiracja*, S. 92. — Rataj und Niedziałkowski wurden am 26. Juni 1940 bei Palmiry erschossen. Bis zum Ende des Jahres 1940 ließ man deutscherseits die polnische Bevölkerung über das Schicksal der beiden Parteiführer im Ungewissen. Vgl. *The Gestapo in Poland*. *The London Times*. (30. Dezember 1940), wo es heißt, über die beiden Männer lägen keinerlei Nachrichten vor.
- 70 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang VIII. SPP: L. dz. 1991/tj 40. Aus diesem Bericht wird deutlich, daß die überragende Stellung beider Männer eine Reihe von Konflikten innerhalb ihrer Parteien nur kaschiert hatte und daß diese Konflikte nun hemmungslos zum Austrag kamen.
- 71 M. Turlejska, *Początek konspiracji*. Dort auch scharfe Kritik an Behauptungen, der Rat sei schon 1939 als Repräsentant der Parteien tätig gewesen. Das charakterisiert dann allerdings auch Turlejskas Einwand, man wisse nicht, welche Funktionen der Zivilkommissar erfüllen sollte, als unbrauchbare Fragestellung. Denn Funktionen des Zivilkommissars ohne einen funktionierenden politischen Rat sind undenkbar.
- 72 A. Przygoński, *Polityka i działalność lewicy socjalistycznej w latach 1939–1944*. In: *Z najnowszych dziejów Polski 1939–1947*, Bd. I (1961), S. 156.
- 73 Vgl. A. Skarżyński, *Obóz Londyński w okresie II wojny światowej*. In: *Z najnowszych dziejów Polski 1939–1947*, Bd. I (1961), S. 212.
- 74 Vgl. S. 39 (Anm. 48) und Tokarzewski-Rede, S. 7. — Niedziałkowski, der über jeden Verdacht von Neigungen und Sympathien zur Sanacja erhaben ist, stimmte Tokarzewskis grundsätzlichem Vorschlag zu. Er bemerkte dabei, die Parteien befänden sich nicht im Recht, wenn sie der Sanacja gegenüber »Vergeltung im Sinne alttestamentlicher Maximen übten«. Ebenda.
- 75 Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 19
- 76 Vgl. ebenda, Anm. 19: »Einen gewissen Anhalt gibt hier die Funktion Niedziałkowskis ...«
- 77 J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 22. — Allerdings ist das der einzige Beleg in der Literatur.
- 78 Ebenda. — Das Zitat belegt doch wohl nur die Ziele Tokarzewskis, nicht aber die Wirklichkeit im Untergrund.
- 79 Rowecki, Sanojca, Kumor, Kruk-Strzelecki, Niepokólczycki, Berka, Thun, Frölich und Karasiówna. — Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 23.
- 80 Ebenda, S. 22 — Eine kürzere Eidesformel gibt E. Kumor, *Początek konspiracji*. Leichte Unterschiede im Wortlaut sind belanglos. Sie ergeben sich aus dem Umstand, daß beide Gewährleute aus dem Gedächtnis zitieren. Die Strafandrohung für Verrat fehlt bei Kumor; deshalb wurde der Fassung Karasiównas der Vorzug gegeben. — Beiden gemeinsam ist der Bezug auf die marianische Kronlegende Polens.
- 81 Zusammen mit Oberstleutnant Juszcakiewicz. Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 11. — Für ein detaillierteres Bild vgl. Z. W. Janke, *Początki konspiracji w Łodzi i regionie Łódzkim (1939–1941)*. In: *Najnowsze dzieje Polski*, Bd. XI (1967), S. 103–126. Diese Studie ersetzt zum größten Teil

die beiden Arbeiten von M. Cygański, *Z dziejów okupacji hitlerowskiej w Łodzi 1939—1945* (Łódź 1965) und den Aufsatz: *Polskie organizacje podziemne w Łodzi w latach 1939—1941*. In: *Rocznik Łódzki*, Bd. I (1958), S. 71—91. Janke konnte bisher unveröffentlichtes Material auswerten.

- <sup>82</sup> Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półroczce*, S. 23.  
<sup>83</sup> Vgl. ebenda, S. 24.  
<sup>84</sup> Vgl. ebenda.  
<sup>85</sup> Z. W. Janke, *SZP-ZWZ-AK na Zachodnim Podgórzu Beskidzkim (1939—1944)*. In: *Najnowsze dzieje Polski*, Bd. XII (1968), S. 88 schreibt, Tokarzewski habe sich am 16. Oktober in Krakau aufgehalten (ohne Beleg). Dem stehen die Zeugnisse von Tokarzewski-Rede (11) und Karasiówna (23) gegenüber, die auf Ende Oktober lauten.  
<sup>86</sup> Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 12.  
<sup>87</sup> Zu diesem Zweck hatte er sich von den Warschauer Parteizentralen mit Empfehlungen an die jeweiligen Ortsverbände versehen lassen. Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 12.  
<sup>88</sup> Vgl. T. Rudnicki, *Die Militärorganisation Tokarzewskis* (19. Dezember 1939). *SPP*: L. dz. 480/Fr./I. — Rudnicki hatte Tokarzewski nicht persönlich gesprochen, sondern war von Rowewski ins Bild gesetzt worden.  
<sup>89</sup> Tokarzewski-Rede, S. 12.  
<sup>90</sup> Ebenda, S. 13. — Die Verluste der Geistlichkeit wurden mit ca. 18% des 1939 amtierenden Klerus allein in den deutsch besetzten Gebieten errechnet. Vgl. B. Stasiewski, *Die römisch-katholische Kirche*. In: *Ost-europahandbuch Polen*, S. 107 (Anm. 9). Dort auch weiterführende Literaturangaben.  
<sup>91</sup> Tokarzewski-Rede, S. 12.  
<sup>92</sup> Ebenda.  
<sup>93</sup> Vgl. Z. W. Janke, *SZP-ZWZ-AK*, S. 88.  
<sup>94</sup> So urteilt Komorowski's ehemaliger Stabschef Klemens Rudnicki (nicht zu verwechseln mit dem Kurier Tadeusz R.) in einer für den Verfasser angefertigten »relacja« vom 15. November 1968. Die Gegensätze waren so verschärft, daß die Stabschefs beider Organisationen — Rudnicki und Cichocki — erst nach der Proklamation des ZWZ miteinander Kontakt aufnahmen, obgleich sie sich »von früher her gut kannten«. K. Rudnicki, *Relacja* (15. November 1968).  
<sup>95</sup> Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 13: »... mit dem Gefühl, diese drei Wochen mit nützlicher Tätigkeit verbracht zu haben, ...«  
<sup>96</sup> Ebenda.  
<sup>97</sup> Für einen Überblick über die »Eingliederung« vgl. M. Broszat, *Polenpolitik*, S. 36—41.  
<sup>98</sup> Vgl. Z. W. Janke, *SZP-ZWZ-AK*, S. 88. Tokarzewski-Rede, S. 14.  
<sup>99</sup> Zum deutschen Terror: M. Broszat, *Polenpolitik*, S. 41 ff. Zur Volkstumspolitik: R. L. Koehl, *RKFDV: German resettlement and population policy in Poland, 1939—1945*. Cambridge/Mass. 1957 (Harvard hist. monogr. 31). — Eine Spezialstudie über Posen: K. M. Pospieszalski, *Poznań pod okupacją hitlerowską 1939—45*. In: *Przegląd Zachodni* (1953), S. 403—430. — Für die Widerstandsbewegung allgemein: *Ruch oporu w beskidzie śląskim w latach 1939—1945*. *Materiały z sesji naukowej* (30. 6. 1967). Hg. v. Śląski Instytut Naukowej. Katowice 1968.

- <sup>100</sup> Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 24. — Karasiówna war bis zum Warschauer Aufstand 1944 die Leiterin der Stabsabteilung für Verbindung und Sicherheit.
- <sup>101</sup> Ebenda.
- <sup>102</sup> Tokarzewski-Rede, S. 14.
- <sup>103</sup> Zur Waffensituation der Résistance vgl. die Ausführungen von A. Bonarski, *Weapon Hunger*. In: *Poland H. 6* (1969), S. 40 ff.
- <sup>104</sup> Tokarzewski-Rede, S. 11.
- <sup>105</sup> Ebenda, S. 14. — Vgl. auch die dürftigen Angaben, die Karasiówna als Delegatin Roweckis auf der Belgrader Konferenz zwischen Exil und Heimat Ende Mai 1940 machte. *Protokół konferencji belgradzkiej* (hg. v. J. Zamojski). In: *Najnowsze Dzieje Polski*, Bd. X (1966), S. 207.
- <sup>106</sup> Bericht vom 7. Dezember. SPP: L. dz. 543/tj. 39; Bericht vom 14. Dezember. SPP: ohne L. dz. — Die schnelle Abfolge der Berichte läßt vermuten, daß Tokarzewski durch die Zahl der Berichte ersetzen wollte, was ihm an Zuverlässigkeit des Verbindungswegs abging. Denn auf frühere Berichte war er nach wie vor ohne Antwort. Vgl. Bericht vom 7. Dezember.
- <sup>107</sup> Bericht vom 14. Dezember 1939. SPP: ohne L. dz.
- <sup>108</sup> Vgl. *The German Occupation of Poland*. Extracts of a note addressed to the Governments of the Allied and Neutral Powers on May, 3rd, 1941. Compiled by A. Zaleski. London 1941, S. 28.
- <sup>109</sup> *German Terror in Poland*, *The London Times* (9. Februar 1940), zählt 138 Personen. 107 Personen dagegen in *Documenta Occupationis*, Bd. VI, S. 628. Vgl. auch Tokarzewski-Rede, S. 15.
- <sup>110</sup> Vgl. St. Korboński, *Warsaw in Chains*, S. 14.
- <sup>111</sup> Bericht Tokarzewskis vom 14. Dezember 1939. SPP: ohne L. dz.
- <sup>112</sup> Vgl. *Short Outline of the Soviet Occupation* (ed. by the Polish Ministry of Information). London 1942, S. 1. Vgl. auch »Scaevola«, *A Study in Forgery*. London 1945, S. 12. — Das umfassendste Bild bietet B. Kusnierz, *Stalin and the Poles*, bes. S. 44 ff.
- <sup>113</sup> J. Karski, *Secret State*, S. 159.
- <sup>114</sup> Tokarzewski, Bericht vom 14. Dezember 1939. SPP: ohne L. dz.
- <sup>115</sup> Ebenda.
- <sup>116</sup> Ebenda.
- <sup>117</sup> Ebenda.
- <sup>118</sup> Vgl. ebenda: »Es ist allerdings schwer, darüber genaue Angaben zu machen wegen der Art der Aufbewahrung der Waffen (vergraben).«

### *5. Kapitel*

- <sup>1</sup> Vgl. G. W. Strobel, *Miszelle*. In: *Osteuropa* 2. Jg. (1952), S. 221.
- <sup>2</sup> Wie G. W. Strobel, ebenda, mitteilt, hat es an Widerspruch gegen diesen illegalen und das Wesen der Verfassung verletzenden Machtwechsel nicht gefehlt. Freilich haben solche Einlassungen letzten Endes nichts bewirkt.
- <sup>3</sup> Artikel XXXII, 1.
- <sup>4</sup> Das Dekret von Raczkiewicz (30. November 1939) mußten sogar die Minister durch ihre Unterschrift anerkennen. Vgl. M. Turlejska, *Gabinet emigracyjny*. In: *Polityka* (17. Oktober 1964).

- 5 Gegen die Kritik Turlejskas, ebenda.
- 6 Vgl. ebenda. (Die Abbildung Zaleskis im Artikel stellt in Wirklichkeit General Haller dar.) — Das negative Urteil Wł. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia* Bd. III, S. 87 (Anm. 6) bezieht seine Kategorien auf dem späteren Versuch von Kot, Ładoś, Stańczyk, Popiel und Modelski, mit der Regierung Bierut im Lande zusammenzuarbeiten. Den moralischen Wert dieser Männer mit dieser Begründung in Frage zu stellen, ist doch wohl nicht nur unhistorisch gedacht, sondern mehr noch Ausdruck parteischer Gehässigkeit.
- 7 Vgl. redaktionelle Notiz zum Tode von Koc am 3. Februar 1969: *Plk.* Koc nie żyje. In: *Rzeczpospolita Polska* Nr. 2 (28. Februar 1969).
- 8 Nach M. Turlejska, *Gabinet emigracyjny*, ein Gegenwert von 69 Mio Dollar.
- 9 Das Geld war später in einer Befestigung bei Dakar im französischen Senegal unerreichbar. Vgl. K. Ostrowski, *Ewakuacja złota polskiego*. In: *Tydzień Polski* (7. Februar 1959).
- 10 Vgl. E. Raczyński, In *Allied London*. Vgl. auch das Zitat aus den unveröffentlichten Erinnerungen des Pariser Botschafters J. Łukasiewicz. Zitiert in: Wł. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia* Bd. III, S. 81 (Anm. 51).
- 11 Vgl. T. Alf-Tarczyński, Gen. Kazimierz Sosnkowski. In: *Dziennik Polski* (20. November 1965). — Sosnkowski hatte mit einer Truppe am 4. Oktober die polnisch-ungarische Grenze überschritten.
- 12 Vgl. Sosnkowskis Aufzeichnung des Gesprächs in: W. Babiński, *Przyczynki historyczne do okresu 1939—1945*. Londyń 1967, S. 561 f. — Dazu die kritische Rezension von B. Wronski, *Ani wspomnienia, ani historia* (»Weder Memoiren, noch Geschichtsschreibung«). In: *Tydzień Polski* Nr. 15 (12. April 1968). Man sollte freilich das von Babiński vermittelte Material höher einschätzen als die Reinheit der Gattungen.
- 13 J. Karski, *Secret State*, S. 122.
- 14 Vgl. den ausgewogen urteilenden Aufsatz von B. Miedziński, *Piłsudski i Sosnkowski*. In: *Kultura* H. 1—2 (1968), S. 158—184.
- 15 Vgl. J. Rothschild, *Piłsudski's coup d'état*. New York-London 1966, S. 112 (Anm. 36 und 37).
- 16 Das zeigte sich im Widerspruch einiger Obersten gegen Rydz-Śmigły, der nach dem Tode Piłsudskis statt des zweifellos weitaus fähigeren Sosnkowski das Amt des Oberbefehlshabers erhielt. Vgl. H. Roos, *Geschichte der polnischen Nation*, S. 144.
- 17 Es handelt sich um Sikorskis Regierung vom 16. Dezember 1922 bis zum 26. Mai 1923. — Vgl. H. Roos, *Die polnischen Regierungen 1916—1939*. In: *Osteuropahandbuch Polen*, S. 680.
- 18 Vgl. J. Evans, *The Nazi New Order in Poland*. London 1941, S. 156.
- 19 Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia* Bd. III, S. 83 ff.
- 20 Ebenda, S. 84. — Vgl. auch St. Zabiello, *O rząd i granice. Walka dyplomatyczna o sprawę Polską w II wojnie światowej*. Warszawa 1970 (3. Aufl.), S. 19 f.
- 21 Ebenda, S. 84.
- 22 Bielecki in der KSK-Sitzung vom 28. Februar 1940. SPP: Akte KSK, L. dz. 1810/tj. 40.
- 23 Zum Gedankengang vgl. E. Siberski, *Untergrund und offene Gesellschaft. Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens*. Stuttgart

1967. Darin besonders das Kapitel »Symbiotische Bindungsform und die Normativität in der Untergrundorganisation«, S. 77–95.
- 24 Protokoll der KSK-Sitzung vom 19. Februar 1941. SPP: L. dz. 1495/tj. 41. — Mit dieser Erklärung wollte Sosnkowski die Vorwürfe von K. Popiel zurückweisen, der ihn völlig zu Unrecht der Zusammenarbeit mit Leuten wie Grażyński, Hauke-Nowak und Polakiewicz bezichtigt hatte.
- 25 Zur Tätigkeit von Bagiński vgl. SPP: materiały luźne, Archiv-Nr. 2.2.1. — Zur Redaktionsarbeit von Arciszewski vgl. die Angaben Sosnkowskis im Protokoll der KSK-Sitzung vom 21. Februar 1941. SPP: L. dz. fehlt, Akte KSK, materiały luźne. — GSHI: DCNW, 3. Dezember 1939, verzeichnet eine Besprechung zwischen Sikorski und Sosnkowski über das Thema »projekt organizacji wojskowej w kraju« (Projekt der Militärorganisation in der Heimat). Das Ausstellungsdatum der Gründungsverfügung ist der 4. Dezember 1939.
- 26 Das SOE entstand 1940 unter der Direktion von Hugh Dalton (Minister for Economic Warfare). Seine Hauptaufgabe bestand in der Zusammenarbeit mit nationalen Résistancegruppen im Bereich deutsch okkupierter Staaten. Vgl. L. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*. London 1962, S. 352. Die engeren Verbindungen zwischen der polnischen Exilregierung, deren Untergrundbewegung im Lande und dem im Juli 1940 geschaffenen SOE zeigt die Studie von J. Garliński, *Poland, SOE, and the Allies*. London 1969. Dabei wird deutlich, daß bis weit in das Jahr 1942 hinein die anglo-polnische Zusammenarbeit auf das Problem konzentriert war, eine Flugverbindung zwischen Polen und England zu sichern.
- 27 GSHI: DCNW, Oktober 1939, Anhang 1. — Dieses Dokument hat um so größeren Wert, als die Vorgänge und Entschlüsse hinsichtlich der Militärorganisation sonst überhaupt nicht belegt sind. Wie es dem Regierungsstil Sikorskis nur allzusehr entsprach, wurden diese Dinge in persönlichen Gespräch entschieden. Der Niederschlag dieser Entscheidungen liegt zwar vor, aber ihre Genesis läßt sich nicht rekonstruieren. Nach GSHI: DCNW hatten Sikorski und Sosnkowski folgende Gespräche: 12. 10. (Sosnkowskis zweiter Tag im Exil), 14. 10., 16. 10. (Ernennung Sosnkowskis zum Minister), 18. 10. (im Beisein von Raczkiewicz), 3. 11., 13. 11., 3. 12. (vgl. Anm. 25), 7. 12. und 12. 12. (zusammen mit Außenminister Zaleski).
- 28 SPP: L. dz. 22/tj. 39, Akte KSK (13. November 1939).
- 29 Komendant Główny. Seine Weisungen für die Heimatorganisationen mußten von Sikorski gegengezeichnet werden.
- 30 Ładoś (Inneres), Seyda (Justiz), Stańczyk (Soziales), Kukiel (erster Vertreter des Kriegsministers).
- 31 Vgl. Gründungsverfügung: »Die gesamte von diesen Anordnungen umfaßte Tätigkeit ist streng geheim.« SPP: L. dz. 22/tj. 39, Akte KSK.
- 32 Vgl. ebenda: »Die innere Geschäftsordnung, die vom Oberbefehlshaber noch erst genehmigt werden muß, . . .«
- 33 Für die Weite des Aufgabenkreises vgl. Sosnkowski, Memorandum für Prof. Kot (8. Februar 1940). SPP: L. dz. 1266/tj. 40, Akte KSK: »Beschlüßfassungen in Heimatangelegenheiten, Ausarbeitung von Flugblättern, Bulletins und Informationsschriften . . .«
- 34 Vgl. Vollmacht für Oberst Rostworowski (29. November 1939). SPP: L.

- dz. 136/tj. org. 39. — Rostworowski arbeitete unter den Pseudonymen »Prawdzc« und »Rączy«.
- 35 Vgl. Persönliche und geheime Instruktion für den Kommandanten der Base I/ROMEK (12. Dezember 1939). SPP: L. dz. 299/tj. org. 39. — Krajewski benutzte das Pseudonym »Polesiński«.
- 36 Vgl. Vollmacht für Oberstleutnant Rudnicki (20. Januar 1940). SPP: ohne L. dz. — Als Sitz der Base war zunächst Kowno vorgesehen. Es zeigte sich jedoch, daß sich die Base aus konspirativen Gründen dort nicht halten konnte. Daher wurde sie mit Wirkung vom 1. Februar 1940 beim polnischen Militärattaché in Stockholm eingerichtet. Für die Aufgaben der Base vgl.: Persönliche und geheime Instruktion für den Kommandanten der Base III/ANNA (20. Januar 1940). SPP: L. dz. 1311/tj. 40. — Rudnicki arbeitete unter dem Pseudonym »Jan Wierzba«.
- 37 Rostworowski und Krajewski erhielten nach außen hin den Titel eines Vizekonsuls, der sie — in der Sprache der Geheimdienstler — zu »legalen Residenten« machte.
- 38 Vgl. Instruktion für den Kommandanten der Base I/ROMEK (12. Dezember 1939): »Grundsätzlich wird auf dem Weg zwischen Zentrale und Base der diplomatische Postverkehr in Anspruch genommen.« SPP: L. dz. 299/tj. org. 39.
- 39 Vgl. Oberst Smoleński, Rundschreiben an die Basen (5. Mai 1941). SPP: L. dz. 1346/tj. 41. Dort heißt es zur rechtlichen Stellung der Basenangehörigen, sie seien »als mobilisiert anzusehen«. Das entspricht der Rechtsstellung von Mitgliedern des ZWZ.
- 40 Instruktion für den Kommandanten der Base I/ROMEK (12. Dezember 1939). SPP: L. dz. 299/tj. org. 39.
- 41 Der Kommandant von ROMEK in Budapest, Oberst Krajewski, wurde am 3. Juli 1940 von ungarischer Polizei verhaftet und erst auf wiederholte Intervention des polnischen Konsulats am 23. Juli 1940 abgesehen. Vgl. Mitteilung von Oberst Smoleński an Sosnkowski (23. Juli 1940). SPP: L. dz. 131/A/tj. 40. — Ähnlich schwierige Verhältnisse hatten sich bei BOLEK/Bukarest ergeben, wie der Vertreter Sosnkowskis auf der Belgrader Konferenz zwischen Untergrund und Regierung im Mai 1940, General G. Paszkiewicz, berichtete. Vgl. Protokól konferencji belgradzkiej, S. 244.
- 42 Vgl. Instruktion für den Kommandanten der Base II/BOLEK (30. November 1939), Anhang. SPP: L. dz. 137/tj. org. 39.
- 43 Vollmacht für Rostworowski (29. November 1939). SPP: L. dz. 136/tj. org. 39. Vgl. auch Instruktion für den Kommandanten der Base I/ROMEK (12. Dezember 1939). SPP: L. dz. 299/tj. org. 39. — Da solche Anweisungen in der Instruktion für Kommandant Rudnicki von ANNA fehlen, ist offensichtlich, daß dieses Problem nur bei BOLEK und ROMEK bestand.
- 44 Der Name leitete sich von der Zahl der Führungsmitglieder dieses Komitees ab: 3 Stabsoffiziere des GISZ, 3 Beamte des Außenministeriums und Wiktor Drymmer als Präses. Vgl. W. T. Drymmer, Z Kut do Bicz. In: Na Straży Nr. 28—30. Jerusalem 1946. Unter den Beamten des Außenministeriums befand sich auch Tadeusz Schaetzel, der ehemalige Chef der Ostabteilung, den die Exilregierung sogar eines besonderen Tarnnamens (»Szanowny«!) für würdig befand. Vgl. Józef Lipski, Diplomat in Berlin

- 1933—1939. Papers and memoirs (hg. v. W. Jędrzejewicz). London-New York 1968, S. 139.
- 45 Vgl. Wl. Pobóg-Malinowski, Na rumuńskim rozdrożu (fragmenty wspomnień). In: *Kultura* H. 9 (1948), S. 147, Anm.
- 46 Vgl. ebenda, S. 146.
- 47 Letzten Endes war das K. 7. über eine undurchsichtige Scheck-Geschichte gestolpert, als die Bukarester Botschaft einen von J. Barański präsentierten Scheck nicht honorieren wollte. Vgl. T. Wasilewski, Jeszcze o »K. 7.« In: *Kultura* H. 12 (1948), S. 117 f. Wasilewski, damals Militärattaché in Bukarest, nahm mit seinem Leserbrief Bezug auf Pobóg-Malinowskis Memoirenfragmente (vgl. Anm. 45). Er betont, das K. 7. habe versucht, sich Regierungsgelder unrechtmäßig anzueignen. — Wasilewskis Darstellung wurde vom eigentlichen Akteur in dieser Sache, Jan Barański, bestritten: Leserbrief in: *Kultura* H. 5 (1951), S. 132—137. Daraufhin hat A. Poniński als ehemaliges Botschaftsmitglied in einem abschließenden Leserbrief die Richtigkeit der Darstellung Wasilewskis bestätigt: *Kultura* H. 7 (1951), S. 230 f.
- 48 Vgl. die jeweiligen Dienstinstruktionen der Basenkommandanten von BOLEK, ROMEK und ANNA (s. Anm. 42, 35 u. 36).
- 49 Vgl. Oxford-Conference, S. 5.
- 50 Vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 2 an Rowecki (16. Januar 1940). SPP: L. dz. 735/ścisle tj. 40. — Für die Unterscheidung in »Kurier« und »Emissär« vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 28. Februar 1940. SPP: L. dz. 1810/tj. 40.

## 6. Kapitel

- 1 B. Russel, Power. A New Social Analysis. London 1957, S. 197 f.
- 2 Unter dem Pseudonym »Eugeniusz Strażnica«.
- 3 Unter dem Pseudonym »Józef Godziemba«.
- 4 Instruktion Nr. 1 für Rowecki (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/40 Fr.
- 5 »Związek Walki Zbrojnej«. Die Namenswahl offenbart Sosnkowskis Einfluß, der im Juni 1908 auf eigene Initiative den namensähnlichen »Związek Walki Czynnej« (Verband für aktiven Kampf) gegründet hatte. Vgl. B. Miedziński, Piłsudski i Sosnkowski, S. 163.
- 6 Vom 12. Dezember 1939. SPP: L. dz. 299/tj. org. 39.
- 7 Vgl. W. Grzembo, Relacja (aufgezeichnet von Oberst K. Iranek-Osmecki: 25. Januar 1957, SPP). Grzembo war der Schwager Brayczewskis. Vgl. W. Grzembo, Żegnaj, przyjacielu! In: *Dziennik Polski* (6. März 1965). — Die ROMEK-Instruktion gibt den Rang Brayczewskis fälschlich mit Oberstleutnant (podpułkownik) an.
- 8 Durch den ersten schriftlichen Bericht Tokarzewskis an den Oberbefehlshaber vom 10. Oktober 1939. Dieser Bericht wurde von einem ungarischen Militärattaché zunächst versehentlich an Marschall Rydz-Śmigły befördert, der ihn dann jedoch an Sikorski weiterleitete. Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 11. Ebenfalls: J. Karasiówna, Pierwsze półroczce, S. 22 f. — Vgl. ebenda: »Als sich Szymański im November in der Heimat aufhielt, nahm er mit vielen Personen Kontakte auf, die über . . . Tokarzewskis Organi-

- sation gut informiert waren.« — Beide Quellen — das Schreiben Tokarzewskis wie auch der erste Bericht Szymański's — waren in den Archiven nicht auffindbar.
- 9 Zu diesem Pseudonym Szymański's hatte der am 28. Februar 1839 gestorbene »Emissär der Großen Emigration« Szymon Konarski Pate gestanden.
  - 10 Die Deciffrierung der von Szymański überbrachten Dokumente erfolgte in der Silvesternacht 1939. Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 25.
  - 11 Ebenda, S. 6.
  - 12 Die Redseligkeit und andere Verhaltensschwächen Szymański's veranlaßten das Oberkommando des ZWZ, ihn später nicht mehr als Emissär einzusetzen.
  - 13 Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 26. — Auch für das Folgende.
  - 14 Vgl. den Bericht des politischen Emissärs W. Strzelecki (Budapest, 12. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 3635/XVIII/40: »Die Abkommandierung Tokarzewskis . . . rief in militärischen Kreisen in der Heimat Unzufriedenheit hervor, die bis jetzt andauert.« — Gleichzeitig wurden in der Heimat auch Stimmen laut, die den vermeintlichen »Sturz« Tokarzewskis in besonders boshafter Weise kommentierten: »Allgemein wird davon gesprochen . . ., daß er der Leiter der Theosophen in Polen ist.« Dr. T. Gluziński, Bericht (16. Februar 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 880/XVIII/40. — Tokarzewski und Karasiówna waren Theosophen.
  - 15 Vgl. S. 55 f. und S. 276 Anm. 25, 27.
  - 16 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 11: »Zu der Zeit wußten wir noch nichts von der Proklamation einer neuen Regierung . . .; da ich aber mit der Möglichkeit von Veränderungen rechnete, bat ich den Major, im Ausland festzustellen, wer der zuständige Oberbefehlshaber sei . . .«
  - 17 Das jedenfalls gab Sikorski in seinem Gespräch mit Tokarzewski an. Vgl. ebenda.
  - 18 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 15, 19.
  - 19 Zu Ryszard Świętochowski vgl. S. 118 ff.
  - 20 Nach W. Babiński, *Przyczynki*, S. 17, erhob hauptsächlich Professor Kot, der als guter Freund Sikorskis Anfang Dezember das Innenministerium übernehmen sollte, Einwände gegen die Person Tokarzewskis.
  - 21 Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 27: »... wo ihn jeder Antek auf der Straße erkennen würde . . .«
  - 22 Vgl. ebenda. — Vgl. auch J. Jastrzębski, Bericht (Angers, 23. Mai 1940). SPP: L. dz. 3473/tj. 40. Der Verfasser war St. Witkowskis Stellvertreter in der Leitung der zwielfichtigen Organisation »Muszkietrzy«. In seinem Bericht, der die Muszkietrzy entlasten sollte, ging er mit dem ZWZ ins Gericht und klagte u. a. das *Heimatkommando* des ZWZ an, durch die Entsendung Tokarzewskis nach Lemberg elementare konspirative Grundsätze verletzt zu haben. Er wußte allerdings nicht, daß er in Wahrheit einen dilettantischen und einfältigen Befehl der Exilregierung kritisierte.
  - 23 Vgl. W. Babiński, *Przyczynki*, S. 17. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Regierung Tokarzewski vorsätzlich in die sichere Gefangennahme schicken wollte. Auch war in der Instruktion Nr. 1 ausdrücklich vorgesehen, daß eine Militärregion von außerhalb kommandiert wurde. Weshalb Tokarzewski von dieser Möglichkeit nicht von sich aus Gebrauch machte, ist unerklärlich.

- <sup>24</sup> Diese Annahme würde gleichfalls den Vorwurf der Illoyalität Tokarzewskis, der sich auf die Brief-Episode stützte, in das rechte Licht rücken: Einmal hätte schon allein die Weiterleitung des Briefs an Sikorski Grund genug sein sollen, diesen Vorwurf zu entkräften; zum anderen wird aus Tokarzewskis erhaltenen schriftlichen Meldungen (7. und 14. Dezember) wie auch aus dem Bericht T. Rudnickis (19. Dezember) deutlich, daß Tokarzewski sich der rechtmäßigen polnischen Regierung unterstellt fühlte. Am 4. Dezember lagen diese Berichte der Regierung zwar noch nicht vor; aber es ist nur recht und billig, diese Einstellung Tokarzewskis auch in seinem nicht erhaltenen Schreiben vom 10. Oktober zu vermuten. — Nach einer späteren Bemerkung Sosnkowskis ging Tokarzewskis Abkommandierung auf eine »Entscheidung des Oberbefehlshabers (= Sikorskis)« zurück. Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 21. Februar 1941. SPP: Akte KSK, materiały luźne, ohne L. dz. — Die Vermutungen über die Motive der Regierung, die insgesamt eine vernünftige Apologie der Versetzung Tokarzewskis herausstellen, sind auf dem Weg der Kombination entstanden. Wegen des Mangels an Quellen zur Genesis der Instruktion Nr. 1 lassen sie sich nicht beweisen.
- <sup>25</sup> J. Karasiówna, Pierwsze półrocze, S. 26 f.
- <sup>26</sup> Instruktion Nr. 1 (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/40 Fr. — Auch für die im folgenden nicht besonders ausgewiesenen Zitate.
- <sup>27</sup> Dazu ist es später nicht gekommen. Vielmehr wurde dem ZWZ schon bald das ausschließliche Recht auf Spionage zuerkannt.
- <sup>28</sup> Vgl. dazu die weitsichtige Warnung Sosnkowskis: »Denken Sie daran, daß man auf den Befehl zum bewaffneten Eingreifen noch lange wird warten müssen!«
- <sup>29</sup> Die Berücksichtigung der Okkupationsteilung Polens erfolgte auf einigen Arbeitssitzungen, die zwischen dem 22. und dem 28. Oktober 1939 stattfanden. Da die Nummerierung der Militärregionen keinerlei Rücksichten auf Okkupationsteilungen erkennen läßt, könnte man annehmen, daß die Grobgliederung in Militärregionen noch vor diesem Zeitpunkt festgelegt worden war. — Vgl. Projekt der organisatorisch-territorialen Einteilung des ZWZ (o. Datum). SPP: L. dz. fehlt, lose Sammlung, Archiv-Nr. 2.2.1. Vgl. auch Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 124.
- <sup>30</sup> Zur Frage materieller Vergütung vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 2 (16. Februar 1940). SPP: L. dz. 735/tj. 40: »Grundsätzlich ist der Dienst im ZWZ ein ideeller Dienst. Materielle Vergütungen können erst nach Wiedererlangung der souveränen polnischen Herrschaft gewährt werden.« Auch: Rowecki, Organisationsbefehl (7. Februar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40, Anhang: »Mittellose Leute dürfen sich nicht für den ZWZ rekrutieren lassen.« Ein Ministerratsbeschluß vom 7. März 1940 sah lediglich die Versorgung der Hinterbliebenen im Dienst gefallener ZWZ-Mitglieder vor. Vgl. Tabaczyński an Sosnkowski (26. März 1940). SPP: Akte KSK, Nr. 820/40/tj.
- <sup>31</sup> Vgl. S. 43 und S. 272 (Anm. 80).
- <sup>32</sup> Vgl. J. Jastrzębski, Bericht (Angers, 23. Mai 1940). SPP: L. dz. 3473/tj. 40: »Die Frage der Eidesleistung schreckte viele Offiziere ab, die darauf verwiesen, daß sie schon einen Eid geleistet hätten, daß sie sich weiterhin in der Armee befänden und bereit seien zu kämpfen; und die Frage eines neuen Eides behandeln sie wie das Problem des Sondereids. Für einige

- sehr rechtsbewußte Männer stellt sich die Frage des Eides als grundsätzliches Problem.«
- 33 Auskunft von Frau R. Oppmanowa (GSHI, London).
- 34 T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 29.
- 35 Vgl. Disziplinar kodex des ZWZ (o. Datum). SPP: Akte KSK, materiały luźne. Ebenfalls: Pflichten und Rechte der ZWZ-Mitglieder (o. Datum). SPP: ebenda. — Die Instruktion Nr. 1 (SPP: L. dz. 45/40 Fr.) enthält nur grundsätzliche Hinweise aus diesen Papieren.
- 36 Vgl. auch den KSK-Beschluß: Kodex der Kapturgerichte (16. April 1940). SPP: L. dz. 2955/tj. 40. — Ebenfalls: Instruktion für die Aufnahme und Entlassung von ZWZ-Mitgliedern (30. April 1940). SPP: L. dz. 2772/tj. 40.
- 37 SPP: L. dz. 972/tj. 40 L. ew. 1. — Die merkwürdige Zählung der ersten Meldung nach der Umstellung auf den ZWZ erklärt sich, wenn man die anderen Meldungen Tokarzewskis mit hinzuzieht. Dabei wird angenommen, daß mündliche Berichte nicht beziffert wurden:  
 Nr. 1: Brief an Oberbefehlshaber (10. Oktober 1939)  
 Nr. 2: Bericht vom 7. Dezember 1939  
 Nr. 3: Bericht vom 14. Dezember 1939  
 Nr. 4: Bericht vom 6. Januar 1940.  
 Der mündliche Bericht des Kuriers W. (aciaw) P. (łoński), der im Bericht vom 14. Dezember erwähnt wird, scheint gleichfalls verloren zu sein. Die Deutung der Initialen »W. P.« wurde vorgenommen aufgrund von: Tabelle der Kurier- und Emissärsbewegungen. SPP: Akte KSK, tj. 40. — Der letzte mündliche Bericht, der Mitte Oktober Oberstleutnant T. Rudnicki aufgetragen wurde, trägt als Datum der Niederschrift den 19. Dezember 1939. Die Verzögerung der Berichterstattung Rudnickis erklärt sich aus seiner zwischenzeitlichen Verhaftung in Wilna.
- 38 Meldung Nr. 5. SPP: L. dz. 972/tj. 40 L. ew. 1. — Emissär Szymański berichtete Tokarzewskis Reaktion: »Tokarzewski war willens, den Befehl ohne Verzug auszuführen. In einem Gespräch privaten Charakters unterzog er den Befehl jedoch einer gewissen Analyse.« Szymański, Allgemeine Skizze (23. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang.
- 39 Meldung Nr. 5 (9./10. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40 L. ew. 1.
- 40 Ebenda.
- 41 Ebenda.
- 42 Ebenda.
- 43 Vgl. K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 59—66.
- 44 Tokarzewski-Rede, S. 17.
- 45 Ebenda, S. 18.
- 46 Vgl. J. Karasiówna, Pierwsze półrocze, S. 22: »... nach dem Dreikönigstag...«
- 47 Ebenda.
- 48 Vgl. Rowedki, Instruktion an A. Obtułowicz (6. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang: »Die SZP ist organisatorisch identisch mit dem ZWZ, der sein Oberkommando in Paris hat.«
- 49 Vgl. J. Karasiówna, Pierwsze półrocze, S. 27. — Denkt man diese Pläne Tokarzewskis konsequent weiter, dann macht freilich seine Empörung über die Entscheidung der Exilregierung, seinen Posten mit Rowedki zu besetzen, den Eindruck von Theaterdonner.

- <sup>50</sup> Formal gesehen war dieser Entschluß Tokarzewskis eine Befehlsverweigerung, die jedoch durch den sachlichen Hinweis abgedeckt war, daß man unter konspirativen Verhältnissen solche Wechsel nicht so schnell bewerkstelligen konnte. Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 27. Auch: *Wł. Gieysztor, Bericht* (Budapest, 27. Januar 1940): »Aber bisher konnte er aus technischen Schwierigkeiten noch nicht abreisen.« SPP: L. dz. 1136/tj. 40.
- <sup>51</sup> *Wł. Gieysztor, Bericht* (27. Januar 1940). SPP: L. dz. 1136/tj. 40. — Gieysztor war als Regierungsemissär (die Instruktion Nr. 1 war von insgesamt vier Emissären überbracht worden, von denen Szymański Warschau als erster erreicht hatte) in den politischen Verhandlungen der ersten Januarstage zugegen. Er hatte Tokarzewski die eigentliche Ernennung für Lemberg überbracht. Vgl. *Wł. Gieysztor, Tajna misja do Polski*. In: *Kierunki* Nr. 30 (1958). Auch die romanhaften Erinnerungen unter dem Pseudonym »Adam Zawisza«, *Across Frontiers*. New York [1943]. — Sein Pseudonym als Emissär war »Hoffman«.
- <sup>52</sup> Rybarski und Nowodworski von der SN nahmen an den Verhandlungen »mehr in der Rolle von Kiebitzen« teil. Vgl. ebenda.
- <sup>53</sup> Ebenda. — Vgl. die Ausführungen von Innenminister Kot in: *Protokoll der KSK-Sitzung vom 28. Februar 1940*. SPP: L. dz. 1810/tj. 40: »Denn aus der Heimat kommt ein unerhörter Druck. Die augenblicklichen Forderungen seien geradezu verzweifelt.«
- <sup>54</sup> Anhang C zu: SPP: L. dz. 1214/tj. 40.
- <sup>55</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>56</sup> Ebenda. — Vgl. *Wł. Gieysztor, Bericht* (27. Januar 1940). SPP: L. dz. 1136/tj. 40: »... daß die Regierung ihren ständigen Delegaten ernennt, der geradezu Innenministerrang hat und darüber hinaus ein Mann ist, der wohl in Warschau arbeitet, aber doch der Regierung in Angers angehört. Dieser Grundsatz fand in der Heimat allgemeine Billigung.«
- <sup>57</sup> Rowewki, *Meldung Nr. 5* (9. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- <sup>58</sup> Tokarzewski, *Meldung Nr. 5* (9./10. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40 L. ew. 1.
- <sup>59</sup> Vgl. auch *Wł. Gieysztors Bericht über die Ansichten der Parteien über Tokarzewski und Rowewki* (SPP: L. dz. 1136/tj. 40): »Ich habe festgestellt, daß sowohl die PPS wie auch die SL Tokarzewski als einzigartigen Mann anerkannt haben und daß sie zu Rowewki gleichfalls ungeheures Vertrauen haben, aber eben doch nur als Person Nr. 2.«
- <sup>60</sup> Tokarzewski, *Meldung Nr. 5*. SPP: L. dz. 972/tj. 40 L. ew. 1.
- <sup>61</sup> Ebenda.
- <sup>62</sup> Ebenda (Unterstreichung im Original!)
- <sup>63</sup> Tokarzewski an Sosnkowski (1. Januar 1940). SPP: L. dz. 1214/tj. 40, Anhang F.
- <sup>64</sup> Rowewki, *Organisationsmeldung* (8. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- <sup>65</sup> *Instruktion Nr. 2*, S. 22.
- <sup>66</sup> *Instruktion Nr. 2 für Rowewki* (16. Januar 1940). SPP: L. dz. 735/tj. 40.
- <sup>67</sup> SPP: L. dz. 1214/tj. 40: »Ideelle Deklaration« (Anhang D) und »Vorbemerkungen« (Anhang E).
- <sup>68</sup> *Vorbemerkungen*. SPP: L. dz. 1214/tj. 40 (Anhang E).
- <sup>69</sup> Ebenda.
- <sup>70</sup> Tokarzewski-Rede, S. 21.

- 71 Ebenda.
- 72 Diese Pseudonyme galten bezeichnenderweise nur im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Politikern und dem ZWZ. Im Einzelnen: Kazimierz Pużak, PPS (»Bazyli«); Dębski, SN (»Stachurski«); Korboński, SL (»Nowak«); Grudziński, SL (»Walenty«); Tokarzewski (»Doktor«); Rowecki (»Inżynier«); Kruk-Strzelecki (»Dyrektor«). — Organisationsdifferenz: PPS = »Kolo«; SN = »Kwadrat«; SL = »Trójkąt«; ZWZ = »Z«. — Grudziński als Generalsekretär der SL hatte lediglich Korboński auf der Sitzung vom 26. Februar 1940 vertreten. Vgl. St. Korboński, *Warsaw in Chains*, S. 37. — Tokarzewskis Deckname spielt auf dessen Medizinstudium an, das dieser mit Beginn des Ersten Weltkriegs abgebrochen hatte. Vgl. E. Kumor, *Wycinek*, S. 53 (Anm.). — Major Kruk-Strzelecki war Chef der politischen Propaganda-Abteilung des ZWZ. Im September 1939 hatte er in ähnlicher Funktion schon bei der Warschauer Stadtverteidigung gearbeitet. — »Z« (auch: »Zet«) wurde lediglich in den Verhandlungen mit den Politikern benutzt. Den gewöhnlichen Mitgliedern des ZWZ war der Verband nur unter »SSS« (Stowarzyszenie Samoobrony) bekannt; nur die engsten Mitglieder benutzten die eigentliche Abkürzung ZWZ. Vgl. *Protokół konferencji belgradzkiej*, S. 198.
- 73 Protokoll Nr. 1 (verfaßt von Pużak). In: *Meldung Nr. 9* (11. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 74 Ebenda.
- 75 Ebenda.
- 76 Ebenda.
- 77 Ebenda. Vgl. auch J. Karski, *Secret State*, S. 84.
- 78 Protokoll Nr. 1 (s. Anm. 73).
- 79 Dieser Umschwung war vielleicht ein Ergebnis der vorhergehenden Verhandlungen für die Konferenz.
- 80 Protokoll Nr. 1 (s. Anm. 73) — für alle nicht bezeichneten Passagen.
- 81 Ebenda.
- 82 Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 21.
- 83 Vgl. Protokoll Nr. 2. In: *Meldung Nr. 9* (11. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. Zu dieser geplanten Sitzung war unerklärlicherweise Pużak nicht erschienen, so daß man sich vertagen mußte.
- 84 St. Korboński, *Warsaw in Chains*, S. 37 datiert versehentlich auf den 27. Februar. Sein Irrtum erklärt sich wohl daraus, daß er sich auf der Sitzung von Grudziński vertreten lassen mußte.
- 85 Vgl. Protokoll Nr. 3. In: *Meldung Nr. 9* (11. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 86 Vgl. Z. Zaremba, *Wojna i konspiracja*, S. 104: »Der Eid wurde von den Mitgliedern in die Hand des ZWZ-Kommandanten geleistet und verpflichtete zur Geheimnisbewahrung und zur Zusammenarbeit.« Vgl. auch: E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 22 (Anm. 24). — Protokoll Nr. 3 (s. Anm. 85) führt über den Eid aus, es habe sich dabei »um eine Vereidigung in der Art der ZWZ-Formel« gehandelt, die »durch Unterschrift unter den [Eides-]Text geleistet« wurde. Durch den Hinweis, daß Rowecki den Eid abnahm, wird die Bindung an den ZWZ noch einmal ausdrücklich bestätigt.
- 87 Sikorski, *Instruktion Nr. 2 an alle Vertrauensmänner der Regierung* (21. Dezember 1939). SPP: Akte KSK, L. dz. 1045/tj. 40.

- 88 Protokoll Nr. 3 (s. Anm. 85). — Die weitergehenden Ziele der Versammlung sind freilich deutlich zu erkennen.
- 89 Tokarzewski-Rede, S. 21. — Allerdings kam das PKP-Projekt nicht schon, wie Tokarzewski berichtet, auf der ersten, sondern erst auf der dritten Sitzung zur Sprache.
- 90 Ebenda.
- 91 Vgl. St. Korboński, Warsaw in Chains, S. 37.
- 92 Vgl. Protokoll Nr. 3 (s. Anm. 85). — Für den März 1940 (1. Sitzung) wurde Pużak zum Vorsitzenden bestellt.
- 93 Vgl. St. Korboński, Warsaw in Chains, S. 38.
- 94 Vgl. ebenda, S. 38.
- 95 Die Einsetzung eines Regierungsdelegaten wurde mit besonderem Nachdruck von Seiten der PPS verlangt. Vgl. F. Szymański, Situationsskizze (23. Januar 1940): »In der PPS herrscht allgemein ein starker Druck zur Entscheidung in dieser Hinsicht. Das Wort Zarembas lautet, daß, sofern Paris nicht in kürzester Zeit diese Expositur einrichtet, wir sie uns selbst schaffen müssen.« SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang.
- 96 Die von E. Duraczyński, Stosunki, S. 22 (Anm. 26) herausgestellte Tatsache, daß in den Memoiren ehemaliger Mitglieder des PKP die Verklammerung mit dem ZWZ abgestritten wird, ist nicht so verwunderlich, wie Duraczyński meint. Tatsächlich hat das PKP seinen Arbeitsauftrag im Hinblick auf den ZWZ so eng nur bis zum Juni 1940 verstanden. Insofern handelt es sich hier um eine Episode im Selbstverständnis des PKP, die von späteren Überlegungen verdrängt wurde.
- 97 Vgl. Protokoll Nr. 3 (s. Anm. 85).
- 98 Ebenda. — Vgl. auch St. Dołęga-Modrzewski, Polskie państwo podziemne, S. 23.
- 99 Tokarzewski-Rede, S. 22.

## 7. Kapitel

- 1 Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung (8. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- 2 Vgl. K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 53, 70, und anderswo.
- 3 Vgl. ebenda. Auch T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 20. Die ROMEK-Meldung über Racheorganisationen in der Heimat (16. Januar 1940) gibt an, die Gestapo sei durch Oberst Robakiewicz auf Eplers Spur geführt worden. Epler selbst befinde sich seit den ersten Januartagen in Ungarn. (SPP: L. dz. 910/tj. 40)
- 4 Das Datum ist erschlossen: die endgültige Zusage gab Komorowski erst nach Rudnickis Rückkehr aus Lemberg (Mitte November 1939).
- 5 Vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 20: »Surzycki explained to me ... I should do it because I had never meddled in politics and had not belonged to the régime in power (which he looked upon as one of the factors responsible for our defeat).« — Zur Biographie: T. Pelczyński (der Stabschef Komorowskis in der AK), Gen. T. Bór-Komorowski. Żołnierz i obywatel. In: Dziennik Polski (3. September 1966). I. Birn-

- baum, Tragödie eines Patrioten. In: Süddeutsche Zeitung (27./28. August 1966). Todesanzeige in Dziennik Polski (26. August 1966).
- 6 Vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 21.
- 7 Rudnicki hatte Komorowski 1938 im Kommando über das 9. Ulanenregiment abgelöst.
- 8 Vgl. den Artikel eines alten PPS-Mannes (o. Namen), Podziemie. In: Robotnik Polski w Wielkiej Brytanji (Sept./Okt. 1947), S. 17.
- 9 Vgl. K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 67. Das Referat II (Spionage) erhielt Stefan Witkowski für seine Gruppe »Muszkietrzy«.
- 10 Für das Gesamtbild vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 21—26.
- 11 Vgl. K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 55: »Welche Aufgaben soll die Heimat übernehmen? Wozu sollen die Untergrundorganisationen dienen, — zur Spionage oder zur Sabotage? Bewaffneter Aufstand: ja, aber wann? — All das waren Fragen, auf die wir keine Antwort geben konnten.«
- 12 K. Rudnicki, Relacja für den Verfasser (15. November 1968).
- 13 Vgl. J. Rudnicki, Bericht für den Oberbefehlshaber Nr. 2 (10. Januar 1940). SPP: L. dz. 100/tj. 40. Dort wurden die Organisationen »Muszkietrzy« (Spionage) und »Brochwicz« (späterer Grundstock für die Diver-sionsgruppe des ZWZ) genannt.
- 14 Vgl. K. Rudnicki, Relacja (15. November 1968).
- 15 Die Komorowski-Gruppe hatte von Świętochowski 200 000 Zł. erhalten. Auch gab Świętochowski sein Plazet dafür, daß Komorowski die zufällig erhaltene Summe von 2 Mio Zł. einbehalten durfte. — Vgl. Rudnicki, Bericht Nr. 2 (10. Januar 1940). SPP: L. dz. 100/tj. 40.
- 16 Zum Verhältnis von Świętochowski zum ZWZ vgl. S. 125 f.
- 17 K. Rudnicki, Bericht Nr. 2 (10. Januar 1940). SPP: L. dz. 100/tj. 40.
- 18 K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 71.
- 19 Von dieser ersten Meldung hat sich in den benutzten Archiven nur eine Spur gefunden: Der ROMEK-Bericht über die Racheorganisationen (16. Januar 1940) enthielt sie im Anhang. Die Meldung wurde offenbar aus dem Vorgang herausgelöst und fehlt seitdem.
- 20 Rudnicki-Relacja. Vgl. auch: K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 68.
- 21 Vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 28 ff. — Vgl. auch die Meldung des Kuriers Halecki (12. Februar 1940). SPP: L. dz. 1534/tj. 40, Anhang.
- 22 Vgl. T. Bór-Komorowski, Secret Army, S. 28. — Vgl. auch T. Pełczyński, Gen. Stefan Rowecki: pierwszy dowódca AK. In: Dziennik Polski (9. August 1954). — Für die enge Verbundenheit zwischen beiden Männern spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß Komorowski noch im Laufe des Jahres 1940 von Rowecki zu seinem Stellvertreter ernannt wurde.
- 23 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40: »Ich konnte aus Paris nicht klug werden, bis mir Szymański den Sachverhalt erklärte.«
- 24 Vgl. Auszug aus der ROMEK-Meldung (12. Februar 1940). SPP: L. dz. 1741/tj. 40.
- 25 Pseudonym »Cieślak«. Oberst Zajączkowski hatte zuletzt ein Grenzschutz-Regiment (KOP) kommandiert.
- 26 Vgl. Zebrowski, Bericht Nr. 6 (1. Februar 1940). SPP: L. dz. 1741/tj. 40.
- 27 Vgl. Instruktion für Pstrokoński (11. März 1940). SPP: L. dz. 1818/tj. 40.

- Bekanntlich war ja Rowecki für die Regelung der Angelegenheiten in der ZWZ-Region Nr. 4 zuständig.
- <sup>28</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 6 (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40: »Tokarzewski erklärte mir bei der Abreise, daß er sich bei der Übernahme der Region Nr. 3 mir unterstellt fühle«.
- <sup>29</sup> Die Ernennung wurde in der Instruktion Nr. 2 (16. Januar 1940) ausgesprochen. Tokarzewski hat sie nicht mehr zu Gesicht bekommen, da sie erst im März in Warschau eintraf. SPP: L. dz. 735/tj. 40.
- <sup>30</sup> Sosnkowski an Tokarzewski (16. Februar 1940). SPP: L. dz. 1422/tj. 40. Dort die Bitte, »das vorliegende Schreiben als nicht-amtliches Dokument behandeln zu wollen.«
- <sup>31</sup> Tokarzewski-Rede, S. 22.
- <sup>32</sup> Datierung ebenda. — G. Rhode, Die politische Entwicklung Polens im II. Weltkrieg, in: Osteuropahandbuch Polen, S. 196, datiert fälschlich auf »Herbst 1939«.
- <sup>33</sup> Erste, noch unbestätigte Meldungen von der Verhaftung erreichten die Exilregierung durch eine BOLEK-Depesche (11. April 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 1108/XV/40: »Kurierin ›Dasia‹ gibt an, Tokarzewski sei von den Bolschewiken in Przemysł gefangengenommen worden. Nachricht nicht geprüft.« — Für seine Reise hatte Tokarzewski das Pseudonym »Dr. Tadeusz Mirowy« angenommen. Vgl. J. Walewski, Urzekająca postać. In: Dziennik Polski (6. März 1965).
- <sup>34</sup> Rudnicki war vorausgegangen und schon am 25. Februar auf ostpolnischem Boden verhaftet worden. Vgl. K. Rudnicki, Na polskim szlaku, S. 86.
- <sup>35</sup> Zum Ganzen vgl. Tokarzewski-Rede, S. 21 f.
- <sup>36</sup> Tokarzewski ist vermutlich von Major E. Macieliński verraten worden.
- <sup>37</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40. — Allerdings wollten auch die Gerüchte nicht verstummen, daß Tokarzewski sich noch immer im Generalgouvernement aufhalte und die Geschicke des ZWZ aus dem Hintergrund dirigiere. Für diesen politisch motivierten Verdacht vgl. Martyniuk, Bericht (5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. — Martyniuk war ein Emissär Innenminister Kots.
- <sup>38</sup> R. Luda, Skizze über Entstehung und Entwicklung des ZWZ (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- <sup>39</sup> Ebenda. — Jaworski mißachtete damit den Befehl General Langners, des Verteidigers Lembergs, der die Truppen angewiesen hatte, sich zur Übergabe der Waffen auf dem Bernadiński-Platz zu versammeln.
- <sup>40</sup> Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 121.
- <sup>41</sup> Vgl. (o. Verf.), Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41, Anhang 6 zur Instruktion Nr. 8 für Rowecki (22. September 1941).
- <sup>42</sup> Vgl. Wł. Żebrowski, Bericht Nr. 1 (7. Dezember 1939). Anhang 1 zum ROMEK-Bericht (26. Januar 1940). SPP: L. dz. 1195/tj. 40. Die Leute um Januszajtis trugen als Montur die Schuluniformen Lemberger Gymnasien.
- <sup>43</sup> Vgl. hs. Bericht von A. Zielicki (o. Datum). GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41. — Der Bericht wurde von Oberst L. Okulicki (damals Stabschef der polnischen Armee auf sowjetischem Boden) am 19. November

- 1941 an den polnischen Botschafter Prof. St. Kot übersandt. Seit 1950 lehrt Zielicki Mathematik am Paderewski-Gymnasium in England. Er hatte in Lemberg studiert.
- 44 Der relativ nichtssagende Name paßt zur Genesis der Gruppe.
- 45 Im ROMEK-Bericht (22. Januar 1940), SPP: L. dz. 77/tj. 40, wird ihr Zahlenstand mit 250—300 Mann angegeben. Diese Angaben beruhen auf Informationen, die Dr. Czarnik der Base gemacht hatte.
- 46 Vgl. ebenda. Auch: A. Zielicki, Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41. Zielicki begann noch im Dezember 1939 als Provinzkommandant der POWW.
- 47 Vgl. Zielicki-Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- 48 Vgl. ROMEK-Bericht (22. Januar 1940), SPP: L. dz. 77/tj. 40. Dort auch die Erwähnung, daß dem ZR lokale Gruppen von Arbeitern und Bauern beitraten.
- 49 A. Zielicki spricht von »Dutzenden« anderer Gruppen, deren Entstehung durch das schnelle Kriegsende gefördert wurde, nennt aber keine von ihnen. GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- 50 Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- 51 Vgl. Zielicki-Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- 52 Datierung bei R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 121 wirft Januszajtis »leichtfertige Unvorsichtigkeit und dilettantische Stümperei« in der Arbeit vor.
- 53 R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40. Dort auch das Datum der Verhaftung. — Eine andere Quelle sagt, Boruta habe sich verwundet im Gebirge versteckt, wo er dann gestorben sei. Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 213. — Dazu würde die Bemerkung Rowedkis passen: »Boruta ging verloren, als er am 11. November aus Lemberg abreiste.« Rowedki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang C, SPP: L. dz. 1991/tj. 40. Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR diente Boruta in den auf sowjetischem Boden formierten polnischen Streitkräften, später als Befehlshaber der 5. Division. Seine Beziehungen zu General Anders waren sehr getrübt.
- 54 Nach Wł. Żebrowski, Bericht Nr. 1 (7. Dezember 1939), SPP: L. dz. 1195/tj. 40, verließ Boruta die Stadt am 11. November, wurde aber erst am 13. Dezember in Nadwórna verhaftet. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40, gibt Stanisławów als Ort der Verhaftung an.
- 55 Vgl. ROMEK-Bericht (22. Januar 1940), SPP: L. dz. 77/tj. 40. Zaniewski ist später nicht mehr dokumentiert.
- 56 Vgl. ebenda. — Auch: ROMEK-Bericht (16. Januar 1940). SPP: L. dz. 910/tj. 40.
- 57 Vgl. Żebrowski, Bericht Nr. 6 (1. Februar 1940). SPP: L. dz. 1741/tj. 40.
- 58 Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40. Der Einfluß Jaworskis war auch weiterhin so stark, daß die Kurierin W. Zwolińska im Exil meldete, er sei »der aktivste Mann neben Żebrowski«. W. Zwolińska, Bericht (12. Februar 1940). SPP: L. dz. 1581/tj. 40. — In: Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941), SPP: L. dz. 3330/tj. 41, heißt es: »Alles wurde von Jaworski geleitet«.
- 59 Datierung von R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40.

- 60 Vgl. Żebrowski, Bericht Nr. 1 (7. Dezember 1939), SPP: L. dz. 1195/tj. 40.
- 61 Ebenda zählt auf: Kombattantenverbände, Schützenverband, Legionärsbund, Teile des alten POW, Eisenbahnerorganisation, Bauern- und Arbeitergruppen, Milizen von PPS und SL, und zwei lockere Gruppen der SN.
- 62 Vgl. ebenda.
- 63 Dafür spricht, daß Dobrowolskis Gruppe sich spätestens am 1. Februar 1940 auf ca. 1000 Mann belief. Vgl. Żebrowski, Bericht Nr. 6 (1. Februar 1940), SPP: L. dz. 1741/tj. 40. Auch: ROMEK-Bericht (22. Januar 1940), SPP: L. dz. 77/tj. 40.
- 64 Datierung von R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40. A. Zieliński datiert auf den 15. Dezember 1939.
- 65 Vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 3 für Lemberg (5. Mai 1940). SPP: L. dz. 3282/tj. 40.
- 66 Instruktion für General Żegota-Januszajtis (o. Datum). SPP: L. dz. 45/tj. 40 Fr.
- 67 Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- 68 Zieliński betont die Gleichzeitigkeit der Ankunft: 15. Dezember 1939. — Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941), SPP: L. dz. 3330/tj. 41, nennt dagegen den 25. Dezember. — Der Widerspruch löst sich auf, wenn man zur Ankunftszeit Strowskis (12. Dezember) die Zeit hinzurechnet, die er auf Informationsgespräche verwenden mußte.
- 69 Nach R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40, wurde die Identität von Klotz auf einer Konferenz zwischen Klotz und Stabsmitgliedern Żebrowskis erkannt. Die Konferenz ist nicht datiert.
- 70 Offenbar waren Klotz und Sosabowski als Emissäre geschickt worden, während Sokołowski als Leiter einer Equipe von Offizieren anzusehen ist, die Tokarzewski als komplettes Distriktskommando nach Lemberg geschickt hatte. Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 237.
- 71 R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40. Luda hat als Stabsoffizier Żebrowskis diese Dinge genau verfolgen können. — In der Folgezeit versuchte Żebrowski, die für ihn so wichtige Kontinuitätsthese durch Abwerbung zu erhärten, indem er etwa am 19. April 1940 Sokołowski bei sich die Stellung eines Stabschefs anbot. Vgl. ebenda.
- 72 Vgl. ebenda.
- 73 Vgl. A. Waldo-Stefański, Informationen über die Situation im östlichen Großpolen (24. Januar 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2240/XV/40: »[Strowski] ernannte bedeutungslose Leute wie Żebrowski zu Regionalleitern. ... Währenddessen arbeitete auf diesem Gebiet die von Boruta geschaffene Organisation; an ihrer Spitze steht Dobrowolski.«
- 74 Sosnkowski an Sikorski (Februar 1940, o. Tag). SPP: L. dz. 1467/tj. 40.
- 75 Ebenda.
- 76 Ebenda.
- 77 Ebenda — Sosnkowski beauftragte Oberst Pstrokoński im März 1940 mit einer besonderen Mission, auf der er in Lemberg »die Rolle und die Tätigkeit des Kuriers Strowski untersuchen« sollte. Strowski selbst sollte sich nach Paris begeben, damit die Vorgänge vom Dezember 1939 geklärt werden konnten. Vgl. Sosnkowski, Instruktion für Oberst Pstrokoński (11. März 1940). SPP: L. dz. 1818/ścisle tj. 40.

- 78 Für beides vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 4 für Lemberg (5. Mai 1940). SPP: L. dz. 3283/tj. 40. — Die Tatsache, daß von den drei ausgesandten Kurieren »Gliński«, »Piotr« und »Roszanówna« nur der erstere in Lemberg anlangte, kennzeichnet die komplizierte Verbindungssituation und macht die Annahme von Irrtümern glaubhaft.
- 79 ROMEK-Meldung, Auszug (17. Februar 1940). SPP: L. dz. 137/tj. 40.
- 80 Vgl. W. Zwolińska, Kurierbericht (12. Februar 1940). In: Sosnkowski an Sikorski (6. März 1940). SPP: L. dz. 1581/tj. 40, Anhang: »Die Leiter wechseln immerfort die Wohnungen, und aus ihrem Unterhalt ergeben sich große Schwierigkeiten.«
- 81 Vgl. ebenda.
- 82 Vgl. R. Luda, Forderungen und Anmerkungen (16. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- 83 Die benutzten Paritäten wurden Anfang 1941 notiert, als der ständige Zufluß fremder Währung den Zloty-Kurs schon stark gedrückt hatte. Da die ausländischen Valuten jedoch mit erheblichen Wechselgewinnen auf dem Schwarzmarkt gehandelt wurden, gibt der Kurs von 1941 einen guten Stützwert.
- 84 R. Luda, Forderungen (16. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- 85 Vgl. ebenda.
- 86 Offizielle Einberufungslisten für die Geburtsjahrgänge 1889—1921 zum Dienst in den sowjetischen Streitkräften erschienen in Ostpolen erstmals im Dezember 1939. Die jahrgangweise Aushebung nahm im Frühjahr 1940 ihren Beginn. In der Zeit von Anfang 1940 bis Mitte 1941 sind insgesamt zwischen 100 000 und 150 000 Männer ausgehoben worden. Vgl. dazu B. Kusnierz, Stalin and the Poles, S. 56. Es ist klar, daß dieser Entzug des waffenfähigen Bevölkerungselements den Aufbau konspirativer Verbände schwer beeinträchtigte. Auf die Einberufung der Rekruten antwortete die Regierung Polens mit einem scharfen internationalen Protest. Vgl. Instruktion an den Kommandanten der sowjetischen Okkupation (5. Januar 1940). SPP: L. dz. 948/tj. 40, Anhang.
- 87 Vgl. Żebrowski, Bericht (1. Februar 1940). SPP: L. dz. 1195/tj. 40.
- 88 Vgl. BOLEK-Bericht (7. Mai 1940). SPP: L. dz. BOLEK 624/40, auf der Grundlage von Ludas Bericht gefertigt.
- 89 Vgl. R. Luda, Organisationsstand vom 11. April 1940 (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- 90 Ebenda.
- 91 Die etwas apologetisch anmutende Versicherung Ludas, ebenda, nur 150 Mann seien auf den ZWZ vereidigt gewesen, verschlägt nicht gegenüber den Offensivplanungen. Auch muß diese niedrige Zahl nicht aus dem Willen zu zahlenmäßiger Beschränkung der Arbeit verstanden werden, sondern aus konspirativen Rücksichten.
- 92 Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40: »...sonst drohe der Organisation eines Tages ein völliger Zusammenbruch, ein Auf-fliegen der Gesamtheit der Arbeit, und, was noch schlimmer wäre, die Unfähigkeit, auch nur die geringste Aufgabe wie etwa Sabotage durch-zuführen.«
- 93 Vgl. ebenda: »Inzwischen schloß sich an [die Aufstandspläne] schon die Furcht vor einer unglücklichen Erhebung an.«
- 94 Żebrowskis Antrag war nicht auffindbar. Vgl. aber zum Vorgang und

- zur Datierung: Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (27. November 1940). SPP: L. dz. 1096/tj. 40.
- <sup>95</sup> Beides ebenda.
- <sup>96</sup> Es handelte sich hierbei um Vorwürfe wegen Sosnkowskis »Sanacja«-Vergangenheit, die von politischen Kreisen in Krakau ausgesprochen wurden und die Innenminister Kot nur allzu bereitwillig aufgriff. Vgl. Brief aus Krakau (25. Februar 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 123/XVIII/40. Vgl. auch K. Sosnkowski, *Materiały historyczne*, New York-London 1966. Dazu die Besprechung von T. Komarnicki, *Słowo o »materiałach historycznych«* gen. K. Sosnkowskiego. In: *Dziennik Polski* (25. März 1967).
- <sup>97</sup> Vgl. Sosnkowskis hs. Rücktrittsangebot (21. Februar 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 688/XV/40. Laut Notiz von Sikorskis Hand hat Sosnkowski sein Gesuch im Laufe eines persönlichen Gesprächs am 10. März zurückgezogen. Es ist nicht datierbar, wann Sikorski die Frage des Aufstands entschieden hat. Deshalb ist auch unklar, ob Sikorskis Veto zum Rücktrittsangebot Sosnkowskis führte, oder ob Sosnkowskis noch latente Rücktrittswünsche die Befürwortung des Aufstands unter seiner Leitung motivierten. Den ersten datierbaren Beleg für Sikorskis Entscheidung gegen den Aufstand gibt die Instruktion für Pstrokoński (11. März 1940). SPP: L. dz. 1818/ścisle tj. 40.
- <sup>98</sup> Sikorski an Sosnkowski (22. Januar 1941). SPP: L. dz. 283/tj. 41 (als Antwort auf Sosnkowskis Memorandum vom 27. November 1940). Für das Veto gegen den Aufstand war allein Sikorski verantwortlich; dem Ministerrat hat die Sache überhaupt nicht vorgelegen. Sikorski berief sich dabei auf seine »Vollmachten als Oberbefehlshaber«. Vgl. Sosnkowski an Sikorski (27. Januar 1941). SPP: L. dz. 283/tj. 41 (als Antwort auf Sikorskis Schreiben vom 22. Januar 1941).
- <sup>99</sup> R. Luda, Skizze (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40.
- <sup>100</sup> R. Luda, Organisationsstand (16. Mai 1940), SPP: L. dz. 3253/tj. 40, rechnet mit Verhaftungen unter dem ZWZ in Höhe von 20<sup>0</sup>/<sub>10</sub>. Das dürfte die durchschnittliche Verhaftungszahl der Bevölkerung beträchtlich überschritten haben; man muß daher annehmen, daß der NKWD spezielle Verhaftungen unter dem ZWZ vornahm, selbst wenn man den statistischen »bias« einbezieht, daß ZWZ-Mitglieder a priori (und nicht erst durch ihre Mitgliedschaft beim ZWZ) ein für Verhaftungen prädestiniertes Stratum darstellten.
- <sup>101</sup> Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40. Vgl. dagegen BOLEK, Bericht über den März 1940 (12. April 1940). SPP: L. dz. BOLEK 441/40: »...sicherlich nicht wegen irgendwelcher Dekonspirierung, sondern aus nebensächlichen Gründen.« In diesem Urteil ist entweder der Terminus »Dekonspirierung« zu eng gefaßt, oder aber er stellt eine Beschwichtigung der Lemberger Vorfälle dar, die sachlich nicht haltbar ist.
- <sup>102</sup> Vgl. Auszug aus der ROMEK-Meldung (17. Februar 1940). SPP: L. dz. 137/tj. 40.
- <sup>103</sup> Vgl. R. Luda, Skizze (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3253/tj. 40. — Ebenfalls: A. Zielicki, Bericht. GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- <sup>104</sup> Einer der geflohenen Stabsoffiziere des Lemberger ZWZ berichtete über die Wirkung des Vetos gegen den Aufstand: »Dieser Befehl bewirkte bei

- uns eine starke Niedergeschlagenheit und setzte einen gewissen Gärungsstoff wie auch Desorientierung im ZWZ frei.« J. Lepiankiewicz, Bericht (o. Datum). SPP: o. L. dz., Archiv-Nr. 3.1.2.1.
- 105 Vgl. A. Zwolińska, Bericht (12. Februar 1940), SPP: L. dz. 1581/tj. 40: »Voller Energie und Opferwillen. Obgleich sein Sohn . . . verhaftet worden ist, will er nichts zu seiner Rettung unternehmen, da er die dazu nötigen Zellen nicht opfern will. Die Kurierin (= Zwolińska) kennt ihn seit langem und schätzt ihn sehr.«
- 106 Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41. Auch für die folgenden unbezeichneten Zitate.
- 107 Vgl. ebenda.
- 108 Vgl. Sosnkowskis Instruktion für Pstrokoński (11. März 1940). SPP: L. dz. 1818/ścisle tj. 40. — Allerdings nahm Sosnkowski als gesichert an, daß Tokarzewski Żebrowski zum ordentlichen Kommandanten ernennen werde.
- 109 Vgl. Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 40. — Żebrowski ging offenbar erst im Mai 1940 fort. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 31 (2. September 1940). SPP: L. dz. 596/tj. 40.
- 110 Vgl. Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 40.
- 111 Vgl. R. Luda, BOLEK-Bericht (11. Februar 1941). SPP: L. dz. 681/tj. 41.
- 112 Pseudonyme: »Rej«, »Kornel«, »Pomian«, »Odrowąż«.
- 113 Er wurde im Dezember 1941 von einem Untergrundgerichtshof des ZWZ der Kollaboration für schuldig befunden und zusammen mit zweien seiner Staboffiziere erschossen. Vgl. T. Pelczyński, Zagadnienia sowieckie, S. 25.
- 114 Vgl. A. Zielicki, Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41: »Die Konflikte in der Żebrowski-Gruppe nahmen auch nach dessen Weggang kein Ende.« Macieliński stand Kotarski, der erst am 11. April 1940 zum Kommandeur des I. Stadtbezirks ernannt worden war, wegen der eigenen längeren Mitgliedschaft im ZWZ mit Vorbehalten gegenüber. Die Verhaftung Kotarskis als Machination Macielińskis zu deuten, erlauben die Quellen freilich nicht, obgleich dem NKWD daran gelegen haben mochte, Macieliński an die Spitze der Organisation zu bringen.
- 115 Vgl. L. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41, Anhang 7.
- 116 Vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 3 für Lemberg (15. Mai 1940). SPP: L. dz. 3282/tj. 40.
- 117 Vgl. Ernennung Major Macielińskis (15. Mai 1940), Anhang 1 zur Instruktion Nr. 3 für Lemberg (5. Mai 1940). SPP: L. dz. 3282/tj. 40.
- 118 Vgl. Instruktion Nr. 3 für Lemberg (5. Mai 1940). SPP: L. dz. 3282/tj. 40. — Offenbar hatte Sosnkowski zu der Zeit noch keinerlei Vorstellungen davon, um wen es sich bei Macieliński handelte; deshalb wies er ihn an, »Personalangaben und Verlauf des Militärdienstes« an die Zentrale zu senden.
- 119 Vgl. ebenda. — Die Überstellungsnachricht an Rowecki ist nicht erhalten, wird dort jedoch erwähnt.
- 120 Sosnkowskis Datierung »ab April 1940« im Befehl an ANNA (August 1940, o. Tag). SPP: L. dz. 408/tj. 40 ist irreführend. Über Roweckis gescheiterten Versuch, im Herbst 1940 Oberst Leopold Okulicki als Okkupationskommandeur einzusetzen, vgl. S. 188 ff.

- <sup>121</sup> Vgl. Sosnkowski, Rundschreiben an Basen (29. Februar 1940). SPP: L. dz. 1630/A/tj. 40. Warschau hatte Weisungsgewalt gegenüber ROMEK und ANNA, Lemberg gegenüber BOLEK.
- <sup>122</sup> Sosnkowski an ANNA (August 1940, o. Tag). SPP: L. dz. 408/tj. 40.
- <sup>123</sup> Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung (8. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- <sup>124</sup> Ein weiterer Problemkomplex lag z. B. im Kurierbericht von A. Zwolińska vor: Bericht vom 12. Februar 1940. SPP: L. dz. 1581/tj. 40.
- <sup>125</sup> Für die erste Ankündigung dieses Vorhabens vgl. Sosnkowski an Sikorski (6. März 1940). SPP: L. dz. 1581/tj. 40. Dort nannte Sosnkowski außer Pstrokoński auch noch »Zaremba«, von dem später nicht mehr die Rede war.
- <sup>126</sup> Sosnkowski erfuhr erst am 11. April 1940 von der Verhaftung Tokarzewskis. Die Betrauung Rudnickis mit dem Posten des Stabschefs war Sosnkowski entweder überhaupt nicht gemeldet worden, oder Sosnkowski wollte für den am 25. Februar 1940 verhafteten Rudnicki übergangsweise Ersatz schaffen.
- <sup>127</sup> Vgl. K. Rudnicki, *Na polskim szlaku*, S. 54.
- <sup>128</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40. Der Auftrag war bis zum Juli 1940 terminiert. — Dort auch die Datierung der Abreise Pstrokoński.
- <sup>129</sup> Vgl. Pstrokoński's Bericht (unter dem Pseudonym »Stanisław Lubicz«) vom 14. August 1941. SPP: L. dz. 3330/tj. 41, Anh. 8.
- <sup>130</sup> Vgl. A. Zielicki, Bericht. GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- <sup>131</sup> Für die Behauptung des Sanacja-Charakters vgl. BOLEK-Meldung (5. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2403/XV/40. — Für die Datierung von Klotz' Fortgang aus Lemberg vgl. R. Luda, BOLEK-Bericht über Juli-November 1940 (11. Februar 1941). SPP: L. dz. 681/tj. 41. — Von Lemberg aus hatte Klotz sich nach Wilna begeben, wo er dem dortigen ZWZ-Kommandanten Sulik anvertraute, er habe die Absicht, sich zur Demaskierung Macieliński's als eines Verräters und Agenten des NKWD nach Warschau zu begeben. Wegen der Verhaftungen unter dem Wilnaer ZWZ wollte Sulik Klotz sicherheitshalber zu seinem Stellvertreter ernennen. Klotz lehnte jedoch ab. Sein weiterer Verbleib ist unbekannt. Warschau scheint er nicht erreicht zu haben.
- <sup>132</sup> Vgl. Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 40.
- <sup>133</sup> Für die Genesis der Rechtsansprüche auf beiden Seiten vgl. S. 89 ff.
- <sup>134</sup> Für die Beratungen und die verdachterregenden Verhaftungen vgl. A. Zielicki, Bericht. GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41. — Für die Einstellung der POWW darf wohl als charakteristisch gelten, daß ihr einflußreiches Mitglied, A. Zielicki, über Dobrowolski nur das allerbeste Urteil hatte.
- <sup>135</sup> A. Zielicki, Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41, der an der Vorbereitung der Konferenz vom Mai 1940 erheblichen Anteil hatte, berichtet lakonisch: »Die Konferenz blieb ergebnislos!« — Macieliński, der mit einem Befehl Sosnkowski's an Dobrowolski (Anhang 2 zur Instruktion Nr. 3, 15. Mai 1940, SPP: L. dz. 3282/tj. 40) ausgestattet war oder wenigstens von diesem Befehl schon Kenntnis hatte, durch den Dobrowolski angewiesen wurde, sich Macieliński »bedingungslos« zu unterstellen, wird

- wohl allzu strikt auf dem Buchstaben des Befehls beharrt haben. Dobrowski dagegen zog unter Hinweis auf seine alten Ansprüche »die Authentizität des Befehls in Zweifel und verweigerte die Ausführung mit der Erklärung, daß er sich Macieliński niemals unterstellen werde.« R. Luda, Konferenzbericht (30. August 1940). SPP: L. dz. 742/tj. 40.
- <sup>136</sup> Den Aufriß der Kurier- und Postverbindungen vgl. in: PSZ Bd. III, S. 236a. Allerdings unterscheidet die Skizze nicht die oben erwähnten Verbindungstypen.
- <sup>137</sup> Insgesamt sind von ROMEK mindestens drei Kuriergruppen an Dobrowski geschickt worden. Vgl. BOLEK an Zentrale (9. September 1940). SPP: L. dz. 474/tj. 40. — Die Höhe der Geldüberweisungen dürfte knapp 2 Mio Złoty betragen haben. Das läßt sich jedoch im einzelnen nicht belegen.
- <sup>138</sup> Vgl. BOLEK-Bericht über die Zeit 15. 6.—20. 7. 1940 (20. Juli 1940). SPP: L. dz. BOLEK 1208/tj. 40.
- <sup>139</sup> Vgl. Sosnkowski an ROMEK (7. August 1940). SPP: L. dz. 210/tj. 40: »Rowecki muß seinerseits . . . Rücksicht darauf nehmen, daß Macieliński vom Oberkommandierenden zum einstweiligen Kommandanten ernannt wurde. Man sollte sich davor hüten, allzu gewaltsame personelle und organisatorische Änderungen vorzunehmen; sie erleichtern Rowecki die Arbeit auf dem ohnehin schwierigen Gebiet nicht.«
- <sup>140</sup> Zuletzt: Sosnkowski an BOLEK (24. Juli 1940). SPP: L. dz. 116/tj. 40. — Offenbar hatte die Tatsache der mangelnden Verbindung zwischen Macieliński und Rowecki auf jenen ähnliche Wirkungen wie auf diesen. Vgl. BOLEK-Bericht (20. Juli 1940), SPP: L. dz. BOLEK 1208/tj. 40: »Macieliński hat keinerlei Verbindung mit Rowecki, weder durch Kurier noch über Funk.«
- <sup>141</sup> Pstrokoński, Meldung (14. August 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>142</sup> Der Führungswechsel ist nie ausdrücklich bekräftigt worden, sondern stellte nur einen usus dar, der sich aus dem faktischen Rücktritt Dobrowskis ergab.
- <sup>143</sup> Vgl. A. Zielicki, Bericht, GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41, wo gesagt wird, daß mehrere Mitglieder der POWW dieses Vorgehen Pstrokońskis zum Anlaß nahmen, aus der POWW auszutreten, da »sie zu der Erkenntnis kamen, daß Pstrokoński nicht loyal war.«
- <sup>144</sup> Broszyner kam aus der POW Holenders, wo er für finanzielle Dinge verantwortlich gewesen war. Vor dem Kriege war er Vorsitzender des Verbands der Reserveoffiziere. Sein Dienstrang war Hauptmann. — Vgl. Bild von der konspirativen Tragödie (16. September 1941), SPP: L. dz. 3330/tj. 40, und Zielicki-Bericht GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41.
- <sup>145</sup> Einzig »Sokolowski hielt ihn für sauber«: Pstrokoński, Meldung (14. August 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>146</sup> Zur Datierung vgl. Ebenda. Ebenso Zielicki-Bericht: GSHI: SPRM, Akte 99, Nr. 2124/41. Andere, unzutreffende Datierungen reichen von Mitte bis Ende Juni 1940. Vgl. R. Luda, Konferenzbericht (30. August 1940), SPP: L. dz. 742/tj. 40: »etwa am 28. Juni.«
- <sup>147</sup> Vgl. BOLEK-Bericht (20. Juli 1940). SPP: L. dz. BOLEK 1208/tj. 40.
- <sup>148</sup> Das Pseudonym ist ungewiß.
- <sup>149</sup> Vgl. R. Luda, Konferenzbericht (30. August 1940). SPP: L. dz. 742/tj. 40.
- <sup>150</sup> Ein ehemaliger Gutsbesitzer aus Żurawice, Mitte der 30er Jahre vor einer

- Verurteilung wegen Unterschlagung nach Deutschland geflohen und erst 1940 wieder auf polnisches Gebiet gelangt. Man sagte ihm Kontakte zur Gestapo und zu ukrainischen Organisationen nach. Vgl. Instruktion Nr. 8 (22. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>151</sup> Vgl. Rowecki an ROMEK (23. August 1940). SPP: L. dz. 336/tj. 40: »Einen Stellvertreter Pstrokońskis habe ich nicht ernannt.«
- <sup>152</sup> Die innere Labilität der Lemberger Verhältnisse wurde durch die zufälligen Verbindungen mit dem Ausland noch intensiviert. Vgl. PSZ, S. 221 für das Problem der Kurierverbindung. Mit dem Radio-Sektor war es noch schlechter bestellt.
- <sup>153</sup> Vgl. M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 84–98. — R. L. Koehl, RKFDV: German resettlement and population policy in Poland, 1939–1945. — K. M. Pospieszalski, Poznań pod okupacją hitlerowską, 1939–1945. In: Przegląd Zachodni, H. 2 (1953), S. 403–430. — Für die deutschen Ordnungsvorstellungen vgl. A. Greiser, Der Aufbau im Osten, Jena 1942.
- <sup>154</sup> Rowecki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang b. SPP: L. dz. 1991/tj. 40.
- <sup>155</sup> Ebenda.
- <sup>156</sup> Daß die Eingliederung weder ethnisch noch historisch oder wirtschaftlich gerechtfertigt war, zeigt M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 37 f., besonders deutlich.
- <sup>157</sup> Es handelt sich um die ROMEK-Berichte vom 16. und 22. Januar, und vom 3. und 17. Februar 1940.
- <sup>158</sup> Rowecki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang c: Situation in Posen und Pommerellen. SPP: L. dz. 1991/tj. 40. — Die Begründung Roweckis war, wie ein Hinweis auf das in 2 Militärregionen gegliederte Generalgouvernement zeigt, sachlich unzutreffend. Gerade deshalb muß man den Wunsch, diese Gebiete als eine Einheit zu behandeln, als Hinweis auf den unbefriedigenden Zustand der Organisation deuten. Im Rahmen seines Operationsplans vom Frühjahr 1941 forderte Rowecki, man sollte die gesamten Gebiete unter deutscher Okkupation als ein territoriales Ganzes behandeln. Vgl. Rowecki, Operationsbericht Nr. 54 (5. Februar 1941), Anhang 6. SPP: L. dz. 2166/tj. 41. Diese Forderung scheiterte nicht zuletzt am Einspruch des Posener Regierungsdelegaten A. Bniński. Vgl. Bniński an Mikołajczyk und Sikorski (5. Juni 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2184/II/41.
- <sup>159</sup> Im Februar 1940 war nur erst eine Stabsequipe abgegangen. Der zum Kommandeur vorgesehene Oberst »Englert« war schwer erkrankt und konnte die Arbeit nicht übernehmen. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940), Anhang c. SPP: L. dz. 1991/tj. 40. Vgl. auch die anhand anderer Quellen aufgearbeiteten Erinnerungen von E. Serwański, Polityczne i wojskowe organizacje podziemne w Wielkopolsce. In: Najnowsze dzieje Polski. Materiały i studia z okresu II wojny światowej, Bd. III (1959), S. 43–72.
- <sup>160</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40. Vgl. auch den gut informierten Artikel von Wł. Tylza, Likwidacja »Grunwaldu«. In: Pomorze Nr. 10 (31. März 1966).
- <sup>161</sup> »Wolna Polska«. Vgl. dazu Wł. Tylza, Likwidacja.
- <sup>162</sup> Der Administrationschef von Grunwald, Józef Wrycza, leitete in den

- Bezirken Chojnice (Konitz) und Kościerzny (Berent) einen weiteren Militärzweig unter dem Namen »Organizacja Wojskowa Młodzieży Kaszubskiej«. Vgl. ebenda. Später traten auch die »Lotne Oddziały Bojowe« (LOB) hinzu. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40.
- <sup>163</sup> Vgl. Wł. Tylza, Likwidacja.
- <sup>164</sup> Vgl. ebenda. Die Zahlenstärke von »Grunwald« dürfte damals ca. 600 Mitglieder betragen haben. Vgl. E. Jakubiak, Zarys działalności tajnej organizacji wojskowej »Gryf Pomorski«. In: Najnowsze dzieje Polski Bd. V (1961), S. 34. — Dazu das pathetische Buch von M. Wańkiewicz, Walczący Gryf. Warszawa 1964. Wańkiewicz nimmt zu hohe Zahlen an. Vgl. die Besprechungen des Buchs: Biuletyn Kaszubsko-Pomorski H. 1 (Januar-Februar 1965) und Wiadomości Tygodnik Nr. 48 (29. November 1964).
- <sup>165</sup> Vgl. Wł. Tylza, Likwidacja.
- <sup>166</sup> Über die Stärke der einzelnen Gruppen der Szare Szeregi unterrichtet gründlich: St. Broniewski/Strzembosz, T. Liczebność organizacji Szare Szeregi na terenie polski zachodniej. In: Najnowsze dzieje Polski Bd. IV (1960), S. 75—82. Rowecki urteilte nüchtern: »Szare Szeregi voller Begeisterung, aber nicht entwickelt«. Meldung Nr. 4 (8. Februar 1940). SPP: L. dz. 1991/tj. 40. Vgl. auch den ausführlichen Artikel »Związek Harcerstwa Polskiego« in: Słownik organizacji młodzieżowych w Polsce, S. 103—113.
- <sup>167</sup> Vgl. PSZ, S. 158. — Die Einbeziehung in den ZWZ war ausdrücklich untersagt worden. Vgl. Sikorski und Sosnkowski an Rowecki, Hinweise für die Verwendung der Pfadfinder auf dem Heimatgebiet (12. Mai 1940). SPP: L. dz. 1207/tj. 40.
- <sup>168</sup> Auf der Belgrader Konferenz (Ende Mai 1940) berichtete J. Karasiówna als Vertreterin Roweckis, daß u. a. der Distriktskommandeur von Schlesien verhaftet worden sei. Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 200.
- <sup>169</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940), SPP: L. dz. 3494/tj. 40, wo Rowecki bittet, ROMEK solle einen Kandidaten im Range eines Majors (!) schicken. Sosnkowski kündigte in der Instruktion Nr. 4 (11. Mai 1940), SPP: L. dz. 3030/tj. 40, an, er werde sich um Kommandanten und Stabschefs bemühen. Diese Bemühungen haben in der hier behandelten Periode zu keinem Erfolg geführt.
- <sup>170</sup> Bericht von ANNA (26. April 1940). SPP: L. dz. 3352/tj. 40. »Waśkie-wicz« berichtete den angeblichen Stand vom 14. April 1940.
- <sup>171</sup> In Roweckis Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 40, die den Stand vom 1. September 1940 wiedergibt, werden für die »eingegliederten Reichsgebiete« keinerlei Angaben gemacht.
- <sup>172</sup> Sikorski, Instruktion Nr. 2 an alle Vertrauensmänner der Regierung (21. Dezember 1939). SPP: L. dz. 1045/tj. 39. Damit zitierte Sikorski nahezu wörtlich einen KSK-Beschluß vom 12. Dezember, der seinerseits auf einen Ministerratsbeschluß vom 15. November zurückging. Vgl. PSZ, S. 106. — Der etwas hilflose Terminus »Vertrauensmänner« umfaßte alle in der Résistance tätigen Personen, soweit sie die Exilregierung als rechtmäßige polnische Regierung anerkannten. Den ZWZ erreichte diese In-

- struktion erst im Februar 1940 als Anhang zu Sosnkowskis Instruktion Nr. 2 (16. Februar 1940).
- <sup>173</sup> PSZ, S. 47 f. gibt die verworrene Begründung, die jeweiligen Nationalitätszugehörigkeiten hätten sich in Wilna nicht recht ermitteln lassen, und »die Zusammenarbeit der Untergrundbewegung mit den Litauern gegen den gemeinsamen Feind sei in dieser Situation nicht erstrebenswert gewesen« (48). An anderer Stelle heißt es nur enigmatisch, »dem Wilnagebiet wurde von Paris eine andere Rolle zuerkannt« (106).
- <sup>174</sup> Die Annexion Wilnas wurde nach polnischem Verständnis durch den Sejmsbeschluß vom 22. Februar 1922 besiegelt, nachdem das Wilnaproblem schon seit der Besetzung der Stadt durch polnische Truppen am 9. Oktober 1920 entschieden worden war.
- <sup>175</sup> Vgl. Sikorski, Odezwa gen. Sikorskiego i Rządu R. P. do społeczeństwa w kraju z 18. 12. 1939r. In: Monitor Polski (19. Dezember 1939). — Daß W. Wagner, Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des II. Weltkriegs. Marburg 1968 (3. Aufl.), S. 5 (Anm. 17), den Text im Monitor Polski nicht gefunden hat, erklärt sich aus der irrigen Datierung auf den 20. Dezember 1939. — In den »Thesen für die Außenpolitik« heißt es dann auch: »Die Angelegenheit Wilnas als eines polnischen Gebiets kann in keiner Weise diskutiert werden.« In: Instruktion Nr. 6 (3. November 1940). SPP: L. dz. 875/tj. 40.
- <sup>176</sup> Vgl. PKP-Memorandum in der Sache Wilna (13. März 1940). In: Rowecki, Meldung Nr. 9 (11. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40, Anhang.
- <sup>177</sup> Zur Datierung des Umschwungs vgl. Roweckis Hinweis in seiner Meldung Nr. 51 (19. Februar 1941). SPP: L. dz. 1641/tj. 41.
- <sup>178</sup> K. Kucharski S. J., Die konspirative Unabhängigkeitsbewegung in Wilna in der Zeit vom September 1939 bis zum 25. Mai 1941 (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- <sup>179</sup> Vgl. WWNP, S. 207 (Anm. 70).
- <sup>180</sup> Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14. Vgl. ebenfalls die Sammlung »völlig glaubwürdiger Berichte aus dem Jahr 1940«: Abt. II — Spionage an Abt. VI — ZWZ (13. Februar 1941). SPP: L. dz. 484/tj. 41, in denen das Chaos all dieser Organisationen auf Wilnaer Boden deutlich wird.
- <sup>181</sup> Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- <sup>182</sup> Kucharski wurde am 25. Mai 1941 vom NKWD verhaftet und erst im Frühjahr 1942 wieder in Freiheit gesetzt. Eine Anfrage bei der Curia Societatis Jesu (Rom) vom Mai 1970 ergab keine weiteren biographischen Aufschlüsse. Kucharski wird in der laufenden Kartei nicht mehr geführt, und man kann daher annehmen, daß er inzwischen verstorben ist. Vgl. auch S. 298, Anm. 221.
- <sup>183</sup> Vgl. dazu Austauschberichte: Abteilung II-Spionage an Abteilung VI-ZWZ (13. Februar 1941). SPP: L. dz. 484/tj. 41.
- <sup>184</sup> Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- <sup>185</sup> Vgl. ebenda. — Rowecki, Meldung Nr. 51 (19. Februar 1941), SPP: L. dz. 1641/tj. 41, behauptet, Kamiński habe »an der Spitze einer der inneren Gruppen« von Świątnickis Organisation gestanden. Für das Jahr 1939 ist diese Behauptung falsch.
- <sup>186</sup> Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.

- 187 Vgl. J. Karasiówna, *Pierwsze półrocze*, S. 24. — Als Begleitperson ohne Organisationsauftrag ging auch ein gewisser Umiastowski mit, der einen Brief des engagiert deutschfreundlichen Władysław Studnicki an dessen Bruder in Wilna überbringen sollte. Kucharski veranlaßte Umiastowski, den Brief vorher zu fotografieren, und er sorgte dafür, daß die Kopie der Exilregierung zugestellt wurde.
- 188 In Wilna wohnten seine Mutter und zwei seiner Schwäger. Vgl. Kucharski-Bericht (2. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- 189 Vgl. Rowecki, Ernennung für A. Obtulowicz (6. Januar 1940). In: *Meldung Nr. 6* (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. Ob Sulik, der im November Wilna nicht erreicht hatte, wieder nach Warschau zurückgekehrt war und dann erst zusammen mit »Ola« erneut abgesandt wurde, oder ob er sich — zufällig? — unterwegs mit der Kurierin getroffen hat, konnte nicht festgestellt werden.
- 190 Kucharski nennt das Verhalten von Świątnicki bei der Ernennung von Obtulowicz eine »Erpressung«, ohne auszuführen, worin sie bestanden haben soll. Die Kurierin hatte ihren Auftrag ja auch nur weisungsgemäß ausgeführt. Wahrscheinlich sah Kucharski die »Erpressung« darin, daß Świątnicki die Kurierin nicht an der Ernennung von Obtulowicz hinderte, wie Kucharski es später zweimal getan hat.
- 191 Vgl. ebenda: »Vorwürfe finanzieller Natur«.
- 192 Die SN war nicht vertreten, weil ihre Männer noch in den Internierungslagern saßen. Der einzige in Wilna anwesende Mann aus der SN-Führung, Węślawski, verweigerte Kucharski die Mitarbeit. — Vgl. ebenda.
- 193 Ebenda.
- 194 Ebenda.
- 195 Vgl. Instruktion Nr. 1 (4. Dezember 1939), SPP: L. dz. 45/tj. 40: »Keinesfalls darf der ZWZ nur ein Zusammenschluß verwandter Organisationen sein.«
- 196 Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- 197 Ebenda.
- 198 Ebenda.
- 199 Wilna war nach Abschluß des Konkordats vom 10. Februar 1925 Erzbistum geworden.
- 200 Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- 201 Ebenda.
- 202 Die neue Besetzung hatte folgendes Gesicht: Kamiński und Galiński (Sanacja), Dr. Dobrzański (PPS), Świeczewski (SN) und Pfarrer Świrkowski (Erzbistum). Wenig später trat Major Krzyżanowski anstelle von Kamiński in den Wojewodschaftsrat als Vertreter des ZWZ ein. Vgl. ebenda.
- 203 Kucharski scheint von der Stichhaltigkeit dieser Vorwürfe nicht überzeugt gewesen zu sein, denn er sicherte Obtulowicz »Hilfe bei der Verteidigung gegen diese Vorwürfe zu«. Ebenda.
- 204 Ebenda.
- 205 Vgl. Rowecki, *Meldung Nr. 51* (19. Februar 1941). SPP: L. dz. 1641/tj. 41.
- 206 Vgl. Organisationsbericht von ANNA (1. September 1940). SPP: L. dz. 1404/tj. 40.

- <sup>207</sup> Vgl. Rowedki, Meldung Nr. 51 (19. Februar 1941). SPP: L. dz. 1641/tj. 41.
- <sup>208</sup> Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14. — »Powala« ging daraufhin nach Lemberg zur Dobrowolski-Gruppe, wo er von Sokołowski erneut vereidigt wurde.
- <sup>209</sup> Vgl. T. Rudnicki, Bericht (19. Dezember 1939). SPP: L. dz. 480/Fr/I.
- <sup>210</sup> Vgl. Instruktion Nr. 1 für den Kommandanten der Base III/ANNA (20. Januar 1940). SPP: L. dz. 1311/tj. 40.
- <sup>211</sup> Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942). SPP: Archiwum MSW, Ordner 14. — Rudnicki hatte sich 1939 eine Zeitlang in Wilna aufgehalten und war unter dem Pseudonym »Blum« von Kucharski an die Exilregierung geschickt worden. Rudnickis Bericht erwähnt Wilna jedoch nicht. Ein weiterer Bericht von ihm liegt nicht vor.
- <sup>212</sup> Ebenda.
- <sup>213</sup> Ebenda. Vgl. auch Kucharskis Klage, es sei »außerordentlich schwer, in völliger Vereinsamung zu arbeiten«.
- <sup>214</sup> Vgl. ebenda. — Wilna war z. B. von der Verlegung ANNAs nach Stockholm nicht verständigt worden und hat viel Energie auf nutzlose Kontaktversuche verschwendet.
- <sup>215</sup> Es handelte sich dabei um einen gewissen »Lis«-Sikorski, der offenbar manche Verhaftungen durch das NKWD veranlaßte. Als Kurier von »Lis« zur Exilregierung fungierte Babinicz, ein getaufter Jude, der in der polnischen Kriegsmarine gedient hatte, aber wegen seiner Thorer Kontakte mit deutschen Spionageorganisationen auf Ersuchen der Abteilung II (Spionage) vor dem Zweiten Weltkrieg seinen Abschied nehmen mußte.
- <sup>216</sup> Vgl. Kucharski-Bericht (3. Februar 1942), SPP: Archiwum MSW, Ordner 14.
- <sup>217</sup> Ebenda.
- <sup>218</sup> Mit Beginn des neuen Schuljahres im September 1940 kam ein weiteres Problem — das sogenannte »Schulplebiszit« — aus dem alten Arsenal des Volkstumskampfes auf den ZWZ zu. Der ZWZ betrieb große Propaganda für das Polnische als Schulsprache.
- <sup>219</sup> Vgl. Bericht (o. Verf.), Wilna und das Wilnagebiet in den Jahren 1939 und 1940 (September 1940). GSHI: SPRM, Akte 46 b, Nr. 3398/II/41. — Der Bericht liegt auch in vervielfältigter Form (hektographiert) vor, was für seine weite Zirkulation spricht.
- <sup>220</sup> Bericht von ANNA (29. Juli 1940). SPP: L. dz. 216/tj. 40.
- <sup>221</sup> Dafür ist in gewisser Hinsicht Pfarrer Kucharski ein gutes Beispiel, denn er war der vielleicht bedeutendste Mann in Wilna, ohne jedoch reguläres Mitglied des ZWZ zu sein. Ähnliche Fälle sind häufiger zu verzeichnen, da z. B. die Mitgliedschaft eines Mannes in einer Einzelgruppe auch dann nicht erlosch, wenn er im Grunde für den ZWZ tätig war. Das stellte die Wilnaer Variante der Unterscheidung zwischen dem aktiven ZWZ und der Reserve des ZWZ dar. Vgl. dazu das folgende Kapitel.

## 8. Kapitel

- 1 Alle Zitate aus der Instruktion Nr. 1 (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/tj. 40.
- 2 Rowecki meinte damit die Kommandanten der ZWZ-Gebiete (okręgi). Vgl. Meldung Nr. 10 (12. März 1940). SPP: L. dz. 1247/tj. 40: »... Wojewodschaften, welche im Grunde einem Gebiet des ZWZ entsprechen...«
- 3 Instruktion für die Wojewodschaftskommandanten der SZP (7. Januar 1940). In: Meldung Nr. 6 (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40, Anhang. Die Bezeichnung der Instruktion macht vollends deutlich, daß Rowecki bei der Gründung des ZWZ das organisatorische Skelett der SZP ohne Abstriche übernommen hat.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.
- 7 Der Singular erklärt sich wohl aus Roweckis Fixierung auf das deutsche Okkupationsgebiet.
- 8 Instruktion für die Wojewodschaftskommandanten, s. Anm. 3.
- 9 Das wäre — angesichts des hohen Verschleißes im aktiven Teil des ZWZ — eine befriedigende Lösung des »alte-Kämpfer-Problems« gewesen. Rowecki hat freilich die Zahl der auf diese Weise verfügbaren Offiziere zu hoch angesetzt.
- 10 Instruktion für die Wojewodschaftskommandanten, s. Anm. 3.
- 11 Ebenda.
- 12 Ebenda.
- 13 Z. B. für Artillerie. Vgl. ebenda.
- 14 Ebenda.
- 15 Protokół konferencji belgradzkiej, S. 218. — WWNP, S. 213 (Anm. 85), zitiert diesen Passus ungenau im Wortlaut, wobei das Phänomen der Abwanderung durch den Hinweis auf den »bourgeoisien« Charakter der Parteien erklärt wird. Es zeugt jedoch von methodischer Verwirrung, wenn man die wertenden Prämissen der Klassenzugehörigkeit als Erklärungen für historisch-politische Erscheinungen ausgibt. In Wirklichkeit erwartete der zum Widerstand entschlossene Teil der Bevölkerung sich mehr Gewinn von militärischer als von politischer Arbeit in der Konspiration.
- 16 Instruktion an die Wojewodschaftskommandanten (7. Januar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 17 Damit entsprachen Roweckis Planungen in glücklicher Weise den Forderungen der Instruktion Nr. 1.
- 18 Instruktion an die Wojewodschaftskommandanten (7. Januar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 19 Ebenda.
- 20 Rowecki, Meldung Nr. 2 (19. Januar 1940). SPP: L. dz. 1214/tj. 40.
- 21 Vgl. GSHI: DCNW, 7. September 1939.
- 22 Insofern ist die Darstellung von Emissär Szymański, Skizze (23. Januar 1940) anachronistisch, wenn es dort heißt, Świętochowski sei »im Sinne jener Direktiven tätig, die vom Oberbefehlshaber vor dem Verlassen Warschaus ausgegeben worden seien«. SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- 23 Vgl. Martyniuk, Emissärbericht (Eingang SPRM: 5. September 1941)

- GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41: »... indem er sich als V-Mann Sikorskis ausgab und behauptete, seine Bestätigung als Regierungsdelegat sei lediglich eine Frage der Zeit.«
- <sup>24</sup> Unterlagen über Höhe und Häufigkeit dieser Anweisungen waren nicht auffindbar. Die Tatsache selbst ist jedoch gut dokumentiert, nicht zuletzt durch Świętochowski's eigenen Bericht (23. Dezember 1939). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 217/XVIII. — Vgl. auch Tokarzewski-Rede, S. 23. — Martyniuk, Emissärbericht (5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. — Kot, Antworten auf die Vorwürfe im Emissärbericht von Iranek-Osmecki (o. Datum), abschriftlich in: SPP: Archiwum MSW, Akte 14, Position fehlt.
- <sup>25</sup> Kot, Antworten auf Vorwürfe. SPP: Archiwum MSW, Akte 14. — Dagegen heißt es im Bericht Świętochowski (23. Dezember 1939) GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 217/XVIII ausdrücklich, er habe Geld, aber keine Anweisungen erhalten.
- <sup>26</sup> Bericht von Emissär Iranek-Osmecki (April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 1.
- <sup>27</sup> Ebenda wird die Summe auf 6 Mio Zł. beziffert. Der Interimistische Regierungsdelegat, Oberst Skorobohaty-Jakubowski, nennt dagegen eine Gesamtsumme von 15 327 000 Zł. Vgl. Finanzbericht (20. Dezember 1940). In: Bericht von Iranek-Osmecki (April 1941), Anhang 18. SPP: L. dz. 1820/tj. 41. — Aufschlußreich für die Höhe dieser Summe ist ein Vergleich mit dem Budget des ZWZ, das in der Instruktion Nr. 1 auf eine monatliche Gesamtsumme von 2 900 000 Zł. veranschlagt war.
- <sup>28</sup> Kot, Antworten auf Vorwürfe. SPP: Archiwum MSW, Akte 14. — Kot behauptet ebenda, das BP sei »ohne Hilfe, Wissen und Initiative« der Regierung entstanden. Wenig später heißt es, das BP hätte »das vorher gezeigte Entgegenkommen der Regierung unangemessen ausgenutzt«.
- <sup>29</sup> Vgl. St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 13.
- <sup>30</sup> Ebenda.
- <sup>31</sup> Zitiert in Tarnogrodzki/Tryc, *Polskie organizacje konspiracyjne*, S. 251 (Anm. 2). — Das POW war Piłsudskis konspirative Kampforganisation.
- <sup>32</sup> Ebenda, S. 251.
- <sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 267. — Vgl. auch PSZ, S. 53: »... deren politische Bedeutung ... in der Heimat fragwürdig war, und die ihre Position mehr der persönlichen Verbindung mit General Sikorski als dem tatsächlichen Grad des Einflusses auf die polnische Bevölkerung verdankte.«
- <sup>34</sup> Vgl. Tarnogrodzki/Tryc, *Polskie organizacje*, S. 267. Zu den Umständen von Kaczyńskis Mission vgl. Popiel, *Na mogiłach przyjaciół*. Londyń 1966, S. 46 ff.
- <sup>35</sup> Die gelegentlich auftauchende Schreibung »Tęczyński« ist unrichtig.
- <sup>36</sup> Vgl. St. Witkowski, Bericht Nr. 1 an Sikorski (5. Dezember 1939). SPP: L. dz. 1534/tj. 40, Anhang.
- <sup>37</sup> Vgl. S. 82.
- <sup>38</sup> Résumé der Informationen über die Organisation Witkowskis (o. Datum), Verfasser wahrscheinlich Sosnkowski. SPP: L. dz. 1170/tj. 40 (Anhang zur Instruktion Nr. 7 vom 3. Dezember 1940). — Vgl. ebenfalls Meldung des ROMEK-Kommandanten Krajewski an Sosnkowski (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 150/tj. 41.
- <sup>39</sup> Vgl. Résumé, auch für das Folgende. — Die polnische Armee hatte das

französische System der Generalstabsorganisation übernommen. Die Abt. II ist folglich mit Spionage und Gegenspionage befaßt.

- 40 Zitiert ebenda: »Charakteristisch für ihn war, daß er sich ständig auf zahlreiche Verbindungen innerhalb der Heimat wie auch auf internationaler Ebene berief.«
- 41 Beides ebenda. — In dem Résumé des Verhörs von Witkowskis Stellvertreter Jan Jastrzębski, der von Witkowski im Mai 1940 nach Paris geschickt worden war, wird über die von den »Muszkietrzy« beschafften Informationen geurteilt, sie seien »weitschweifig und im allgemeinen ohne Wert. Eine ganze Reihe von Informationen entstammt einer blühenden Fantasie.« SPP: L. dz. 3473/tj. 40, Anhang 3.
- 42 Vgl. Witkowski, Bericht Nr. 1 an Sikorski (15. Dezember 1939). SPP: L. dz. 1534/tj. 40.
- 43 Vgl. Witkowski, Bericht Nr. 2 an Sikorski (16. Dezember 1939). SPP: L. dz. 1534/tj. 40, Anhang.
- 44 Witkowski, Bericht Nr. 3 an Sikorski (11. Januar 1940). SPP: L. dz. 1534/tj. 40, Anhang. — Zu den Vorstellungen Witkowskis paßt sein unglücklicher Ausspruch, er wolle eine »polnische Gestapo« ins Leben rufen. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 79 (1. September 1941). SPP: L. dz. 471/tj. 42.
- 45 Exorbitante Forderungen Witkowskis verhinderten dann allerdings, daß das Oberkommando des ZWZ einen Kompromiß in der Frage der Unterstellung einging, obgleich er von Sosnkowski vage befürwortet worden war.
- 46 Ein enger Verwandter Witkowskis war bei ROMEK als stellvertretender Leiter des Referats Ost tätig. Mit ihm hatte Witkowski spätestens seit Dezember 1939 lockere Kurierverbindung aufgenommen. Seit dem März 1940 lag diese Verbindung in der Hand von Kurier Szyc (»Włodek«), der insgesamt 14mal den Weg zur Base zurücklegte. Im April 1940 ereigneten sich mehrere Verratsfälle in ROMEK. Recherchen führten auf die Spur von Szyc. Daraufhin wurde der Kontakt zwischen Witkowski und ROMEK auf Weisung der Abteilung II im Exil abgebrochen. Zu der Zeit begann sich außerdem die Vermutung zu bestätigen, daß Witkowski sein in der Heimat gesammeltes Material auch an den ungarischen und den französischen Geheimdienst — wenig später noch an den englischen Secret Service! — aushändigte. Vgl. dazu A. Krajewski, Meldung an Sosnkowski (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 150/tj. 41. — Sosnkowski, Instruktion Nr. 8 an Rowecki (22. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41, gibt eine etwas andere Version: Der Verwandte Witkowskis leitete in der Außenstelle der Abteilung II der Base die Sektion West. Er wurde verhaftet und nach Wien geschafft, »wo er das Agentennetz unserer Abwehr verriet. ... Er könnte im Besitz gewisser Angaben über den ZWZ gewesen sein.«
- 47 Der 1900 geborene Włodarkiewicz, dessen Bruder als Pilot der polnischen Luftwaffe im September 1939 den Tod fand, war vor Kriegsausbruch Lehrer an der Kavallerieschule in Graudenz. Vgl. Dr. Z. Nowakowski, Bericht an Raczkiewicz (Split, 14. Juni 1940). SPP: L. dz. 311/tj. 41. Dr. Nowakowski, ehemals Universitätsassistent in Posen, sandte am 6. Januar 1941 einen zweiten Bericht an Raczkiewicz. Sosnkowski hielt

- den ersten für authentischer. Vgl. Sosnkowski an Raczkiewicz (6. März 1941). SPP: L. dz. 583/tj. 41, Konzept.
- 48 Z. Nowakowski, Bericht an Raczkiewicz (14. Juni 1940). SPP: L. dz. 311/tj. 41.
- 49 Ebenda, auch für das Vorige.
- 50 Vgl. ebenda.
- 51 Der Nowakowski-Bericht, der den Organisationsstand vom 10. Mai 1940 wiedergibt, spricht davon, daß man zu Krakau »noch fast keine Verbindung« habe. Die Organisationsmeldung Roweckis Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233—1234/tj. 41, zählt dagegen auch Krakau neben Warschau, Kielce, Lublin zum »Besitzstand« der TAP.
- 52 Vgl. Sosnkowski an Raczkiewicz (6. März 1941). SPP: L. dz. 583/tj. 41.
- 53 Vgl. Sosnkowski, Befehl an Witkowski (16. März 1940). SPP: L. dz. 1929/tj. 40. — Für die TAP vgl. Sosnkowski an Raczkiewicz (6. März 1941): »Im Januar 1940 hat sich der Oberbefehlshaber entschieden, daß alle Organisationen militärischen Charakters dem ZWZ unterstellt werden sollten. Von dieser Entscheidung wurde auch Major Włodarkiewicz verständigt.« SPP: L. dz. 583/tj. 41
- 54 Später trug die Organisation den Namen »POZ-Znak«.
- 55 Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233—1234/tj. 41.
- 56 »Verband der Reserveoffiziere« (Związek Oficerów Rezerwy).
- 57 Der Bezirk Kielce wurde folgendermaßen aufgespalten: ein Teil ging an die POZ, während sich ein anderer Teil an die Armee der SN-Jugend unter »General Stefan Wrala« anschloß. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233—1234/tj. 41.
- 58 Vgl. Rowecki, ebenda: »Eine ziemlich starke Organisation, aber unordentlich geführt...«
- 59 Vgl. ebenda.
- 60 Zentralverband der Landjugend (Centralny Związek Młodej Wsi), auch: »Siew«. — Der CZMW zählte 1938 insgesamt 92 970 Mitglieder in 4057 Ortsverbänden. Vgl. Słownik organizacji młodzieżowych w Polsce, S. 20.
- 61 Vgl. ebenda.
- 62 Vgl. Tarnogrodzki/Tryc, Polskie organizacje, S. 265.
- 63 Punkt 6 des Statuts. Zitiert ebenda.
- 64 Zitiert ebenda.
- 65 Mitte Januar 1941 äußerten sich Niecko, Grudziński und Korboński in einem Gespräch mit dem Regierungsemissär Oberst Iranek-Osmedki vom ZWZ über die Tätigkeit des CKON auf eine Weise, die Verärgerung des Führungsgremiums der SL sehr plastisch zum Ausdruck brachte: »Man warf [von Seiten der SL-Führung] dem CKON in Bezug auf die Partei Diversion vor, die von diesem Institut [dem CKON] durch die Unterstützung und Finanzierung von Splittergruppen der SL betrieben wurde. Über diese Verfahrensweise war man besonders empört, weil sie die innere Konsolidierung der Partei erschwerte.« — Bericht von Iranek-Osmedki (April 1941), Anhang 13. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 66 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40: »Das CKON ... konnte sich nicht organisieren. Świętochowski bemüht sich, die Organisation voranzutreiben...«

- 67 Świętochowski an Kot (19. April 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 1063/IX/40.
- 68 Vgl. ebenda. — Der Antrag selbst ist nicht erhalten. Wahrscheinlich stützte Świętochowski darauf seine Behauptung, seine Ernennung zum Regierungsdelegaten sei nur »eine Frage der Zeit«.
- 69 Świętochowski an Kot (19. April 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 1063/IX/40.
- 70 Ebenda: »Mein Vorschlag vom November 1939 ... hat keine Unterstützung gefunden.«
- 71 Vgl. Martyniuk, Bericht (5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. Dort die Befürchtungen der Parteien im Zusammenhang mit Świętochowski, daß es der Regierung eher »um politische Krüppel als um starke politische Parteien zu tun ist«.
- 72 Szymański, Skizze (23. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- 73 Bericht des Interimistischen Regierungsdelegaten, Oberst Jan Skorobohaty-Jakubowski (15. Januar 1941). In: Emissär Oberst Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 6, SPP: L. dz. 1820/tj. 41: »Das CKON ist ein entschiedener Gegner des ZWZ. Es steht auf dem Standpunkt, daß die Regierung es [= das CKON] zu ihrem Dispositionszentrum ernennen sollte, durch das die Bevölkerung organisiert wird und die Streitkräfte geschaffen werden.« Im gleichen Sinne äußerte sich Józef Niećko von der SL, der eine Zeitlang im BP mitgearbeitet hatte. Vgl. J. Niećko, *Ruch ludowy w Polsce podziemnej*. In: *Chłop i Państwo* Nr. 7 (1947).
- 74 Tokarzewski-Rede, S. 11.
- 75 Świętochowski an Sikorski (23. Dezember 1939). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 217/XVIII.
- 76 Kot, Antworten auf Vorwürfe (o. Datum). SPP: Archiwum MSW, Akte 14.
- 77 Sosnkowski an Roweckı (5. April 1940). SPP: L. dz. 2300/tj. 40.
- 78 Sikorski hat Świętochowski also keineswegs »desavouiert«, wie Wł. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia* Bd. III, S. 347 (Anm. 4) urteilt, sondern er hat ihn stets völlig im ungewissen belassen. — Für Roweckis Situation vgl. Roweckı an Sikorski und Sosnkowski (2. Mai 1940). SPP: L. dz. 1328/tj. 40, Anhang zur Meldung Nr. 40: »Ich habe auch keine Antwort erhalten in der Angelegenheit von Świętochowski, der vorgab, den Oberbefehlshaber und Premier zu repräsentieren, der aber außerhalb des ZWZ arbeitete und gegen diesen wühlte, wobei er angeblich direkten Befehlen des Oberbefehlshabers gehorchte.«
- 79 Das Pseudonym des Sekretärs war vermutlich »Piotr Zaleski«. Vgl. K. Koźniewski, *Leserzuschrift* in: *Polityka* H. 15 (10. April 1965). Koźniewski hatte 1942 in ungarischer Haft eingesen, wo er von seinem Zellengenossen »Zaleski« Einzelheiten über diese Reise erfuhr. Er irrt sich indessen, wenn er London als Reiseziel »Zaleskis« angibt.
- 80 Vgl. E. Fietowicz, *Tragödie Świętochowskis* (10. Juni 1940). In: Kot, *Memorandum an Sikorski* (26. November 1940). SPP: L. dz. 98/tj. 41, Anhang 10. — Konsul Fietowicz, wie Kot ein Mitglied der SL, leitete Kots Verbindungsstelle in Budapest. Die Spannungen, die sich zwischen ROMEK, der ZWZ-Base und Kots Verbindungsstelle angebahnt hatten, entluden sich in diesem Bericht, der dem Basenkommandanten unterlassene Hilfeleistung vorwarf. Dieser wahrscheinlich aufgebauschte Vor-

wurf erklärt auch Kots Interesse, den Fietowicz-Bericht in seinem Memorandum zu verwenden, wo er mit dem ZWZ in unqualifizierter Weise ins Gericht ging.

- <sup>81</sup> Vgl. PSZ, S. 130 (Anm. 5).
- <sup>82</sup> Dieses Motiv stellt T. Szpotański heraus: Brief an Sikorski und Kot (26. Juli 1940). GSHI: SPRM, Akte 24b, Nr. 3638/XVIII/40.
- <sup>83</sup> Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (16. November 1940). SPP: L. dz. 1078/tj. 40.
- <sup>84</sup> Vgl. Szpotański an Sikorski und Kot (26. Juli 1940). GSHI: SPRM, Akte 24b, Nr. 3638/XVIII/40.
- <sup>85</sup> Rowecki, Meldung Nr. 11 (15. März 1940). SPP: L. dz. 2591/tj. 40.
- <sup>86</sup> Ebenda.
- <sup>87</sup> Rowecki, Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- <sup>88</sup> Emissär Szymański teilte »auf Befehl Sikorskis« im März 1940 ca. 1,5 Mio Zl. unter verschiedene Gruppen aus. Vgl. Szymański, Übersicht über die Gruppen, die sich Rowecki nicht unterstellen wollen (1. April 1940). SPP: L. dz. 2146/tj. 40.
- <sup>89</sup> Szymański, ebenda, nennt als einzige Bedingung, »daß sie Befehle aus Paris akzeptieren«.
- <sup>90</sup> Zitiert in: Rowecki, Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- <sup>91</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>92</sup> Vgl. Ebenda; Meldung Nr. 17 (15. April 1940), SPP: L. dz. 3494/tj. 40, und Rowecki, Brief an Sosnkowski (2. Mai 1940). SPP: L. dz. 1328/tj. 40.
- <sup>93</sup> Rowecki, Brief an Sosnkowski (2. Mai 1940). SPP: L. dz. 1328/tj. 40.
- <sup>94</sup> Vgl. St. Kot, Conversations with the Kremlin and Dispatches from Russia. London 1963, B4 (16. September 1941): »... internal affairs mean liaison with our mother country.«
- <sup>95</sup> Vgl. GSHI: DCNW, 7. Dezember 1939.
- <sup>96</sup> Vgl. St. Kleczkowski, Poland's First 100 000. The Story of the Rebirth of the Polish Army, Navy, and Air Force after the September campaign, together with a biographical Note about its Creator, General Sikorski. London o. Jahr (1944), S. 105. — Kleczkowski war ehemals Warschauer Korrespondent des englischen »Daily Mail« gewesen.
- <sup>97</sup> Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 86 (Anm. 4).
- <sup>98</sup> Ebenda, S. 89.
- <sup>99</sup> Vgl. das negative Urteil ebenda, S. 89 (Anm. 9): »Seine Arbeiten stehen auf dem Niveau eines durchschnittlichen Grüblers, sind aber fast immer verdorben durch einen in ihnen steckenden Stachel«. Vgl. auch das gehässige, aber wohl nicht unberechtigte Dictum von Prof. L. Jaworski: »Ich halte Kot für einen Gelehrten europäischen Ranges und für einen Politiker von der Größenordnung von Tarnów.« Zitiert von E. Puacz, Leserbrief. In: Kultura 5 (1966), S. 157.
- <sup>100</sup> Vgl. Raczkiewicz an Sikorski (11. Juli 1940), zitiert in: Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 89 (Anm.): »Das faktisch von Minister Kot regierte Präsidium des Ministerrats hat eine ständige Tendenz, sich zum entscheidenden Element in den Beziehungen zwischen den Ministerien aufzuwerfen.« — Eine Woche später, am 18. Juli 1940, führte Raczkiewicz noch schärfer aus: »Er [= Kot] ist zu harmonischer Zusammenarbeit unfähig; statt dessen stellt er eine Quelle für Verdächti-

- gungen, Mißtrauen und Unfrieden dar«. Außerdem habe Kot »stets die Tendenz, seine Kompetenzen auszuweiten«.
- 101 E. Duraczyński, Stosunki, S. 26, sieht »die Entscheidungen Kots als die Entscheidungen Sikorskis« an. — In der Tat dürfte der Innenminister in manchen Dingen dem Premier und Oberbefehlshaber gegenüber tonangebend gewesen sein. Vgl. S. 169 f.
- 102 Sosnkowski an Sikorski (6. Februar 1940). SPP: L. dz. 1093/tj. 40. Und: Sosnkowski an Kot (8. Februar 1940). SPP: L. dz. 1266/tj. 40.
- 103 Sosnkowski, Memorandum an Kot (8. Februar 1940). SPP: L. dz. 1266/tj. 40.
- 104 Näheres darüber ließe sich mit Bestimmtheit wohl nur sagen, wenn die nicht auffindbaren Akten des Innenministeriums zu dieser Arbeit mit hätten herangezogen werden können.
- 105 Zu Fietowicz vgl. das Urteil von Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 348 (Anm. 7): »... ein Mann aus der SL, mäßig intelligent, krankhaft jähzornig, rachsüchtig, unermülich in der Verfolgung und Ausmerzung von »politischen Widersachern...«
- 106 Vgl. PSZ, S. 130 (Anm.). — Fietowicz wurde am 18. Oktober 1944 von den Deutschen gefangengenommen und wenig später in Mauthausen erschossen. Vgl. St. Kot, Listy z rosji do Gen. Sikorskiego. Londyń 1955, S. 539.
- 107 Kot und Aleksandrowicz waren Ende November 1939 gemeinsam von Lemberg nach Bukarest geflohen.
- 108 Kański (geb. 1906) war früher Beamter beim polnischen Generalstaatsanwalt und gleichzeitig Mitglied des Warschauer Stadtrats gewesen. 1940–42 war er Vizekonsul in Bukarest, dann in Jerusalem; 1943–45 Konsul in Französisch-Kongo; dann avancierte er zum Departementchef des Innenministeriums. Heute lebt er in London. Vgl. Rocznik Polonii. Poles abroad. Year Book and Directory. London 1967.
- 109 Das bezeugt der Brief von Fietowicz an Kot (13. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3643/XV/40.
- 110 Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 89.
- 111 Vgl. Oberst J. Matecki, Basenkommandant von MUŁ (Kairo) an Sosnkowski (2. April 1941). SPP: L. dz. 1383/tj. 41: »Die Einstellung der in Budapest durch Major Wilkinson repräsentierten Engländer wird immer kritischer gegenüber dem Netz von Kot«.
- 112 Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 89.
- 113 Der ZWZ-Emissär Szymański, der im März 1940 erhebliche Gelder in der Heimat verteilte, handelte dabei im Auftrage Sikorskis. Vgl. Szymański, Abriß der Organisationen, die sich Rowecki nicht unterstellen wollen (1. April 1940). SPP: L. dz. 2146/tj. 40. Vor Szymańskis Abreise hatte Sosnkowski ihn zu einem »Gespräch« zu Sikorski geschickt, ohne allerdings zu ahnen, daß Szymański dort den Auftrag zur Verteilung von Geldern erhalten könnte. Vgl. Sosnkowski an Sikorski (12. Februar 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 640/XV/40.
- 114 Auf diese Ausflüchte spielt Rowecki an, wenn er berichtet, die direkte Finanzierung einzelner Organisationen habe deren »Identifizierung erschwert«. Vgl. Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 115 Vgl. ebenda.
- 116 Bis dahin sollten die auf ihren Kampfwert durchleuchteten Einzelgruppen

entweder graduell in den ZWZ eingegliedert oder völlig aufgelöst worden sein. Vgl. dazu S. 115.

<sup>117</sup> Rowecki, Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.

### 9. Kapitel

- <sup>1</sup> Vgl. S. 73 ff.
- <sup>2</sup> Vgl. S. 79 f.
- <sup>3</sup> E. Duraczyński, Stosunki, S. 23, läßt die Reaktion der Exilregierung auf die Forderung nach einer Delegatur erst im April 1940 einsetzen. Die KSK-Sitzung vom 28. Februar 1940 ist ihm unbekannt.
- <sup>4</sup> Vgl. Protokół konferencji KSK (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 1810/tj. 40.
- <sup>5</sup> Der KSK-Sitzung lag ein nicht erhaltenes Arbeitspapier über die »Organisationsprinzipien für die Arbeit in der Heimat« zugrunde. Es war offenbar älteren Datums, da Sosnkowski in seinem Memorandum an Kot (8. Februar 1940), SPP: L. dz. 1266/tj. 40, schon gewisse Modifikationen an diesem Papier gefordert hatte. Hier kann also nur die grundsätzliche Tendenz der Diskussion im KSK referiert werden. Die endgültigen Organisationsprinzipien erschienen in den Beschlüssen von Mitte April 1940.
- <sup>6</sup> Dem KSK war am 28. Februar 1940 die Gründung des PKP unbekannt. Es besteht allerdings kein Grund zu der Annahme, daß das KSK gegenüber dem bestehenden PKP eine andere Haltung eingenommen hätte als gegenüber der projektierten RON.
- <sup>7</sup> KSK-Protokoll (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 1810/tj. 40.
- <sup>8</sup> Ausführungen von Mikołajczyk (SL). Vgl. ebenda.
- <sup>9</sup> Diesen Grundsatz hatte Sosnkowski auch schon in seinem Memorandum an Kot (8. Februar 1940) vertreten. SPP: L. dz. 1266/tj. 40.
- <sup>10</sup> KSK-Protokoll (28. Februar 1940). SPP: L. dz. 1810/tj. 40.
- <sup>11</sup> Ebenda.
- <sup>12</sup> Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 10 (12. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. — Die im folgenden nicht gekennzeichneten Zitate entstammen alle dieser Meldung.
- <sup>13</sup> Möglicherweise hat Szymański in diesem Punkt unzutreffend berichtet. Allerdings wurde am 16. April 1940 von der Exilregierung die Angleichung der Delegatur an die territoriale Gliederung des ZWZ so ausdrücklich betont, daß anderslautende Pläne zum Zeitpunkt von Roweckis Stellungnahme nicht ausgeschlossen erscheinen. Da das Regierungsprojekt nicht im Wortlaut vorliegt, sondern aus den Reaktionen der Heimat erschlossen werden muß, kann diese Frage aus Mangel an Quellengrundlage nicht definitiv beantwortet werden.
- <sup>14</sup> In der Tat wäre ja auch kein formaler Grund einzusehen gewesen, aus dem heraus Rowecki weiterhin hätte verweigert werden können, was dem Obersten Regierungsdelegaten so freigiebig gewährt werden sollte.
- <sup>15</sup> Rowecki wollte offenbar mit der Wiederaufnahme von Tokarzewskis RON-Projekt das Rad der Entwicklung zurückdrehen.
- <sup>16</sup> Als Kandidaten schlug Rowecki vor: den seit Dezember inhaftierten Niedziałkowski, an dessen Freilassung er wohl noch immer glaubte, oder

- dessen Nachfolger im Amt des Zivilkommissars, Leon Nowodworski (SN).
- 17 Anhang zur Meldung Nr. 9 (11. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. — Auch für die im folgenden nicht gekennzeichneten Zitate.
- 18 Rowecki, Meldung Nr. 13 (30. März 1940). SPP: L. dz. 2949/tj. 40. — Die Meldung wurde der Exilregierung durch Roweckis bewährten Emissär »Leon« zugestellt.
- 19 Diese Nominierungen zeigen, daß Rowecki inzwischen wohl die Hoffnung auf die Freilassung Niedzialkowskis aufgegeben hatte. Vgl. Anm. 16.
- 20 Beschluß des KSK (16. April 1940). SPP: L. dz. 2913/tj. 40.
- 21 Vgl. PSZ, S. 52. — Ebenfalls St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 25.
- 22 Protokolle der KSK-Beschlüsse (17. April 1940). SPP: L. dz. 2813/tj. 40, Anhang.
- 23 Beschluß des Ministerrats (8. Mai 1940). SPP: o. Aktenzeichen. Vgl. auch PSZ, S. 53.
- 24 Für den Entschluß der SP-Führung, Tokarzewskis Einladung zur Mitarbeit in der von diesem geplanten politischen Körperschaft auszuschlagen und statt dessen sich dem BP Świętochowskis anzuschließen vgl. S. 119 f. Dort auch die Wertung des Einflusses der SP in der Heimat.
- 25 Vgl. St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 23.
- 26 Vgl. J. »Karski«, Leserbrief in: *Kultura* H. 9 (1954). — Er war einer der Teilnehmer der fraglichen Sitzung.
- 27 Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 25 (Anm. 28).
- 28 Vgl. J. Karski, *Secret State*. — Karski wurde später auf abenteuerliche Weise durch ein Kommando-Unternehmen des ZWZ wieder befreit und konnte danach untertauchen.
- 29 Die Ernennungsurkunde Skorobohaty-Jakubowskis war nicht aufzufinden. Vgl. aber Sosnkowski an Sikorski (o. Datum, Eingang SPRM: 13. März 1940). GSHI: SPRM, Akte 24a, Nr. 692/XV/40: »Oberst Jakubowski scheint mir ein guter Kandidat für die Regierungsdelegatur zu sein«. — E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 25 (Anm. 29) stellt den Titel »Interimistischer Regierungsdelegat« in Frage und will Jakubowski lieber als »Emissär der Regierung« (emisariusz Rządu) bezeichnet wissen. Der über den Rang eines »Emissärs« hinausgehende Titel »Interimistischer Regierungsdelegat« ist freilich so häufig bezeugt, daß keine ernsthaften Zweifel an der Legitimität bestehen können.
- 30 Sein Konferenzpseudonym war »Truszkowski«, während er gewöhnlich das Pseudonym »Vogel« (auch: Fogel, Fogiel) führte.
- 31 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). Anhang 6 in: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 32 Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 25. — PSZ, S. 53 (Anm.). — St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 32 f.
- 33 Vgl. die Prüfungsberichte Skorobohaty-Jakubowskis (13. Januar 1941). In: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 18. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 34 Als Skorobohaty-Jakubowski sich unvorhergesehenerweise länger in der Heimat aufhalten mußte, sah Rowecki sich gezwungen, ihm mit Geldern und Nachrichtenmitteln des ZWZ auszuweichen.
- 35 Vgl. J. Karski, *Secret State*, S. 106.

- <sup>36</sup> T. Bór-Komorowski, *Secret Army*, S. 45.
- <sup>37</sup> W. Siedziński, *Frank's Harvest*, S. 40. Vgl. auch S. 48.
- <sup>38</sup> Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 26: »Man muß annehmen, daß Sikorski bis zur Niederlage Frankreichs an der Schaffung eines starken zentralisierten Untergrunds . . . nicht interessiert war, weil er darin eine Gefahr für seine Absichten erblickte, die Macht in Polen zu übernehmen.« Dieses Argument könnte auch Sikorskis Sorglosigkeit gegenüber der Tätigkeit Świątchowskis erklären.
- <sup>39</sup> Zitiert in: Sosnkowski, *Memorandum für Sikorski* (26. Oktober 1940). SPP: L. dz. 855/tj. 40.
- <sup>40</sup> Ebenda.
- <sup>41</sup> Vgl. Sosnkowski, *Memorandum für Sikorski* (27. November 1940). SPP: L. dz. 1096/tj. 40. Die Instruktion selbst war nicht auffindbar, zudem wurde die Belgrader Geheimsitzung nicht protokolliert. T. Bór-Komorowski, *Secret Army*, S. 49, irrt sich in doppelter Hinsicht, wenn er schreibt, er habe im April 1940 »detailed orders for an insurrection« erhalten: es handelte sich um Befehle für Sabotage- und Diversionstätigkeit, und auch die Datierung ist irrig. Dieses Zeugnis Bór-Komorowskis wurde ungeprüft übernommen von E. Raczyński: *Oxford-Conference*, Raczyński, S. 5.
- <sup>42</sup> J. Karasiówna, die Vertreterin Roweckis auf der Belgrader Konferenz, gab die Mobilisationsfrist mit 4–6 Wochen an. Vgl. *Protokół konferencji belgradzkiej*, S. 208.
- <sup>43</sup> Vgl. Sosnkowski, *Depesche an Rowecki* (15. Juni 1940). SPP: L. dz. 3805/tj. 40. Sosnkowskis Instruktion Nr. 5 (20. Juli 1940). SPP: L. dz. 85/tj. 40, führte diesen Widerruf nur noch breiter aus.
- <sup>44</sup> Vgl. Sikorski, *Memorandum für Churchill* (24. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 24b, Nr. 2643/XIV/40, wo Sikorski nur lokale Insurrektionsversuche im Generalgouvernement vom April 1940 aufzählt. Das Schweigen über jede Tätigkeit, die mit dem Belgrader Befehl vom Mai 1940 in Zusammenhang gebracht werden könnte, zeigt, daß Sosnkowskis Gegenbefehl offenbar noch in der Zeit der Mobilisierung eingetroffen ist.
- <sup>45</sup> Vgl. J. Karski, *Secret State*, S. 190 ff.
- <sup>46</sup> Vgl. S. 93.
- <sup>47</sup> Exilregierung und Oberkommando des ZWZ hatten bis zum Sommer 1940 keinerlei strategische Planungen für den Einsatz des ZWZ durchgeführt. Der Grund lag darin, daß man Strategie nur im Zusammenhang mit einem Aufstand sehen konnte, der im ersten Halbjahr 1940 noch unabsehbar weit entfernt erscheinen mußte.
- <sup>48</sup> Sikorski und Sosnkowski, *Befehl* (18. Juni 1940). SPP: L. dz. 3814/tj. 40. Vgl. PSZ, S. 107, mit dem vollen Wortlaut.
- <sup>49</sup> Alles ebenda.
- <sup>50</sup> Sosnkowski an Rowecki, *Radiodepesche* (30. Juni 1940). SPP: L. dz. 25/tj. 40.
- <sup>51</sup> Ebenda.
- <sup>52</sup> Die Auflösung des alten Oberkommandos des ZWZ erfolgte am 29. Juni 1940. Vgl. Sosnkowski, *Hausbefehl* (29. Juni 1940). SPP: L. dz. 24/tj. 40. — Der Kern des Oberkommandos wurde dem Generalstab als »Abteilung VI« eingegliedert, die auch den Namen »Selbständige Heimatabteilung« (*Samodzielny Wydział Krajowy*) trug.

- 53 Radiodespeche (30. Juni 1940). SPP: L. dz. 25/tj. 40.
- 54 Als Beispiel für die Abhängigkeit der neuen Abteilung VI im Rahmen des gesamten Generalstabs bietet sich ein Blick auf die Gleichschaltung in verwaltungsrechtlicher Hinsicht an: Das Oberkommando unterstand bei der Budgetkontrolle einer Sonderkommission des Finanzministeriums. Vgl. Bericht der Delegaten des Finanzministeriums über die Bücherkontrolle des ZWZ vom Oktober 1939 bis zum 12. Juni 1940 (23. Juli 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 1745/XV/40. Nach diesem Bericht, der eine Reihe von Kontrollberichten abschließend zusammenfaßte, wurde das Budget der Abteilung VI auf die gleiche Weise kontrolliert, wie das mit den Budgets der anderen Stabsabteilungen geschah. Von »Selbständigkeit« konnte wenigstens in verwaltungsrechtlicher Hinsicht keine Rede mehr sein. — Diese Selbständigkeit wurde zudem durch Oberst Klimecki, den Stabschef des Generalstabs, sehr bald aufgehoben: Rundschreiben an alle Stabsabteilungen (8. Juli 1940). SPP: L. dz. 62/tj. 40. Hier wurde die Umbenennung der Abteilung von »Selbständige Heimatabteilung« in »Abteilung VI« verfügt.
- 55 Sikorski und Sosnkowski an Rowecki (18. Juni 1940), SPP: L. dz. 3814/tj. 40. Vgl. auch Sosnkowski an Rowecki (15. Juni 1940). SPP: L. dz. 3805/tj. 40: »Unter den gegenwärtigen Umständen ist es für Sie wichtig, harmonischen Kontakt mit dem PKP aufrechtzuerhalten.«
- 56 Vgl. Rundschreiben Sosnkowski an Paszkiewicz, Smoleński und Demel (13. August 1940). SPP: L. dz. 263/tj. 40. — Die Angriffe kamen von Prof. Kot.
- 57 Vgl. Erklärungen von Paszkiewicz (22. August 1940), Smoleński und Demel (13. August 1940). SPP: o. L. dz., im Vorgang von L. dz. 263/tj. 40. — Vgl. Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (3. September 1940). SPP: L. dz. 383/tj. 40, (Fundort: GSHI: SPRM, Akte 25), wo Sosnkowski den Vorwürfen, dieser Passus sei eine politische Intrige des ZWZ, entgegenhielt, diese Annahme sei »lächerlich«.
- 58 Nur so läßt sich jedenfalls erklären, weshalb der Regierungsdelegat im Modell der Regierung auf Kots Drängen hin Weisungsbefugnis gegenüber dem ZWZ erhielt.
- 59 Meldung Nr. 1 des GKP (28. Juni 1940). SPP: L. dz. ROMEK 984.
- 60 Vgl. E. Duraczyński, Stosunki, S. 39.
- 61 Z. Zaremba, Wojna i konspiracja, S. 157, verdeutlicht, daß die Sammeldelegatur in den Augen der PPS alle Forderungen verwirklichte, die diese Partei seit Beginn der Okkupation erhoben hatte. — Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. III, S. 335 hält die Sammeldelegatur für den Ausdruck der Bemühungen um Zusammenarbeit zwischen Militärs und Politikern im Untergrund. — E. Duraczyński, Stosunki, S. 41 (Anm. 58) erblickt wohl zu Unrecht einen Widerspruch zwischen diesen beiden Äußerungen. Sie harmonieren auch mit seiner eigenen Interpretation, daß die Sammeldelegatur den Versuch darstellte, der Regierung die Entscheidungsgewalt in Untergrundangelegenheiten aus der Hand zu nehmen. — Vgl. ebenda, S. 40.
- 62 Vgl. J. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 63 Das offizielle Organ der Exilregierung, der »Monitor Polski«, besaß eine abweichende typographische Aufmachung. Nach dem Bericht von W.

- Strzelecki (12. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 3635/XVIII/40 soll die Auflagenhöhe des gefälschten »Monitor« nur 60 Exemplare betragen haben. Wenn diese Angabe verlässlich ist, müßte daraus gefolgert werden, daß das Störmanöver des »Monitor« die Führungsspitzen des politischen und militärischen Untergrunds als Zielgruppe ausgesucht hatte. Allerdings ist bei solchen Angaben prinzipiell eine gewisse Reserve ratsam.
- 64 Vgl. Rowecki an Sikorski und Sosnkowski (11. August 1940). SPP: L. dz. ROMEK 1020. Gleichfalls: Skorobohaty-Jakubowski an Sikorski und Kot (12. August 1940). SPP: L. dz. ROMEK 1021. Nach einer handschriftlichen Marginalie Sikorskis lagen ihm die beiden Depeschen am 16. August 1940 vor.
- 65 Depesche Roweckis (11. August 1940). SPP: L. dz. ROMEK 1020.
- 66 Einschließlich der inzwischen beigetretenen SP.
- 67 Zitiert nach PSZ, S. 54 (Kurzform). Der vollständige Text wurde von Rowecki übersandt: Depesche Nr. 66 (27. August 1940). SPP: L. dz. 335/tj. 40. (Die Datierung der Depesche auf den 22. August 1940 in PSZ ist irrig.) — Die Regierung veröffentlichte allerdings schon am 9. August einen Text im »Biuletyn Informacyjny«. E. Duraczyński, Stosunki, S. 40 (Anm. 57) zitiert aus dieser Quelle, allerdings auch die dort fälschliche Datierung auf den 25. Juli 1940. Diese Datierung ist allein schon wegen des Bezugs der »Befehle« auf das Dekret der »Regierung im Lande« unmöglich. Vgl. dazu St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo*, S. 35–38.
- 68 Die Autorenschaft ist mit Sicherheit nie geklärt worden, wie die verschiedenen Zuschreibungen zeigen: Skorobohaty-Jakubowski schreibt an Kot (15. Januar 1941), SPP: L. dz. 1820/tj. 41, »genaue Quellen über diese Diversionsaktion« fehlten; aber er nimmt einen Zusammenhang mit der Juli-Krise der Regierung an und deutet in Richtung SN. — Sikorski vermutete, es handle sich bei dieser Aktion um provokatorische Machenschaften von deutscher Seite. Vgl. Sikorski an Rowecki (20. August 1940). SPP: L. dz. 378/tj. 40. — Sosnkowski sah in die gleiche Richtung und nannte als mögliche Quislinge die Namen von Prinz Janusz Radziwiłł und Władysław Studnicki. Vgl. Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (3. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, L. dz. (Abt. VI) 383/tj. 40. — Rowecki hingegen glaubte eher an Machinationen aus Sanackjakreisen in der Heimat. Vgl. Rowecki, Depesche Nr. 88 (9. September 1940). SPP: L. dz. 462/tj. 40.
- 69 St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo*, S. 37.
- 70 Vgl. Rowecki an Zentrale (29. September 1940). SPP: L. dz. 601/tj. 40.
- 71 St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo*, S. 37.
- 72 Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41. Die Forderung nach einem vom CKON gestellten Delegaten erscheint auch im Schreiben Jan Beżłaskis, eines führenden Mannes im BP, an Sikorski (21. August 1940). GSHI: SPRM, Akte 24b, Nr. 3636/XVIII/40.
- 73 J. Beżłaski, ebenda, scheute zur Erklärung der Haltung von Skorobohaty-Jakubowski nicht das Mittel der Verleumdung: »... hat ihn wohl auch ein unbewusstes Gefühl seiner eigenen Unzulänglichkeit veranlaßt, die Delegatur so schnell wie möglich aufzubauen, um alle Aufgaben von seinen Schultern abzuwälzen, zu deren Erfüllung er sich unfähig fühlte«.

- Daß diese Herabsetzung Skorobohaty-Jakubowskis keine Erklärung dafür bot, weshalb er die Ansprüche des CKON abwies, übergeht Beziaski.
- 74 Der Kontakt CKON-Fietowicz ging über die »Muszkietrzy« Witkowskis. Er ist so häufig bezeugt, daß Duraczyńskis vorsichtige Einschränkungen nicht gerechtfertigt sind. Vgl. E. Duraczyński, Stosunki, S. 39. — Dagegen: St. Dołęga-Modrzewski, Polskie państwo, S. 33. Besonders deutlich: Tarnogrodzki/Tryc, Polskie organizacje, S. 260. — Für die Regelmäßigkeit dieser Kontakte vgl. die Vernehmungsprotokolle von Muszkietrzy-Mitgliedern: Szadkowski (24. April 1942), Mackiewicz (1943), Wasilewski (30. Januar 1942) und Esz (13. Juli 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43, Anhänge 1—4.
- 75 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 76 Vgl. ebenda. — Aus der Tatsache, daß Fietowicz in Unkenntnis der Anwesenheit Skorobohaty-Jakubowskis handelte, kann man schließen, daß er auch über die Entstehung der Sammeldelegatur bewußt im Unklaren gelassen wurde. Diese Tatsache exkulpiert das Verhalten von Fietowicz in der Delegaturfrage.
- 77 Vgl. St. Dołęga-Modrzewski, Polskie państwo, S. 33.
- 78 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41. Vgl. derselbe, Depesche Nr. 87 an Sikorski und Kot (7. September 1940). SPP: L. dz. 462/tj. 40.
- 79 Vgl. derselbe an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 80 Vgl. ebenda.
- 81 Rowcki, Schreiben Nr. 27 (12. August 1940). Auszugsweise durch ROMEK (8. November 1940). SPP: L. dz. 946/tj. 40. — Das von beiden südosteuropäischen Basen geübte Verfahren, Meldungen aus der Heimat auszugsweise oder lediglich referierend an die Exilregierung weiterzuleiten, stellt einen sicheren Beleg für die Verbindungsschwierigkeiten dar, mit denen die Exilregierung seit der Jahresmitte 1940 zu kämpfen hatte.
- 82 Skorobohaty-Jakubowski, Depesche Nr. 87 an Sikorski und Kot (7. September 1940). SPP: L. dz. 462/tj. 40. — Vgl. auch Dołęga-Modrzewski, Polskie państwo, S. 33.

### 10. Kapitel

- <sup>1</sup> Die Teilnehmer waren: J. Karasiówna (Warschau), R. Luda (ehem. Lemberg), General G. Paszkiewicz und Oberst T. Demel (für Sosnkowski), Oberst Wasilewski (für Sikorski) und die Basenkommandanten Oberst Rostworowski (BOLEK) und Oberst Krajewski (ROMEK). — Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej (hrsg. v. J. Zamojski), S. 196.
- <sup>2</sup> Mit der Einführung von Kapturgerichten griff man auf eine Rechtsinstitution der Zeit vor 1792 zurück. Es handelte sich dabei um die »Konföderations«-Gerichte, mithin um ordentliche Gerichtshöfe, die in das damalige polnische Staatsrecht völlig integriert waren. Aus diesem Grunde würde eine Übersetzung von »Sądy Kapturowe« mit »Feme-gerichten« nicht nur die Sache verfehlen, sondern im deutschen Leser auch falsche Assoziationen wecken. — Zum Problem der Konföderation vgl. S. 11 f.

- 3 Vgl. Sikorski und Sosnkowski an Rowecki (2. Februar 1940). SPP: o. L. dz.
- 4 Kodex der Kapturgerichte (16. April 1940). SPP: L. dz. 2955/Org./tj. 40. — Der KSK-Beschluß findet sich im Anhang.
- 5 Das Schreiben Sikorskis und Sosnkowskis an Rowecki (2. Februar 1940) hatte die Bestätigung des Urteils durch die »politische Repräsentation« nur in solchen Fällen gefordert, wo das Urteil auf Todesstrafe lautete. Nach der neuen Gerichtsordnung vom 16. April 1940 bedurften *alle* Urteile der ZWZ-Gerichtshöfe der Gegenzeichnung durch den Regierungsdelegaten. SPP: ohne L. dz.
- 6 Sikorski und Sosnkowski, Materialvorschriften zur Gerichtsordnung (o. Datum), Anhang zur Gerichtsordnung.
- 7 Vgl. Gerichtsordnung, Punkt 17: »Für die Territorien von Feindstaaten befinden sich die Kapturgerichte auf dem Gebiet der jeweiligen Okkupation«. — Exekutionen von deutschen Verwaltungsbeamten nach vorher zugestellten ordentlichen Todesurteilen der Widerstandsbewegung setzten erst im April 1943 ein. Falls der zum Tode Verurteilte sich der Vollstreckung zu entziehen versuchte, wurde der von deutscher Seite gegenüber den Polen längst geübte Grundsatz der Kollektiv- bzw. Familienverantwortlichkeit angewandt. Vgl. W. Prag, Deutsche Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement Polen.
- 8 Vorsitzender war jeweils der Distriktskommandeur bei Distriktsgerichten usw. bis hin zum Okkupationskommandeur bei Okkupationsgerichten. Eine Rangfolge bestand nicht, da die Appellationsmöglichkeit entfiel.
- 9 Gerichtsordnung, Punkt 6: »Die Vorsitzenden ernennen zwei ständige Richter des Urteilshofes: einen Nicht-Fachmann und einen Richter des polnischen Militärgerichtshofes oder, wo diese fehlen, einen polnischen Strafrichter, evtl. einen Rechtsanwalt oder jemanden mit juristischer Ausbildung.«
- 10 Der Sinn dieser Vorschrift lag darin, den durch die Beteiligung am Verfahren eingeweihten Personenkreis so eng wie möglich zu halten.
- 11 Vgl. ebenda, Punkt 13: »Die Art der Ausführung des Urteils ist den Vollstreckern anheimgestellt, und ihnen obliegt auch ein eventuelles Verwischen der Spuren.«
- 12 30. April 1940. SPP: L. dz. 2772/Org./tj. 40.
- 13 undatiert. SPP: Akte KSK, materiały luzne.
- 14 undatiert. SPP: ebenda.
- 15 Für schwerwiegende Verstöße traten Disziplinargerichtshöfe zusammen. Urteile durften innerhalb des ZWZ bekanntgegeben werden. Sie wurden in die Führungspapiere des Mitglieds eingetragen. Eine Tilgung war möglich, wenn der Bestrafte sich »durch besonders opferbereiten Dienst ausgezeichnet« hatte. — A. Zeltch, *Inside Poland. Bombay 1945*, S. 10, beschönigt, wenn er fälschlich behauptet: »We have no punishment in our Army, yet the discipline is perfect.«
- 16 Vgl. Instruktion Nr. 1 für Rowecki (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/tj. 40.
- 17 Instruktion (30. April 1940). SPP: L. dz. 2772/Org./tj. 40.
- 18 Ebenda. — Die Bürgschaften wurden in der Heimat dem Okkupationskommandanten vorgelegt, während sie für ZWZ-Mitglieder im Exil vom 2. Stellvertreter des Oberkommandierenden paraphiert werden mußten.

- 19 Vgl. Ebenda, Punkt 13. — Allerdings war diese Vorschrift nur außerhalb der Heimat verbindlich. Die Okkupationskommandanten erhielten nur die vage Anweisung, sich diesem Punkt in ihrer jeweiligen Praxis vorsichtig anzugleichen.
- 20 Vgl. J. Karski, *Secret State*, S. 73: »For one thing, it is not so easy to become a member as might be imagined. The underground organization demanded that its members fulfill certain physical qualifications and that they be relatively unencumbered and free to perform the tasks assigned to them.«
- 21 Jedenfalls muß es aufgrund von Paralleldatierungen in die Zeit April-Mai 1940 eingeordnet werden. Dafür spricht nicht zuletzt der Fundort: SPP: Akte KSK, materiały luźne. Es handelt sich hier um ein Papier, dessen Verbreitung sich vermutlich aus unbekanntem Gründen verbot. An der Autorenschaft Sosnkowskis besteht kein Zweifel, so daß dieses Papier wenigstens über Sosnkowskis Vorstellungen und Absichten Auskunft gibt.
- 22 Diese Versorgungsangelegenheiten waren schon vorher geregelt worden. Vgl. J. Tabaczyński (für das Präsidium des Ministerrats) an Sosnkowski, Mitteilung (26. März 1940). SPP: L. dz. 820/tj. 40, Akte KSK.
- 23 Pflichten und Rechte: Rechte, Punkt 7. SPP: Akte KSK, materiały luźne.
- 24 Vgl. Instruktion Nr. 1 (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/tj. 40.
- 25 Versprechen dieser Art tauchen später nicht mehr auf. Ihre politisch-historischen Implikationen machen es wahrscheinlich, daß das Papier als Ganzes in die Schreibtischschublade wanderte.
- 26 Rowecki, Meldung Nr. 7 (7. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. — Vgl. auch A. Zeltch, *Inside Poland*, S. 10: »Often senior officers from before the war have relinquished their ranks for the sake of the younger ones and are serving under a lower rank officer or under a civilian who never before was in the army.«
- 27 Sosnkowski an Rowecki, Instruktion Nr. 5 (5. April 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 28 Sosnkowskis »Wariant II« zitiert den Satzesatz aus der Meldung Nr. 7 Roweckis.
- 29 Beide Papiere — Wariant I: Projekt eines Beschlusses für das KSK; Wariant II: Referat für das KSK in der Sache der Avancements — finden sich undatiert in SPP: Akte KSK, materiały luźne, ohne L. dz. — Das KSK hatte am 16., 17. und 27. April Sitzungen, auf denen diese Anträge verhandelt worden sein könnten. Die Protokolle dieser Sitzungen liegen nicht vor. Erst die Mitteilungen der Vertreter des Oberkommandos auf der Belgrader Konferenz zeigen, was von Sosnkowskis »Varianten« stehen geblieben war.
- 30 Nach »Wariant II« durften diese »Kriegsoffiziere« ihren Titel nach Kriegsende weiterführen, während ihnen das Tragen der Uniform nur zu Staatsfeiern gestattet war.
- 31 »Wariant I« sieht als Endstufe den niedrigsten Offiziersrang (Leutnant) vor. Das Avancement innerhalb der Offiziersränge sollte beim Majorsrang enden.
- 32 Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 223.
- 33 Rowecki hatte 30 Anträge auf Avancement eingereicht. Sosnkowski hatte allerdings »Zweifel an der Berechtigung« dieser Anträge und lehnte sie

- ab. Die Frage des Überspringens mehrerer Ränge wurde so gelöst, daß man die bereitgestellten Avancements »als Versuchstitel« behandelte, »die später noch erweitert werden können«. Vgl. ebenda. — Auf Antrag Sosnkowskis bewilligte Sikorski Ende Juli 30 weitere Avancements unter der Bedingung, daß er sich das Recht für Avancements zum Rang eines Oberst und höher vorbehielt. Vgl. Sosnkowski an Rowecki (2. August 1940). SPP: L. dz. 174/tj. 40.
- 34 Die Besprechung war streng geheim und wurde nicht protokolliert. Daher sind konkrete Absprachen nicht belegt.
- 35 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 12 (18. März 1940). SPP: L. dz. 2591/tj. 40. Im Anhang befand sich: Rowecki, Weisungen für die Sabotage- und Diversionstätigkeit (19. März 1940), die den Regional- und Distriktskommandanten zugeleitet wurden. Von Roweckis Plänen berichtete auch Emissär Szymański, Diversionsangelegenheiten (29. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. Die Exilregierung war also seit Ende März 1940 über Roweckis Pläne im Bilde.
- 36 Durch den Emissärsbericht F. Szymańskis hatte die Exilregierung schon Ende Januar einen guten Einblick in die Problemlage all der Dinge erhalten, die unter dem Aspekt der Gerichtsbarkeit im Untergrund nach einer Regelung verlangten. Vgl. Szymański, Kapturgerichtsanträge (24. Januar 1940). SPP: L. dz. 972/tj. 40.
- 37 Hinsichtlich der offensiven Diversion unterschied Rowecki zwei situationsbedingte Formen: Diversion, die bei der Kriegswende einsetzte, noch ehe verbündete Truppen polnisches Territorium betreten hätten, und Diversion, die als Vorbereitung oder schon Teil des nationalen Aufstands die Niederkämpfung feindlicher Streitkräfte durch die Verbündeten auf polnischem Boden unterstützte.
- 38 Rowecki, Weisungen (19. März 1940). SPP: L. dz. 2591/tj. 40.
- 39 Ebenda. — Vgl. Szymański, Diversionsangelegenheiten (29. März 1940), SPP: L. dz. 2147/tj. 40: »... unter Verwendung spezieller »Masken«, die die Ausführenden verbergen und den Verdacht auf deutsches Personal oder technische Mängel lenken«. — Szymański verwies auf einen Vorfall vom 27. Februar 1940, als polnische Eisenbahner einen deutschen Militärtransport auf der Strecke Łódz-Koluszki gegen 23.00 h mit einem Güterzug kollidieren ließen. Eine in der Nähe stationierte deutsche Infanterieeinheit eröffnete daraufhin Feuer aus Hand- und Maschinenwaffen auf die eigenen Leute, von denen ca. 70 getötet wurden. Der deutsche Stationsvorsteher und 2 Fahrdienstleiter wurden verhaftet und erschossen. Vgl. dazu auch Rowecki, Meldung Nr. 12 (18. März 1940). SPP: L. dz. 2591/tj. 40.
- 40 So hatte der ZWZ sich spätestens Mitte April 1940 den Berufsverband der Eisenbahner, der politisch der PPS nahestand, unterstellt. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40.
- 41 Den Mannschaftskern des ZO stellte die Organisation »Brochwicz«, die von Major R. Grocholski und Oberstleutnant Miłkowski 1939 in Lublin gegründet worden war. Als Eingliederungsdatum gibt PSZ, S. 162, den Mai 1940 an. Rowecki meldete die Unterstellung schon in der Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40. Aus der Tatsache, daß »Brochwicz« sich bis dahin ruhig verhalten hatte, obgleich sie schon Ende Januar 1940 bewaffnete Aktionen geplant hatte, kann man auf

- eine noch frühere Unterstellung schließen. Vgl. Meldung von Brochwicz (Ende Januar 1940). SPP: L. dz. 1534/tj. 40. — Ihre Stärke wurde auf »einige 100 Mann« geschätzt: PSZ, S. 162.
- 42 Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 207. Einen kurzen organisatorischen Abriß des ZO, seinen Einbau in das Heimatkommando auf Stabsstufe und den Tenor von Tätigkeitsrichtlinien gibt Roweckis Meldung Nr. 61a an Sosnkowski (27. März 1941). SPP: L. dz. 2176/tj. 41. (Die L. dz. ist in *Armia Krajowa w dokumentach 1939—1945*, hrsg. v. SPP, Londyń 1970, T. I, S. 479, verdruckt.)
- 43 Vgl. ebenda, S. 207.
- 44 Vgl. ebenda, S. 209. — Vgl. auch die Datierung von Rowecki, Richtlinien zur Schulung des ZWZ, Richtlinien Nr. 1 (15. November 1940). SPP: L. dz. 1325/tj. 41. In: Iranek-Osmedki, Bericht (April 1941), Anhang. Es handelte sich bei ihnen um allgemeine Richtlinien, die keinen Spezialzweck verfolgten und die mithin auch für den ganzen ZWZ in allen seinen Gliederungen galten.
- 45 In der Heimat befanden sich nur 1,5 t TNT. Vgl. F. Szymański, Diversionsangelegenheiten (29. März 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 46 Rowecki, Weisungen (19. März 1940). SPP: L. dz. 2591/tj. 40.
- 47 Ebenda.

## 11. Kapitel

- 1 Zur Übersiedlung vgl. den anonymen Artikel in der amerikanischen exilpolnischen Zeitschrift *Nowiny Polskie* Nr. 193 (14. August 1940). — Ebenfalls G. Sappok, *Polnische Wunschträume. Die Propaganda der Polen in England und in den USA unter besonderer Berücksichtigung ihrer Westausweitungspropaganda* (Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch). Berlin 1943.
- 2 Zu den näheren Umständen vgl. *Wi. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia* Bd. III, S. 148.
- 3 Vgl. K. Sosnkowski, *Uwagi o przesileniu lipcowym 1940r.*. In: W. Babiński, *Przyczynki historyczne*, Anhang Nr. 6, S. 574. Die undatierten Ausarbeitungen, die frühestens Mitte der 50er Jahre verfaßt wurden, finden sich gleichfalls in K. Sosnkowski, *Materiały historyczne*. — Für eine abgewogene Besprechung dieser Darstellung vgl. T. Komarnicki, *Słowo o »materiałach historycznych« Gen. K. Sosnkowskiego*. In: *Dziennik Polski* (25. März 1967). — Die folgende Darstellung der Juli-Krise ist Sosnkowskis »Uwagi« vielfach verpflichtet, ohne daß dieses öfter als nötig angemerkt würde.
- 4 Vgl. S. 304 Anm. 100.
- 5 Sikorski bezeichnete es als »Notiz« (Notatka), obgleich er es dem Korrespondenten der PAT, dem wegen seiner pro-kommunistischen Einstellung bekannten Stefan Litauer, in englischer Sprache vorlegte. Vgl. *Wi. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia* Bd. III, S. 151.
- 6 In diesem Sinne ließe sich auch das dilatorische Verhalten der Exilregierung gegenüber der Gründung des ZWZ in Wilna verstehen. Vgl. S. 104 f.

- 7 Vgl. E. Raczyński, Wspomnienie o Sikorskim, in: Wiadomości Polskie Nr. 122 (1948).
- 8 So jedenfalls sprach sich Raczkiewicz Ende Juni gegenüber Sosnkowski aus. Vgl. Sosnkowski, Uwagi.
- 9 Vgl. ebenda. — Sosnkowskis Motiv lag nicht nur in dem Wunsch, sich aus der für schädlich erkannten Krise herauszuhalten, sondern er hatte auch die Hoffnung aufgegeben, den ZWZ von England aus zu befehligen.
- 10 Vgl. ebenda den Bericht über das Gespräch zwischen Raczkiewicz und Sosnkowski im Hotel »Claridge«.
- 11 Vgl. ebenda.
- 12 Das mag in beträchtlichem Maße de Gaulles spätere Einstellung zu England bestimmt haben. Jedenfalls sind die Züge eines persönlich motivierten Antagonismus unverkennbar. Dem widersprechen auch jene Versuche nicht, die die Außenpolitik de Gaulles in andere Zusammenhänge stellen. Vgl. P. Scholl-Latour, Charles de Gaulle. Ein Porträt. In: Publik Nr. 46 (13. November 1970).
- 13 Vgl. Gesprächsprotokoll in: W. Babiński, Przyczyunki, Anhang 4, S. 571 f. Auch: Anhang 5, S. 573; Schreiben des Kriegsministers Kukiel an den Vorsitzenden des Ministerrats (25. Juli 1940), in dem Kukiel sich ausdrücklich mit dem Vorgehen der Offiziere solidarisiert.
- 14 Es ist auffällig, daß die Stellung von Raczkiewicz hier mit der Rechtsposition des polnischen Königs vor 1795 gleichgesetzt wird.
- 15 Gesprächsprotokoll, Babiński, Przyczyunki, Anhang 4, S. 572.
- 16 Zum Begriff »bunt« vgl. H. Roos, Ständische und parlamentarische Verfassung in Polen, S. 365 (Anm. 139).
- 17 Gesprächsprotokoll, Babiński, Przyczyunki, Anhang 4, S. 572.
- 18 Sikorski war Mitglied der SP, Kot der SL.
- 19 Vgl. Sosnkowski, Uwagi, S. 579.
- 20 So jedenfalls vermutete Sosnkowski. Vgl. ebenda, S. 580.
- 21 T. Komarnicki, Slowo o »materialach historycznych«.
- 22 Sosnkowski, Uwagi, S. 580. — Die internen Abmachungen konstitutioneller Art vom Oktober 1939 wurden von Sikorski und den Parteien so ausgelegt, daß Veränderungen in der Regierung das Placet des Premiers erforderten. Selbst wenn man annimmt, daß diese Deutung sich im Rahmen der Abmachungen bewegte, so ist doch leicht einzusehen, daß diese Interpretation auf den Fall einer Entlassung des Premiers nicht anwendbar war.
- 23 Die Punktation wurde in mancher Hinsicht stilistisch noch redigiert. Vgl. Sosnkowski, Uwagi, S. 581.
- 24 Vgl. S. 50.
- 25 Vgl. Sosnkowski, Uwagi, S. 574.
- 26 Dieses propagandistische Urteil wird von A. Skarżyński, Obóz Londyński w okresie II wojny światowej, S. 221 f., bedenkenlos kolportiert.
- 27 Jedenfalls liegt die Parallele zu jenem 31. Oktober 1929 klar auf der Hand, an dem Piłsudski in Begleitung von etwa 100 bewaffneten Offizieren versuchte, den Sejm bei seiner Eröffnungssitzung unter Druck zu setzen.
- 28 Die Animosität Sikorskis gegenüber der Sanacja wird am klarsten wohl vom Fall Siedlecki bezeugt: Am 27. August 1940 deeschierte Rowecki die Anfrage an die Zentrale (SPP: L. dz. 374/tj. 40), ob ein gewisser Siedlecki

- als Emissär des ZWZ ins Exil reisen könnte. Sosnkowskis Begleitschreiben vom 29. August 1940 (SPP: gleiche L. dz.) erläuterte, Siedlecki sei Unterstaatssekretär im Präsidium des Ministerrats gewesen und habe dem verstorbenen Oberst Slawek nahegestanden, — einem Manne, der wegen der Entartung der Sanacja am 2. April 1939 vor dem Bilde Piłsudskis Selbstmord begangen hatte. Sikorskis Antwort an Rowecki vom 31. August 1940 (SPP: gleiche L. dz.) wies alle Anzeichen einer Panik auf: »Auf die Abreise von Siedlecki lege ich keinen gesteigerten Wert. Ich könnte keine Verantwortung dafür übernehmen, daß er im Exil einen Platz findet. — Sikorski.«
- <sup>29</sup> Mikołajczyk, der sich schon seit längerem auf die Seite Kots geschlagen hatte, behauptete, an den BOLEK-Kommandanten Rostworowski sei im Juli folgendes Telegramm abgegangen: »Zaleski zum Premier ernannt, Sosnkowski zum Vizepremier und Oberbefehlshaber. Sikorski, Kot und Seyda nebst Stroński entlassen.« Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 2. August (SPP: ohne L. dz., Akte KSK, materiały luźne). Ebenso: Sosnkowski an Kot (August 1940). SPP: L. dz. 203/tj. 40. — Sosnkowskis diesbezügliche Anfrage an Rostworowski (2. August 1940, SPP: L. dz. 180/tj. 40) wurde mit der Erklärung beantwortet, ein solches Telegramm habe niemals existiert; wohl aber habe es »viele Gerüchte gegeben«. Vgl. Rostworowski an Sosnkowski (3. August 1940). SPP: L. dz. BOLEK 1396. — Weiteres Material findet sich im SPP: Archiwum MSW, Akte 28, Position 2.
- <sup>30</sup> Selbst der heftigste Opponent des ZWZ, Innenminister Kot, war davon überzeugt, daß »Rowecki selbst zweifellos völlig loyal« war. Vgl. K. Iranek-Osmecki, Bericht über ein Gespräch mit Kot vom 5. November 1940 (10. April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, als nicht nummerierter Anhang zum Emissärsbericht. Es spricht für den Arbeitsstil Kots, daß dieses Gespräch, in dem Oberst Iranek-Osmecki für seine Emissärsaufgaben vorbereitet werden sollte, nicht im Dienstsitz Kots, sondern im Café Royal stattfand. Das zweite Gespräch am folgenden Tage wurde in einem Londoner »Serbischen Restaurant« abgehalten.
- <sup>31</sup> Teilnehmer: Sosnkowski (Vorsitz), Minister Kot und Stańczyk, Präsident Mikołajczyk, Popiel und Prof. Folkierski. Folkierski war auf Umwegen neu hinzugezogen worden: Sikorski hatte Weisung gegeben, Minister Seyda sollte den abwesenden Bielecki (SN) vertreten; Seyda hatte Folkierski als seinen Vertreter geschickt. Vgl. KSK-Protokoll (2. August 1940). SPP: ohne L. dz., Akte KSK, materiały luźne.
- <sup>32</sup> Ebenda. — Sikorskis Schreiben wurde von Sosnkowski verlesen. Vom Original hat sich keine Spur gefunden.
- <sup>33</sup> Geradezu groteske Formen nahm Popiels Angriff auf den ZWZ an, als er ihm unterstellte, führende Männer der SP in Krakau wie auch den Chef des CKON, Świętochowski, durch gezielte Denunziationen aus dem Wege geräumt zu haben. Nach Sosnkowskis scharfem Einspruch gegen solche Unterstellungen erklärte Popiel gegen Ende der Sitzung, er sei bei seinen Äußerungen falsch verstanden worden. Allerdings sparte er auch wieder mit Hinweisen, wie er seine an sich eindeutigen Äußerungen denn wirklich verstanden wissen wollte. — In entrüsteten Worten griff Sosnkowski diesen Vorfall noch einmal in seinem Memorandum an Sikorski (3. September 1940. SPP: L. dz. 383/tj. 40, auch: GSHI: SPRM, Akte 25)

- auf. Dieser Darstellung zufolge habe Sosnkowski Popiel gegenüber erklärt: »Wenn er in seinen Verdächtigungen weiter so unbedenklich gegen die Militärorganisation vorgehe, könne er am Ende eine vergiftete Atmosphäre schaffen, deren Wirkungen unabsehbar seien.« — Daß Sosnkowski die Realität als drohende Möglichkeit beschwören mußte, kommentiert seine Situation im Rahmen des KSK zur Genüge.
- 34 »Das alte Regierungsschema war gut. Man sollte seine Ausführung auf die veränderten Umstände abstellen.«
- 35 RowECKI an Sikorski und Sosnkowski (undatiert; an ROMEK: 11. August 1940). SPP: L. dz. ROMEK 1020. — Skorobohaty-Jakubowski an Sikorski und Kot (undatiert; an ROMEK: 12. August 1940). SPP: L. dz. ROMEK 1021. — Der Weg von Skorobohaty-Jakubowskis Telegramm über ROMEK zeigt, daß dem Interimistischen Regierungsdelegaten nur die Verbindungswege des ZWZ zur Verfügung standen.
- 36 Marginalie auf dem RowECKI-Telegramm, datiert: »16/VIII Sik[orski].« SPP: L. dz. ROMEK 1020.
- 37 Ebenda.
- 38 Marginalie auf der Rückseite des RowECKI-Telegramms, ohne Datum und Signatur. — Selbst wenn der Weg, den dieses Dokument innerhalb der Exilregierung genommen hat, nicht schon aus der Marginalie Sikorskis bekannt wäre, so ließe doch die charakteristische Handschrift der zweiten Marginalie mit ihrem unmotivierten Wechsel von Rund- und Steilformen in der Schrift keinen vernünftigen Zweifel an der Autorenschaft Kots.
- 39 Sikorski an Sosnkowski (23. August 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2017/XV/40.
- 40 Sosnkowski an RowECKI, Zifferndepesche (27. August 1940). SPP: L. dz. 363/tj. 40.
- 41 Ebenda.
- 42 Bezeichnenderweise hatte die Instruktion Nr. 5 an RowECKI (20. Juli 1940), SPP: L. dz. 85/tj. 40 schon nicht mehr vom PKP gesprochen. Vielmehr hatte der ZWZ strenge Anweisung erhalten, »keinerlei politische Tätigkeit auszuüben«.
- 43 St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo*, S. 32 ff. sieht in der Schaffung der Sammeldelegatur offenbar überhaupt keine Rechtsprobleme; solche Bedenken verschwinden bei ihm vor der — freilich positiven — Tätigkeit der Delegatur in der kurzen Zeit ihres Bestehens. Auch E. Duraczyński, Stosunki, S. 39 ff. geht nicht auf Rechtsprobleme ein, sondern auf das Interesse des ZWZ an der Delegatur. Für die Hast und Unbedenklichkeit, mit der die Delegatur ins Leben gerufen worden war, vgl. S. 149.
- 44 Vgl. die Analyse der Konzeption der Exilregierung aus der Sicht J. Karasiównas, die wegen ihrer persönlichen Bindung an Tokarzewski dessen Modell besonders verpflichtet war: J. Karasiówna, *Pierwsze półroczce*, S. 29 f.
- 45 E. Duraczyński, Stosunki, S. 41, spricht undifferenziert von der »Eimischung des Militärs in die politischen Angelegenheiten«. Er übernimmt damit die summarischen Urteile der Exilpolitiker über den ZWZ, die in dieser Form zweifellos unberechtigt waren. Für die Ablehnung dieser Urteile vgl. St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo*, S. 38. Allerdings

- ist Dołęga-Modrzewskis Beschränkung auf Kot und Mikolajczyk als die eigentlichen Verfechter dieser Vorwürfe gegen den ZWZ zu eng.
- 46 Das Datum ihres Eintreffens war nicht zu ermitteln. Es dürfte jedoch mit einiger Sicherheit nach der letzten Sitzung der Sammeldelegatur anzusetzen sein. Vgl. E. Duraczyński, Stosunki, S. 41. SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 6.
- 47 J. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941).
- 48 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Sikorski und Kot (24. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2761/XV/40.
- 49 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 6.
- 50 W. Strzelecki, Bericht (12. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 3635/XVIII/40.
- 51 Vgl. dazu die Gespräche des Emissärs Iranek-Osmecki mit der PPS vom 14. Januar 1941 (Anh. 12), SL vom 14.—15. Januar (Anh. 13) und SP vom 13. Januar (Anh. 16). — Jeweils zum Bericht Iranek-Osmeckis (April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 52 Rowedki, Meldung Nr. 46 (o. Datum; 1. Hälfte 1941), Anhang zum Emissärsbericht von Iranek-Osmecki, Nr. 2. SPP: L. dz. 1820/tj. 41. Gleichlautend äußerte sich Karwat-Frankowski von der SP. Vgl. ebenda, Anhang 16.
- 53 Ebenda.
- 54 K. Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 12. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 55 Vgl. W. Strzelecki, Bericht (12. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 3635/XVIII/40. Die anderen Parteien interpretierten Dębskis Fernbleiben fälschlich als Boykott.
- 56 Über Charakter und Bedeutung von »Walka« vgl. J. Karski, Secret State, S. 221. Vgl. auch L. Dobroszycki, Centralny katalog, Nr. 917/918 (S. 232 f).
- 57 Vgl. J. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 6. — Der durch das Scheitern seiner Kompromißpolitik tief verletzte Dębski verwandelte sich nach seiner Niederlage in einen unterschiedenen Gegner der Sammeldelegatur, die er als »eine Intrige und ein Geschöpf des ZWZ, der keine Autorität über sich wissen will«, diffamierte. Gleichzeitig führte er über die in der SN an der Macht befindliche Trajdos-Gruppe aus, sie sei »der Sanacja und dem Kommunismus hörig«. Vgl. A. Dębski an Sikorski (Budapest: 26. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3637/XVIII/40.
- 58 Vgl. K. Iranek-Osmecki, Gespräch mit der PPS vom 14. Januar 1941. In: Bericht (April 1941), Anhang 12. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 59 Auszug aus einem undatierten Schreiben Skorobohaty-Jakubowskis an Sikorski und Kot (Budapest: 10. Oktober 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, ohne Nr.
- 60 J. Skorobohaty-Jakubowski an Sikorski und Kot (24. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2761/XV/40.
- 61 Vgl. ebenda.
- 62 Telegramm PKP Nr. 159 (o. Datum. An ROMEK: 27. Oktober 1940). SPP: L. dz. 840/tj. 40.
- 63 Ebenda.

- 64 Vgl. Sikorski und Sosnkowski an Rowecki (18. Juni 1940). SPP: ohne L. dz.
- 65 Vgl. T. Bór-Komorowski, *Secret Army*, S. 49. — Komorowski reiste am 17. Juni nach Warschau und verließ die Hauptstadt wieder am 22. Juni 1940.
- 66 Vgl. ebenda.
- 67 Ebenda. — Erste präzise Angaben über die Stärke des ZWZ liegen in Roweckis umfangreicher Meldung zur Lage vom 21. November 1940 vor (SPP: L. dz. 1233/tj. 41 — 1234/tj. 41). Die Skizze in PSZ, S. 120, ist recht grob und undeutlich. Ich lese für die Zeit vom 1. März bis zum 1. August 1940 einen wahrscheinlich interpolierten Stand von 19714 Mann Stammdienst. Die Zahl wird lebendig, wenn man sie gegen Tokarzewskis Angabe abwägt, daß die SZP im Frühjahr 1940 schon mehr als 25 000 Mann umfaßte. Vgl. Tokarzewski-Rede, S. 20. — H. Roos, *Polen in der Besatzungszeit*, S. 179, gibt eine runde Zahl von 100 000 Mann an, in der auch die Reserve enthalten sein muß. Da die befohlene Kaderarbeit des ZWZ sich gerade auf die Reserve auswirken mußte, ist mit dieser Zahl wenig gewonnen, wenn man nach dem Stand des Stammdienstes fragt. — Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des ZWZ läßt sich an der Zunahme von neu erscheinenden konspirativen Zeitungen in der zweiten Jahreshälfte 1940 ablesen. Juni: *Żołnierz Polski w Kampanii Wrzesniowej* (Beilage zu *Wiadomości Polskie*). Juli: das *Biuletyn Informacyjny*, vormals auf Krakau beschränkt, wird zum Zentralorgan des ZWZ; gleichfalls erscheint neu: *Placówka* Nr. 2 (Grodzisk Mazowiecki). August: *Kronika Polska* (Lodz), *Tygodnik Informacyjny* (Warschau). November: *Kronika Tygodniowa* (Lodz), *Na Posterunku* (Rzeszów). Dezember: *Polska Prawda* (Końskie/Kielce).
- 68 Die Erinnerung an die offenbar spontanen Erhebungen lokalen Charakters in Polen wurde von Sikorski in seinem Memorandum für Churchill beschworen (24. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2643/XIV/40. — Zur Wirkung dieses Memorandums auf britischer Seite vgl. E. Raczyńskis Beitrag in: *Oxford-Conference*, S. 40.
- 69 J. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 6.
- 70 Vgl. Rowecki, Bericht Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- 71 Vgl. Artikel »Piasecki. Listiger Hiwi«. In: *Der Spiegel* Nr. 48 (24. November 1969), S. 156 ff. Vgl. zu Piasecki auch die für seine politischen Vorstellungen charakteristische Darstellung von L. Frassati, *Il destino passapero Varsavia*. Bologna 1950. Luciana Frassati war eine Piasecki geistesverwandte italienische Faschistin, der man einen gewissen Einfluß auf Graf Ciano nachsagte. Als Führer der katholischen Pax-Bewegung ist Piasecki auch heute noch seinen alten Überzeugungen treu.
- 72 Rowecki, Situationsbericht Nr. 33 über die Zeit vom 10. August bis 10. September 1940 (September 1940, 0. Tag). SPP: L. dz. 1079/tj. 40.
- 73 Vgl. ebenda. — Diese Gruppen waren bisher teils vom CKON, teils direkt von der Exilregierung subventioniert worden. Mit der französischen Niederlage versiegten diese Finanzquellen. Die Annäherung dieser Gruppen an den ZWZ zu einem Zeitpunkt, an dem sie in akute finanzielle Schwierigkeiten geraten waren — oder wo sich solche Eng-

pässe doch wenigstens vorhersehen ließen —, erwies die Richtigkeit von Roweckis Behauptung, daß der ZWZ die Einigung des Untergrunds auf militärischem Sektor nur dann werde zustande bringen können, wenn die individuelle Subvention von Einzelgruppen durch die Exilregierung ein Ende nehmen würde. Vgl. dazu S. 128 f.

- 74 Rowecki, Situationsbericht Nr. 33 (September 1940). SPP: L. dz. 1079/tj. 40.
- 75 Ebenda.
- 76 Ebenda. — Die Realitätsferne dieses Gedankens zeigte sich besonders deutlich am Beispiel der von der SN aufgestellten Parteililiz NOW. Bei einem Gespräch mit Regierungsemissär Iranek-Osmecki vom 17. Januar 1941 erklärte Trajdos im Namen seiner Partei zwar, die NOW werde »im Augenblick, in dem der Oberbefehlshaber die Aktion in der Heimat startet und den Mobilisierungsbefehl gibt und jeden Waffenfähigen zum Dienst ruft, jedes Mitglied der SN an den vom Mobilisierungsbefehl zugewiesenen Platz stellen«. Gleichzeitig jedoch, als er auf die organisatorische Schwierigkeit der Aussendung von allgemeinen Mobilisierungsbefehlen hingewiesen wurde, machte Trajdos so viele Ausflüchte, daß dem Emissär klar wurde, daß man in Wirklichkeit nicht mit einer koordinierten Teilnahme der NOW am allgemeinen Aufstand rechnen konnte.
- 77 Zur Führungsrolle der TAP vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940), SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 6. Tarnogrodzki/Tryc, *Polskie organizacje*, S. 257.
- 78 Das erfolgte vermutlich auf Drängen der SN, die nach der Sabotierung der Sammeldelegatur auch militärisch keine Bindungen mehr eingehen wollte. Mit diesem Entschluß war das Schlußwort über eine Übereinkunft gesprochen worden, die die SN bei der Gründung des PKP eingegangen war: sie hatte sich bereiterklärt, bis zum 25. März 1940 ihre Parteiverbände militärischen Charakters an den ZWZ zu überstellen. Vgl. PKP, Protokoll (26. Februar 1940). SPP: L. dz. 2147/tj. 40. Freilich war diese Übereinkunft von der SN niemals in ihrem vollen Umfang realisiert worden.
- 79 Die TAP hatte ihre Größe eigentlich erst durch das im Frühjahr 1940 erfolgte Aufsaugen von Zellen der zerschlagenen PLAN und anderen kleineren Einheiten erlangt. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 17 (15. April 1940). SPP: L. dz. 3494/tj. 40.
- 80 Vgl. S. 122 f.
- 81 Rowecki, Organisationsmeldung 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- 82 Bezeichnend ist hier, daß sich gerade die nationalistischen Gruppen auf den alten »confoederatio«-Gedanken als das eigentlich legitimierende Element berufen.
- 83 Die ZCZ-Zellen von Warschau-Stadt, Lublin und eines Teils von Kielce hatten sich der POZ angeschlossen; Krakau war dagegen an den ZWZ gefallen; und der übrige Teil Kielces war vom KLON übernommen worden, wo er sich in der Armee der SN-Jugend unter »Stefan Wrała« verlor. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.

- <sup>84</sup> Vgl. J. Skorobohaty-Jakubowski, Bericht (o. Datum). GSHI: SPRM, Akte 24, o. Nr. — Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940), SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41, ist ungenauer, wenn er für die GON das ONR als Herkunft angibt. — Bei der »Pobudka« kann es sich nur um eine rechtsradikale Splittergruppe gehandelt haben, da ihr eigentlicher Kern seit Mitte 1940 im ZO des ZWZ tätig war. Vgl. Tarnogrodzki/Tryc, *Polskie organizacje*, 257.
- <sup>85</sup> »Znak« war die Propaganda-Abteilung des ZCZ, die sich schon seit geraumer Zeit verselbständigt hatte. Vgl. PSZ, S. 164. Es darf nicht mit dem »Znak«-ZOR verwechselt werden, das zu der dem »Wici« nahe-stehenden Föderation von »Raclawice« und POZ gehörte. — Über »Wawel« ist so gut wie nichts bekannt, weshalb die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß es sich hier um eine kleine nationalistische Gruppe gehandelt haben muß, die später völlig mit der TAP verschmolz.
- <sup>86</sup> Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41. — Diese Einschätzung sollte sich später bestätigen, als sich der militärische Teil der KN an der Jahreswende 1940/41 den eigenen Namen »Konföderation der Waffen« (KZ) gab und damit seine Selbständigkeit erklärte. Denn die politischen Implikationen der KN hatten bei der Militärgruppe »Konsternation und Widerwillen« hervorgerufen. Wenig später konnte die KZ in den ZWZ eingegliedert werden. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 79 (1. September 1941). SPP: L. dz. 471/tj. 42.
- <sup>87</sup> Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- <sup>88</sup> Ein Text war nicht auffindbar. — Innenminister Kot zitierte eine Äußerung Major Kruk-Strzeleckis, der zufolge die Deklaration von Zygmunt Hempel und Henryk Józewski verfaßt worden sein soll. Vgl. Kot, Antworten auf Vorwürfe (Mitte 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 14. — Hempel und der ehemalige Wojewode Józewski (Wojewode von Wolhynien) waren Männer, die eine eindeutige Sanacja-Vergangenheit besaßen. Aus diesem Grunde ist Kots Überlieferung mit politischen Implikationen belastet. Aus Mangel an zusätzlichen Quellen kann die Frage der Autorenschaft nicht entschieden werden.
- <sup>89</sup> J. Skorobohaty-Jakubowski, Bericht (o. Datum). GSHI: SPRM, Akte 24, o. Nr. Die hölzernen Formulierungen des Berichts lassen vermuten, daß in ihnen gewisse Partien des unbekanntenen Originals der Deklaration bewahrt sind.
- <sup>90</sup> Vgl. H. Roos, *Geschichte der polnischen Nation*, S. 119 ff.
- <sup>91</sup> Die SL-Vertreter verwarnten sich in ihren Gesprächen mit Emissär Iranek-Osmecki vom Januar 1941 gegen den Schluß, »daß die alten politisch erfahrenen Männer der PPS die jungen Leute von der SL nach sich gezogen hätten«. Vgl. K. Iranek-Osmecki, Emissärsbericht (April 1941), Anhang 13: Gespräche mit der SL (Niećko, Grudziński, Korboński) vom 14./15. Januar 1941. SPP: L. dz. 1820/tj. 41. Von Seiten der SL war das freilich eine Schutzbehauptung, mit der man das Gesicht wahren wollte.
- <sup>92</sup> Vgl. J. Skorobohaty-Jakubowski, Bericht (o. Datum). GSHI: SPRM, Akte 24, o. Nr.
- <sup>93</sup> Vgl. Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941). Anhang 13: Gespräche mit der SL. SPP: L. dz. 1820/tj. 41. In diesen Gesprächen unterstrichen die

- SL-Vertreter »ausdrücklich, man dürfe das nicht so verstehen, als handle es sich hier um irgendeinen Pakt«.
- 94 Rowecki, Bericht 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41. Vgl. auch den Bericht von Kots Emissär M. Buka (o. Datum — spätestens Ende November 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, o. Nr.
- 95 Rowecki, ebenda.
- 96 Ohne Verf., Bericht aus der Heimat (3. Dezember 1940). SPP: Archiwum MSW, Akte 14, Position 34. Der Fundort besagt, daß es sich hierbei um einen Kurier des Innenministeriums gehandelt haben muß, — also um alles andere als einen Anhänger des ZWZ! Zeitlich käme Michał Sikora in Frage, der am 26. Oktober 1940 einen vorläufigen Kurzbericht über Fietowicz (Budapest) an das Innenministerium geschickt hatte. Vgl. SPP: Archiwum MSW, Akte 28. Position 6.
- 97 Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- 98 Man wird allerdings zugestehen müssen, daß unter den konspirativen Verhältnissen jede Organisation Schwierigkeiten hatte, genaue Zahlen zu ermitteln. Von diesem Problem war auch der ZWZ nicht ausgenommen.
- 99 Vgl. Rowecki (Anm. 97): »Hinsichtlich der Qualität stellen sie ein nicht allzu zuverlässiges und hinsichtlich der Quantität ein unbestimmbares Element für die Reserve II dar.«
- 100 Rowecki, ebenda, zählt auf: TAP, KOP, Unia, ZCZ, Raclawice, POZ, ZW(i)L, PZW, Muszkieterzy, OWW und ZOR.
- 101 Die endgültige Eingliederung der Militärabteilungen von »Unia« war allerdings erst Mitte 1942 abgeschlossen. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 170 (31. August 1942). SPP: L. dz. 1215/tj. 42. — »Unia« war eine kleinere Organisation, die, unter Leitung eines ehemaligen Redakteurs des »Merkuriusz«, ihr politisches Gesicht von den Pilsudski-Nationalen erhalten hatte. Ihr Bereich erstreckte sich über die Wojewodschaften Warschau und Krakau. In »Unia« waren föderiert: »Warszawianka«, »Młoda Polska«, »Grunwald« und »Merkuriusz«. Splitter der Unia verstärkten 1943 die rechtsradikale NSZ. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung 220 (31. August 1943). SPP: L. dz. 3214/tj. 43.
- 102 Der »Polnische Freiheitsverband« (Polski Związek Wolności) war aus dem 201. Infanterieregiment hervorgegangen, das bei Warschau gekämpft hatte. Sein Einfluß beschränkte sich auf Warschau. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung 63 (1. April 1941). SPP: L. dz. 2474/tj. 41.
- 103 Im KOP (zu den verschiedenen Namensformen vgl. Abkürzungsverzeichnis) hatte Major B. Studziński (»Bogdan Nitecki«) Teile des alten Grenzschutzes (KOP) zu konspirativer Tätigkeit versammelt. Studziński, der 1915—1918 in Pilsudskis POW tätig war und seit 1931 das KOP kommandierte, hatte die KOP-Kasse retten können, so daß er anfangs ohne finanzielle Schwierigkeiten arbeiten konnte. Nach Studzińskis Tod im April 1940 übernahm der Stabschef Henryk Borucki (»Czarny«) das Kommando. Das KOP hatte Einfluß in Warschau und in der Wojewodschaft Lublin. Es gab eine attraktive Zeitschrift heraus, die vom Wojewoden Henryk Józewski redigiert wurde. Vgl. Kl. Hrabnyk, Początki podziemnego OPW. In: Kronika. Pismo dla wszystkich. (London) Nr. 49/50 (23.—30. Dezember 1967). Trotz dieser Sanacja-verdächtigen Wur-

- zeln ging die militärische Arbeit des KOP unter dem Kommando von Oberst Krzyżanowski, einem ehemaligen Mitarbeiter und Freund Sikorskis, mit der Exilregierung konform. Diese persönlichen Bande führten wahrscheinlich dazu, daß dem KOP von Sikorski gewisse Sonderrechte eingeräumt worden waren, die gegen eine Unterstellung unter den ZWZ sprachen. Vgl. J. Mulak, *Wojsko*, S. 9. Der ZWZ hielt die Arbeitsweise des KOP für leichtsinnig, wobei er auf die häufigen Enttarnungen in Warschau, Krakau und Pommern hinweisen konnte. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41. Nach Aufnahme der Zusammenarbeit zwischen KOP und ZWZ auf der Stufe des Oberkommandos konnte die eigentliche Eingliederung der Verbände erst im Herbst 1941 beginnen. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 118 (1. März 1942). SPP: L. dz. 4221/tj. 42. Anfang 1943 unterstellten sich noch nicht eingegliederte Teile von KOP der faschistischen NSZ. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung 190 (1. März 1943). SPP: L. dz. 5277/tj. 43. Damit verlor sich die Spur des KOP.
- <sup>104</sup> Die OWW unter Leitung von Wilk-Biernacki, den Rowecki als »den Typ des glänzenden Halbgebildeten mit hochfliegenden Plänen« charakterisierte, vgl. Meldung Nr. 37 (21. November 1940, SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41), arbeitete leichtsinnig und offenbar ohne Verständnis für konspirative Erfordernisse. Ihr Einflußgebiet umfaßte Warschau-Stadt, den östlichen Teil der Wojewodschaft Warschau und einen Teil der Wojewodschaft Lublin. Die im Herbst 1940 aufgenommenen Gespräche des ZWZ mit dem Oberkommando der OWW wurden von Seiten der OWW »leichtfertig abgebrochen«. Seither besorgte sich die OWW ihr Geld »auf Banditenart: Erpressung, Fälschung von Quittungen, Überfälle auf Kasseninstitute«. Der ZWZ entschloß sich, mit der OWW keinen erneuten Kontakt aufzunehmen, »weil sie leichtfertig arbeitet und die Berechtigung Sikorskis anzweifelt«. Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 63 (1. April 1941). SPP: L. dz. 2474/tj. 41.
- <sup>105</sup> Vgl. S. 118 f. — Ein besonders eklatanter Fall ist aus dem Juli 1940 bekannt, wo die TAP ca. 16 791 Dollar einer ROMEK-Überweisung an den ZWZ mit Hilfe des BP erlangen konnte und für sich verbrauchte. Vgl. Finanzberichte, Anhang zu L. dz. 875/tj. 40.
- <sup>106</sup> Die doppelte Zugehörigkeit der TAP sowohl zum CKON wie auch zur KN hatte nicht nur den Zweck, CKON und KN enger aneinander zu binden, sondern sie verfolgte auch das Ziel, zwei Eisen im Feuer zu haben, um auf diese Weise jegliche erstrebenswerte Bewegungsfreiheit garantiert zu haben. Möglicherweise stellt diese Doppelmitgliedschaft auch von Seiten des CKON den Versuch dar, die KN als Ganzes mit in das CKON einzubeziehen. Damit hätte das CKON die Chance gehabt, sich erneut als das rechte Zentrum des Untergrunds zu präsentieren. Eine entgegengesetzte Möglichkeit, die jedoch aus Mangel an Quellen nicht geklärt und entschieden werden kann, wäre, daß die TAP beabsichtigte, die KN in das CKON zu überführen und damit die Leitung in dieser Organisation zu übernehmen.
- <sup>107</sup> Beide Gruppen zeigen durch ihre Frontstellung gegen den ZWZ, daß der ZWZ nicht nur aller linken oder rechten Radikalismen bar, sondern daß er tatsächlich eine unpolitische Organisation war.
- <sup>108</sup> Zur Entstehungsgeschichte vgl. S. 120 ff.

- 109 Vgl. S. 120 f. — Es handelte sich um den von Oberst Epler aufgebauten Krakauer Zweig, dessen Führung bei Eplers Flucht automatisch an Witkowski gefallen war.
- 110 Rittmeister J. J. Szymanowski aus der Abt. II des Generalstabs behauptet im Protokoll seiner Befragung (27. Januar 1943). SPP: L. dz. 778/tj. 43, Anhang 2, der ZWZ habe seit Dezember 1939 mit den Muszkietery in Verbindung gestanden, wenngleich diese Kontakte in anderen Landesteilen erst sehr viel später aufgenommen worden seien. — Diese Datierung erscheint zu früh angesetzt. Vielleicht ergibt sie sich aus einer irrtümlichen Synopsis der von Komorowski geleiteten Sammelorganisation, die eben 1939 noch kein Teil des ZWZ war, und dem soeben in Warschau proklamierten ZWZ. Sosnkowski vermerkte in seinem Memorandum für Sikorski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1100/tj. 40, der ZWZ habe die Muszkietery »im Februar 1940 identifiziert«. Damit dürfte wohl das früheste Datum festgehalten sein, an dem die Muszkietery in einen bewußten Gegensatz zum ZWZ geraten waren.
- 111 Der genaue Zeitpunkt läßt sich nicht belegen. Witkowskis Meldung Nr. 1 (15. Dezember 1939). SPP: L. dz. 1534/tj. 40, Anhang, war schon direkt an Sikorski adressiert. Der Postweg ging über das polnische Konsulat in Rom. Vgl. Sosnkowski, Memorandum an Sikorski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1100/tj. 40. Anfang Dezember 1940 stritt Sikorski jeden direkten Kontakt mit Witkowski ab. Vgl. Sikorski an Sosnkowski (5. Dezember 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3332/XV/40. Das spricht jedoch nicht gegen die Existenz direkter Kontakte zu einem früheren Zeitpunkt.
- 112 Vgl. Sosnkowski, Memorandum an Sikorski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1100/tj. 40.
- 113 Für die Spezialisierung der Muszkietery vgl. Witkowski an Sikorski, Bericht Nr. 3 (11. Januar 1940). SPP: L. dz. 1534/tj. 40.
- 114 Vgl. Protokoll der Vernehmung von Leutnant Szadkowski (20. Januar 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43, Anhang 3. Die Vernehmung fand bei der Stabsabteilung II der polnischen Exilarmee in der UdSSR statt. — Die Muszkietery hatten sich für die Kontakte mit dem NKWD den Tarnnamen »Organizacja Nurków« oder »Nurkowie« zugelegt.
- 115 Szadkowski berichtet von einem mit 2000 Zł. entlohnten Auftrag. Vgl. Vernehmungsprotokoll (12. Juli 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43.
- 116 Der Beginn der Zusammenarbeit mit deutschen Stellen ist nicht genau zu datieren. Sie dürfte etwa zu dem Zeitpunkt eingesetzt haben, als das NKWD die Kontakte einschlafen ließ. Zu regelrechten Einsätzen und ordentlichen Aufträgen ist es wohl vor der Jahresmitte 1941 nicht gekommen. Vgl. Protokoll der Vernehmung von Oberleutnant Wasilewski (30. Januar 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43. — Zur Tarnung gaben sich die Muszkietery als Mitglieder der Berner »Antikomintern-Liga« aus. Diese Tarnung war allerdings unzureichend.
- 117 Vgl. Protokoll der Vernehmung von Szadkowski (12. Juli 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43. — Auch die mit der Krakauer Gestapo kollaborierende und deshalb später vom ZWZ zum Tode verurteilte Maria Grocholska stand mit den Muszkietery in Verbindung. Vgl. Sosnkowski an Rowecki (4. Juni 1940). SPP: L. dz. 3437/tj. 40. Durch ihre Tätigkeit wurde u. a.

- Komorowski in Krakau enttarnt und damit die südlichste Militärregion des ZWZ erheblich gefährdet.
- <sup>118</sup> Vgl. Protokoll der Vernehmung von Szadkowski (12. Juli 1942). SPP: L. dz. 778/tj. 43. Vgl. ebenfalls: Skorobohaty-Jakubowski, Depesche Nr. 87 (7. September 1940). SPP: L. dz. 462/tj. 40.
- <sup>119</sup> Vgl. Aussagen von Szymanowski, Abt. II (27. Januar 1943). SPP: L. dz. 778/tj. 43.
- <sup>120</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>121</sup> Vgl. auch das verhüllt negative Urteil des stellvertretenden Kommandanten der Muszkierterzy, Oberst Jastrzębski: Bericht (23. Mai 1940): »Man muß sich vor Augen halten, daß diese Aufgaben weithin von Bürgern durchgeführt werden, die mit dem Gesamtgebiet der Arbeit nur wenig vertraut sind. . . . Witkowski macht den Hauptteil der Arbeiten selbst.« SPP: L. dz. 3473/tj. 40.
- <sup>122</sup> Vgl. Sosnkowski an Rowecki, Instruktion Nr. 2 (16. Januar 1940). SPP: L. dz. 735/tj. 40.
- <sup>123</sup> Vgl. Sosnkowski an Witkowski (16. März 1940). SPP: L. dz. 1929/tj. 40.
- <sup>124</sup> Vgl. Sosnkowski, Memorandum an Sikorski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1100/tj. 40. Oberst Jastrzębski kam am 19. Mai 1940 in Paris an. Auf einer Konferenz mit dem Stab des Oberkommandos wurde ihm am 22. Mai ein Fragenkatalog über die Tätigkeit Witkowskis speziell und über die Heimatverhältnisse allgemein vorgelegt, den er in seinem in Angers niedergeschriebenen Bericht vom 23. Mai 1940 beantwortete. SPP: L. dz. 3473/tj. 40.
- <sup>125</sup> Sosnkowski an Witkowski über Rowecki (4. Juni 1940). SPP: L. dz. 3473/tj. 40. Das Begleitschreiben Jastrzębskis war dem Befehl als Anhang 2 beigelegt.
- <sup>126</sup> Vgl. J. Jastrzębski an Witkowski (28. Mai 1940), ebenda: »Die finanzielle Seite wird Rowecki gut regeln.«
- <sup>127</sup> Sosnkowski an Witkowski (4. Juni 1940). SPP: L. dz. 3473/tj. 40.
- <sup>128</sup> Sosnkowski an Rowecki (4. Juni 1940), ebenda.
- <sup>129</sup> Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung (2. August 1940, SPP: ohne L. dz., Akte KSK, materiały luźne), wo Sosnkowski diese auf Kommunikations-schwierigkeiten beruhenden Hindernisse in ihrem vollen Umfang darlegte.
- <sup>130</sup> J. Jastrzębski, Bericht (23. Mai 1940, SPP: L. dz. 3473/tj. 40), hatte als Forderungen der Muszkierterzy dem Oberkommando vorgelegt: organisatorische Selbständigkeit, Privilegien auf dem Gebiet von Spionage und Diversion, ausreichende Dotationen (eine einmalige Summe von 100 000 RM; von da ab monatlich 80 000 RM und 300 Dollar).
- <sup>131</sup> Das hätte schon allein der spezifische Auftrag erfordert. Darin ist die Parallele zum ZO deutlich. — Einen weiteren Parallellfall bietet das Beispiel der TAP, der 1942 die Organisierung von Sabotage und Diversion in Ostpolen übertragen wurde. Vgl. J. Garliński, *Poland*, S. 101 f. — Offenbar hatte sich das ZO-Modell bewährt, Einzelgruppen durch Zuweisung von Spezialaufgaben an den ZWZ zu binden, wenn diese sonst eine ordentliche Unterstellung verweigerten. Im Juni 1940 lagen diese Erfahrungen noch nicht vor, und der ZWZ war gegenüber Witkowski vielleicht allzu rigide.
- <sup>132</sup> Vgl. Protokól konferencji belgradzkiej, S. 199.

- <sup>133</sup> J. Jastrzębski, Bericht (23. Mai 1940). SPP: L. dz. 3473/tj. 40.
- <sup>134</sup> Vgl. Anm. 130.
- <sup>135</sup> Vernehmungsprotokoll: Rittmeister J. J. Szymanowski aus der Abt. II (27. Januar 1943). SPP: L. dz. 778/tj. 43, Anhang 2. — Szymanowski scheint der für die Muszkiettery-Probleme zuständige Sachbearbeiter der Abt. II gewesen zu sein. Daß sich die für Spionage und Gegen-spionage zuständige Abt. II noch im Jahre 1943 für Witkowski und seine Muszkiettery interessierte, zeigt, wie einheitlich und kontinuierlich Witkowski die Ziele seiner Organisation von Anfang an konzipiert hatte und zu bewahren wußte.
- <sup>136</sup> Vgl. Rowedki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- <sup>137</sup> Sikorski an Sosnkowski (4. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2829/XV/40.
- <sup>138</sup> So ist wohl auch Sosnkowskis Reaktion zu verstehen: »Ich habe daraufhin seinerzeit erklärt, daß im Lichte der früheren Instruktionen und Befehle des Herrn Generals solche Militärorganisationen, denen diese Empfehlungen zugeordnet sind, auf dem Heimatgebiet *schon nicht mehr* bestehen dürften.« Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (21. Juli 1941). SPP: L. dz. 2160/tj. 41. Erst bei der Umbenennung des ZWZ in AK im Februar 1942 ließ Sikorski einen strikten Befehl zur Unterstellung von Einzelgruppen unter die AK ergehen. Dabei berief er sich auf eine Verordnung des Kriegsministers vom 9. April 1938, derzufolge im Kriegsfall alle paramilitärischen Verbände sich dem Kommando der ordentlichen Armee zu unterstellen hätten. Vgl. Dziennik Ustaw Nr. 25 (9. April 1938), Art. 2, Abs. 4, Position 220.
- <sup>139</sup> Sosnkowski, Memorandum an Sikorski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1100/tj. 40.
- <sup>140</sup> Sikorski an Sosnkowski (5. Dezember 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3332/XV/40. — Sikorskis Unmut mochte seine Wurzeln auch in Sosnkowskis Vorwurf haben, daß zwischen Sikorski und den Muszkiettery eine direkte Verbindung bestanden habe. Obgleich der Premier im obigen Schreiben jegliche direkte Verbindung mit Witkowski leugnete, muß eine solche Verbindung bis mindestens zur Jahresmitte 1940 bestanden haben. Hier hatte Sikorski sich also ähnlich undurchsichtig verhalten wie gegenüber Świętochowski. Man geht daher wohl nicht fehl, Sikorskis plötzliche Radikalität einem schlechten Gewissen zuzuschreiben. — Witkowskis Kontakte mit den Engländern waren allerdings auch ein wunder Punkt der Exilregierung; sie selbst hatte nachrichtendienstliche Kontakte mit den Engländern. Vgl. Memorandum o. Verf.: Kontakte der Zentrale des Oberkommandos des ZWZ und der Basen mit den Engländern (31. Juli 1940). SPP: L. dz. 162/tj. 40. In diesen Kontakten mit Vertretern des War Office, in denen hauptsächlich Material- und Diversionsfragen verhandelt wurden, wollte die Exilregierung keinen dritten Partner aus der Heimat dulden.
- <sup>141</sup> Vgl. Rowedki an Sikorski, Radiogramm Nr. 206 (1. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1309/tj. 40. — Schon Sikorskis Befehl über die Behandlung der Muszkiettery implizierte die Bestätigung des Spionagemonopols für den ZWZ. Wahrscheinlich hat Rowedkis Radiogramm am 5. Dezember 1940 dem Premier noch nicht vorgelegen.

- <sup>142</sup> Sosnkowski und Sikorski an Rowecki (4. Januar 1941). SPP: L. dz. 1309/tj. 40. — Die L. dz. 40 zeigt, daß die Genesis dieses Befehls noch im Dezember 1940 zu suchen ist.
- <sup>143</sup> Witkowski an Sikorski (22. Januar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 3416/II/41. — Der Fundort und das Fehlen der Paraphe Sosnkowskis zeigen, daß dieses Dokument jedenfalls den Weg zur Abt. VI (ZWZ) nicht genommen hat. Dieser Umstand charakterisiert nicht nur die Informationspraxis innerhalb der Regierung, sondern er mag auch bezeugen, daß Witkowskis direkte Kontakte zu Sikorski nach wie vor bestanden.
- <sup>144</sup> Vgl. Memorandum von Oberst Smoleński an Abt. II (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 85/tj. 40: »... halte ich es für ratsam, die Engländer über Witkowski zu informieren. Man muß ihnen darlegen, daß Witkowskis Hauptmotiv darin liegt, sich seinen Vorgesetzten zu entziehen. Man muß sie vor einem Mann warnen, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (betrügerisch mit Geld) und der sich mit unsicheren Kantonisten abgibt.« Den Nutzen einer solchen Erklärung hat der in nachrichtendienstlichen Dingen unbewanderte Smoleński fraglos überschätzt.
- <sup>145</sup> Instruktion Nr. 1 (4. Dezember 1939). SPP: L. dz. 45/40 Fr.

## *12. Kapitel*

- <sup>1</sup> Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37, Tl. II: sowjetische Okkupation (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- <sup>2</sup> Ebenda.
- <sup>3</sup> R. Luda, Bericht über den ZWZ in Lemberg, Juli-November 1940. Erstellt von BOLEK-BEY (11. Februar 1941). SPP: L. dz. 1681/tj. 41. — BEY war die nach Istanbul verlegte Base BOLEK, die sich in Bukarest nach dem rumänischen Beitritt zum Dreimächtepakt (23. November 1940) nicht mehr halten konnte. Dieser voraussehbaren Entwicklung war das Oberkommando im Exil schon Mitte 1940 durch feste Evakuierungspläne zuvorgekommen. Vgl. BOLEK an Zentrale (11. August 1940). SPP: L. dz. 267/tj. 40, wo über den Stand der Verbindung zwischen BOLEK und der zunächst noch als Auffangbase gedachten BEY berichtet wurde.
- <sup>4</sup> Rowecki an Sosnkowski (26. September 1940). SPP: L. dz. 557/tj. 40.
- <sup>5</sup> Vgl. R. Luda, Bericht über die Konferenz mit einem Abgesandten Macieliński (30. August 1940). In: Rostworowski an Sosnkowski (2. September 1940). SPP: L. dz. 742/tj. 40. — Es handelte sich um ein Kurzwellengerät.
- <sup>6</sup> Vgl. ebenda. Ebenso: L. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941), Anhang zur Instruktion Nr. 8. SPP: L. dz. 3330/tj. 41. — Ebenso: R. Luda, Bericht über den ZWZ in Lemberg, Juli-November 1940 (11. Februar 1941): »Die Radioverbindung Lembergs arbeitet tadellos.« SPP: L. dz. 1681/tj. 41.
- <sup>7</sup> Vgl. R. Luda, Konferenzbericht (30. August 1940). SPP: L. dz. 742/tj. 40.
- <sup>8</sup> Vgl. Rowecki an Sosnkowski (11. November 1940). SPP: L. dz. 910/tj. 41.
- <sup>9</sup> Vgl. R. Luda, Bericht über den ZWZ (11. Februar 1941): »Man sollte

- wohl vermuten, daß diese Schwierigkeiten vorübergehender Natur sind...« SPP: L. dz. 1681/tj. 41.
- 10 Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941): »Die Radioverbindung mit Macieliński bestand nur vorübergehend.« SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- 11 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40. — Rowecki setzte sich darin gegen den Vorwurf Macielińskis zur Wehr, er habe überhaupt nichts von sich verlauten lassen. Vgl. Rostworowski an Sosnkowski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1162/tj. 40. — Sosnkowski forderte daraufhin Rechenschaft von Rowecki: Sosnkowski an Rowecki (4. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1162/tj. 40 (mit der Rostworowski-Meldung vom 28. November 1940 zu einem Vorgang zusammengeheftet).
- 12 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- 13 Deshalb fehlen diese Angaben auch in Roweckis großem Organisationsbericht (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- 14 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- 15 L. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- 16 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 41. Das Anerbieten von Macieliński vom 9. Juli 1940, er sei nach der Verhaftung von Pstrokoński bereit, das Lemberger Okkupationskommando zu übernehmen, »weil sich Leute von außen dort nicht halten können«, verfehlte im Exil seine Wirkungen nicht. (Vgl. BOLEK an Zentrale, 9. Juli 1940. SPP: L. dz. 69/40/A). Allerdings stellte Sosnkowski die Entscheidung darüber Rowecki anheim. (Vgl. Sosnkowski an BOLEK, 11. Juli 1940. SPP: L. dz. 69/40/A) Rowecki hatte sich jedoch schon vorher mit, wie es scheint, guten Gründen für Okulicki entschieden. — Der 1898 in Okulice (Wojewodschaft Krakau) geborene Okulicki absolvierte 1925 die Akademie des polnischen Generalstabs. Im Rang eines Obersten war er einer der profiliertesten Soldaten in der SZP, in der er die Gebietskommandantur in Łódź verwaltete. Im Frühjahr 1940 versuchte Okulicki vergeblich, Major Dobrzański zur Auflösung seiner Partisaneneinheit zu bewegen. Immerhin dürfte es kein Zufall gewesen sein, daß ausgerechnet Okulicki diese Aufgabe erhalten hatte. Im September 1941 diente Okulicki als Stabschef bei der Anders-Armee in der UdSSR, ehe er wieder in die Heimat zurückkehrte, wo er 1943 seine Berufung zum stellvertretenden Kommandanten der AK erhielt. In dieser Position leitete er die Operationsabteilung. Nach der Gefangennahme Komorowskis im September 1944 erhielt er das Kommando über die AK und versuchte, aus gesiebten Kadern ein neues Widerstandszentrum zur Bekämpfung der Sowjets ins Leben zu rufen. Im Juli 1945 wurde er vom Obersten Sowjetischen Militärgerichtshof zu einer 10jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er nicht überlebte. — Vgl. Trial of the Organizors, Leaders, and Members of the Polish Diversionist Organizations in the Area of the Red Army on the Territory of Poland, Lithuania, and the Western Regions of Byelorussia, and the Ukraine, heard before the Military Collegium of the Supreme Court of the USSR, June 18–21, 1945. Verbatim Reports. London-New York 1945, Ss. 15, 31, 183.
- 17 Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.

- <sup>18</sup> Deshalb führte Roweckis laudatio auf Okulicki ausdrücklich an, es handle sich um einen »in der Aufbauarbeit erfahrenen« Mann.
- <sup>19</sup> Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>20</sup> Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- <sup>21</sup> Ebenda.
- <sup>22</sup> Vgl. Rowecki an Sosnkowski (26. September 1940). SPP: L. dz. 557/tj. 40.
- <sup>23</sup> Sosnkowski an BOLEK und ROMEK (30. September 1940). SPP: L. dz. 557/tj. 40: »Roweckis hat sich zur Ordnung der Dinge in Lemberg angeschickt. Um Verwirrung zu vermeiden, befehle ich: Direktiven und Versorgung für Lemberg durch die Basen sind (rechtlich!) wirkungslos ohne meine oder Roweckis Anweisungen. Ich verbiete ein selbständiges Eingreifen der Basenkommandanten in Lemberger Organisationsdinge...«
- <sup>24</sup> Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>25</sup> Allenfalls kann Roweckis Depesche an Macieliński, er solle sich »für den Empfang eines Spezialkuriere vorbereiten«, mit der Mission Okulickis in Zusammenhang gebracht werden. Vgl. Rowecki an Macieliński (2. Oktober 1940). In: SPP: L. dz. 1331/tj. 40. Wenig später kündigte Rowecki einen Emissär an, der besondere Beobachtungsaufgaben bezüglich des organisatorischen Zustands in Lemberg wahrnehmen sollte, »denn den haben Sie mir noch nicht dargelegt«. Rowecki an Macieliński (9. November 1940). Ebenda.
- <sup>26</sup> Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- <sup>27</sup> Die Entfernung Macielińskis, falls sich der Verdacht gegen ihn bestätigen würde, stand in der Kompetenz des Okkupationskommandanten und bedurfte keiner Weisung durch Rowecki.
- <sup>28</sup> Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- <sup>29</sup> R. Luda, Konferenzbericht (30. August 1940). SPP: L. dz. 742/tj. 40.
- <sup>30</sup> Für die Verfahrensfragen vgl. BOLEK an Zentrale (12. September 1940). SPP: L. dz. 482/tj. 40. — Die Besprechung politischer Probleme oblag Kots Verbindungsmann in Budapest, Dr. Kański. Vgl. BOLEK an ? (5. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2403/XV/40. Vgl. ebenfalls: Kot, Fragenkatalog zur Konferenz (11. August 1940). SPP: L. dz. 247/tj. 40.
- <sup>31</sup> Sosnkowski an BOLEK (14. September 1940). SPP: L. dz. 482/tj. 40. — Einen interessanten Anhalt für Sosnkowskis Motive bei dieser großzügigen Interpretation der Regierungsbeschlüsse vom April 1940 liefert der im Telegramm gestrichene Nachsatz des hs. Entwurfs: »Je kräftigere personelle Fäden es zwischen militärischer und politischer Organisation gibt, desto besser für die Militärorganisation«. (Hervorhebung vom Verfasser.)
- <sup>32</sup> Rostworowski an Sosnkowski (17. September 1940). SPP: L. dz. 520/tj. 40.
- <sup>33</sup> Ebenda.
- <sup>34</sup> Das Tempo der Nominierung läßt sich leicht errechnen: Die Konferenz endete am 28. August; der Delegierte Macielińskis benötigte mindestens eine Woche zur Rückreise; die Nachricht der Nominierung Zychs traf frühestens am 16. September 1940 in BOLEK ein. Demnach hat Macie-

- liński bestenfalls 9 Tage auf die ganze Angelegenheit verwandt. Da es in Lemberg kein PKP gab, durch das das Nominierungsproblem en bloc hätte ausgehandelt werden können, will Macieliński also in diesen 9 Tagen mit den Vertretern aller Parteien verhandelt haben!
- 35 Macieliński hat sich bemüht, diesen Zusammenhang dadurch zu verschleiern, daß Zych sein Pseudonym »Falko« unmittelbar nach der Nominierung abrupt in »Szary« änderte, was im Exil erst am 20. November 1940 erkannt wurde. Vgl. Kurcusz (BEY) an Sosnkowski (20. November 1940). SPP: L. dz. 1131/tj. 40.
- 36 Rostworowski an Sosnkowski (17. September 1940). SPP: L. dz. 520/tj. 40.
- 37 Rostworowski an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1292/tj. 40.
- 38 Okulicki, Organisationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- 39 Vgl. Kurcusz (BEY) an Sosnkowski (20. November 1940). SPP: L. dz. 1131/tj. 40.
- 40 Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41. — Noch im Frühjahr 1941 versuchte Zych, dies mit dem Hinweis zu bemänteln, Verhaftungen unter den Politikern hätten Kontakte zu den Parteien »zeitweilig« unterbrochen. Bericht von Zych (o. Datum), zitiert in: BEY an Zentrale (8. März 1941). SPP: L. dz. 741/tj. 41.
- 41 Für die Geldsendungen vgl. Rowecki an Sosnkowski (11. November 1940). SPP: L. dz. 910/tj. 40.
- 42 Macieliński an Rowecki (19. November 1940), zitiert in: SPP: L. dz. 1331/tj. 40.
- 43 Rowecki an Macieliński (21. November 1940), zitiert: ebenda.
- 44 Rostworowski (BEY) an Sosnkowski (28. November 1940). SPP: L. dz. 1162/tj. 40.
- 45 Vgl. Rostworowski an Sosnkowski (9. September 1940). SPP: L. dz. 474/tj. 40: »Weiterhin ist Roweckis Haltung in dieser Sache unklar. In einem Grundsatzbefehl an Pstrokoński und Macieliński sagte er: »... den Zank aufgeben und sich unter mein Kommando einfügen. Pstrokoński führt die Kontrolle über die Kasse von Macieliński und Dobrowolski durch.« Daraus erhellt, daß er Dobrowolski toleriert.« — Obwohl dieses Urteil Rostworowskis auf einem groben Fehlschluß beruhte, prägte es doch den Eindruck in BOLEK. Das wird besonders deutlich in einer Unterredung zwischen Kański und Rostworowski, in der Kański die Schwierigkeiten zwischen Rowecki und Macieliński auf »politische Unterschiede« zurückführte: »Die Umgebung Roweckis und er selbst entstammen Sanackjakreisen, während der Lemberger Kreis eine nationaldemokratische Herkunft hat.« Rostworowski, Gesprächsnotiz (13. Januar 1941). SPP: L. dz. 617/tj. 41, Anhang 1. — Die unterlegten Motive waren allerdings absurd.
- 46 Sosnkowski an Rowecki (4. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1162/tj. 40.
- 47 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- 48 Rowecki an Basen (an BEY: 9. Januar 1941). SPP: L. dz. 119/tj. 41.
- 49 Vgl. Sosnkowski an Rowecki (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 119/tj. 41: »Das Weisungsrecht gegenüber den Basen steht Ihnen nur für den Fall zu, daß die Verbindung zwischen Basen und Zentrale abbricht.«
- 50 Vgl. Sosnkowski an BEY (13. Januar 1941). SPP: L. dz. ebenda.

- 51 Rowecki an Macieliński (13. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1291/tj. 40.
- 52 Vgl. Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- 53 Auch Pstrokoński wurde wegen Unstimmigkeiten im Paß festgenommen. Vgl. Zielicki-Bericht (undatiert. Übersendungsdatum: 19. November 1941).
- 54 Okulicki, Situationsmeldung (16. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41.
- 55 Vgl. ebenda.
- 56 Vgl. ebenda.
- 57 Vgl. ebenda.
- 58 Vgl. ebenda. — Die Behauptung Zychs, er habe im Januar 1941 einen ausführlichen Bericht nach Warschau geschickt, kann am vorliegenden Material nicht nachgeprüft werden. Ein solcher Bericht Zychs war in den Archiven nicht auffindbar. — Für die Behauptung vgl. Zych, Bericht (8. März 1941). SPP: L. dz. 741/tj. 41.
- 59 Zych, Bericht (o. Datum). In: BEY an Sosnkowski (29. März 1941). SPP: L. dz. 1029/tj. 41.
- 60 Auch in seiner Organisationsmeldung (s. Anm. 54) erwähnt Okulicki keine Begegnung mit Macieliński, ja er setzt sich mit diesem Problem überhaupt nicht auseinander. Das stimmt auch mit Macielińskis Aussage zusammen: zitiert in BEY an Sosnkowski (8. März 1941). SPP: L. dz. 741/tj. 41. — Macielińskis Bericht ist undatiert.
- 61 Vgl. Smoleński an BEY (12. März 1941). SPP: L. dz. 741/tj. 41.
- 62 Vgl. BEY an Sosnkowski (22. März 1941). SPP: L. dz. 921/tj. 41.
- 63 Vgl. Macieliński an BEY (o. Datum), zitiert in: BEY an Sosnkowski (8. März 1941): »Ich bin zu weitestgehenden Zugeständnissen bereit, aber ich bitte, daß mir die Arbeit erleichtert wird, daß sie in meiner Hand bleibt und daß man sie mir nicht mit solchen Dingen erschwert.« SPP: L. dz. 741/tj. 41.
- 64 BEY an Sosnkowski (29. März 1941). SPP: L. dz. 1029/tj. 41.
- 65 Smoleński an Rowecki (4. April 1941). SPP: L. dz. 1029/tj. 41. Die Spitze gegen Rowecki lag darin, daß er den Befehl von dem rangniedrigeren Oberst Smoleński entgegennehmen mußte.
- 66 Rowecki an Sosnkowski (15. April 1941). SPP: L. dz. 1296/tj. 41.
- 67 Vgl. Roweckis diesbezügliche Weisung an Macieliński (o. Datum). In: Rowecki an Sosnkowski (22. April 1941). SPP: L. dz. 1347/tj. 41.
- 68 Auf die Ausübung des Oberkommandos hätte Rowecki dann wohl oder übel zugunsten seines Stellvertreters Komorowski verzichten müssen, weil die Verbindungsschwäche zwischen Lemberg und Warschau bzw. London die Beibehaltung des Oberkommandos absurd gemacht hätte und weil zudem die hohe Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung Roweckis für den ZWZ zu gefährlich gewesen wäre.
- 69 Rowecki an Sosnkowski (10. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1329/tj. 40.
- 70 Vgl. Rowecki an Sosnkowski (22. April 1941). SPP: L. dz. 1347/tj. 41. — Die erste und für längere Zeit einzige Landung eines Flugzeugs in Polen war mit Hilfe des britischen SOE in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 1941 in der Gegend von Cieszyń (ca. 80 km südwestlich Krakaus) gelungen. Vgl. Sosnkowski an Sikorski (1. März 1941). SPP: L. dz. 682/tj. 41.
- 71 Statt dessen entwickelte das Exil im September 1941 den Gedanken, daß ein Stabsmitglied Macielińskis dem Stab Roweckis beigeordnet werden

sollte. Davon versprach sich London die Lösung der Schwierigkeiten, denn auf diese Weise sollte »die Koordination der Militärorganisation unter einer einheitlichen Führung« gewährleistet werden. Vgl. Instruktion Nr. 8 an Rowecki (22. September 1941). SPP: L. dz. 3330/tj. 41 — Dieser Plan ging ganz richtig davon aus, daß der deutsche Angriff auf die UdSSR ein Okkupationskommando in Ostpolen überflüssig gemacht hatte; die mehr oder minder konkreten Anwürfe gegen Macieliński finden in ihm jedoch keinerlei Berücksichtigung. Dieser Umstand erlaubt auch ein Urteil über den Erfolg von Macielińskis hinhaltender Verteidigungsstrategie gegen jeden Vorgesetzten.

- <sup>72</sup> R. Luda, Bericht über den ZWZ in Lemberg: Juli-November 1940 (11. Februar 1941). SPP: L. dz. 1681/tj. 41.

### 13. Kapitel

- <sup>1</sup> Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 197.
- <sup>2</sup> Die Zahlen, die aus der Skizze in PSZ, S. 120, abzulesen sind, beruhen höchstwahrscheinlich auf Interpolation. Mannschaftsstärken, die das wohl am besten kennzeichnende und am stärksten fluktuierende Element darstellten, sind dort überhaupt nicht verzeichnet.
- <sup>3</sup> Vgl. Sosnkowski, Instruktion Nr. 6 (3. November 1940). SPP: L. dz. 875/tj. 40.
- <sup>4</sup> Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- <sup>5</sup> Seit der Meldung Nr. 37 wurde jeweils der 1. November bzw. der 1. März des Jahres als Fixzeit angesetzt.
- <sup>6</sup> Kennzeichnend für diesen Mangel ist Sosnkowskis Verfahren in der Behandlung von Zahlenangaben, wenn er für Wilna eine relativ hohe Zahl angab, um gleichzeitig hilflos hinzuzufügen, der Kommandant der zuständigen Base ANNA halte diese Zahlen für viel zu hoch gegriffen. Vgl. Sosnkowski, Konzept eines Memorandums für Sikorski (5. Februar 1941). SPP: L. dz. 1377/tj. 40 — Bei der L. dz. 40 scheint ein Schreibfehler vorzuliegen, da eine Abfassung des Memorandums im Jahre 1940 nicht glaubhaft erscheint.
- <sup>7</sup> ANNA, Bericht (26. April 1940). SPP: L. dz. 3352/tj. 40.
- <sup>8</sup> St. Sopicki, Bericht über den Aufenthalt in Polen bis zum 30. August 1940 (o. Datum — übersandt von MSW an Abt. VI: 27. Februar 1941). SPP: L. dz. 639/tj. 41. — Sopicki (geb. 1903) war nach dem Studium in Krakau als Journalist tätig und wirkte 1942-44 und ab 1949 in der Rada Narodowa.
- <sup>9</sup> Vgl. ebenda. Vgl. auch: Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.
- <sup>10</sup> Vgl. Instruktion Nr. 8 (22. September 1940). SPP: L. dz. 3330/tj. 41. — R. Luda, Bericht über den ZWZ in Lemberg, Juli-November 1940 (11. Februar 1941) gibt 250-300 vereidigte Mitglieder an. SPP: L. dz. 1681/tj. 41.
- <sup>11</sup> Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 37 (21. November 1940). SPP: L. dz. 1233/tj. 41-1234/tj. 41.

- 12 ANNA, Bericht (29. Juli 1940). SPP: L. dz. 216/tj. 40.
- 13 Instruktion Nr. 8 (22. September 1940), auf der Grundlage der ANNA-Berichte aus dem September 1940. SPP: L. dz. 3330/tj. 41. Für Sosnkowski erstarrte diese Zahl bis Mitte 1941 trotz der Bedenken ANNAS zu einem Stereotyp. — Vgl. Anm. 6.
- 14 Rowewcki, Organisationsmeldung 63 (1. April 1941). SPP: L. dz. 2464/tj. 41.
- 15 Ebenda.
- 16 Für Lemberg und Wilna wurden nur die vereidigten Mitglieder unter »aktiv« subsumiert, während die Tausenderzahlen zur Reserve (Mannschaften) rechneteten.
- 17 Eingeklammerte Zahlen geben das Soll an.
- 18 Gleichzeitig mit der Mission Okulikidis hatte Rowewcki Oberstleutnant Józef Spychalski (»Samura«) nach Białystok abkommandiert. Spychalski wurde jedoch schon am 17. November 1940 vom NKWD verhaftet.
- 19 Die Gründe sind im einzelnen im vorigen Kapitel dargelegt worden.

#### *14. Kapitel*

- 1 Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (3. September 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, L. dz. (Abt. VI) 383/tj. 40.
- 2 Kot, Memorandum für Sikorski (26. November 1940). SPP: L. dz. 98/tj. 41.
- 3 Ebenda.
- 4 Vgl. Rowewcki, Meldung Nr. 40 (30. November 1940). SPP: L. dz. 1232/tj. 40.
- 5 Vgl. Szymański, Bericht über Kruk-Strzelecki (15. November 1940). SPP: L. dz. 1035/tj. 40. — Der Bericht wurde offenbar von Sosnkowski angefordert und basierte auf Szymańskis Erfahrungen als Kurier in der 1. Hälfte 1940.
- 6 Vgl. H. Pawłowicz, Komisariat cywilny przy dowództwie obrony Warszawy we wrześniu 1939r. In: Najnowsze Dzieje Polski, Bd. V. (1961), S. 175.
- 7 Protokół konferencji belgradzkiej, S. 199. — Angabe von Janina Karasiówna.
- 8 Szymański, Bericht über Kruk-Strzelecki (15. November 1940). SPP: L. dz. 1035/tj. 40.
- 9 Vgl. ebenda. Vgl. S. 79 ff. und S. 283 Anm. 86.
- 10 Ebenda.
- 11 Das Pseudonym taucht in den Kurier- und Emissärslisten des Oberkommandos ZWZ und der späteren Abteilung VI nicht auf. Es handelt sich vermutlich um einen politischen Emissär namens Chrzanowski. Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 213.
- 12 Vgl. Szymański, Bericht über Kruk-Strzelecki (15. November 1940): »Der Widerwille Leons gegen Kruk-Strzelecki hat persönliche Gründe.« SPP: L. dz. 1035/tj. 40. — »Leon« verließ Warschau am 31. März 1940. Sein schriftlicher Bericht enthält keine Anspielungen auf Kruk-Strzelecki: Vgl. Leon, Bericht (17. Oktober 1940). SPP: o. L. dz. — Es handelt sich bei

- dem eingesehenen Bericht möglicherweise um eine Abschrift des Innenministeriums für Sosnkowskis Abt. VI, deren Wortlaut für die Berichterstattung vom April 1940 wohl als unerheblich anzusehen ist.
- 13 Instruktion Nr. 4 an Rowecki (11. Mai 1940). SPP: L. dz. 3030/tj. 40.
  - 14 Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 213.
  - 15 Sosnkowski hat zu allem Überfluß die etwas gewundenen Ausführungen Karasiównas auch noch mißverstanden, denn er folgerte, »daß der Kommandant in Warschau, der mit der Arbeit von Kruk-Strzelecki unzufrieden ist, seine Entfernung aus der Arbeit selbst wünscht«. Vgl. Sosnkowski, Begleitschreiben an Sikorski zum Protokoll Nr. 1 des GKP (5. August 1940). SPP: L. dz. 196/tj. 40. Er wiederholte deshalb nur die Forderung, Kruk-Strzelecki aus dem Stab zu nehmen.
  - 16 T. Szpotański, Bericht (26. Juli 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3638/XVIII/40.
  - 17 Sikorski an Sosnkowski (4. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2829/XV/40.
  - 18 Sosnkowski an Rowecki (5. November 1940). SPP: L. dz. 908/tj. 40.
  - 19 Sikorski an Sosnkowski (4. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 2829/XV/40.
  - 20 Vgl. Sosnkowski an Sikorski (15. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, L. dz. (Abt. VI) 1015/tj. 40. — Ebenso: Sosnkowski, Memorandum an Sikorski (21. Juli 1941). SPP: L. dz. 2160/tj. 41. — Aus Sosnkowskis Ausführungen in diesen Schreiben an Sikorski wird deutlich, daß Sosnkowskis Pflichtbewußtsein von völliger Selbstlosigkeit motiviert war.
  - 21 Ebenda.
  - 22 Statut ZWZ: 4b + 5a. SPP: L. dz. 972/tj. 40, Anhang 4; Instruktion Nr. 1: Punkt 8. SPP: L. dz. 45/40 Fr; — Sosnkowski verzichtete auf den Hinweis, daß Sikorskis Befehl aufgrund der »Instruktion für die Aufnahme und Entlassung von ZWZ-Mitgliedern« (30. April 1940), § 19, geradezu rechtsunwirksam war, da die Entlassung nur bei »spezifischen Verfehlungen« des ZWZ-Mitglieds ausgesprochen werden konnte. SPP: L. dz. 2772/tj. 40. — So Roweckis Entgegnung in seiner Meldung Nr. 40 (30. November 1940). SPP: L. dz. 1232/tj. 40.
  - 23 Kot bezog sich auf die Veröffentlichungen des BIP. Selbst wenn die Behauptung wahr wäre, müßte man den Schluß Kots noch immer als absurd bezeichnen.
  - 24 K. Iranek-Osmecki, Bericht über ein Gespräch mit Kot vom 5. November 1940. In: Emissärsbericht (April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
  - 25 Rowecki an Sosnkowski (24. November 1940). SPP: L. dz. 1085/tj. 40.
  - 26 Rowecki an Sosnkowski (30. November 1940). SPP: L. dz. 1232/tj. 40.
  - 27 Vgl. Sosnkowski an Rowecki (3. Februar 1941). SPP: L. dz. 358/tj. 41.
  - 28 Kot mochte Befriedigung darüber empfinden, daß der Nachfolger Kruk-Strzeleckis, Oberst Jan Rzepecki, der Sohn von Kots alter Vertrauten und Mitarbeiterin aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, Iza Moszczeńska, war. — Vgl. Wł. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia Bd. II, S. 431. — Auf diesen möglichen Zusammenhang hat mich dankenswerterweise Prof. Dr. A. Gięsztor (Warschau) aufmerksam gemacht.
  - 29 Fietowicz an Kot (15. November 1940), zitiert in: Sosnkowski an Kot (3. April 1941), Konzept. SPP: L. dz. 1010/tj. 41.
  - 30 Zum Charakter dieser Operationen vgl. S. 151 f. Dieses Vorgehen veran-

- laßte Rowecki, eine strenge Zurechtweisung an Fietowicz zu senden, deren Schlußsatz lautete: »Wir dienen der Heimat, und nicht umgekehrt!« Rowecki an Fietowicz (4. Oktober 1940). SPP: L. dz. 1021/tj. 40.
- 31 Fietowicz an Kot (24. Oktober 1940). SPP: L. dz. 980/tj. 40, Anhang 1.
- 32 Sosnkowski an Kot (28. Oktober 1940). SPP: L. dz. 835/tj. 40.
- 33 Czyżewski an Sosnkowski (5. November 1940). SPP: L. dz. ROMEK 324/tj. 40.
- 34 Er zitierte: Rowecki an ROMEK (12. August 1940), in: ebenda. — Rowecki ging es darum, die Arbeit des Interimistischen Regierungsdelegaten Skorobohaty-Jakubowski nicht durch die »unsicheren Kantonnisten« zu belasten, die Fietowicz zu ihm schickte. Deshalb sollten alle Nachrichten an Skorobohaty-Jakubowski über das Liaisonnetz des ZWZ — also die Basen — laufen.
- 35 Czyżewski an Sosnkowski (8. November 1940). SPP: L. dz. ROMEK 940/tj. 40. — Eine ausführlichere Rechtfertigung gab Jan Bilewicz später selbst. Sie macht das Doppelspiel von Fietowicz auf dem Kuriersektor besonders deutlich. Vgl. J. Bilewicz an Sosnkowski (24. November 1940). SPP: L. dz. 1399/tj. 40.
- 36 Sikorski an Fietowicz und Czyżewski (5. November 1940). SPP: o. L. dz. — Die Depesche wurde Sosnkowski am 8. November durch den Stabschef Sikorskis, Oberst Klimecki, unter dem Aktenzeichen L. 1992/II/40 zu gestellt.
- 37 Vgl. Sosnkowski an Sikorski (12. November 1940). SPP: L. dz. 980/tj. 40. — Das beweist auch die Stellungnahme von Fietowicz, der mit Rückenbedeckung durch Sikorskis Befehl nicht nur vorschlug, sein Vorgänger (!) Aleksandrowicz sollte diese Dinge untersuchen, sondern der nun kühner geworden war und die Abberufung von Bilewicz und Jasiewicz aus Budapest forderte. Vgl. Fietowicz an Kot (13. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3643/XV/40. Beiden Gesuchen wurde nicht stattgegeben.
- 38 Späte Ausläufer finden sich in einer Diskussion der Rechtslage der Placówka hinsichtlich des Kurierproblems zwischen Kot und Sosnkowski. — Vgl. Kot an Sosnkowski (29. März 1941). SPP: L. dz. 1010/tj. 41, und als Antwort: Sosnkowski an Kot (3. April 1941). SPP: L. dz. 1010/tj. 41. — Zu einer Einigung ist es indessen auch zu diesem Zeitpunkt nicht gekommen.
- 39 Vgl. Rowecki an Sosnkowski (4. Oktober 1940). SPP: L. dz. 791/tj. 40.
- 40 Inzwischen hatte Rowecki schon auf schnelle Beantwortung gedrängt: Rowecki an Sosnkowski (19. Oktober 1940). SPP: L. dz. 792/tj. 40.
- 41 Sosnkowski an Rowecki (22. Oktober 1940). SPP: L. dz. 792/tj. 40.
- 42 Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (26. Oktober 1940). SPP: L. dz. 855/tj. 40.
- 43 Auskunft von Oberst Mayer (Abt. II), zitiert: ebenda. Da Sikorski diese Darstellung nicht bestritt, ist es billig anzunehmen, daß Kot entweder mit der Billigung Sikorskis in diese Gespräche mit Dalton eingetreten ist oder daß Sikorski die Absprachen Kots nachträglich sanktionierte. Sosnkowskis Rücktrittsdrohung für den Fall, daß Kot mit Sikorskis Billigung gehandelt habe, ist für die Aufklärung des Sachverhalts alles andere als förderlich gewesen.
- 44 Zuletzt in der Instruktion Nr. 5 (20. Juli 1940). SPP: L. dz. 85/tj. 40.

- 45 Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (26. Oktober 1940). SPP: L. dz. 855/tj. 40.
- 46 Ebenda.
- 47 Sikorski und Sosnkowski an Rowecki (13. November 1940). SPP: L. dz. 901/tj. 40. — Sikorski an Skorobohaty-Jakubowski (20. November 1940). SPP: L. dz. 1047/tj. 40.
- 48 Sikorski an Sosnkowski (19. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3043/XV/40.
- 49 Vgl. Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (27. November 1940). SPP: L. dz. 1096/tj. 40. — Sikorski replizierte, dieses Schreiben sei ihm »völlig unverständlich«. Vgl. Sikorski an Sosnkowski (3. Dezember 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 1/XV/40.
- 50 Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (27. November 1940). SPP: L. dz. 1096/tj. 40.
- 51 Vgl. die wenige Tage später als Instruktion Nr. 7 an Rowecki (3. Dezember 1940, SPP: L. dz. 1170/tj. 40) ausgestellte Form der Entscheidung.
- 52 Kot, Memorandum für Sikorski (26. November 1940). SPP: L. dz. 98/tj. 41. — Die L. dz. 41 zeigt, daß Sosnkowski das Memorandum erst im Januar 1941 erhalten hat — gewiß ein merkwürdiger Zug der internen Informationspolitik der Exilregierung, wenn man die Aktualität des Memorandums bedenkt.
- 53 Sikorski an Sosnkowski (21. Dezember 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3464/XV/40.
- 54 Vgl. Sosnkowski an Rowecki (25. Januar 1941). SPP: L. dz. 284/tj. 41: »In Gesprächen mit Parteivertretern bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß unter den Parteien eine ziemlich schwere Vertrauenskrise gegenüber dem ZWZ herrscht, wobei sich die Vorbehalte und Befürchtungen in hohem Maße auf Berichte und Nachrichten stützen, die direkt aus politischen Heimatzentren eingegangen sind.« — Eher abwiegelnd im Sinne einer idealtypischen Balance äußerte sich A. Romer in einem Schreiben an Sikorski (20. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1451/tj. 40: »Sie unterschätzen den Einfluß Prof. Kots auf die Parteien und überschätzen den Einfluß der führenden Politiker auf Prof. Kot.« — Romer verband seine Darlegungen mit der Bitte um Dispensierung von seinen Pflichten im Nationalrat.
- 55 Gemeint ist die »Monitor«-Affäre. Vgl. S. 150 f.
- 56 Hier ging es um Skorobohaty-Jakubowskis Beitrag zur Sammeldelegatur: vgl. S. 149 f. — Da Skorobohaty-Jakubowski keine Vollmacht zur Proklamation der Sammeldelegatur besaß, behauptete Kot kurzschlüssig, die Unterschrift des Interimistischen Regierungsdelegaten auf dem Gründungsprotokoll der Sammeldelegatur müsse vom ZWZ gefälscht worden sein.
- 57 Auf die Unsinnigkeit dieses Vorwurfs ist schon oben hingewiesen worden. Vgl. S. 204 und S. 335 Anm. 23.
- 58 Schon auf der Belgrader Konferenz hatte Roweckis Vertreterin, Janina Karasiówna, erklärt, Józewski sei von der SZP »probeweise mit der Leitung eines Warschauer Gebiets beauftragt worden«; da Józewski sich als unbrauchbar erwies, sei er noch vor Beginn des Jahres 1940 entlassen worden. — Vgl. Protokół konferencji belgradzkiej, S. 213.
- 59 Für die Referierung der Hauptpunkte des Kot-Memorandums vgl. Sosnkowski an Rowecki (17. Januar 1941). SPP: L. dz. 178/tj. 41.

- 60 Vgl. Anm. 52.
- 61 Sosnkowski an Rowecki (17. Januar 1941). SPP: L. dz. 178/tj. 41.
- 62 Sosnkowski an Rowecki (25. Januar 1941). SPP: L. dz. 284/tj. 41. — Sosnkowskis Resignation wird hier noch deutlicher als in seinem Schreiben an Sikorski (17. Januar 1941). SPP: L. dz. 174/tj. 41.
- 63 Rowecki an Sosnkowski (16. Februar 1941). SPP: L. dz. 1098/tj. 41.
- 64 Vgl. Rowecki an Sosnkowski (25. Februar 1941). SPP: L. dz. 1648/tj. 41: »Nicht der ZWZ schädigt die Unternehmungen der Regierung, denn er hält das Prestige der Regierung und vor allem des Oberbefehlshabers hoch, . . . sondern allein die Tätigkeit des CKON, das vom Exil aus geleitet wird und mit Methoden arbeitet, die von uns als Diversion betrachtet werden, . . . Von hier aus wird vermutlich der ZWZ auf Schritt und Tritt bekämpft, und von hierher rührt der Widerwille gegen unsere zutiefst soldatische Tätigkeit.«
- 65 K. Iranek-Osmecki: Wiedergabe der Antworten Roweckis. In: Bericht (April 1941), Anhang 3. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 66 Vgl. J. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 199/tj. 41.
- 67 Rowecki, Telegramm an Sosnkowski (16. Januar 1941). SPP: L. dz. 233/tj. 41.
- 68 Vgl. Wiedergabe der Antworten Roweckis: » . . . daß ich mich nur deshalb dazu entschlossen habe, weil eine Weigerung als Bestätigung der erhobenen Vorwürfe angesehen worden wäre.« SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 3.
- 69 Vgl. S. 169 f.
- 70 Die SN war eben jene Partei, von der sich Kot zur Aufnahme dieses Vorwurfs in das Memorandum hatte bewegen lassen.
- 71 Rowecki an Sosnkowski (16. Februar 1941). SPP: L. dz. 1098/tj. 41.
- 72 Ebenda. — Das bedeutet, daß Roweckis Entschluß, Kruk-Strzelecki gegen den Einspruch des Exils zu halten, von Mitte 1940 stammte. Diese Datierung ist ad usum argumentationis stark übertrieben.
- 73 Vgl. Wiedergabe der Antworten Roweckis. SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 3.
- 74 Vgl. Rowecki an Sosnkowski (16. Februar 1941). SPP: L. dz. 1098/tj. 41.
- 75 Vgl. ebenda.
- 76 Rowecki, Operationsbericht Nr. 54 (5. Februar 1941). SPP: L. dz. 2166/tj. 41, Anhang 7.
- 77 Vgl. ebenda, wo Rowecki sich für die Einrichtung von »Etappen« auf die Artikel 2 und 4 der »Gesetze über den Kriegszustand« (Ustawy o Stanie Wojenny) berief: »In Ortschaften, in denen es infolge Kriegseinwirkungen keine allgemeinen Administrationskräfte gibt, wird deren gesamte Tätigkeit in gleichberechtigter Weise von den eigentlichen Streitkräften übernommen.« — Man sieht deutlich, daß Rowecki diese Rechtsgrundlage in einem viel engeren Sinne in Anspruch zu nehmen gedachte, als der Wortlaut zugelassen hätte.
- 78 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 199/tj. 41.
- 79 Rowecki an Sosnkowski (16. Februar 1941). SPP: L. dz. 1098/tj. 41.
- 80 Ebenda.
- 81 Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz.

- 199/tj. 41. Auch: Rowecki, Rundbefehl für den ZWZ Nr. 470 (12. Dezember 1940) Anhang 3, in: Meldung Nr. 46. SPP: L. dz. 1669/tj. 40. — Mit diesem Rundbefehl legte Rowecki einzig die Grundlage für militärische Verbindungsstellen zur Ziviladministration der Regierungsdelegation. — Das macht auch die bei Chr. Kleßmann, Selbstbehauptung einer Nation, S. 115, referierte Behauptung einer Sanacja-Nähe der ZWZ-Etappen gegenstandslos. Gleiches gilt für die Ausführungen von Z. Zaremba, Wojna i konspiracja, S. 162 f, und E. Duraczyński, Stosunki, S. 68 ff. — Ein Nachklang findet sich im Schreiben Pużaks (PPS) an die Regierung (28. Februar 1941). SPP: L. dz. 2170/tj. 41, wo das Etappenprojekt des ZWZ ausdrücklich gebilligt wird.
- <sup>82</sup> Rowecki an Sosnkowski (16. Februar 1941). SPP: L. dz. 1098/tj. 41.
- <sup>83</sup> Ebenda.
- <sup>84</sup> Rowecki weist ebenda auf die Enttarnung seiner eigenen Person und auf die seines Stellvertreters Komorowski hin. Beide waren nachweisbar schon im Frühjahr 1940 von politischer Seite her weiten Kreisen in Warschau und Krakau gegenüber enttarnt worden, so daß auch die Gestapo genau Bescheid wußte. Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 3 (Januar/Februar 1940, o. Tag). SPP: L. dz. 1882/tj. 40. — Ein zuverlässiger Anhalt für die Wahrheit der von Rowecki behaupteten notorischen Leichtfertigkeit in politischen Kreisen ist in der Tatsache zu sehen, daß die Verhaftungsquote unter den Politikern wesentlich höher lag als beim ZWZ — und das, obgleich doch die Parteien ihre Arbeit längst nicht so expansiv betrieben wie der ZWZ. Allerdings war diese Gefährdung der Politiker auch von außen an sie herangetragen: durch redselige politische Emissäre (Szymański, Gawroński) und durch die Placówki Kots, die in Sicherheitsvorkehrungen eine recht ungeschickte Hand bewiesen.
- <sup>85</sup> Kennzeichnend für dieses Motiv Roweckis war, daß er die Kommando-Besetzung des ZWZ dem Emissär Iranek-Osmecki mit dem ausdrücklichen Befehl aufdeckte, diese Dinge »einzig und allein Sikorski und Sosnkowski mitzuteilen«. Vgl. Wiedergabe der Antworten Roweckis. SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 3. — Damit wollte Rowecki auch im Exil verhindern, was er in der Heimat zuzulassen nicht gewillt war.
- <sup>86</sup> Der Bericht von K. Ziege, der die personelle Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Stabs von Rowecki sehr positiv beurteilte, ist auf den 5. Mai 1941 datiert. SPP: o. L. dz. — Oberst Iranek-Osmecki traf erst wieder am 15. April 1941 in London ein, und Roweckis Memorandum an Sosnkowski vom 16. Februar 1941 trägt das Eingangsdatum des 6. April 1941. — Vgl. den Reisebericht von K. Iranek-Osmecki, Do kraju przez cztery kontynenty. Pred odlotem z Londyń. In: Wiadomości Nr. 11-14 (1956).
- <sup>87</sup> Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (21. Juli 1941). SPP: L. dz. 2160/tj. 41.
- <sup>88</sup> Protokoll der Ministerratssitzung (20. Dezember 1940). SPP: L. dz. 207/tj. 41.
- <sup>89</sup> Vgl. Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (15. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, L. dz. (Abt. VI) 1015/tj. 40.
- <sup>90</sup> Ebenda.
- <sup>91</sup> Ebenda.
- <sup>92</sup> Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 7. Januar 1941 (27. Januar 1941).

- SPP: L. dz. 293/tj. 41: »Ich möchte General Sosnkowski herzlich danken, der ... die Arbeiten des KSK mit so viel Anstrengungen, Umsicht und Loyalität leitete. Es war ein Muster an Takt und Gerechtigkeit, wie er die Leitung des KSK wahrgenommen hat.« — Vgl. auch Sosnkowski, Memorandum für Sikorski (21. Juli 1941). SPP: L. dz. 2160/tj. 41.
- 93 Vgl. Beschluß des KSK in Sachen Rechte des Regierungsdelegaten (21. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, Nr. 1570/II/41.
- 94 Vgl. ebenda, Anhang: Antrag Ciołkosz (18. Februar), Folkierski (19. Februar), Popiel (19. Februar).
- 95 Folgerichtig wurde die Auflösung des BIP beschlossen, was dem Streit um Kruk-Strzelecki ein interessantes Licht aufsetzt. Sikorski notierte auf dem von Kot übersandten Antrag: »Einverstanden. An Regierungsdelegat und ZWZ-Kommandant übersenden. 5. III. Sik[orski]«.
- 96 Punkt 4 ging sogar noch über den weitestgehenden Antrag Popiels hinaus.
- 97 Vgl. S. 70 (Eid des ZWZ).
- 98 Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 21. Februar 1941. SPP: o. L. dz., Akte KSK, materiały luźne.
- 99 Vgl. Sikorski an Sosnkowski (4. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 24, Nr. 2829/XV/40.
- 100 Sosnkowski an Sikorski (15. November 1940). SPP: L. dz. 1015/tj. 40.
- 101 Am 21. Februar 1941 hatte Sosnkowski seinen fruchtlosen Widerstand gegen die neue Formel aufgegeben. Er meinte, ein solcher Eingriff erhalte besondere Bedeutung zu einer Zeit, da man den ZWZ der Planung eines Staatsstreichs verdächtige; mit beinahe belustigtem Ton setzte er hinzu, daß man einem geplanten Staatsstreich kaum mit dem Mittel des Eides wehren könne. Insofern legte er auf den »Inhalt [des Eides] keinen größeren Wert«. Protokoll der KSK-Sitzung vom 21. Februar 1941. SPP: o. L. dz., Akte KSK, materiały luźne..
- 102 Vgl. Sikorski an Sosnkowski (13. März 1941). SPP: L. dz. 777/tj. 41.
- 103 Vgl. Mikołajczyk: »... diese Form der Organisation, ... die wir als die höchste Autorität ansehen wollen«. In: Protokoll der KSK-Sitzung vom 21. Februar 1941. SPP: o. L. dz., Akte KSK, materiały luźne.

### 15. Kapitel

- 1 Rowecki, Meldung Nr. 40 (30. November 1940). SPP: L. dz. 1232/tj. 40. — Vgl. auch St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 50 ff.
- 2 Die SL hielt unverändert am PKP fest, gegen den Auszug der SN und das erklärte Desinteresse der PPS. Nur ihrer Entschlossenheit war es zuzuschreiben, daß die Verhandlungen mit der Exilregierung im Namen des PKP geführt wurden.
- 3 Vgl. S. 173.
- 4 Depesche des PKP (o. Datum: An ROMEK: 27. Oktober 1940).
- 5 Depesche des PKP (12. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3372/XV/40.
- 6 Der Vorschlag kam von Skorobohaty-Jakubowski, der zu dem Zeitpunkt

- fürchtete, verhaftet zu werden. Vgl. Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 199/tj. 41.
- 7 Zur Darstellung vgl. Martyniuk, Bericht über die politische Situation in der Heimat im I. Quartal 1941 (o. Datum — Eingang SPRM: 5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. — Martyniuk war ein Emissär Sikorskis.
- 8 Ebenda.
- 9 Vgl. Erklärung der SP gegenüber der Exilregierung (o. Datum — an Budapest: 4. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, Nr. 236/II/41.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda.
- 12 Vgl. Kot an Skorobohaty-Jakubowski (2. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1168/tj. 40. — Das Telegramm wurde über das Verbindungsnetz des ZWZ geschickt, da Kot keine Möglichkeit zu einem direkten Kontakt mit Skorobohaty-Jakubowski besaß.
- 13 Ebenda. — Im Original als handschriftlicher Zusatz Kots.
- 14 Deklaration von PPS und SL (18. Dezember 1940). In: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 18,5. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 15 Deklaration der SP (18. Dezember 1940), ebenda. — Die Ausweichtaktik der SP bestand darin, daß sie die Nominierung Ratajskis als ein von oben verhängtes Geschick hinnahm, während sie sich andererseits ausdrücklich auf die Centrolew-Deklaration des gleichen Tages bezog.
- 16 Deklaration der SN (19. Dezember 1940), übersandt vom politischen Zentrum Budapest (6. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, o. Nr.
- 17 Vgl. Kot an Ratajski (13. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, o. Nr. — Kots hs. Marginalie am Kopf lautete: »Das habe ich an Ratajski geschickt«. Offenbar handelt es sich um das von Kot selbst zurückbehaltene Exemplar oder um eine Zweitschrift für Sikorski. Dafür spräche auch das Fehlen einer Akten-Nummer.
- 18 Depesche Nr. 1a des PKP (12. November 1940). GSHI: SPRM, Akte 25, Nr. 3372/XV/40. — Schon vorher hatte das PKP der Regierung mitgeteilt, Skorobohaty-Jakubowski werde »bis zur Nominierung die Funktionen des Delegaten voll versehen«. Vgl. PKP an Sikorski (o. Datum — an ROMEK: 27. Oktober 1940). SPP: L. dz. 840/tj. 40.
- 19 Depesche Nr. 5a des PKP (15. November 1940). SPP: L. dz. 1078/tj. 40.
- 20 Kot an Ratajski (13. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, o. Nr.
- 21 Sikorski an Ratajski (13. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 18/XXII/41.
- 22 Kot in Ratajski (13. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, o. Nr.
- 23 Vgl. Ratajski an Kot (27. Januar 1941). SPP: L. dz. 342/tj. 41.
- 24 Ratajski an Kot (13. März 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 26.
- 25 Vgl. Ratajski an Kot (11. März 1941). SPP: L. dz. 1707/tj. 41.
- 26 Pużak an Sikorski (3. März 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 3394/II/41.
- 27 Ebenda.
- 28 Iranek-Osmecki, mündlicher Bericht bei Sikorski (21. Juni 1941). In: Emissärsbericht (April 1941), Anhang 34. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 29 Ebenda.
- 30 Ebenda. — In diesem Zusammenhang auf einen möglichen Bürgerkrieg

im Nachkriegspolen hingewiesen, der sich an den Parteigegegensätzen entzünden könnte, erklärte Sikorski mit verblüffendem Selbstbewußtsein und Sendungsbewußtsein, daß »dieser Zustand nicht bedrohlich ist, weil ich mich im entsprechenden Augenblick in der Heimat befinden werde und alle um meine Person scharen werde, es sei denn, irgendein Verrückter erschießt mich.«

- <sup>31</sup> Vgl. M. Turlejska, *Tarcia w podziemiu. Walka o priorytet*. In: *Polityka* Nr. 1 (2. Januar 1965).
- <sup>32</sup> Vgl. Deklaration von PPS und SL (18. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 18,5.
- <sup>33</sup> Martyniuk, Bericht (in SPRM: 5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. — Tatsächlich trat Ratajski Mitte 1942 aus Gesundheitsgründen zurück und starb wenig später eines natürlichen Todes.
- <sup>34</sup> J. Mulak, *Wojsko podziemne*, S. 12 — Vgl. auch M. Turlejska, *Tarcia*.
- <sup>35</sup> Vgl. K. Popiel, *Na mogilach przyjaciół*, S. 24—27. — Dieser Skizze kann man indessen eine gewisse Flüchtigkeit nicht absprechen, die aus dem Vorsatz herrührte, ein euphemistisches Bild von der SP während der Okkupationszeit zu geben.
- <sup>36</sup> Ratajski an Zentrale (10. Januar 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, o. Nr., spricht vom 8. Dezember 1940. Dagegen gibt die Doppeldepesche: Skorobohaty-Jakubowski und Ratajski an Kot (20. Dezember 1940). SPP: L. dz. 1368/tj. 40, das Datum des 14. Dezember.
- <sup>37</sup> Ratajski an Zentrale (18. Januar 1941). In: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 4. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- <sup>38</sup> Ratajski, Besprechung mit Iranek-Osmecki (11. Januar 1941). Ebenda, Anhang 5.
- <sup>39</sup> Ebenda.
- <sup>40</sup> Vgl. ebenda: »Er habe sich nur auf Drängen General Hallers zur Leitung der SP in Posen entschlossen; gegenwärtig verbinde ihn jedoch nichts mit dieser Partei.« Dieser Aussage widerspricht die Erklärung der SP nicht, daß man gegen eine Abberufung Ratajskis und seine Ersetzung durch einen anderen Delegaten keine Einwände erheben wolle. Vgl. Martyniuk, Bericht über das 1. Quartal 1941 (5. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41. Die Behauptung von Trajdos, ebenda, daß Kwieciński (SP) den neuen Delegaten »in der Hand hält und drehen und wenden kann, wie er will«, ist nichts anderes als ein weiterer Beleg für den von der SN provozierten künstlichen Antagonismus, den die SN als ein Mittel ihrer Selbstbehauptung in den politischen und militärischen Auseinandersetzungen benutzte.
- <sup>41</sup> Ratajski, Besprechung mit Iranek-Osmecki (11. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 5.
- <sup>42</sup> Alles ebenda. — So deutlich hatte zuvor noch niemand mit der Exilregierung in Sachen ZWZ geredet. Daher nimmt es auch nicht wunder, daß Kot versuchte, den Eindruck zu zerstreuen, die Regierung habe sich mit Ratajski ein Kuckucksei ins Nest gelegt: Ratajski sei ein »unbedingt ehrlicher, wenn auch schwacher Mann«; in der Frage der Sanacja sei er folglich den Einflüssen von Heller erlegen, der als alter Parteigänger und überdies führender Mann der Sanacja jetzt »das Büro des Delegaten leitete«, wie er ebenfalls im ZWZ sitze. Vgl. Kot, Antworten auf Vorwürfe (o. Datum). SPP: Archiwum MSW, Akte 14. — Kots Gendar-

- stellung hat nur den Schönheitsfehler, daß Heller von Ratajski noch gar nicht eingestellt worden war, als Ratajski die obigen Ausführungen gegenüber Iranek-Osmecki machte — ein weiterer Beleg für Kots propagandistisch geprägtes Verhältnis zu belegbaren Fakten.
- 43 Ratajski an Zentrale (18. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 4.
- 44 Sikorski an Rowedki (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 151/tj. 41: »Ich erwarte, daß der ZWZ ihm mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die schwere Arbeit erleichtert, ... daß er ihm alle Informationen zukommen läßt, die sich im Besitz des ZWZ befinden, daß er außerdem über seine persönliche Sicherheit wacht und ihm aus allen Schwierigkeiten herzuhilft...«
- 45 Iranek-Osmecki, Wiedergabe der Antworten Rowedkis. SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 3.
- 46 Die Station war allerdings erst am 31. März 1941 betriebsfertig. Vgl. Rowedki an Zentrale (23. März 1941). SPP: L. dz. 986/tj. 41.
- 47 Skorobohaty-Jakubowski an Kot (16. November 1940). SPP: L. dz. 1078/tj. 40.
- 48 Vgl. die ins einzelne gehende Bilanz der BP-Finzen Skorobohaty-Jakubowskis für Kot (20. Dezember 1940). In: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 18. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 49 Vgl. Kot an Ratajski (25. Januar 1941). SPP: L. dz. 268/tj. 41: »Ich erneuere die Bitte, dem BP unverzüglich das Geld abzuverlangen und mir über das Ergebnis zu berichten.« (eigene Hervorhebung)
- 50 Vgl. Ratajski an Kot (26. Januar 1941). SPP: L. dz. 353/tj. 41.
- 51 Szpotański an Ratajski (o. Datum, — erschlossen: Anfang Februar 1941), abschriftlich in: Szpotański an Sikorski (3. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 3413/II/41.
- 52 Vgl. Ratajski an Kot (13. März 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 26. — Die Summe von gut 400 000 Zloty, die das BP angeblich an Ratajskis Kollegen in Posen, an den Regierungsdelegaten Adolf Bniński, geschickt hatte, ist dort nach Ermittlungen Ratajskis niemals angekommen. Die Empfangsquittung Bnińskis, die das BP Ratajski vorlegte, erwies sich später als Fälschung. Vgl. ebenda.
- 53 Skorobohaty-Jakubowski an Kot (15. Januar 1941). SPP: L. dz. 199/tj. 41.
- 54 Ebenda. — Kot hat diesen Zusammenhang lebhaft bestritten. Vgl. Kot, Antworten auf Vorwürfe. SPP: Archiwum MSW, Akte 14. Er modifizierte seine Haltung auch dann nicht, als das SL-Mitglied Martyniuk in seinem Bericht (5. September 1941, GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41) diesen Sachverhalt bestätigte. So trat die geradezu grotesk anmutende Wirkung ein, daß die SN die eigenen faschistischen Tendenzen erfolgreich verdecken konnte, indem sie dem ZWZ die eigenen Absichten als die seinen unterstellte.
- 55 Vgl. besonders: Depesche der SL an die Regierung (5. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. (Abt. VI) 565/tj. 41: »Wir stellen fest, daß die Einteilung der Heimat in drei gleichberechtigte Delegaturen ein Fehler der Regierung ist, der zur Dezentralisierung und politischen Zersplitterung der Heimat führt.«
- 56 Erklärung der SN (an Budapest: 6. Februar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45d, o. Nr.

- 57 Die von klarer Logik zeugenden Ausführungen von Ciolkosz (PPS) auf der KSK-Sitzung vom 7. Januar 1941 zeichneten das Problem im Zusammenhang mit den Kontrollrechten des Delegaten über den ZWZ: »Wir wissen, daß der ZWZ ein einziges Oberkommando über die gesamte Heimat hat. Aber wie kann man denn die Militärorganisation einer zivilen Organisation unterstellen, wenn diese sich auf einer niedrigeren Stufe befindet?« Dem wurde von Prof. Folkierski widersprochen, der die von Ciolkosz befürwortete Oberste Delegatur mit dem belasteten Begriff der »Sammeldelegatur« gleichsetzte. Damit rief Folkierski so viele Emotionen wach, daß die von Ciolkosz gewiesene Richtung der Diskussion nicht weiter verfolgt wurde. Vgl. Protokoll der KSK-Sitzung vom 7. Januar 1941 (27. Januar 1941). SPP: L. dz. 293/tj. 41.
- 58 Für dieses Vorhaben Ratajskis »im Namen der guten Sache« vgl. Iranek-Osmecki, Gespräch mit Ratajski (11. Januar 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 59 Iranek-Osmecki, Gespräch mit Trajdos (17. Januar 1941), in: Iranek-Osmecki, Bericht (April 1941), Anhang 14. SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 60 Ratajski an Kot (13. März 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 26.
- 61 Ebenda.
- 62 Vgl. Rowecki, Meldung Nr. 9 (11. März 1940), Anhang. SPP: L. dz. 2147/tj. 40.
- 63 Martyniuk, Bericht über das 1. Quartal 1941. GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41.
- 64 Vgl. Sosnkowski an Seyda (4. Mai 1941). SPP: L. dz. 1464/tj. 41. Sosnkowski wies damit Vorwürfe Seydas zurück, die entlang den Linien der SN-Propaganda gegen den ZWZ liefen.
- 65 Vgl. Martyniuk, Bericht über das 1. Quartal 1941: »Ratajski konnte sich das Personal nicht unterstellen.« GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2051/II/41.
- 66 Vgl. Iranek-Osmecki, Gespräch mit Ratajski vom 11. Januar 1941. SPP: L. dz. 1820/tj. 41, Anhang 5.
- 67 Gesellschaftliche Hilfe, territoriale und wirtschaftliche Autonomie, Gerichtsbarkeit, Eisenbahn, Bildungswesen. — Die Leitung des Departements für innere Angelegenheiten behielt Ratajski sich selbst vor.
- 68 Vgl. St. Dołęga-Modrzewski, *Polskie państwo podziemne*, S. 58 ff. Der Autor leitete dieses Departement. — Aus der SP kamen darüber hinaus: »Jerzy Dokładna« (Generalsekretär), Stanisław Kauzik (Presse und Propaganda) und Feliks Zadrowski (Gerichtsbarkeit). Von Seiten der SN arbeiteten Leopold Rutkowski (innere Angelegenheiten) und Bolesław Rutkowski (Industrie und Handel) an verantwortlicher Stelle der Delegatur.
- 69 Die Nominierung erfolgte auf der PKP-Sitzung vom 9. März 1941. Vgl. Ratajski an Kot (11. März 1941). SPP: L. dz. 1707/tj. 41.
- 70 Vgl. Ratajski an Kot (13. März 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 26.
- 71 Vgl. Sikorski und Sosnkowski an Rowecki (14. Januar 1941). SPP: L. dz. 151/tj. 41.
- 72 Vgl. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 44.
- 73 Die Ernennung Bnińskis ist um so verwunderlicher, als im Falle von

- Józewski der bloße Hinweis auf seine — übrigens durchaus verdienstliche — Vergangenheit als Wojewode genügte, seine Entfernung aus dem ZWZ zu verlangen, dem er nie angehört hatte. — Eine schriftliche Anfrage bei dem in den USA lebenden Neffen Adolf Bnińskis, Wacław Bniński, hat ergeben, daß dafür vermutlich die guten Beziehungen zu einzelnen Mitgliedern der Exilregierung ausschlaggebend gewesen sind. Vgl. W. Bniński an den Verf., Schreiben v. 14. Oktober 1971.
- 74 Bniński an Regierung (5. Juni 1941). In: Mikołajczyk an Sikorski (9. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46, Nr. 2184/II/41.
- 75 Sikorski an Ratajski (13. Januar 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 18/XXII/41.
- 76 Zum Gesamtproblem der Posener Delegation vgl. den gut informierten Aufsatz von E. Serwański, *Polityczne i wojskowe organizacje podziemne w Wielkopolsce*. In: *Najnowsze dzieje Polski* Bd. 3 (1959), S. 43—72.
- 77 Vgl. Bniński an Mikołajczyk und Sikorski (5. Juni 1941). In: Mikołajczyk an Sikorski (9. September 1941). GSHI: SPRM, Akte 46, Nr. 2184/II/41.
- 78 Vgl. Kot an Ratajski (13. August 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 35. — Die von Macieliński vorgebrachte Kandidatur von Dr. Zych zum Regierungsdelegaten war von der Exilregierung nicht akzeptiert worden. Zych war nach der obigen Auskunft Kots nur »einstweilen für Fürsorge-Angelegenheiten berechtigt«.
- 79 Das Blatt zirkulierte ausschließlich im aktiven Teil des ZWZ, den sogenannten »Kadern«.
- 80 So ein undatierter anonymer Bericht, in: Mikołajczyk an Sikorski (9. September 1941), Anhang 5. GSHI: SPRM, Akte 46, Nr. 2184/II/41. — Auch für das im folgenden nicht ausdrücklich Belegte.
- 81 Später berief Rowecki sich auf »die soldatische Pflicht, das Andenken an den verstorbenen Marschall als an ein Symbol für den konspirativen Kampf um die Unabhängigkeit zu ehren«. — Rowecki an Sosnkowski (14. Juni 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, L. dz. (Abt. VI) 2103/tj. 41.
- 82 »In späteren Kriegen [= nach 1634] hatten wir hervorragende Führer und ein gutes Heer, aber stets entweder eine schlechte Politik oder schlechte Politiker, die dazu beitrugen, daß sich das Schicksal Polens nicht bessern konnte. Und weil die Siege fremden Interessen dienten, verschlechterte sich sogar das Los Polens.« — Józef Piłsudski: *Żołnierz podziemny — Brygadjer — Wódz*. In: *Insurekcja 5* (12. Mai 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a.
- 83 Undatierter anonymer Bericht, in: Mikołajczyk an Sikorski (9. September 1941), Anhang 5. GSHI: SPRM, Akte 46, Nr. 2184/II/41. — Für die Haltung der PPS vgl. die Ablehnung des Artikels und seiner politisierenden Wirkungen bei Z. Zaremba, *Wojna i konspiracja*, S. 162 f. E. Duraczyński, *Stosunki*, S. 68 ff, greift die Haltung des ZWZ ebenso an wie Chr. Kleßmann, *Selbstbehauptung einer Nation*, S. 115. Beide Analysen überbewerten formalinhaltliche Momente, die man notfalls der Sanacja zuordnen kann. Sie übersehen dabei die Bedeutung des Artikels als einer allerdings spektakulären Machtprobe, von der sich Rowecki Aufschluß über die Autonomie des ZWZ in militärischen Belangen erwartete. Nicht die Sanacja stand bei dieser Kontroverse zur Debatte,

- sondern die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen ZWZ und Delegation.
- <sup>84</sup> Die Beschlüsse im PKP mußten einstimmig gefaßt werden, um Gültigkeit zu erlangen.
- <sup>85</sup> Rowecki an Sosnkowski und Sikorski (14. Juni 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, L. dz. (Abt. VI) 2103/tj. 41.
- <sup>86</sup> Sikorski an Sosnkowski (23. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, Nr. 1599/XV/41.
- <sup>87</sup> Ebenda.
- <sup>88</sup> Vgl. S. 184.
- <sup>89</sup> Vgl. A. Lawińska, *Sprawa Igo Syma*. In: *Ostatnie Wiadomości* (Mannheim) Nr. 25 (1. März 1961).
- <sup>90</sup> Vgl. *The Times*, London (14. März 1941): »Pro-Nazi Actor Killed in Warsaw«. — Die Exekution soll von Leutnant Zawada vorgenommen worden sein. Vgl. A. Lawińska, *Sprawa*.
- <sup>91</sup> Auskunft von Frau H. Czarnocka (SPP). — Vgl. auch Wł. Sieroszewski, *Z działalności Wojskowego Sądu Specjalnego Okręgu a następnie Obszaru Warszawskiego AK (1940—1944)*. In: *Najnowsze dzieje Polski Bd. VIII (1964)*, S. 121—128.
- <sup>92</sup> Ratajski an Kot (12. März 1941). SPP: L. dz. 883/tj. 41.
- <sup>93</sup> Vgl. die ebenda zitierte Proklamation des SS- und Polizeiführers des Distrikts Warschau, SS-Gruppenführer Moder, vom 11. März 1941. — Am 14. März 1941 stellte der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Warschau Haftbefehle gegen die Schauspieler Damiński und Górska aus, so daß die Geislerschießungen auch nach deutscher Auffassung jeglicher Grundlage entbehrten, da die Ermordung Syms in den Augen der Behörden als ein privater Racheakt angesehen wurde. Vgl. Ratajski an Kot (17. März 1941). SPP: L. dz. 923/tj. 41.
- <sup>94</sup> K. Popiel an Kot (17. März 1941). SPP: L. dz. 894/tj. 41. — Popiel argumentierte ferner: »Terrorakte gegen solche Personen wie Sym... sind nicht nötig, um die Moral der Bevölkerung zu heben«.
- <sup>95</sup> Sikorski an Sosnkowski (17. März 1941). GSHI: SPRM, Akte 46, Nr. 577/XV/41.
- <sup>96</sup> Sosnkowski an Rowecki (21. März 1941). SPP: L. dz. 857/tj. 41, Anhang 2.
- <sup>97</sup> Vgl. das Expertenurteil von Oberst E. D. Doyle, *The Polish Resistance Movement*. In: *An Cosantóir* (gälisch: »Der Wächter«), 1956, S. 313—320 und 365—379: »There was less of the treachery and ill-judged outbreaks of *useless violence* which sapped the strength and weakened the prestige of many movements elsewhere in Europe«. (313)
- <sup>98</sup> Martyniuk, Bericht über das 1. Quartal. GSHI: SPRM; Akte 46a, Nr. 2051/II/41.
- <sup>99</sup> Der Name ZO (Verband für Vergeltung) besagte, daß seine eigentlichen Ziele nicht in Sabotage und Diversion lagen. Zu seiner Organisation vgl. Organisationsinstruktion für MARIA, Base in Moskau (11. Oktober 1941). SPP: L. dz. 3195/tj. 41, Anhang 7d (Die Organisation der Sabotage- und Diversionsaktion in der Heimat).
- <sup>100</sup> Die Zahlen beziehen sich nur auf das deutsch okkupierte Territorium. — Vgl. bisherige Ergebnisse der Sabotage- und Diversionstätigkeit auf dem

- Territorium, in: Ebenda, Anhang 7d. — Es wurden nur »vollständig verbürgte und berichtete Fakten« aufgenommen.
- 101 Vgl. Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 63 (1. April 1941). SPP: L. dz. 2464/tj. 41. — Die Angaben sind nicht homogen: Für Krakau wird der Stand vom 1. Dezember 1940 angegeben; außerdem argwöhnte Rowecki, daß die Zahlen »aufgeblasen« sind; doch dürfte die Zählung vom Dezember 1940 für den Stand des April 1941 repräsentativ sein, wenn man eine normale Zuwachsrate zugrundelegt. Angaben über Lublin fehlen wegen der Verhaftung der dortigen Führung; es werden folglich keine Zahlen beigegeben. Auf die Angabe von Mannschaftsstärken verzichtete Rowecki, »weil diese Rubrik sich am stärksten im Fluß befindet«. Die steigenden Unteroffiziers-Zahlen führte Rowecki auf die Eingliederung von bisher separaten Militärorganisationen zurück.
- 102 Das ließe sich durch die Zusammenlegung von Kommandos erklären.
- 103 Auf eben diese taktischen Ziele verwies Rowecki Rundbefehl: Richtlinien Nr. 1 zur Schulung des ZWZ (15. November 1940). In: Iranek-Osmecki, Bericht (15. April 1941). SPP: L. dz. 1820/tj. 41.
- 104 Rowecki, Organisationsmeldung Nr. 63 (1. April 1941). SPP: L. dz. 2464/tj. 41.
- 105 Vgl. ebenda.
- 106 Legt man die Zahl von 18 Millionen Polen unter deutscher Okkupation zu Grunde, so war jeder 102. Pole als Aktiver oder Reservist ein Mitglied des ZWZ.
- 107 Vgl. Sosnkowski an Rowecki: Vorbereitungsstudien für den Aufstand in der Heimat (6. Dezember 1940). SPP: L. dz. 973/tj. 40, Anhang 4 zur Instruktion Nr. 7. — Sosnkowski drängte Rowecki, eine eigene Studie vorzulegen. Seine »Vorbereitungsstudie« war nur als Hilfe dazu gedacht, denn »allein der Oberkommandierende des ZWZ hat die Möglichkeit, alles in Erfahrung zu bringen und sich eine eigene angemessene Auffassung von allem zu bilden, was für die Ausarbeitung dieser Pläne notwendig ist.«
- 108 Rowecki, Operationsbericht Nr. 54 (5. Februar 1941). SPP: L. dz. 2155/tj. 41. — Der Operationsbericht gliederte sich in zahlreiche Anhänge, in denen Teilprobleme separat diskutiert wurden. Er ist teilweise in PSZ, S. 176 abgedruckt.
- 109 An anderer Stelle heißt es zu diesen kompromißlosen Gegnern: »[Diese] müssen wir vernichten, womit wir die Vergeltung für das der Nation zugefügte Unrecht verbinden«. — Die Vermutung H. v. Krannhals', Warschauer Aufstand, S. 19, die Wiedergabe des Operationsberichts in PSZ Bd. III, S. 176 breche an dieser Stelle ab, »möglicherweise, weil die Art des gewaltsamen Vorgehens näher beschrieben war«, kann nach Einsicht in den vollständigen Text nicht bestätigt werden.
- 110 Diese Überlegungen zeigen, daß man zu der Zeit noch nicht mit dem völligen Zerfall deutscher Staatlichkeit rechnete, wie er 1945 tatsächlich eintrat.
- 111 Rowecki sprach in diesem Zusammenhang sogar von »Umsiedlungen« der in diesen Gebieten ansässigen Deutschen. Der Gedanke ergab sich mit zwingender Konsequenz aus der territorialen Vergrößerung Polens nach dem Kriege, wie sie in Heimat- und Exilkreisen schon Ende 1939 in

- Aussicht genommen worden war. Vgl. W. Wagner, *Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie*, S. 4.
- <sup>112</sup> Vgl. Sosnkowski an Rowecki (6. Dezember 1940): »Diese Abteilungen müssen gleichfalls so schnell wie möglich in die Heimat gebracht werden. ... Ihr Transport kann nur auf dem Luftwege erfolgen.« SPP: L. dz. 973/tj. 40, Anhang 4.
- <sup>113</sup> Die Produktion automatischer Waffen lief in Polen erst 1943 an. Vgl. A. Bonarski, *Weapon Hunger*, S. 40. — Die Schwierigkeit der Versorgung von außen machte Oberst Smoleński in seiner Depesche an Rowecki deutlich, der eine entsprechende Anfrage Roweckis vorausgegangen war. Vgl. Smoleński an Rowecki (15. April 1941). SPP: L. dz. 1138/tj. 41: »Waffensendungen durch BOLEK unmöglich; ROMEK meldet Sende-schwierigkeiten. Waffenversorgung auf dem Luftwege bis Herbst 1941 nicht möglich. Kaufen Sie, was Sie nötig haben.« — Rowecki hatte freilich ein paar Monate zuvor von den schwindenden Chancen des Waffen-erwerbs in der Heimat berichtet.
- <sup>114</sup> Nach Sosnkowskis Überlegungen mußten die schweren Waffen vor Beginn des Aufstands in die Heimat eingeflogen werden. Ihr Gesamtgewicht berechnete er mit 2640 t Fluglast, was insgesamt 256 Flüge in die Heimat erfordern würde. Da die exilpolnische Luftwaffe dieser Belastung nicht auch nur entfernt gewachsen war, folgerte Sosnkowski, daß die Waffen nur per Bahn oder auf dem Seeweg in die Heimat gelangen könnten. Vgl. Sosnkowski an Rowecki (6. Dezember 1940). SPP: L. dz. 973/tj. 40, Anhang 4.
- <sup>115</sup> Vgl. Chef Abt. VI an Sikorski, Memorandum (2. Februar 1942). SPP: L. dz. 1729/tj. 42.

### 16. Kapitel

- <sup>1</sup> Vgl. den Text in: *Documents on Polish-Soviet Relations* (ed. GSHI), Bd. I, Nr. 106.
- <sup>2</sup> Vgl. den Text ebenda, Nr. 112.
- <sup>3</sup> Vgl. Protokoll der Ministerratssitzung vom 25. Juli 1941. GSHI: SPRM, Akte 104.
- <sup>4</sup> Vgl. Sosnkowski an Sikorski (14. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, Nr. 1617/XV/41.
- <sup>5</sup> Es handelte sich dabei um Sikorskis Instruktion Nr. II für die Heimat (23. Juni 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 21.
- <sup>6</sup> Sikorski an Sosnkowski (Juli 1941, o. Tag). GSHI: SPRM, Akte 47, Nr. 1617/XV/41.
- <sup>7</sup> Vgl. ebenda: »Veränderungen an diesem Zustand halte ich für unzweckmäßig, zumal ich im Zusammenhang mit der Absicht, Sie zum Botschafter in Moskau zu ernennen, plane, den ZWZ in Zukunft persönlich zu leiten.«
- <sup>8</sup> Sosnkowski an Sikorski (25. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, Nr. 3186/XIX/41. Unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion hatte Sosnkowski sich mit einem polnisch-sowjetischen Abkommen einverstanden erklärt, falls die Ostgrenze Polens dadurch garantiert würde.

- Vgl. Sosnkowski an Sikorski (22. Juni 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, Nr. 82/tj./GM/41.
- <sup>9</sup> Vgl. Sikorski an Sosnkowski (25. Juli 1941). SPP: L. dz. 1623/tj. 41
- <sup>10</sup> Sosnkowski an Sikorski (28. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 47, L. dz. (Abt. VI) 2557/tj. 41.
- <sup>11</sup> Vgl. H. Roos, Geschichte der polnischen Nation, S. 185.
- <sup>12</sup> Sikorski, Instruktion Nr. I für die Heimat und die diplomatischen Vertretungen (22. Juni 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 22.
- <sup>13</sup> Sikorski, Instruktion Nr. II für die Heimat (23. Juni 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 21.
- <sup>14</sup> Vgl. Ratajski, Bericht (1. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 46 a, Nr. 2748/II/41: »... hat die gesamte Unabhängigkeitspresse solidarisch eine neutrale Haltung eingenommen. Beide kämpfenden Parteien seien unsere entschlossenen Feinde, und man müsse sich aller Tätigkeit enthalten, die der einen oder der anderen Seite helfen könnte.« — Vgl. Ratajski an Sikorski: Erklärung des PKP (5. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 45, Nr. 3193/II/41.
- <sup>15</sup> Ratajski an Sikorski: Erklärung des PKP zum polnisch-sowjetischen Abkommen (18. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, Nr. 2172/II/41.
- <sup>16</sup> Rowecki an Sikorski (28. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. (Abt. VI) 2928/tj. 41.
- <sup>17</sup> SL an Mikołajczyk (22. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. K.(ot?), 2124/41. — Aus Sicherheitsgründen wurde sieben Tage später von dieser Erklärung noch eine Kurzfassung an die Regierung deponiert: SL an Mikołajczyk (29. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. K.(ot?), 2223/41.
- <sup>18</sup> Kot wurde zum Botschafter in der Sowjetunion bestellt. Mikołajczyk wurde sein Nachfolger als Innenminister.
- <sup>19</sup> Vgl. Sikorski an Ratajski (11. Juli 1941). SPP: Archiwum MSW, Akte 10, Position 20.
- <sup>20</sup> Als dieser Sachverhalt in der Heimat bekannt wurde, deponierte Rowecki: »Enttäuschung hinsichtlich der Grenzfrage«. Rowecki an Zentrale (28. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. (Abt. VI) 2928/tj. 41. — Aus der Kurzfassung der SL-Depesche vom 29. August 1941 (GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. K., 2223/41) waren denn auch alle kriegerischen Töne gegen die »Pilsudskisten« eliminiert worden. Das dürfte ein beredtes Zeugnis dafür sein, wie stark der Informationsmangel die Heimatparteien zwischen grundsätzlichen und aktuellen Stellungnahmen schwanken ließ, und wie rasch man bereit war, bei aktuellen Anlässen die fehlenden Informationen zu interpolieren.
- <sup>21</sup> Vgl. Ratajski, Bericht (1. Juli 1941): »Die SP identifiziert sich mit dem Regierungsdelegaten und will als »Regierungspartei« gelten.« GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2748/II/41.
- <sup>22</sup> SL an Mikołajczyk (22. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. K., 2124/41. — Ratajski und Rowecki blickten freilich tiefer: Ratajski urteilte, die SN zeige »eine grundsätzlich negative Einstellung, die sich im Augenblick aus taktischen Gründen« loyal gab (Ratajski, Bericht vom 1. Juli 1941). GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2748/II/41. — Rowecki deponierte kommentarlos: »SN. Formelle Billigung, reserviert.« (Rowecki an Zentrale, 28. August 1941). GSHI: SPRM, Akte 45a, L. dz. (Abt. VI) 2928/tj. 41.

- <sup>23</sup> Vgl. Ratajski, Bericht (1. Juli 1941): »Ihre Einstellung gegenüber der Regierung ist äußerst kritisch.« GSHI: SPRM, Akte 46a, Nr. 2748/II/41.
- <sup>24</sup> Das jedenfalls behauptete Ratajski: Ebenda.
- <sup>25</sup> Ebenda.
- <sup>26</sup> Zu Sikorskis Vorstellungen über die Führungsstruktur vgl. Sikorski an Rowecki (Oktober 1941, o. Tag). In: Instruktion Nr. 9 an Rowecki (23. November 1941), Anhang 3a. SPP: L. dz. 3850/tj. 41.
- <sup>27</sup> Vgl. Sikorski an Rowecki (31. Oktober 1941). SPP: L. dz. 2926/tj. 41, wo Sikorski den ZWZ als den »Hauptteil der von mir geführten Streitkräfte« bezeichnete. Es ist offensichtlich, daß der Ausdruck »Hauptteil« an dieser Stelle keine numerische Bedeutung haben kann.
- <sup>28</sup> Vgl. S. 229 f.
- <sup>29</sup> Vgl. das Verhalten von Oberst (Stabschef) Klimecki und der Stabsoffiziere am 18. Juli 1940. Vgl. S. 164. — Besonders aufschlußreich ist der Fall des ehemaligen Wojewoden von Wolhynien, Henryk Józewski, der 1938 aus seinem Amt scheiden mußte, weil die Sanacja, besonders die Kreise um Marschall Rydz-Śmigły, seine durchaus verdienstvolle Politik einer polnisch-ukrainischen Annäherung torpediert hatten. Dennoch wurde Józewski aus dem ZWZ wegen seiner Sanacja-Herkunft ausgeschlossen. — Die reine Willkür dieses Akts wird deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß der ehemalige Wojewode von Posen, Adolf Bniński, aufgrund seiner Beziehungen zu Regierungskreisen im Exil sogar mit dem Amt des Delegaten der Exilregierung in den »eingegliederten Reichsgebieten« betraut wurde.
- <sup>30</sup> Zum Begriff vgl. H. Glaser, Bürokratie jenseits von Parkinson. Bemerkungen zu einer Verwaltung im Regelkreis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/70 (16. Mai 1970), S. 5.
- <sup>31</sup> Vgl. dazu M. Dobrzyńska/A. Wallis, *Inteligencja Polska XIX i XX wieku. Materiały statystyczne*. Wrocław 1971.
- <sup>32</sup> Vgl. St. Rychliński, *Zależność procesów demokratyzacji kultury od dynamiki społecznej*. In: *Przegląd Sociologiczny* 13. Jg. (1959). — Rychliński legt dar, wie der fehlgeleitete und gescheiterte Demokratisierungsprozeß der breiten Akzeptierung aristokratischer Meinungen und Verhaltensformen Vorschub geleistet hat.
- <sup>33</sup> Vgl. R. Bratny, *Karta demobilizacyjja Armii Krajowej*. In: *Nowe Drogi* H. 4 (1956). — Die umfangreichen, im SPP liegenden Personalakten ehemaliger AK-Mitglieder konnten leider nicht eingesehen werden.
- <sup>34</sup> G. W. Strobel, *Die parlamentarische Idee und die polnischen Parteien*. In: *Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen*. S. 63.
- <sup>35</sup> Zur deutschen Politik vgl. Chr. Kleßmann, *Selbstbehauptung einer Nation*, S. 27–31 und 48 ff. — Für die sowjetische Seite vgl. B. Kusnierz, *Stalin and the Poles*, S. 44 ff.
- <sup>36</sup> Vgl. zum Bewußtseinsbild der polnischen Vorkriegsjugend den Aufsatz von A. Micewski, *Polish Youth in the Thirties*. In: *Journal of Contemporary History* 4. Jg. (1969), S. 155–167.
- <sup>37</sup> Vgl. die grundsätzlichen, am Beispiel der französischen Résistance entwickelten Überlegungen von H. R. Kedward, *Patriotism and Resistance in Vichy France*. In: *The Listener*, Vol. 82 (1969), S. 238–240.

# QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## I. ARCHIVMATERIAL

1. *Studium Polski Podziemnej (SPP) — London*
  - a) Dienstliche Korrespondenz General Sosnkowski; zitiert nach der Nummer des Dienstagebuchs (liczba dziennika)
  - b) Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych
    - 10
    - 14
    - 17
    - 28
  - c) Akte »Komitet Spraw Krajowych, materiały luźne«
  - d) J. Lepiankiewicz, Bericht (o. Dat.)  
Archiv-Nummer 3.1.2.1.
  
2. *General Sikorski Historical Institute (GSHI) — London*
  - a) Dziennik Czynności Naczelnego Wodza (DNCW)
  - b) Sekretariat Prezesa Rady Ministrów (SPRM)
    - 24
    - 25
    - 45a
    - 45d
    - 46a
    - 46b
    - 47
    - 99
    - 104

## II. GEDRUCKTES MATERIAL

1. *Quellen*

Documents on Polish-Soviet Relations, (hrsg. v. GSHI).

Bd. I: 1939—1943.

London 1961.

Armia Krajowa w dokumentach 1939—1945 (hrsg. v. SPP).

T. I: wrzesień 1939 — czerwiec 1941.

Londyń 1970.

Protokół konferencji belgradzkiej (hrsg. v. J. Zamojski).

In: Najnowsze Dzieje Polski, Bd. X (1966), S. 191—238.

2. *Protokolle und Berichte*

20 lat Ludowego Wojska Polskiego. II. sesja naukowa poświęcona wojnie wyzwolenczej narodu polskiego 1939—1945 (23.—26. 10. 1963).

Warszawa 1967.

Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957. 2 Bde.

Berlin 1958.

Proceedings of a Conference on Britain and European Resistance 1939—1945. Organized by St. Antony's College, Oxford, December 10—16, 1962.

(Umdruck).

La Résistance européenne 1939—1945. Premier conférence internationale sur l'histoire de la Résistance a Liège-Bruxelles-Breendonck. 14—17. September 1958.

Paris — Oxford — New York — London — Frankfurt 1960.

Ruch oporu w beskidzie śląskim w latach 1939—1945. Materiały z sesji naukowej (30. 6. 1967).

Katowice 1968 (Śląski Instytut Naukowej).

Sesja naukowa poświęcona wojnie wyzwolenczej narodu polskiego 1939—1945. (Redaktionskollegium: St. Arnold, St. Herbst).

Warszawa 1959 (PAN).

Trial of the Organizers, Leaders, and Members of the Polish Diversionist Organizations in the Rear of the Red Army on the Territory of Poland, Lithuania, and the Western Regions of Byelorussia, and the Ukraine, heard before the Military Collegium of the Supreme Court of the USSR, June 18—21, 1945. Verbatim Reports.

London — New York 1945.

3. *Sammelwerke*

Documenta Occupationis, Bd. VI, Poznań 1958.

Encyklopaedia Britannica, Bd. 23.

USA 1964.

Encyklopedia Współczesna, Bd. VII.

Warszawa 1957.

Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (hrsg. v. H. E. Volkmann). Marburg 1967.

- Osteuropahandbuch Polen (hrsg. v. W. Markert).  
Köln-Graz 1959.
- Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej  
(hrsg. v. Komisja historyczny Polskiego Sztabu Głównego).  
T. III: Armia Krajowa.  
Londyń 1950.  
[zitiert: PSZ].
- Probleme des Zweiten Weltkrieges (hrsg. v. A. Hillgruber). Neue wissen-  
schaftliche Bibliothek Bd. 20. Köln, Berlin 1967.
- Słownik organizacji młodzieżowych w Polsce 1918—1970.  
Warszawa 1971.
- Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert (hrsg. v. D.  
Gerhard). Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd.  
27. Göttingen 1970.
- Wojna wyzwolenicza narodu polskiego w latach 1939—1945. 2 Bde.  
(hrsg. v. T. Rawski, Zd. Stapor, J. Zamojski).  
Warszawa 1966.  
[zitiert: WWNP].
- 4. Abhandlungen, Memoiren, Druckschriften*
- Alf-Tarczyński, T., Generał Kazimierz Sosnkowski.  
In: Dziennik Polski (20. November 1965).
- Babiński, W., Przyczynki historyczne do okresu 1939—1945.  
Londyń 1967.
- Baranowska, J., M. Tokarzewski-Karaszewicz.  
In: Wiadomości Nr. 40 (4. Oktober 1964).
- Barański, J., Jeszcze o »Komitecie Siedmiu«.  
In: Kultura H. 5 (1951), S. 132—137.
- Birnbaum, I., Tragödie eines Patrioten. Zum Tode des polnischen Generals  
Komorowski.  
In: Süddeutsche Zeitung (27./28. August 1966).
- Bonarski, A., Weapon Hunger.  
In: Poland H. 6 (1969) S. 40 ff.
- Borkowski, J., Ruch ludowy i procesy radykalizacji na wsi w okresie oku-  
pacji (1939—1944).  
In: Z najnowszych dziejów Polski 1939—1947, Bd. I (1961), S. 186—210.
- Bór-Komorowski, T., The Secret Army.  
London 1950.
- Bratny, R., Karta demobilizacja Armii Krajowej.  
In: Nowe Drogi H. 4 (1956).
- Broszat, M., Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945.  
Fischer-TB Nr. 692.  
München 1965.
- Broniewski, St. / Strzembosz, T., Liczebność organizacji Szare Szeregi na  
terenie polski zachodniej.  
In: Najnowsze Dzieje Polski, Bd. IV (1960), S. 75—82.
- Cretzianu, A., Rumunia a Wrzesień 1939.  
In: Kultura H. 3 (1954), S. 106—115.

- Cygański, M., Polskie organizacje podziemne w Łodzi w latach 1939—1941.  
In: Rocznik Łódzki, Bd. I (1958), S. 71—91.
- Cygański, M., Z dziejów okupacji hitlerowskiej w Łodzi 1939—1945.  
Łódź 1965.
- Cywilna obrona Warszawy we wrześniu 1939r. (bearb. v. L. Dobroszycki u. a.).  
Warszawa 1965.
- Dalecki, R., Leserbrief.  
In: WTK Tygodnik Katolików H. 5 (1965).
- Deutschland im Kampf. (Hrsg. v. A. J. Berndt, Reichspropagandaministerium, und Oberst v. Wedel, OKW).  
2. Septemberlieferung 1939 (Berlin).
- Dmochowski, L., Food Conditions in Occupied Poland. Analysis of the German Food-Rationing System in Poland.  
London 1944.
- Dobroszycki, L., Centralny katalog polskiej prasy konspiracyjnej 1939—1945r.  
Warszawa 1962 (PAN).
- Dobroszycki, L., Zaginiona prasa konspiracyjna z lat 1939—1945.  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. VII (1964), S. 173—196.
- Dobroszycki, L., Studies of the underground press in Poland, 1939—1945.  
In: Acta Poloniae Historiae 7 (1962), S. 96—102.
- Dobrzyńska, M. / Wallis, A., Intelligencja Polska XIX i XX wieku. Materiały statystyczne.  
Wrocław 1971.
- Dolęga-Modrzewski, St., Polskie państwo podziemne.  
Londyń 1959.
- Drozdowski, M. / Tymieniecka, A., Mieczysław Niedziałkowski.  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. IX (1965), S. 39—85.
- Drymmer, W. T., Z Kut do Biczac.  
In: Na Straży (Jerusalem) Nr. 28—30 (1946).
- Duraczyński, E., Stosunki w kierownictwie podziemia Londyńskiego 1939—1943.  
Warszawa 1966.
- Erka, Ostatni rozkaz marsz. Śmigłego.  
In: Kultura H. 5 (1951), S. 129—132.
- Evans, J., The Nazi New Order in Poland.  
London 1941.
- Frank, H., Tagebuch des Generalgouverneurs. (Auszüge).  
In: Documenta Occupationis, Bd. VI (1958), S. 276—390.
- Frassati, L., Il destino passaper Varsavia.  
Bologna 1950.
- Gałąj, B., Jak walczyli Warszawscy »Piątkarze«.  
In: Robotnik Polski w Wielkiej Brytanji (Januar 1947), S. 24.
- Garliński, J., Poland, SOE, and the Allies.  
London 1969.
- The Gestapo in Poland.  
The London Times. (30. Dezember 1939).
- Gieysztor, Wł., Tajna misja do Polski.  
In: Kierunki Nr. 30 (1958).

- Glaser, H., Bürokratie jenseits von Parkinson. Bemerkungen zu einer Verwaltung im Regelkreis.  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/70 (16. Mai 1970).
- Godden, G. M., Nazi rule in Poland.  
London 1941.
- Goldstein, B., Die Sterne sind Zeugen. Der Untergang der polnischen Juden.  
DTV 262. München 1965.
- Greiser, A., Der Aufbau im Osten.  
Jena 1942.
- Grzembo, W., Żegnaj, przyjacielu!  
In: Dziennik Polski (6. März 1965).
- Hillebrandt, B., Partyzantka na Kielecczyźnie 1939—1945.  
Warszawa 1967 (WIH).
- Iranek-Osmecki, K., Zarys rozwoju Armii Krajowej.  
In: »Niepodległość« (Instytut Józefa Piłsudskiego, Londyń), 10. Jg. NF (1948), S. 3—17.
- Iranek-Osmecki, K., Do kraju przez cztery kontynenty.  
In: Wiadomości Nr. 11—14 (1956).
- Jacobmeyer, W., Henryk Dobrzański (»Hubal«). Ein biographischer Beitrag zu den Anfängen der polnischen Résistance im Zweiten Weltkrieg.  
In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20. Jg. (1972), S. 63—74.
- Jakubiak, E., Zarys działalności tajnej organizacji wojskowej »Gryf Pomorski«.  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. V (1961), S. 31—49.
- Janke, Z. W., SZP-ZWZ-AK na Zachodnim Podgórzu Beskidzkim (1939—1944).  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. XII (1968), S. 85—112.
- Janke, Z. W., Początki konspiracji w Łodzi i regionie Łódzkim (1939—1941).  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. XI (1967), S. 103—126.
- Jantos, H., Rozstrzelana Organizacja.  
In: Gazeta Poznańska Nr. 20 (1966).
- Jaworski, Cz. W. (»Dr. Sas«), Początek konspiracji.  
Leserbrief in: Polityka Nr. 15 (1965).
- Karasiówna, J., Pierwsze Półrocze Armii Podziemnej (S.Z.P. — Z.W.Z.).  
In: »Niepoległość« (Instytut Józefa Piłsudskiego, Londyń) 10. Jg. NF (1948), S. 19—31.
- Karski, J., Story of a Secret State.  
London 1945.
- Karski, J., Leserbrief.  
In: Kultura H. 9 (1954).
- Katelbach, T., Leserbrief.  
In: Kultura H. 6 (1965), S. 156 f.
- Kedward, H. R., Patriotism and Resistance in Vichy France.  
In: The Listener, Vol. 82, (1969), S. 234—240.
- Kędzior, A. K., Leserbrief.  
In: Kultura H. 11 (1959), S. 153—155.
- Kirchmayer, J., Na marginesie londyńskiego wydania »Polskie Siły Zbrojne w II wojnie światowej«. Uwagi i polemiki.  
Warszawa 1958 (MON).

- Kirchmayer, J., 1939 i 1940. Kilka zagadnień polskich.  
Warszawa 1957.
- Kleczkowski, St., Poland's First 100,000. The Story of the Rebirth of the Polish Army, Navy, and Air Force after the September Campaign, together with a biographical Note about its Creator, General Sikorski.  
London o. J. (1944).
- Kleßmann, Chr., Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939—1945. (Studien zur modernen Geschichte Bd. 5.)  
Düsseldorf 1971.
- Plk. Koc nie żyje.  
In: Rzeczypospolita Polska Nr. 2 (28. Februar 1969).
- Koehl, R. L., The deutsche Volksliste in Poland, 1939—45.  
In: Journal of Central European Affairs Vol. 15 (1956), S. 354—366.
- Koehl, R. L., RKFDV: German resettlement and population policy in Poland, 1939—1945.  
(Harvard hist. monogr. 31).  
Cambridge/Mass. 1957.
- Komarnicki, T., Słowo o »materiałach historycznych« Gen. K. Sosnkowskiego.  
In: Dziennik Polski (25. März 1967).
- Korboński, St., Pierwsze władze Polski Podziemnej (Wspomnienia osobiste).  
In: Kultura H. 7 (1949), S. 85—120.
- Korboński, St., Fighting Warsaw.  
London 1956.
- Korboński, St., Warsaw in Chains.  
London 1959.
- Kot, St., Conversations with the Kremlin and Dispatches from Russia.  
London 1963.
- Kot, St., Listy z rosj do Gen. Sikorskiego.  
Londyń 1955.
- Koźniewski, K., Tarcia w podziemiu (Leserbrief).  
In: Polityka Nr. 15 (10. April 1965).
- Krannhals, H. v., Rezension von WWNP.  
In: Jahrbücher f. die Geschichte Osteuropas, NF Bd. 16 (1968), S. 597—599.
- Krannhals, H. v., Der Warschauer Aufstand 1944.  
Frankfurt/M. 1962.
- Krausnick, H. / Graml, H., Der deutsche Widerstand und die Alliierten.  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/61 (19. Juli 1961).
- Kumor, E., Wycinek z historii jednego życia.  
Warszawa 1967 (Pax).
- Kumor, E., Początek konspiracji.  
In: Kierunki Nr. 39 (29. September 1957).
- Kusnierz, B., Stalin and the Poles. An Indictment of the Soviet Leaders.  
London 1949.
- Kwapiński, J., Story of a Secret State.  
Cambridge/Mass. 1944.
- Landau, L., Kronika lat wojny i okupacji. 2 Bde.  
Warszawa 1962 (PWN).

- Lasocki, Z., Pierwsza faza konspiracji w Polsce.  
In: *Gazeta Ludowa* Nr. 76 (1946).
- Lawińska, A., Sprawa Igo Szyma.  
In: *Ostatnie Wiadomości* (Mannheim) Nr. 25 (1. März 1961).
- Lipski, J., *Diplomat in Berlin 1933—1939. Papers and Memoirs* (ed. by W. Jędrzejewicz).  
London-New York 1968.
- Madajczyk, Cz., *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce. 2 Bde.*  
Warszawa 1970.
- Malinowski, M., *W obronie stolicy.*  
Warszawa 1960.
- Mattern, K.-H., *Die Exilregierung. Eine historische Betrachtung der internationalen Praxis seit Beginn des 1. Weltkriegs und deren völkerrechtliche Wertung.*  
Tübingen 1953.
- Maurach, B., *Die polnische Untergrundbewegung 1939—1945.*  
In: *Wehrkunde* H. 10 (1957), S. 550 ff.
- Micewski, A., *Z geografii politycznej II-ej Rzeczypospolitej. Szkice.*  
Warszawa 1968.
- Micewski, A., *Polish Youth in the Thirties.*  
In: *Journal of Contemporary History* 4. Jg. (1969), S. 155—167.
- Miedziński, B., Piłsudski i Sosnkowski.  
In: *Kultura* H. 1—2 (1968), S. 158—184.
- Milker, A., *Świadectwa prawdy o polsce podziemnej.*  
In: *Dziennik Polski* (13. April 1963).
- Moszyński, R./Policha, L., *Lublin w okresie okupacji (1939—1944). Na podstawie badań sądowych Miejsk. Kom. Badania Zbrodni Niemieckich opracowali...*  
Lublin 1948.
- Mulak, J., *Wojsko podziemne 1939—1945.*  
Warszawa 1946.
- Neumann, R., *Ein polnisches Generalstabswerk zum Zweiten Weltkrieg.*  
In: *Zeitschrift für Ostforschung* 1. Jg. (1952), S. 129—133.
- Niećko, J., M. Rataj — organizator polskiego ruchu oporu.  
In: *Wici* Nr. 25 (1946).
- Niećko, J., *Ruch ludowy w Polsce podziemnej.*  
In: *Chłop i Państwo* Nr. 1—15 und 24 (1947).
- Noël, L., *Der deutsche Angriff auf Polen.*  
Berlin-Wilmersdorf 1948.
- Nowacki, T., Gen. K. Sosnkowski.  
In: *Zeszyty Historyczne*, Bd. XIV.
- Norwid, St. T., *Martyrium eines Volkes. Das okkupierte Polen.*  
Stockholm 1945.
- Nowiński, T., *Parę uwag o przyczynach klęski wrześniowej.*  
In: *Za i Przeciw* Nr. 17 (14. August 1958).
- The German Occupation of Poland. Extracts of a note addressed to the Governments of the Allied and Neutral Powers on May 3, 1941. Compiled by A. Zaleski.*  
London 1941.

- The German New Order in Poland (Black Book).  
London 1942.
- Ostrowski, K., Ewakuacja złota polskiego.  
In: Tydzień Polski (7. Februar 1959).
- Short Outline of the Soviet Occupation (ed. by The Polish Ministry of Information).  
London 1942.
- Pawłowicz, H., Komisarjat Cywilny przy Dowództwie Obrony Warszawy we wrześniu 1939r.  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. V (1961), S. 153—180.
- Pełczyński, T., Zagadnienia sowieckie w Polsce w latach 1939—1945.  
In: Bellona, H. II (April/Juni 1957), S. 24—32.
- Pełczyński, T., Gen. T. Bór-Komorowski. Żołnierz i Obywatel.  
In: Dziennik Polski (3. September 1966).
- Piasecki, Listiger Hiwi.  
In: Der Spiegel Nr. 48 (24. November 1969).
- Piórkowski, J., September Nights and Days.  
In: Poland H. 7 (1964), S. 18—20.
- Piórkowski, J., Bohaterski Cywil...  
In: Kurier Polski (8. September 1964).
- Płoski, St., Rowecki.  
In: Encyklopedia Współczesna, Bd. VII, Sp. 325—327.
- Pobóg-Malinowski, Wł., Najnowsza historia polityczna Polski, 1864—1945.  
Bd. II: 1914—1939.  
Bd. III: 1939—1945.  
Londyń 1960—1967.
- Pobóg-Malinowski, Wł., Na rumuńskim rozdrożu (Fragmenty wspomnień).  
In: Kultura H. 7—9 (Juli—September 1948).
- Pobóg-Malinowski, Wł., General Rómmel gardzi prawdą historyczną. (Rezension).  
In: Tydzień Polski (11. Juli 1959).
- Pobóg-Malinowski, Wł., W niezgodzie z prawdą (Rezension).  
In: Kultura H. 4 (1960), S. 128—149.
- Podziemie.  
In: Robotnik Polski w Wielkiej Brytanji (Sept./Okt. 1947).
- Z Pola Walki. Cele i drogi podziemnego ruchu robotniczego w Polsce (1939—1942).  
Londyń 1943.
- Polonsky, A. B., Piłsudski and Parliament: The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922—1931. Phil. Diss. (masch.).  
Oxford 1967.
- Poniński, A., Leserbrief.  
In: Kultura H. 7 (1951), S. 230 f.
- Popiel, K., Na mogiłach przyjaciół.  
Londyń 1966.
- Poterański, W., Die polnische Widerstandsbewegung und ihre Darstellung in der Emigrantenliteratur, in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkriegs (Tagungsprotokoll), Bd. II, S. 410—415.
- Präg, W., Deutsche Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement Polen 1939—1945. Phil. Diss. (masch.), München 1972.

- Pragier, A., Nie było kłopotu z Polakami.  
In: Wiadomości Nr. 21 (1955), S. 2 ff.
- Pragłowski, A., ś. p. gen. Juliusz Rómmel (Nekrolog).  
In: Dziennik Polski i Dziennik Żołnierz (14. September 1967).
- du Prel, M. Frhr., Das Generalgouvernement.  
Würzburg 1942.
- Przygoński, A., Polityka i działalność lewicy socjalistycznej w latach 1939—1944.  
In: Z najnowszych dziejów Polski 1939—1947, Bd. I (1961), S. 155—185.
- Przygoński, A., Polityczno-społeczny charakter ruchów narodowo-wyzwoleńczych okupantów krajów Europy w drugiej wojnie światowej.  
In: Wiadomości Historyczne (1965).
- Pstrokoński, St., Leserbrief.  
In: Kultura H. 7—8 (1951), S. 229.
- Raczyński, E., In Allied London. Diaries.  
London 1958.
- Raczyński, E., Wspomnienie o Sikorskim.  
In: Wiadomości Polskie Nr. 122 (1948).
- Raczyński, R., Zapiski dotyczące przejścia Naczelnych Władz Polskich do Rumunii i rezygnacji b. Prezydenta R. P. Prof. Ignacego Mościckiego.  
In: Kultura H. 9 (1948), S. 116—129.
- Rawicz, St., Stanisław Dubois.  
In: Sztandar Młodych Nr. 199 (21. August 1967).
- Rembowski, A., Konfederacja i rokosz. Porównania stanowych konstytucyj państw Europejskich z ustrojem Rzeczypospolitej Polskiej.  
Warschau 1896 (2. Aufl.).
- Rhode, G., Die politische Entwicklung Polens im Zweiten Weltkrieg.  
In: Osteuropahandbuch Polen, S. 194—220.
- Roos, H., Deutschland, Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.  
In: Probleme des Zweiten Weltkriegs, S. 225—244.
- Roos, H., Der Feldzug in Polen vom September 1939.  
In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 9. Jg. (1959), S. 491—512.
- Roos, H., Geschichte der polnischen Nation 1916—1960. Von der Staatsgründung im ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart.  
Stuttgart 1961.
- Roos, H., Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939.  
In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 7. Jg. (1957), S. 181—202.
- Roos, H., Polen in der Besatzungszeit.  
In: Osteuropahandbuch Polen, S. 167—193.
- Roos, H., Die polnischen Regierungen 1916—1939.  
In: Osteuropahandbuch Polen, S. 673—679.
- Roos, H., Ständische und parlamentarische Verfassung in Polen (1505—1772).  
In: Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert, S. 310—367.
- Rothschild, J., Piłsudski's coup d'etat.  
New York-London 1966.
- Rowecki, St., Walki uliczne.  
Warszawa 1928.

- Rowecki, St., Walki opóźniające.  
In: Przegląd Wojskowy (1932).
- Rowecki, St., Piechota w walkach ulicznych.  
In: Przegląd Piechoty (1933).
- Rowecki, St., Wspomnienia i notatki. Czerwiec, wrzesień 1939.  
Warszawa 1957.
- Rómmel, J., Za honor i ojczyznę. Wspomnienia dowódcy armii.  
Warszawa 1958.
- Rudnicki, J., Słowa a czyny. Tło, geneza i przyczyny klęski Polski w 1939r.  
Toronto 1965.
- Rudnicki, Kl., Na polskim szlaku. Wspomnienia z lat 1939—1947.  
Londyń 1952.
- Russel, B., Power. A New Social Analysis.  
London 1957.
- Rychliński, St., Zależność procesów demokratyzacji kultury od dynamiki społecznej.  
In: Przegląd Sociologiczny 13. Jg. (1959), S. 9—63.
- Rylski, J., W 18 rocznicę śmierci Norberta Barlickiego.  
In: Głos Pracy (26./27. September 1959).
- Rzepecki, J., Wspomnienia i przyczynki historyczne.  
Warszawa 1956.
- Sappok, G., Polnische Wunschträume. Die Propaganda der Polen in England und in den USA unter besonderer Berücksichtigung ihrer Westausweitungspropaganda.  
Berlin 1943.
- Scaevola (Ps.), A Study in Forgery.  
London 1945.
- Scholl-Latour, P., Charles de Gaulle. Ein Porträt.  
In: Publik Nr. 46 (13. November 1970).
- Segal, S., The New Order in Poland.  
New York 1942.
- Serwański, E., Polityczne i wojskowe organizacje podziemne w Wielkopolsce.  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. III (1959), S. 43—72.
- Siberski, E., Untergrund und offene Gesellschaft. Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens.  
(Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, Bd. 11). Stuttgart 1967.
- Sieroszewski, Wł., Z działalności Wojskowego Sądu Specjalnego Okręgu, a następnie Obszaru Warszawskiego AK (1940—1944).  
In: Najnowsze dzieje Polski, Bd. VIII (1964), S. 121—128.
- Sikorski, Wł., Odezwa gen. Sikorskiego i Rządu R. P. do społeczeństwa w kraju z 18. 12. 1939r.  
In: Monitor Polski (19. 12. 1939).
- The Situation in Soviet Occupied Poland.  
London 1941.
- Skarżyński, A., Obóz Londyński w okresie II wojny światowej.  
In: Z najnowszych dziejów Polski 1939—1947, Bd. I (1961), S. 211—240.
- Skrzypek, St. T., The Soviet Elections in Eastern Poland, October 1939.  
New York 1955.

- Sławoj-Składkowski, F., Prace i czynności Rządu Polskiego we wrześniu 1939r.  
 In: *Kultura* H. 6 (1948), S. 107—127.
- Słedziński, W., *Governor Frank' Dark Harvest.*  
 London 1946.
- Sosnkowski, K., *Materiały historyczne.*  
 New York-London 1966.
- Sosnkowski, K., Uwagi o przesileniu lipcowym 1940r.  
 In: W. Babiński, *Przyczynki Historyczne, Anhang* Nr. 6.
- Stachiewicz, K., *Księżka gen. Rómmla.*  
 In: *Kultura* H. 10 (1959), S. 114—131.
- Starvation in Warsaw.  
 The *London Times* (15. Januar 1940).
- Stasiewski, B., *Die römisch-katholische Kirche.*  
 In: *Osteuropahandbuch Polen*, S. 103—108.
- Strobel, G. W., *Die polnische Widerstandsbewegung seit 1939.*  
 In: *Osteuropa* 2. Jg. (1952), S. 188—196.
- Strobel, G. W., *Miszelle.*  
 In: *Osteuropa* 2. Jg. (1952), S. 217—222.
- Strobel, G. W., *Die parlamentarische Idee und die polnischen Parteien.*  
 In: *Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen.*
- Tarnogrodzki, T. / Tryc, R., *Polskie organizacje konspiracyjne w kraju w latach 1939—1945. Krótki informator encyklopedyczny.*  
 In: *Wojskowy Przegląd Historyczny* 11. Jg. (1966), S. 250—274.
- German Terror in Poland.*  
 The *London Times* (9. Februar 1940).
- Tokarzewski-Karaszewicz, M., *U podstaw tworzenia Armii Krajowej (Rede), zuletzt gehalten in London (1953).*  
 Umdruck im SPP: Nr. 1186.
- Tokarzewski-Karaszewicz, M., *Jak powstała Armia Krajowa.*  
 In: *Zeszyty historyczne*, Bd. VI (1964), S. 17—44.
- Tomaszewski, T., *Leserbrief.*  
 In: *Kultura* H. 7/8 (1962), S. 254.
- Turlejska, M., *O wojnie i podziemiu. Dyskusje i polemiki.*  
 Warszawa 1959.
- Turlejska, M., *Sukcesja po Mościckim.*  
 In: *Polityka* Nr. 41 (10. Oktober 1964).
- Turlejska, M., *Zalążki oporu penetracji Niemców.*  
 In: *Polityka* Nr. 44 (31. Oktober 1964).
- Turlejska, M., *Początek konspiracji.*  
 In: *Polityka* Nr. 45 (7. November 1964).
- Turlejska, M., *... inna forma traktowania.*  
 In: *Polityka* Nr. 49 (5. Dezember 1964).
- Turlejska, M., *Tarcia w podziemiu. Walka o priorytet.*  
 In: *Polityka* Nr. 1 (2. Januar 1965).
- Turlejska, M., *Prawdy i fikcje, Wrzesień 1939 — Grudzień 1941.*  
 Warszawa 1966.
- Tylza, Wł., *Likwidacja »Grunwaldu«.*  
 In: *Pomorze* Nr. 10 (31. Mai 1966).

- Valet, M., *The Polish Underground Army*.  
London 1944.
- Wagner, W., *Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des II. Weltkriegs*,  
Marburg 1968 (3. Aufl.).
- Walewski, J., *Urzekająca postać*.  
In: *Dziennik Polski* (6. März 1965).
- Wasilewski, T., *Leserbrief*.  
In: *Kultura* H. 12 (1948), S. 117—118.
- Wasilewski, T., *Jeszcze o Komitecie Siedmiu*.  
In: *Kultura* H. 7—8 (1951), S. 229.
- Woodward, L., *British Foreign Policy in the Second World War*.  
London 1962.
- Wroński, B., *Ani wspomnienia, ani historia*.  
In: *Tydzień Polski* Nr. 15 (12. April 1968).
- Zabiełło, St., *O rząd i granice. Walka dyplomatyczna o sprawę Polską w II wojnie światowej*.  
Warszawa 1970 (3. Auflage).
- Zagończyk, *Polskie doświadczenia powstańcze*.  
Warszawa 1944.
- Zajączkowska, A., *Poland: The untold Story*.  
London 1945.
- Zaremba, Z., *Wojna i konspiracja*.  
Londyn 1957.
- Zawisza, A. (Ps. für Gieysztor, Wł.), *Across Frontiers*.  
New York [1943].
- Zeltch, A., *Inside Poland*.  
Bombay 1945.
- Zentner, K., *Illustrierte Geschichte des Widerstands in Deutschland und Europa 1933—1945*.  
München 1966.

# PERSONENREGISTER

- Aleksandrowicz, Kazimierz 131, 305,  
336  
Alf-Tarczyński, Tadeusz 275  
Anders, Władysław 287, 329  
Arciszewski 55, 73, 276
- Babinicz 298  
Babiński, Witold 275, 279, 315—316  
Bagiński, Henryk 55, 276  
Banasiński 44  
Baranowska, Jadwiga 267  
Barański, Jan 278  
Barlicki, Norbert 119, 266  
»Bazyli« (Ps. f. Pużak) 283  
Beck, Józef 60  
Berek, Paweł (?) 96  
Berka, Waclaw 272  
Berndt, Alfred-Ingemar 263  
Bezląski, Jan 310—311  
Bielecki, Tadeusz 275, 317  
Bierut, Bolesław 275  
Bilewicz, Jan 206, 336  
Birnbaum, Immanuel 284—285  
»Blum« (Ps. f. Rudnicki, T.) 298  
Bniński, Adolf 233, 294, 343—345,  
350  
Bniński, Waclaw 345  
Bolesław Chrobry 234  
Bonarski, Andrzej 274, 348  
Borkowski, Jan 266  
Borucki, Henryk 323  
Boruta-Spiechowicz, Mieczysław 61,  
88, 90, 98, 287—288  
Borzęcki, Marian 119
- »Bór« (Ps. f. Komorowski) 14, 159,  
261, 265, 267, 281, 284—285, 308,  
320  
Bratny, Roman 350  
Brayczewski, Włodzimierz 62, 278  
Broniewski, Stanisław 295  
Broszat, Martin 259, 273, 294  
Broszyner, Kazimierz 100, 293  
Buka, M. 323
- Chaciński, Józef 40  
Chałasiński, Józef 252  
Chmielowski, Jan (?) 94  
Chrzanowski, Leon 334  
Churchill, Winston Spencer 163, 308,  
320  
Ciano, Galeazzo 320  
Cichocki, Jan 45, 83, 273  
»Cieslak« (Ps. f. Zajączkowski) 285  
Ciołkosz, Adam 218, 340, 344  
Cretzianu, Alexandre 263  
Cygański, Marian 273  
Cyrankiewicz, Józef 222—223, 226  
Cyrklewicz 103  
Czarnik, Leszek 87, 98, 287  
Czarnecka, Halina 346  
»Czarny« (Ps. f. Borucki) 323  
Czuma, Walerian 268  
Czyżewski 206—208, 336
- Dalecki, Ryszard 268  
Dalton, Hugh 209, 276, 336  
Damięcki, Dobiesław 346  
»Dasia« 286

- Dąb-Biernacki, Stefan 164  
 Dąbrowska, Maria 251  
 Demel, Tadeusz 148, 158, 309, 311  
 Dębski, Aleksander 77, 79—80, 171—  
 172, 214, 283, 319  
 Dobroszycki, Lucjan 17, 319  
 Dobrowolski, Zygmunt 88—91, 95,  
 98—101, 186, 190, 193, 195, 197,  
 266; 288, 292—293, 298, 331  
 Dobrzański, Henryk 27, 266, 329  
 Dobrzański, Jan 108, 110, 297  
 Dobrzyńska, Marta 350  
 »Dokładna, Jerzy« (Ps. f. Micha-  
 lewski) 344  
 »Doktor« (Ps. f. Tokarzewski) 283  
 Dołęga-Modrzewski, Stanisław 14,  
 270, 284, 300, 307, 310—311, 318—  
 319, 340, 344  
 Doyle, Edward D. 346  
 Drewnowski, Kazimierz 119  
 Drozdowski, Marian 272  
 »Druh« (Ps. f. Kotarski) 95  
 Drymmer, Wiktor 277  
 Duma, Zbigniew 87—88, 95, 98  
 Dumas, Alexandre 266  
 Duraczyński, Eugeniusz 15, 262, 268,  
 270—272, 284, 305—311, 318—319,  
 339, 344—345  
 »Dyrektor« (Ps. f. Kruk-Strzelecki)  
 283  
  
 »Englert« 294  
 Epler, Adam 61, 82—83, 120, 284,  
 325  
 Esz 311  
 Evans, Jon 275  
  
 »Falko« (Ps. f. Zych) 331  
 Fictowicz-Fitz, Józef-Edmund 131—  
 132, 151—153, 181, 205—208, 303—  
 305, 311, 323, 335—336  
 Filipowicz, Jan 45, 82, 84—85  
 »Florian« (Ps. f. Kaden) 101  
 »Fogel« od. »Fogiel« (Ps. f.  
 Skorobohaty-Jakubowski) 307  
 Folkierski, Władysław 168—169, 218,  
 317, 340, 344  
 Frank, Hans 30, 264—265, 267, 308  
 Frassati-Gawrońska, Luciana 320  
  
 Frölich, Edward 272  
  
 Galinat, Edmund 31—32, 268  
 Galiński, Adam (?) 110, 297  
 Gaładyk, Janusz 107  
 Garliński, Józef 276, 326  
 Gaulle, Charles de 164, 316  
 Gawroński 339  
 Gerhard, Dietrich 260  
 Gieysztor, Aleksander 335  
 Gieysztor, Władysław 41, 271, 282  
 Glaser, Hermann 350  
 »Gliński, Andrzej« (Ps. f. Lisiewicz)  
 289  
 Gluziński, Tadeusz 279  
 Godlewski, Edward 83  
 »Godziemba, Józef« (Ps. f.  
 Sosnkowski) 278  
 Goldstein, Bernard 13  
 Gościcki, Jerzy 220  
 Górska, Hanna 346  
 Grabski, Władysław 227  
 Graliński, Zygmunt 51  
 Graml, Hermann 259  
 Grażyński, Michał 276  
 Greiser, Arthur 46, 294  
 Grocholska, Maria 325  
 Grocholski, Remigiusz 314  
 Grudziński, Józef 283, 302, 322  
 Grzembo, Witold 278  
 Gubbins, Colin 55  
  
 Halecki 285  
 Halifax, Edward 163  
 Haller, Józef 51, 119, 228, 275, 342  
 Hauke-Nowak, Józef (?) 276  
 Heller 342—343  
 Hempel, Zygmunt 40, 268, 322  
 »Herka« 110  
 Hillgruber, Andreas 259  
 Hitler, Adolf 17, 19, 144, 243, 263  
 Hochhut, Rolf 261  
 »Hoffman« (Ps. f. Gieysztor,  
 Władysław) 282  
 Holender, Antoni 94, 98, 100, 266,  
 293  
 Hrabyc, Klaudiusz 323  
 »Hubal« (Ps. f. Dobrzański) 27, 266  
  
 »Inżynier« (Ps. f. Rowecki) 283

- Iranek-Osmecki, Kazimierz 172, 204,  
217, 226, 231, 278, 300, 302-303,  
315, 317, 319, 321-322, 335, 338-  
339, 341-344, 347
- Jakubiak, Edmund 295
- Jałbrzykowski, Romuald 110
- Janke, Zygmunt Walter 272-273
- Januszajtis, Marian 61, 87-90, 98,  
286-288
- »Jasiewicz« (Ps. f. Medyński) 206,  
336
- Jastrzębski, Jan 181, 279-280, 301,  
326-327
- Jaworski, Jan 88, 286-287, 304
- Jaworski, Leopold 87
- Jędrzejewicz, Wacław 278
- Józewski, Henryk 212, 214, 322-  
323, 337, 345, 350
- Jundziłł, Zygmunt 113
- Juszczakiewicz, Stanisław 272
- Kaczyński, Zygmunt 119, 271, 300
- Kaden, Jerzy 101
- Kamiński, Władysław 106, 108, 110,  
296-297
- Kański, Władysław 131, 305, 330-  
331
- Karasiówna, Janina 14, 24, 32, 43,  
62, 197, 203, 265, 268-274, 278-  
282, 295, 297, 308, 311, 318, 334-  
335, 337
- »Karski, Jan« (Ps. f. Koziulewski)  
14, 27, 143, 145, 264-265, 274-  
275, 283, 307-308, 313, 319
- »Karwat-Frankowski« (Ps. f.  
Kwieciński) 319
- Katelbach, Tadeusz 264
- »Kauzik« (Ps. f. Dołęga-  
Modrzewski) 14, 344
- Kedward, Henry R. 350
- Kędzior, Aleksander 262
- Kirchmayer, Jerzy 260
- Kleczkowski, Stefan 304
- Kleeberg, Franciszek 120
- Kleßmann, Christoph 262, 339, 345,  
350
- Klimecki, Tadeusz 164, 309, 336, 350
- Klotz, Aleksander Alfons 89-90, 98,  
100, 288, 292
- Knoll, Roman 172
- Koc, Adam 51-52, 275
- Koehl, Robert L. 273, 294
- Komarnicki, Tytus 290, 315-316
- Komorowski, Tadeusz 14-15, 45, 71,  
82-85, 159, 174, 180, 199, 261,  
265, 267, 273, 281, 284-285, 308,  
320, 325-326, 329, 332, 339
- »Konarski« (Ps. f. Szymański) 24, 62,  
265
- Konarski, Szymon 279
- »Kopa« (Ps. f. Boruta-Spiechowicz)  
88
- Kopański, Stanisław 13
- Korboński, Stefan 14-15, 40-41, 73,  
79, 140, 143, 221, 261, 270-271,  
274, 283-284, 302, 322
- Kordecki 188-189
- »Kornel« (Ps. f. Macieliński) 291
- Kot, Stanisław 16, 18, 29, 51, 118,  
126, 129-135, 146, 148, 151, 163,  
168-170, 181, 200-214, 216-218,  
222-225, 230, 236, 244, 246-247,  
250-251, 266, 275-276, 279, 282,  
286-287, 290, 300, 303-307, 309-  
311, 316-323, 330, 334-346, 349
- Kotarski 95-96, 291
- »Kowal« (Ps. f. Jaworski) 87
- Koziulewski, Jan 15, 143, 145, 261
- Koźniewski, Kazimierz 303
- Krajewski, Alfred 57, 116, 277, 300-  
301, 311
- Krannhals, Hans v. 13, 261, 347
- Krausnick, Helmut 259
- Krüger, Friedrich Wilhelm 267
- Kruk-Strzelecki, Tadeusz 79, 81, 143,  
148, 201-205, 208, 212-214, 235,  
272, 283, 322, 334-335, 338, 340
- Krzyżanowski, Aleksander 44, 107-  
108, 110, 113, 297, 324
- Kucharski, Kazimierz 106-111, 113,  
296-298
- Kukiel, Marian 51, 56, 228, 276, 316
- Kumor, Emil 15, 268-270, 272, 283
- Kurcjusz 331
- Kusnierz, Bronisław 260, 274, 289,  
350
- Kutrzeba, Tadeusz 30, 268
- Kwieciński, Franciszek 119, 227, 342

- Landau, Ludwik 21, 264  
 Lang 88  
 Langner, Władysław 286  
 Lawińska, Aniela 346  
 Ledóchowski, Włodzimierz 84  
 »Leon« (Ps. f. Chrzanowski) 202, 307, 334  
 Lepiankiewicz, Julian 291  
 Lieberman, Herman 22  
 Lipski, Józef 277  
 Lis-Sikorski 298  
 Litauer, Stefan 315  
 »Lubicz, Stanisław« (Ps. f. Pstrokoński) 292  
 Luda, Roman 92, 186, 190—191, 197, 286—293, 311, 328, 330, 333  
 Ładoś, Aleksander 51, 56, 129, 275—276  
 Łepkowski, Stanisław 162, 166  
 »Łoziński« (Ps. f. Pstrokoński) 99  
 Łukasiewicz, Juliusz 53, 162, 264, 275
- Macieliński, Emil 96, 99—101, 159, 186—197, 199, 286, 291—293, 328—333, 345  
 Mackiewicz, H. 311  
 Mackiewicz, Józef 113  
 Madajczyk, Czesław 259  
 Madeyski, Jerzy (?) 110  
 Majewski, Edward 44, 190  
 Malinowski, Marian 265  
 Markert, Werner 12  
 Martyniuk, Teodor 227, 232, 236, 286, 299—300, 303, 341—344, 346  
 Matecki, Józef 305  
 Mattern, Karl Heinz 264  
 Maurach, Bruno 13  
 Mayer 121, 209, 336  
 Micewski, Andrzej 264, 350  
 Michałowski, Stanisław 39—40  
 Miedziński, Bogusław 275, 278  
 Mikołajczyk, Stanisław 135, 168—169, 219, 246, 294, 306, 317, 319, 340, 345, 349  
 Milker, A. 262  
 Miłkowski, Zygmunt 73, 314  
 »Mirowy, Dr. Tadeusz« (Ps. f. Tokarzewski) 286  
 Modelski, Izidor 51, 228, 275
- Moder, Paul 346  
 Moszczeńska, Iza 335  
 Mościcki, Ignacy 21, 52, 121, 264  
 Mulak, Jan 271, 324, 342
- Neumann, Rudolf 260  
 Niecko, Józef 271, 302—303, 322  
 Niedziałkowski, Mieczysław 38—43, 72, 75, 78, 254, 264, 270—272, 306—307  
 Niepokólczycki, Franciszek 272  
 »Niewiarowski« (Ps. f. Klotz) 44, 89  
 »Nitecki, Bohdan« (Ps. f. Studziński) 323  
 Noël, Léon 263  
 Norwid, Stefan Tadeusz 13, 267  
 Norwid-Neugebauer, Mieczysław 190  
 »Nowak« (Ps. f. Korboński) 283  
 Nowakowski, Zygmunt 301—302  
 Nowodworski, Leon 38, 40—41, 140, 271, 282, 307
- Obtułowicz, Adam 107—112, 297  
 »Odrowąż« (Ps. f. Macieliński) 291  
 Okulicki, Leopold 43, 188—190, 192—196, 286, 291, 328—332, 334  
 »Ola« 108, 297  
 Olechnowicz 110  
 Oppmanowa, Regina 281  
 Orzechowski 119  
 Osiecki, Stanisław 221  
 »Ostrowski« (Ps. f. Chmielowski) 94  
 Ostrowski, Krystyn 275
- Paderewski, Ignacy 50—51  
 Paszkiewicz, Gustaw 148, 203, 277, 309, 311  
 Pawłowicz, Henryk 334  
 »Pejcz« (Ps. f. Brayczewski) 62  
 Pełczyński, Tadeusz 16, 263, 284—285, 291  
 Piasecki, Bolesław 175, 320  
 Piekalkiewicz, Jan 221—223, 225—226, 233  
 Pietraszewski 110  
 Piłsudski, Józef 20, 22, 52—54, 125, 130, 177, 201, 227, 234—235, 251, 264, 268, 275, 278, 300, 316—317, 323, 345

- »Piotr« (Ps. f. Żymierski) 289  
 Płońska, Anna 86  
 Płoński, Wacław 34, 269, 281  
 Płoski, Stanisław 269  
 Pobóg-Malinowski, Władysław 131,  
 261—262, 268, 275, 278, 280, 286—  
 287, 303—305, 309, 315, 335  
 Polakiewicz, Karol 55, 276  
 »Polesiński, Adam« (Ps. f.  
 Krajewski) 277  
 Polonsky, Antony B. 264  
 »Pomian« (Ps. f. Macieliński) 291  
 Poniński, Alfred 278  
 Popiel, Karol 51, 168—169, 218, 227,  
 236, 275—276, 300, 317—318, 340,  
 342, 346  
 Pospieszalski, Karol Maria 273, 294  
 Poterański, Wacław 261—262  
 »Powala« 112, 298  
 Prag, Werner 259, 312  
 Pragłowski, Aleksander 268  
 »Prawdźic« (Ps. f. Rostworowski)  
 277  
 Preston 113  
 Przygoński, Antoni 259  
 Pstrokoński, Stanisław 85, 97, 99—  
 101, 187—188, 193—194, 285, 288,  
 290—294, 329, 331  
 Puacz, Edward 304  
 Pużak, Kazmierz 38, 40, 73, 77—79,  
 226, 270, 282, 284, 339, 341  
  
 Raczkiewicz, Władysław 21, 50, 52—  
 53, 130, 162—167, 200, 245, 264,  
 274, 276, 301—302, 304, 316  
 Raczynski, Edward 163, 263—264,  
 275, 283, 308, 316, 320  
 Raczynski, Roger 263  
 Radziwiłł, Janusz 310  
 Rataj, Maciej 38—42, 73, 75, 271—  
 272  
 Ratajczak, Józef 199  
 Ratajski, Cyryl 221—235, 247, 250,  
 267, 341—346, 349—350  
 Rawski, Tadeusz 13  
 »Rączy« (Ps. f. Rostworowski) 277  
 »Rej« (Ps. f. Macieliński) 291  
 Rembowski, Aleksander 260  
 Retinger, Józef 264  
 Rhode, Gotthold 12, 266—267, 286  
  
 Robakiewicz 284  
 »Romer« (Ps. f. Galinat) 268  
 Romer, Adam 337  
 Roos, Hans 12, 259—260, 263—264,  
 267, 275, 316, 320, 322, 349  
 Rostworowski, Stanisław 57, 276—  
 277, 311, 317, 328—331  
 »Roszanówna« (Ps. f. Dynowska,  
 Wanda) 289  
 Rowcki, Stefan passim  
 Rothschild, Joseph 275  
 Roźniecki 172  
 Rómmel, Juliusz 15, 31—35, 37—38,  
 119, 262, 268—269  
 Rudnicki, Jan 263, 285  
 Rudnicki, Klemens 14, 72, 83—84,  
 86, 261, 269, 273, 281, 284—286,  
 292  
 Rudnicki, Tadeusz 57, 112—113, 269,  
 273, 277, 280—281, 298  
 Rudolf 199  
 Russel, Bertrand 278  
 Rutkowski, Bolesław 344  
 Rutkowski, Leopold 344  
 Rybarski, Roman 77, 171, 282  
 Rychliński, Stanisław 350  
 Rydz-Smigły, Edward 20, 31—32,  
 63, 268, 275, 278, 350  
 Rylski, Józef 266  
 Rzepecki, Jan 15, 24, 265, 335  
  
 »Samura« (Ps. f. Spychalski, J.) 334  
 Sanojca, Antoni 272  
 Sapięha, Adam 44  
 Sappok, Gerhard 315  
 Schaetzel, Tadeusz 277  
 Scholl-Latour, Peter 316  
 Serov, Ivan A. 194  
 Serwaczyński 96  
 Serwański, Edward 294, 345  
 Seyda, Marian 51, 56, 218, 246, 276,  
 317, 344  
 Siberski, Elias 275  
 Sieczkowski 220  
 Siedlecki, Krzysztof (?) 316—317  
 Sieroszewski, Władysław 346  
 Sikora, Michał 207, 323  
 Sikorska, Helena 264—265  
 Sikorski, Władysław passim  
 Skarżyński, Aleksander 272, 316

- Skorobohaty-Jakubowski, Jan 143—144, 148—152, 169—170, 173, 208, 210, 212, 214, 220—221, 223, 229, 232, 268, 300, 303—304, 307, 309—311, 318—322, 326, 336—338, 340—343
- Skrzypek, Stanisław T. 260
- Siedziński, Waclaw 264—265, 267, 308
- Sławek, Walery 317
- Sławoj-Składkowski, Felicjan 263
- Słomka 221
- Smoleński, Józef 148, 277, 309, 328, 332, 348
- Sokołowski, Jan 89—90, 98, 100, 187, 195, 197, 288, 293, 298
- Sopicki, Stanisław 333
- Sosabowski, Stanisław 89, 288
- Sosnkowski, Kazimierz *passim*
- Spychalski, Józef 43, 334
- Spychalski, Marian 43
- Stachewicz, Waclaw 262
- »Stachurski« (Ps. f. Dębski) 283
- Stalin, Josif W. 39, 260, 274, 289, 350
- Stamirowski, Kazimierz 40
- Staniewicz, Witold 113
- Staniszki, Witold 73, 77
- Stańczyk, Jan 51, 56, 134—135, 169, 275—276, 317
- Starzyński, Stefan 30—31, 38—40, 78, 254, 270
- Stasiewski, Bernhard 273
- Stąpor, Zdzisław 13
- »Strażnica, Eugeniusz« (Ps. f. Sikorski) 278
- Strobel, Georg W. 13, 252, 260, 274, 350
- Stroński, Stanisław 51, 53, 129, 317
- Strowski, Tadeusz 89—90, 98, 288
- Strzelecki, Wiktor 279, 310, 319
- Strzembosz, Tadeusz (?) 295
- Studnicki, Władysław 297, 310
- Studziński, Bolesław 323
- Sulik, Nikodem 107—112, 199, 238, 292, 297
- Surzycki, Tadeusz 82, 284
- Sym, Igo 236, 346
- Szadkowski, Jan Jerzy 311, 325—326
- »Szanowny« (Ps. f. Schaetzel) 277
- »Szary« (Ps. f. Zych) 331
- Szpotański, Tadeusz 127—128, 151—152, 203, 229—230, 304, 335, 343
- Szyc 301
- Szymanowski, J. J. 325—327
- Szymański, Feliks 24, 62, 64, 72, 85, 125, 135, 137, 202, 265, 271, 278—279, 281—282, 284—285, 299, 303—306, 314—315, 334, 339
- Świątnicki 106—108, 110—111, 296—297
- Świeżewski, Witold 111, 297
- Świętochowski, Aleksander 64, 118
- Świętochowski, Ryszard 64—65, 84, 118—121, 124—128, 142, 144, 151, 180—181, 203, 279, 285, 299—300, 302—303, 307—308, 317, 327
- Świrkowski, Romuald 110, 297
- Tabaczyński, Jan 280, 313
- Tarnogrodzki, Tadeusz 24, 265, 300, 302, 311, 321—322
- »Tenczyński« (Ps. f. Witkowski) 83, 120
- Thun, Stanisław 46, 272
- Tiso, Josef 127, 176
- Tokarzewski-Karaszewicz, Michał
- Tadeusz 14, 24, 30—49, 57, 61—66, 69, 71—83, 85—87, 89—90, 96—98, 107, 112, 119—120, 125—126, 133—134, 141, 170, 187, 202, 215, 254, 261, 265, 267—274, 278—284, 286, 288, 291—292, 300, 303, 306—307, 318, 320
- Tomaszewski, Tadeusz 270
- Trajdos, Mieczysław 171—172, 230—231, 319, 321, 342, 344
- Trojanowska, Maria 86
- »Truskowski« (Ps. f. Skorobohaty-Jakubowski) 307
- Tryc, Ryszard 24, 265, 300, 302, 311, 321—322
- Turlejska, Maria 260—261, 266, 268—269, 271—272, 274—275, 342
- »Turzyna« (Ps. f. Strowski) 89
- Tylko, Roman 123
- Tylza, Władysław 294—295
- Tymieniecka, Aleksandra 272

- Umiaŝtowski, Jan Kazimierz (?) 297  
 Urbaniak, Fabian 123
- Valet, Mark 259  
 »Vogel« (Ps. f. Skorobohaty-  
 Jakubowski) 307
- Wagner, Wolfgang 296, 348  
 Waldo-Stefański, Artur 288  
 »Walenty« (Ps. f. Grudziński) 283  
 Walewski, Jan 286  
 Wallis, Aleksander 350  
 Wańkiewicz, Melchior 295  
 Wasilewski, Tadeusz 278, 311  
 Wasilewski 268, 311, 325  
 »Wańkiewicz« 104  
 Wedel, Hasso v. 263  
 »Wesołowski, Andrzej« (Ps. f.  
 Krzyżanowski) 107  
 Węŝławski 297  
 »Wierzba, Jan« (Ps. f. Rudnicki, T.)  
 277  
 Wilk-Biernacki, Edward 26, 324  
 Wilkinson 305  
 Winiawa-Długoszowski, Bolesław  
 264  
 Witkowski, Stefan 83, 120—123,  
 179—185, 279, 285, 300—302, 311,  
 325—328  
 Witos, Wincenty 22  
 »Włada« (Ps. f. Piechocka) 90  
 Włodarkiewicz, Jan 122—123, 176,  
 301—302  
 »Włodek« (Ps. f. Szyc) 301  
 Woodward, Llewellyn 276  
 »Wrała, Stefan« 302, 321  
 Wroński, Aleksander 103  
 Wroński, Bohdan 275
- Wrycza, Józef 294
- Zabięłło, Stanisław 275  
 Zadrowski, Feliks 344  
 »Zagończyk« (Ps. f. Steczkowski,  
 Stanisław) 259  
 Zajęcowski, Zdzisław 85, 285  
 Zaleski, August 60, 162—166, 244—  
 246, 274—276, 317  
 »Zaleski, Piotr« 303  
 Zamojski, Jan 13, 311  
 Zaniewski 88, 287  
 »Zaremba« 292  
 Zaremba, Zygmunt 15, 38—40, 73,  
 77, 270, 272, 283—284, 309, 339,  
 345  
 »Zawada« (Ps. f. Rozmiłowski,  
 Roman) 346  
 »Zawisza, Adam« (Ps. f. Gieysztor,  
 Wł.) 282  
 Zeltch, A. 312—313  
 Zentner, Kurt 271  
 »Ziege, Karol« (Ps. f. Bidziński-  
 Niemir, Stanisław) 217, 339  
 Zielicki, Antoni 101, 286—288, 290—  
 293, 332  
 Zieliński, Karol 108  
 »Zubra« (Ps. f. Holender) 94  
 Zwolińska, Wanda 287, 289, 291—  
 292  
 Zych, Władysław 190—192, 195—  
 196, 330—332, 345  
 Żebrowski, Władysław 85, 88—99,  
 160, 186, 190, 198, 266, 285—289,  
 291  
 Żegota-Januszajtis, Marian 61, 87—  
 90, 98, 288  
 »Zuk« (Ps. f. Żebrowski) 88

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR  
ZEITGESCHICHTE

Herausgegeben im Auftrag der Forschungsstelle  
für die Geschichte des Nationalsozialismus  
in Hamburg von Karl-Heinz Janssen,  
Werner Jochmann, Werner Johe und Bernd Nellessen

*Band 2*

ALBERT KREBS

Fritz-Dietlof  
Graf von der Schulenburg

Zwischen Staatsräson und Hochverrat  
*338 Seiten. Leinen. DM 22,50*

*Band 3*

DIETER ROSS

Hitler und Dollfuß

Die deutsche Österreich-Politik 1934–35  
*341 Seiten. Leinen. DM 25,—*

*Band 4*

ARNOLD PAUCKER

Der jüdische Abwehrkampf

gegen Antisemitismus und National-  
sozialismus in den letzten Jahren  
der Weimarer Republik  
*311 Seiten. Leinen. DM 25,—*

LEIBNIZ-VERLAG

*Band 5*

HELMUT BLEY

## Kolonialherrschaft und Sozialstruktur

in Deutsch-Südwestafrika 1894—1914  
390 Seiten. Leinen. DM 32,—

*Band 6*

UWE LOHALM

## Völkischer Radikalismus

Die Geschichte des Deutschvölkischen  
Schutz- und Trutz-Bundes 1919—1923  
492 Seiten. Leinen. DM 48,—

*Band 8*

JÜRGEN SCHMIDT

## Martin Niemöller im Kirchenkampf

541 Seiten. Leinen. DM 35,—

*In der Reihe »Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte« erscheinen Untersuchungen zur deutschen und europäischen Geschichte in diesem Jahrhundert, deren Themen und Materialgrundlage über den landesgeschichtlichen Rahmen hinausgehen. Neben den von der Forschungsstelle angeregten und geförderten Studien erscheinen auch Arbeiten, von denen die Herausgeber glauben, daß sie den Charakter der Reihe sinnvoll ergänzen.*

LEIBNIZ-VERLAG